

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

2023

band 11, heft 3/4

schwerpunkt

Autoritärer Urbanismus



sub\urban

2023
band 11, heft 3/4

schwerpunkt

autoritärer urbanismus



zeitschrift-suburban.de

2023

band 11, heft 3/4

schwerpunkt

autoritärer urbanismus

Editorial

sub\urban-Redaktion 7

aufsätze

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Daniela Zupan 17

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

Neugestaltung der Stadt durch autoritäre
Stadtentwicklung

Nebojša Čamprag 43

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

Großräumige Stadtentwick-
lungsprojekte in der populistischen Politik
der aktuellen ungarischen Regierung

Marcell Hajdu 73

Im Zwang der Nation?

Landenteignung unter Indiens neoliberalen
autoritärem Urbanismus

Michael Schwind 105

Signaturen eines autoritären Urbanismus in der Schweiz

Polizeiliche und ordnungsdienstliche
Wegweisungen aus öffentlichen Räumen
im Vergleich

Esteban Piñeiro 145

Konservative Wende, milícias und die Wahlen

Überlegungen zum Fall
Brasiliens

Orlando Santos Junior, Filipe Corrêa,
Juciano Rodrigues 169

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan

Gewalträume, Freiräume und
Traumräume

Günter Gassner 199

debatte

Was heißt hier Widerstand?

Widerständige Praktiken im Kontext von
autoritärem Urbanismus

Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala
Nettelbladt, Kristine Beurskens 233

Schillernde Praktiken. Widerständiges in der neoliberal-autoritären Stadt

Alke Jenss 245

Prekäre Allianzen zwischen sub- alternem Widerstand und urbaner Zivilgesellschaft

Lela Rekhviashvili 255

Erinnerung an rechte Gewalt in

Ostdeutschland als widerständige Praxis

Felicitas Kübler 267

Widerstand mit Architektur? Beispiele aus der DDR

Kirsten Angermann 273

Widerstand und Infrastrukturen: das Beispiel Energiedemokratie

Sören Becker 283

Widerstand wogegen? Urbane Konflikte im autoritären Russland

Andrei Semenov 293

Was heißt hier – und dort – Widerstand?

Peter Bescherer, Leon Rosa Reichle 301

Autoritärer Urbanismus enttarnt: Istanbul und Berlin im Dialog

Urszula Ewa Woźniak, Tuba İnal-Çekiç 311

Festung L.A. (2006 [1990])

Mike Davis 327

Mike Davis: Erinnerungen an einen Giganten der Großzügigkeit

Roger Keil 371

„Es wäre ein verlegerisches Verbrechen, Mikes Bücher nicht zu übersetzen und herauszugeben.“

Rainer Wendling, Stefan Höhne, Boris Michel 379

Zwischen radikaler Stadtanalyse, Aktivismus und kultureller Intervention

Stephan Lanz 385

Historiografien der Extreme: Mike Davis, Reyner Banham und das Schreiben über Los Angeles

Sina Brückner-Amin 399

Verhärtungen unter der Oberfläche – Mike Davis im Plattform-Urbanismus

Katja Schwaller 411

magazin

Der Palast und die Souveränität des Premierministers in Äthiopien

Rony Emmenegger, Asebe Regassa 429

Staat statt Stadt Die rechtliche Grundlage zur Untergrabung der kommunalen Planungshoheit in Ungarn am Beispiel des Budapester Südens
Lilla Kammermann, Sebastian Martini, Enikő Charlotte Zöller 443

Das Wohnungsbauprogramm GUS 1990-1996

43 Siedlungen in Russland, Belarus und der Ukraine – Überblick und Einordnung

Jakob Holzer 463

rezensionen

Landschaften der Regression Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen.
Leonie Stoll 475

Wie verräumlicht sich Unterdrückung? Natalie Koch (Hg.): Spatializing authoritarianism.
Victoria Grau 483

Hegemoniekrise und autoritäre Wende Ian Bruff / Cemal B. Tansel (Hg.): Authoritarian neoliberalism. Philosophies, practices, contestations.
Börries Nehe, Gustavo Robles 491

Keine Angst vor der Vergangenheit? Birgit Knauer: Gesunde Stadt. Die Assanierung der Stadt Wien (1934-1938). Basel: Birkhäuser; Harald Bodenschatz (Hg.): Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien.
Jannik Noeske 499

Buenos Aires in Zeiten der Cholera und des Gelbfiebers Antonio Carbone: Park, tenement, slaughterhouse. Elite imaginaries of Buenos Aires, 1852-1880.
Teresa Huhle 509

Editorial

Liebe Leser_innen,

Pinselfrich für Pinselfrich, Meter für Meter, bemalt die Person auf der Titelseite dieser Ausgabe Betonpoller auf einem Gehweg mit roten Warnstreifen. Sie dienen als Sockel einer Mauer aus Wellblech, die zur Hälfte die Sicht auf die dahinterliegenden Container (ebenfalls aus Wellblech) versperrt. Die Person sitzt vornübergebeugt auf einem Schemel aus Holz, die Betrachter_in sieht nur ihren Rücken. Die Szene wirkt streng, bedrückend und wirft die Frage auf, ob die Person freiwillig dort sitzt – freiwillig dort zu der Grenzziehung beiträgt, die die Streifen unweigerlich betonen. Gleichzeitig entsteht der Eindruck einer alltäglichen Situation, einer banalen Handlung, die im Vorübergehen fotografiert wurde. Die fotografierte Szene symbolisiert in vielerlei Hinsicht jene inhärenten Spannungsfelder autoritären Urbanismus, die wir in diesem Themenheft in den Vordergrund rücken wollen:

- Autoritärer Urbanismus operiert mit lauten ebenso wie mit leisen Formen; er kommt mal offen, mal schleichend, mal gar getarnt daher; er wird manchmal als solcher erkannt, verkannt oder bleibt unerkannt.
- Autoritärer Urbanismus ist von widersprüchlichem und changierendem Charakter. Er ändert nicht nur häufig sein Gesicht und seine Arbeits- und Funktionsweisen, sondern bewegt sich zumeist auch im Spannungsfeld zwischen autoritären und demokratischen, zwischen liberalen und illiberalen Praktiken; er tritt nie in Reinform auf, sondern ist stets komplex und widersprüchlich.
- Akteure, die in autoritären Kontexten agieren und versuchen, Widerstand zu leisten, sind mit eben jenen Spannungsfeldern konfrontiert, innerhalb derer sie nicht nur handeln, sondern auch fühlen und sich durch Widersprüche navigieren.

Diese Spannungsfelder nehmen Kristine Beurskens und Gala Nettelblatt gemeinsam mit Daniela Zupan, der Gastherausgeberin des Themenschwerpunkts in diesem Heft, in den Blick. Sie fragen: (Ab) wann sind städtische Dynamiken und Prozesse autoritär? Wie manifestiert und materialisiert sich Autoritarismus in und durch Städte? Und was bedeutet Widerstand im Kontext von autoritärem Urbanismus?

Die Untersuchung autoritärer Dynamiken und insbesondere ihrer Wirkungsweisen in Politik und Gesellschaft ist eine dauerhafte Forschungsaufgabe. In den vergangenen Jahren verstärken zunehmende antidemokratische Tendenzen die Dringlichkeit, dieses Zusammenspiel zwischen Autoritarismus und dem Urbanen besser zu verstehen. Verschiedene Bereiche der Stadtforschung nehmen sich zunehmend der Aufgabe an, die Ausprägungen von Autoritarismus und seiner Verbindungen mit städtischen Kontexten zu analysieren. Mittlerweile ist weitgehend anerkannt, dass der Begriff *autoritärer Urbanismus* ein zeitlich wie räumlich äußerst differenziertes Phänomen beschreibt: Die Materialisierungen und Produktionsbedingungen staatssozialistischer, faschistischer und nationalsozialistischer Stadtentwicklung, die inzwischen global dokumentierte Aushebelung demokratischer Entscheidungsprozesse durch neoliberale Governance-Arrangements, Stadtdiskurse und Austeritätsmaßnahmen, die Verbreitung sogenannter illiberaler städtischer Politiken oder die Freilegung rechtspopulistischer städtischer Geographien in den USA und Mittel- und Osteuropa sind nur einige Beispiele für Auseinandersetzungen mit autoritärem Urbanismus. In unserem Themenschwerpunkt möchten wir bestehende Debatten um bisher vernachlässigte Aspekte innerhalb der eingangs skizzierten Spannungsfelder bereichern.

Die Beiträge in diesem Heft verdeutlichen angesichts ihrer meist aktuellen Fallbeispiele die gegenwärtige *Dringlichkeit von Fragen zum autoritären Urbanismus*. Gleichzeitig heben sie eine große *Spannbreite an Verständnissen* dieses autoritären Urbanismus hervor. Diese umfassen die vielfältigen Weisen der Mobilisierung stadtpolitischer Fragen zur Stabilisierung und Aufrechterhaltung autoritärer Regime ebenso wie vielfältige autoritär-illiberale Praktiken innerhalb demokratischer Systeme. Die behandelten Themen reichen von Politiken und Instrumenten der Landenteignung über staatliche Wegweisungspraktiken im öffentlichen Raum, die Umsetzung städtischer Großvorhaben oder symbolträchtige Reinszenierungsprojekte bis hin zu Praktiken des Versuchs,

die Mitgestaltung eines Lebensumfeldes durch dessen Bewohner_innen zu unterbinden.

Es fällt auf, dass fast alle Beiträge Austerität und autoritären Neoliberalismus als den zentralen Nährboden für autoritären Urbanismus diskutieren. Nichtsdestotrotz scheinen zentrale *Akteure und Mechanismen* eines autoritären Urbanismus innerhalb dieses Feldes wiederum vielseitig zu sein, ebenso wie deren *Instrumente und Arbeitsweisen*. Sie lassen sich nicht vereinfachend auf Austeritätspolitiken im autoritären Gewand beschränken. So werden staatliche Akteure genannt, insbesondere nationalstaatliche Autoritäten, zum Teil inklusive Staatsoberhäupter selbst, aber auch nicht staatliche Akteure wie internationale oder ausländische Investor_innen, lokale und internationale Unternehmen oder Clans. Nicht zuletzt rücken zivilgesellschaftliche Akteure wie Neonazis und andere reaktionäre Gruppen in den Blick. Einige Beiträge arbeiten die ausschlaggebende Wirkung aktiver Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bei autoritären Phänomenen heraus – und sei es einfach in Form des Gewährenlassens oder der diskursiven Herstellung bestimmter Normalitäten. Die Vielfalt der Beiträge zeigt auch, dass *autoritärer Urbanismus als globales, regimeübergreifendes Phänomen angesehen werden muss*: Die Aufsätze des Schwerpunkts umfassen Beispiele aus Belgrad (Serbien), Budapest (Ungarn), Bangalore und Amravati (Indien), Rio de Janeiro (Brasilien), Addis Abeba (Äthiopien) und Orten in der Schweiz und in Deutschland. In der Debatte wird diese Zusammenstellung erweitert um Beispiele aus der Türkei, Georgien, Russland und weiteren Ländern Lateinamerikas.

Der Beitrag von **Daniela Zupan** setzt sich auf konzeptioneller Ebene mit der Gegenwärtigkeit und Genese des Forschungsfeldes autoritärer Urbanismus auseinander. Die Autorin beleuchtet, wie autoritärer Urbanismus im Laufe der Zeit verstanden und beforscht wurde. Dabei arbeitet sie verfestigte Vorannahmen und normative Zuschreibungen bei der Beschäftigung mit autoritärem Urbanismus heraus. Sie macht deutlich, wie diese entstanden sind und wie sie Debatten seither beeinflussen. Abschließend diskutiert Zupan, inwiefern diese Setzungen einem besseren Verständnis von autoritärem Urbanismus entgegenstehen. Urbane Großprojekte stehen bekanntlich in der Kritik, demokratische Verfahren zu umgehen und autoritären Praktiken Vorschub zu leisten. Während diese Aspekte in westlich-liberalen demokratischen Kontexten bereits umfassend erforscht wurden, lenken die zwei Beiträge

von **Nebojša Čamprag** und **Marcell Hajdu** den Blick auf aktuelle Logiken der Stadtentwicklung durch Großprojekte im postsozialistischen Europa. Mit Serbien und Ungarn nehmen sie zwei Kontexte in den Blick, die seit rund anderthalb Jahrzehnten von massiven Autokratisierungstendenzen geprägt sind – von Entwicklungen, die auch den kontextuellen Bezugsrahmen der analysierten Vorhaben bilden. Čamprag rekonstruiert das viel diskutierte Projekt „Belgrade Waterfront“, während Hajdu drei zentrale Umbauprojekte in der ungarischen Hauptstadt Budapest betrachtet. Beide Autoren verstehen die von ihnen untersuchten Projekte nicht nur als Ausdruck, Verstärker und teilweise Radikalisierung einer autoritär-neoliberalen Form der Stadtproduktion, sondern auch als aktive Instrumente zur Nationenbildung und zur Stabilisierung der jeweiligen autoritär-illiberalen Regime.

Nicht selten geht dem Bau neuer Städte, von Smart Cities, Gated Communities oder großräumiger Verkehrsinfrastrukturen eine Enteignung von Land sowie eine Umwandlung von Agrar- in Bauland voraus. Mit den Politiken und Instrumenten der Landenteignung im heutigen Indien setzt sich **Michael Schwind** anhand von Fallstudien zur „Bidadi Smart City“ in der Metropolregion Bangalore und in Amravati, der geplanten neuen Hauptstadt des Bundesstaates Andhra Pradesh auseinander. Seine Analyse der Neuordnung der Enteignungspolitik im Zuge des antidemokratischen Wandels in Indien unter Premierminister Narendra Modi seit 2014 diagnostiziert eine Vertiefung neoliberaler Raumproduktion und deren gleichzeitige Verknüpfung mit hindunationalistischer Ideologie. Schwind zeigt, dass für die Enteignung landbesitzender Agrargruppen zunehmend Technologien des Regierens eingesetzt werden, die eine Ausweitung von Zwang mit einer ideologischen Bindung in Form einer partnerschaftlichen Erzählung an das Schicksal der Nation verknüpfen.

Während sich die Beiträge von Čamprag, Hajdu und Schwind mit Ausprägungen und Arbeitsweisen von autoritärem Urbanismus in massiv autoritären Kontexten beschäftigen, lenkt **Esteban Piñeiros** Artikel den Blick auf autoritäre Praktiken in liberalen Demokratien. Sein Beitrag rekonstruiert die Entwicklung von Wegweisungspraktiken in öffentlichen Räumen und deren zunehmende Auf- und Ausweitung in Schweizer Kommunen. In deren Zuge wird die Arbeit der Polizei zunehmend von nicht-polizeilichen Ordnungsdiensten flankiert. Anhand einer vergleichenden Analyse der Interventionsqualität und der Legitimationsbasis polizeilicher und nicht-polizeilicher Wegweisungspraktiken kommt der

Autor zu dem Schluss, dass beide Formen als Ausprägungen eines autoritären Urbanismus verstanden werden können.

Orlando Santos Junior, Filipe Corrêa und **Juciano Rodrigues** nehmen den konservativen Rechtsruck in Brasilien zum Ausgangspunkt. Basierend auf Analysen des Wahlverhaltens in der Metropolregion Rio de Janeiro stellen sie die These auf, dass Parapolizegruppen (sogenannte *milícias*) für die Wahlgeographien der vergangenen Jahre mitverantwortlich sind. Diesen auf unterschiedlichen Praktiken der territorialen Kontrolle des Wahlverhaltens sowie der Verbreitung rechtsradikaler und konservativer Werte durch bewaffnete Gruppen fußenden Einfluss der *milícias* zeigen die Autoren insbesondere für einkommensschwache Nachbarschaften. **Günter Gassner** befasst sich in seinem Aufsatz mit Widerstand gegen Autoritarismus, indem er dem Konzept eines „Revolutionären Antifaschismus“ nachspürt, um räumliche Prozesse zu untersuchen, die sich einer autoritären Stadt verweigern. Anhand antifaschistischer Broschüren und Flugblätter aus dem Berlin der 1990er Jahre konzipiert er die Idee eines antifaschistischen Stadtplans. Dieser lässt sich nicht auf einen Kampf gegen Nazis reduzieren. Vielmehr entwickelt Gassner einen Revolutionsbegriff, der die Systemüberwindung als kontinuierlichen und pragmatischen Prozess versteht. Dies ermögliche einen Raumbildungsprozess, der sich grundsätzlich von einer faschistischen Raumorganisation unterscheidet.

Autoritäre Praktiken und Verhältnisse bleiben vielerorts nicht ohne Gegengewicht. Dabei ist das Phänomen Widerstand alles andere als eindeutig fass- und beschreibbar. Entsprechend vielfältig sind die Formen der Kritik an gegenwärtigen und vergangenen Ausprägungen von autoritärem Urbanismus. Mit der Frage: „Was heißt hier Widerstand?“ haben **Kristine Beurskens** und **Gala Nettelbladt** gemeinsam mit **Matthias Naumann** und **Daniela Zupan** eine Debatte angestoßen und verschiedene Forscher_innen zu Kommentaren eingeladen. Bewusst kommen dabei neben klassischen Praktiken des offenen Protests auch weniger beforschte Praktiken zu Wort. **Kirsten Angermann** diskutiert etwa Widerstand mit und durch Architektur in der späten DDR. **Felicitas Kübler** fasst Literaturen des Erinnerns an autoritäre Raumnahmen und rechte Gewalt als widerständige Praxis. Was als Widerstand verstanden werden kann, – darin sind sich die Autor_innen der Debattenbeiträge einig – kann nur aus dem jeweiligen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Kontext heraus verstanden werden. Auch **Alke Jense** betont in ihrem Beitrag,

wie unterschiedlich die individuellen und kollektiven Bedingungen und Handlungsoptionen sowie die lokalen und nationalen (Un-)Möglichkeitsstrukturen sind, in denen widerständiges Handeln Raum und Ressourcen finden kann. Die Kommentare eröffnen diesbezüglich in ihrer Vielfalt einige interessante Parallelen, wenn etwa **Urszula Ewa Woźniak** und **Tuba İnal-Çekiç** in ihrem Beitrag zu Istanbul und Berlin ähnliche Muster autoritären Urbanismus sowie des Widerstand gegen diesen diskutieren. Doch es werden auch einige vielleicht unerwartete und räumlich unterschiedliche Geographien des lauten beziehungsweise leisen Widerstands sichtbar. In **Andrei Semenovs** Beitrag zu aktuellen Entwicklungen in russischen Städten finden sich offene, laute Formen des Widerstands gegen Nachverdichtungsmaßnahmen. Dagegen thematisieren **Leon Rosa Reichle** und **Peter Bescherer** in ihrem Debattenbeitrag das Verschweigen von systemischem Rassismus in Gera sowie die scheinbar unüberwindbaren Schranken, denen sich Widerstand gegenübersieht. Dass neben dem räumlichen Kontext auch die Frage bedeutsam ist, wogegen sich Widerstand formiert, zeigt auch **Sören Becker**, der herausarbeitet, wie die materiell-institutionelle Beschaffenheit urbaner Infrastrukturen selbst zur Hürde für Widerständiges werden kann. **Lela Rekhviashvili** beleuchtet in ihrem Beitrag zu sozialen Mobilisierungen in Georgien schließlich einen weiteren wichtigen Aspekt, indem sie die Bedeutung von Klassenzugehörigkeit und sozialer Differenz für die (Un-)Möglichkeiten für Widerstand diskutiert. Insgesamt zeigen die Autor_innen der Debattenbeiträge anschaulich die Unschärfen und Ambivalenzen, Mischformen und Facetten von Widerstand auf. Sie tragen damit über den Kontext urbanen Autoritarismus hinaus zu einer Differenzierung der Konzepte von Widerstand bei.

Auch zwei Magazinbeiträge gehören zum Themenschwerpunkt. **Rony Emmenegger** und **Asebe Regassa** diskutieren am Beispiel des Umbaus des Kaiserpalastes in Addis Abeba, wie der städtische Raum zur Legitimierung der Herrschaft des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed mobilisiert wird. Der Beitrag von **Lilla Kammermann**, **Enikö Zöllner** und **Sebastian Martini** beleuchtet, wie ein ursprünglich zur Umsetzung komplexer EU-geförderter Projekte eingeführtes Instrument im ungarischen Planungssystem mittlerweile von Victor Orbáns Regierung dazu eingesetzt wird, die lokale Planungshoheit systematisch zu umgehen.

Vier Rezensionen runden den Themenschwerpunkt ab. **Leonie Stoll** rezensiert den von Daniel Mullis und Judith Miggelbrink 2022

herausgegebenen Sammelband *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Sie sieht den Band in inhaltlicher, theoretisch-konzeptioneller und methodischer Hinsicht als ebenso politisch relevanten wie wissenschaftlich bedeutsamen Beitrag zur räumlichen Analyse demokratischer Regression im deutschen Kontext an. **Victoria Grau** bespricht mit *Spatializing authoritarianism*, 2022 herausgegeben von Natalie Koch, einen weiteren thematisch einschlägigen Sammelband. Sie hebt insbesondere den interdisziplinären und internationalen Charakter des Buches hervor, das sie besonders produktiv für die Auseinandersetzung mit räumlichen Dimensionen von Autoritarismus in heutigen Gesellschaften findet. **Börries Nehe** und **Gustavo Robles** diskutieren den 2020 von Ian Bruff und Cemal Burak Tansel herausgegebenen Sammelband *Authoritarian neoliberalism: Philosophies, practices, contestations*. Ausgehend von aktuellen Entwicklungen schlagen sie eine differenziertere Sub-Periodisierung des autoritären Neoliberalismus vor. **Jannik Noeske** stellt in seiner Rezension zwei planungshistorische Werke zur Rolle des Städtebaus in Diktaturen vor: das von Birgit Knauer verfasste Werk *Gesunde Stadt. Die Assanierung der Stadt Wien (1934–1938)* von 2022 und die im selben Jahr 2022 erschienene Neuauflage des erstmals 2011 von Harald Bodenschatz herausgegebenen Sammelbandes *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien*. Noeske hält fest, dass beide Werke die Relevanz und Produktivität städtebaulicher Betrachtungsweisen für gesellschafts-politische Analysen zeigen.

Neben dem Themenschwerpunkt hat auch dieses Heft wie gewohnt einen offenen Teil. Anlässlich des Todes von **Mike Davis** im Oktober 2022 haben wir eine Debatte zum Kapitel „Fortress L.A.“ aus seinem Buch *City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles* von 1990 organisiert. Das Buch erschien 1994 in deutscher Übersetzung in einem kleinen linken Verlag. Mit unserer Debatte möchten wir an die wichtigen Impulse erinnern, die seither von Davis' Perspektiven auf die kritische Stadtforschung ausgehen. Dabei waren (und sind) die sozialräumlichen Verwerfungen, die Davis anhand von Los Angeles beschrieb – wie die Inwertsetzung und Privatisierung des öffentlichen Raums und dessen zunehmende Überwachung und Kontrolle – auch für eine Kritik hiesiger Stadtpolitik hochgradig anschlussfähig. Sowohl *City of Quartz* als auch Davis' spätere Bücher *Ökologien der Angst* (1999) und *Planet der Slums* (2007) können mittlerweile als Klassiker gelten, die Generationen

kritischer Stadtforschender stark geprägt haben. Bemerkenswerterweise hat *City of Quartz* bis heute nichts an seiner analytischen und sprachlichen Kraft eingebüßt. Es erweist sich weiterhin als ungemein aktuell und inspirierend. All dies ist Anlass genug, diesen Text und seinen Einfluss für die deutschsprachige Stadtforschung und -bewegung ins Zentrum einer Debatte in unserer Reihe „Altes neu gelesen“ zu stellen. Den Einstieg bildet das erwähnte Kapitel „Festung L.A.“ (2006 [1990]), das wir dank der freundlichen Genehmigung des Verlags Assoziation A erneut veröffentlichen können. **Roger Keil** erinnert sich in einem sehr persönlichen Beitrag an seine frühen Begegnungen sowie an verschiedene Konstellationen des großzügigen Austauschs mit Mike Davis. Keils Beitrag erschien zuerst im kanadischen Magazin *Azure* und wurde vom Autor für diese Debatte übersetzt. Die breite deutschsprachige Rezeption von Davis' Thesen ist auch dem Verlag Assoziation A zu verdanken, der mittlerweile noch viele weitere seiner Bücher übersetzte und veröffentlichte. In einem Gespräch schildert **Rainer Wendling** die Beweggründe für die damalige Verlagsentscheidung sowie den Einfluss von Mike Davis auf stadtpolitische Debatten und Kämpfe in Deutschland. **Stefan Lanz** nimmt diesen Faden in seinem Beitrag auf und geht den vielfältigen Wirkungen von Davis' Analysen in Frankfurt am Main und Berlin in der zweiten Hälfte der 1990er und den frühen 2000er Jahren nach. Er zeigt, wie zwischen Wissenschaft, Aktivismus und Kulturszene eine kollaborative urbane Praxis aufkeimte, die für einige Jahre viele Personen prägte. **Sina Brückner-Amin** reflektiert in ihrem Beitrag Davis' Bedeutung für die Architekturwissenschaft und das Schreiben über Los Angeles. Sie stellt Davis den Autor Reyner Banham gegenüber, der in der Architekturszene ähnlich für Los Angeles bekannt ist, jedoch gänzlich anders argumentiert. Abschließend zeigt **Katja Schwaller** in ihrem Beitrag anhand der aktuellen Entwicklung San Franciscos, wie produktiv und inspirierend Davis' Analysen stadträumlicher Polarisierung und Ausgrenzung noch drei Jahrzehnte später sein können. Schwaller analysiert in ihrer reich bebilderten Analyse der Inszenierung halb-öffentlicher Stadträume durch die großen Technologiekonzerne eindrucksvoll, dass diese Dynamiken dank der im Hintergrund ablaufenden Dateninfrastruktur heute oft subtiler ablaufen als im Los Angeles der 1990er Jahre.

Ein Magazinbeitrag und eine Rezension beschließen das Heft: **Jakob Holzer** geht in seinem Magazinbeitrag zu einem Wohnungsbauprogramm für in den 1990er Jahren aus Deutschland in die GUS-Staaten

zurückkehrende sowjetische Soldaten der spannenden Frage nach, inwieweit die in dem vom Westen unterstützen Siedlungsentwicklungen dem Leitbild der sozialistischen Stadt zugeordnet werden können. Dabei untersucht er mit einem erweiterten Verständnis von Infrastrukturen die gesellschaftlichen Werte, die in den Bedingungen, Elementen und Einrichtungen der Siedlungen zum Ausdruck kommen. **Teresa Huhle** rezensiert für uns die Dissertation von Antonio Carbone, die die Cholera- und Gelbfieber-Epidemien im Buenos Aires der späten 1860er und frühen 1870er Jahre untersucht und die urbanen Entwicklungen und Veränderungen analysiert, die sich in dieser Periode ereigneten. Huhle ordnet Carbones Studie in die aktuelle Debatte über Pandemien und ihre Auswirkungen ein. Als zwei Schwerpunkte der Arbeit benennt sie zum einen die Praxen des Imaginierens und der Planung von Stadträumen sowie zum anderen die konflikthafter Beziehungen zwischen der lokalen Oberschicht und dem in dieser Zeit schnell wachsenden migrantischen Proletariat.

Diese Ausgabe ist wieder ein sehr ansehnliches und ebenso umfangreiches Doppelheft geworden. Zum ersten Mal publizieren wir zwei Doppelhefte in einem Jahrgang. Und noch nie haben wir in einem (Doppel-)Heft vier Übersetzungen veröffentlicht. Wir danken Sociotrans für die zuverlässige und sorgfältige Zusammenarbeit. Und wir bedanken uns bei unseren tollen Lektor_innen Lars Breuer und Katrin Viviane Kurten für das gute Lektorat und die freundliche und flexible Zusammenarbeit. Nicht zuletzt danken wir auch unserer neuen Setzerin Cíbele Kojima de Paula für den gelungenen Einstieg in die gemeinsame Arbeit. Und natürlich danken wir allen Autor_innen und Gutachter_innen, die an der Erarbeitung dieses Heftes beteiligt waren.

Wir wünschen eine inspirierende Lektüre!

Herzliche Grüße,
die Redaktion von sub\urban

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Nihad ElKayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer mit Daniela Zupan als Mitherausgeberin des Themenschwerpunkts.

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Daniela Zupan

Angesichts zunehmender autoritärer, illiberaler und populistischer Strömungen weltweit, nicht zuletzt auch innerhalb etablierter Demokratien, hat die Auseinandersetzung mit Autoritarismus in der interdisziplinären Stadtforschung in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen. Diese erneute Popularität nimmt der Beitrag zum Anlass, um sich mit der Aktualität und Gewordenheit des Forschungsfeldes zu autoritärem Urbanismus auseinanderzusetzen. Der Beitrag rekonstruiert, was unter autoritärem Urbanismus verstanden und beforscht wurde und wie sich das im Lauf der Zeit entwickelt hat. Dabei arbeitet er verfestigte Vorannahmen und normative Zuschreibungen in der Beschäftigung mit autoritärem Urbanismus heraus, zeigt, wie diese entstanden sind und die Debatten seither beeinflussen, und diskutiert, wie diese einem besseren Verständnis von autoritärem Urbanismus entgegenstehen.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Als ich vor wenigen Jahren damit begonnen habe, zeitgenössische Ausprägungen autoritären Urbanismus zu untersuchen, sah ich mich in Interviews und Gesprächen vielfach sowohl mit fertigen Antworten als auch mit fragenden Blicken konfrontiert. Fertige Antworten, insofern zu dem Stichwort „autoritärer Urbanismus“ in den meisten Fällen recht klare Assoziationen bestanden. Noch bevor ich mein Anliegen ausführen konnte, wurde ich entweder gefragt, ob ich mich demnach aus historischer Perspektive mit Städtebau und Stadtentwicklung in den nationalsozialistischen und faschistischen Regimen Europas beschäftigen würde; oder aber mir wurde von unlängst neu aus dem Boden gestampften Städten oder grotesk anmutenden, gigantischen städtebaulichen Ensembles in autoritären Regimen wie Kasachstan oder Saudi-Arabien berichtet, die als gebaute Ausdrücke repressiver und arbiträrer Macht gelesen wurden. Im ersten Fall folgten fragende Blicke, sobald

ich ausführte, dass ich zeitgenössische Entwicklungen untersuche, im zweiten Fall, sobald ich von meinen Forschungsgegenständen wie etwa der Entwicklung attraktiver und sensibel gestalteter öffentlicher Räume und Parkanlagen in russischen oder ungarischen Städten berichtete.

In mehrfacher Hinsicht schien meine Forschungsperspektive gängigen Verständnissen von autoritärem Urbanismus entgegenszulaufen. Diese Irritationen bilden den Ausgangspunkt dieses Beitrags, der der Frage nachgeht, was hinter diesen verbreiteten Verständnissen steckt: Was wird unter autoritärem Urbanismus verstanden und beforscht, und wie hat sich das im Lauf der Zeit verändert? Wie sind gängige Vorstellungen entstanden und woraus speisen sie sich? Welche impliziten oder expliziten Annahmen und normativen Zuschreibungen reflektieren sie, und welche Konsequenzen hat das für aktuelle Verständnisse von autoritärem Urbanismus?

Um diese Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, das Forschungsfeld zu autoritärem Urbanismus abzustecken und in groben Zügen aufzuarbeiten. Unter dem bisher vergleichsweise wenig etablierten Begriff des autoritären Urbanismus^[1] soll jenes Forschungsfeld skizziert werden, das sich im weitesten Sinne mit dem Zusammenspiel von Autoritarismus und Stadt befasst. Zwar werden Städte für gewöhnlich als „Wiegen der Demokratie“ und als Bastionen des Widerstands gegen Autoritarismus verstanden, gleichwohl sind und waren Städte auch immer entscheidende Orte für autoritäre Interventionen, für das Entstehen autoritärer Bewegungen, und nicht zuletzt kommt Urbanismus eine maßgebliche Rolle für den Erhalt und die Stabilisierung autoritärer Regierungsformen zu. Entsprechend hat das Zusammenwirken von Stadt und Autoritarismus in der Forschungsliteratur durchaus auf unterschiedliche Weise Betrachtung gefunden, die es allerdings noch systematisch aufzuarbeiten und abzubilden gilt.

Selbstverständlich kann dieses ebenso vielfältige wie komplexe Feld innerhalb eines Beitrags nicht in seiner Gesamtheit abgebildet werden. Der Aufsatz trägt jedoch zur Schließung einer Forschungslücke bei, indem er zentrale Stränge in der Auseinandersetzung mit autoritärem Urbanismus identifiziert und hinsichtlich der aufgeworfenen Fragenstellungen diskutiert. Autoritärer Urbanismus wird dabei nicht als fixes, das heißt als abschließend zu definierendes, und bestimmte, feste Charakteristika aufweisendes und damit ahistorisches Phänomen betrachtet. Stattdessen soll basierend auf einer umfassenden

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Literaturlauswertung nachvollzogen werden, wie sich einflussreiche Stränge und Verständnisse von autoritärem Urbanismus herausgebildet und verändert haben, das heißt, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund was (bzw. was nicht) als autoritärer Urbanismus verstanden und beforscht wurde.

Dieses Anliegen erscheint umso dringlicher, als die Auseinandersetzung mit Autoritarismus angesichts zunehmender autoritärer, illiberaler und populistischer Strömungen in den letzten Jahren deutlich an Gewicht gewonnen hat. Dies gilt auch für die interdisziplinäre Stadtforschung: Studien nehmen die Vielfalt zeitgenössischer Erscheinungsformen autoritären Urbanismus in den Blick und beleuchten die zentrale Rolle von Städten für die Stabilisierung autoritärer Regime (z. B. Koch 2018; Bogaert 2018); Forschungen zu Postpolitik und Postdemokratie untersuchen, wie die gegenwärtige neoliberale Ordnung demokratische Praktiken in und durch Stadtproduktion untergräbt (z. B. Swyngedouw 2018; Tansel 2018); und Arbeiten begreifen zunehmend auch die städtische Ebene als potenziellen Nährboden für zunehmenden Rechtspopulismus und Rechtsautoritarismus (z. B. Mullis 2021; Luger 2022).

Der Artikel trägt zu diesen Debatten bei, indem er Kontinuitäten, Brüche und historische Parallelen in der Auseinandersetzung mit autoritärem Urbanismus sichtbar macht, die die aktuelle Forschungslandschaft kritisch zu reflektieren und zu verorten helfen. Konkret werden zurzeit einige Herausforderungen diskutiert, die einem besseren Verständnis von Autoritarismus im Wege stehen (siehe insbesondere Koch 2022; Luger 2022; Glasius 2018; Bogaert 2018). Dazu gehört die immer noch weitverbreitete Vorstellung einer in demokratische und autoritäre Staaten geteilten Welt. Eine solche räumliche Fixierung von Autoritarismus ist allerdings blind für das Vorhandensein autoritärer Elemente und Praktiken in liberal-demokratischen Kontexten. Sie operiert zudem mit Zuschreibungen, in denen autoritäre Staaten häufig als das abzulehnende „Andere“, das Fremde und Rückschrittliche begriffen werden. Dies vermittelt letztlich ein Bild sich fundamental unterscheidender Regimetypen, in dem autoritäre Staaten auf negativ konnotierte Charakteristika reduziert werden (z. B. Repression, Gewalt), wohingegen demokratische Regierungsformen tendenziell mit positiv besetzten Elementen wie Freiheit und Liberalismus beschrieben und teilweise idealisiert werden (Bogaert 2018: 254; Koch 2022: 4). Durch die Aufhebung einer solchen Fixierung von Autoritarismus und einer Ausweitung zum globalen, allen

Regimetyphen inhärenten Phänomen kann, so die Hoffnung, solch binären Vorstellungen und reduktiven Verständnissen entgegengewirkt werden (Glasius 2018; Koch 2022). Dieser Beitrag zeigt jedoch, dass eine solche Aufweitung alleine diese Hoffnungen kaum erfüllen wird können. Denn die Forschungslandschaft zu autoritärem Urbanismus war neben Ansätzen, die sich Urbanismus in autoritären Staaten gewidmet haben, seit jeher auch von bedeutenden Strängen geprägt, die Autoritarismus nicht als ein auf autoritäre Regime beschränktes, sondern als globales Phänomen interpretiert haben. Vor diesem Hintergrund argumentiert der Beitrag, dass die in der aktuellen Autoritarismusdebatte zu Recht und auch richtig beschriebenen Herausforderungen weniger in dieser Trennlinie zu suchen sind, sondern beide Herangehensweisen prägen. Um bestehende Verengungen und Blindstellen verstehen und in weiterer Folge aufbrechen zu können, müssen die sich aus der Entstehungsgeschichte des Forschungsfeldes selbst speisenden impliziten und expliziten Annahmen und normativen Zuschreibungen sowie die daraus resultierenden (Un-)Sichtbarmachungen in den Blick genommen werden.

Um das zu tun, gliedert sich der Beitrag nach relevanten Etappen, die die Forschung zu Autoritarismus und Stadt im Lauf der Zeit geprägt haben. Einem einleitenden Abschnitt zu den Ursprüngen der modernen Autoritarismusforschung (Kapitel 2) folgen Abschnitte zu „Autoritarismus und Moderne-Kritik“ (Kapitel 3), „Die antiautoritäre Postmoderne?“ (Kapitel 4) und zur aktuellen Forschungslandschaft (Kapitel 5), bevor Kapitel 6 zentrale Erkenntnisse zusammenfasst.

2. Der normative Kern der Autoritarismusforschung

Die Zuschreibung als „autoritär“ kann grundsätzlich auf Vieles angewandt werden: Charakter und Persönlichkeit, Werte, Erziehungs- und Führungsstile, politische Bewegungen, Praktiken, Regime, Ideologien und vieles mehr. Autoritären Persönlichkeiten beispielsweise wird ein Wunsch nach Ordnung und Konvention, nach Hierarchie und Unterwürfigkeit zugeschrieben, autoritären Regimen die Konzentration von Macht innerhalb einer kleinen Elite, Hierarchisierung, Zentralisierung sowie repressive Regierungstechniken. Autoritarismus bezeichnet dabei ein politisches Verhältnis, das durch Herrschaft (*domination*) sowie durch Subordination, das heißt Unterordnung und Gehorsam, gekennzeichnet ist: „Deriving from the Latin *autocritas*, meaning ‚authority‘, authoritarianism

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

presupposes power. More specifically, it presupposes a social unit where there is control by some over others.“ (Glasius 2018: 526) Bereits in diesen Ausführungen zeigt sich die zumeist normative Aufladung des Begriffs, die sich auf die Entwicklungsgeschichte des Feldes selbst zurückführen lässt. Denn die moderne Autoritarismusforschung ist ein vergleichsweise junges Feld, das maßgeblich durch die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Faschismus in europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert geprägt worden ist. In dem Versuch, diese Erfahrungen zu verarbeiten, zu erklären und ihnen etwas entgegenzustellen, legten Forscher_innen wie Karl Popper (1945), Hannah Arendt (1951), Theodor W. Adorno samt Kolleg_innen (Adorno et al. 1950) Arbeiten vor, die in der Folge zu Schlüsselwerken der Autoritarismusforschung avancierten (Glasius 2018: 532).

Aus dieser Auseinandersetzung erwachsen freilich sehr spezifische Verständnisse von Autoritarismus. Es entstanden Ansätze, die Autoritarismus als Antithese zu bestehenden, normativ positiv besetzten Ideen und Idealen konzipierten. Als Regierungsform beispielsweise wurde Autoritarismus von Beginn an in Relation zu bzw. als Mangel an Demokratie definiert (Glasius 2018: 519). So werden faire und freie Wahlen, das Recht auf Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Versammlungsfreiheit für gewöhnlich als zentrale Charakteristika von Demokratien verstanden (z. B. Dahl 1971), durch deren Ausübung Kontrolle und Subordination, also autoritären Beziehungen, entgegengewirkt werden soll. Demgegenüber werden Regime dann im Sinne einer Negativdefinition als autoritär eingestuft, wenn diese Elemente fehlen oder nicht respektiert werden (Glasius 2018: 519).

Im Gegensatz dazu entwickelte die Kritische Theorie Ansätze, die Autoritarismus nicht als Gegenpol, sondern als modernen und explizit auch liberal-demokratischen Regierungsformen inhärent begriffen. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1947) deuteten Entwicklungen wie den Nationalsozialismus und den Stalinismus nicht als Bruch mit der liberal-politischen Kultur, sondern als logische Konsequenzen des Projekts der Aufklärung und der Moderne und den ihnen eingeschriebenen Logiken der Beherrschung und Unterdrückung. In ihren Versuchen, das Aufkommen faschistischer Strömungen zu erklären, legten die Forscher_innen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung grundlegende Gedanken zum Autoritarismus vor (insbesondere Adorno et al. 1950, siehe dazu auch Kiess et al. 2021). Letzterer spielte in ihren

Arbeiten insofern eine zentrale Rolle, als eine autoritäre Neigung in der Persönlichkeit als zentraler Einflussfaktor für die Entstehung faschistischer Einstellungen verstanden wurde. In ihrer einflussreichen Studie zur autoritären Persönlichkeit fassten Adorno et al. (1950) Autoritarismus entsprechend als ein tiefgehendes, pathologisches Merkmal der menschlichen Persönlichkeit und arbeiteten die dahinterliegenden psychosozialen Entstehungsbedingungen heraus. Als autoritäre Tendenzen gelten etwa eine unkritische Unterwerfung unter personelle oder abstrakte Autoritäten, ein Hang zum Konventionalismus und zur Verurteilung abweichenden Verhaltens, rigides und stereotypisches Denken sowie Empfänglichkeit für Verschwörungen und Aberglaube (Adorno et al. 1950; für heutige Anwendungen siehe z. B. Decker/Brähler 2020; Decker et al. 2022; Amlinger/Nachtwey 2022).

Diese Ursprünge der Autoritarismusforschung haben von Anfang an auch die Beschäftigung mit autoritärem Urbanismus beeinflusst. Denn auch in der Stadtforschung war es die Auseinandersetzung mit den autoritären und totalitären Regimen Europas, die einen zentralen Impuls für die Entwicklung des Forschungsfeldes gab und dessen Verständnis maßgeblich prägte. Tatsächlich ist es im gängigen Sprachgebrauch bis heute üblich, autoritären Urbanismus als historisches Phänomen mit einem klaren räumlich wie zeitlich abgeschlossenen Bezugsrahmen zu verstehen und insbesondere mit Städtebau und Stadtentwicklung faschistischer, nationalsozialistischer und staatssozialistischer Regime des 20. Jahrhunderts zu assoziieren. Innerhalb dieses mittlerweile ebenso umfangreichen wie differenzierten Forschungsstrangs (siehe z. B. neuere Überblickswerke wie Bodenschatz/Sassi/Welch-Guerra 2015) haben Arbeiten nicht nur die zentrale Rolle von Urbanismus innerhalb dieser Regime herausgearbeitet, sondern auch ein bestimmtes Bild des dabei prägenden Urbanismus hervorgebracht. Zu den in der Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung unter Stalin, Hitler, Mussolini oder Franco besonders häufig wiederkehrenden Elementen zählen spektakuläre, monumentale und gigantische Strukturen, die die Mächtigkeit, Potenz und Stärke dieser Regime reflektieren und das Gefühl der Nichtigkeit des Individuums erzeugen sollten; hierarchische Formen, die als Reflektionen zentralistischer Macht gedeutet wurden; und breite Schneisen und Achsen, die nicht nur als Instrumente der Propaganda, sondern auch der Überwachung der Gesellschaft gelesen wurden (z. B. Paperny 1985; Noever 1994). Auf diese Weise wurde ein spezifisches und,

wie neuere Studien verstärkt betonen (z. B. Bodenschatz 2015), in mehrfacher Hinsicht verengtes Bild von autoritärem Urbanismus hervorgebracht, die Debatten um Autoritarismus und Stadt in der Folge maßgeblich geprägt haben.

3. Autoritarismus und Moderne-Kritik

Beinahe zeitgleich zu Studien über Urbanismus in den diktatorischen Systemen Europas des 20. Jahrhunderts begann sich ab den 1960er-Jahren ein weiterer einflussreicher Strang in der Auseinandersetzung mit Autoritarismus und Stadt zu formieren, der in den 1980er- und 1990er-Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Dieser speiste sich aus der Kritik an der Moderne und dem Aufkommen postmoderner Strömungen und umfasste zum einen die konkrete Kritik an moderner Stadtplanung und zum anderen die kritische Befassung mit modernen bzw. neuzeitlichen Regierungstechniken.

Die sich bekanntlich ab den 1960er-Jahren intensivierende Kritik an moderner Stadtplanung verstand diese zunehmend als technokratischen, zentralistischen und repressiven Eingriff institutionalisierter Macht (z. B. Harvey 1989: 38; Scott 1998: 87 ff.). Zudem wurde ihr eine gewisse Affinität bzw. ein inhärenter Hang zum Autoritären zugeschrieben. So warf beispielsweise Jane Jacobs (1961: 19; Übers. d. A.) Ebenezer Howard ein „paternalistisches, wenn nicht gar autoritäres Verständnis“ von Planung vor, das alles der Realisierung seiner Utopien unterzuordnen bereit wäre. Ein solches Verständnis von Planung wurde bekanntermaßen auch zahlreichen weiteren prominenten Akteuren der modernen Stadtplanung zugeschrieben. Am radikalsten äußerte sich dazu wahrscheinlich Le Corbusier selbst, der keinen Hehl aus seiner Bewunderung für die autoritären Interventionen Louis XIV., Napoleons und Haussmanns in Paris hegte, die für ihn „a signal example of creation, of that spirit which is able to dominate and compel the mob“ darstellten (Le Corbusier 1929: 293, zitiert in Hall 1988: 207). In seinem erstmals 1933 veröffentlichten Buch *La ville radiieuse* stellt er den Plan über die vom Volk gewählten Repräsentant_innen, die Wähler_innenschaft, die Verfassung und Gesetze, wenn er schreibt (Le Corbusier 1964: 154, zitiert in Scott 1998: 113):

„The despot is not a man. It is the Plan. The correct, realistic, exact plan, the one that will provide your solution once the problem has been posited clearly, in its entirety, in its indispensable harmony.

This plan has been drawn up well away from the frenzy in the mayor's office or the town hall, from the cries of the electorate or the laments of society's victims. It has been drawn up by serene and lucid minds. It has taken account of nothing but human truths. It has ignored all current regulations, all existing usages, and channels. It has not considered whether or not it could be carried out with the constitution now in force. It is a biological creation destined for human beings and capable of realization by modern techniques.“

Getrieben vom unbedingten Willen der Implementierung erschienen demokratische Entscheidungsprozesse als Hindernis. „Totalisierende“ Planung, verstanden als Glaube an die Möglichkeit einer rationalen und weitreichenden Steuerung von Gesellschaft, Zentralisierung und Ordnung, und nicht zuletzt Überwachung und Kontrolle durch Raumgestaltung sind zentrale, in der Literatur diskutierte Charakteristika dieser Ausformung autoritären Urbanismus (siehe z. B. Harvey 1989; Scott 1998; Hall 1988). Ein Urbanismus des Uniformen anstatt des Pluralistischen, ein Urbanismus, der beschränkt und verhindert anstatt zu eröffnen und zu ermöglichen, der immobilisiert anstatt zu mobilisieren und der Determinismus vor Offenheit und Veränderlichkeit stellt; ein Urbanismus also, der zentrale autoritäre Züge trägt. Als besonders prägnante, immer wieder in der Literatur angeführte und diskutierte Manifestationen (siehe z. B. Harvey 1989; Scott 1998; Hall 1988) gelten beispielsweise Baron Haussmanns Stadtumbau von Paris in den 1860er-Jahren, Le Corbusiers Planungen für Paris aus den 1920er-Jahren oder die als besonders destruktiv und brutal beschriebenen Auswirkungen moderner Planungen in den „Laboratorien“ europäischer Kolonien (z. B. Rabinow 1982, 1989; Wright 1991) oder den ehemals staatssozialistischen Staaten (z. B. Scott 1998).

Dem selbstgewissen Glauben, das Zusammenleben von Menschen durch Expert_innen optimieren und rational planen und steuern zu können, setzten Denker_innen wie Jacobs (1961) die komplexen Erfahrungen urbanen Lebens entgegen. Gefordert wurde von den antimodernistischen Bewegungen die Überwindung einer als autoritär verstandenen, über ihre Köpfe hinweg vollzogenen Stadtentwicklungspraxis und entsprechend eine *Demokratisierung* der Planung. Stadtentwicklung sei als politischer Aushandlungsprozess zu begreifen, der nicht auf administrative, technische Fragen reduzierbar sei oder durch wissenschaftliche Methoden objektiv beantwortet werden könne.

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Die Kritik an moderner Stadtplanung beschränkte Autoritarismus damit keineswegs auf bestimmte räumliche Kontexte oder Staaten. Insgesamt blieb sie jedoch relativ vage in ihrem Verständnis und ihrer konzeptionellen Auseinandersetzung mit Autoritarismus, sodass die Zuschreibung als „autoritär“ innerhalb dieses Ansatzes letztlich zum Kampfbegriff für die Aburteilung und Diskreditierung unterschiedlicher als negativ verstandener Aspekte moderner Stadtproduktion avancierte.

Doch auch auf abstrakterer Ebene fanden Fragen des Autoritarismus zunehmend Eingang in die Stadtforschung. Für die Beschäftigung mit autoritärem Urbanismus war es insbesondere die Befassung mit modernen Regierungstechniken, wie sie Michel Foucault in seinen Schriften formulierte, die diesbezüglich zentrale Impulse gab. Sich kritisch mit Ideen der Aufklärung auseinandersetzend argumentierte er, dass sich im Zuge der Moderne neuartige, damit aber nicht unbedingt weniger auf Kontrolle, Überwachung und Repression fußende Herrschaftstechniken herausgebildet hätten (Foucault 2006, 2007). In seiner einflussreichen Auseinandersetzung mit Benthams Panoptikum legte er frei, wie durch materiellen Raum und Architektur Machtbeziehungen hergestellt und aufrechterhalten werden (Foucault 1994). Doch auch Städte nahmen eine bedeutende Rolle in Foucaults Schriften ein, insofern als er das „problem of the town“ als zentral für die Herausbildung neuer Technologien des Regierens verstand (Foucault 2020: 245; siehe auch Foucault 2007). Neben der Herausbildung der modernen Stadtplanung als zentralen Mechanismus des Regierens beleuchtete er beispielsweise, auf welche Weise die räumliche Struktur einer Stadt selbst bestimmte Verhaltensmuster vorgeben, Individuen (un-)sichtbar machen und „a sort of spontaneous policing or control“ ermöglichen kann (Foucault 2020: 251).

Mit seinen Arbeiten legte Foucault den Grundstein für Studien, die sich systematisch mit Fragen der Macht- und Herrschaftsausübung in Städten und durch Städte beschäftigten. Ab den späten 1980er- und 1990er-Jahren erschienen mehrere für das Feld relevante Arbeiten. So machte sich beispielsweise Paul Rabinow (1989) Foucaults Ideen zunutze, um sich mit der Herausbildung der modernen Stadtplanung in Frankreich und seinen Umsetzungen in Frankreichs Kolonien auseinanderzusetzen. Und Stephen Kotkin (1995) zog sie heran, um anhand von Magnitogorsk die zentrale Rolle herauszuarbeiten, die der Entwicklung von Städten für die Konsolidierung des sowjetischen Staates und der Herausbildung einer

neuen Gesellschaft beigemessen wurde. Gleichzeitig gelang es Kotkin durch seinen Fokus auf alltägliche Praktiken, eine höchst komplexe Gemengelage von Staats-Gesellschafts-Beziehungen freizulegen. Damit zeigte er auf eindruckliche Weise auf, dass Regieren selbst in einem höchst repressiven stalinistischen Regime weder lediglich unidirektional (*top-down*) noch nur auf Zwang und Repression fußend verstanden werden konnte. Schließlich verweisen die Involvierung von Ernst May in die Planung der Stadt oder der geplante Import US-amerikanischer Technologien für das zu errichtende Stahlwerk exemplarisch auf die internationalen Verflechtungen dieser globalen Moderne (Kotkin 1995; siehe auch Flierl 2012).

Die im Zuge dieses Forschungsstrangs gemachten Bezüge zwischen Stadt und Autoritarismus unterschieden sich deutlich von den im vorigen Abschnitt beschriebenen. Denn nunmehr ging es weniger darum, die spezifischen Arbeitsweisen und Manifestationen von Urbanismus in als autoritär verstandenen Regimen zu beforschen. Vielmehr wurden autoritäre Elemente als der Moderne inhärent verstanden und als solche einer kritischen Betrachtung unterzogen. Ein solches Verständnis von autoritärem Urbanismus beschränkte sich daher nicht auf bestimmte räumliche Kontexte, sondern wurde als globales Phänomen begriffen und beforscht.

4. Die antiautoritäre Postmoderne?

Im Lauf der 1990er-Jahre kann eine schrittweise Verschiebung der Debatte beobachtet werden, im Zuge dessen die Auseinandersetzung mit Stadt und Autoritarismus nicht nur insgesamt an Bedeutung verlor, sondern sich auch ein verändertes Verständnis autoritären Urbanismus herauszubilden begann. Denn mit der vermeintlichen Überwindung der Moderne und dem Eintritt in die Postmoderne formte und festigte sich der Glaube, mit diesem Paradigmenwechsel auch die der Moderne zugeschriebenen autoritären Elemente hinter sich gelassen zu haben. Wenngleich innerhalb der in den 1980er- und 1990er-Jahren intensiv geführten Debatte durchaus einzelne Stimmen auf die Kontinuitäten bzw. auf neue Formen von Autoritarismus in der postmodernen Stadtproduktion hinwiesen – etwa durch die zunehmende Dominanz profitgetriebener Logiken und die fortschreitende Kommodifizierung (Harvey 1989: 62, 114) –, zeugen die Debatten doch insgesamt von der Hoffnung, durch Dezentralisierung,

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Diversifizierung und partizipative, kollaborative Prozesse der geforderten Demokratisierung nachgekommen zu sein.

Für diesen Optimismus mitverantwortlich waren die massiven (geo-)politischen Veränderungen dieser Periode. Ab den 1980er-Jahren beobachteten und beschrieben Forscher_innen eine neue globale Demokratisierungswelle, in der „democracy“, so Larry Diamond (2010: 93), „ceased being a mostly Western phenomenon and ‚went global““. Verstärkt wurde dieser Optimismus ab den 1990er-Jahren, denn mit dem im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion postulierten „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) wurde nicht nur der Triumph des Kapitalismus deklariert, sondern auch die liberale Demokratie nach westlichem Vorbild als überlegene Regierungsform dargestellt (z. B. Rose 1999: 61).

Die Autoritarismusforschung fokussierte sich damit zunehmend auf die Analyse politischer Systeme, die – aus Sicht des Westens – als „anders“ im Sinne von minderwertig und rückschrittlich verstanden wurden (Glasius 2018: 523). Liberal-demokratische Staatlichkeit hingegen wurde in diesem Kontext zum universell anzustrebenden Wert stilisiert und kaum mehr als ein bestimmte Interessen, Ideologien und Machtbeziehungen reflektierendes Projekt verstanden (Bogaert 2018: 36). Eine kritische Auseinandersetzung mit Demokratiemodellen, mit autoritären Elementen in Demokratien oder mit den Diskrepanzen zwischen Idealvorstellung und gelebter Demokratie stand in dieser Periode entsprechend nicht im Mittelpunkt (siehe jedoch Appadurai 2001; Holston 2001). Stattdessen bildete sich die sogenannte Transitionsforschung heraus, die sich mit der Frage beschäftigte, inwieweit Staaten sich dem „westlichen“ Modell anzunähern vermochten, das heißt, wie „erfolgreich“ ihre Demokratisierungsbemühungen gemessen an westlichen Standards waren (Levitsky/Way 2010: 27; Bogaert 2018: 31).

Diese Entwicklungen haben auch in der Stadtforschung ihren Niederschlag gefunden, wo die Transitionsforschung nun ebenfalls prägend wurde. Zahlreiche Arbeiten beschäftigten sich nunmehr mit den Demokratisierungsprozessen in Städten Afrikas, Lateinamerikas oder dem postsozialistischen Raum (z. B. Watson 1998; Andrusz/Harloe/Szelenyi 1996). Eingehend untersucht wurde beispielsweise das vermehrte Auftreten partizipativer Ansätze und kollaborativer Planung, was zumeist als Beleg einer Demokratisierung interpretiert wurde. Diese einseitige, auf einen bestimmten erwarteten bzw. erhofften Entwicklungspfad ausgerichtete Perspektive beschrieben Morton Valbjørn and André Bank

(2010) treffend als „democracy-spotting“ (*Demokratie-Spähen*). Doch nicht nur war dieser Ansatz relativ blind für alternative Erklärungsansätze, auch verhinderte er, das Zusammenwirken von Autoritarismus und Stadt angemessen verstehen zu können.

War autoritärer Urbanismus im Zuge der Moderne-Kritik als globales, modernen Regierungsformen inhärentes und damit beinahe allgegenwärtiges Phänomen verstanden worden, fand im Kontext der Euphorie um die weltweit zu beobachtenden Demokratisierungsprozesse eine profunde Umdeutung statt, in der Autoritarismus als das „Andere“, das „Rückschrittliche“ und als das „Nicht-im-Hier-und-Jetzt-Verortete“ dargestellt wurde. Zum einen wurde autoritärer Urbanismus als etwas der Vergangenheit Angehöriges, mittlerweile aber zumindest in westlichen Kontexten weitgehend Überwundenes verstanden. Das betraf sowohl die urbanen Manifestationen der autoritären und totalitären Regime Europas des 20. Jahrhunderts als auch die autoritären Ausprägungen der Moderne, die mit dem Eintritt der Postmoderne ebenfalls zur Vergangenheit wurden. Zum anderen wurde autoritärer Urbanismus jetzt insofern räumlich begrenzt, als damit aktuelle urbane Phänomene in autoritären Staaten Bezeichnung fanden. Denn die Demokratisierungswelle war zwar ein globales, aber keineswegs ein flächendeckendes Phänomen. Das Fortbestehen autoritärer Regime wurde – samt den dort beobachteten urbanen Entwicklungen – als anderswo und andersartig im Sinne von fremd und rückschrittlich gedeutet. Der Fokus lag auf dem Außergewöhnlichen und Kuriosen: Bilder von spektakulären Megaprojekten und Megaevents, glitzernden Glasstrukturen und futuristisch anmutenden Gebäudekomplexen nebst grandiosen öffentlichen Neubauten und symbolisch aufgeladenen Denkmälern in den Städten Zentralasiens, der Arabischen Halbinsel und Nordafrika sowie Asien beherrschten die Debatte (z. B. Meuser 2010; Barthel 2010; Broudehoux 2007). Auf diese Weise wurde eine Vorstellung von autoritärem Urbanismus als Auswuchs arbiträrer und repressiver Macht vermittelt, die als solche wiederum das Narrativ einer Überlegenheit westlich-liberaler Gesellschaftsformen verstärkte.

5. Ein (nicht so) überraschendes Wiedersehen

Die Euphorie über „democracy going global“ wurde spätestens ab den 2010er-Jahren maßgeblich gebremst. Seither sehen wir uns global mit zunehmendem Autoritarismus, Illiberalismus sowie dem Wiedererstarken

populistischer Strömungen konfrontiert. Donald Trumps Präsidentschaft, die Erfolge der AfD in Deutschland, Viktor Orbáns rechtsautoritäre Fidesz-Partei in Ungarn oder Narendra Modis Rechtspopulismus in Indien sind nur wenige Beispiele dieser Entwicklungen. In seinem 2021 erschienenen Demokratieraport mit dem bezeichnenden Titel *Autocratization turns viral* spricht das V-Dem-Institut (Alizada et al. 2021: 15) sogar von einer neuen, sich seit 2010 abzeichnenden Welle der Autokratisierung, die zunehmend auch etablierte Demokratien betrifft. Vor diesem Hintergrund sind Fragen über die Aushöhlung von Demokratien, den Zulauf zu populistischen Parteien sowie den wachsenden Rechtsruck in vielen Gesellschaften nicht nur ins Zentrum wissenschaftlicher, sondern auch öffentlicher Debatten gerückt. Diese Entwicklungen haben auch die Auseinandersetzung mit Autoritarismus innerhalb der Stadtforschung maßgeblich befeuert. Insgesamt kann ein abermaliger Wandel in der Auseinandersetzung mit autoritärem Urbanismus beobachtet werden, als sich Studien nun wieder vermehrt den Manifestationen von Autoritarismus in verschiedenen demokratischen wie autoritären Regierungsformen zuwenden.

In der kritischen Stadtforschung formierte sich bereits seit etwa Mitte der 2000er-Jahre ein Forschungsstrang, der sich unter Bezeichnungen wie Postpolitik, Post-Demokratie (z. B. Swyngedouw 2009, 2018; siehe auch das von Michel/Roskamm herausgegebene *sub | urban*-Themenheft 2/2013 zur postpolitischen Stadt) oder autoritärer Neoliberalismus (z. B. Theodore/Peck 2019; Bruff/Tansel 2019) mit dem Aushöhlen von Demokratien durch zunehmende Prozesse der Neoliberalisierung befasst. Studien dokumentieren das vermehrte Auftreten scheinbar technischer, apolitischer Elemente und Arrangements in Stadtentwicklungsprozessen und argumentieren, dass diese Formen neoliberaler Stadtentwicklung demokratische Prozesse gefährden und autoritären Tendenzen Vorschub leisten. Wurde dieser Ansatz zunächst zur Erklärung von autoritären Strömungen in westlich-liberalen Demokratien entwickelt, hat er sich mittlerweile zu einem äußerst einflussreichen Ansatz für die Auseinandersetzung mit autoritärem Urbanismus weltweit entwickelt (z. B. Jenss 2019; Tansel 2018).

Scheinen diese Beschäftigungen gerade für eine kritische Stadtforschung hochaktuell, besteht zugleich die Gefahr, schematische Unterscheidungen an die Stelle differenzierter Analysen zu setzen. Denn auf ähnliche Weise, wie die Zuschreibung als autoritär einen relevanten

Kritikstrang an der Moderne bildete, avanciert Autoritarismus nunmehr zur Aburteilung und Delegitimierung neoliberaler Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Und tatsächlich werden auch entsprechende Parallelen gezogen. So argumentiert manch_e Vertreter_in dieses Ansatzes, dass demokratische Verfahren – noch essenziell für das Arbeiten des Kapitalismus im Europa der Nachkriegsmoderne – für den neoliberalen Kapitalismus lediglich eine Bedrohung und ein Hindernis darstellen würden (z. B. Streeck 2017: 21 f.). Aus einer solchen Perspektive erscheint die „autoritäre Moderne“ plötzlich als weit weniger autoritär als die heutige „neoliberale Postmoderne“. Studien aus der Stadtforschung haben allerdings Zweifel an einem solchen Narrativ angemeldet. Daniel Mullis und Sebastian Schipper (2013: 81) beispielsweise warnen vor einer geschichtsvergessenen Idealisierung der Vergangenheit und argumentieren, dass „die fordistische Stadt der 1950er und 1960er Jahre zwar aus anderen Gründen, aber vom Grundsatz her nicht weniger postdemokratisch gewesen ist als die neoliberale der Gegenwart“. Andere, wie Clive Barnett (2014: 1629), hinterfragen den Ansatz als solchen, indem sie der Forschung zu Postdemokratie und Postpolitik vorwerfen, „[it] can do no more than invoke ahistorical ontologized ideals about what democratic politics should be like in order to determine that, in reality, it does not accord to these ideals“.

Auch hat sich die Stadtforschung intensiv mit dem massiven Aufschwung beschäftigt, den rechtspopulistische und rechtsautoritäre Bewegungen und Parteien in den letzten Jahren nicht zuletzt in liberaldemokratischen Kontexten erfahren haben. Diesbezüglich wird zunehmend anerkannt, dass Städte alles andere als „immun sind in Hinblick auf die Verfestigung rechtsautoritärer Orientierungen“ (Bescherer 2019: 158; siehe auch Bescherer et al. 2021). Vielmehr stünde der aktuelle Rechtsruck „in engem Zusammenhang mit sozialräumlichen Entwicklungen in Städten“ (Bernet et al. 2019: 15), etwa mit sich verschärfenden sozialen Spaltungen, zunehmender Ressourcenkonkurrenz oder der Wohnungskrise (Mullis 2021; Bescherer 2019; Rossi 2018). Die Stadt- bzw. Nachbarschaftsebene wird dabei als zentraler Sozialisationsort verstanden, in dem und durch den die im Alltagsverstand vorhandenen autoritären Deutungsmuster gegebenenfalls aktiviert werden (Bernet et al. 2019: 15). Entsprechend untersuchen Studien Mobilisierungsstrategien lokaler Problemlagen durch rechtsautoritäre Parteien und Akteure, Prozesse rechter Raumproduktion und Raumaneignung sowie deren

Einschreibung in den Alltag und in die Köpfe der Bewohner_innen (Ince 2011; Santamarina 2021; Luger 2022; Mullis/Miggelbrink 2022; Berg/Üblacker 2020). Diskutiert werden dabei Prozesse der Veralltäglichsung von Rechtsextremismus, etwa in Studien zur Normalisierung und Verharmlosung rechter Lebenswelten im Stadtraum (Santamarina 2021; Zschocke 2022). Unlängst rücken auch vermehrt strukturelle Fragen in den Fokus, etwa wenn Gala Nettelblatt (2022) die Rolle westlicher Planungsparadigmen für die Normalisierung rechtsextremer Positionen herausarbeitet. Angesichts zunehmender rechtsextremer, antidemokratischer und fremdenfeindlicher Einstellungen haben zudem die Arbeiten der Kritischen Theorie zum Autoritarismus eine neue Aktualität erfahren (z. B. Decker/Brähler 2020; Decker et al. 2022; Amlinger/Nachtwey 2022; Förtner/Belina/Naumann 2021).

Wurde Autoritarismus in westlich-liberalen Kontexten in der vorherigen Periode lediglich als randständiges Phänomen behandelt, rückte es mit dem massiven Wiedererstarken autoritärer Strömungen zurück ins Zentrum wissenschaftlicher und öffentlicher Auseinandersetzungen. Seine Deutung als das „Andere“ und das „Rückschrittliche“ wurde damit jedoch nicht aufgehoben. Vielmehr ist in aktuellen Debatten ein Verständnis von Autoritarismus verbreitet, das dieses nicht nur als etwas Bedrohliches, sondern auch als etwas Rückständiges und längst überwunden Geglaubtes deutet. Deutlich wird dies etwa in Warnungen vor einer „großen Regression“ und des „Zurückfallens“ westlicher Gesellschaften hinter „ein für unhintergebar erachtetes Niveau der ‚Zivilisiertheit‘“ (Geiselberger 2017: 7, 9). Pauschalisierende und abwertende Darstellungen sind aber auch auf andere Weise präsent. So wird beispielsweise mit Bezug auf Adorno zur Beschreibung einer autoritären Haltung gerne die Metapher eines „Radfahrenden“ bemüht, „der nach oben buckelt und nach unten tritt“ (Kiess et al. 2021), oder – ebenfalls unter Rückgriff auf Adorno – auf dezidiert pejorative Begriffe wie dem der Provinzialität zurückgegriffen, um die räumlichen Geographien rechter Wahlerfolge zu erklären (Förtner/Belina/Naumann 2021). Zwar wird Provinzialität dabei nicht als ein auf bestimmte räumliche (z. B. ländliche) Kontexte beschränktes bzw. fixiertes Phänomen verstanden (ebd.). Die Kernessenz von Provinzialität als „Geisteshaltung der Unreflektiertheit“ sei aber durchaus dezidiert abwertend gemeint (Belina 2022: 44), der in Anknüpfung an Adorno mit Bildung, Erziehung und weiteren Strategien der „Entprovinzialisierung“ und „Entbarbarisierung“ begegnet werden müsse (ebd.: 56). Durch solch

vereinfachende Gleichsetzungen von Demokratie mit Zivilisiertheit und Urbanität bzw. von Autoritarismus mit Unzivilisiertheit, Provinzialität und Barbarismus werden allerdings verfestigte und undifferenzierte Verständnisse von Autoritarismus reproduziert.

Im Zuge der global beobachteten Autokratisierungsprozesse haben nicht nur Studien zu autoritären Phänomenen in liberal-demokratischen Kontexten einen massiven Aufschwung erfahren, auch die Auseinandersetzung mit Urbanismus in autoritären Regimen ist wieder stärker ins Blickfeld gerückt. Innerhalb dieses Stranges dominieren weiterhin Analysen besonders repressiver, spektakulärer und kurios anmutender Phänomene. Untersucht werden etwa die Zurschaustellung von Stärke und Wachstum durch Megaevents und Leuchtturmprojekte (z. B. Trubina 2017; Koch 2018), die Konstruktion nationaler, häufig konservativ-illiberaler Identitäten durch städtebauliche Um- oder Neubauvorhaben (z. B. Pojani 2018; Mattioli 2020) sowie Abbruchmaßnahmen, Zwangsenteignungen oder die Einschränkung von Rechten durch Stadtraumgestaltung oder Stadtpolitiken (z. B. Herzfeld 2017; Lata/Waltersa/Roitman 2019).

Entsprechend umgibt Urbanismus in autoritären Regimen auch weiterhin eine Aura des Exzeptionellen und Exotischen (Bogaert 2018: 254), und Debatten sind, wie Christian Krohn-Hansen (2005: 100) argumentiert, von Mystifizierungen geprägt: „Hegemonic discourses on dictators in the contemporary world continue to mystify. They continue to silence by reducing the need for understanding entire societies, or entire authoritarian histories.“ Anstatt autoritäre Regime als komplexe, historisch gewachsene politisch-soziale Formationen zu verstehen, finden sich auch in der heutigen Debatte zum Teil simplifizierende Gegenüberstellungen von Staat und Gesellschaft sowie reduktive Verständnisse autoritärer Staaten, die diese auf *top-down* gesteuerte Einheiten ohne Raum für politische Äußerungen, demokratische und liberale Elemente oder Aushandlungsprozesse reduzieren (Krohn-Hansen 2005; Koch 2022; Bogaert 2018). So nimmt beispielsweise Robert Argenbright (2022: 120) in einem aktuellen Beitrag drei vermeintlich gescheiterte staatliche Stadtentwicklungsprojekte im heutigen Russland in den Blick, um die Ineffektivität, Selbstüberschätzung und Inkompetenz des Putin-Regimes zu demonstrieren. Eine höchst zentralistische Regierungsform, deren untere Regierungsebenen als praktisch nutzlos abgetan werden, wird darin einer infantilisierten Zivilgesellschaft gegenübergestellt (ebd: 107, 121).

Das ist aber selbstverständlich nur ein Teil des Bildes. Zum einen haben neben von Foucault inspirierten Ansätzen zur Analyse komplexer Staats-Gesellschafts-Beziehungen in autoritären Kontexten (z. B. Koch 2018; Bogaert 2018) in den letzten Jahren zunehmend auch hegemonietheoretische Ansätze in Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (z. B. Palonen 2013) sowie an Antonio Gramsci (z. B. Adaman/Akbulut 2021; Guarneros-Meza/Jenss 2022) Verbreitung gefunden. Letztere betonen nicht nur die Rolle unterschiedlicher Akteure in der Herstellung und Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen, sondern auch das Vorhandensein und simultane Zusammenspiel von Zwang *und* Konsens in der umkämpften Herstellung und Stabilisierung von Hegemonieansprüchen, auch in höchst autoritären Kontexten. Zum Teil sind Arbeiten jedoch weiterhin von einem Verständnis von Autoritarismus als etwa „Abnormalem“ und besonders Erklärungsbedürftigem, da eigentlich „objektiven“ Prämissen widerstrebendem Phänomen geprägt (z. B. Pratt 2006; Adaman/Akbulut 2021). Das zeigt sich etwa dann, wenn Gramscis Ideen mobilisiert werden, um das „Paradox“ zu erklären, warum sich in von autoritären Interventionen negativ betroffenen Bevölkerungsgruppen kaum prodemokratischer Widerstand formiert (ebd.), oder wenn die Frage nach dem Erhalt autoritärer Regime „despite the existence of objective economic factors [...] that would appear to undermine authoritarianism and support a process of democratization“ (Pratt 2006: 9) gestellt wird. Entsprechend sieht Koenraad Bogaert (2018: 33 ff.) in Studien, die sich den Gründen für die Persistenz autoritärer Regime widmen, die Gefahr für ähnliche Blindstellen, wie sie zuvor der Transitionsforschung zugeschrieben wurden:

„Both the transition paradigm and the authoritarian persistence paradigm are blinded by the established ‚truths‘ of liberal democracy and liberal ideology. By proclaiming these truths as universal norms, they do not so much advance the understanding of political processes [...] as make political claims about their preferred global future.“

Zum anderen kann hinsichtlich der analysierten Ausprägungen in den letzten Jahren eine Diversifizierung des Feldes beobachtet werden kann. So fordern Studien zunehmend eine Hinwendung zu unspektakulären und alltäglichen Formen (z. B. Croese/Pitcher 2019; Zupan/Smirnova/Zadorian 2021) sowie zu vielleicht unerwarteten Erscheinungsformen

autoritären Urbanismus wie etwa *state-of-the-art* Trends folgenden Aufwertungsprojekten öffentlicher Räume oder kooperativen, partizipativen und evidenzbasierten Formen der Stadtentwicklung (z. B. Cheng 2013; Büdenbender/Zupan 2017). Anstatt diese Phänomene im komplexen Spannungsfeld autoritär-demokratischer oder liberal-illiberaler Praktiken zu deuten, scheinen sich die Erklärungsmuster gegenüber der Transitionsforschung nunmehr um 180 Grad gewandelt zu haben. Wurden solche Elemente aus der Transitionsperspektive heraus als Belege einer Demokratisierung gedeutet, werden sie mittlerweile vornehmlich als „Fassade“ oder „Fake“ abgetan, die lediglich der Stabilisierung und Verfestigung autoritärer Regime dienen sollen.

6. Diskussion: vom democracy- zum autocracy-spotting?

Dieser Beitrag hat die erneute Popularität in der Auseinandersetzung mit Autoritarismus und Stadt zum Ausgangspunkt genommen, um sich mit der Aktualität und Gewordenheit dieses Forschungsfeldes auseinanderzusetzen. Die Forschung zu autoritärem Urbanismus hat seit ihrem Aufkommen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur wechselnde Aufmerksamkeitszyklen erfahren, sondern auch unterschiedliche Stränge samt divergierender Auslegungen hervorgebracht. Ein breit geteiltes und weitgehend konsensuales Begriffsverständnis von autoritärem Urbanismus besteht nicht. Vielmehr hat das Forschungsfeld neben Studien zu Urbanismus in autoritären Regimen, historisch wie aktuell, auch eine vielfältige Auseinandersetzung mit autoritären Ausprägungen und Facetten innerhalb globaler Trends wie Moderne und Neoliberalismus hervorgebracht.

Angesichts zunehmender Autokratisierungsprozesse, nicht zuletzt in liberal-demokratischen Kontexten, hat sich in den letzten Jahren nicht nur die Auseinandersetzung mit autoritärem Urbanismus deutlich intensiviert, auch haben Ansätze an Gewicht gewonnen, die Autoritarismus als globales, unterschiedlichen Regimetyphen inhärentes Phänomen verstehen und untersuchen. Doch sowohl die intensivierte Auseinandersetzung als auch die Re-Konzipierung von Autoritarismus als globalem Phänomen werden meines Erachtens nur dann zu einem besseren Verständnis von autoritärem Urbanismus beitragen, wenn gleichzeitig einige der zugrunde liegenden und sich verfestigten Vorannahmen und normativen Zuschreibungen kritisch reflektiert und dadurch bestehende Unsichtbarmachungen sichtbar gemacht werden.

Die sich im Zuge der 1990er-Jahre herausbildende Transitionsforschung war von einem hoffnungsvollen und optimistischen Suchprozess nach Elementen und Hinweisen einer Demokratisierung geprägt, der letztlich den Blick auf alternative Erklärungen verstellte und damit einem besseren Verständnis der beobachteten Phänomene im Wege stand. Mittlerweile hat sich die Stimmung allerdings ins Gegenteil verkehrt, und der damalige Optimismus ist einer profunden Skepsis gewichen: „Most of us“, so etwa die Politikwissenschaftler Ivan Krastev und Stephen Holmes (2019: 1), „now have trouble imagining a future, even in the West, that remains securely democratic and liberal“. Besteht inmitten allgegenwärtiger Debatten, die vor den Bedrohungen einer global beobachteten Autokratisierungswelle warnen, die Gefahr einer ähnlichen Blindheit, wie sie die Transitionsforschung zuvor hinsichtlich scheinbar demokratischer Elemente prägte? Anders gefragt: Bildet die aktuelle Forschung eine Bestandsaufnahme zunehmender Prozesse der Autokratisierung oder findet vielleicht an mancher Stelle eine vorschnelle Bezeichnung und Deutung als autoritär statt, und sind wir vielleicht vom *democracy-spotting* zum *autocracy-spotting* übergegangen? Eine solche Besorgnis scheint insofern gerechtfertigt, als die Bezeichnung „autoritär“ mittlerweile beinahe ubiquitäre Züge angenommen hat und sich zunehmend relativ breit gefasste sowie lose Verständnisse von Autoritarismus wiederfinden. Zweifelsfrei besteht die Notwendigkeit, sich verstärkende Prozesse der Autokratisierung und ihre kontextspezifisch unterschiedlichen Ausprägungen angemessen untersuchen zu können. Gleichwohl kann eine zu starke Ausweitung des Begriffsverständnisses das analytische Potenzial des Autoritarismuskonzeptes untergraben – etwa dann, wenn damit all jene Phänomene zu fassen gesucht werden, die eine negative Auswirkung auf Menschenleben haben, wie Diskriminierung, Gewalt, Korruption oder Ungleichheit (Glasius 2018: 525).

Auch die Re-Konzipierung als globales Phänomen führt nicht automatisch zur Überwindung bestehender Blindstellen. Die Aufarbeitung des Forschungsstandes zeigt, dass die Forschungslandschaft zu autoritärem Urbanismus seit jeher keineswegs auf autoritäre Staaten beschränkt war. Vielmehr hat insbesondere die kritische Forschung von Beginn an maßgeblich dazu beigetragen, Autoritarismus als modernen Regierungsformen inhärentes und damit globales Phänomen zu verstehen. Entsprechend sind die beschriebenen Herausforderungen und Blindstellen weniger in dieser Trennlinie zu suchen, sondern verlaufen

durch diese hindurch. Das heißt, sowohl Studien zu Urbanismus in autoritären Regimen als auch solche, die autoritären Urbanismus als globales Phänomen betrachten und untersuchen, können in bestimmten Fällen zu einem verengten Verständnis von Autoritarismus beitragen. Studien zu Urbanismus in als autoritär verstandenen Regimen tun dies, wenn Prozesse des „Othering“ präsent sind und Letztere beispielsweise als fremd und rückschrittlich verstanden werden, wenn die komplexen Staats-Gesellschafts-Beziehungen auf vereinfachte Top-down-Systeme reduziert werden, aber auch, wenn durch bestehende Vorannahmen und normativ geprägte Verständnisse bestimmte Phänomene unverhältnismäßig stärker in den Blick geraten als andere (z. B. das Spektakuläre vor dem Alltäglichen, illiberale vor liberalen Elementen). Aber auch teleologische Annahmen und ein Verständnis von Autoritarismus als etwas besonders Erklärungsbedürftigem und einer „normalen“ Entwicklung im Wege Stehendem können verengte Verständnisse von Autoritarismus (re-)produzieren (siehe hierzu auch Bogaert 2018: 33 f.).

Durch das Aufbrechen einer räumlichen Fixierung und das Anerkennen, dass autoritäre Praktiken auch (liberalen) Demokratien inhärent sind, finden Prozesse des „Othering“ nicht mehr bezogen auf andere, in dem Fall als autoritär deklarierte Staaten oder Regimetypen statt. Damit sind sie allerdings nicht automatisch verschwunden. Vielmehr kann beobachtet werden, wie sich Zuschreibungen des „Anderen“ nunmehr ins Innere moderner Gesellschaften verschoben haben. Das kann entlang bestimmter Persönlichkeitsmerkmale, aber auch entlang anderer Grenzziehungen (z. B. urban versus provinziell) geschehen, wenn durch diese abwertende, pauschalisierende oder essenzialisierende Zuschreibungen vorgenommen werden. Verengungen und Blindstellen können also auch hier entstehen, und zwar immer dann, wenn das Autoritäre lediglich von einer vorausgesetzten Normalität her erschlossen und auf etwas Korrekturbedürftiges und Pathologisches reduziert wird. Auf diese Weise wird jedoch ein verengtes Bild von Autoritarismus reproduziert, wohingegen von der potenziellen Komplexität und Diversität dieses Phänomens weiterhin wenig Wissen besteht. Ein solches ist aber dringend geboten, um effektive Antworten auf heutige Formen autoritären Urbanismus und zunehmende autoritäre Strömungen zu finden.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

Endnoten

[1] Das Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung e. V. in Freiburg hat mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2020 bis 2021 ein Global Scholarly Dialogue Programme zum Thema *Authoritarian Urbanism. Global Perspectives from the South* durchgeführt, in dem Forscher_innen unterschiedliche Effekte zunehmender Autokratisierung in Städten in den Blick genommen haben. Ebenfalls in diesem Zusammenhang ist eine von Alke Jenss organisierte Vortragsreihe zu *Authoritarian Urbanism* zu nennen (siehe <https://www.arnold-bergstraesser.de/en/projects/authoritarian-urbanism>). In den letzten Jahren greifen Arbeiten zunehmend auf den Begriff *authoritarian urbanism* zu, um aktuelle Prozesse der Stadtentwicklung etwa in der Türkei, in Russland, Brasilien und Thailand zu charakterisieren (Ozduzen 2019; Gündoğan 2019; Zupan/Smirnova/Zadorian 2021; Can/Fanton 2022; Ergenc/Yuksekkaya 2022; Rugkhapan 2022).

Autor_innen

Daniela Zupan ist Stadtforscherin und beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen und sozio-ökonomischen Bedingungen von Städtebau und Stadtentwicklung. daniela.zupan@uni-weimar.de

Literatur

- Adaman, Fikret / Akbulut, Bengi (2021): Erdoğan's three-pillared neoliberalism: Authoritarianism, populism and developmentalism. In: *Geoforum* 141, 279-289.
- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt (1950): *The authoritarian personality*. New York: Harper.
- Alizada, Nazifa / Cole, Rowan / Gastaldi, Lisa / Grahn, Sandra / Hellmeier, Sebastian / Kolvani, Palina / Lachapelle, Jean / Lührmann, Anna / Maerz, Seraphine / Pillai, Shreeya / Lindberg, Staffan (2021): *Autocratization turns viral. Democracy report 2021*. https://www.v-dem.net/static/website/files/dr/dr_2021.pdf (letzter Zugriff am 8.12.2022).
- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Andrusz, Gregory / Harloe, Michael / Szelenyi, Ivan (Hg.) (1996): *Cities after socialism. Urban and regional change and conflict in post-socialist societies*. Oxford/Cambridge: Blackwell Publishers.
- Appadurai, Arjun (2001): *Deep democracy: Urban governmentality and the horizon of politics*. In: *Environment & Urbanization* 13/2, 23-43.
- Arendt, Hannah (1951): *The origins of totalitarianism*. New York: Harcourt.
- Argenbright, Robert (2022): *Spatial development under Putin: Projects, places, and people*. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. Syracuse/New York: Syracuse University Press, 107-127.
- Barnett, Clive (2014): *What do cities have to do with democracy?* In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/5, 1625-1643.
- Barthel, Pierre-Arnaud (Hg.) (2010): *Arab mega-projects. Themenheft*. In: *Built Environment* 36/2.
- Belina, Bernd (2022): *Zur Provinzialität der AfD*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Local extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 43-60.
- Berg, Lynn / Üblacker, Jan (Hg.) (2020): *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. Bielefeld: transcript.

- Bernet, Tobias / Bescherer, Peter / Beurskens, Kristine / Feustel, Robert / Michel, Boris (2019): Stadt von rechts? Eine Einleitung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/1-2, 7-21.
- Bescherer, Peter (2019): ‚Stadt von rechts‘ oder ‚Recht auf Stadt‘? In: *Prokla* 194/49, 157-161.
- Bescherer, Peter / Burkhardt, Anne / Feustel, Robert / Mackenroth, Gisela / Sievi, Luiza (Hg.) (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bodenschatz, Harald (2015): Urbanism and dictatorship: Expanding spaces for thought! In: Harald Bodenschatz / Piero Sassi / Max Welch-Guerra (Hg.), *Urbanism and dictatorship. A European perspective*. Basel u. a.: Birkhäuser, 15-26.
- Bodenschatz, Harald / Sassi, Piero / Welch-Guerra, Max (Hg.) (2015): *Urbanism and dictatorship. A European perspective*. Basel u. a.: Birkhäuser.
- Bogaert, Koenraad (2018): *Globalized authoritarianism: Megaprojects, slums, and class relations in urban Morocco*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Broudehoux, Anne-Marie (2007): Spectacular Beijing: The conspicuous construction of an olympic metropolis. In: *Journal of Urban Affairs* 29/4, 383-399.
- Bruff, Ian / Tansel, Cemal B. (2019): Authoritarian neoliberalism: Trajectories of knowledge production and praxis. In: *Globalizations* 16/3, 233-244.
- Büdenbender, Mirjam / Zupan, Daniela (2017): The evolution of neoliberal urbanism in Moscow, 1992-2015. In: *Antipode* 49/2, 294-313.
- Can, Aysegul / Fanton, Hugo (2022): Neoliberal authoritarian urbanism. A comparative study of new patterns of urban development in Brazil and Turkey. In: *International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies* (Hg.), *Global authoritarianism. Perspectives and contestations from the South*. Bielefeld: transcript, 77-98.
- Cheng, Yao (2013): Collaborative planning in the network: Consensus seeking in urban planning issues on the internet – the case of China. In: *Planning Theory* 12/4, 1-18.
- Croese, Sylvia / Pitcher, Anne (2019): Ordering power? The politics of state-led housing delivery under authoritarianism – the case of Luanda, Angola. In: *Urban Studies* 56/2, 401-418.
- Dahl, Robert (1971): *Polyarchy: Participation and opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2020): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Brähler, Elmar (2022): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial.
- Diamond, Larry (2010): Why are there no Arab democracies? In: *Journal of Democracy* 21/1, 93-104.
- Ergenc, Ceren / Yuksekkaya, Ozge (2022): Institutionalizing authoritarian urbanism and the centralization of urban decision-making. In: *Territory, Politics, Governance*. <https://doi.org/10.1080/21622671.2021.2020156>.
- Flierl, Thomas (Hg.) (2012): *Standardstädte. Ernst May in der Sowjetunion 1930-1933*. Berlin: Suhrkamp.
- Förtner, Maximilian / Belina, Bernd / Naumann, Matthias (2021): The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39/3, 574-596.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2007): *Security, territory, population: Lectures at the Collège de France, 1977-1978*. New York: Picador.
- Foucault, Michel (2020): *Society must be defended: Lectures at the Collège de France, 1975-1976*. London: Penguin Books.
- Fukuyama, Francis (1992): *The end of history and the last man*. London: Hamish Hamilton.

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

- Geiselberger, Heinrich (2017): Vorwort. In: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, 7-15.
- Glasius, Marlies (2018): What authoritarianism is ... and is not: A practice perspective. In: *International Affairs* 94/3, 515-533.
- Guarneros-Meza, Valeria / Jenss, Alke (2022): Transformed security practices: Informalization in the production of hegemony and place. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.13081>.
- Gündoğan, Azat Zana (2019): Divergent responses to urban transformation projects in Turkey: Common sense and state affinity in community mobilization. In: *Urban Geography* 40/7, 893-917.
- Hall, Peter (1988): *Cities of tomorrow. An intellectual history of urban planning and design in the twentieth century*. Oxford/Cambridge: Basil Blackwell.
- Harvey, David (1989): *The condition of postmodernity. An enquiry into the origins of cultural change*. Oxford: Blackwell.
- Herzfeld, Michael (2017): The blight of beautification: Bangkok and the pursuit of class-based urban purity. In: *Journal of Urban Design* 22/3, 291-307.
- Holston, James (2001): Urban citizenship and globalization. In: Allen Scott (Hg.), *Global city-regions. Trends, theory, policy*. Oxford: University Press, 325-348.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1947): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Amsterdam: Querido.
- Ince, Anthony (2011): Contesting the „authentic“ community: Far-right spatial strategy and everyday responses in an era of crisis. In: *Ephemera: Theory & Politics in Organization* 11/1, 6-26.
- Jacobs, Jane (1961): *The death and life of great American cities*. New York: Random House.
- Jenss, Alke (2019): Authoritarian neoliberal rescaling in Latin America: Urban in/security and austerity in Oaxaca. In: *Globalizations* 16/3, 304-319.
- Kiess, Johannes / Schuler, Julia / Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2021): Comeback des Autoritarismus-Konzepts: Autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechts-extremer Einstellung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, 14-25.
- Koch, Natalie (2018): *The geopolitics of spectacle: Space, synecdoche and the new capitals of Asia*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Koch, Natalie (2022): Introduction. Spatializing authoritarianism. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. Syracuse/New York: Syracuse University Press, 1-21.
- Kotkin, Stephen (1995): *Magnetic mountain. Stalinism as civilization*. Berkeley u. a.: University of California Press.
- Krastev, Ivan / Holmes, Stephen (2019): *The light that failed: A reckoning*. London: Penguin UK.
- Krohn-Hansen, Christian (2005): Negotiated dictatorship: The building of the Trujillo State in the southwestern Dominican Republic. In: Christian Krohn-Hansen / Knut G. Nustad (Hg.), *State formation: Anthropological perspectives*. Ann Arbor: Pluto Press, 96-122.
- Lata, Lutfun / Waltersa, Peter / Roitman, Sonia (2019): A marriage of convenience: Street vendors' everyday accommodation of power in Dhaka, Bangladesh. In: *Cities* 84, 143-150.
- Le Corbusier (1929): *The city of tomorrow and its planning*. London: John Rodherr.
- Le Corbusier (1964): *The radiant city: Elements of a doctrine of urbanism to be used as the basis of our machine-age civilization*. New York: Orion Press.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2010): *Competitive authoritarianism. Hybrid regimes after the Cold War*. New York: Cambridge University Press.
- Luger, Jason (2022): Celebrations, exaltations and alpha lands: Everyday geographies of the far-right. In: *Political Geography* 96. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102604>.

Daniela Zupan

- Mattioli, Fabio (2020): *Dark finance. Illiquidity and authoritarianism at the margins of Europe*. Stanford: Stanford University Press.
- Meuser, Philipp (2010): *Astana, Almaty, and Aktau. Architectural experiments in the steppes of Kazakhstan*. In: Alfrun Kliems / Marina Dmitrieva (Hg.), *The post-socialist city. Continuity and change in urban space and imagery*. Berlin: Jovis, 230-247.
- Michel, Boris / Roskamm, Nikolai (Hg.) (2013): *Die postpolitische Stadt? Themenheft*. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1/2.
- Mullis, Daniel (2021): *Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt: From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity*. In: *Urban Studies* 58/1, 131-147.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript.
- Mullis, Daniel / Schipper, Sebastian (2013): *Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität*. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 79-100.
- Nettelbladt, Gala (2022): *From scandalization to normalization: Conceptualizing the mainstreaming of far-right contestations in participatory processes*. In: *European Planning Studies*. <https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2072682>.
- Noever, Peter (Hg.) (1994): *Tyrannie des Schönen. Architektur der Stalin-Zeit*. München/New York: Prestel.
- Ozduzen, Ozge (2019): *Spaces of hope in authoritarian Turkey: Istanbul's interconnected geographies of post-Occupy activism*. In: *Political Geography* 70, 34-43.
- Palonen, Emilia (2013): *Millennial politics of architecture: Myths and nationhood in Budapest*. In: *Nationalities Papers* 41/4, 536-551.
- Papernyj, Vladimir (1985): *Kul'tura „Dva“*. Ann Arbor: Ardis Publishers.
- Pojani, Dorina (2018): *Cities as story: Redevelopment projects in authoritarian and hybrid regimes*. In: *Journal of Urban Affairs* 40/5, 705-720.
- Popper, Karl (1945): *The open society and its enemies*. London: Routledge.
- Pratt, Nicola (2006): *Democracy and authoritarianism in the Arab world*. Boulder: Lynne Rienner.
- Rabinow, Paul (1982): *Ordonnance, discipline, regulation: Some reflections on urbanism*. In: *Humanities in Society* 5/3-4, 267-278.
- Rabinow, Paul (1989): *French modern: Norms and forms of the social environment*. Cambridge: MIT Press.
- Rose, Nikolas (1999): *Powers of freedom: Reframing political thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rossi, Ugo (2018): *The populist eruption and the urban question*. In: *Urban Geography* 39/9, 1425-1430.
- Rugkhanan, Napong Tao (2022): *Authoritarian urbanism: Space, law, and state exceptionalism in Bangkok's historic district*. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. Syracuse/New York: Syracuse University Press, 128-150.
- Santamarina, Ana (2021): *The spatial politics of far-right populism: VOX, anti-fascism and neighbourhood solidarity in Madrid city*. In: *Critical Sociology* 47/6, 891-905.
- Scott, James C. (1998): *Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed*. New Haven/London: Yale University Press.
- Streeck, Wolfgang (2017): *How will capitalism end? Essays on a failing system*. London/New York: Verso.
- Swyngedouw, Erik (2009): *The antinomies of the postpolitical city: In search of a democratic politics of environmental production*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.
- Swyngedouw, Erik (2018): *Promises of the political: Insurgent cities in a post-political environment*. Cambridge/London: MIT Press.

Autoritärer Urbanismus: zur Normativität eines Forschungsfeldes

- Tansel, Cemal B. (2018): Reproducing authoritarian neoliberalism in Turkey: Urban governance and state restructuring in the shadow of executive centralization. In: *Globalizations* 16/3, 320-335.
- Theodore, Nik / Peck, Jamie (Hg.) (2019): Neoliberalism's authoritarian returns. Themenheft. In: *South Atlantic Quarterly* 118/2.
- Trubina, Elena (2017): The Sochi 2014 olympics: Nationalism, globalized place-making and multiscalar legitimacy. In: *Urban Geography* 40/4, 387-408.
- Valbjørn, Morton / Bank, André (2010): Examining the „post“ in post-democratization: The future of Middle Eastern political rule through the lenses of the past. In: *Middle East Critique* 21/1, 25-35.
- Watson, Vanessa (1998): Planning under political transition – lessons from Cape Town's metropolitan planning forum. In: *International Planning Studies* 3/3, 335-350.
- Wright, Gwendolyn (1991): *The politics of design in French colonial urbanism*. Chicago: University Press.
- Zschocke, Paul (2022): Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.) (2022): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 145-164.
- Zupan, Daniela / Smirnova, Vera / Zadorian, Amanda (2021): Governing through stolichnaya praktika: Housing policy from Moscow to the regions. In: *Geoforum* 120, 155-164.

Authoritarian urbanism: on the normativity of a research field

Against the background of surging authoritarian, illiberal and populist forces around the globe, not least within established democracies, recent years have seen rising engagement with authoritarianism in interdisciplinary urban studies. The article takes these developments as a starting point to engage with the development and actuality of the field of research on authoritarian urbanism. In order to adequately understand and critically reflect common understandings and perceptions as well as the underlying assumptions on which they are based, it reconstructs how authoritarian urbanism has been framed and researched over time. Doing so it identifies a normative understanding of authoritarian urbanism as a central feature of the field. It reconstructs the origins of this normativity, how it continues to influence the field, and discusses how it impedes gaining a better understanding of authoritarian urbanism.

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

Neugestaltung der Stadt durch autoritäre
Stadtentwicklung

Nebojša Čamprag

Dieser Artikel beleuchtet die autoritäre Stadtentwicklung in einem spezifischen Übergangskontext am Beispiel der Umsetzung des urbanen Megaprojekts „Belgrade Waterfront“. Die groß angelegte Sanierung einer Brachfläche in der serbischen Hauptstadt wird als Joint Venture zwischen der Republik Serbien und dem in Abu Dhabi ansässigen Investor Eagle Hills durchgeführt. Der Beitrag analysiert dieses urbane Megaprojekt als Beispiel eines staatlich gesteuerten regulatorischen Eingriffs mit einem Sonderrechtsstatus, der die Interessen privater Investor*innen über die Prinzipien der repräsentativen Demokratie stellt. Dabei setzt das Projekt auf die Produktion vermeintlich spektakulärer Stadtlandschaften, um Planungsgenehmigungen und öffentliche Akzeptanz sicherzustellen, nationale und internationale Beziehungen auf städtischer Ebene zu ver-räumlichen sowie neue politisch-ökonomische Regime zu naturalisieren.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einführung

Neben ihren Potenzialen und Vorteilen für die Stadtentwicklung haben sich urbane Megaprojekte (UMP) auch als profitables Instrument für leistungsstarke private Entwickler erwiesen. Dies führte zu einer Rekonfiguration der Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteur*innen, die in einigen Fällen obskure politisch-ökonomische Regime beförderte. UMPs griffen zunehmend auf außerordentliche Maßnahmen zurück, um demokratische Kontrollen zu umgehen. Dies rief zunehmende Kritik aus demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen hervor (Murray 2015; Olds 2002; Orueta/Fainstein 2008), einschließlich der Kritik an mangelnder Transparenz bei der Entwicklung. Im spezifischen Kontext Mittel- und Osteuropas (MOE-Kontext) war dies besonders stark zu beobachten. Hier übernahmen lokale Regierungen weitgehend unkritisch unternehmerische Strategien und unterstützten

aktiv die Transformation zentraler städtischer Räume nach westlichen Vorbildern (Cook 2010; Golubchikov 2010; Temelová 2007).

Im Vergleich zu westlichen Städten verfügt die nationale Politik in MOE über deutlich mehr Einfluss auf die Stadtentwicklung (Cope 2015; Kinossian 2012a). Nach der umfassenden sozioökonomischen Umstrukturierung der 1990er Jahre setzten nationale Regierungen aufgrund des dringenden Bedarfs an ausländischem Kapital stark auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik (Appel/Orenstein 2018). UMPs scheinen ihnen ein geeignetes Instrument zur Erreichung dieses Ziels zu sein – außerdem konnten sie dazu dienen, ein neues nationales Markenimage herzustellen und zu fördern. Umfassende Sanierungen von Hauptstädten in der Region spielen eine wesentliche Rolle bei der Schaffung neuer politischer Identitäten und vermitteln so die Beziehungen zu ausländischen Investitionen und Tourismus (Čamprag 2019; Graan 2013; Kolbe 2007). Der Rückgriff auf UMPs sollte in diesem Zusammenhang nicht nur vor dem Hintergrund einer neoliberalen Wirtschaftspolitik betrachtet werden, sondern auch im Kontext des jüngsten Rückgangs von Merkmalen demokratischer Regierungen, der in MOE-Ländern weithin beobachtbar ist (Lührmann/Lindberg 2019).

Nach längeren Auseinandersetzungen und Kritik werden groß angelegte städtebauliche Projekte, wie etwa bei der Austragung von Olympischen Spielen oder anderen UMPs, heute nur noch in autoritären Kontexten ohne Einschränkungen akzeptiert. Ihre Umsetzung ist daher häufig mit staatlich gelenkten Regulierungseingriffen verbunden, die durch mangelnde Transparenz und Eile bei der Entscheidungsfindung zur Priorisierung privater Interessen gekennzeichnet sind (Grubbauer/Čamprag 2019; Raco 2014). Dieser Artikel befasst sich mit dem Phänomen investorengesteuerter Projekte aus der Perspektive des MOE-Kontexts, jedoch mit Blick auf autoritäre Stadtentwicklung als einem globalen Phänomen und nicht dem einer bestimmten Region. Die Schlüsselfrage ist daher, inwieweit neue Formen der Regelsetzung und Kontrolle den Interessen (lokaler und globaler) wirtschaftlicher und politischer Eliten dienen. Eine weitere Frage ist, wie spektakuläre Stadtentwicklungsprojekte junge, autoritäre und illiberale Regime stützen.

Im Fokus dieses Artikels steht eines der derzeit größten Projekte dieser Art in MOE. Es geht um das in der Hauptstadt des sich im Umbruch befindlichen Serbiens angesiedelte, umstrittene Projekt „Belgrade Waterfront“ (im Folgenden BW). Die nationalen politischen Eliten unter

Präsident Aleksandar Vučić treiben es offen voran. Dabei heben sie das große Potenzial von BW hervor, das beschädigte Image Serbiens in der Region sowie in der Welt deutlich zu verbessern. Auf Grundlage einer Analyse von Planungsunterlagen, Expert*innenberichten, öffentlichen Vorträgen und Medienberichten aus der Zeit zwischen 2012 und 2022 sowie eigener Beobachtungen vor Ort beschreibt dieser Beitrag das Projekt BW als Beispiel eines intransparenten, staatlich gesteuerten regulatorischen Eingriffs mit einem Sonderrechtsstatus, der die Interessen privater Investor*innen und politischer Eliten über die Prinzipien der repräsentativen Demokratie stellt. Darüber hinaus zeigt der Artikel, dass bei der Unterstützung dieser autokratischen Umsetzung der Rückgriff auf eine ikonische Architektur sowie auf spektakuläre Stadtdarstellungen mit populistischen Zügen, ja die Schaffung und Rechtfertigung eines „Zustands der Außergewöhnlichkeit“ (Bunnell 2013; Sklair 2017; Swyngedouw et al. 2003) eine große Rolle spielen.

Der folgende zweite Abschnitt befasst sich mit der Abhängigkeit der UMPs von der sogenannten Architektur des Spektakels und erörtert deren Auswirkungen in MOE im Anschluss an den dortigen Aufstieg des autoritären Neoliberalismus. Der dritte Abschnitt beschreibt die verschiedenen legislativen Mechanismen und regulatorischen Anpassungen, die den Fortschritt des Projekts ermöglichten. Der vierte Abschnitt analysiert die Dynamiken und Strategien der Stadtbildrekonstruktion. Abschließend fasst der fünfte Abschnitt die wichtigsten Ergebnisse zusammen und bewertet das Projekt BW in einem weiteren Kontext.

2. Urbane Megaprojekte und autoritäre Stadtentwicklung

2.1. Autoritärer Neoliberalismus und Architektur des Spektakels

Nach der Finanzkrise von 2008 eröffneten sich in der politischen Ökonomie des Regierens neue Perspektiven, mit einem offensichtlichen Anstieg autoritärer Politik und damit einer Form des Regimes, das als „autoritärer Neoliberalismus“ beschrieben wird (Bruff/Tansel 2019; Gallo 2022; Juego 2018; Piletić 2022; Swyngedouw 2019). Dabei ist die Umsetzung neoliberaler Agenden stark auf staatliche Eingriffe angewiesen, insbesondere auf eine Ausweitung von Mechanismen der Regulierungskontrolle (Braithwaite 2008; Levi-Faur 2005). Zu beobachten waren die weit verbreitete Schaffung neuer Regulierungsagenturen sowie eine Ausweitung der freiwilligen und zwangsweisen Regulierung auf unterschiedlichen

Ebenen und in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Staatlich gesteuerte Regulierungsprozesse für Großinvestitionen gehen zunehmend über nationale Kontexte hinaus, wobei transnationale Normen und Standards das Ergebnis von Machtkämpfen zwischen privaten, nationalen und supranationalen Organisationen sind (Büthe/Mattli 2011).

Zu den Praktiken des autoritären Neoliberalismus gehören neben der Berufung auf wirtschaftliche Imperative auch der Vorrang verfassungsrechtlicher und rechtlicher Mechanismen vor demokratischer Debatte und Beteiligung, die Zentralisierung staatlicher Befugnisse auf Kosten der Beteiligung der Bevölkerung und andere Merkmale demokratischer Regierungen sowie die Mobilisierung von Staatsapparaten zwecks der Unterdrückung oppositioneller sozialer Kräfte. Autoritärer Neoliberalismus wurde auch charakterisiert als „krisengeschüttelte, widersprüchliche Reihe von Praktiken, die sowohl die Kapazitäten und Potenziale für Widerstand als auch für Herrschaft stärken“ (Bruff/Tansel 2019: 234, Übers. d. A.).

Der Aufstieg autokratischer Politik als ideologischem Projekt sowie die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung bei der Umsetzung neoliberaler Agenden ebneten den Weg für den heutigen nativistischen Populismus. Die populistische Komponente dieser Ideologie bringt „das Volk“ diskursiv gegen eine „Elite“ in Anschlag, während ihre nationalistische Determinante eine vermeintlich homogene nationale Gemeinschaft gegen „gefährliche Andere“ ausspielt (Breeze 2018). Diese Ideologie betont ausgewählte Elemente nationaler Identität, die die ethnische Mehrheit repräsentieren und dient dabei als Instrument politischer Eliten, um sich auf pragmatische Weise massive Unterstützung für ihre Ziele zu sichern. Allerdings führt dies tendenziell zu einer Irreführung von Wähler*innen und droht so die Grundlagen der liberalen Demokratie zu destabilisieren (Juego 2018; Swyngedouw 2019). Darüber hinaus mangelt es antipluralistischen Parteien im Allgemeinen an Engagement für demokratische Prozesse, da sie „typischerweise nationalistisch-reaktionär“ sind und „die Macht der Regierung genutzt haben, um autokratische Agenden voranzutreiben“ (Boese et al. 2022: 990, Übers. d. A.). Daher wird in der wissenschaftlichen Literatur mitunter gefordert, auch autoritäre Praktiken mit gleicher Aufmerksamkeit „als Handlungsmuster“ zu untersuchen, „die die Rechenschaftspflicht gegenüber den Menschen, über die ein politischer Akteur Kontrolle ausübt, oder ihren Vertretern

durch Geheimhaltung, Desinformation und Ausschaltung der Stimme sabotieren“ (Glasius 2018: 517, Übers. d. A.)

Die Umsetzung von UMPs, die traditionell mit Regulierungspraktiken, Nationalstolz und der Stadtentwicklung in Verbindung gebracht werden, eignet sich für eine solche Untersuchung.

Trotz der Kritik und der Risiken, die mit den massiven, zentralstaatlich kontrollierten Eingriffen in die Stadtstruktur verbunden sind, spielten UMPs eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Städten (Grabher/Thiel 2015; Orueta/Fainstein 2008). Andererseits beeinflusst autoritärer Neoliberalismus zunehmend die Art und Weise des Regierens bei der Durchführung solcher Projekte auf unterschiedliche Weise. Besonders deutlich wird die Entkopplung der Politik von der politischen Entscheidungsfindung, wenn bei der Projektumsetzung Fachleute in Form hybrider, öffentlich-privater Unternehmen agieren, die nur einer geringen demokratischen Kontrolle unterworfen sind. UMPs werden häufig von Eliten mit ihren Prioritäten vorangetrieben und dienen dazu, „Ausnahmeregelungen“ in Planungs- und Politikverfahren zu schaffen (Swyngedouw et al. 2002). Diese werden durch ein System vertraglicher Beziehungen zwischen globalen Beratungs- und Technologiefirmen mit lokalen Unternehmen und Kommunalverwaltungen erleichtert (Lauermaun 2016; McNeill 2015; Raco 2014). Darüber hinaus erleichtert die Überarbeitung und Verkleinerung von Regulierungsstrukturen auch die Risikominimierungsstrategien privater Investor*innen (Grubbauer/Čamprag 2019).

Der Rückgriff auf UMPs ergibt sich aus der Assoziation mit einer emblematischen Architektur, die Aufmerksamkeit erregt und ein Stadtbild mit hohem Wiedererkennungswert schafft. Dieses Phänomen geriet insbesondere nach dem Aufkommen des städtischen Unternehmertums und der sogenannten postmodernen Architektur des Spektakels in den Fokus der Stadtforschung. Abgesehen von der Anerkennung als „Ressource in Kämpfen um Bedeutung“ (Sklair 2006: 22), die eine in Städten zur Alternative für die Schaffung der erforderlichen Einzigartigkeit wird, wurde auch die Rolle architektonischer Ikonizität in Machtkämpfen hervorgehoben. Diese treiben vor allem Unternehmensinteressen an (Sklair 2006; Smyth 2005). Die Beteiligung prominenter Architekt*innen zielt häufig darauf ab, problematische Planfeststellungsverfahren zu erleichtern und die notwendige öffentliche Akzeptanz sicherzustellen (Charney 2007; McNeill 2007, 2002).

Die anfängliche Kritik an der spektakulären Architektur richtete sich insbesondere gegen die erzeugte Illusion von Authentizität und Vielfalt (Crilly 1993; Zukin 1991) sowie gegen die mangelnde Beachtung der vielfältigen und umstrittenen Lesarten ihrer Bilder (Hubbard 1996; Ley/Mills 1993). In jüngerer Zeit hob die Kritik zudem soziale Kämpfe und Konflikte hervor, die mit der Umsetzung prestigeträchtiger Stadtentwicklungsprojekte einhergehen (Dixon 2010; Kong 2007). Allerdings erleichterte die ikonische Architektur durch die Schaffung notwendiger Ausnahmeregelungen in Planungs- und Politikprozessen nicht nur die Umsetzung groß angelegter Stadtentwicklungsprojekte. Sie wurde auch zum Instrument kontroverser politischer Projekte der Nationenbildung.

2.2. Autoritäre Stadtentwicklung und MOE-Kontext

In der kritischen sozialwissenschaftlichen Forschung hat das Konzept des autoritären Neoliberalismus, der die gesellschaftspolitischen Landschaften in den MOE-Ländern prägt, große Bedeutung (Bruff/Tansel 2019). Die Übernahme des Neoliberalismus bei den Reformen der 1990er Jahre wurde zunächst als „chaotischer und ungleichmäßiger Prozess“ (Cope 2015: 162) beschrieben. Darüber hinaus übernahmen Nicht-EU-Staaten zwar teilweise marktwirtschaftliche Prinzipien – entsprechende politische Reformen blieben jedoch häufig aus. Daher sollte der regulatorische Kapitalismus – und damit die Festlegung der Regelsetzungsbefugnis privater Unternehmen mit dem Zweck, die Risiken für private Investor*innen zu reduzieren – im MOE-Kontext eher als komplexe Dynamik zwischen staatlichen Regierungen und Großunternehmen verstanden werden, denn als Bereitstellung eines Rahmens für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch den Staat (Cope 2015). Diese Beziehungen zwischen Staat und Investor*innen zeigen sich an den Anzeichen einer demokratischen Abkopplung, die in jüngerer Zeit in MOE-Ländern wie Ungarn, Polen oder Serbien zu beobachten sind (Bochsler/Juon 2020; Boese et al. 2022). Darüber hinaus ist es den dominierenden Regierungsparteien in Serbien und Ungarn mit ihrer illiberalen Programmatik bereits gelungen, den politischen Pluralismus weitgehend auszulöschen, ihre Herrschaft weiter zu konsolidieren und ihre Kontrolle über den Staat zu stärken (Bochsler/Juon 2020).

Bezüglich der Stadtentwicklung in MOE-Staaten besteht in der Forschung große Einigkeit über die entscheidende Rolle des Nationalstaates bei Finanzierung, Legitimierung und Instrumentalisierung von UMPs (Bruff/

Tansel 2019). Groß angelegte Interventionen beinhalten zudem häufig den Bau von Luxuswohnsiedlungen und Büroräumen anstelle bezahlbaren Wohnraums. Oftmals handelt es sich um eine Reihe miteinander verbundener und zutiefst exklusiver Räume, die in erster Linie den Zwecken des Kapitals und internationaler Kapitalist*innen dienen (Cook 2010). Weit entfernt von traditionellen Konzepten des Lokalen gestalten solche Projekte den städtischen Raum radikal um und demonstrieren die Macht internationaler Immobilienunternehmen, aber auch die „politische Schwäche“ (Temelová 2007: 172) von Stadtverwaltungen, sich für das öffentliche Interesse einzusetzen. Für viele Entwicklungsprojekte in der Region wurde bereits eine tiefe Diskrepanz zwischen der Marktrhetorik einerseits und der starken Abhängigkeit von lukrativen Regierungsaufträgen andererseits beschrieben (Kinossian 2012b; Koch 2014; Müller 2011). Aus diesen Berichten geht hervor, dass in weiten Teilen des postsozialistischen Europas die vorherrschende Logik solcher groß angelegter Stadtentwicklungsprojekte die der politischen Eliten ist. Sie verfügen über ein großes Korruptionspotenzial und werden in ihren Bemühungen häufig durch lokale Behörden dabei unterstützt, solch illegale Pläne zu legitimieren und zu verschleiern, „indem sie [solche Projekte] in eine nationalistische und populistische Sprache kleiden“ (Koch/Valiyev 2015: 579).

Anstatt die marktgesteuerte Entwicklung zu kontrollieren und für das öffentliche Interesse einzutreten, mobilisieren staatliche Behörden in MOE-Ländern zudem eine spektakuläre nationale Ikonografie, um ihre Partnerschaft mit ausländischen Investor*innen sowie ihr gemeinsames Streben nach Gewinnerorientierung zu verschleiern (Perić 2020). Allerdings haben sich nur relativ wenige Studien in diesem Zusammenhang mit den Auswirkungen des Autoritarismus im städtischen Raum befasst. (Borén et al. 2021; Jenss 2019; Kinossian/Morgan 2014; Tansel 2019). Das Beispiel der autoritären Stadtentwicklung in Belgrad, auf das sich dieser Beitrag konzentriert, beinhaltet ebenfalls eine Neugestaltung der Nation, um umfangreiche staatliche Interventionen zu rationalisieren (Graan 2013). Das Beispiel BW bietet die Möglichkeit zu untersuchen, wie autoritärer Neoliberalismus sich auf die Produktion spektakulärer Stadtbilder stützt, um Planungsgenehmigungen und öffentliche Akzeptanz sicherzustellen, nationale und internationale Beziehungen auf städtischer Ebene zu verräumlichen (Borén et al. 2021) sowie neue politisch-ökonomische Regimes zu domestizieren.

3. Das Projekt BW und dessen autoritäre Umsetzung

3.1. Gesellschaftspolitischer Kontext

Der Fall der autoritären Neugestaltung Belgrads durch BW sollte vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Zusammenbruchs Serbiens in den 1990er Jahren betrachtet werden. Die postsozialistische Transformation der Stadt ist generell von technokratischen Planungsprinzipien gekennzeichnet. Diese sind ein Erbe der früheren kommunistischen und sozialistischen Regime und spiegeln sich in dem starren Planungsmodell wider, das in der Stadtverwaltung vorherrschend blieb (Vujošević/Nedović-Budić 2006). Die Zeit der Jugoslawienkriege und der politischen Unruhen, die mit dem Sturz von Slobodan Milošević im Herbst 2000 endete, stellte serbische Städte vor zahlreiche Herausforderungen. Sie waren mit politischer Instabilität, einem raschen Niedergang der Wirtschaft und mit Zentralisierung konfrontiert, aber auch mit politischen Eliten, die sozioökonomische Reformen bewusst hinauszögerten, um ihre Macht zu erhalten (Vujović/Petrović 2007).

Zwar gab es in den 2000er Jahren demokratische Reformen und Vorschläge für eine nachhaltigere demografische und städtische Entwicklung, wie das Konzept einer Dezentralisierung des Landes sowie eines regional ausgewogenen polyzentrischen Städtesystems. Diese wurden allerdings bis heute nicht vollständig umgesetzt (Milosavljević/Jerinić 2016). Stattdessen kehrte die Politik Serbiens in jüngerer Zeit zu einem zentralistischen und autokratischen Kurs zurück. Der derzeitige serbische Präsident Aleksandar Vučić wurde in den letzten zehn Jahren zu einer zentralen Machtfigur mit nahezu monopolistischer Kontrolle über die politischen Institutionen und die Medien des Landes (NYT 2017). Sein Image als „großer Führer“, der sich „um das Volk und den Staat kümmert“ (Vasović 2022), sicherte der regierenden Serbischen Fortschrittspartei (Srpska Napredna Stranka, SNS) mindestens 800.000 Mitglieder und machte sie damit 2020 zur mitgliederstärksten politischen Partei Europas. Allerdings lässt die Sicht unabhängiger Medien auf die letzten Wahlen in Serbien diese Zahlen als fraglich erscheinen. Die Medien wiesen auf zahlreiche Probleme bei den Wahlen hin (Vasović 2022). So verschlossen sich die unabhängigen Medien weitgehend der Opposition und kritischem Denken. Beamt*innen missbrauchen staatliche Mittel, um den Wahlkampf der SNS Partei zu finanzieren. Darüber

hinaus wurden die meisten Beamt*innen von den höheren Ebenen des Establishments erpresst, für die SNS zu stimmen. Staatsbedienstete mit befristeten Arbeitsverträgen wurden aufgefordert, für eine Verlängerung ihres Vertrages 20 Stimmen zu sammeln. Schließlich wurde auch von Einschüchterungen oppositioneller Wähler*innen, von klassischem Stimmenkauf sowie von Wahlbetrug berichtet (Vasović 2022). Die Beispiele zeigen, dass die SNS, wie auch internationale Beobachter*innen feststellten, politische Rechte und bürgerliche Freiheiten immer weiter beschneidet. Sie übte Druck auf unabhängige Medien, die politische Opposition und Organisationen der Zivilgesellschaft aus (Freedom House 2023). Infolgedessen wurde Serbien vor Kurzem in die Liste der zehn am stärksten von Autokratisierung betroffenen Länder der Welt aufgenommen (Boese et al. 2022; Lührmann/Lindberg 2019).

3.2. Der Hintergrund von Belgrade Waterfront

Infolge einer langen Periode politischer Instabilität in Serbien in den 1990er Jahren war eine der vielen verpassten Chancen für eine postindustrielle Stadtentwicklung die Revitalisierung heruntergekommener innerstädtischer Gebiete in der Hauptstadt Belgrad. Dies gilt insbesondere für die Flussufer von Save und Donau (Vukmirovic/Milankovic 2009). Schon kurz nach der demokratischen Wende Anfang der 2000er Jahre sollte eine Umgestaltung des Belgrader Stadtbildes beginnen. Der erste postsozialistische „Masterplan Belgrad 2021“ von 2003 plädierte dafür, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt gegenüber anderen europäischen Metropolen durch die Nutzung seiner bemerkenswerten Standortvorteile zu steigern (Stadt Belgrad 2014; Vujović/Petrović 2007). Die Potenziale der geographischen Lage Belgrads am Donaukorridor sollten eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche, funktionale und kulturelle Wiederanbindung der Stadt spielen (Stadt Belgrad 2014: 1). Die ikonischen, aber nie realisierten Designvorschläge von weltweit berühmter Architekturbüros – darunter Studio Libeskind, Gehl Architects, Sou Fujimoto Architects und Zaha Hadid Architects – zielten darauf ab, die internationale Sichtbarkeit der Stadt zu erhöhen (Čamprag 2019). Das Vorzeigeprojekt der derzeitigen Stadterneuerung am Wasser implizierte jedoch eine Umwandlung Brachflächen in der Größenordnung von rund 90 Hektar im Stadtbezirk Savski Venac (Abb. 1). Der „Masterplan Belgrad 2021“ bezeichnete diese als eines der wertvollsten Entwicklungsgebiete der Stadt (Stadt Belgrad 2014: 109).



Abb. 1 Der Standort von „Belgrade Waterfront“ am Fuße des sogenannten Amphitheaters des Flusses Save in Belgrad (Bing 2016, mit Ergänzungen d. A.).

Die bemerkenswerten Qualitäten des Standorts am Fuße des sogenannten Save-Amphitheaters[1] inspirierten schon vor fast einem Jahrhundert die Idee, an diesem Ort ein neues Stadtzentrum zu errichten. Im Zuge von Wahlkampagnen wurden diese Pläne seitdem mehrmals wiederbelebt, aber niemals realisiert. Nach den Wahlen von 2012, bei denen die Regierungskoalition unter Führung der SNS die parlamentarische Mehrheit erlangte, und dem Machtwechsel verkündete Vučić, damals Vizepräsident der Nationalregierung, Mitte 2012 offiziell das Projekt BW. Das weitläufige Gebiet am Ufer des Flusses Save (Abb. 1) war bis dahin ein vernachlässigtes Gebiet mit kleinen Unternehmen und baufälligen Häusern gewesen, wobei ein großer Teil des Areals mit alten Eisenbahnschienen bedeckt war und es eine komplexe Eigentumsstruktur öffentlicher ebenso wie privater Grundbesitzer*innen gab.

Die städtebauliche Neugestaltung der Hauptstadt durch das Projekt BW sollte Vučić zufolge „das Image und die Rolle Serbiens in der Region und der Welt erheblich verbessern“ (Blic 2015, Übers. d. A.). Darüber hinaus wurde die Initiative zur Sanierung von Hafengebieten als Aushängeschild für die Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft angesehen (Filipovic/El Baltaji 2014). Den größten Bekanntheitsgrad erhielt sie vor den nationalen Parlamentswahlen im März 2014 (Bakarec 2015). Ursprünglich waren

für das Projekt BW nur sechs bis acht Jahre Bauzeit veranschlagt worden – und das, obwohl die tatsächliche Umsetzung von umfangreichen Vorbereitungsarbeiten mit unvorhersehbaren Fertigstellungsterminen abhing (Slavkovic 2014). Am wichtigsten war die Verlegung sämtlicher Bahnanlagen sowie die neuen Gebäude für Hauptbahnhof und Busbahnhof – derzeit sind beide noch immer in Bau und werden auch noch lange nicht fertiggestellt sein. Trotz zahlreicher Herausforderungen, die meist schon vor der Grundsteinlegung 2015 bekannt waren, nahm die serbische Regierung von Anfang an eine autokratische Rolle ein. Sie übernahm die Entscheidungsgewalt, schloss kommunale Behörden und Expert*innenmeinungen aus und umging effektive gesetzliche Regelungen. Der Hintergrund war ein zuvor unterzeichnetes Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Serbiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) (Regierung der Republik Serbien 2013). Das Vorhaben war geprägt von den persönlichen Beziehungen wichtiger Akteur*innen beider Parteien (Filipovic/El Baltaji 2014). Nachfolgend erfolgten mehrere kontroverse Änderungen nationalen und lokalen Rechts (Tab. 1).

3.3. Gesetzesänderungen als Regulierungsinstrument für die autoritäre Umsetzung des Projekts BW

Der 2003 veröffentlichte „Masterplan Belgrad 2021“, also das städtebauliche Dokument mit dem größten rechtlichen Gewicht, sprach sich ausdrücklich für einen internationalen Wettbewerb für beide Ufer der Save aus (Stadt Belgrad 2015). Eine Planaktualisierung beseitigte 2014 Hindernisse für Investor*innen und ihre Interessen (Stadt Belgrad 2014). Gleichzeitig änderte die serbische Regierung das bestehende nationale Planungs- und Baurecht. Dazu gehörte eine neue Definition für „besonders ausgewiesene Gebiete“ [2] von nationaler Bedeutung, die eine besondere Regelung für die Organisation, die Entwicklung und die Nutzung des Raums erfordern (Republik Serbien 2014). Sie umfassten nun auch Gebiete, „für die die Regierung festgestellt hat, dass sie für die Republik Serbien von Bedeutung sind“ (ebd.: 41, Übers d. A.).

Auf Grundlage dieser Anpassung des Planungs- und Baurechts wurde BW im Mai 2014 offiziell zu einem „besonders ausgewiesenen Gebiet“ und zu einem Projekt mit besonderer Bedeutung für die nationale Wirtschaftsentwicklung erklärt (ebd.). 2015 trat ein Dekret über den Raumplan für das Sondergebiet in Kraft (Republik Serbien 2015a). Dieses

Dokument basierte vollständig auf einem Entwurf des Investors. Es diente als Hauptlegitimation für das vorgeschlagene Projekt (ebd.), dessen Umsetzung bereits begonnen hatte, bevor der Plan rechtskräftig geworden war (Spalević 2014). Zuletzt erließ das serbische Parlament ein Sondergesetz, das BW einen Status öffentlichen Interesses zuwies (Republik Serbien 2015b). Diese *lex specialis*, die allen allgemeinen Gesetzen übergeordnet ist, berechnete die Republik Serbien und die Stadt Belgrad, als Begünstigte einer gesetzlichen Enteignung zum Zwecke der Entwicklung des Projekts zu handeln (ebd.). Zudem wurde die im April 2015 unterzeichnete Joint-Venture-Vereinbarung erst fünf Monate später auf öffentlichen Druck hin öffentlich zugänglich gemacht. Sie legte die Regeln für eine neue öffentlich-private Partnerschaft fest. Bis heute sind die Informationen über die an dem Projekt beteiligten Unternehmen und deren Eigentumsverhältnisse nur unvollständig öffentlich, da dem Investor durch eine Entscheidung der Wettbewerbskommission volle Anonymität gewährt wurde.

4. Das Projekt BW: Dynamiken und Strategien autoritärer Stadtbildrekonstruktion

Parallel zu zahlreichen öffentlichen Debatten begann die Umsetzung der BW mit der Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes „Belgrader Genossenschaft“ [3] 2014. Es wurde zum Sitz der öffentlich-privaten Gesellschaft. Einige Bewohner*innen des Belgrader Stadtteils Savamala, in dem das Projekt realisiert werden sollte, wehrte sich jedoch gegen die Räumung des Stadtteils. Als im April 2016 eine Gruppe maskierter Personen nachts mit Baggern Häuser abriss und deren Bewohner*innen gewaltsam vertrieb, löste das erste massive Proteste aus. Unabhängige Medien bezeichneten den illegalen Abriss als „Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit“ (Ignatijević 2016). Weder Polizei noch staatliche Beamten*innen oder staatlich kontrollierte Medien reagierten darauf.

Die Bedenken der Öffentlichkeit wuchsen auch aufgrund einer Reihe widersprüchlicher Informationen. So wurden die erforderlichen Investitionen ursprünglich auf 3 Milliarden Euro veranschlagt. Nach Bekanntgabe des Joint-Venture-Vertrags wurde die Angabe deutlich reduziert: auf 150 Millionen Euro (Sekularac 2014). Die Opposition beschuldigte Vertreter*innen der Regierung der offenen Korruption (Blic 2016) und behauptete, das Projekt BW ziele darauf ab, eine massive Plünderung städtischer und staatlicher Kassen zu verschleiern (Blic 2015). Widersprüchlich

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“



Abb. 2 Modell des Masterplans von Belgrade Waterfront (Quelle: Leeturtle, Wikimedia Commons 2016)

war auch der Masterplan (Abb. 2), der unter allgemeiner Missachtung der Regeln zur Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt worden war und dessen Urheberschaft bis heute ungeklärt ist.[4] Die lokalen und nationalen Architektenverbände wiesen darauf hin, dass der vorgeschlagene Plan „schwerwiegende Folgen für die Entwicklung Belgrads als Ganzes haben könnte, was die Grundsätze der Nachhaltigkeit, der Identität, der Zugänglichkeit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Kontextualität betrifft“ (Kommission für öffentliche Einsicht 2014: Anmerkung 12.1, Übers. d. A.). Trotz zunehmender Bedenken und Anfechtungen seitens der Öffentlichkeit setzte sich Vučić – damals noch als serbischer Premierminister – weiterhin für die Umsetzung von BW ein und bezeichnete das Projekt als „Zukunft und das neue Image Serbiens“ (RTS 2016, Übers. d. A.). Das angebliche neue nationale Image, das BW unter der Schirmherrschaft der nationalen Regierung vermitteln sollte (Tab. 1), beruhte allerdings auf dem bloßen Bau von Immobilien, unterstützt durch ein intensives internationales Marketing mit spektakulären Bildern. Angeboten wurden vor allem Luxuswohnungen und exklusive Gewerbeimmobilien (Abb. 3). Die meisten Wohnhochhäuser sind von fragwürdiger architektonischer Qualität und werden als Größenwahnsinnig und ungeeignet für den Standort wahrgenommen (AAS 2015; N1 Srbija 2020), (Abb. 4, 5). Als ein

Nebojša Čamrag

Aktivität	Datum	Hauptakteur*innen	Beschreibung
Wahlkampf	April 2012	SNS	Vučić stellt BW als UMP vor, das die Stadt modernisieren und die Volkswirtschaft wiederbeleben wird.
Serbische Parlamentswahl	Mai 2012	Serbisches Parlament	Die SNS erlangt eine parlamentarische Mehrheit.
Kabinettsumbildung	Juli 2012	Serbische Regierung	Vučić wird Verteidigungsminister Serbiens.
Beginn der Räumung des Geländes	Dezember 2012	Serbische Regierung	Trotz unklarer rechtlicher Rahmenbedingungen beginnt die Räumung des Save-Amphitheaters.
Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Serbien und der VAE	März 2013	Serbische Regierung, Regierung der VAE	Das gegenseitige Interesse an einer Investition in die Sanierung der Brachflächen in Belgrad wird formal festgelegt.
Pressekonferenz	Januar 2014	Serbische Regierung, Eagle Hills	Das Projekt BW und der Investor Eagle Hills werden vorgestellt. Ein Wettbewerb wurde nicht ausgerichtet. Die Urheberschaft des vorgelegten Masterplans wird nicht offengelegt. Als Autor des Belgrad-Turms wird das Designerbüro SOM aus Chicago angeführt.
Serbische Parlamentswahl	April 2014	Serbische Regierung	Vučić wird zum serbischen Premierminister gewählt.
Anpassung des Planungs- und Baugesetzes	Mai 2014	Serbische Regierung	BW wird für besonders wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens erklärt. Dadurch ist es rechtlich möglich, BW auf einem speziell dafür vorgesehenen Gebiet zu errichten.
Dekret über den Raumplan für das Sondergebiet	Juni 2014	Serbische Regierung	Regierungsbehörden erstellen einen Raumplan und eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das speziell ausgewiesene Gebiet für das Projekt BW.
Änderungen des „Masterplans Belgrad 2021“ von 2003	September 2014	Belgrader Stadtregierung	Die Verpflichtung zu einem internationalen Wettbewerb wird aufgehoben. Unabhängige Eingriffe in die räumliche Einheit des Save-Ufers werden ermöglicht und damit eine vollständige Verlagerung der bestehenden Eisenbahninfrastruktur. Beschränkungen der Höhe und Lage von Gebäuden auf Grundstücken werden flexibilisiert.
Öffentliche Einsicht in den Entwurf des Raumordnungsplans	November 2014	Nationale Agentur für Raumplanung	Die meisten Beschwerden gegen BW werden in Einklang mit vorherigen Gesetzesanpassungen abgelehnt.

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

Aktivität	Datum	Hauptakteur*innen	Beschreibung
Änderungen des Planungs- und Baugesetzes von 2009	Dezember 2014	Serbische Regierung	Die Definition sogenannter „besonders ausgewiesener Gebiete“ werden um Gebiete mit „besonderen Standortwerten“ oder mit „Potenzial für die touristische Entwicklung“ erweitert. Gründe für die Umwandlung von Pachtgrundstücken in Eigentumsgrundstücke auf Antrag und ohne Zuschlag werden festgelegt. Das ermöglicht es privaten Investor*innen, Eigentum an staatseigenem Land zu erwerben, sobald die Genehmigung für den Bau einer Struktur auf dem Land erteilt wurde, in der Regel nach Abschluss der Bauarbeiten.
Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung	Dezember 2014	Nationale Agentur für Raumplanung	Trotz möglicher negativer Auswirkungen auf die Umwelt genehmigte die Behörde den vorgeschlagenen Raumordnungsplan aufgrund der voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Projekts.
Erlass zur Festlegung des Raumordnungsplans BW	Januar 2015	Serbische Regierung	Der Raumordnungsplan ist das wichtigste Legitimationsinstrument für die vorgeschlagene Intervention. Schließlich werden Bebauungskonzept, Planungsunterlagen, Nutzungsregeln und -Bedingungen, Organisation, Planung und Schutz des Gebiets festgelegt.
Erlass eines lex specialis im Eilverfahren	April 2015	Serbische Regierung	Das Gesetz hat Vorrang vor allen anderen Gesetzen, die allgemeine Angelegenheiten regeln. Es legt sowohl den Status des öffentlichen Interesses als auch spezifische Verfahren für die Enteignung und die Erteilung von Baugenehmigungen für BW fest.
Unterzeichnung der Joint-Venture-Vereinbarung	April 2015	Serbische Regierung, Regierung der VAE	Setzt die höchsten nationalen gesetzgebenden Institutionen und Gesetze außer Kraft und setzt zudem Vorschriften für Landnutzungsbedingungen und obligatorische Ausschreibungsverfahren außer Kraft. Legt außerdem Regeln für die neugegründete öffentlich-private Partnerschaft fest.
Gerichtsentscheidung	Mai 2015	Kommission zum Schutz des Wettbewerbs	Dem Investor wird volle Anonymität gewährt.
Öffentliche Einsicht in die Joint-Venture-Vereinbarung	September 2015	Serbische Regierung	Die auf der Website der serbischen Regierung verfügbaren englischen und serbischen Versionen sind nicht vollständig deckungsgleich. Nur die englische Version ist rechtsverbindlich.

Nebojša Čamrag

Aktivität	Datum	Hauptakteur*innen	Beschreibung
Beginn der Projektumsetzung	September 2015	Serbische Regierung, Eagle Hills	Der Grundstein für den Bau von BW wird gelegt.
Abrisse in Savamala	April 2016	Unbekannt	Polizei, Staatsbeamt*innen und staatlich kontrollierte Medien reagieren nicht auf illegale Zerstörungen; Die ersten öffentlichen Proteste gegen die Umsetzung von BW werden laut.
Start des Flaggschiffprojekts	April 2016	Serbische Regierung, Eagle Hills	Feierliche Grundsteinlegung für den Bau des Belgrad-Turms.
Serbische Präsidentschaftswahl	Mai 2017	Serbische Regierung	Vučić wird zum Präsidenten Serbiens gewählt.
Abschluss der ersten Projektphase	Juli 2018	Serbische Regierung, Eagle Hills	Eröffnung des ersten Gebäudes „BW Residences“; Der Hauptbahnhof zieht an seinen neuen Standort, der jedoch nur teilweise fertiggestellt wurde.
Abschluss der ersten Phase des Wahrzeichenkomplexes	Oktober 2020	Serbische Regierung, Eagle Hills	Der serbische Präsident und der Investor eröffnen das Einkaufszentrum Galerija.
Eröffnung eines historisierten Wahrzeichens	Januar 2021	Serbische Regierung, Eagle Hills	Feierliche Eröffnung des Denkmals für Stefan Nemanja.

Tab. 1 Chronologie wichtiger Aktivitäten und Akteur*innen von BW.

Argument dafür wird angeführt, dass BW das erkennbare Panorama der Stadt radikal überlagert (ebd.).

Darüber hinaus sieht BW weder den Bau von Sozialwohnungen oder geförderter Wohnungen vor, noch werden die Bedürfnisse sozial benachteiligter Menschen in einem gemischten und bezahlbaren Wohnviertel berücksichtigt. Stattdessen setzt der Bauboom im Segment der Premium-Wohnungen zweifellos auf Wohneigentum und einen schnellen Investitionsrückfluss^[5] (Jovanović 2020). Dies zeigt zum einen die Macht internationaler Immobilienentwicklungsunternehmen, die die Anpassung der Bedingungen für staatliche Förderung und vertraglicher Leistungen an ihre Ziele beeinflussen. Andererseits zeigt es, dass die nationalen Regierungen aufgrund ihres dringenden Bedarfs an ausländischem Kapital stark auf neoliberale Wirtschaftspolitiken setzen, um Gewinne zu erzielen. Angesichts der in den Weltstädten hart umkämpften Immobilienmärkte und der damit verbundenen zunehmenden Begrenzung von Investitionsmöglichkeiten zeigt das Beispiel BW eine Ausweitung von Kapitalströmen in die Immobilienentwicklung, hin zu

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“



Abb. 3 Die Marketingkampagne für das Projekt (Quelle: Aufnahme d. A., Mai 2022)

immer größeren und spekulativeren Projekten und Infrastrukturen in risikoreichen Märkten (Halbert/Rouanet 2014).

Die Öffentlichkeit thematisierte die Themen eines solchen Ansatzes zur Stadtentwicklung sowie den Stellenwert des öffentlichen Interesses daran. Dabei tat sich insbesondere die Bürgerinitiative „Ne da(vi)mo Beograd“ [6] (NDMBGD) hervor. Diese mobilisierte durch die Einbeziehung von Medien, Expert*innenmeinungen und anderen Nichtregierungsorganisationen die Öffentlichkeit. NDMBGD forderte aus rechtlichen Gründen sogar die Annullierung der Pläne für BW, da „der vorgeschlagene Entwurf gegen die Gesetze verstößt und dem öffentlichen Interesse zuwiderläuft“ (Kommission für öffentliche Einsicht 2014: 127, Übers. d. A.). Die Landesbehörden wiesen diese Forderungen als unbegründet zurück. Sie begründeten die Umsetzung des Projekts BW mit dessen zuvor erworbener Sonderrechtsstellung (ebd.).

Abgesehen von den gesetzlichen Änderungen (siehe Tab. 1) und den inadäquaten Reaktionen auf die zunehmende öffentliche Kritik, setzte Strategie der Projektrealisierung in der zweiten Phase auf einzelne sogenannte Vorzeigeprojekte. Der Rückgriff auf ikonische Architektur ermöglicht neue urbane Symbole des Nationalstolzes, setzt aber auch neue Maßstäbe in der nationalen Immobilienentwicklung und sorgt damit für internationale Sichtbarkeit. Der Belgrad-Turm („Kula Beograd“) an der Save-Promenade wird bereits als das neue Wahrzeichen der Stadt beworben. Er ist inzwischen auch das höchste Gebäude Serbiens (Abb. 6, links). Der Bau des Wolkenkratzers durch das renommierte internationale Architekturbüro Skidmore, Owings & Merrill (SOM) – das auch das höchste Gebäude der Welt, den Burj Khalifa in Dubai entworfen



Abb. 4 Blick auf das im Bau befindliche BW (Quelle: Aufnahme d. A., Mai 2022)

hat – soll Modernisierung und Fortschritt des Landes symbolisieren. Die Einbeziehung dieses Vorzeigeprojekts von SOM in das Projekt BW ist eine Strategie, die schon bei anderen UMPs zu beobachten war. Prominente Architektur soll Planfeststellungsverfahren beschleunigen und die öffentliche Akzeptanz für größere Eingriffe sicherstellen (Charney 2007; McNeill 2007, 2002). Dies dient letztlich dazu, Gegenargumente für eine öffentliche, projektkritische Debatte zu liefern und Genehmigungsverfahren zu rechtfertigen (Andersen/Røe 2016).

Die Neugestaltung des größten städtischen Platzes im Rahmen von BW, der als „neues Zentrum des modernen Belgrads“ angekündigt wurde (Lokal B92 2021), mobilisiert darüber hinaus eine Bildsprache, die kollektive Gefühle wie Stolz oder nationale Identität anspricht. Die serbische Regierung entschied 2020, das historische Gebäude des Belgrader Hauptbahnhofs am Saveplatz zum neuen Sitz des Historischen Museums Serbiens zu machen (Mučibabić/Aleksić 2020). Daneben wurde 2017 der Bau eines großartigen Denkmals auf dem Platz angekündigt (Abb. 6 rechts; B92 2021). Es erinnert an Stefan Nemanja, eine zentrale historische Person des mittelalterlichen Serbiens. Die Enthüllung des 23 Meter hohen Denkmals bezeichnete Vučić – inzwischen Präsident Serbiens – 2021 als „Akt der Pflege unserer selbst und unserer Identität“ (ebd., Übers. d. A.). Zur durchaus umstrittenen Größe des Denkmals merkte er an: „Er ist riesig, denn sie sollten uns durch ihn sehen. Wir haben versucht, Serbien aus der Asche zu erheben“ (ebd., Übers. d. A.).

In Anbetracht der jüngsten nativistisch-populistischen Praktiken scheint das Nemanja-Denkmal mit seiner Verherrlichung nationaler Größe der politischen Werbung für seine Initiator*innen zu dienen. Dies

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“



Abb. 5 BW in der Umsetzung. Links: Blick von der Innenstadt aus. Rechts: Hauptstraße des neuen Viertels (Quelle: Aufnahmen d. A., Mai 2022)

sensibilisiert breitere Zielgruppen und erreicht eine weitere Ebene der nationalen Identitätskomponente. Dadurch wird in gewisser Weise die öffentliche Akzeptanz für das Projekt BW sichergestellt. Für den Entwurf des Denkmals fand zwar ein internationaler Wettbewerb statt, dieser wurde jedoch ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und vollkommen intransparent durchgeführt. Ein Mitglied trat aus der Wettbewerbsjury zurück und erklärte später, der Wettbewerb könne „nicht die Legitimität professioneller und ethischer Grundsätze haben“. Die Entscheidung für den Siegerentwurf sei unter Druck des Juryvorsitzenden – des damaligen Generalsekretärs von Präsident Vučić – getroffen worden (NI Srbija 2018, Übers. d. A.). Eine weitere Kontroverse im Zusammenhang mit dem Denkmal betraf die Baukosten. Diese wurden ohne rationale Begründung und entgegen Forderungen und Kritiken seitens der Öffentlichkeit als vertraulich eingestuft (Ćosić 2020). Als Vermittler zwischen Öffentlichkeit, Privatpersonen und Behörden äußerte Rodoljub Šabić, damaliger Beauftragter für Informationen von öffentlichem Interesse, den Verdacht, das Schweigen über den Preis eines Denkmals gegenüber den Bürger*innen, die es bezahlt haben, verweise auf Kriminalität und Korruption als „karikaturhafte Verletzung des Gesetzes“ (ebd., Übers. d. A.).

Obwohl die Realisierung von BW weiterhin reibungslos verläuft, kann es als Zeichen des Wandels angesehen werden, dass eine politische Koalition der Bürgerinitiative NDMBGD mit „Moramo“ [7] erste Mandate in lokalen und nationalen Parlamenten errang (Stevanović 2021). Die Initiative verfolgt damit das Ziel, „sich dem SNS-Regime auch in den Institutionen zu widersetzen“ (NDMBGD 2022). Zudem hat die Art und



Abb. 6 Neue städtische Wahrzeichen. Links: Save-Promenade mit dem Belgrad-Turm (Kula Beograd). Rechts: Saveplatz mit dem Stefan-Nemanja-Denkmal (Quelle: Aufnahmen d. A., Mai 2022)

Weise der Umsetzung von BW bereits in einigen anderen Städten der Region zu Auseinandersetzungen über ähnliche Entwicklungsprojekte an wassernahen Standorten geführt – etwa in der kroatischen Hauptstadt Zagreb (Bradarić 2019) oder in Novi Sad, der zweitgrößten serbischen Stadt (Maričić 2022).

5. Schlussfolgerungen

Beim Projekt BW gab es nachweislich intransparente, staatliche Regulierungseingriffe. Im Gegensatz zur Sanierung von innerstädtischer Brachlandflächen oder verlassener Infrastruktur in westeuropäischen Städten, wo Kommunalverwaltungen in zunehmendem Maße den schädlichen Auswirkungen spekulativer Entwicklungen entgegenzutreten (Moulaert et al. 2004), spielte die nationale Regierung beim Projekt BW eine entscheidende Rolle. Dies geschah in erster Linie durch die direkte Entscheidung für des in Abu Dhabi ansässigen Unternehmens Eagle Hills als Investor sowie durch die Erleichterung des umstrittenen Projekts mithilfe weitreichender Gesetzesänderungen.

Aufgrund der besonderen Rechtsstellung des Projekts BW erhielten die Interessen privater Investor*innen und politischer Eliten Vorrang vor den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie. Die traditionell stark ausgeprägten informellen wie persönlichen Beziehungen zwischen Personen aus Politik, Planung und Immobilienwirtschaft sowie ihr starker Einfluss auf Entscheidungen in der Immobilienentwicklung sind seit Langem bekannt (Fainstein 2001). Die Analyse des Projekts BW zeigt, wie solche informellen Verbindungen zwischen politischen Eliten und privaten Investor*innen heute funktionieren – auf globaler Ebene,

aber auch bis hin zur lokalen Ebene und wie sie sich im städtischen Raum auswirken. Sie verschleiern effektiv Eigentumsstrukturen und die damit verbundenen persönlichen Vorteile (Grubbauer/Čamprag 2019). BW stützt sich auch eindeutig auf globale Wissenskreisläufe. Dabei zirkuliert Fachwissen über Entwicklungspläne, Projektmanagement und Marktstandards im Immobilienbereich (Faulconbridge/Grubbauer 2015). Der Fall BW verweist daher auf die Notwendigkeit, angesichts globalisierter Immobilienmärkte und neuer Allianzen zwischen nationalen politischen und internationalen Wirtschaftseliten den Klientelismus und die Korruption zu überdenken.

Unter solchen Bedingungen konnten lokale Behörden und Gemeinden kein direktes Mitspracherecht bei der Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner*innen haben, wie es in einigen anderen europäischen Kontexten zunehmend der Fall ist (Degen/García 2012; Smith/von Krogh Strand 2011). Dies führt mich zu der Annahme, dass profitorientierte Stadtentwicklungsprojekte wie BW nur in autoritären Kontexten uneingeschränkt umgesetzt werden können. Dennoch sind auch hier gewisse Anpassungen erforderlich. Das Beispiel zeigt, dass die Unterstützer des Projekts auf einen gewissen Druck, auf öffentliche Kritik sowie auf die Sichtweise der Bevölkerung reagieren müssen. Das gilt insbesondere für die zweite Phase der Realisierung von BW, in der die ästhetische Neuausrichtung und der Einsatz spektakulärer Architektur und ikonischer Symbole besondere Bedeutung erlangten. Der Rückgriff auf ikonische Architektur zielte in Belgrad darauf ab, den Interessen der Investor*innen gerecht zu werden. Er brachte jedoch auch populistische Züge in den spektakulären Stadtdarstellungen mit sich, mit denen die Planungsgenehmigungen, aber auch die öffentliche Akzeptanz sichergestellt werden sollten.

Ein Mittel dazu war auch die Mobilisierung eines architektonischen Vorzeigeprojekts von Weltrang als Mittel zur Verräumlichung der Beziehungen zwischen *dem Urbanen und dem Übernationalen*. Es sollte gewissermaßen signalisieren, dass Belgrad zu einer globalen Stadt wird. Im Gegensatz dazu wurden UMPs in westeuropäischen Städten lange Zeit mit der Ikonizität beim Bau neuer kultureller oder öffentlicher Einrichtungen gerechtfertigt (Swyngedouw et al. 2002). In Belgrad ist die Mobilisierung der Stararchitektur vor allem mit den Zielen des Investors verbunden – dem Bau eines Wolkenkratzers, der exklusive Wohnungen sowie ein Luxushotel beherbergt. Das bestätigt die Gewinnorientierung

des Projekts BW. Verborgen hinter dem beworbenen Symbol des erwarteten nationalen Wirtschaftsaufschwungs wird das neue architektonische Wahrzeichen Belgrads die umliegenden Immobilieninvestitionen von Eagle Hills nur noch weiter verteuern.

Andererseits hat es sich bereits als Herausforderung für die zeitgenössische Architektur erwiesen, moderne urbane Räume zu schaffen, die dem Bedürfnis von Menschen nach Identifikation und Zugehörigkeit gerecht werden, ohne eine historisierende oder neotraditionalistische Formensprache zu verwenden (Ellin 1999; Koolhaas 2005, 2002; Sepe 2010). Als Alternative mobilisiert BW romantisierte Symbole aus der nationalen Geschichte – allerdings als spekulativen, nativistisch-populistischen Akt, den höchste politische Strukturen zu ihrem eigenen Vorteil initiieren und propagieren. Auf diese Weise verräumlicht das Projekt auch die Beziehungen zwischen *dem Urbanen und dem Nationalen* – als Instrument der politischen Elite, die sich mit der nationalen Größe identifiziert, ihre Herrschaft konsolidiert und ihre Kontrolle stärkt, indem sie Rezeptoren der kollektiven Identität sensibilisiert. In diesem Punkt weist BW Ähnlichkeiten zu anderen autokratischen Entwicklungsinitiativen in der Region auf – insbesondere zur Neugestaltung der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje durch das umstrittene UMP „Skopje 2014“ [8]. Mit dem Ziel, die eigene nationale Identität wiederzubeleben, warfen die unabhängigen Medien den politischen Eliten hinter „Skopje 2014“ vor, zu hohe öffentliche Mittel ausgegeben und sogar Geldwäsche betrieben zu haben (Čamprag 2019).

Geht man von den wichtigsten Rechtfertigungen für die UMPs aus – der Stärkung nationaler Größe (Müller 2011), globaler Wettbewerbsfähigkeit (Golubchikov 2010) oder europäischer kultureller Wurzeln (Dixon 2013) – beschreibt dieser Beitrag den städtischen Kontext Belgrads und Serbiens als Verschmelzung all dieser Trends. Gleichzeitig hebt der Artikel auch die Besonderheiten des Projekts BW hervor. Diese bestehen in der extremen staatlichen Regulierung, der autokratischen Intervention und dem Mangel an demokratischer Kontrolle. Das allgemeine Unvermögen des Belgrader Projekts, sowohl auf den städtischen als auch auf den nationalen Kontext zu reagieren und die vielfältigen sozioökonomischen Herausforderungen zu bewältigen, ist in erster Linie auf einen Mangel an Transparenz bei Auftragsvergabe und Finanzierung sowie in allen anderen Planungs- und Umsetzungsverfahren zurückzuführen. Auch das hat Auswirkungen auf das geförderte Stadtimage und auf die

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

Suche nach einer neuen nationalen Identität in einem postsozialistischen Kontext. Die aktive Rolle lokaler Regierungen im Rahmen von Unternehmensstrategien wurde bereits als wichtig für die Verbesserung des Images und der Standortvorteile von Städten hervorgehoben (Sklair 2006). Der allgemeine Mangel an demokratischer Entscheidungsfindung und Konsultation mit Bürger*innen und Expert*innen in Belgrad hat jedoch ein eindimensionales neues Stadtbild zur Folge. Dieses trägt nicht zur bestehenden städtischen Identität bei, sondern gefährdet diese allmählich. Die Priorisierung der Projektumsetzung gegenüber den Grundsätzen einer repräsentativen Demokratie offenbart die einseitigen politischen Motive, die hinter der vorgeblichen Absicht einer Verbesserung des Images von Stadt und Nation liegen.

Schließlich bestätigt dieser Beitrag, dass das Projekt BW ein extremer Fall eines autoritären Urbanismus ist, der durch die Interessen lokaler wie globaler wirtschaftlicher und politischer Eliten reguliert und von einer nativistisch-populistischen Sprache flankiert wird. Er verdeutlicht die weitere Entwicklung der Verbindungen zwischen nationalstaatlicher Politik und mächtigen internationalen Investor*innen. Derartige politisch-ökonomischen regulatorischen Regime treiben die Stadtentwicklung und Imagebildung auf autokratische Weise voran und sollten daher weiter kritisch begleitet werden.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Das sogenannte Save-Amphitheater ist eine ebene Fläche am rechten Ufer der Save. Aufgrund häufiger Überschwemmungen blieb es lange Zeit unbebaut. Seinen Namen erhielt es aufgrund der Tatsache, dass es auf seiner Südseite vollständig von einer bebauten Fläche umgeben ist, die auf einem erhöhten Gelände liegt.
- [2] Auf serbisch „područja posebne namene“.
- [3] Auf serbisch „Zgrada Beogradske zadruge“, auch bekannt als „Geozavod“.
- [4] Leider verweigert das Unternehmen Belgrade Waterfront, der Entwickler des Projekts BW, seine Genehmigung für die Veröffentlichung einer Visualisierung des Masterplans für diesen Artikels ohne Begründung. Der Masterplan ist auf der offiziellen Website des Entwicklers (Belgrade Waterfront 2023) abrufbar.
- [5] Der kommerzielle Erfolg des Projekts BW wurde nie öffentlich bekannt gegeben. Laut der offiziellen Website des Unternehmens Belgrade Waterfront (Belgrade Waterfront 2023) bis Mitte 2023 alle Wohnungen in den 13 fertiggestellten Wohngebäuden restlos verkauft. Weitere 13 Gebäude befanden sich noch im Bau und es waren noch Wohnungen verfügbar.

Nebojša Čamprag

- [6] Der Name ist ein Wortspiel, das übersetzt lautet: „Wir lassen Belgrad nicht untergehen“.
- [7] Der Name bedeutet auf Serbisch „wir müssen“.
- [8] Die massive Stadtsanierung Skopjes 2014 wurde vollständig von der nationalen Regierung konzipiert, gefördert und anschließend umgesetzt. Das Projekt stieß auf öffentliche Kritik, vor allem wegen der hohen Kosten und der historisierenden architektonischen Formen, aber auch wegen mangelnder Transparenz und Beteiligung sowie der rechtlich mangelhaften Verfahren.

Autor_innen

Nebojša Čamprag ist Stadtforscher und forscht zu städtischen Übergängen und Transformationen in einem vergleichenden und internationalen Kontext.
campragn@gmail.com

Literatur

- AAS – Akademie für Architektur Serbiens (2015): Deklaracija o „Beogradu na vodi“ [Erklärung zu „Belgrade Waterfront“]. In: peščanik.net, 7.3.2015. <https://pescanik.net/deklaracija-o-beogradu-na-vodi/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Andersen, Bengt / Røe, Per Gunnar (2016): The social context and politics of large scale urban architecture: Investigating the design of Barcode, Oslo. In: *European Urban and Regional Studies* 24/3, 304-317.
- Appel, Hilary / Orenstein, Mitchell A. (2018): *From Triumph to crisis. Neoliberal economic reform in postcommunist countries.* Cambridge: Cambridge University Press.
- B92 (2021): A monument to Stefan Nemanja unveiled on Sava Square tonight. In: b92.net, 27.1.2021. www.b92.net/eng/news/society.php?yyyy=2021&mm=01&dd=27&nav_id=110283 (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Bakarec, Nebojša (2015): „Beograd na vodi“ kolosalna obmana [Belgrade Waterfront ist eine kolossale Täuschung]. In: *Vreme*, 10.02.2015. www.vreme.com/projekat/nebojsa-bakarec-beograd-na-vodi-kolosalna-obmana/ (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Belgrade Waterfront (2023): *Belgrade Waterfront.* <https://www.belgradewaterfront.com/> (letzter Zugriff am 9.1.2023).
- Bing (2016): Luftbild von Belgrad. www.bing.com/mapspreview (letzter Zugriff am 24.6. 2016).
- Blic (2015): Beograd na vodi. Božović: Projekat prevara veka, paravan za pljačku [Belgrade Waterfront. Božović: Die Täuschung des Jahrhunderts und ein Vorwand für einen Raubüberfall]. In: *Blic*, 23.9.2015. www.blic.rs/vesti/politika/beograd-na-vodi-bozovic-projekat-prevara-veka-paravan-za-pljacku/d3b2l7m (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Blic (2016): Božović: „Beograd na vodi“ je najveća korupcija na svetu; SNS: DS je protiv investicija [Božović: „Beograd Waterfront“ ist die größte Korruption der Welt; SNS: DS lehnt Investitionen ab]. In: *Blic*, 18.4.2016. www.blic.rs/izbori-2016/vesti/bozovic-beograd-na-vodi-je-najveca-korupcija-na-svetu-sns-ds-je-protiv-investicija/mye86p0 (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Bochsler, Daniel / Juon, Andreas (2020): Authoritarian footprints in Central and Eastern Europe. In: *East European Politics* 36/2, 167-187.
- Boese, Vanessa A. / Lundstedt, Martin / Morrison, Kelly / Sato, Yuko / Lindberg, Staffan I. (2022): State of the world 2021: Autocratization changing its nature? In: *Democratization* 29/6, 983-1013.
- Borén, Thomas / Grzyś, Patrycja / Young, Craig (2021): Spatializing authoritarian neoliberalism by way of cultural politics: City, nation and the European Union in Gdańsk's politics of cultural policy formation. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39/6, 1211-1230.

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

- Bradarić, Branimir (2019): Zagrebački Manhattan – ogledalo megalomanskog Beograda na vodi? [Zagrebs Manhattan – ein Spiegel der größenwahnsinnigen Belgrade Waterfront?]. In: Večernji list, 29.8.2019. www.vecernji.hr/vijesti/zagrebacki-manhattan-ogledalo-megalomanskog-beograda-na-vodi-1340977 (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Braithwaite, John (2008): *Regulatory capitalism: How it works, ideas for making it work better*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Breeze, Ruth (2018): Positioning „the people“ and its enemies: Populism and nationalism in AfD and UKIP. In: *Javnost – The Public*, 26/1, 89-104.
- Bruff, Ian / Tansel, Cemal Burak (2019): Authoritarian neoliberalism: Trajectories of knowledge production and praxis. In: *Globalizations* 16/3, 233-244.
- Bunnell, Tim (2013): Encountering Kuala Lumpur through the „Travel“ of UMPs. In: Gerardo del Cerro Santamaría (Hg.), *Urban megaprojects: A worldwide view, research in urban sociology*. Leeds: Emerald Group Publishing Limited, 61-79.
- Büthe, Tim / Mattli, Walter (2011): *The new global rulers*. Princeton: Princeton University Press.
- Čamprag, Nebojša (2019): Re-imagineering Belgrade and Skopje: Urban megaprojects between politics and struggle. In: *European Planning Studies* 27, 181-200.
- Charney, Igal (2007): The politics of design: Architecture, tall buildings and the skyline of central London. In: *Area* 39/2, 195-205.
- Cook, Andrew (2010): The expatriate real estate complex: Creative destruction and the production of luxury in post-socialist prague. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34/3, 611-628.
- Cope, Benjamin (2015): Euro 2012 in Poland: Recalibrations of statehood in Eastern Europe. In: *European Urban and Regional Studies* 22/2, 161-175.
- Ćosić, Gordana (2020): Zašto je cena spomenika Stefanu Nemanji proglašena tajnom? [Warum wurde der Preis des Denkmals für Stefan Nemanja geheim gehalten?]. In: *Radio Slobodna Evropa*, 30.12.2020. <https://www.slobodnaevropa.org/a/za%C5%A1to-je-cena-spomenika-stefanu-nemanji-progla%C5%A1ena-tajnom-/31027013.html> (letzter Zugriff am 27.8.2023).
- Crilly, Darrel (1993): *Megastructures and urban change: Aesthetics, ideology and design*. In: Knox, Paul L. (Hg.), *The restless urban landscape*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 127-164.
- Degen, Mónica / García, Marisol (2012): The transformation of the 'Barcelona Model': An analysis of culture, urban regeneration and governance. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 36/5, 1022-1038.
- Dixon, Megan (2013): The Southern Square in the Baltic Pearl: Chinese ambition and „European“ architecture in St. Petersburg, Russia. In: *Nationalities Papers* 41/4, 552-569.
- Dixon, Megan (2010): Gazprom versus the skyline: Spatial displacement and social contention in St. Petersburg. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34/1, 35-54.
- Ellin, Nan (1999): *Postmodern urbanism*. Princeton: Princeton Architectural Press.
- Fainstein, Susan (2001): *The city builders: Property development in New York and London, 1980-2000*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Faulconbridge, James / Grubbauer, Monika (2015): Transnational building practices: Knowledge mobility and the inescapable market. In: *Global Networks* 15/3, 275-287.
- Filipovic, Gordana / El Baltaji, Dana (2014): Serbia's Vucic Promises U.A.E.'s Billions in Election Bid. In: *bloomberg.com*, 13.3.2014. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2014-03-12/serbia-s-vucic-promises-u-a-e-s-billions-in-election-bid> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Freedom House (2023): *Freedom in the World 2022: Serbia*. In: Freedom House. <https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2022> (letzter Zugriff am 29.1.2023).
- Gallo, Ernesto (2022): Three varieties of authoritarian neoliberalism: Rule by the experts, the people, the leader. In: *Competition & Change*, 26/5, 554-574.
- Gasius, Marlies (2018): What authoritarianism is ... and is not: A practice perspective. In: *International Affairs* 94/3, 515-533.

Nebojša Čamprag

- Golubchikov, Oleg (2010): World-city-entrepreneurialism: Globalist imaginaries, neoliberal geographies, and the production of new St. Petersburg. In: *Environment and Planning A* 42/3, 626-643.
- Graan, Andrew (2013): Counterfeiting the nation? Skopje 2014 and the politics of nation branding in Macedonia. In: *Cultural Anthropology* 28/1, 161-179.
- Grabher, Gernot / Thiel, Joachim (2015): *Self-induced shocks: Mega-projects and urban development*. Berlin: JOVIS.
- Grubbauer, Monika / Čamprag, Nebojša (2019): Urban megaprojects, nation-state politics and regulatory capitalism in Central and Eastern Europe: The Belgrade Waterfront project. In: *Urban Studies* 56/4, 649-671.
- Halbert, Ludovic / Rouanet, Hortense (2014): Filtering risk away: Global finance capital, transcalar territorial networks and the (un)making of city-regions: An analysis of business property development in Bangalore, India. In: *Regional Studies* 48/3, 471-484.
- Harvey, David (2003): *Paris: Capital of modernity*. New York: Routledge.
- Hubbard, Phil (1996): Urban design and city regeneration: Social representations of entrepreneurial landscapes. In: *Urban Studies* 33/8, 1441-1461.
- Ignatijević, Marija (2016): The collapse of the rule of law in serbia: The „Savamala“ case. In: *Pointpulse*, 17.5.2016. <https://pointpulse.bezbednost.org/magazine/collapse-rule-law-serbia-savamala-case/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Jenss, Alke (2019): Authoritarian neoliberal rescaling in Latin America: Urban in/security and austerity in Oaxaca. In: *Globalizations* 16/3, 304-319.
- Jovanović, Miloš (2020): Luxury and progress in Belgrade. Comparing post-Ottoman and post-socialist urban development. In: *eurozine.com*, 10.9.2020. <https://www.eurozine.com/luxury-and-progress-in-belgrade/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Juego, Bonn (2018): Authoritarian neoliberalism: Its ideological antecedents and policy manifestations from Carl Schmitt's political economy of governance. In: *Halduskultuur* 19/1, 105-136.
- King, Anthony (2010): *Spaces of global cultures – Architecture, urbanism, identity*. London: Routledge.
- Kinossian, Nadir (2012a): Post-socialist transition and remaking the city: Political construction of heritage in Tatarstan. In: *Europe-Asia Studies* 64/5, 879-901.
- Kinossian, Nadir (2012b): „Urban entrepreneurialism“ in the post-socialist city: Government-led urban development projects in Kazan, Russia. In: *International Planning Studies* 17/4, 333-352.
- Kinossian, Nadir / Morgan, Kevin (2014): Development by decree: The limits of „authoritarian modernization“ in the Russian Federation. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/5, 1678-1696.
- Koch, Natalie (2014): Bordering on the modern: Power, practice and exclusion in Astana. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 39/3, 432-443.
- Koch, Natalie / Valiyev, Anar (2015): Urban boosterism in closed contexts: Spectacular urbanization and second-tier mega-events in three Caspian capitals. In: *Eurasian Geography and Economics* 56/5, 575-598.
- Kolbe, Laura (2007): Central and Eastern European capital cities: Interpreting www-pages – history, symbols and identity. In: *Planning Perspectives* 22/1, 79-111.
- Kommission für öffentliche Einsicht (2014): Izveštaj o obavljenom javnom uvidu Komisije za javni uvid u Nacrt Prostornog plana područja posebne namene uređenja dela priobalja grada Beograda – područje priobalja reke Save za projekat „Beograd na vodi“ [Bericht über die öffentliche Einsicht der Kommission für öffentliche Einsicht des Entwurfs des Raumordnungsplans des Sondergebiets für die Entwicklung des Küstengebiets der Stadt Belgrad – das Gebiet des Küstengebiets des Flusses Save für das Projekt „Belgrade Waterfront“], No. 350-244-244/2014-01, Belgrad. www.rapp.gov.rs (letzter Zugriff am 03.11.2019).

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

- Kong, Lily (2007): Cultural icons and urban development in Asia: Economic imperative, national identity, and global city status. In: *Political Geography* 26/4, 383-404.
- Koolhaas, Rem (2002): Junkspace. In: *October* 100, 175-190.
- Koolhaas, Rem (2005): The generic City. In: O. M. A. / Rem Koolhaas / Bruce Mau (Hg.), S, M, L, XL, 1254.
- Lauermann, John (2016): „The city“ as developmental justification: Claimsmaking on the urban through strategic planning. In: *Urban Geography* 37/1, 77-95.
- Levi-Faur, David (2005): The global diffusion of regulatory capitalism. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 598/1, 12-32.
- Ley, David / Mills, Caroline (1993): Can there be a postmodernism of resistance in the urban landscape? In: Knox, Paul L. (Hg.), *The restless urban landscape*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 371-377.
- Lokal B92 (2021): Vesić: Savski trg – novi centar Beograda [Vesić: Savski trg – das neue Zentrum Belgrads]. In: *Lokal B92*, 27.1.2021. <https://www.b92.net/lokal/beograd/drustvo-vesic-savski-trg-novi-centar-beograda-1801651> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Lührmann, Anna / Lindberg, Staffan I. (2019): A third wave of autocratization is here: What is new about it? In: *Democratization* 26/7, 1095-1113.
- Maričić, Slobodan (2022): Protest „Buna protiv mafije“, Novi Sad na vodi i kamp na Šodrošu – zašto je napeto u Srpskoj Atini [Protest „Aufstand gegen die Mafia“, Novi Sad am Wasser und das Camp auf Šodros – warum es im serbischen Athen so angespannt ist]. in: *BBC news na srpskom*, 28.7.2022. <https://www.bbc.com/serbian/lat/srbija-62335387> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- McNeill, Donald (2002): The mayor and the world city skyline: London's tall buildings debate. In: *International Planning Studies* 7/4, 325-334.
- McNeill, Donald (2007): Office buildings and the signature architect: Piano and Foster in Sydney. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 39/2, 487-501.
- McNeill, Donald (2015): Global firms and smart technologies: IBM and the reduction of cities. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 40/4, 562-574.
- Milosavljević, Bogoljub / Jerinić, Jelena (2016): Status of Serbian towns in the light of recent efforts towards a national decentralisation strategy. In: *Hrvatska i komparativna javna uprava* 16/1, 77-106.
- Moulaert, Frank / Rodriguez, Arantxa / Swyngedouw, Erik (2004): *The globalized city: Economic restructuring and social polarization in European cities*. Oxford: Oxford University Press.
- Mučibabić, Daliborka / Aleksić, Dejan (2020): Muzej srednjovekovne Srbije u bivšoj zgradi Železničke stanice [Das Museum des mittelalterlichen Serbiens im ehemaligen Gebäude des Bahnhofs]. *Politika*, 25.9.2020. <https://www.politika.rs/sr/clanak/463253/Muzej-srednjovekovne-Srbije-u-bivsoj-zgradi-Zeleznicke-stanice> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Müller, Martin (2011): State dirigisme in megaprojects: Governing the 2014 Winter Olympics in Sochi. In: *Environment and Planning A* 43/9, 2091-2108.
- Murray, Martin J. (2015): Waterfall city (Johannesburg): Privatized urbanism in extremis. In: *Environment and Planning A* 47/3, 503-520.
- N1 Srbija (2018): Ostavka u žiriju: Spomenik nema veze sa Stefanom Nemanjom [Resignation in der Jury: Das Denkmal hat nichts mit Stefan Nemanja zu tun]. In: *N1 Srbija*, 12.05.2018. <https://n1info.rs/vesti/a387387-ostavka-u-ziriju-za-spomenik-stefanu-nemanji/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- N1 Srbija (2020): Arhitekta: Beograd na vodi siluje panoramu Beograda [Architekt: Belgrad Waterfront dominiert das Panorama von Belgrad], 10.9.2020. <https://n1info.rs/vesti/a638567-arhitekta-beograd-na-vodi-siluje-panoramu-beograda/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- NDMBGD – Ne davimo Beograd (2022): Ne davimo Beograd započeo rad u gradskom parlamentu: Energiju sa ulica prenećemo u institucije [„Ne davimo

- Beograd" hat die Arbeit im Stadtparlament aufgenommen: Wir werden die Energie von der Straße in die Institutionen übertragen], 16.6.2022. <https://nedavimobeograd.rs/ne-davimo-beograd-zapocelo-rad-u-gradskom-parlamentu-energiju-sa-ulica-prenecemo-u-institucije/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- NYT – New York Times Editorial Board (2017): A Serbian election erodes democracy. In: The New York Times, 9.4.2017. <https://www.nytimes.com/2017/04/09/opinion/a-serbian-election-erodes-democracy.html> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Olds, Kris (2002): Globalization and urban change: Capital, culture, and Pacific Rim mega-projects. New York: Oxford University Press.
- Orueta, Fernando Diaz / Fainstein, Susan S. (2008): The new mega-projects: Genesis and impacts. In: International Journal of Urban and Regional Research 32/4, 759–767.
- Perić, Ana (2020): Public engagement under authoritarian entrepreneurialism: The Belgrade Waterfront project. In: Urban Research and Practice 13/2, 213–227.
- Piletić, Aleksandra (2022): The role of the urban scale in anchoring authoritarian neoliberalism: A look at post-2012 neoliberalization in Belgrade, Serbia. In: Globalizations 19/2, 285–300.
- Raco, Mike (2014): Delivering flagship projects in an era of regulatory capitalism: State-led privatization and the London Olympics 2012. In: International Journal of Urban and Regional Research 38/1, 176–197.
- Regierung der Republik Serbien (2013): Kooperationsabkommen zwischen der Regierung der RS und der Regierung der VAE. Belgrad: Regierung der Republik Serbien.
- Republik Serbien (2014): Službeni glasnik Republike Srbije [Amtsblatt der Republik Serbien], Nr. 132/2014, Artikel 21.
- Republik Serbien (2015a): Službeni glasnik Republike Srbije [Amtsblatt der Republik Serbien], Nr. 7/2015, Artikel 7.
- Republik Serbien (2015b): Službeni glasnik Republike Srbije [Amtsblatt der Republik Serbien], Nr. 34/2015, Artikel 2.
- RTS – Radio-Televizija Srbije (2016): Vučić: Beograd na vodi – budućnost i novo lice Srbije [Vučić: Belgrade Waterfront – die Zukunft und das neue Gesicht Serbiens]. In: Radio-Televizija Srbije, 11.12.2016. <https://www.rts.rs/lat/vesti/ekonomija/2557850/vucic-obisao-radove-na-beogradu-na-vodi.html> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Sekularac, Ivana (2014): Serbia relies on gulf cash for Belgrade waterfront development. In: reuters.com, 24.6.2014. <https://www.reuters.com/article/serbia-emirates-belgrade-idUSL6N0P72X220140627> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Sepe, Marichela (2010): Urban policies, place identity and creative regeneration: The Arabianranta case study. In: Proceedings of 14th International Planning History Conference, 2010 July 12–15, Istanbul, Turkey: IPHS, 95–107.
- Sklair, Leslie (2006): Iconic architecture and capitalist globalization. In: City. Analysis of Urban Change, Theory, Action, 10/1, 21–47.
- Sklair, Leslie (2017): Iconic architecture and the rise of globalizing cities. New York: Oxford University Press.
- Slavkovic, Ljiljana (2014): Belgrade on troubled political waters. In: Kamenzind. International Architecture magazine, 4, 6–15.
- Smith, Andrew / von Krogh Strand, Ingvild (2011): Oslo's new Opera House: Cultural flagship, regeneration tool or destination icon? In: European Urban and Regional Studies 18/1, 93–110.
- Smyth, Hedley (2005): Marketing the city. The role of flagship developments in urban regeneration. London: Taylor & Francis.
- Spalević, Tatjana (2014): Železnica sprema teren za „Beograd na vodi“ [Die Bahn bereitet den Untergrund vor für „Belgrade Waterfront“]. In: Večernje Novosti, 8.3.2014. <https://www.novosti.rs/vesti/beograd.74.html:481708-Zeleznica-sprema-teren-za-Beograd-na-vodi> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Stadt Belgrad (2014): Službeni List Grada Beograda [Amtsblatt der Stadt Belgrad], Nr. LVIII vom 18.9.2014.

Megaprojekt „Belgrade Waterfront“

- Stadt Belgrad (2015): Službeni List Grada Beograda [Amtsblatt der Stadt Belgrad], Nr. XLVIII vom 15.10.2015.
- Stevanović, Nemanja (2021): „Zelene“ stranke u Srbiji: Ujedinjavanje i umrežavanje pred izbore [„Grüne“ Parteien in Serbien: Zusammenschluss und Vernetzung vor den Wahlen]. In: Radio Slobodna Evropa, 31.8.2021. <https://www.slobodnaevropa.org/a/srbija-zeleni-ne-davimo-beograd-zajedno-za-srbiju/31436530.html> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Swyngedouw, Erik (2019): The perverse lure of autocratic postdemocracy. In: *South Atlantic Quarterly* 118/2, 267-286.
- Swyngedouw, Erik / Moulaert, Frank / Arantxa, Rodriguez (2002): Neoliberal urbanization in Europe: Large-scale urban development projects and the new urban policy. In: *Antipode* 34, 542-577.
- Swyngedouw, Erik / Moulaert, Frank / Rodriguez, Arantxa (2003): The contradictions of urbanizing globalization. In: Frank Moulaert / Arantxa Rodriguez / Erik Swyngedouw (Hg.), *The globalized city. Economic restructuring and social polarization in European cities*. Oxford: Oxford University Press, 247-266.
- Tansel, Cemal Burak (2019): Reproducing authoritarian neoliberalism in Turkey: Urban governance and state restructuring in the shadow of executive centralization. In: *Globalizations* 16/3, 320-335.
- Temelová, Jana (2007): Flagship developments and the physical upgrading of the post-socialist inner city: The golden angel project in Prague. In: *Geografiska Annaler, Series B: Human Geography* 89/2, 169-181.
- Vasović, Milenko (2022): In Serbia's electoral simulation, the leader outstrips the party. In: *Balkan Insight*, 14.4.2022. <https://balkaninsight.com/2022/04/14/in-serbias-electoral-simulation-the-leader-outstrips-the-party/> (letzter Zugriff am 28.8.2023).
- Vujošević, Miodrag / Nedović-Budić, Zorica (2006): Planning and societal context. The case of Belgrade, Serbia. In: Sasha Tsenkova / Zorica Nedović-Budić (Hg.), *The urban mosaic of post-socialist Europe. Space, institutions and policy*, 275-294.
- Vujović, Sreten / Petrović, Mina (2007): Belgrade's post-socialist urban evolution: Reflections by the actors in the development process. In: Kiril Stanilov (Hg.), *The post-socialist city: Urban form and space transformations in Central and Eastern Europe after socialism*. Dordrecht: Springer Netherlands, 361-383.
- Vukmirovic, Milena / Milankovic, Mila (2009): Investigation of the spatial potentials of strategic locations in the city's waterfront: Sava amphitheatre in Belgrade. In: Leen Duin (Hg.), *The urban project: Architectural intervention in urban areas*. Delft: Delft University Press, 360-367.
- Wikimedia Commons (2016): Belgrade Waterfront project. Urheber: Leeturtle. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Belgrade_Waterfront_project.jpg?uselang=de (letzter Zugriff am 7.9.2024).
- Zukin, Sharon (1991): *Landscapes of power: From Detroit to Disney World*. Oakland: University of California Press.

“Belgrade Waterfront” mega-project. Reimagining the city through authoritarian planning

This paper highlights authoritarian urban development in a specific transitioning context. It focuses on the implementation of the urban megaproject “Belgrade Waterfront”. The large-scale brownfield redevelopment project in the Serbian capital is a joint venture between the Republic of Serbia and Abu Dhabi-based investor Eagle Hills. The paper analyzes this urban megaproject as an example of a state-controlled regulatory intervention with a special legal status, which places the interests of private investors above the principles of representative democracy. In doing so, the project relies on the production

Nebojša Čamprag

of supposedly spectacular urban landscapes to secure planning approvals and public acceptance, to spatialize urban relations at the national and international levels, and to naturalize new political-economic regimes.

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

Großräumige Stadtentwicklungsprojekte in der populistischen Politik der aktuellen ungarischen Regierung

Marcell Hajdu

Seit dem Machtantritt der derzeitigen ungarischen Regierung im Jahr 2010 hat sich die ungarische Hauptstadt Budapest rasant entwickelt. Die meisten der wichtigen symbolischen Räume der Stadt werden im Rahmen großräumiger Stadtentwicklungsprojekte umgestaltet, die von der nationalen Regierung geleitet und vom Staat finanziert werden. Diese Projekte spielen eine wichtige Rolle in der populistischen politischen Artikulation der Regierung, die sich selbst als die einzig legitimen Vertreter der „Nation“ – im Gegensatz zu einer Koalition einheimischer und internationaler „neoliberaler Eliten“ – definiert. In diesem Artikel fokussiere ich auf drei emblematische Projekte der Budapester Stadtentwicklung nach 2010 und untersuche, wie ihre institutionellen und prozeduralen Strukturen den vermeintlichen Bruch des Regimes mit der hegemonialen neoliberalen Ordnung darstellen. Zugleich erörtere ich, inwiefern diese Entwicklungsprojekte wirklich einen Bruch mit der Rationalität der neoliberalen urbanen Governance darstellen. Ich nähere mich der Frage aus einer diskurstheoretischen Perspektive und stelle fest, dass die Stadtpolitik des Regimes starke Kontinuitäten zu neoliberalen Formen der Stadtentwicklung aufweist und einige ihrer Tendenzen radikalisiert. Der deutlichste Unterschied ist die starke Zentralisierung der Macht über die Stadtentwicklung in den Händen der nationalen Regierung, was gerade dadurch legitimiert wird, dass es einen Bruch mit der Politik des Vorgängerregimes und der neoliberalen Stadtpolitik in den westeuropäischen Kernländern darstellt.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einführung: Populismus und Neoliberalismus

Der Vorwurf des „Populismus“ ist heute ein fester Bestandteil des politischen Diskurses. Wie der Philosoph Oliver Marchart (2017: 11) feststellt, dient der Begriff vor allem „dem Zweck der politischen Denunziation von Parteien und Bewegungen, die entweder nicht dem traditionellen Spektrum entstammen oder, wo sie das tun, sich gegen dieses wenden.“ Populismus wird in diesem Zusammenhang häufig mit rechtsradikalen politischen Bewegungen gleichgesetzt und erscheint so als

Synonym für die „demokratische Regression“, die unsere Zeit kennzeichnet (z. B. Geiselberger 2017; Schäfer/Zürn 2021). Damit wird einerseits der Unterschied zwischen populistischen und nationalistischen Logiken politischer Mobilisierung verschleiert und andererseits werden inklusive und egalitäre Formen von Politik delegitimiert, die behaupten, „das Volk“ gegen ein korruptes Establishment zu vertreten (Stavrakakis et al. 2017). Populismus ist im Mainstreamdiskurs also keine analytische Kategorie, sondern steht für einen Antagonismus, eine zunehmende Polarisierung, die heute den politischen Raum der meisten westlichen Demokratien bestimmt. In den Worten des Soziologen Wolfgang Streeck (2017: 261): „Der Riss zwischen denen, die andere als ‚Populisten‘ bezeichnen, und denen, die von ihnen als solche bezeichnet werden, ist heute die dominante politische Konfliktlinie in den Krisengesellschaften des Finanzkapitalismus.“

Im Zuge der Finanzkrise 2007/2008 entstanden in ganz Europa und darüber hinaus neue Bewegungen auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums als Reaktion auf die zunehmend autoritären Maßnahmen, die zur Rettung des Finanzsystems ergriffen wurden (Bruff 2014; Jessop 2019). Viele dieser Bewegungen können zu Recht als populistisch bezeichnet werden, da sie sich auf „eine bestimmte Art von Diskurs stützen, der behauptet, populäre Interessen zu vertreten und die damit verbundenen Identitäten und Forderungen (den ‚Willen des Volkes‘) gegen ein ‚Establishment‘ oder eine Elite zu verteidigen“ (Stavrakakis 2017: 527; Übers. d. A.). Was die hier zitierte diskurstheoretische Kurzdefinition von Populismus mit den meisten anderen Ansätzen der Populismusforschung gemeinsam hat, ist, dass sie Populismus nicht als Ideologie, sondern als eine mit unterschiedlichen Ideologien vereinbare Logik politischer Mobilisierung konzeptualisiert (Marchart 2017: 11 f.). Die oben beschriebene verallgemeinernde und negative Kodierung des Populismus verwischt die Unterschiede zwischen sehr unterschiedlichen Gruppierungen – von egalitären, für die Demokratisierung der Politik kämpfenden Akteur_innen bis hin zu rechtsextremen, autoritären Mobilisierungen.

„Neoliberalismus“ steht in diesem Zusammenhang fast ausnahmslos für die hegemoniale Ordnung, für die Eliten, gegen die sich die populistischen Mobilisierungen richten. Da der denunziatorische Gebrauch des Signifikanten „Populismus“ alle Bewegungen, die den Status quo kritisieren, gleichsetzt, lässt er auch die Unterschiede zwischen ihren verschiedenen Kritiken am Neoliberalismus verschwimmen. Der Signifikant „Neoliberalismus“ wird in diesem Prozess seines Inhalts

entleert und steht für den Gegenpol des Populismus im oben beschriebenen dominanten Antagonismus. Die Verfestigung der Grenze zwischen „Populisten“ und „Neoliberalen“ führt so zu einer Schließung des politischen Raums um zwei dominante Positionen und beschränkt weitgehend die Themen, die politisiert werden können. Dies trägt nicht nur zum Rechtsruck der politischen Mitte bei, sondern isoliert zugleich den neoliberalen Kapitalismus von substanzieller Kritik (Marchart 2017). Neoliberalisierung und der Aufstieg rechtspopulistischer Regime erscheinen in diesem Zusammenhang als Gegensätze. Doch wie die politische Theoretikerin Wendy Brown (2019: 7; Übers. d. A.) argumentiert, ist es vielmehr so, dass „neoliberale Rationalität den Boden für die Mobilisierung und Legitimierung gewaltvoller antidemokratischer Kräfte im zweiten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts bereitet hat“. Die gegenwärtige Krise der Demokratie vollzieht sich nicht gegen die Neoliberalisierung, sondern weitgehend in Kooperation mit ihr (Heindl 2020: 11).

Populismus und Stadtentwicklung in Ungarn

Das aktuelle ungarische Regime, das 2010 an die Macht kam, ist ein Musterbeispiel hierfür. Die Vehemenz, mit der die europäische politische Mitte den Populismus der Regierung von Viktor Orbán^[1] denunziert, und die Schärfe, mit der ungarische Politiker_innen im Gegenzug die Korruption der Brüsseler Eliten oder den Neoliberalismus im Allgemeinen kritisieren, sind sinnbildlich für unsere Zeit.^[2] Die Reproduktion der Polarisierung des ungarischen politischen Raums zwischen einer sozialistisch-liberalen „Linken“ und einer konservativ-nationalistischen „Rechten“ war bereits seit den 1990er-Jahren eine Schlüsselstrategie der politischen Eliten des Landes zum Erhalt ihrer hegemonialen Positionen (Palonen 2009, 2018). Die Soziologin Ágnes Gagyí (2016) argumentiert, dass diese Dichotomie zwischen den von ihr sogenannten „demokratischen Antipopulisten“ und „antidemokratischen Populisten“^[3] von außen geprägt wurde, als sich Ungarn in die globalen kapitalistischen Hierarchien (re-)integrierte. In diesem Zusammenhang waren die Kritik an der euro-atlantischen Macht und ein nomineller Antineoliberalismus seit Langem zentrale Elemente der ideologischen Struktur der ungarischen Rechten (ebd.: 354 f.) und blieben ein Schlüsselement in der politischen Artikulation der aktuellen Regierung seit ihrer Machtübernahme. Dennoch haben mehrere Wissenschaftler_innen darauf hingewiesen,

dass das ungarische Regime nach 2010 nicht durch einen Bruch mit dem Neoliberalismus gekennzeichnet ist, sondern vielmehr durch eine teilweise Verstärkung der autoritären Tendenzen des Neoliberalismus (z. B. Fabry 2019; Geva 2021; Pogátsa 2021; Scheiring 2022).

Seit 2010 hat sich die ungarische Hauptstadt Budapest rasant entwickelt. Unter der Leitung der Nationalregierung wurden in der ganzen Stadt zahlreiche großräumige Stadtentwicklungsprojekte umgesetzt, die die wichtigsten symbolischen Räume der Stadt verändert haben. Diese Projekte sind von zentraler Bedeutung nicht nur für die wettbewerbsorientierte Restrukturierung des mit Abstand wichtigsten urbanen Zentrums des Landes[4], sondern auch für die Reproduktion der Spaltung zwischen der Regierung als einziger legitimer Vertreterin des nationalen Interesses und einer Koalition einheimischer und globaler neoliberaler Eliten. Das derzeitige politische System Ungarns im Allgemeinen (z. B. Bos/Lorenz 2021; Magyar/Vásárhelyi 2017; Krasztev/van Til 2015) und die Reproduktion der ideologischen Spaltung, die den politischen Raum des Landes strukturiert, im Besonderen (Barlai 2021; Gagyí 2016; Palonen 2009, 2018) sind in der (Fach-)Literatur viel thematisiert worden. Die Stadtentwicklung Budapests nach 2010, insbesondere seine Rolle bei der ideologischen Reproduktion des Systems, ist jedoch viel weniger untersucht worden. Emel Akçalı und Umut Korkut (2015) zeigten die zentrale Bedeutung der urbanen Transformation – insbesondere der symbolischen Entwicklungsprojekte in den Hauptstädten – für die Verknüpfung illiberaler und nationalistischer Ideologien mit einer zunehmend neoliberalen Politik in Ungarn und der Türkei. Die politische Theoretikerin Emilia Palonen (z. B. 2013, 2017: 107 ff., 2019), eine langjährige Forscherin des Populismus in Ungarn, konzentrierte sich auf die Rolle des städtischen Erbes bei der Reproduktion der „bipolaren Hegemonie“ (Palonen 2009: 318 f.) des Landes. Krisztina Varró und László Faragó (2016) untersuchten den Wandel der Raumplanungspolitik in Ungarn vor dem Hintergrund sich verändernder politischer Diskurse über die europäische Integration und beleuchteten dabei die Wechselwirkung zwischen ideologischen Kämpfen und der Produktion von Raum.

Die Ausbreitung symbolträchtiger Großprojekte im Rahmen der neoliberalen Stadtpolitik zunehmend antidemokratischer rechter Regime in der europäischen Semiperipherie war in jüngster Zeit ebenfalls Gegenstand zahlreicher Studien. Man könnte Moskau (z. B. Büdenbender/Zupan 2017), Istanbul (z. B. Tuğal 2022; Akçalı/Korkut 2015), Belgrad (z. B.

Zeković/Maričić 2022) oder Skopje (z. B. Deets 2022) neben zahlreichen anderen Beispielen nennen. Die zentrale Rolle dieser Modalität der Stadtentwicklung in der nationalistischen Politik ist aber auch in den westeuropäischen Kernländern zu beobachten. Man denke nur an das Berliner Stadtschlossprojekt oder die Rekonstruktion der historischen Zentren von Frankfurt oder Dresden und deren Verbindung zu rechtsradikalen politischen Akteur_innen (z. B. Trüby 2020).[5] In dieser Hinsicht ist der Fall Ungarns und Budapests nicht einzigartig, wenngleich er weiter fortgeschritten ist als jene ähnlicher Regime innerhalb der Europäischen Union. Deshalb dient er als prägnantes Beispiel, um die Synergien zwischen antidemokratischer, rechtspopulistischer Politik und neoliberaler Stadtentwicklung zu untersuchen.

Zahlreiche neuere theoretische Beiträge sehen den aktuellen Erfolg antidemokratischer rechter politischer Akteure weltweit als „Mutation“ des Neoliberalismus und nicht als Bruch mit ihm oder als Herausforderung (z. B. Brown 2019; Callison/Manfredi 2020). Die Inszenierung eines Bruchs mit der hegemonialen neoliberalen Ordnung ist für den Erfolg rechtspopulistischer Regime wie dem aktuellen ungarischen jedoch notwendig. So soll auch die nationalistische und antineoliberale politische Artikulation der gegenwärtigen ungarischen Regierung den Eindruck eines solchen Bruchs erzeugen. Im Folgenden konzentriere ich mich darauf, wie sich diese Artikulationen in den institutionellen und prozeduralen Strukturen der großen symbolischen Stadtentwicklungsprojekte, die den Wandel in Budapest seit 2010 bestimmen, widerspiegeln und reproduzieren. Gleichzeitig stelle ich im Sinne der oben genannten Theorien die Frage, ob jenseits des Anscheins eines Bruchs mit der Stadtentwicklung der vorangegangenen Jahre in Wirklichkeit Kontinuitäten oder sogar eine Verstärkung der neoliberalen Tendenzen in den Entwicklungsprojekten der Hauptstadt zu beobachten sind.

Ich stelle zunächst kurz meine methodischen Überlegungen vor. Anschließend bestimme ich die zentralen Merkmale neoliberaler urbaner Governance. Dies ist notwendig, um anschließend anhand meiner Fallbeispiele feststellen zu können, inwieweit die jüngste Stadtentwicklung Budapests mit diesen Merkmalen bricht oder im Gegenteil ihre Vertiefung darstellt. Ich stütze mich auf eine umfassende Studie von Erik Swyngedouw, Frank Moulaert und Arantxa Rodriguez (2002) über 13 großräumige Stadtentwicklungsprojekte aus der Europäischen Union der 1990er-Jahre. In Anlehnung an diese Studie gliedere ich die

Hauptmerkmale großräumiger Stadtentwicklungsprojekte, die für die neoliberale urbane Governance charakteristisch sind, in drei Punkte. Diese werden die empirische Analyse meiner Fallstudien strukturieren. Danach stelle ich kurz den politischen und städtischen Kontext der ungarischen Hauptstadt unter dem gegenwärtigen Regime sowie die Projekte vor, die als meine Fallstudien dienen. Anschließend analysiere ich die Projekte anhand der drei zuvor vorgestellten Perspektiven. Dabei soll deutlich werden, wie die ideologische Spaltung, die den politischen Raum des Regimes strukturiert, in den institutionellen und prozeduralen Strukturen dieser Projekte reproduziert wird und inwiefern sich diese Strukturen von denen der Stadtentwicklungsprojekte in den europäischen Kernländern vor 2007/2008 unterscheiden. Abschließend fasse ich meine Ergebnisse zusammen.

2. Forschungsziel und Methodik

Mein Ziel ist es einerseits, einen Beitrag zur bisher spärlichen Literatur über die Stadtentwicklung Budapests nach 2010 zu leisten und die Verflechtungen zwischen der ideologischen Struktur des gegenwärtigen ungarischen Systems und seiner urbanen Governance besser zu konzeptualisieren. Methodisch betone ich die Materialität des politischen Diskurses, indem ich zeige, dass nicht nur der materielle Raum eine wichtige Rolle bei der Reproduktion ideologischer Strukturen spielt, sondern auch die institutionellen und prozeduralen Bedingungen der städtischen Raumproduktion. Andererseits bin ich der Meinung, dass diese Fallstudie – neben ihrem Beitrag zur Literatur über die neuesten Stadtentwicklungen in Budapest – auch eine politische Relevanz hat. Indem der Artikel die Aufmerksamkeit auf die Kontinuitäten zwischen dem autoritären Charakter der Stadtentwicklung im Neoliberalismus und seinen rechtspopulistischen Mutationen lenkt, argumentiert er für die Notwendigkeit einer Kritik des Populismus, die ihn als Ergebnis einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der hegemonialen neoliberalen Ordnung begreift. Der denunziatorische Gebrauch des Populismus durch die neoliberalen Eliten und der nur nominelle Bruch mit dem Neoliberalismus, zusammen mit den ausgrenzenden nationalistischen Narrativen der Rechtspopulisten, bestimmen heute den politischen Raum der meisten westlichen Demokratien. Die antagonistische Politik, für die diese Spaltung steht, bietet keine Alternativen, die eine Demokratisierung der Politik im Allgemeinen und der Stadtentwicklung im Besonderen

unterstützen würden. Eine fundierte Kritik des Rechtspopulismus muss daher auch eine Kritik des Neoliberalismus sein.

Bei dieser Studie habe ich mich stark auf die Ergebnisse meines Dissertationsprojekts gestützt, in dem ich die Rolle des städtischen Erbe(n)s bei der Konstruktion der politischen Identität des derzeitigen ungarischen Regimes untersuche. Dabei stütze ich mich auf einen diskurstheoretischen Ansatz, der auf der politischen Theorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2014) basiert, die in den letzten Jahrzehnten eine breitere Anwendung in politischen Analysen gefunden hat.[6] Für mein Vorhaben ist vor allem wichtig, dass diese Konzeption der Diskurstheorie die Unterscheidung zwischen diskursiven und nichtdiskursiven Praktiken zurückweist und den materiellen Charakter ideologischer Kämpfe bekräftigt (ebd.: 93 f.). Um es kurz zusammenzufassen: Die Diskurstheorie erklärt, wie bestimmte Signifikanten, wie in unserem Fall „Neoliberalismus“ oder „die Nation“, ihres positiven Inhalts entleert werden, wenn sie für antagonistische Beziehungen zu stehen kommen – wie in diesem Zusammenhang die zwischen „Populisten“ und „Neoliberalen“. Solche politischen Artikulationen konstruieren *Äquivalenzketten* sowohl zwischen den verschiedenen Feindbildern, gegen die sich eine bestimmte Gruppe definiert, als auch zwischen den verschiedenen Werten, um die ihre Identität konstruiert wird.[7] Im ungarischen Fall zum Beispiel werden die neoliberalen Eliten, die Oppositionsparteien, Kommunist_innen, Migrant_innen und so weiter in den Artikulationen der aktuellen Regierung als Feind_innen der Nation identifiziert. Gleichzeitig stehen die Nation, Religion und Familienwerte, die „Arbeitsgesellschaft“ et cetera für den regierenden Block.

Eine wichtige Rolle bei der Konstruktion dieser Äquivalenzketten spielen die symbolischen Großprojekte, die die Stadtentwicklung Budapests seit 2010 prägen. Die entstehenden materiellen Räume sowie die Bedingungen ihrer Produktion repräsentieren das neue politische Regime – im Gegensatz zu Entwicklungsprojekten in Budapest vor 2010, die im Narrativ der Regierung mit den inneren und äußeren Feinden des Regimes in Verbindung gebracht werden. Mit anderen Worten: Die neoliberale Stadtentwicklung wird mit der Raumproduktion der beiden Jahrzehnte vor dem Aufstieg des gegenwärtigen Regimes gleichgesetzt. In dieser Zeit – unter einem liberalen Oberbürgermeister – war die Entwicklung Budapests durch einen Mangel an öffentlichen Ausgaben für die Stadtentwicklung und damit durch eine auffällige

Abwesenheit großer staatlicher Repräsentationsprojekte gekennzeichnet, mit wenigen Ausnahmen.[8] In diesem Sinne stellt die starke Zunahme von symbolischen Großprojekten unter der Leitung der nationalen Regierung nach 2010 einen Bruch mit der lokalen Variante des Neoliberalismus dar. Doch in welchem Maß bilden diese Projekte einen Bruch mit den Organisationsstrukturen privater oder öffentlich-privater Stadtentwicklungen, die die neoliberale Governance in Budapest und in den europäischen Kernländern vor der Krise 2007/2008 geprägt haben? Meine These ist, dass diese Entwicklungsprojekte, auch wenn sie auf der Ebene der politischen Artikulation wichtig sind, um die Grenze zwischen der Regierung und ihren „neoliberalen“ Gegnern zu reproduzieren, keinen Bruch mit der Grundlogik der neoliberalen Stadtentwicklung darstellen, sondern vielmehr deren Autoritarisierung.

Um diese These zu überprüfen, habe ich drei emblematische Projekte aus der Stadtentwicklung Budapests nach 2010 ausgewählt. Anhand von rechtlichen Dokumenten, öffentlich zugänglichen Machbarkeitsstudien, den offiziellen Kommunikationsplattformen der Projekte und öffentlichen Äußerungen der Projektverantwortlichen untersuche ich, wie die oben beschriebene politische Polarisierung in den institutionellen und prozeduralen Strukturen dieser drei Entwicklungsprojekte reproduziert wird. Um zu sehen, inwieweit die Projekte von der neoliberalen Logik urbaner Governance abweichen, verwende ich als Kontrastfolie die oben genannte umfassende Studie von 13 großräumigen Stadtentwicklungsprojekten aus der gesamten Europäischen Union (Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002). Die meisten Projekte in der Auswahl der Studie wurden in den westeuropäischen Kernländern vor der Finanzkrise 2007/2008 durchgeführt, in der Zeit also, in der Ungarn in die Hierarchien des neoliberalen kapitalistischen Systems integriert wurde. Dementsprechend repräsentieren diese Projekte das Ideal der Stadtentwicklung, an dem sich die ungarischen Visionen der „Modernisierung“ in dieser Zeit orientierten.[9]

3. Neoliberalismus und urbane Governance

Es gibt keine allgemeingültige Definition von Neoliberalismus. In wissenschaftlichen Debatten wird der prozesshafte, geographisch ungleiche und kontextuell eingebettete Charakter des real existierenden „Neoliberalismus“ betont (Peck/Brenner/Theodore 2018). Weiter existieren verschiedene Ansätze zur Analyse des Neoliberalismus (vgl. Cahill et

al. 2018: xxvii), von denen zwei miteinander kompatible Perspektiven für meine aktuelle Studie am produktivsten erscheinen. Einerseits wird der Neoliberalismus aus einer neomarxistischen Perspektive als ein klassenbasiertes politisch-ökonomisches Projekt globalen Ausmaßes verstanden. Aus dieser Sicht ist er durch eine Politik gekennzeichnet, die darauf abzielt, die Kapitalist_innenklasse durch die Deregulierung der Märkte, die Übertragung von Souveränität von den Nationalstaaten auf internationale Institutionen, den Abbau des Sozialstaats, die weitgehende Privatisierung öffentlicher Güter und die Disziplinierung der Arbeiterschaft zu stärken (Brown 2019: 17 ff.; Harvey 2010; Davidson 2018). Analysen, die diesen Ansatz verwenden, konzentrieren sich in der Regel auf „Institutionen, Politiken, wirtschaftliche Beziehungen und Auswirkungen und vernachlässigen die weitreichenden Auswirkungen des Neoliberalismus als eine Form der Kontrolle der politischen Vernunft und der Produktion von Subjekten“ (Brown 2019: 21; Übers. d. A.). Andererseits konzeptualisiert der Foucault'sche Ansatz Neoliberalismus als eine Form politischer Rationalität oder „Gouvernementalität“ (Foucault 2008: 186; Lorenzini 2018). Demnach sorgt der Staat nicht nur für das freie Funktionieren der Märkte, sondern die Marktprinzipien regieren den Staat, die Gesellschaft und die einzelnen Subjekte selbst (Brown 2019: 19 f.).

Um die neoliberale städtische Governance zu beschreiben, stütze ich mich auf die Studie von Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez (2002), die sich dem Thema vor allem aus der ersten Perspektive nähert, aber auch Hinweise darauf gibt, wie die Logik des Marktes die Subjekte und die Funktionsweise der Institutionen in den Strukturen prägt, die den städtischen Wandel bestimmen. Im Mittelpunkt der Studie stehen großräumige Stadtentwicklungen, die in erster Linie in Form von Public-private-Partnerships (PPP) organisiert sind, die sich seit den 1980er-Jahren als zentrales Instrument der neoliberalen Stadtpolitik etabliert haben. Zu diesen symbolträchtigen Projekten gehören unter anderem Megaevents, kulturelle Entwicklungsprojekte und Businesszentren. Sie sind für die kompetitive Restrukturierung der Städte auf dem globalen Markt, die Anziehung von internationalem Kapital und die Herstellung neoliberaler Subjekte weltweit unerlässlich geworden (Swyngedouw 2013: 143). Des Weiteren kennzeichnen sie den Übergang von einer regulierenden und umverteilenden Politik hin zu einer Stadtpolitik, die ausschließlich auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist. Eine Politik, in der die Stadt wie ein Unternehmen behandelt wird, das auf dem globalen Markt

konkurriert, und ihre Bürger_innen als „Unternehmer_innen des Selbst“ (Foucault 2008: 226). Die Macht wird innerhalb eines scheinbar horizontalen Netzwerks von Akteur_innen des Marktes, der Zivilgesellschaft und des Staates umverteilt, die oft als „Stakeholder“ bezeichnet werden (Swyngedouw 2009: 608). In einer umfassenden Studie über 13 solcher Projekte in der gesamten Europäischen Union haben Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez (2002) ein detailliertes Bild dieser Form der Stadtplanung aufgezeigt. Ich fasse ihre Ergebnisse kurz zusammen und gliedere sie in drei Punkte, die mir als Kontrastfolie dienen, mit deren Hilfe ich meine Fallstudien analysieren werde.

1. Großräumige Stadtentwicklungsprojekte spiegeln die Neuskalierung der Governance im Neoliberalismus wider. Das bedeutet einerseits die Verschiebung von Souveränität weg vom Nationalstaat hin zu extranationalen Akteur_innen wie zum Beispiel der EU, dem IWF oder der Weltbank. Andererseits werden formale staatliche Strukturen und Verfahren geschwächt und im Namen größerer Flexibilität und Effizienz quasiprivaten spezialisierten Agenturen und Institutionen untergeordnet. Solche subnationalen Akteur_innen werden regelmäßig vom Staat durch spezielle Gesetze und andere politische Instrumente ermächtigt, wodurch rechtliche Ausnahmesituationen geschaffen werden.
2. Diese neuen, angeblich horizontalen und demokratischeren Strukturen sind durch Defizite in Hinblick auf Verantwortlichkeiten und Repräsentation gekennzeichnet, da sie keine klaren formalen Regeln für die Beteiligung definieren. Die Entscheidungsfindung liegt häufig in den Händen eines geschlossenen Kreises, was zum Klientelismus beiträgt. Kritik, Diskussionen, gesellschaftliche und politische Debatten werden durch eine Geheimhaltung vermieden, die mit dem Argument der geschäftlichen Vertraulichkeit und technischen Unparteilichkeit legitimiert wird.
3. Solche auf Rentabilität ausgerichteten Projekte sind in der Regel zumindest teilweise staatlich geleitet und staatlich finanziert, während im europäischen Kontext auch der Wettbewerb um Fördermittel der EU eine zentrale Rolle spielt. Aufgrund ihres spekulativen Charakters stellen sie ein hohes Risiko dar, das größtenteils auch vom Staat getragen wird. Gewinne, die durch die Aufwertung von Boden erzielt werden, realisieren jedoch meist die privaten Akteur_innen. Mit vernachlässigbaren „trickle-down“-Effekten konzentriert sich der Wohlstand in

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

bestimmten Gebieten und stimuliert weitere Entwicklungen, die nur den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung dienen.

Wie bereits erwähnt, waren solche Entwicklungsprojekte, die damals in den westeuropäischen Ländern die übliche Form der städtischen Transformation darstellten, vor 2010 auch für die Entwicklung von Budapest ein Vorbild. Die markanteste Veränderung in der Entwicklung der ungarischen Hauptstadt nach dem Amtsantritt der jetzigen Regierung war die Ausbreitung von Repräsentationsprojekten, die ausschließlich von der nationalen Regierung geleitet wurden. Zwar spielen private Stadtentwicklung und Public-private-Partnership-Projekte nach wie vor eine wichtige Rolle, doch sind es heute vor allem solche symbolischen Projekte, die das Bild der Hauptstadt am stärksten prägen. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels war die überwiegende Mehrheit der historisch bedeutsamen Räume Budapests im Rahmen dieses umfangreichen Bauprogramms für die nationale Repräsentation umgebaut worden. Diese Entwicklung der Hauptstadt wird als Abkehr von der neoliberalen Rationalität dargestellt. Ich wende mich nun der Analyse der drei symbolträchtigsten dieser Projekte zu, um zu zeigen, wie diese Entwicklungsprojekte nach 2010 mit der Stadtentwicklung Budapests in den zwei Jahrzehnten davor und mit der neoliberalen Stadtentwicklung in der EU im Allgemeinen kontrastieren. Dabei achte ich jedoch nicht nur darauf, wie diese Projekte vom neoliberalen Standardansatz abweichen, sondern konzentriere mich auch auf mögliche Kontinuitäten und Intensivierungen im Vergleich zu den in diesem Teil des Artikels beschriebenen Tendenzen.

4. Gegenneoliberalisierung der Stadtentwicklung in Budapest seit 2010

Das derzeitige ungarische Regime kam am 25. April 2010 an die Macht, als die Koalition aus zwei konservativen Parteien unter der Führung von Viktor Orbán bei den Parlamentswahlen eine überwältigende Mehrheit der Stimmen erhielt. Mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bekam die Regierungskoalition die Macht, die Verfassung des Landes zu ändern, was sie in den folgenden Jahren wiederholt tat (Jakab/Bodnár 2021: 60 f.). In ihrem neuen Programm, das kurz nach den Wahlen veröffentlicht wurde, kündigte sie an, „ein neues politisches, wirtschaftliches und soziales System zu schaffen, das auf neuen Regeln in allen Lebensbereichen beruht“ (Office of the National Assembly 2010: 3; Übers.

d. A.). In den folgenden Jahren setzte das Regime zunehmend autoritäre Maßnahmen ein, um alle bisher autonomen Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens unter seinen Einfluss zu bringen.

Das Programm der nationalen Zusammenarbeit zeichnete das Bild einer vereinten Nation, welche die Zerstörungen der „letzten acht Jahre“ sozialistisch-liberaler Regierung überwinden würde (ebd.: 7). Darüber hinaus beschrieb das Dokument die Wahlen als eine „Revolution in der Wahlkabine“, die mit der Politik der letzten zwei Jahrzehnte brechen würde (ebd.: 5). Bereits während der Krisenjahre wurden die „neoliberalen Eliten“ beziehungsweise der Liberalismus im Allgemeinen von den ungarischen Rechten immer häufiger als zentraler Feind des „Volkes“ artikuliert. In seinen jährlich gehaltenen programmatischen Reden in der siebenbürgischen Stadt Băile Tușnad (*Tusnádfürdő*) skizzierte Orbán (2007, 2009) wiederholt das Ende einer politischen Ära in Europa, in deren Folge die „moralisch relativistischen“ neoliberalen politischen Eliten eines linken dritten Weges^[10] von einer neuen Generation konservativer Politiker abgelöst werden würden. Im Zuge dessen würde das Volk seine Souveränität über den Markt wiederherstellen, was das Ende der unbegrenzten Macht der globalen Wirtschaftseliten bedeuten würde. Ein starker Staat, der sich auf die Werte „Gott, Nation und Familie“ gründet, würde zurückkehren. Das Gespenst des (Neo-)Liberalismus blieb auch nach dem Wahlsieg 2010 der Gegner des Regimes. Es nahm die Form verschiedener Feindbilder an, die von den europäischen politischen Eliten in Brüssel bis hin zum Finanzier George Soros reichten (Langer 2021). Der Höhepunkt wurde mit der Ausrufung einer „illiberalen Demokratie“ (Orbán 2014a; Palonen 2018: 316) im Jahr 2014 erreicht.

Parallel zur grundlegenden Umstrukturierung des Staates hat sich seit 2010 auch Budapest stark verändert. Im selben Jahr, in dem die Regierung an die Macht kam, wurde der langjährige liberale Bürgermeister der Hauptstadt bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 abgewählt. Der neue Oberbürgermeister, ein Mitglied der Regierungskoalition, blieb bis Oktober 2019 im Amt. In dieser Zeit gab es keine nennenswerten Hindernisse für das Regime, die Hauptstadt in seinem eigenen Sinne zu gestalten.^[11] Es wurde ein breites öffentliches Bauprogramm gestartet, in dessen Rahmen viele der wichtigsten öffentlichen Räume und kulturellen oder politischen Einrichtungen Budapests nach Jahrzehnten der Vernachlässigung renoviert wurden. Der Ministerpräsident bezeichnete das Bauprogramm als die Wiederherstellung des Glanzes der nationalen

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

Hauptstadt, die durch die „nationale Einheit“ ermöglicht wurde (z. B. Orbán 2014b).

Bekannt ist die ungarische Hauptstadt für den spektakulären Blick auf die Donau, die Buda von Pest trennt. Hierbei dominieren vor allem zwei Bauwerke: die grüne Kuppel des Burgpalastes auf dem Budaer Burgberg auf der Westseite und das Pendant der roten Kuppel des neogotischen Parlamentsgebäudes auf der Ostseite des Flusses. Sowohl das Burgviertel als auch das Donauufer stehen unter dem Schutz des UNESCO-Weltkulturerbes (UNESCO o. J.). Die Welterbe-Zone erstreckt sich bis zur Andrásy-Allee, einem breiten historischen Boulevard, der die Burg über die älteste Brücke der Stadt, die Kettenbrücke (*Lánchíd*), mit dem Stadtpark (*Városliget*) verbindet. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, als Budapest zur Hauptstadt des Landes wurde und mit Wien innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie konkurrierte, sind diese Räume untrennbar mit der Repräsentation der ungarischen Nation verbunden. Während der gesamten modernen Geschichte des Landes blieben sie eine zentrale Bühne des politischen Geschehens. Seit 2010 wurden das Burgviertel, der Kossuth-Platz rund um das Parlament und der Stadtpark im Rahmen von großräumigen Stadtentwicklungsprojekten der Regierung umgestaltet. Diese drei Projekte werde ich im Folgenden als Fallstudien untersuchen.

Im Rahmen des Liget-Budapest-Projekts (LIGET)[12] wird der Stadtpark, Budapests ältester öffentlicher Park, renoviert und in ein hochmodernes Kulturquartier umgewandelt. Hoch ästhetisierte Grünflächen sollen die eher vernachlässigte Parks substanz ersetzen, zahlreiche neue Sporteinrichtungen werden installiert und überall in dem Areal entstehen neue kommerzielle Funktionen. Besonders umstritten ist die Errichtung mehrerer neuer Gebäude für kulturelle Einrichtungen, von denen einige bereits gebaut und in Betrieb sind, während die Bauarbeiten an anderen derzeit stillstehen. Das Steindl-Imre-Programm (SIP)[13] beinhaltete die vollständige Renovierung des „Hauptplatzes der Nation“ (Zsuppán 2020), des Kossuth-Platzes rund um das ungarische Parlamentsgebäude. Die seit der Zeit des Staatssozialismus unrenovierten Flächen wurden neu gestaltet, ein unterirdisches Besucherzentrum für das Parlament eingerichtet und die meisten Denkmäler dem historischen Kanon des neuen Regimes angepasst. Schließlich ließ die Regierung im Rahmen des Nationalen Hauszmann-Programms (NHP) zahlreiche Gebäude im Burgviertel renovieren und einige im Zweiten

Weltkrieg zerstörte Gebäude mit modernen Baumethoden wiederaufbauen.[14] Parallel zu den Rekonstruktionsarbeiten werden Regierungsbüros in das Burgviertel verlegt. So ist das Büro des Ministerpräsidenten nun im renovierten Gebäude des Karmeliterklosters oberhalb der Donau untergebracht, das sich neben dem Sándor-Palast mit Präsidentenbüro und dem Burgpalast befindet. Der Umbau des ehemaligen Gebäudes des Finanzministeriums steht kurz vor dem Abschluss, während der Umzug des Verteidigungsministeriums in das Burgviertel erst kürzlich angekündigt wurde (Magyar Nemzet 2023). Nun komme ich auf die institutionellen und prozeduralen Strukturen dieser Projekte aus den drei oben dargestellten Perspektiven zurück.

Zu (1): die Rückkehr des Staates, aber nicht der Transparenz

Nach ihrem Wahlerfolg 2010 interpretierte die neue ungarische Regierung ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament als direktes Mandat, im Namen „des Volkes“ alle ihr notwendig erscheinenden Änderungen durchzuführen. Infolgedessen wuchs die Macht der Exekutive im Verhältnis zur Legislative beträchtlich, ein typisches Merkmal des „autoritären Populismus“ (Davies 2021: 97). Dies spiegelt sich deutlich in der Entscheidungsfindung zu großen Stadtentwicklungsprojekten in Budapest wider. Keinem der drei Projekte ging eine öffentliche Konsultation[15] voraus, obwohl sie die Umgestaltung der wichtigsten symbolischen Räume der Hauptstadt betrafen. Die Öffentlichkeit erfuhr zum ersten Mal von den Plänen in den rechtlichen Dokumenten, die ihre Ausführung anordneten. SIP und LIGET kündigte die neue Regierung in ihrer ersten Amtszeit 2011 beziehungsweise 2013[16] an (Országgyűlés 2011; Magyarország Kormánya 2013a), NHP beschloss sie nach den Wahlen im Jahr 2014[17] (Magyarország Kormánya 2014a). Die Pläne für LIGET wurden in einem Gesetz festgelegt, NHP durch einen Regierungsbeschluss angekündigt und SIP durch einen Beschluss der Nationalversammlung. Während der gesamten Projektplanung herrschte Geheimhaltung, neue Details erschienen in der *Magyar Közlöny*, der offiziellen Zeitschrift des Staates, in der Regierungsmaßnahmen veröffentlicht werden.

Dies war auch die Quelle, aus der die Öffentlichkeit von der Ernennung der Regierungsbeauftragten erfuhr, die ihr Mandat erhielten, um die Umsetzung der Entwicklungsprojekte zu steuern (z. B. Magyarország Kormánya 2011b, 2013b).[18] Direkt dem Amt des Premierministers unterstellt, erhielten die Beamten[19] weitreichende Befugnisse, um

die Projekte zu beschleunigen. Die personelle Konstanz, welche diese Positionen kennzeichnet, deutet auf die Wichtigkeit des direkten Kontakts zwischen der Regierung, insbesondere dem Premierminister, und den Ausführenden zentraler politischer Entscheidungen hin. Diesen Verdacht bestätigte am anschaulichsten die Verbreitung von Gerüchten, dass bestimmte Elemente von LIGET auf persönliche Intervention des Premierministers hin fallen gelassen wurden.[20] Trotz regelmäßiger Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung nach Wahlen sind die für diese Großprojekte zuständigen Regierungsbeauftragten durchgehend in ihren Ämtern geblieben. Nur im Fall des NHP gab es einen Wechsel in der Projektleitung, aber die abtretenden Funktionäre fanden neue Aufgaben in ähnlichen Projekten.

Bei allen drei Projekten wurden quasiprivat staatliche Unternehmen gegründet, um die Arbeit der Beauftragten zu unterstützen (Magyarország Kormánya 2013a; Nemzeti Fejlesztési Minisztérium 2015, 2017). Diese waren im Fall von LIGET und NHP nicht nur für die Projektentwicklung, sondern auch für den weiteren kommerziellen Betrieb der geschaffenen Räume verantwortlich. Dabei geht es nicht nur um die Vermietung und den Betrieb von Veranstaltungsräumen und kommerziellen Funktionen, die in erster Linie den touristischen Bedürfnissen dienen, sondern auch um die Ermöglichung verschiedener – meist gastronomischer – Festivals in diesen öffentlichen Räumen. Formale Regelungen wurden in allen Fällen durch Eingriffe der Regierung umgangen. Der Status einer „Investition von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“ (*nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű beruházás*) entwickelte sich zum Symbol für die Stadtpolitik des Regimes und dessen Bestreben, die lokale Verwaltung zu schwächen. Das Instrument schuf die sozialistisch-liberale Vorgängerregierung im Jahr 2006, um die Durchführung von EU-finanzierten Projekten effizienter zu machen (Magyarország Kormánya 2006). Nach 2010 wurde das Gesetz wiederholt geändert und die Schwelle für seine Anwendbarkeit gesenkt. Das Regime setzte es daher immer häufiger ein, um die von ihm geförderten Entwicklungsprojekte zu beschleunigen und jeglichen Widerstand von Anwohner_innen, politischen Akteur_innen oder Expert_innen zu unterdrücken. Bestimmte Elemente des SIP wurden ab 2012, die des LIGET ab 2013 und die des NHP ab 2015 mit einer solchen besonderen Rechtsstellung versehen (Magyarország Kormánya 2012a, 2013c, 2015). Im Fall von LIGET verabschiedete die Regierung ein Sondergesetz,

das einzigartige Bauvorschriften für den gesamten Stadtpark schuf (Magyarország Kormánya 2013a). Dies war notwendig, da die Einstufung des Gebiets als Park den Bau neuer Gebäude nicht zuließ, was jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Projektkonzepts ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die wichtigste Neuerung in der Stadtpolitik des gegenwärtigen ungarischen Regimes die starke Rolle der nationalen Regierung bei der Stadtentwicklung Budapests ist. Im Vergleich zur Stadtpolitik der vorangegangenen zwei Jahrzehnte, die unter der Leitung eines liberalen Bürgermeisters stand, spielt die Verbreitung von symbolträchtigen Projekten, finanziert von der nationalen Regierung, eine wichtige Rolle in der populistischen Artikulation des Regimes: Hierüber reproduziert es die Spaltung zwischen sich selbst als einzig legitimen Vertreter der Nation und einer sozialistisch-liberalen politischen Elite, die zur Verwahrlosung Budapests beigetragen habe. Gleichzeitig wirkt die starke staatliche Einflussnahme auch in die Narrative der Regierung hinein, die sich gegen die Austeritätspolitik der internationalen politischen und monetären Organisationen richtet.

Es gibt jedoch auch Ähnlichkeiten zwischen westeuropäischen neo-liberalen Stadtentwicklungsprojekten und den hier untersuchten. Vor allem bleibt die Rolle der spezialisierten Entwicklungsorganisationen bei der Durchführung der Projekte zentral. Aufgrund ihrer direkten Verbindung zur ermächtigten Exekutive, insbesondere zu ihrem Leiter, sind sie mit noch mehr Macht ausgestattet. Der Einsatz spezieller rechtlicher Instrumente, um diese Institutionen weiter zu befähigen und die Projekte zu beschleunigen, stellt eine weitere Kontinuität im Vergleich zur neoliberalen Governance dar. In dem heutigen ungarischen Kontext ist der Einsatz solcher Instrumente sogar weitaus häufiger zu beobachten.

Zu (2): das Fortbestehen der betriebswirtschaftlich-technologischen Rationalität

Die nationale Regierung hat zwar einen entscheidenden Einfluss auf diese städtischen Entwicklungen, dennoch übernehmen intermediäre Institutionen die Verantwortung. Die für die Projekte verantwortlichen Regierungsbeauftragten treten in der Öffentlichkeit häufig als Expert_innen für Stadtentwicklung und City Branding auf, die über die neuesten Trends bestens informiert sind. Mit anderen Worten stehen sie für betriebswirtschaftlich-technologische Rationalität im Namen der „Nation“.[21] In diesem Zusammenhang werden oft ähnliche Projekte

aus allen westlichen Ländern als Beispiele angeführt: Das Berliner Kulturforum oder das Wiener MuseumsQuartier zum Beispiel werden explizit als Vorbilder für LIGET genannt (KPMG 2014). Die meisten Kritiken an den Projekten werden durch rationale, wirtschaftliche und technische Argumente entschärft. Gegensätzliche Stellungnahmen von Expert_innen werden entweder ignoriert, so wenig wie möglich an die Öffentlichkeit gebracht oder aus politischen Gründen delegitimiert, mit dem Argument, sie gehörten zum antagonistischen antinationalen, neoliberalen Block.

Wie bei neoliberalen Stadtentwicklungsprojekten typisch, mangelt es auch in Ungarn an finanzieller Transparenz. Neben dem Anspruch auf unternehmerische Vertraulichkeit oder technische Unparteilichkeit dient in einigen Fällen auch die Staatssicherheit als zentraler Grund für die Klassifizierung von Verträgen. Sowohl beim SIP als auch beim NHP wird die Präsenz von Regierungsinstitutionen, wie zum Beispiel das Büro des Ministerpräsidenten oder das Bürogebäude der Nationalversammlung, als Begründung für die Klassifizierung von öffentlichen Aufträgen im Zusammenhang mit den Projekten herangezogen (Magyarország Kormánya 2012b; 2014b). Die Überschreitung der Fristen für die Projektfertigstellung und die Aufblähung ihrer Budgets sind keine Seltenheit.

Getragen wird die politische Verantwortung beziehungsweise Rechenschaftspflicht für die Projekte über die quasiprivaten Institutionen und die für sie zuständigen Regierungsbeauftragten. Entscheidungen werden als rein wirtschaftlich und technokratisch dargestellt, was die Regierung zumindest teilweise von einer potenziellen politischen Verantwortung aufgrund möglicher Konflikte und Kostenüberschreitungen befreit. Dies ist vor allem von Vorteil bei Protesten gegen die Projekte, die dann mit staatlicher Gewalt aufgelöst werden. Am deutlichsten wurde dies bei den Protesten im Jahr 2016 im Stadtpark gegen LIGET: Nicht nur die Polizei kam zum Einsatz, sondern auch Mitarbeitende einer privaten Sicherheitsfirma. Augenzeug_innen filmten sie dabei, wie sie mit Gewalt gegen Demonstrant_innen vorgingen (Czinkóczy 2016). Dies weist auf eine besorgniserregende Entwicklung hin, bei der das staatliche Gewaltmonopol an private Akteure ausgelagert wird. Im Zuge der Proteste leitete die Regierung schließlich einen partizipatorischen Prozess ein, der allerdings wenig substanziellen Einfluss auf

die weitere Entwicklung des Stadtparks hatte, sondern lediglich einen Teil der Spannungen entschärfte.

Gleichzeitig wurde bei allen drei Projekten, insbesondere bei NHP und LIGET, ein starker Fokus auf die Etablierung eines positiven öffentlichen Images gelegt. Diese langfristigen PR-Kampagnen nutzen alle verfügbaren Instrumente, die von Immobilienentwicklungen rund um den Globus bekannt sind. Es werden einheitliche Websites, Kampagnen in den sozialen Medien, temporäre Ausstellungen, geführte Spaziergänge durch die Entwicklungsgebiete sowie unzählige Publikationen mobilisiert. Im Fall von NHP veröffentlicht das ausführende quasiprivat Unternehmen zum Beispiel regelmäßig ein buntes Kulturmagazin mit Prominenteninterviews und informativen Artikeln, außerdem kann von der Website des Projekts auch ein Malbuch für Kinder zum Thema Burgviertel heruntergeladen werden. Architekturwettbewerbe, an denen einige der bekanntesten Architekturbüros der Welt teilnahmen, nutzte das Regime ebenfalls, um auf LIGET aufmerksam zu machen.

Die drei untersuchten Projekte unterscheiden sich in Bezug auf demokratische Rechenschaftspflicht und Repräsentation kaum von den üblichen neoliberalen Großprojekten der Stadtentwicklung. Die für die Projekte verantwortlichen Beauftragten und Unternehmen kommunizieren gegenüber der Öffentlichkeit aus einer Expert_innenposition heraus. Sie steuern die Entwicklungen, indem sie sich auf ihr Wissen über die neuesten Trends in den Bereichen Architektur, Planung, City Branding und so weiter stützen. Die Entscheidungsfindung ist undurchsichtig, und abweichende Meinungen auf lokaler Ebene werden, wenn notwendig, mit Gewalt unterdrückt. Zudem wird die Undurchsichtigkeit der Vergabeverfahren manchmal unter Berufung auf die Staatssicherheit gestärkt. Die für die Projekte verantwortlichen staatlichen Unternehmen wenden die partizipativen Instrumente der neoliberalen Urban Governance in der Regel erst an, wenn wichtige Entscheidungen bereits getroffen wurden. Werden solche Verfahren eingesetzt, dann meist nur in Bezug auf kleinere Detailfragen ohne nennenswerten Einfluss auf die Entwicklungsprojekte. Die Unklarheit bezogen auf die Repräsentation der Interessen betroffener Bürger_innen ist von Vorteil für das Regime. So heißt es, die Entwicklung der Hauptstadt sei nicht nur im Interesse der Einwohner_innen Budapests, sondern auch für den Erfolg des ganzen Landes von größter Bedeutung (z. B. Orbán 2014b). Die „Nation“ ist in diesem Zusammenhang ein äußerst flexibler und letztlich leerer Begriff,

für dessen Artikulation es eben solch vage definierter Container bedarf. Man kann dies als eine zirkuläre Bewegung sehen, bei der einerseits die vermeintliche „Einheit der Nation“ als Grundlage für die Souveränität der Regierung dient und durch Stadtentwicklungsprojekte gestärkt wird. Und andererseits dient es gleichzeitig als ultimative Rechtfertigung für die Projekte selbst. Diese bleiben jedoch innerhalb des regulären Rahmens der neoliberalen Stadtentwicklung – mit den westeuropäischen Entwicklungen als Beispielen, die „eingeholt“ werden müssen.

Zu (3): nationale Wirtschaftsinteressen

Ein wesentlicher Unterschied zu den üblichen neoliberalen Großprojekten besteht darin, dass LIGET, SIP und NHP vollständig vom Staat finanziert werden. Dementsprechend werden die regelmäßigen Kostenüberschreitungen aller drei Projekte mit öffentlichen Geldern bezahlt. Da es sich bei SIP in erster Linie um ein Repräsentationsprojekt handelt, waren keine Gewinne aus den Investitionen vorgesehen. Das NHP ist ebenfalls ein weitgehend repräsentatives Entwicklungsprojekt, das jedoch teilweise durch seinen Beitrag zum Tourismus legitimiert wurde. Allerdings gab es keine Studien dazu, um das Ausmaß dieses Beitrags abzuschätzen. Einzig LIGET, von Anfang an als „Kultur- und Freizeitunterhaltungszentrum“ (Magyarország Kormánya 2013d) konzipiert, ist eindeutig auf die Erzielung von Einnahmen für den Staat ausgerichtet. Ein internationales Beratungsunternehmen wurde beauftragt, eine Prognose über die voraussichtlichen Auswirkungen des Projekts auf die nationale Wirtschaft zu erstellen. Die Studie rechnete mit einer Fertigstellung des Projekts bis 2018 und behauptete, dass die Steuereinnahmen aus Bau und Betrieb die Investitionen bis 2028, also innerhalb von zehn Jahren, wieder einbringen würden (KPMG 2014: 99). Bis heute wurden mehrere geplante Elemente des Entwicklungsprojekts entweder noch nicht begonnen oder ihre Fertigstellung scheint unwahrscheinlich.

Alle drei hier untersuchten Räume werden so umgestaltet, dass sie die Bedürfnisse von Touristen und wohlhabenderen Bevölkerungsschichten erfüllen. Die Projekte betreffen einige der zentralsten Gebiete der ungarischen Hauptstadt, die bereits vor diesen Bauvorhaben als Wohngebiete für die meisten Einwohner_innen der Stadt unbezahlbar waren. Daher führen die Umgestaltungen nicht zu einer weiteren signifikanten Fragmentierung des sozioökonomischen Gewebes der Stadt, auch wenn

sie zur Verschärfung bereits bestehender Ungleichheiten beitragen.[22] Nur im Fall von LIGET wurde ein emblematischer alternativer kultureller Raum aus der Umgebung des Stadtparks verdrängt, um Platz für ein großes Bauvorhaben eines der Regierung nahestehenden Unternehmens zu schaffen (Kalácska-Nagy 2022). Wie Akçalı und Korkut (2015) zeigen, legen die geschaffenen Räume implizit die von der Regierung bevorzugte Öffentlichkeit fest und schließen demographische Gruppen aus, die nicht in das Selbstbild des Regimes passen.[23]

Schon früh nach der Wende positionierten sich die ungarischen Rechten gegen die zunehmende Dominanz des internationalen Kapitals und befürworteten die Herausbildung einer „nationalen Bourgeoisie“, die „ungarische“ Interessen“ vertrete (Gagyı 2016: 355). Nach 2010 wurde die Förderung einer solchen neuen wirtschaftlichen Elite als zentrales Element des Widerstands des Landes gegen die Austeritätspolitik der internationalen Organisationen zu einem zentralen Narrativ innerhalb der populistischen Artikulationen der Regierung. Öffentliche Bauaufträge stellen eine zentrale Einnahmequelle dar für eine neu entstehende nationale Kapitalist_innenklasse, die eng mit der politischen Elite des Landes verbunden ist (Pogátsa 2021: 164 ff.). Die Stadtentwicklungen tragen auch zum Wachstum des Tourismussektors bei, vor allem des Billigtourismus (Geva 2021: 84), einer weiteren Säule der Wirtschaftspolitik des Regimes (Office of the National Assembly 2010: 19). Prekäre Arbeitsplätze im Bausektor und im Tourismus sind auch für das Versprechen der Regierung, „1 Million neue Arbeitsplätze“ zu schaffen, das im Programm der Nationalen Zusammenarbeit verkündet wurde, von entscheidender Bedeutung (ebd.: 18).

Zusammenfassend spiegeln die Stadtentwicklungsprojekte eine wichtige Neuausrichtung der ungarischen Wirtschaftspolitik nach 2010 wider. Der Staat spielt in diesem Zusammenhang die Rolle des „primären Vermittlers von Kapitalakkumulation“ (Geva 2021: 73; Übers. d. A.). Eine neue einheimische Wirtschaftselite wird durch öffentliche Aufträge unterstützt, was mit der Begründung legitimiert wird, dass diese sich gegen die wachsende Marktmacht des internationalen Kapitals stelle, die von den vorangegangenen sozialistisch-liberalen Regierungen unterstützt wurde. Wie die Soziologin Dorit Geva zeigt, gibt es dennoch viele „Elemente neoliberaler Kontinuität“ in der Politik der gegenwärtigen Regierung, wie zum Beispiel „die Intensivierung der Marktöffnung, die Flexibilisierung der Arbeit und die Kommodifizierung und sogar

Finanzialisierung der sozialen Reproduktion“ (ebd.: 74; Übers. d. A.). In diesem Zusammenhang spielen SIP, NHP und LIGET nicht nur eine wichtige Rolle bei der nationalistischen Repräsentation, sondern sie tragen auch zur Herausbildung einer neuen, regierungstreuen nationalen Bourgeoisie bei.

5. Fazit

Seit das derzeitige ungarische Regime 2010 an die Macht kam, wurden die meisten der wichtigen symbolischen Räume Budapests im Rahmen von staatlich geleiteten großräumigen Stadtentwicklungsprojekten umgestaltet. In meiner Analyse habe ich mich auf die institutionellen und prozeduralen Strukturen von drei der symbolträchtigsten Projekte dieser Art konzentriert und zwei damit verbundene Fragen gestellt: Welche Rolle spielt diese Art der Stadtentwicklung bei der Reproduktion der dichotomen ideologischen Struktur des Landes? Welche Kontinuitäten oder Brüche stellen die untersuchten Projekte dar im Vergleich zur neoliberalen urbanen Governance von Budapest vor 2010 und zu den Projekten der westlichen Staaten, gegen die sich die Regierung in ihren populistischen Artikulationen abgrenzt?

In meiner Untersuchung habe ich mich darauf konzentriert, (1) wie die Reproduktion des Antagonismus zwischen „der Nation“ und „dem Neoliberalismus“ als negativer Grund dient, um die Entscheidungsfindung bei Stadtentwicklungsprozessen der Hauptstadt auf höchster Exekutivenebene zu zentralisieren. Dies spielt eine wichtige Rolle im Bestreben des ungarischen Regimes, lokale Regierungsstrukturen und demokratische Verfahren zu schwächen, die seine Macht einschränken. Die untersuchten Projekte spiegeln eine autoritäre Machtkonzentration in Bezug auf die Stadtentwicklung in den Händen der Exekutive wider, während sie sich auf dieselben institutionellen Strukturen stützen, die für neoliberale Stadtentwicklungsprojekte charakteristisch sind. Dies zeigt, wie populistische politische Artikulationen, die eine Grenze zwischen „dem Volk“ und einem bedrohlichen – neoliberalen – Außen ziehen, dem gegenwärtigen ungarischen Regime als ideologische Legitimation dienen, obwohl es faktisch nicht mit der neoliberalen Rationalität bricht. Des Weiteren (2) wird die betriebswirtschaftlich-technologische Rationalität, die in erster Linie mit der neoliberalen Stadtverwaltung in Verbindung gebracht wird, auch nicht vollständig aus der Umsetzung der vom Staat beschlossenen Projekte verbannt. Im Gegenteil: Die Institutionen und

Beamt_innen, die als Vermittler_innen zwischen der Regierung und der Öffentlichkeit fungieren, versuchen, Kritik aus einer vermeintlichen Expert_innenposition heraus zu entschärfen. Es ist auch vorteilhaft, die Regeln für die Repräsentation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger so vage wie möglich zu halten, denn es ist die „vereinigte Nation“, die als Nutznießer der Projekte artikuliert wird. Dies dient gleichzeitig als zentrale Legitimation. (3) Großräumige Stadtentwicklungsprojekte spielen eine wichtige Rolle bei der Umverteilung von Kapital an eine neue einheimische Kapitalist_innenklasse durch Bauaufträge. Die Herausbildung dieser neuen Wirtschaftselite wird als zentral für die Unabhängigkeit des Landes vom internationalen Kapital dargestellt und soll somit den Interessen der gesamten Nation dienen. Die Legitimation entsteht also ebenfalls aus der ideologischen Spaltung, die durch die populistischen Artikulationen der Regierung reproduziert wird.

Die Fallstudien zeigen, wie rechte Kritiker_innen der hegemonialen Ordnung mit der Legitimationskrise des Neoliberalismus dessen Instrumente neu artikulieren, zum angeblichen Nutzen eines vermeintlich geeinten Volkes, das sie direkt zu vertreten behaupten. Wie der Geograph Erik Swyngedouw (2013: 148 f.) betont, ist die neoliberale Governance selbst eine Form des urbanen Populismus, welche die Einheit „des Volkes“ oder der Stadtbewohner_innen gegen Bedrohungen von außen konstruiert. Seit 2008 ersetzen so aufstrebende „populistische“ Regime die vagen ökologischen und anderen Bedrohungen, vor denen die hegemoniale Ordnung geschützt werden muss. Gleichzeitig kanalisieren rechtspopulistische Regime nationalistische Stimmungen auf die andere Seite des gleichen antagonistischen Verhältnisses. Was auf den ersten Blick wie eine durchgreifende Politisierung aussieht, trägt in Wirklichkeit zur Stabilisierung des Neoliberalismus und zur Unterdrückung kritischer Stimmen bei (Marchart 2017). Politisch gesehen bleibt damit die Wahl zwischen den Befürworter_innen des Status quo, der zur Verarmung wachsender Teile der Gesellschaft führt, während ein kleiner elitärer Kreis immer reicher wird, oder zunehmend autoritären rechten politischen Akteur_innen, die die wachsende Unzufriedenheit in reaktionäre, rassistische, frauenfeindliche und homophobe Stimmungen kanalisieren und keine echten wirtschaftlichen oder sozialen Alternativen bieten.

Entsprechend meiner Analyse dieser drei großräumigen Stadtentwicklungsprojekte in Budapest nach 2010 kann die Ausgangsthese des Artikels bestätigt werden. Alle drei untersuchten Projekte spielen

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

eine wichtige Rolle bei der Reproduktion des Bildes einer ungarischen Regierung, die ihre Souveränität gegenüber ihrer nationalen und internationalen neoliberalen Opposition durchsetzt. Gleichzeitig folgen die institutionellen und prozeduralen Strukturen dieser Projekte jedoch weitgehend den für die neoliberale Stadtentwicklung seit den 1980er-Jahren charakteristischen Mustern. In diesem Zusammenhang erweist sich ein diskurstheoretischer Ansatz zum Populismus als aufschlussreich, um nachzuvollziehen, wie sich die Spaltung des politischen Raums Ungarns in den Organisationsstrukturen der Stadtentwicklung Budapests widerspiegelt und reproduziert und wie dies als Legitimation für die Verschärfung autoritärer Tendenzen der neoliberalen Stadtentwicklung dienen kann.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Die Führerfigur spielt eine zentrale Rolle in der politischen Identität des Regimes. Dementsprechend werden die wichtigsten politischen Artikulationen des Systems häufig durch die Reden des Premierministers inszeniert. Aus diesem Grund ziehe ich seine Reden als zentralen Bezugspunkt für diesen Artikel heran.
- [2] Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels ist es der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus der Europäischen Union, der Ungarn im Rampenlicht hält (Council of the European Union 2022). In Ungarn hingegen wird Brüssel in den staatlichen Medien als Ursache für die wachsenden wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes dargestellt.
- [3] Gagyı verwendet die Begriffe „Demokratie“ und „Populismus“ nicht in einem deskriptiven oder normativen Sinne, sondern als „ein symmetrisches Paar ideologischer Begriffe, die den ideologischen Spiegeleffekt innerhalb der politischen Polarisierung darstellen“ (ebd.: 357; Übers. d. A.).
- [4] Rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes lebt in Budapest und seiner Agglomeration, wobei das relative wirtschaftliche Gewicht der Region noch höher ist. Die überwiegende Mehrheit der wichtigsten politischen, kulturellen und finanziellen Institutionen Ungarns befindet sich ebenfalls in der Hauptstadt.
- [5] Zur Verflechtung zwischen solchen, oft historisierenden Bauprojekten und der Politik der britischen Rechten siehe das zweite Kapitel von Robert Bevans (2022) *Monumental lies*.
- [6] Die von Laclau und Mouffe gegründete Essex-Schule der Diskursanalyse hatte einen weitreichenden Einfluss auf die Politikwissenschaft. Der Sammelband von David Howarth, Aletta Norval und Yannis Stavrakakis (2009) bietet einen guten Überblick über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Diskurstheorie für die politische Analyse. In den letzten Jahren hat sie beispielsweise wichtige Erkenntnisse für die Populismusforschung geliefert (siehe z. B.: Katsambekis 2017; Stavrakakis 2017).

- [7] Zur Anwendbarkeit der Laclau'schen Diskurstheorie in der empirischen Forschung siehe Tomas Marttila (2016, 2021), zu ihrem Potenzial in der Geographie siehe zum Beispiel Georg Glasze und Annika Mattissek (2021).
- [8] Nur in der ersten Amtszeit von Viktor Orbán zwischen 1998 und 2002 gab es einige größere symbolische Projekte der nationalen Regierung in der Hauptstadt (vgl. Palonen 2013; Bodnár/Veres 2013).
- [9] So war zum Beispiel das Wiener Donau-City-Projekt, das Teil der Studie ist, ursprünglich im Rahmen der Expo '95 zusammen mit einer ähnlichen Entwicklung entlang der Donau in Budapest geplant (Schimak 1993). Als sich Wien aus der gemeinsamen Organisation der Ausstellung zurückzog, sagte die ungarische Seite das Projekt wegen fehlender Finanzierung ab. Die für das Projekt vorgesehenen Flächen wurden in den folgenden Jahrzehnten schrittweise bebaut.
- [10] Orbán machte die neoliberale Politik der Mitte-Links-Regierungen, die vor 2007/2008 in zahlreichen Ländern an der Macht waren, für die Finanzkrise verantwortlich. Die prominentesten Beispiele für solche Regierungen des „dritten Weges“ waren die von Bill Clinton in den USA und Tony Blair in Großbritannien. Auch die sozialistisch-liberale Koalition, die Ungarn zwischen 2002 und 2010 regierte, hatte ein ähnliches politisches Programm. Zur Neoliberalisierung der traditionell linken Volksparteien siehe Stephanie Mudge 2018.
- [11] Nach dem Fall des staatssozialistischen Systems wurde in Budapest ein stark dezentralisiertes, zweistufiges System der Kommunalverwaltung eingeführt. Dies bedeutet, dass die Regierungen der 23 Bezirke der Stadt die gleichen Rechte haben wie die Stadtregierung. Das macht das System einerseits widerstandsfähig gegen antidemokratische politische Zentralisierungsversuche, steht aber andererseits der integrierten Entwicklung der Hauptstadt als Ganzes im Weg (siehe z. B. Kiss 2019: 61 f). Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2019 wurden sowohl in der Stadt als auch in den meisten Bezirken oppositionelle Bürgermeister_innen und Regierungen gewählt. Der neue Oberbürgermeister stoppte mehrere Bauvorhaben in der ganzen Stadt, doch die meisten Entwicklungsprojekte konnten trotzdem weitergehen, da die nationale Regierung ihre Exekutivmacht nutzte, um Vorschriften außer Kraft zu setzen, die ihre Verwirklichung behinderten.
- [12] Für weitere Informationen siehe die offizielle Website des Projekts: <https://ligetbudapest.hu/en>.
- [13] Für mehr Informationen siehe die Website der gemeinnützigen Gesellschaft, die für das Projekt verantwortlich ist: <https://www.sipzrt.hu/>.
- [14] Weitere Informationen auf der offiziellen Website des Projekts: <https://nemzetihauzmannprogram.hu/>.
- [15] Die Regierung berief ein Expert_innengremium ein, das sie zu den Plänen für die Umgestaltung des Burgviertels im Rahmen des Nationalen Hauszmann-Programms beraten sollte. Als den Mitgliedern klar wurde, dass sie keinen wesentlichen Einfluss auf die Pläne nehmen können und eher als Legitimation für das Projekt dienen würden, traten drei Mitglieder des Gremiums zurück (Csomay/Lővei/Schneller 2016). Danach fanden keine weiteren Treffen mehr statt.
- [16] Die Idee eines neuen Museumsviertels oder einer Museumsachse, die den Stadtpark einschließen sollte, wurde bereits 2011 unter dem Namen Andrásffy-Viertel angekündigt, aber das Konzept dann bis zur Ankündigung des Liget-Budapest-Projekts mehrfach geändert (Magyarország Kormánya 2011a).

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

- [17] Auch hier begannen die Bauarbeiten bereits vor 2014, vor allem der Wiederaufbau des Burgbasars wurde vor den Wahlen abgeschlossen.
- [18] Bereits 2011 ernannte die Regierung einen Beauftragten für große Stadtentwicklungsprojekte in Budapest, dessen Zuständigkeiten in den folgenden Jahren stetig wuchsen (Magyarország Kormánya 2011c). Nach den Kommunalwahlen 2019, bei denen in Budapest ein oppositioneller Oberbürgermeister gewählt wurde, gründete die Orbán-Regierung Anfang 2020 das Budapest Development Center (BFC) zur Koordinierung der staatlichen Entwicklungsprojekte in der Hauptstadt und ihrer Agglomeration (Magyarország Kormánya 2020). Nach den Parlamentswahlen 2022 wurde das Amt als Teil des neu geschaffenen Nationalen Verkehrszentrums (NKK) reorganisiert, das die Regierung aber ebenfalls auflöste, als alle wichtigen Entwicklungen dem Ministerium für Bau und Verkehr (ÉKM) übertragen wurden.
- [19] In allen drei Projekten wurden die Positionen ausschließlich von Männern besetzt.
- [20] Die beiden Gebäude für das Museum für Fotografie und das Museum für Architektur wurden aus dem Projekt gestrichen, angeblich auf persönliche Intervention von Viktor Orbán (z. B. Hamvay 2015). Die Darstellung der Führungsfigur als kompetent in den verschiedensten Fachbereichen ist eine zentrale Strategie, um die Unterstützung der Bevölkerung für das Regime zu sichern. Die Abneigung des Premierministers gegen modernistische Architektur ist bekannt, und die Streichung von Elementen des Projekts wurde genau damit in Verbindung gebracht.
- [21] Der Leiter von SIP, selbst Architekt, hat neben regelmäßig absolvierten Medienauftritten auch einen Bildband veröffentlicht, der die Erneuerung des Kossuth-Platzes dokumentiert (Wachsler 2014).
- [22] Andere großräumige Stadtentwicklungsprojekte unter staatlicher Leitung in Budapest tragen jedoch zur Gentrifizierung und zur Verdrängung von Bewohner_innen bei. Siehe zum Beispiel die Studie von Márton Czirfusz et al. (2015), die die Entwicklung des Campus der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst im 8. Bezirk untersucht.
- [23] Obdachlosigkeit wird zum Beispiel regelrecht kriminalisiert, siehe dazu Éva Tessa Udvarhelyi (2014).

Autor_innen

Marcell Hajdu ist Stadtforscher. Sein Forschungsschwerpunkt ist rechtspopulistische Stadtpolitik, insbesondere im Kontext von Ungarn und Budapest.
marcell.hajdu@uni-weimar.de

Gesetze

- Magyarország Kormánya (2006): 2006. évi LIII. törvény a nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű beruházások megvalósításának gyorsításáról és egyszerűsítéséről [Gesetz LIII. von 2006 zur Beschleunigung und Vereinfachung der Durchführung von Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung].
- Magyarország Kormánya (2011a): 1353/2011. (X. 20.) Korm. határozat az Andrassy negyed részeként az új nemzeti közgyűteményi épületegyüttes megvalósításához és a Hősök tere forgalomcsillapításához szükséges intézkedésekről [Regierungsbeschluss 1353/2011. (X. 20.) über die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung des neuen Gebäudekomplexes der nationalen öffentlichen Sammlung als Teil des Andrassy-Viertels und der Verkehrsberuhigung des Heldenplatzes].
- Magyarország Kormánya (2011b): 1326/2011. (IX. 29.) Korm. határozat az új nemzeti közgyűteményi épületegyüttes koncepciójáért felelős kormánybiztos kinevezéséről és

- feladatairól [1326/2011. (IX. 29.) Regierungsbeschluss über die Ernennung und die Aufgaben des für die Konzeption des neuen staatlichen Sammlungskomplexes zuständigen Regierungsbeauftragten].
- Magyarország Kormánya (2011c): 1351/2011. (X. 20.) Korm. határozat az egyes kiemelt jelentőségű budapesti beruházásokért felelős kormánybiztos kinevezéséről és feladatairól [1351/2011 (X. 20.) Regierungsbeschluss über die Ernennung und die Aufgaben des Regierungsbeauftragten für ausgewählte vorrangige Investitionen in Budapest].
- Magyarország Kormánya (2012a): 100/2012. (V. 16.) Korm. rendelet a Budapest V. kerület Kossuth Lajos téri beruházási programmal összefüggő közigazgatási hatósági ügyek kiemelt jelentőségű ügyé nyilvánításáról és az eljáró hatóságok kijelöléséről [100/2012. (V. 16.) Regierungsverordnung über die Erklärung von Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm für den Kossuth-Lajos-Platz im 5. Bezirk von Budapest zu Angelegenheiten von herausgehobener Bedeutung und über die Bestimmung der zuständigen Behörden].
- Magyarország Kormánya (2012b): 18/2012. (II. 16.) Korm. rendelet a budapesti Kossuth Lajos téri beruházáshoz kapcsolódó egyes beszerzéseknek a minősített adatot, az ország alapvető biztonsági, nemzetbiztonsági érdekeit érintő vagy a különleges biztonsági intézkedést igénylő beszerzések sajátos szabályairól szóló 218/2011. (X. 19.) Korm. rendelet 7. § (5) bekezdés a) pontja szerinti minősítéséről [18/2012. (II. 16.) Regierungsverordnung über die Einstufung bestimmter Aufträge im Zusammenhang mit dem Projekt des Kossuth-Lajos-Platzes in Budapest gemäß Art. 7 Abs. 5 a) des Regierungsverordnung 218/2011. (X. 19.) über die Sonderregeln für Aufträge, die Geheiminformationen, die grundlegende Sicherheit und nationale Sicherheitsinteressen des Landes betreffen oder besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordern].
- Magyarország Kormánya (2013a): 2013. évi CCXLII. törvény a Városliget megújításáról és fejlesztéséről [Gesetz CCXLII. von 2013 über die Erneuerung und Entwicklung des Stadtparks].
- Magyarország Kormánya (2013b): 1747/2013. (X. 22.) Korm. határozat a budai Várbazár felújításának és a Várnegyed hosszú távú fejlesztési koncepciójának kidolgozásáért, valamint a fertői Esterházy-kastély rekonstrukciójával kapcsolatos állami feladatok koordinálásáért felelős kormánybiztos kinevezéséről és feladatairól [1747/2013. (X. 22.) Regierungsbeschluss über die Ernennung und die Aufgaben des für die Ausarbeitung des langfristigen Entwicklungskonzepts für die Renovierung des Burgbasars und des Burgviertels in Buda sowie für die Koordinierung der staatlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Schlosses Esterházy in Fertőd zuständigen Regierungsbeauftragten].
- Magyarország Kormánya (2013c): 563/2013. (XII. 31.) Korm. rendelet az új nemzeti közgyűjteményi épületegyüttes megvalósításával összefüggő közigazgatási hatósági ügyek kiemelt jelentőségű ügyé nyilvánításáról és az eljáró hatóságok kijelöléséről [563/2013. (XII. 31.) Regierungsverordnung über die Erklärung von Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen nationalen Gebäudekomplexes für öffentliche Sammlungen zu Angelegenheiten von herausgehobener Bedeutung und die Benennung der zuständigen Behörden].
- Magyarország Kormánya (2013d): 1397/2013. (VII. 2.) Korm. határozat az új nemzeti közgyűjteményi épületegyüttesre vonatkozó koncepció második ütemeként a Városliget átfogó hasznosítási koncepciójáról [1397/2013. (VII. 2.) Regierungsbeschluss bezüglich eines umfassenden Nutzungskonzepts für den Stadtpark als zweite Phase des Konzepts für den neuen nationalen öffentlichen Sammlungskomplex].
- Magyarország Kormánya (2014a): 1377/2014. (VII. 10.) Korm. határozat a Nemzeti Hauszmann Terv (2014-2024) előkészítéséhez szükséges intézkedésekről [1377/2014 (VII. 10.) Regierungsbeschluss über die notwendigen Maßnahmen für die Vorbereitung des Nationalen Hauszmann-Plans (2014-2024)].
- Magyarország Kormánya (2014b): 232/2014. (IX. 10.) Korm. rendelet a Miniszterelnökség budavári elhelyezését biztosító felújítási és építési beruházás megvalósításához kapcsolódó egyes beszerzéseknek a minősített adatot, az ország alapvető biztonsági, nemzetbiztonsági érdekeit érintő vagy a különleges biztonsági intézkedést igénylő beszerzések sajátos szabályairól szóló 218/2011. (X. 19.) Korm. rendelet 7. § (5) bekezdés a) pontja szerinti

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

- minősítéséről [232/2014. (IX. 10.) Regierungsverordnung über die Klassifizierung bestimmter Beschaffungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Renovierungs- und Bauprojekts für das Büro des Ministerpräsidenten in der Budaer Burg gemäß Art. 7 Abs. 5 a) der Regierungsverordnung 218/2011. (X. 19.) über die besonderen Regeln für Beschaffungen, die Geheiminformationen, die grundlegende Sicherheit und nationale Sicherheitsinteressen des Landes betreffen oder besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordern].
- Magyarország Kormánya (2015): 119/2015. (V. 14.) Korm. rendelet a Nemzeti Hauszmann-terv keretében a Budavári Palota épületegyütteshez kapcsolódó egykori lovarda, főúrsági épület, valamint a Stöckl-lépcső újjáépítésével összefüggő közigazgatási hatósági ügyek kiemelt jelentőségű ügyé nyilvánításáról [119/2015. (V. 14.) Regierungsverordnung über die Erklärung von Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der ehemaligen Reithallen, des Hauptwachgebäudes und der Stöckl-Treppe des Budaer Burgkomplexes im Rahmen des Nationalen Hauszmann-Plans zu Angelegenheiten von herausgehobener Bedeutung].
- Magyarország Kormánya (2020): 1063/2020. (II. 26.) Korm. határozat a Budapest Fejlesztési Központ létrehozásáról, a kiemelt budapesti állami magasépítési beruházások megvalósításának felelősségi rendjéről, valamint a budapesti városfejlesztési, várostervezési, urbanisztikai, városkutatási és közlekedéstervezési feladatok, továbbá a nemzetközi sportesemények megpályázásával és megrendezésével összefüggő feladatok ellátásáról [1063/2020. (II. 26.) Regierungsbeschluss über die Einrichtung des Budapester Entwicklungszentrums, über die Zuständigkeiten für die Durchführung von vorrangigen öffentlichen Hochbauprojekten in Budapest und über die Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, der Stadtplanung, der Stadtforschung und der Verkehrsplanung in Budapest sowie der Bewerbung um und der Organisation von internationalen Sportveranstaltungen].
- Nemzeti Fejlesztési Minisztérium (2015): 62/2015. (X. 30.) NFM rendelete a Budavári Ingatlanfejlesztő és Üzemeltető Nonprofit Korlátolt Felelősségű Társaság felett az államot megillető tulajdonosi jogok és kötelezettségek összességét gyakorló szervezet kijelöléséről [62/2015. (X. 30.) Verordnung des Nationalen Entwicklungsministerium über die Benennung der Organisation, die alle Eigentumsrechte und -pflichten des Staates an der Budavári Ingatlanfejlesztő és Üzemeltető Nonprofit Limited Liability Company wahrnimmt].
- Nemzeti Fejlesztési Minisztérium (2017): 3/2017. (I. 31.) NFM rendelet a SIP Steindl Imre Programiroda Nonprofit Zártkörűen Működő Részvénytársaság felett az államot megillető tulajdonosi jogok és kötelezettségek összessége gyakorlójának kijelöléséről [3/2017. (I. 31.) Verordnung des Nationalen Entwicklungsministerium über die Bestimmung des Inhabers aller Eigentumsrechte und -pflichten des Staates an der SIP Steindl Imre Program Office Nonprofit Private Limited Company].
- Országgyűlés (2011): 61/2011. (VII. 13.) OGY határozat a budapesti Kossuth Lajos tér rekonstrukciójáról. [Parlamentarische Entscheidung 61/2011 (VII.13.) über die Rekonstruktion des Kossuth-Lajos-Platzes in Budapest].

Literatur

- Akçali, Emel / Korkut, Umut (2015): Urban transformation in Istanbul and Budapest: Neoliberal governmentality in the EU's semi-periphery and its limits. In: *Political Geography* 46, 76-88.
- Barlai, Melani (2021): Tradierte gesellschaftliche Konfliktlinien und ihre Einflüsse auf das ungarische Parteiensystem. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), *Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU*. Wiesbaden: Springer, 93-109.
- Bevan, Robert (2022): *Monumental lies. Culture wars and the truth about the past*. London/ New York: Verso.
- Bodnár, Judit / Veres, Judit (2013): The petty politics of a megaproject in Budapest. In: Gerardo Del Cerro Santamaría (Hg.), *Urban megaprojects: A worldwide view*. Bingley: Emerald Publishing, 83-106.
- Bos, Ellen / Lorenz, Astrid (Hg.) (2021): *Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU*. Wiesbaden: Springer.

- Brown, Wendy (2019): *In the ruins of neoliberalism. The rise of antidemocratic politics in the West*. New York: Columbia University Press.
- Bruff, Ian (2014): The rise of authoritarian neoliberalism. In: *Rethinking Marxism* 26/1, 113-129.
- Büdenbender, Mirjam / Zupan, Daniela (2017): The evolution of neoliberal urbanism in Moscow, 1992-2015. In: *Antipode* 49/2, 294-313.
- Cahill, Damien / Cooper, Melinda / Konings, Martijn / Primrose, David (2018): Introduction. Approaches to Neoliberalism. In: Damien Cahill / Melinda Cooper / Martijn Konings / David Primrose (Hg.), *The SAGE handbook of neoliberalism*. Los Angeles u. a.: SAGE, xxv-xxxiii.
- Callison, William / Manfredi, Zachary (Hg.) (2020): *Mutant neoliberalism. Market rule and political rupture*. New York: Fordham University Press.
- Council of the European Union (2022): Rule of law conditionality mechanism. Council decides to suspend €6.3 billion given only partial remedial action by Hungary. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/12/rule-of-law-conditionality-mechanism/> (letzter Zugriff am 21.2.2023).
- Csomay, Zsófia / Lövei, Pál / Schneller, István (2016): A Hauszmann testület három tagjának lemondása [Rücktritt von drei Mitgliedern des Hauszmann-Rates]. <https://epiteszforum.hu/a-hauszmann-testulet-harom-tagjanak-lemondasa> (letzter Zugriff am 24.9.2023).
- Czikóczy, Sándor (2016): A látszatra sem figyeltek Baánék, mikor a kopaszokra bízták a Városligetet [Baán und sein Team achteten nicht einmal auf die Äußerlichkeiten, als sie den „Glatzköpfen“ den Stadtpark anvertrauten]. <https://444.hu/2016/07/29/a-latszatra-sem-figyeltek-baanek-mikor-a-kopaszokra-biztak-a-varosligetet> (letzter Zugriff am 28.2.2023).
- Czirfusz, Márton / Horváth, Vera / Jelinek, Csaba / Pósfai, Zsuzsanna / Szabó, Linda (2015): Gentrification and rescaling urban governance in Budapest-Józsefváros. In: *Intersections* 1/4, 55-77.
- Davidson, Neil (2018): Neoliberalism as a class-based project. In: Damien Cahill / Melinda Cooper / Martijn Konings / David Primrose (Hg.), *The SAGE handbook of neoliberalism*. Los Angeles u. a.: SAGE, 55-68.
- Davies, William (2021): The revenge of sovereignty on government? The release of neoliberal politics from economics post-2008. In: *Theory, Culture & Society* 38/6, 95-118.
- Deets, Stephen (2022): Understanding weak local governance in the neoliberal city through the case of Skopje 2014. In: *Communist and Post-Communist Studies* 55/3, 1-23.
- Fabry, Adam (2019): Neoliberalism, crisis and authoritarian-ethnicist reaction: The ascendancy of the Orbán regime. In: *Competition & Change* 23/2, 165-191.
- Foucault, Michel (2008): *The birth of biopolitics: Lectures at the Collège de France, 1978-79*. London: Palgrave Macmillan.
- Gagyi, Ágnes (2016): „Coloniality of power“ in East Central Europe: External penetration as internal force in post-socialist Hungarian politics. In: *Journal of World-Systems Research* 22/2, 349-372.
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) (2017): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geva, Dorit (2021): Orbán's ordonationalism as post-neoliberal hegemony. In: *Theory, Culture & Society* 38/6, 71-93.
- Glasze, Georg / Matissek, Annika (2021): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Georg Glasze / Annika Matissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript, 137-166.
- Hamvay, Péter (2015): A két kocka el van vetve [Die beiden Würfel sind gefallen]. <https://magyararancs.hu/lokal/a-ket-kocka-el-van-vetve-95304?pageld=3> (letzter Zugriff am 26.2.2023).
- Harvey, David (2010): *A brief history of neoliberalism*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Heindl, Gabu (2020): *Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung*. Wien/Berlin: mandelbaum.

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

- Howarth, David R. / Norval, Aletta J. / Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2009): Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change. Manchester: Manchester University Press.
- Jakab, András / Bodnár, Eszter (2021): Agonie eines jungen Verfassungsstaates. Die ungarische Verfassung 1989 bis 2019. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU. Wiesbaden: Springer, 57-73.
- Jessop, Bob (2019): Authoritarian neoliberalism. Periodization and critique. In: South Atlantic Quarterly 118/2, 343-361.
- Kalácska-Nagy, Nóra (2022): Ezek a projektek jelentősen formálják a fővárost, egymillió fejlesztés alatt álló négyzetméterért felel a Property Market [Diese Projekte werden die Hauptstadt maßgeblich prägen, Property Market ist für eine Million Quadratmeter Immobilienentwicklungen verantwortlich]. <https://magyarepitok.hu/aktualis/2022/05/ezek-a-projektek-jelentosen-formaljak-a-fovarost-egymillio-fejleszt-es-alatt-allo-negyzetmeterert-felel-a-property-market> (letzter Zugriff am 30.7.2023).
- Katsambekis, Giorgos (2017): The populist surge in post-democratic times: Theoretical and political challenges. In: The Political Quarterly 88/2, 202-210.
- Kiss, Daniel (2019): Modeling post-socialist urbanization: The case of Budapest. Basel: Birkhäuser.
- KPMG (2014): A Liget Budapest projekt mint kulturális és turisztikai beruházás hatása a nemzetgazdaságra [Die Auswirkungen des Liget-Budapest-Projekts als kulturelle und touristische Investition auf die nationale Wirtschaft]. Városliget Zrt. https://www.ligetbudapest.hu/storage/61/29_lbp-projekt-kult.pdf (letzter Zugriff am 30.7.2023).
- Krasztev, Péter / van Til, Jon (Hg.) (2015): The Hungarian patient. Social opposition to an illiberal democracy. New York: Central European University Press.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2014): Hegemony and socialist politics. Towards a radical democratic politics. London/New York: Verso.
- Langer, Armin (2021): The eternal George Soros. The rise of an antisemitic and islamophobic conspiracy theory. In: Andreas Önnersfors / André Krouwel (Hg.), Europe: continent of conspiracies. Conspiracy theories in and about Europe. London/New York: Routledge, 163-184.
- Lorenzini, Daniele (2018): Governmentality, subjectivity, and the neoliberal form of life. In: Journal for Cultural Research 22/2, 154-166.
- Magyar, Bálint / Vásárhelyi, Júlia (Hg.) (2017): Twenty-five sides of a post-communist mafia state. Budapest/New York: Central European University Press.
- Magyar Nemzet (2023): Történelmi helyére költözik a Honvédelmi Minisztérium [Das Verteidigungsministerium zieht an seinen historischen Standort]. <https://magyarnemzet.hu/belfold/2023/06/tortenelmi-helyere-koltozik-a-honvedelmi-miniszterium> (letzter Zugriff am 31.7.2023).
- Marchart, Oliver (2017): Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 67/44-45, 11-16.
- Marttila, Tomas (2016): Post-foundational discourse analysis. From political difference to empirical research. London: Palgrave Macmillan.
- Marttila, Tomas (2021): Modelling the market as a socio-spatial structure. Theory triangulation between post-foundational discourse analysis and relational sociology. In: Friederike Landau / Lucas Pohl / Nikolai Roskamm (Hg.), (Un)Grounding. Post-foundational geographies. Bielefeld: transcript, 217-239.
- Mudge, Stephanie L. (2018): Leftism reinvented. Western parties from socialism to neoliberalism. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Office of the National Assembly (2010): The programme of national cooperation. Document number: H/47. https://www.parlament.hu/irom39/00047/00047_e.pdf (letzter Zugriff am 31.7.2023).
- Orbán, Viktor (2007): Orbán Viktor tusnádfürdői beszéde [Viktor Orbáns Rede in Băile Tușnad]. http://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/orban_viktor_tusnadfurd_337_i_beszede (letzter Zugriff am 23.2.2023).

- Orbán, Viktor (2009): Ez a baloldal mindent elvett tőlünk [Die Linke hat uns alles genommen]. http://2010-2015.miniszterelnok.hu/cikk/ez_a_baloldal_mindent_elvett_t_337_lunk (letzter Zugriff am 23.2.2023).
- Orbán, Viktor (2014a): A munkaalapú állam korszaka következik [Die Ära des arbeitsbasierten Staates ist gekommen]. https://mandiner.hu/cikk/20140728_orban_viktor_a_munkaalapu_allam_korszaka_kovetkezik_beszed_tusvanyos_2014 (letzter Zugriff am 23.2.2023).
- Orbán, Viktor (2014b): Budapest sikere nemzeti érdek [Der Erfolg von Budapest liegt im nationalen Interesse]. https://2010-2015.miniszterelnok.hu/beszed/budapest_sikere_nemzeti_erdek (letzter Zugriff am 26.2.2023).
- Palonen, Emilia (2009): Political polarisation and populism in contemporary Hungary. In: *Parliamentary Affairs* 62/2, 318-334.
- Palonen, Emilia (2013): Millennial politics of architecture. Myths and nationhood in Budapest. In: *Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity* 41/4, 536-551.
- Palonen, Emilia (2017): Building a new city through a new discourse. Street naming revolutions in Budapest. In: Derek H. Alderman / Maoz Azaryahu / Reuben Rose-Redwood (Hg.), *The political life of urban streetscapes. Naming, politics, and place*. Abingdon/New York: Routledge, 98-113.
- Palonen, Emilia (2018): Performing the nation. The Janus-faced populist foundations of illiberalism in Hungary. In: *Journal of Contemporary European Studies* 26/3, 308-321.
- Palonen, Emilia (2019): Rhetorical-performative analysis of the urban symbolic landscape. Populism in action. In: Tomas Marttila (Hg.), *Discourse, culture and organization. Inquiries into relational structures of power*. Cham: Springer, 179-198.
- Peck, Jamie / Brenner, Neil / Theodore, Nik (2018): Actually existing neoliberalism. In: Damien Cahill / Melinda Cooper / Martijn Konings / David Primrose (Hg.), *The SAGE handbook of neoliberalism*. Los Angeles u. a.: SAGE, 3-15.
- Pogácsa, Zoltán (2021): The political economy of Hungary. Managing structural dependency on the West. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), *Das Politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU*. Wiesbaden: Springer, 153-172.
- Schäfer, Armin / Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scheiring, Gábor (2022): The national-populist mutation of neoliberalism in dependent economies: The case of Viktor Orbán's Hungary. In: *Socio-Economic Review* 20/4, 1597-1623.
- Schimak, Gerhard (1993): Weltausstellung 1995 Wien – Budapest. Ursachen und Konsequenzen der Absage Wiens. In: Hartmut Häußermann / Walter Siebel (Hg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 108-133.
- Stavrakakis, Yannis (2017): Discourse theory in populism research. Three challenges and a dilemma. In: *Journal of Language and Politics* 16/4, 523-534.
- Stavrakakis, Yannis / Katsambekis, Giorgos / Nikisianis, Nikos / Kioupiolis, Alexandros / Sioimos, Thomas (2017): Extreme right-wing populism in Europe: Revisiting a reified association. In: *Critical Discourse Studies* 14/4, 420-439.
- Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 253-274.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: In search of a democratic politics of environmental production. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 141-158.

„Gegen-Neoliberalisierung“ in Budapest

- Swyngedouw, Erik / Moulaert, Frank / Rodriguez, Arantxa (2002): Neoliberal urbanization in Europe: Large-scale urban development projects and the new urban policy. In: *Antipode* 34/3, 542-577.
- Trüby, Stephan (2020): *Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche*. Gütersloh u. a.: Bauverlag; Birkhäuser.
- Tuğal, Cihan (2022): Politicized megaprojects and public sector interventions: Mass consent under neoliberal statism. In: *Critical Sociology* 49/3. <https://doi.org/10.1177/08969205221086284>.
- Udvarhelyi, Éva Tessza (2014): „If we don't push homeless people out, we will end up being pushed out by them“: The criminalization of homelessness as state strategy in Hungary. In: *Antipode* 46/3, 816-834.
- UNESCO (o. J.): Budapest, including the Banks of the Danube, the Buda Castle Quarter and Andrassy Avenue. <https://whc.unesco.org/en/list/400/> (letzter Zugriff am 24.9.2023).
- Varró, Krisztina / Faragó, László (2016): The politics of spatial policy and governance in post-1990 Hungary: The interplay between European and national discourses of space. In: *European Planning Studies* 24/1, 39-60.
- Wachsler, Tamás (2014): *Tér-képek. A budapesti Kossuth Lajos tér újjáépítésének krónikája 2012-2014* [Chronik des Wiederaufbaus des Kossuth-Lajos-Platzes in Budapest 2012-2014]. Budapest: Premier Press.
- Zeković, Slavka / Maričić, Tamara (2022): Contemporary governance of urban mega-projects: A case study of the Belgrade waterfront. In: *Territory, Politics, Governance* 10/4, 527-548.
- Zsuppán, András (Hg.) (2020): *A nemzet főtere. A Kossuth tér története* [Der Hauptplatz der Nation. Die Geschichte des Kossuth-Platzes]. Budapest: Országház Könyvkiadó.

“Counter-neoliberalisation” in Budapest. Large-scale urban development projects in the populist politics of the current Hungarian government

Since the current Hungarian regime came to power in 2010, Budapest, the country's capital, has undergone rapid development. The majority of the city's most important symbolic spaces are transformed as part of large-scale urban development projects led by the national government and financed by the state. These projects play an important role in the government's populist political articulations, defining themselves as the sole legitimate representatives of „the nation“ as opposed to a coalition of domestic and international „neo-liberal elites“. In this article, I focus on three emblematic projects from Budapest's post-2010 development, and explore how throughout their institutional and procedural structures the regime's ostensible break with the hegemonic neo-liberal order is articulated. At the same time, I ask: How far do these development projects really represent a break with the rationality of neo-liberal urban governance? Approaching the question through a discourse theoretical perspective, I find that the regime's urban policy shows strong continuities with neo-liberal forms of urban development, radicalising some of its tendencies. The most visible difference is the strong centralisation of power over urban development in the hands of the national government, which is legitimised precisely on the grounds of it being a break with the policy of the preceding regime, and neo-liberal urban governance in western European core countries.

Im Zwang der Nation?

Landenteignung unter Indiens neoliberalen autoritärem Urbanismus

Michael Schwind

Mit der Wahl der Bharatiya Janata Party (BJP) vollzog sich in Indien eine Abkehr vom inklusiven Neoliberalismus hin zu einer Vertiefung des neoliberalen Projekts durch Sozialabbau und der Verbreitung einer hindunationalistischen Ideologie. Dieser Aufsatz entwickelt zunächst das Konzept des neoliberalen autoritären Urbanismus, der eine spezifische Phase kapitalistischer Raumproduktion bezeichnet, welche kapitalistische Verhältnisse über autoritäre, nationalistische und antidemokratische Elemente ausweitet. Anschließend wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich Indiens autoritär-populistischer Wandel in seiner Enteignungspolitik und der Hinwendung zu marktbasierten Enteignungsinstrumenten niederschlägt und diese prägt. Am Beispiel der Wiederentdeckung von Land Pooling Schemes (LPS) werden drei Befunde diskutiert: (1) Die Abkehr von materiellen und rechtlichen Zugeständnissen für die Agrarbevölkerung. (2) Die Verschleierung der gewaltvollen Dimension der Urbanisierung über die Ausweitung ökonomischer Zwänge. (3) Die Ausweitung einer diskursiven Inklusion der enteigneten Landeigentümer_innen, welche widerstreitende Interessen zwischen Agrar- und urbanen Kapitalfraktionen zugunsten einer nationalen Einheit teilweise einzufangen sucht. Insgesamt zeigt sich, wie die indische Enteignungspolitik mit LPS eine potenziell hegemoniefördernde Funktion einnimmt, indem sie durch die Ausweitung und gleichzeitige Verschleierung von Zwang die landbesitzende Agrarbevölkerung nicht nur zum Verkauf ihres Landes und zur Teilnahme an städtischen Verwertungsprozessen aufruft, sondern sie gleichermaßen ideologisch und materiell untrennbar an das Schicksal der urbanen Nation zu binden sucht.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Seit Beginn der 2000er-Jahre werden „Land Pooling Schemes“ (LPS) (Lakhia 2019; Nair 2021) zunehmend in Ländern des sogenannten Globalen Südens implementiert. LPS sind Teil eines weltweiten Exports markt- und elitenfreundlicher bodenpolitischer Instrumente, wie sie während des europäischen Städtewachstums zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits entstanden sind. Internationale Finanzinstitutionen, allen voran die Weltbank, sowie Regierungen in aller Welt feiern dieses Landerwerbsverfahren

als vielversprechende Alternative zu Landenteignungsgesetzen. Ziel der LPS ist es, Landeigentümer_innen auf angeblich *freiwilliger* Basis zur Umwidmung und zum Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Flächen für eine städtische Nutzung zu bewegen. In Indien erlangte dieses Verfahren spätestens mit der Wahl der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) nationale und internationale Aufmerksamkeit. Auch andere Parteien begrüßten diesen Vorstoß, besonders auf bundesstaatlicher Ebene. Der Widerstand von Landeigentümer_innen gegen die bisherige Enteignungspolitik, so ein verbreiteter Diskurs, müsse nicht länger mit geringen Kompensationszahlungen abgefangen werden. Stattdessen würden LPS die Interessengegensätze zwischen Staat, Agrar- und Kapitalgruppen überwinden, Landbesitzer_innen in Stadtentwicklungsprojekte einbinden und schließlich die nächste Phase des indischen Wirtschaftswachstums ermöglichen.

Der Aufsatz[1] leistet einen Beitrag zur Debatte um Indiens hindunationalistischen und anti-demokratischen Wandel und zu der Frage, wie landbesitzende Agrargruppen in den Enteignungsprozess im Zuge der Urbanisierung inkorporiert werden und inwiefern eine Abkehr von rechtlichen und sozialen Zugeständnissen in der Bodenpolitik zu beobachten ist.[2] Drei Befunde ergeben sich aus einer Analyse der Genese, Wirkungsweise und Legitimation von marktbasierter Enteignungsinstrumenten im Kontext autoritärer und populistischer Politik in Indien: Erstens deuten Land Pooling Schemes auf eine Abkehr von materiellen Zugeständnissen der Enteignungspolitik hin. Zweitens findet eine Verschiebung von extraökonomischer Gewalt zu ökonomischen Zwängen statt, in dessen Folge die Gewalt der Enteignung unkenntlich wird. Drittens begleiten LPS einen Diskurs der Partnerschaft, welche landbesitzende Bevölkerungsteile als ökonomische Partner_innen subjektiviert und auffordert, sich im Namen des Wohlstands und der nationalen Entwicklung freiwillig über Landverkäufe daran zu beteiligen. Marktbasierter Enteignungsinstrumente konstruieren damit eine vermeintlich widerspruchsfreie Einheit zwischen Agrar- und urbanen Kapitalinteressen. Inwiefern sich in der aktuellen Bodenpolitik Indiens tatsächlich auch ein autoritär-populistischer Wandel weiter reproduziert und ablesen lässt, soll in diesem Aufsatz diskutiert werden.

Indiens Aufstieg zur viel beschworenen Wirtschaftsmacht begann mit der wirtschaftlichen Liberalisierung und der von globalen Finanzinstitutionen und nationalen Interessengruppen verordneten

Privatisierung, Deregulierung und Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen seit den frühen 1990er-Jahren. Grund und Boden wurde infolge zu einem begehrten Anlage- und Spekulationsobjekt. Die Enteignung von Agrarboden für Townships, Sonderwirtschaftszonen oder Gated Communities bedroht zunehmend die Lebensgrundlage der Agrarbevölkerung und führt regelmäßig zu massiven Protesten, die teils gewaltvoll unterdrückt werden (Bunnell/Parthasarathy/Thompson 2013). Konkret zeichne ich in diesem Zusammenhang die Gründe für eine Abkehr vom Landenteignungsgesetz und die Hinwendung zu marktbasieren Landerwerbsinstrumenten von Agrarboden seit 2014 nach – dem Jahr, in dem die politische Rechte in Indien mit der Bharatiya Janata Party (BJP) Regierungsmacht errang. Unter der BJP, die mit der Wiederwahl des Premierministers Narendra Modi fünf Jahre später ihre Position zementierte, vollzog sich ein radikaler politischer Bruch mit der Vorgänger-Mitte-links-Koalition, die zwischen den Jahren 2004 und 2014 regiert hatte. Bereits in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit wendete sich die BJP vom sogenannten *inklusiven Neoliberalismus* ab (Ruparelia 2013). Diesem war seit der Liberalisierung 1992 mehr oder weniger kontinuierlich gefolgt worden, wobei er die Rechte von Minderheiten schützen und so die schlimmsten sozialen Folgen der neoliberalen Reformen abfedern sollte. Seit 2014 vertieft sich nun das neoliberale Projekt durch Sozialabbau und die Verbreitung einer hindunationalistischen Ideologie, die sich maßgeblich über den Ausschluss muslimischer Bürger_innen manifestiert (Nielsen/Nilsen 2021; Ruparelia 2013).

Vor diesem Hintergrund widmet sich der Aufsatz den Wechselbeziehungen zwischen Indiens „Autoritärem Populismus“ und der Neuordnung seiner Enteignungspolitik. Das übergreifende Erkenntnisinteresse liegt in der Frage, inwiefern die gegenwärtige Enteignungspolitik eine spezifische urbane Praxis zur Konsensbildung darstellt, mittels derer subalterne Agrargruppen für das Urbanisierungsprojekt gewonnen werden sollen. Dieser Frage nach dem hegemonialen Charakter und Potenzial der Enteignungspolitik gehe ich in drei Unterfragen nach:

1. Wie und vor dem Hintergrund welcher politischen und ökonomischen Rationalitäten kam es seit der Wahl der BJP zu einer Neuausrichtung der Enteignungspolitik und einer Hinwendung zu marktbasieren Enteignungsinstrumenten?

2. Welche Formen nehmen außerökonomische und ökonomische Zwänge in der aktuellen Enteignungspolitik an und mit welchen Auswirkungen auf die Agrarbevölkerung?
3. Welche Erzählungen und neuen agrarischen Subjektivitäten entstehen und legitimieren den Wandel in der Enteignungspolitik?

Methodisch gehe ich folgendermaßen vor: Zunächst zeichne ich die Entstehung marktbasierter Enteignungsinstrumente anhand bestehender empirischer Studien, Zeitungsartikel und Policy-Dokumente nach. Die zweite und dritte Teilfrage baut auf zwei kleinen empirischen Fallstudien auf, welche den Implementierungsprozess von LPS für Stadtentwicklungsprojekte näher beleuchten. Für die erste Fallstudie im südindischen Bundesstaat Karnataka greife ich auf eigene empirische Erhebungen in der Metropole Bengaluru zurück. Dort habe ich zwischen 2017 und 2019 im Rahmen meiner Promotion qualitative Interviews mit Landeigentümer_innen geführt, die in Erwartung ihrer Enteignung für die dort geplante Bidadi Smart City leben. Für die Analyse des Fallbeispiels in Andra Pradesh stütze ich mich auf vorhandene empirische Studien und Zeitungsartikel.

Zunächst wird eine eigene Lesart des Konzepts des „neoliberalen autoritären Urbanismus“ (Can/Fanton 2022; Gurol et al. 2023) entwickelt, um die Neuordnung der Enteignungspolitik unter Modis BJP zu fassen. Neoliberalen autoritären Urbanismus konzeptualisiere ich über Stuart Halls Autoritären Populismus (1985) und die materialistische Raumtheorie als eine Form der kapitalistischen Raumproduktion zur Bewältigung neoliberaler Krisen. Dessen spezifische Gestaltung, Regulation und diskursive Konstruktion von Räumen inkorporiert subalterne Gruppen nicht länger über Zugeständnisse, sondern nationale Erzählungen, eine Ausweitung von Zwang und Repressionen oder moralische „Paniken“. Damit weitet der neoliberale autoritäre Urbanismus marktbasierter Entwicklung auf Kosten demokratischer Verfahren und sozialer Rechte aus. Betrachtet man die Bodenpolitik und ihre Enteignungsinstrumente, so handelt es sich einerseits um ein Steuerungsfeld kapitalistischer Urbanisierung, das die Voraussetzungen für die Aneignung und Verwertung von Boden im sekundären Kapitalkreislauf schafft (Harvey 2018). Andererseits ist die Bodenpolitik ein Feld, in dem um die Deutungshoheit über die räumliche Entwicklung und Nutzung von Boden gerungen wird. Bodenpolitik ist somit potenziell ein Faktor für die Herausbildung politischer Hegemonie.

Im Zwang der Nation?

Mit diesem Fokus baue ich auf einem wachsenden Forschungsfeld auf, das die räumliche Dimension des „autoritären Neoliberalismus“ sowie autoritärer Regime in den Mittelpunkt stellt (Croese/Pitcher 2019). Nach Cemal Tansel (2017: 3) wird der „normal“ operierende kapitalistische Staat um eine „illiberale“ Dimension erweitert, wodurch Konsensbildung zunehmend auf Zwang, aber auch auf rechtlichen oder gänzlich extralegalen Instrumenten basiert. Vielfach wird daher auf die Verschränkung neoliberaler Reformen mit autoritärer Staatlichkeit verwiesen (Bruff/Tansel 2019; Scoones et al. 2018). Zentral für diesen Aufsatz ist die Feststellung, dass im autoritären Neoliberalismus herrschende Gruppen Widerstand, Konflikt oder Widerspruch nicht mehr durch Zugeständnisse oder Kompromisse austragen, sondern durch „explizite Exklusion und Marginalisierung untergeordneter sozialer Gruppen durch die verfassungsmäßig und gesetzlich verankerte Selbstentmachtung von nominell demokratischen Institutionen, Regierungen und Parlamente“ (Bruff 2014: 116; Übers. d. A.). Die Ausweitung von Zwang münde dann in einer Umstrukturierung städtischer und ländlicher Räume und schwäche zunehmend marginalisierte Gruppen (Can/Fanton 2022: 78). Tendenziell lässt sich also eine Zunahme extraökonomischer Zwänge bei gleichzeitiger Abnahme ökonomischer Zwänge im Kontext autoritärer neoliberaler Raumproduktion feststellen (vgl. ebd.).

Meine Analyse eines neuen Enteignungsinstruments geht von der Beobachtung aus, dass sich die neoliberale Krise im ländlichen Raum in Indien verschärft hat und unter der BJP durch eine Neuordnung der Bodenpolitik nun bearbeitet werden soll. Die neoliberale Krise manifestiert sich unter anderem in der anhaltenden Landenteignung und der fehlenden Absorption der ländlichen Bevölkerung in formelle Lohnarbeit. Michael Levien (2018) nennt dieses Phänomen *Dispossession without development* – Enteignung ohne Entwicklung. Die Restrukturierung der indischen Wirtschaft ist demzufolge nicht länger auf die Lohnarbeit der Landbevölkerung angewiesen. Proteste, Widerstand und eine sinkende Legitimation sind die Folge. Da Kapital und Arbeit nicht länger ineinander aufgehen, bildet sich ein wachsender informeller Sektor, in dem sich die enteignete Bevölkerung als Tagelöhner_innen verdingen muss. Während das Land der Menschen genommen wird, so Tania M. Li (2011), wird ihre Arbeit nicht gebraucht. Die Folge ist eine Landflucht in die Städte und die Entstehung einer neuen Form von Wanderarbeit, die Jan Breman (1996) als *Footloose labour*, also ungebundene Arbeit, beschreibt.

Enteignung stellt für Levien in diesem Sinne keine Bearbeitung der Überakkumulationskrise dar, wie etwa David Harvey (2005, 2006) in seinen Ausführungen zur „Akkumulation durch Enteignung“ argumentiert, sondern eine durch staatliche Mittel erst ermöglichte Überwindung von Akkumulationshindernissen. Charakteristisch für den südlichen Urbanismus sind die hohen Investitionen in die gebaute Umwelt, die keine Arbeitsplätze hervorbringen oder die *Überschussbevölkerung* absorbieren würde (Schindler 2015). So stehen einer wachsenden informellen Beschäftigung in den Städten *unproduktive* Investitionen in Land, Infrastruktur und Immobilien gegenüber. Diese Investitionen setzen auf die Extraktion von Renten anstatt auf die Produktion von Gütern und Kapital in produktiven Sektoren wie zum Beispiel der Industrie (vgl. Harvey 2018: 366). Vor dem Hintergrund dieses Spannungsfeldes geht der Aufsatz davon aus, dass planerische Interventionen und Regulierungen zum Erwerb und zur Umverteilung von Boden auf gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimation angewiesen sind und gesellschaftliche Krisen mitbearbeiten können. Bodenpolitiken und -gesetze lassen sich entsprechend vorläufig als potenzielle Strategien und staatliche Instrumentarien zur Einhegung subalternen Agrargruppen und Einverleibung ihrer Interessen, Forderungen und Wünsche im Kontext anhaltender Enteignung der Agrarbevölkerung von ihren Produktions- und Existenzmitteln verstehen.

2. Urbanisierung und die Bodenfrage in Indien

Im folgenden Abschnitt werde ich zunächst den Zusammenhang von Enteignungspolitik und Indiens gegenwärtiger Urbanisierung darstellen. Die Enteignung von Agrarland in ländlichen Räumen wird oftmals mit den Voraussetzungen und Folgen der globalen Ressourcenextraktion, der Bodenspekulation oder der industriellen Produktion von Nahrungsmitteln oder Treibstoffen in Verbindung gebracht. Dabei ist die Enteignung von Agrarland Ausdruck eines zunehmenden globalen Landerwerbs durch staatliche oder private (trans-)nationale Investoren und wird sowohl gesellschaftlich als auch wissenschaftlich häufig unter dem Begriff „Land Grabbing“ oder „Landnahme“ thematisiert (Hall 2013) und in den Kontext der historischen Enteignung und Durchsetzung privater Eigentumsregime während des europäischen Kolonialismus und der imperialen Expansion Europas gestellt (Greer 2018). Unter der britischen Herrschaft wurde Land in Indien zunächst überwiegend für Infrastrukturprojekte

enteignet (Levien 2018). Und auch nach seiner Unabhängigkeit waren es zunächst überwiegend Industrieprojekte wie Minen, Staudämme oder Industrieanlagen, für die das Landenteignungsgesetz zum Einsatz kam. Die Hinwendung zu städtischen Agglomerationen seit der ökonomischen Liberalisierung übt inzwischen, gerade in periurbanen Räumen, einen gänzlich neuen Verwertungsdruck auf den Boden und die Agrarbevölkerung aus. Smart Cities, Sonderwirtschaftszonen, riesige Verkehrskorridore, Bürokomplexe, private Townships oder Gated Communities setzen nicht nur eine Enteignung von landwirtschaftlichen Flächen voraus und wandeln diese in städtische Nutzungen um, sondern stehen insgesamt für die Zunahme an globalen Investitionen, Spekulation und Finanzialisierung von Boden (Bunnell/Parthasarathy/Thompson 2013; Chatterjee 2017; Levien 2012; Raman 2016; Searle 2016; Shatkin 2016).

Enteignung ist jedoch nicht der einzige Modus Operandi für die Transformation von Agrarboden in städtische Anlageobjekte. Aus dem sich formierenden Forschungsfeld des *Agrarian Urbanism* – agrarischen Urbanismus –, welches von postkolonialen wie auch materialistischen Ansätzen der Stadttheorie mitgeprägt ist, werden mindestens zwei erkenntnistheoretische Leerstellen in der aktuellen Enteignungsdebatte in Indien moniert (Balakrishnan/Gururani 2021; Gururani/Dasgupta 2018; Gururani/Kennedy 2021): zum einen die als übermäßig empfundene wissenschaftliche Fokussierung auf die Enteignung von Agrarland durch globale Investor_innen und zum anderen die Vernachlässigung von nicht enteignungsbasierten Praktiken der Landtransformation in Form von alltäglichen Verkäufen, Aneignungen oder Besetzungen von Land innerhalb der nach Klassen, Kasten und Religionen differenzierten landbesitzenden Agrarbevölkerung (Cowan 2018; Upadhyay/Rathod 2021; Maringanti 2013). Indem die Kategorie des Agrarischen nicht auf eine rein passive Größe reduziert, sondern ihre Wirkmächtigkeit in der Gestaltung kapitalistischer Urbanisierungsprozesse betont wird, wendet sich das Forschungsfeld in Teilen gegen sogenannte planetarische Theorien des Urbanen, wie sie beispielsweise von Neil Brenner (2015) vorgeschlagen (für Indien siehe Gururani/Kennedy 2021) und auch in dieser Zeitschrift schon unterschiedlich debattiert wurden (siehe Debattenbeiträge Lanz 2015; Keil 2022). Der Fokus auf Aushandlungsprozesse, Brüche oder Verschränkungen zwischen dem *Urbanen* und *Agrarischen* sowie auf agrarstrukturelle Besonderheiten, Kastenzugehörigkeiten oder Besitzverhältnisse

ermöglicht zudem eine weniger monokausale und ökonomistische Analyse kapitalistischer Entwicklungs- und Transformationsprozesse (Chari 2004; Hart 1998; Li 2014).

Dabei geht es um die graduellen, alltäglichen und vielleicht auch stillen Formen der Aneignung, Enteignung und Kommodifizierung von Agrarland einer heterogenen Agrarbevölkerung, die entlang von Kaste, Klasse, Religion, aber auch historisch gewachsener regionaler Dominanz aktiv am Urbanisierungsprozess teilnimmt. Daher verweisen Autor_innen darauf, dass die ländliche Bevölkerung den Transformationsprozessen nicht per se passiv oder widerständig gegenübersteht, sondern ihn ebenso vielfältig akzeptiert oder sogar mitgestaltet (Cross 2014; De Neve 2015; Maringanti 2013). Thomas Cowan zeigt beispielsweise, wie sich große landbesitzende Klassen in elitäre Rentiers verwandeln, die ihr Einkommen aus reinvestierten Mieten in städtischen und industriellen Immobilien beziehen (Cowan 2018). Besonders dominante agrarische Gruppen, häufig solche mit hohem Kastenstatus und vergleichsweise großem Landbesitz und politischem Einfluss, nehmen aktiv an der Initiierung und Etablierung städtischer Bodenmärkte teil. Neha Sami (2013) beschreibt beispielsweise, wie Landeigentümer_innen während des Landerwerbsprozesses für eine Sonderwirtschaftszone in Pune, Maharashtra, die drohende Enteignung abwenden konnten, indem sie Ad-hoc-Koalitionen bildeten, um als *urban developer* tätig zu werden (siehe auch Balakrishnan 2013). Diese Beteiligung an der Inwertsetzung, Spekulation und Privatisierung von Land kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Agrarkrise mit sinkenden Einkommensmöglichkeiten und steigenden Produktionskosten, aber auch mit klimawandelbedingten Ernteaufschlägen und lediglich prekären außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für die bäuerliche Bevölkerung sowie rasant steigenden Bodenpreisen in periurbanen Räumen. Der Niedergang der Landwirtschaft im Umland der südindischen Metropole Bangalore macht Landverkäufe und Kompensationszahlungen für die wirtschaftlich stark geschwächte Agrarbevölkerung beispielsweise immer attraktiver. Die Electronic City im Süden oder der Flughafen im Norden Bangalores werden daher auch als Phänomene eines spekulativen und enteignenden Urbanismus beschrieben, der einerseits von einem zunehmend finanzialisierten Bodenmarkt und globalen Verflechtungen zwischen westlichen Investoren, internationalen Finanzinstitutionen

und regionalen parastaatlichen Akteuren profitiert, andererseits die Armut der peripherisierten Bevölkerung nur in geringem Maße reduziert (Benjamin 2000; Goldman 2020). Viele enteignete Landbesitzer_innen leben deshalb auch von der Vermietung von Mehrfamilienhäusern, die oft informell gebaut und durch Landverkauf und/oder Enteignung finanziert wurden.

LPS können im Spannungsfeld dieser beiden Debatten, das heißt einerseits der Enteignung und andererseits der als freiwillig erscheinenden Beteiligung und unterschiedlichen Aushandlungsmodi von urbanen Landtransformationsprozessen innerhalb der Agrarbevölkerung, angesiedelt werden. Die Tatsache, dass Enteignung für die urbane Raumproduktion in der Literatur vor allem im Kontext des „südlichen Urbanismus“ diskutiert zu werden scheint, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade mit und nach der globalen Finanzkrise 2008/09 auch in den Städten des globalen Nordens die ärmeren Teile der Stadtbevölkerung durch Zwangsversteigerungen, Veräußerungen und Aneignungen anhaltend enteignet werden (España/Toscana 2019).

3. Autoritärer Populismus und neoliberaler autoritärer Urbanismus

Nach Stuart Hall (1985) verweist der Begriff des „Autoritären Populismus“ (AP) auf eine spezifische Form der Herrschaft, die sich in der Frage der Konsensformierung von der kapitalistisch-liberalen Demokratie unterscheidet. Im Rekurs auf die Herrschaftstheorie von Antonio Gramsci (2012: GH 13, §17) wird festgestellt, wie beziehungsweise dass die bürgerlich kapitalistische Hegemonie ihre politischen und sozialen Kräfteverhältnisse sowohl über Momente des Zwangs als auch des Konsens stabilisiert. Diese Form der *Führung* sichert die Zustimmung der beherrschten Gruppen mittels Zugeständnissen und der Universalisierung dominanter Weltanschauungen, wodurch die Interessen und Gedanken der herrschenden Gruppen zu jenen der Beherrschten werden. Zwang flankiert den Konsens zur bürgerlichen Führung und wendet interne und externe Gefahren gegen die bestehende Ordnung ab. Der AP beschreibt nun eine Abkehr von diesem Mechanismus der Herrschaftsstabilisierung. Vielmehr *herrscht* der AP über Zwang und verzichtet auf Zugeständnisse. Dabei belässt er die demokratische Klassenherrschaft intakt (Demirović 2018). Am wichtigsten aber setzt der AP auf eine populistische Rhetorik des nationalen Stolzes und der Einheit, welche sich über den Ausschluss marginalisierter Gruppen konstituiert. Dabei setzen die herrschenden

Klassen auf eine Kombination aus Elitenkritik („die da oben“) und der Verbreitung „moralischer Paniken“, welche beispielweise eine Bedrohung der Sicherheit und Ordnung durch Einwanderung heraufbeschwören (ebd.: 29). Diese Moralpaniken schüren „Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung“ gegenüber Minderheiten bei den Subalternen (ebd.: 32). Die Zustimmung in der Bevölkerung bleibt passiv, gerade weil auf materielle Zugeständnisse gänzlich verzichtet wird.

Der AP ist keine externe oder äußerliche Bedrohung der liberalen Demokratie, sondern Ergebnis und formende Kraft eines transformierenden und krisenhaften neoliberalen Kapitalismus (Demirović 2018). Entsprechend kann der AP in Indien, aber auch in anderen Ländern wie Brasilien, Ungarn oder den USA als Ausdruck einer spezifischen Phase des Neoliberalismus verstanden werden, anstatt ihn auf eine Reaktion auf den Neoliberalismus zu reduzieren (Fraser 2017). Die neoliberale Ideologie postuliert, dass die volle Entfaltungskraft ökonomischer Entwicklung erst durch einen minimalen Staat und wenige Regulierungen ermöglicht wird (Harvey 2007). Marktorientierte Lösungen zur staatlichen Bereitstellung von Gütern, Dienstleistungen und gesellschaftlicher Grundversorgung werden damit bevorzugt, während beständig an der Erschließung und Ausweitung neuer Märkte gearbeitet wird (Mullis 2011; Peck/Tickell 2002: 381). In der Praxis, so Neil Brenner und Nik Theodore (2002), handelt es sich beim Neoliberalismus jedoch um einen Umbau staatlichen Handelns, welcher in nationale und lokale Kontexte *eingebettet* ist. Gerade Städte sind dabei wichtige Arenen für die institutionelle, rechtliche und politische Restrukturierung fordistischer Wohlfahrtsregime (ebd.: 350 f.). Laut Jamie Peck und Adam Tickell (2002) setzte im westlichen Kontext (Nordamerika und Europa) nach dem Proto-Neoliberalismus der 1920er- und 1930er-Jahre mit seiner Kritik am Keynesianismus und an der Staatsverschuldung die erste Phase der Neoliberalisierung ein. Dieser sogenannte „Roll-back-Neoliberalismus“ bezeichnet laut Peck und Tickell den ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel der 1970er-Jahre, der auf die Überproduktion und das Absinken der Produktionsrate nach dem Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit reagiert: Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung bei gleichzeitiger Schwächung der Gewerkschaften und Kürzung staatlicher Leistungen wurde zur vermeintlich alternativlosen Krisenbewältigungsstrategie, welche auch das Ende des Wohlfahrtsstaates einläutete. Der „Roll-out-Neoliberalismus“

Im Zwang der Nation?

ab den 1990er-Jahren begegnete den wachsenden sozialen Verwerfungen der vorangegangenen zwei Dekaden mittels einer Stärkung staatlicher Regulierungen und Einbettung des neoliberalen Kapitalismus in demokratische Strukturen in Form von sozialen Ausgleichsmaßnahmen. Gleichzeitig nahmen repressive, aktivierende und erziehende staatliche Maßnahmen zu und verbanden sich mit Appellen an die Eigeninitiative des_der Einzelnen und zivilgesellschaftlicher Akteure. Vielfach wird darauf verwiesen, dass der neoliberale Kapitalismus mit einer Restrukturierung des Staates von der nationalen auf die regionale und lokale Ebene einhergeht und sich trotz seines universalisierenden Charakters aufgrund historisch-geographischer Besonderheiten zwischen und innerhalb des sogenannten globalen Nordens und Südens unterschiedlich entwickelt hat.

Alex Demirović (2018) argumentiert nun, dass die globale Finanzkrise (2008/09) den Roll-out-Neoliberalismus in eine Legitimationskrise brachte, auf die der AP über eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen subalternen Klassen und dem Bürgertum reagiert. Der AP griff die wachsende Unzufriedenheit der subalternen Bevölkerung auf und verbündet sich mit ihnen gemeinsam im Kampf gegen die „liberalen Eliten“ und die herrschende Politik. Anders als in den Phasen davor verzichtet der AP dabei gänzlich auf Konzessionen, weshalb Demirović von einer „autoritär-plebiszitären Führung ohne Konzessionen“ spricht, in dessen Folge beschleunigte und intransparente Entscheidungsprozesse ohne demokratische Prinzipien der Willensbildung entstehen (2018: 32).

Halls herrschaftstheoretische Auslegung der politischen und ideologischen Veränderungen zu Zeiten des sogenannten Thatcherismus in Großbritannien verliert im Zuge Indiens antidemokratischen und nationalistischen Kurses nicht minder an Deutungskraft. Auch in Indien lässt sich ein Antielitismus und ein konstruierter Widerspruch zwischen den „einfachen Leuten“ und der vermeintlichen Elite – sowie der Betonung eines individuellen Unternehmertums bei gleichzeitiger Schwächung sozialer Rechte und einem Abbau demokratischer Verfahren – ausmachen (Nielsen/Nilsen 2021; Vanaik 2017). Die Schuld für Indiens ökonomische und soziale Probleme seit der ökonomischen Liberalisierung wird den „linkoliberalen Eliten“ mit ihrem „korrupten“ und „interventionistischen“ Staat gegeben (Chacko 2018: 18). Als übergreifende Ideologie gilt die Hindutva, welche eine Einheit der Hindus und „echte Inder_innen“ beschwört, die gegen Muslime und „antinationale Feinde“ mittels

repressiver, diskriminierender und gewaltvoller Handlungen, Gesetze und Politiken verteidigt werden müssen (Müller 2017, Übers. d. A.). Das Volk, also die (hinduistische) arme und sich bildende urbane Mittelklasse, müsse wiederum vor der antinationalen Bedrohung geschützt werden (Chacko 2018: 17).

Laut Achin Vanaik (2017: 343 ff.) beruht der Erfolg der BJP auf erheblichen ökonomischen und ideologischen Veränderungen und der Neujustierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse bereits in den 1980er-Jahren. Damals vollzog die regierende Kongresspartei eine Hinwendung zur neoliberalen Wirtschaftspolitik. Der finale Bruch mit dem Sozialismus Nehru'scher Prägung fand später mit den 1990er-Reformen statt, welche zu erheblichen Ungleichheiten und Unzufriedenheiten führte (Chacko 2018; Vanaik 2017). Gleichzeitig konsolidierte sich in den 1980er-Jahren ein *Hindutva-geprägter Alltagsverstand*, der sich mit seinem Nationalismus und seiner Vorstellung einer starken indischen Hindu-Einheit politisch und sozial mit der Ideologie des Neoliberalismus verbinden ließ (Vanaik 2017: 346 ff.).

Doch was bedeutet Subalternität und wer gehört im Kontext enteignender Urbanisierungsprozesse zu den subalternen Gruppen? Subalternität verstehe ich in Anlehnung an Antonio Gramsci und die *Subaltern Studies* als Erweiterung des Klassenbegriffs, um heterogene Ausbeutungs- und Unterdrückungserfahrungen sowie die damit verbundenen Einhegungs- und Mobilisierungsversuche in den Blick zu nehmen (Green 2011). In meinem Kontext geht es insbesondere um die Erfahrung der Urbanisierung und der Transformation des Ländlichen mit der Enteignung und Inwertsetzung von Land für die Agrarbevölkerung. Diese wird in der Literatur als ambivalent beschrieben, da Erfahrungen von Verlust, Gewalt und Zwang mit Versprechungen neuer materieller Möglichkeiten eng verwoben sind. Die indische Agrarbevölkerung ist stark nach Klasse, Kaste, Religion, Geschlecht und Landbesitz differenziert, wobei zwischen diesen Dimensionen nach wie vor starke Konvergenzen zu beobachten sind. Dies führt zu einer ausgeprägten sozialen und räumlichen Spaltung und Ungleichheit im ländlichen Indien. Für meine Analyse potenziell hegemoniefördernder Enteignungspolitiken muss daher zwischen politisch einflussreichen, materiell gut ausgestatteten und in der Kastenhierarchie weit oben stehenden Großgrundbesitzer_innen einerseits und der landlosen Agrarbevölkerung sowie Bäuer_innen mit kleinem (1 bis 2 Hektar) und mittlerem (2 bis 4 Hektar) Landbesitz

Im Zwang der Nation?

andererseits unterschieden werden. Letztere Gruppe steht entweder ganz außerhalb der Kastenhierarchie (Dalits) oder gehört zu den sogenannten *scheduled castes*, *scheduled tribes* oder *other backward classes*. Gerade für diese Gruppen bedeutet die Urbanisierung einerseits einen möglichen Ausweg aus historisch gewachsenen ländlichen Abhängigkeiten und den Folgen der Agrarkrise. Andererseits entstehen mit den überwiegend informellen Beschäftigungsverhältnissen in der städtischen Ökonomie neue Formen der Ausbeutung und Entfremdung. Dass Kastenzugehörigkeit und Landbesitz sowie die damit verbundenen Urbanisierungserfahrungen nicht a priori bestimmbar sind und auch untere soziale Gruppen in städtischen Transformationsprozessen zu politischer Dominanz und materiellem Wohlstand gelangen können, wird später näher ausgeführt (siehe auch D'Costa/Chakraborty 2017).

Um die spezifische Form der Raumproduktion im AP zu fassen, schlage ich ein relationales Raumverständnis vor. Raum ist dann kein passiver, materieller Container, sondern ein soziales gesellschaftliches Produkt, das gesellschaftliche Verhältnisse ebenso widerspiegelt wie auch reproduziert (Lefebvre 1991). Ein materialistisches Raumverständnis fasst die kapitalistische Raumproduktion einerseits als Strategie zur Verbesserung und Erschließung neuer kapitalistischer Produktions- und Akkumulationsweisen, zum Beispiel über die Bereitstellung von Flächen für private Stadtentwicklungsprojekte. Andererseits sind räumliche Aktivitäten auch Strategien der sozialen Reproduktion, beispielsweise zum Erhalt individueller Subjekte, der Klassenstruktur mit ihren Hierarchien und ideologischen Legitimierungsweisen (Sevilla-Buitrago 2022: 13 f.; vgl. Belina 2013; Castells 1977). Sie dienen also der Sicherstellung einer „kohärenten sozialen Basis“ innerhalb einer kapitalistischen Ordnung, die inhärent destabilisierend und krisenhaft ist (Sevilla-Buitrago 2022: 3, Übers. d. A.). Wie Wendy Brown (2009: 40) schreibt, sichern ökonomische Politiken erst in ihrer Kombination mit Ideologien, Werten und Rationalitäten den Erhalt des neoliberalen Kapitalismus. Urbanisierung ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein empirischer Befund. Das Urbane insgesamt dient als analytische Heuristik, um die räumlich vermittelten und lokalisierbaren Aushandlungsprozesse zwischen global-abstrakten Prozessen einerseits und der Alltagswelt andererseits sichtbar zu machen (Lefebvre 2003).

Infolge dieser Überlegungen stellen Landenteignungsgesetze und -politiken keine neutralen oder technischen Instrumente dar. Eingebettet in

kapitalistische Verhältnisse, kommen Landenteignungsgesetzen und -politiken mindestens zwei Funktionen zu: erstens die Ermöglichung und Sicherstellung kapitalistischer Produktion und Akkumulation und zweitens die Reproduktion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Die Organisation, Ordnung und Enteignung von Boden kann also nicht unabhängig von Klasseninteressen und Einhegungsversuchen von subalternen Gruppen gedacht werden (vgl. Chatterjee 2008; Sanyal 2014) und ist damit immer Ergebnis historisch-spezifischer Kräfteverhältnisse. So schreibt Stefan Kipfer (2008: 200 ff.) beispielsweise, dass die kapitalistische Raumproduktion zur Konsolidierung staatlicher Macht und kapitalistischer Ausbeutungs- und Verwertungsweisen stets auch subalterne Forderungen und Interessen inkorporiert. Vor diesem Hintergrund verstehe ich den neoliberalen autoritären Urbanismus als eine spezifische Phase kapitalistischer Raumproduktion, die sich von der bürgerlich-demokratischen Form der Konsensherstellung tendenziell durch ihre autoritäre, nationalistische und antidemokratische Ausrichtung unterscheidet. Der neoliberale autoritäre Urbanismus bezeichnet vorläufig eine bestimmte Form der Regulierung, des Designs und der diskursiven Konstruktion von Räumen, welche auf die Durchsetzung, Festigung und Bearbeitung des neoliberalen Projekts jenseits subalternen Zugeständnisse über ein Bündel repressiver, autoritärer und marktbasierter Strategien abzielen sowie mittels nationaler Erzählungen operiert.

Boden- und Enteignungspolitik sind Teil und Voraussetzung des indischen Urbanismus. In meinem Beispiel ordnen LPS den Raum und bereiten ihn für urbane Nutzungen im Kontext von Stadterweiterungsprojekten vor. Enteignung verstehe ich deshalb als eine spezifische urbane Praxis, die nicht nur abstrakte urbane Räume und deren Inwertsetzung überhaupt erst ermöglicht, sondern zugleich die Widersprüche kapitalistischer Raumproduktion mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen und Interessen navigiert und dabei eine potenziell regimestabilisierende Funktion einnehmen kann. Enteignung ist entsprechend nicht nur ein politischer Prozess, der Klassenverhältnisse verhandelt, sondern hat eine zutiefst räumliche Dimension (vgl. Sevilla-Buitrago 2015). Innerhalb dieses theoretischen Rahmens analysiere ich im Folgenden den Aufstieg marktbasierter Enteignungsinstrumente unter der BJP.

4. Die Abkehr vom inklusiven Neoliberalismus

Für ein Verständnis der Enteignungspolitik in Indien kommt der Genese und Transformation des Landerwerbsgesetzes eine zentrale Rolle zu. Bis 2014 wurde privater Boden über den sogenannten Land Acquisition Act, 1894 (LAA 1894) enteignet. Das während der Kolonialzeit durch die britische Besatzungsmacht verabschiedete Gesetz schuf die Grundlage für den Bau des Eisenbahnsystems und die Entwicklung militärischer und administrativer Gebiete. Nach Indiens Unabhängigkeit blieb das Landerwerbsgesetz noch bis 2013 unverändert bestehen. Im Folgenden skizziere ich zunächst die Gründe für die Abkehr vom LAA 1894 und die Verabschiedung des Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act, 2013 (LARR Act 2013). Anschließend zeichne ich nach, wie die BJP-geführte Regierung das zweite Landerwerbsgesetz zu kippen versuchte, und infolgedessen marktbasierende Landerwerbsinstrumente eine Stärkung erfuhren.

Unter dem ersten Premierminister Jawaharlal Nehru, nach der Unabhängigkeit 1947, ermöglichte beziehungsweise vereinfachte der LAA 1894 den Bau öffentlicher Dämme und Industriegebiete sowie die Realisierung von Bergbauanlagen für die Kohle- und Stahlförderung. Unter den einst herrschenden planwirtschaftlichen Bedingungen verblieb das enteignete Land in staatlichen Händen (Levien 2018: 33 ff.). Der LAA 1894 war für Nehrus angepriesene industrielle Revolution samt seinem Versprechen, Millionen von Bäuer_innen von den Feldern in die Fabriken zu bringen, unerlässlich. Obwohl Nehru um den hohen Preis seiner Vision wusste, würde der kommende Wohlstand, so die verbreitete Erzählung, den potenziellen Schmerz der Landbevölkerung langfristig rechtfertigen (Sanyal 2014: 152).

Ab den 1980er-Jahren geriet das volkswirtschaftliche Wachstum nicht nur in Indien ins Stocken. Mit der Abkehr des Washington-Konsensus und den vereinten Bestrebungen internationaler Finanzinstitutionen und nationaler Kapitalfraktionen begann der lange Weg der wirtschaftlichen Liberalisierung und marktwirtschaftlichen Öffnung des Landes. Die staatliche Planungshoheit mit ihren inländischen Großbetrieben, Fünfjahresplänen und stark eingegrenzten ausländischen Investitionen wurde zwischen den 1980er- und 2000er-Jahren deutlich verringert und Indiens Wirtschaft wurde entsprechend einer privatkapitalistischen beziehungsweise neoliberalen Wirtschaftsweise umstrukturiert. In dessen Folge erlebten große Teile Indiens eine Öffnung der

Märkte, die Deregulierung von ausländischen Direktinvestitionen und eine Aufweichung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren sowie die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen. Während einige Städte zu ökonomischen Motoren im globalen neoliberalen Wettlauf um Kapital wurden, sorgte der LAA 1894 zu diesem Zeitpunkt für ausreichend Nachschub an Boden, für Investitionen und Kapitalakkumulation, die sich nunmehr weniger in Industrieprojekten, sondern privaten Stadtentwicklungs- und Infrastrukturprojekten materialisierten. Anders als in den Jahrzehnten davor verblieb das Land nicht beim Staat, sondern wurde an Unternehmen und internationale Investoren weitergereicht. Kurzum, der Staat enteignete im Namen des Kapitals (Levien 2018: 43 ff.).

Unter dem beschönigenden Begriff des „Gemeinwohls“ ließ sich die Landbevölkerung gegen eine geringe monetäre Entschädigung und ohne Maßnahmen zu ihrer Rehabilitierung und Umsiedlung mühelos enteignen, galten zu dieser Zeit doch auch private Entwicklungsprojekte mehrheitlich als im allgemeinen Interesse stehend. Als Überbleibsel kolonialer Herrschaft war der LAA 1894 nicht minder provokant und tatsächlich schon seit Längerem Gegenstand des Unmuts. Proteste von sozialen Bewegungen und Teilen der Agrarbevölkerung und die wachsende Unzufriedenheit mit den Folgen der Neoliberalisierung (bei fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten, sinkenden Einkommen und steigenden Produktionskosten sowie knapperen staatlichen Zuwendungen) seit den 2000er-Jahren mündeten schließlich in einer Gesetzesänderung durch die unter Führung der Kongresspartei regierende United Progressive Alliance (UPA, 2004 bis 2014) (Banerjee 2017; Bhagat-Ganguly 2020). Nach zähen Verhandlungen präsentierte die Mitte-links-Koalition den Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act, 2013 (LARR Act 2013) (D’Costa/Chakraborty 2017; Sampat 2013). Das Gesetz sollte mit seiner Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung, Konsensklausel und höheren materiellen Entschädigungszahlungen als Zugeständnis an die Agrarbevölkerung dienen.

Der LARR Act 2013 verkörpert die widersprüchliche Rolle des indischen Staates infolge der ökonomischen Liberalisierung: indem er einerseits seiner liberal-demokratischen Verantwortung als gebender Staat und andererseits den Forderungen der herrschenden Klasse nach einer Vertiefung der kapitalistischen Entwicklung durch marktorientierte

Reformen gerecht werden wollte (D'Costa/Chakraborty 2017: 18; Nielsen/Nilsen 2017: 133). Auch mit anderen Sozialgesetzgebungen im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversorgung tat sich die Regierung hervor, ohne jedoch vom vorherrschenden Neoliberalisierungskurs abzukommen. Diese „neue Rechteagenda“ (Ruparelia 2013) richtete sich an jene sozialen Gruppen, die am stärksten unter der neoliberalen Umgarnung des Landes zu leiden hatten. Zeitgleich schloss die Regierung neue Allianzen mit subalternen Gruppen und ihren zentralen Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft und Aktivismus, beispielsweise indem sie in den legislativen Prozess einbezogen wurden (Nilsen 2018: 654).

Wenngleich dieser inklusive Neoliberalismus Indiens Wachstum ein menschliches Antlitz („human face“) geben sollte (Das 2013), geriet er mit der Wahl der BJP rasch ins Wanken. Zumindest im Bereich der Bodenpolitik zeigt sich, dass die Regierung Modi von der Politik der materiellen Zugeständnisse und der partiellen Inkorporierung subalternen Forderungen nach Umverteilung und Anerkennung deutlich Abstand nahm (Nielsen/Nilsen 2017). An die Stelle wohlfahrtsstaatlicher Gesetze trat eine autoritäre Politik, welche über die Anrufung subalternen Aspirationen, eine Sprache des Unternehmertums und privatwirtschaftlichen Fortschritts sowie einer hindunationalistischen Rhetorik und Gewalt vor allem gegen die muslimische Bevölkerung und politisch Andersdenkende operiert (ebd.).

Der Ablösung der United Progressive Alliance durch die BJP folgte die Abkehr vom inklusiven Neoliberalismus, welcher Konsens zum neoliberalen Projekt über Sozialreformen und Gesetze für stark marginalisierte Gruppen herstellte und sozioökonomische Ansprüche rechtlich einklagbar machte (Ruckert 2006). Der unter der UPA mühselig ausgehandelte LARR Act 2013 wurde als eine der ersten Maßnahmen noch im Dezember 2014 über eine Verfügung Modis torpediert. Der BJP und den Kapitalfraktionen war besonders die Sozialverträglichkeitsprüfung und Zustimmungsklausel ein Dorn im Auge. Sie machte das neue Gesetz *ineffizient* (Ramesh/Khan 2015: 128). Die mit Anführer_innen der Bäuer_innenbewegungen ausgehandelten Entschädigungs- und Rehabilitierungsmaßnahmen galten, in anderen Worten, als zu teuer für den Staat und zu langwierig für private Entwickler. Mit der versuchten Rücknahme des Gesetzes nahm die BJP sogar den Widerstand der in der Breite mobilisierten Bevölkerung in Kauf (Jenkins 2017: 322). Der Oberste Gerichtshof verhinderte kurzerhand die angestrebte Gesetzesänderung

und erklärte Modis Verfügung für ungültig. Modi wurden Modis Bemühungen zur „größten Peinlichkeit“ seines ersten Regierungsjahrs auserkoren (Mukhopadhyay 2015).

Obwohl Modi den LARR Act 2013 nicht kippen konnte, veränderte sich Indiens Landerwerbspolitik in den Folgejahren drastisch. Modi appellierte an die Bundesstaaten, ihre eigenen rechtlichen Grundlagen zum Landerwerb zu schaffen. Auf keinen Fall dürfte das Gesetz in seiner ursprünglichen Form umgesetzt werden. Der Aufforderung an die Bundesstaaten folgten teilweise bedeutsame Eingriffe in die Grundarchitektur des LARR Act 2013. Beispielsweise strich der BJP-geführte Bundesstaat Gujarat im Jahr 2016 durch seine eigene Gesetzgebung zum Landerwerb die soziale Folgenabschätzung und Zustimmungsklausel. Das ebenfalls BJP-geführte Karnataka präsentierte im Jahr 2019 sein Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Karnataka Amendment Bill. Enteignungsmaßnahmen für Militär, Infrastruktur oder Bewässerung bedürfen in diesem Bundesstaat seither ebenfalls keiner sozialen Folgenabschätzung und Zustimmungsklausel mehr (Srivastava/Sethi 2019). Modis Übertragung der Entscheidung über Landerwerb an die Bundesstaaten nennt Rob Jenkins einen strategischen Föderalismus, der es Bundesstaaten erlaube, unter einem gemeinsamen nationalen Ziel zu handeln und sich gleichzeitig Autonomie im Bereich ihrer Bodenerwerbspolitik zu verschaffen (Jenkins 2018).

Die Auseinandersetzungen um den LARR Act 2013 bringen das Ringen gesellschaftlicher Kräfte um die zukünftige Form neoliberaler Politik in Indien zum Ausdruck. Mit der BJP setzte sich schlussendlich eine „Wachstumskoalition“ durch, unter der sich von rechtlich verbrieften und materiellen Zugeständnissen an die Agrarbevölkerung zugunsten einer Liberalisierung und Dezentralisierung der Bodenpolitik verabschiedet wurde.

5. Die Wiederentdeckung marktbasierter Enteignungsinstrumente

In den Folgejahren kam es zu einer Hinwendung zu sogenannten markt-basierten Landerwerbsinstrumenten auf Landes- und Bundesebene. Mit ihnen entstand eine Alternative zum, wie es von der BJP formuliert wurde, „drakonischen“ LARR Act 2013 (Business Standard 2015). Land und Landenteignung, so auch das internationale Signal der BJP beim

Im Zwang der Nation?

Weltwirtschaftsforum in Davos, solle unter keinen Umständen ein Hindernis für Investitionen sein.

Schon viel früher empfahlen internationale Finanzinstitutionen Indien eine Stärkung sogenannter „Town Planning Schemes“ als unabdingliche Alternative zum Landerwerbsgesetz (Jain 2019). Diese wurden unter britischer Herrschaft zur Steuerung der Stadterweiterung implementiert, verloren nach der Unabhängigkeit aber wieder an Bedeutung (Spodek 2013). Town Planning Schemes, auch bekannt als Land Readjustment oder Land Pooling, funktionieren weltweit nach einer ähnlichen Logik (Hong/Needham 2007; Sampat/Sunny 2016): Sie berechtigen Kommunen zum Erwerb von Eigentumsrechten ohne den Gebrauch von unpopulären Enteignungsgesetzen. Anstatt einer finanziellen Entschädigung übertragen die Landbesitzer_innen nur vorübergehend ihre Eigentumsrechte an den Staat. Der Staat verwendet einen Teil des Landes anschließend, um öffentliche Infrastruktur wie Straßen und Freiflächen zu realisieren, und gibt den anderen Teil des Landes – oder ein vergleichbares Stück Land – als bewirtschaftete und umgewandelte Fläche zurück an die ursprünglichen Eigentümer_innen. Diese können dann wählen, ob sie ihr umgewandeltes Land behalten oder es zu einem voraussichtlich höheren Marktwert auf dem freien Markt verkaufen wollen. Das Land hat durch den Nutzungswandel einen Wertzuwachs erfahren, der im Fall eines Verkaufs, so das Versprechen, höher liegt als der reguläre Marktpreis für Agrarland und die üblicherweise gezahlten Entschädigungen.

Obwohl die Teilnahme an LPS *freiwillig* geschehen soll, sehen Ausnahmeklauseln vor, Landbesitzer_innen bei Nichtteilnahme zu enteignen. Die in der indischen Hauptstadt Delhi im Jahr 2022 verhandelte Land Pooling Policy sieht weiterhin vor, dass bis zu 30 Prozent der Eigentümer_innen innerhalb eines bestimmten Gebiets zur Zusammenlegung ihres Landes rechtlich verpflichtet werden, sobald sich mindestens 70 Prozent der Eigentümer_innen freiwillig an der Maßnahme beteiligen. In Ausnahmefällen wäre auch eine „obligatorische Zusammenlegung von Grundstücken“ ohne Erreichen der Mindestbeteiligungsschwelle möglich (The Indian Express 2022). Land Pooling ist für den Staat günstiger, da er sich die Kompensationszahlungen spart, welche über den spekulativen Marktpreis an die Landeigentümer_innen ausgezahlt wird (vgl. Levien 2011). Bereits 2007 empfahl die Weltbank dem indischen Staat grundlegende Reformen seiner unterentwickelten und verzerrten Landmärkte (Fafchamps et al. 2007), um die anhaltende Abhängigkeit von

der Enteignung als vorherrschendes Mittel zum Landerwerb zu überwinden. Ziel war es, „die nächste Phase des indischen Wirtschaftswachstums einzuleiten“ (Bhatia 2021: 3).

Land Pooling Schemes (LPS) reduzieren die Abhängigkeit von Investoren und Entwicklern vom staatlichen LARR Act 2013. Diese Abhängigkeit bestehe, da die Bodenmärkte in Indien aus kapitalistischer Sicht unterentwickelt seien und nicht reibungslos funktionierten (Levien 2018: 49-51). Kopfschmerzen bereiteten Investor_innen und Entwickler_innen die unklaren und unvollständigen Eigentumsverhältnisse und der Mangel an Landtiteln, die regelmäßig zu Konflikten zwischen Investor_innen und Landbesitzer_innen führten. Nicht selten sorgten Landverkäufe zudem für Zerwürfnisse innerhalb der Familien und den Dorfgemeinschaften. Eine gemeinsame Entscheidung zum Landverkauf kann in anderen Fällen wegen unterschiedlicher Interessen der einzelnen Familienmitglieder nicht getroffen werden. Diese und weitere Konflikte gestalten Landkäufe potenziell zu langatmigen Angelegenheiten. Vermeintlich schnelle Investitionen werden für Investor_innen zur Geduldsprobe. Michael Levien (2015: 149) schreibt, dass der „imperfekte“ Bodenmarkt eine Akkumulationshürde für das Kapital darstellt, die vom staatlichen Gewaltmonopol mittels Enteignung aufgefangen wird. Obwohl der Staat die neoliberalen Investitionen in die gebaute Umwelt erst ermöglicht, liegt die Enteignung selbst wegen der Gefahr bäuerlichen Protests und Widerstands sowie finanziellen Unsicherheiten nicht im Interesse des Kapitals.

Das Aufkommen marktbasierter Landerwerbssinstrumente wie die LPS in Indien kann folglich als eine Reaktion auf die sinkende gesellschaftliche Akzeptanz der Landenteignung und die für Kapitalfraktionen prekären Bodentransaktionsbedingungen unter Modi zurückgeführt werden. Es ist keineswegs so, dass LPS aber ausschließlich ein Instrument der BJP-Regierung sind, das sonst nie das Licht der Enteignungswelt erblickt hätte. Gerade auf der Ebene der Bundesstaaten, also der Ebene, auf der Enteignung umgesetzt wird, begrüßten Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum die Hinwendung zu LPS. Bisher habe ich den gesellschaftspolitischen Kontext nachgezeichnet, der die wachsende Beliebtheit alternativer Instrumente zur Enteignung von Boden mit begünstigte. In den folgenden zwei Abschnitten werde ich die Logik von LPS und ihre Funktion für Indiens neoliberalen autoritären Urbanismus am Beispiel der *Bidadi Smart City* in der Metropolregion Bangalore im

südindischen Karnataka erläutern und vertiefen. Dieses Fallbeispiel ergänze ich durch kursorische Verweise auf empirische Untersuchungen zu *Amaravati*, einer geplanten neuen Hauptstadt für den an Karnataka angrenzenden Bundesstaat Andhra Pradesh.

6. Eine Smart City für Bangalore

Im Zuge des massiven Wachstums der Hauptstadt Bangalore im Bundesstaat Karnataka wurden 2006 Pläne für fünf sogenannte „Integrated Townships“ vorgestellt. Die Vision für diese neuen Planstädte entstand unter Premierminister H. D. Kumaraswamy von der Partei Janata Dal (Secular) – einer vor allem in Karnataka aktiven Partei, die aus einer Abspaltung der Janata Party hervorgegangen ist und ihre politische Basis in der Landwirt_innenkaste der Vokkaliga hat, eine in Karnataka dominante Kaste von Landeigentümer_innen. Die fünf Planstädte sollten ein Gegengewicht zu Bangalore bilden, um die wachsende Metropole, die unter großen Verkehrsproblemen leidet, zu entlasten und frisches Kapital in den ländlichen Raum zu bringen. Die Township nahe der südlich von Bangalore gelegenen Stadt Bidadi sollte ursprünglich ein Wissens- und Technologiezentrum werden. N. Sriraman, Commissioner der Bengaluru Metropolitan Region Development Authority (BMRDA), versprach: „Die [Bidadi Township] wurde von Vorhaben in Ländern wie China, Singapur und den USA inspiriert. Von der Größe her ist sie eines der größten Township-Projekte in Indien.“ (Johnson 2006; Übers. d. A.) 29.000 Menschen, vor allem Kleinbäuer_innen, so die anfängliche Schätzung, würden von dieser Entwicklung auf der grünen Wiese betroffen sein und rund 9.179 Hektar Agrarland erworben werden müssen. Die Idee, fünf sektorspezifische Townships zu errichten, wurde jedoch rasch wieder wegen der monosektoralen Ausrichtung verworfen – jene einer Township in Bidadi jedoch nicht: Die BMRDA beschloss, die bisherige Township-Planung zu modifizieren und mittels einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit dem Entwickler Delhi Land & Finance (DLF) in eine Smart City umzuwandeln. Mit der nationalen „Smart City Mission“ in Indien, so Christian Eichenmüller, Max Münßinger und Georg Glasze (2021), zielen Smart-City-Projekte auf eine technologische und von den Ideen der Kybernetik inspirierte Moderne (ebd.: 52), deren neue *Kommando- und Kontrollzentren* nicht nur die Probleme der alten Stadt zu lösen versprechen, sondern neue Akkumulationsmöglichkeiten eröffnen. Die globale Finanzkrise 2008/09 brachte jedoch auch dieses

Projekt zum Erliegen, da der Entwickler kurzerhand aus dem Projekt ausstieg. Auch die Ankündigung der auf nationaler Ebene regierenden Kongresspartei im Jahr 2011, das koloniale Landerwerbsgesetz grundlegend zu überarbeiten, ließ die Realisierung der Bidadi Smart City immer unwahrscheinlicher werden. Zu teuer, so die Befürchtung, würde die Landenteignung werden. Für die zu diesem Zeitpunkt in Karnataka regierende BJP war dies ein weiterer Grund, die von der Vorgängerregierung übernommenen Planungen noch zögerlicher voranzutreiben.

Unter Karnatakas Premierminister Siddaramaiah von der Kongresspartei kam es 2015 zu einer grundlegenden Wende: Das Land für die Smart City Bidadi, so der neue Vorschlag, sollte über ein LPS erworben werden. Gleich mehrere Herausforderungen versprach es zu lösen: Erstens versuchte der Bundesstaat Karnataka, wie andere Bundesstaaten auch, mit LPS das neue nationale Landerwerbsgesetz zu umgehen. Zweitens erhofften sich Politik und Planung, die zunehmende Mobilisierung der Agrarbevölkerung in Bidadi gegen die Landerwerbspläne und die geringen Entschädigungszahlungen einzudämmen. Denn obwohl die Entschädigungszahlungen im Rahmen des LARR Act 2013 steigen sollten, entsprachen sie immer noch nicht den Erwartungen und Forderungen der lokalen Landeigentümer_innen in Bidadi, die sich in einer Sangha – einer Selbsthilfegruppe der Agrarbevölkerung – organisiert hatten. Das LPS war für sie wesentlich attraktiver, denn es versprach eine Beteiligung an den massiven Bodenpreissteigerungen in Bangalores Peripherie.

Bisher lässt sich festhalten, dass LPS unabhängig von Partei und politischem Spektrum auf Bundesebene zu einer attraktiven Alternative zum konventionellen Landerwerb geworden sind und dazu dienen, ländliche Mobilisierung gegen Enteignung zu adressieren. Auf das hegemoniefördernde Potenzial von LPS werde ich in den folgenden Abschnitten näher eingehen: Einerseits diskutiere ich, wie LPS die Agrarbevölkerung individualisieren und Gewalt verschleiern; andererseits, wie LPS von einem Narrativ begleitet werden, das auf eine diskursive Versöhnung von städtischen Kapitalfraktionen und der landbesitzenden Agrarbevölkerung abzielt – die aber aufgrund der starken Differenzierung der Agrarbevölkerung letztlich kaum gelingt beziehungsweise bestehende Polarisierungstendenzen weiter verstärkt.

7. Die Verschleierung gewaltvoller Enteignung durch freiwillige ökonomische Markttransaktionen

Politik, Planung, Wirtschaft, aber auch Nichtregierungsorganisationen und agrarische Lobbygruppen stellten große Erwartungen an LPS. Dazu gehörte die Überzeugung, dass LPS einen *effizienten, gerechten* und „mehr oder weniger reibungslosen Erwerb“ von Land erlauben würden (Sasi/Iyer 2015; Übers. d. A.). Im Folgenden beschreibe ich, wie LPS das Verhältnis zwischen staatlicher extraökonomischer und ökonomischer Gewalt in der Landenteignung grundlegend neu justieren. Mit Karl Marx ließe sich sagen, dass mit marktbasieren Landerwerbinstrumenten der „stumme Zwang ökonomischer Verhältnisse“ (für eine Diskussion, siehe Mau 2021) in die Enteignungspolitik Einzug erhält. Anstelle eines regulierenden Staates, der Akkumulationshürden mittels staatlicher Gewalt, ideologischer Rechtfertigungsmuster und monetärer Kompensationszahlungen überwindet und Land von Agrar- an Kapitalgruppen überträgt (vgl. Levien 2018), treten fortan ökonomische Mechanismen in den Vordergrund, mittels derer Agrargruppen selbst für die Enteignung ihres Landes in Verantwortung stehen (sollen).

Deutlich werden die Konsequenzen dieser Neuausrichtung in der Enteignungspolitik über eine begriffliche Annäherung: Enteignung bestimmt allgemein die Trennung von Land oder anderen Formen des Privateigentums von einer Person, ungeachtet deren Willen. Innerhalb kapitalistischer Verhältnisse wandeln sich Funktion und Form der Enteignung beständig: Karl Marx argumentierte, dass die gewaltvolle private Aneignung des Gemeindelandes für industrielle Zwecke ein vorübergehendes Phänomen sei, welches im entwickelten Kapitalismus von der nominalen Freiheit abgelöst würde und schließlich über den „stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse“ operiere (Nichols 2021: 250 f.). Diesen Gedanken der sogenannten *ursprünglichen Akkumulation* konterte David Harvey mit dem Verweis auf die anhaltende Enteignung im neoliberalisierten Kapitalismus als eine Krisenbewältigungsstrategie gegen periodische Überakkumulationskrisen. Noch heute, so Harvey, inkorporiere der Kapitalismus vormals nicht kommodifizierte gesellschaftliche Späher für die Erschließung neuer Märkte, ob mittels Gewalt, Betrug und Raub oder ökonomisch-persuasiver Mittel (Harvey 2005: 139-147). Anders als Marx oder Harvey wendet Michael Levien (2018) Enteignung politisch als ein soziales Verhältnis gewaltvoller Umverteilung zwischen

Klassen, welche durch den Staat durchgeführt und ideologisch über das „Gemeinwohl“ oder „Entwicklung“ legitimiert wird.

Folgt man diesen Konzeptionen der Enteignung im Kontext von LPS, benötigt es jedoch eine etwas schärfere Unterscheidung zwischen der ökonomischen und extraökonomischen Sphäre. Marx, Harvey und Levien definieren Enteignung überwiegend über extraökonomische Mittel, auch wenn für sie außer Frage steht, dass auch marktgesteuerte Grundstückstransaktionen auf Gewalt und Zwang beruhen können (vgl. Levien 2018: 241, Fußnote 10). LPS enteignen über die Markttransaktionen als Modus Operandi und verschleiern damit tendenziell Elemente des Zwangs und der Gewalt. LPS setzen sogar gezielt auf die aktive Beteiligung der Landeigentümer_innen, die sogar über soziale und familiäre Netzwerke andere Menschen von einer Teilnahme überzeugen (Upadhya 2020). Mit Hall ließe sich argumentieren, dass die Verschleierung der gewaltvollen Seite von LPS auf einen hegemonialen Alltagsverstand zurückgeht, der Markttransaktionen als „gewöhnliche“, „wirtschaftliche“ Käufe, Pachtverträge oder Verträge deutet. Die politische, rechtliche und zwangshafte Macht, welche die Landbesitzer_innen in diesen Transaktionen durchdringt, bleibe deshalb unbestimmt (Hall 2013: 1594). Michael Webber geht sogar noch weiter: Die Bereitschaft der Landbevölkerung, ihr Land zu verkaufen, kann unter den herrschenden Machtverhältnissen, die zu Armut und Ungleichheit in ländlichen Räumen führen, kaum freiwillig sein (Webber 2008: 396). Landverkäufe sind für die Agrarbevölkerung besonders in periurbanen Kontexten nicht nur eine proaktive Maßnahme, sondern auch Ergebnis steigender Bodenpreise und rückläufiger Einkommen aus der Landwirtschaft (Raman 2016). Die Konsequenzen dieser Hinwendung zu ökonomischen Mitteln verbirgt die Gewalt von Land Pooling. Da auch die reine Androhung von zwanghafter Enteignung als Gewalt gesehen werden kann, muss die Öffnungsklausel in LPS als extraökonomisches Element eingeordnet werden.

Nach der Teilübertragung des zusammengelegten Landes an die Landeigentümer_innen können diese das Land entweder behalten oder an Investoren oder Entwickler zum Marktpreis veräußern. Land Pooling beruht auf der Prämisse, dass dieser Marktpreis für den zurückgegebenen Teil des Landes höher liegt als die Kompensationszahlung einer Enteignungsmaßnahme. Zu welchen Einhegungsformen führt nun dieser Mechanismus und mit welchen Folgen für die Agrarbevölkerung?

Im Zwang der Nation?

Kurz nachdem die ersten Pläne für eine neue Planstadt in Bidadi im Jahr 2006 bekannt wurden, organisierten sich 700 bis 800 Landeigentümer_innen, um gegen den Landerwerb zu mobilisieren. Zu diesem Zeitpunkt galt noch der bereits erwähnte Land Acquisition Act von 1894 mit seinen minimalen Entschädigungszahlungen. Die Selbsthilfegruppe („Sangha“) war insofern besonders, als dass sie Landeigentümer_innen aus unterschiedlichen Kasten (von Brahmanen bis zu den Vokkaligas) zusammenbrachte. Ihr Erfolg bei der Verhinderung von Landerwerb in der frühen Planungsphase beruhte auch auf einer detaillierten Karte des gesamten Planungsgebietes, in der alle Häuser, Felder, Tiere, Pflanzen und Bäume verzeichnet waren. Der hohe Detaillierungsgrad dieser Aufzeichnung wurde durch einen Hubschrauberflug und Filmaufnahmen erreicht. Vor dem Bundesgericht argumentierte der Anwalt der Gruppe erfolgreich, dass die Planung die ökologischen Grundlagen für Viehzucht und Landwirtschaft und damit die Lebensgrundlage der Landeigentümer_innen dauerhaft zerstören würde.

Während in dieser ersten Phase alle Landbesitzer_innen ein geteiltes Interesse hatten, nämlich die Enteignung und den möglichen Verlust des Landes zu verhindern beziehungsweise eine vielversprechende Investition zu tätigen, zerbrach die von einigen Landeigentümer_innen empfundene „Einheit“ wieder. Die Desintegration der bäuerlichen Bevölkerung begann mit der Verkündung des LPS für Bidadi. Land wurde somit zum Versprechen auf städtischen Landbesitz. Je nach Kasten- und Klassenzugehörigkeit sowie Landbesitz änderte sich die Einstellung zur nun geplanten Smart City. Besonders jene Gruppen mit viel Land wurden zu führenden Unterstützer_innen und distanzierten sich von ihrer ursprünglichen Opposition (Balakrishnan 2013). Mit der Aussicht auf LPS standen die Landeigentümer_innen somit nicht mehr vor der Wahl, für oder gegen Enteignungen zu sein. Nach der erfolgreichen Mobilisierung der Sangha änderte sich lediglich die Form der Enteignung. Die Reaktion in Bidadi zeigt somit das teilweise Scheitern der Integrationsversuche durch die LPS und die Herausbildung einer weiteren Polarisierung entlang von Kaste und Landbesitz.

Während der Agrarboden in Bangalore einem Verkaufsstopp unterzogen wurde und die landbesitzende Bevölkerung nun seit einer Dekade auf die tatsächliche Realisierung der Smart City warten muss, lässt sich am Beispiel der Planstadt Amaravati weiterhin verdeutlichen, wie Land

Pooling die Agrarbevölkerung an das freie Spiel kapitalistischer Kräfte übergibt und damit die Gewalt der Enteignung über Eigenverantwortung und Entscheidungskraft gänzlich verschleiern. Mit Blick auf den Bundesstaat Andhra Pradesh möchte ich daher vertiefend auf die Entstehung neuer materieller Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten eingehen, die nicht wie in Bangalore *vor*, sondern *nach* der Realisierung von LPS entstehen können. Andhra Pradesh war einer der ersten Staaten, der ein Land Pooling Scheme in der jüngeren Vergangenheit implementierte. Nach der Teilung des Bundesstaates im Jahr 2014 wurde in den Folgejahren auf einer Fläche von rund 38.000 Acre (rund 154 km²) Agrarland die neue Landeshauptstadt und bald „größte Stadt Indiens“ Amaravati geplant. Die Weltbank und die Asian Infrastructure Investment Bank präsentierten sich als wichtige Kreditgeber für das auf geschätzt 6 bis 7 Milliarden Dollar teure Projekt. Das Marketing versprach, Amaravati werde vergleichbar mit Singapur und anderen World-Class Cities sein. Doch als sich abzeichnete, dass die Agrarbevölkerung mehrheitlich gegen das Projekt stimmen würde, stieß die Planung rasch an ihre Grenzen. Im Rahmen des LARR Act 2013 hätten 75 Prozent der 100.000 Betroffenen in 25 Dörfern (Zahl aus dem Jahr 2011), beziehungsweise ihrer Vertreter_innen durch die *gram sabhas* (Dorfräte), für das Projekt respektive den Verkauf ihres fruchtbaren Bodens stimmen müssen. 90 Prozent der Landwirt_innen besaßen zudem nur kleine Parzellen Land, was die Wahrscheinlichkeit noch geringer machte, dass dies geschehen würde.

Um der absehbaren Ablehnung zuvorzukommen, implementierte die Regierung von Andhra Pradesh mit der Capital Region Development Authority (CRDA) ein Land Pooling Scheme. Den Landwirt_innen wurde anschließend versprochen, dass die umgelegten Grundstücke ihnen große Summen einbringen würden, sobald die neue Hauptstadt Gestalt annehme: Sobald private Investoren in Amaravati investierten, würden die erzielten Bodenpreise weitaus höher sein als jegliche monetären Entschädigungen unter dem LARR Act 2013. Im Jahr 2019 allerdings erlitt die Planung eine für die Landeigentümer_innen tragische Wendung. Nachdem bereits die Mehrheit von ihnen ihr Land an die Regierung übertragen hatte und sich baldige Profite versprochen, verlor der ehemalige Chief Minister, Chandrababu Naidu von der Telugu Desam Party, die Wahl gegen Jagan Mohan Reddy von der YSR Kongresspartei. Die neu gewählte Regierungspartei überprüfte die Pläne und beschloss eine radikale Abkehr von allen bisherigen Entwicklungsplänen zur neuen

Hauptstadt. Für die Menschen wurde das umgewidmete Land wertlos, da die versprochenen Entwickler_innen nun kein Interesse mehr an einer Investition in Amaravati hatten.

An diesem Beispiel der Planstadt Amaravati lässt sich erkennen, dass LPS Eigentümer_innen zu alleinigen Verantwortlichen ihrer Enteignung machen. Bei Nichteinlösen des spekulativen Versprechens eines prosperierenden Boden- und Real-Estate-Marktes bleibt die Agrarbevölkerung buchstäblich auf ihrem Boden sitzen. Carol Upadhyia schreibt diesbezüglich, dass Landbesitzer_innen daher einem stetigen Zocken ausgesetzt sind, „da sie nicht sicher sein können, dass der Markt in der Zukunft die erwarteten Werte erbringen wird“ (2020: 153, Übers. d. A.).

Mit der Ausweitung von Markttransaktionen nimmt die alte Form von Zwang und Gewalt, die normalerweise durch Behörden oder die Polizei repräsentiert wird, eine neue, abstrakte Gestalt an. Die „stummen Zwänge“ erscheinen dann als unpersönlich und weniger greifbar, die Abhängigkeit von ihnen wird individualisiert und im schlimmsten Fall als Schicksal abgetan.

Und so wird die unsichtbare Gewalt nationaler Stadtentwicklungspolitik zum Versprechen städtischen Eigentums und der Teilhabe am neuen urbanen Wohlstand.

8. Eine neue Versöhnungserzählung und die Konstruktion von Bäuer_innen als Partner_innen privater Stadtentwicklung

Land Pooling wandelt Agrarboden in ein spekulatives Investment und Landeigentümer_innen in „Stakeholder“ und „Investoren“ (siehe auch Upadhyia 2020). Der folgende Abschnitt argumentiert, dass sich die Anrufung der Landbevölkerung als „Partner_innen“ im Entwicklungsprozess als anschlussfähig für hindunationalistische Imperative des individuellen Einsatzes für und im Namen der Nation erwiesen hat.

Gemeinsam verbreiten Teile der Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft die Idee, dass LPS strukturelle Widersprüche und Interessengegensätze zwischen Landeigentümer_innen, dem Staat und Staatentwicklern auflösen können. In Indien geschieht dies beispielsweise durch das US-amerikanische World Resources Institute (WRI), einem wichtigen privaten Think Tank, der die Implementierung von Land Pooling Schemes innerhalb von Kommunen forciert (Mathews et al. 2018). Das WRI ist ein von der Industrie finanziertes Forschungsinstitut,

das vom selbsternannten Philanthropen Stephen M. Ross geleitet wird. Kooperierende unternehmensnahe Stiftungen stellen dafür erhebliche Mittel zur Verfügung, darunter Bloomberg Philanthropies, die Caterpillar Foundation, die Children's Investment Fund Foundation (CIFF), die Citi Foundation, FedEx, Johnson Controls, die Oak Foundation oder die Shell Foundation. Mit Bezug auf Indien argumentieren WRI und andere zivilgesellschaftliche Akteure, dass der LARR Act 2013 einen paternalistischen Staat verkörpere, welcher strukturell gegen die Interessen der Landwirt_innen und der Industrie handle. Aus dieser neoliberalen Staatskritik heraus wird für LPS argumentiert: Denn sie würden es Landeigentümer_innen erlauben, ihre individuellen Preisvorstellungen für ihr Land über Markttransaktionen zu erhalten (ebd.). Diese Argumentationsfigur lässt jedoch außer Acht, dass Landverkäufe nicht ausschließlich ökonomischen Überlegungen folgen, sondern ihnen auch soziale, kulturelle und symbolische Faktoren zugrunde liegend.

LPS werden also mit einem Diskurs verknüpft, der Landbesitzer_innen zu „Partnern am ‚kapitalistischen Wachstum‘“ macht und einen neuen Bund zwischen Bäuer_innen und dem Staat einfordert (Sathe 2016: 54, Übers. d. A.). Ähnlich wird auch im Sammelband von Sanjoy Chakravorty und Amitendu Palit argumentiert: Ein Kompromiss zwischen Landwirt_innen und dem Markt könne nur über marktorientierten Landerwerb erreicht werden. Dieser Kompromiss sei jedoch vielversprechend, da Landeigentümer_innen ihr Land behalten und es in ein geregeltes Einkommen verwandeln könnten. Als „Stakeholder oder Partner_innen“ werden also keine „Landverlierer_innen“ geschaffen – weil schließlich keine Eigentumsverhältnisse geändert würden (Chakravorty/Palit 2019: xxxi). Dieses Argument trifft allerdings nicht auf die Agrarbevölkerung zu, die so zwar kein Eigentum verliert, jedoch ihren Agrarboden und damit auch ihre landwirtschaftliche Lebensgrundlage. Das Centre for Public Policy Research betont ebenfalls, dass der Staat Landbesitzer_innen stärker ermutigen solle, zu „Akteuren des Entwicklungsprojekts zu werden“ – auch um „den Druck in Bezug auf [sie] abzubauen“ und die mit der Landenteignung entstehenden „Konflikte zu befrieden“ (Chiaravalli 2012: 8). In der Tat sind LPS besonders dann attraktiv, wenn Protest und Widerstand gegen die Landenteignung über den LARR Act 2013 gebrochen werden soll.

Die Erzählung von *Partnerschaft* und *Kompromissen* im Landenteignungsprozess fügt sich ein in einen größeren diskursiven Wandel

Im Zwang der Nation?

unter der BJP. Im Jahr 2018 verkündete Modi beim World Economic Forum in Davos, dass es „eine Frage des Stolzes sei, dass die größte Demokratie auf Erden auch die am schnellsten wachsende große Volkswirtschaft“ sei (Business Standard 2019, Übers. d. A.). Modi, der sich in Indien als *vikas purush*, als Mann der Entwicklung, verkauft, warb gleichermaßen für das neue Motto des Landes: Galt noch unter dem ersten Premierminister Jawaharlal Nehru „unity in diversity“ (Einheit in Vielfalt) als ideologischer Anker für das nationale Staatenbildungsprojekt, gilt fortan „sabka sath, sabka vikas, sabka vishwas“ (gemeinsam mit allen, Entwicklung für alle, das Vertrauen aller) (Business Standard 2019, Übers. d. A.). Dieses neue Mantra stellt die Entwicklung des Landes und die Stärke des Kollektivs nun in Abhängigkeit vom Streben jedes Einzelnen.

Im Jahr 2016 hielt Modi im Rahmen eines neuen Förderprogramms zur wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung von Dörfern eine Begrüßungsrede. Die sogenannte *Shyama Prasad Mukherji Rurban Mission (SPMRM)*, so versprach Modi, soll „das Wesen des ländlichen Gemeinschaftslebens bewahren und pflegen, wobei der Schwerpunkt auf Gleichberechtigung und Integration liegt“ (Ministry of Rural Development o. J., Übers. d. A.). Die „Rurban Mission“, so ließe sich Modis Anspruch deuten, möchte Stadt und Dorf respektive städtische Verwertungsinteressen und ländliche Abhängigkeiten von Agrarland miteinander versöhnen — eine Voraussetzung für Indiens zukünftige ökonomische Entwicklung. Galt Modi noch als „Antifarmer“ während seiner Agrar- und Bodenreformversuche, beschwört er zunehmend eine nationale Einheit über eine Anrufung der Agrarbevölkerung. Das Ländliche soll darin nicht länger als rückständig überwunden, sondern als eigenständiger Bestandteil des urbanen Kapitalismus inkorporiert werden: So sagte Modi beispielsweise weiter, die nationale ökonomische Entwicklung solle dergleichen aussehen, dass „ihre Seele in den Dörfern und die Städte ihr Körper“ sei (The Open Magazine 2016, Übers. d. A.). Unter der BJP werden weder Stadt-Dorf-Gegensätze überwunden noch Differenzen markiert – anders als in der Diskussion um die Position der Stadt und des Dorfes im *modernen* Indien während des Staatenbildungsprozesses (vgl. Jodhka 2002). Vor diesem Hintergrund deute ich LPS auch als einen Versuch der BJP, strukturelle Widersprüche zwischen städtischen Kapitalfraktionen und der Agrarbevölkerung über ein Versöhnungsnarrativ aufzufangen und unkenntlich zu machen. Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive verschleiert die Legitimierung

von Land Pooling als ein „win-win-outcome“ (Chiaravalli 2012: 8) jene kapitalistischen Machtverhältnisse, die überhaupt erst zur Enteignung von Agrarboden in ländlichen Räumen führen. Ebenso suggeriert sie eine Ebenbürtigkeit zwischen Landeigentümer_innen und Kapitalfraktionen. Obwohl die Idee der Partnerschaft zwischen Bäuer_innen, Investoren und dem Staat eher klassischen neoliberalen Erzählungen gleicht, entwickelt sie sich unter autoritären Vorzeichen tendenziell zu einem (partnerschaftlichen) Entstehen für die Nation, das zur individuellen und kollektiven Pflicht wird. Nicht „die Wirtschaft“ oder „das Allgemeinwohl“ sind hier die Orientierungspunkte, sondern „die Nation“.

Diese Partnerschaftserzählung muss, wie die empirischen Beispiele aufzeigen, letztendlich scheitern und bewirkt potenziell das genaue Gegenteil. Während die Anwendung des Landenteignungsgesetzes in Bangalore zunächst die unterschiedlichen Interessen der Landeigentümer_innen kanalisierte und die Artikulation von Protest über Kasten- und Klassenzugehörigkeit und Landbesitz hinaus begünstigte, wirkten LPS schlussendlich individualisierend und warfen Landeigentümer_innen auf ihre materielle gesellschaftliche Stellung zurück. Es bleiben also die materiellen Zwänge oder die Aussichten auf materiellen Gewinn, welche über eine Liaison zwischen Landeigentümer_innen und städtischen Kapitalgruppen entscheiden. Somit entfaltet die Partnerschaftserzählung letztlich nur eine potenziell diskursive Wirkmächtigkeit. Im Fall der neuen Hauptstadt Amaravati zeigte sich außerdem, dass die Erzählung spätestens dann zu bröckeln beginnt, sobald der Markt seiner zugewiesenen Aufgabe – den vorausgesagten Bodenpreis zu zahlen – nicht nachkommt und das Partnerschaftsversprechen einseitig aufkündigt. Insgesamt aber ist die Partnerschaftserklärung überhaupt zum Scheitern verurteilt, da LPS unter gegenwärtigen Bedingungen zu keiner „echten“ und damit einer langfristig materiellen Inkorporierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Landbevölkerung führen können.

9. Fazit: die passive Inkorporierung der ländlichen Bevölkerung

Dieser Artikel analysierte die zunehmende Implementierung sogenannter Land Pooling Schemes in Indien. Als gesellschaftliches Produkt stellte ich LPS in den Kontext ihrer historischen Genese, hegemoniefördernden Funktion und ideologischen Legitimation. Im Zuge globaler Neoliberalisierung wuchs die Popularität marktbasierter Enteignungsinstrumente als Alternative zu Landerwerbsgesetzen. Im

indischen Kontext fusionierte Land Pooling mit einem autoritär-populistischen und hindunationalistischen Projekt, durch das es ideologisch und politisch angereichert wurde.

Ich argumentiere, dass Land Pooling Schemes Bestandteil eines sich herausbildenden neoliberalen autoritären Urbanismus sind: Landenteignungen basieren im neoliberalen autoritären Urbanismus nicht mehr auf Konzessionen oder extraökonomischen Mitteln: Es ist gerade die Abkehr von Zugeständnissen und die Verschleierung der Enteignung über ökonomische Mittel, welche LPS anschlussfähig und zum prädestinierten Instrument eines neoliberalen autoritären Urbanismus macht. Hinsichtlich der Bodenpolitik zeichnet sich also eine Abkehr von materiellen und rechtlichen Zugeständnissen sowie demokratischen Verfahrensweisen zugunsten einer Verlagerung der Enteignung auf ökonomische Zwänge und Legitimation über *versöhnliche* Erzählungen von Partnerschaft. Konsensbildung durch LPS, so das zentrale Argument, funktioniert über die Ausweitung von Zwang, der einerseits aus der Vertiefung ökonomischer Verhältnisse und andererseits aus einer nicht einlösbaren Partnerschaftserzählung besteht.

Was sich als höchst anschlussfähig für einen neoliberalen autoritären Urbanismus erweist, ist also die besondere Form der Inkorporierung subalternen Agrargruppen zur Ausweitung und Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse: Diese besteht nicht länger aus Konzessionen wie grundlegender sozialer Rechte für enteignete Landeigentümer*innen, sondern aus einer versöhnlichen Anrufung der Agrarbevölkerung als Unterstützung für die nationale Entwicklung. Anders als Aysegul Can und Hugo Fanton (2022: 78) verwies ich auf die Zunahme – und nicht die Ablösung – ökonomischen Zwangs im neoliberalen autoritären Urbanismus zur Vertiefung von Marktinteressen und Schwächung demokratischer Mechanismen. LPS sind keine Erfindung der BJP, sondern werden auch von anderen Parteien befürwortet. Insbesondere die Bundesstaaten begrüßen LPS, da sie es sind, die das neu formulierte und wesentlich zeit- und kostenintensivere Landerwerbsgesetz der Vorgängerregierung umsetzen müssen. LPS wurden somit zu einem nützlichen Instrument, um Modis Abbau sozialer Rechte beim Landerwerb und die Ausweitung von Marktmechanismen für die Agrarbevölkerung schmackhaft zu machen.

Besonders hinsichtlich ihrer Form der Konsensformierung stehen LPS im starken Kontrast zu Landenteignungsgesetzen, da Letztere eine temporäre Zustimmung der Agrarbevölkerung im Moment ihrer Enteignung

beabsichtigen. Wird diese Zustimmung abgelehnt, setzt der Staat extra-ökonomische Mittel ein. LPS hingegen zielen auf einen dauerhaften gesellschaftlichen Konsens, indem die Agrarbevölkerung an die kapitalistische Spekulations- und Verwertungsweise des Bodens materiell gebunden wird. Über LPS entwickelt die Agrarbevölkerung damit *echte* materielle Interessen an der kapitalistischen Stadtentwicklung. Auf ideologischer Ebene wird die Agrarbevölkerung über eine Anrufung als Partnerin der urbanen Kapitalfraktionen versöhnt. Aus diesem Grund haben LPS tendenziell eine hegemoniereproduzierende Funktion.

Was sind die möglichen Konsequenzen dieser politischen Neuausrichtung der Bodenpolitik für die Agrarbevölkerung? Die Agrarbevölkerung wird als „Marktteilnehmende“ individualisiert und den Launen des spekulativen kapitalistischen Bodenmarktes sowie auch politischen Wandlungen (siehe den Fall Amaravati) ausgesetzt. Als „Partner_innen“ und „Investor_innen“ im Verwertungsprozess sind Landeigentümer_innern ferner nicht länger Betroffene mit einklagbaren Rechten. Die Verschiebung der Landenteignung vom staatlichen hin zum ökonomischen Zwang lässt die Enteignung nicht nur weniger bedrohlich, sondern im Zweifelsfall auch gerecht und fair erscheinen. Landenteignung, in anderen Worten, kleidet sich im Gewand einer alltäglichen Transaktion zwischen *gleichen* Marktteilnehmenden. Zuletzt sind LPS höchst selektiv, da sie ausschließlich landbesitzende Agrarbevölkerungsteile adressiert. Zusammengenommen könnte mit der Hinwendung zu marktbasierter Enteignungsmechanismen zukünftige Mobilisierung erschwert und die ohnehin heterogene Agrarbevölkerung weiter gespalten werden. Die Anrufung der Landeigentümer_innen als Partner_innen, und nicht länger Entschädigte, sowie ihre materielle Einbindung und Abhängigkeit vom spekulativen Bodenmarkt kann mit Henri Lefebvre abschließend als Strategie der „Integration mit Desintegration“ beschrieben werden, welche die Agrarbevölkerung als soziale Gruppe auflöst und gleichsam in die urbanen kapitalistischen Verhältnisse einbezieht (Lefebvre 1972: 112). Der autoritäre Gehalt der in diesem Aufsatz analysierten bodenpolitischen Wende liegt nicht in der Vertiefung der *normalen* Funktionsweise marktbasierter Stadtentwicklungspolitik. Erst vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Agrarkrise, Zerstörung von Existenzgrundlagen und fehlenden nicht landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeiten wird deutlich, dass LPS zwar Teile der Agrarbevölkerung von den Bodenwertsteigerungen profitieren

Im Zwang der Nation?

lassen und in ein städtisches Regime integrieren, letztlich aber die Gewalt und die neuen Abhängigkeiten, die dieses voraussetzt und erschafft, ausblendet. LPS lassen sich damit als autoritäre Antwort auf neoliberale Krisenphänomene beschreiben, in denen ökonomische Zugeständnisse und die Vertiefung von Marktlogiken nun noch vehementer mit ökonomischem Zwang gepanzert werden.

Die Bodenpolitik in Indien ist untrennbar mit der Agrarpolitik verbunden und hat ebenso großen Einfluss auf das Leben der ländlichen Bevölkerung. Die in diesem Artikel diskutierte Enteignungspolitik muss daher auch vor dem Hintergrund des gescheiterten Versuchs der Modi-Regierung im Jahr 2020 – dem Beginn der Covid-19-Pandemie mit seinen dramatischen sozialen und ökonomischen Folgen – ein Bündel an Agrargesetzen zu verabschieden, betrachtet werden. Die sonst garantierten Festpreise für Agrarprodukte in den staatlich regulierten und selbstverwalteten Märkten (*mandis*) sollten, so Modis Vorhaben, durch eine marktbasierete Preisbildung ersetzt werden. Gegen diese Deregulierung, die die Landwirt_innen den globalen Marktgesetzen und der freien Preisbildung auszuliefern drohte, mobilisierte eine breite Allianz trotz brutaler Repression und Anfeindungen erfolgreich. Modi sah sich schließlich gezwungen, das Vorhaben zurückzunehmen, nicht ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass die Bäuer_innen die mit der Reform verbundenen Chancen auf höhere Einkommen nicht erkannt hätten und eigentlich eine „antinationale“ Agenda verfolgten (Philipose 2020). Der Protest mehrerer Hunderttausend Landwirt_innen und ihr Marsch in die Hauptstadt Delhi schlugen zu Beginn der Covid-19-Pandemie nicht nur weltweit hohe Wellen, sondern wurden auch als erstes Anzeichen für eine Schwächung des autoritären und neoliberalen Kurses Modis gewertet (Eschmann 2020). Während die Agrargesetze scheiterten, weil sie für alle Landwirt_innen gleichermaßen zur Gefahr wurden, und dafür sogar bestehende Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse innerhalb der Agrarbevölkerung entlang von Klasse, Kaste, Ethnie und Geschlecht für ein gemeinsames Ziel kurzzeitig in den Hintergrund traten (Lerche 2021), scheint die Enteignungspolitik, wie sie dieser Artikel analysierte, seinen Weg durch die politische Hintertür in den ländlichen Raum zu nehmen. Wenn jährlich zunehmend mehr Bundesstaaten und Stadtverwaltungen LPS verabschieden, wie jüngst die Hauptstadt Delhi, wird Enteignungspolitik immer mehr zu lokalen Aushandlungsprozessen zwischen Staat, Kapital

und den heterogenen Interessen der Landbesitzer_innen. Die äußere Form der Landenteignungspolitik darf jedoch nicht über die gewaltsame Art und Weise hinwegtäuschen, mit der Menschen nicht nur ihrer Lebensgrundlagen und Produktionsmittel beraubt, sondern auch unfreiwillig an eine wenig erfolgversprechende Entwicklungsagenda gebunden werden sollen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Dieser Artikel hat stark von der sorgfältigen Durchsicht und Kommentierung durch zwei anonyme Gutachter_innen und die Redaktion profitiert. Ihnen gilt mein besonderer Dank.
- [2] Der empirische Teil dieses Aufsatzes beruht in Teilen auf zwei Kapiteln der Promotionschrift des Autors.

Autor_innen

Michael Schwind studierte Urban Studies und forscht zu Landenteignung und Grundeigentum.
johann.michael.schwind@uni-weimar.de

Literatur

- Balakrishnan, Sai (2013): Highway urbanization and land conflicts: The challenges to decentralization in India. In: *Pacific Affairs* 86/4, 785-811.
- Balakrishnan, Sai / Gururani, Shubhra (2021): New terrains of agrarian-urban studies: Limits and possibilities. In: *Urbanisation* 6/1, 7-15.
- Banerjee, Arindam (2017): Agrarian crisis and accumulation in rural India. In: Anthony P. D'Costa / Achin Chakraborty (Hg.), *The land question in India. State, dispossession, and capitalist transition*. Oxford: Oxford University Press, 101-126.
- Belina, Bernd (2013): *Raum: Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Benjamin, Solomon (2000): Governance, economic settings and poverty in Bangalore. In: *Environment and Urbanization* 12/1, 35-56.
- Bhagat-Ganguly, Varsha (2020): *The land question in neoliberal India: Socio-legal and judicial interpretations*. London: Taylor & Francis.
- Bhatia, Ankit (2021): *Tracking reforms in land leasing and change in land use: Insights from Gujarat and Karnataka*. Washington/Neu Delhi: Carnegie Endowment for International Peace.
- Breman, Jan (1996): *Footloose labour: Working in India's informal economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brenner, Neil (2015): Introduction: Urban theory without an outside. In: Neil Brenner (Hg.), *Implosions/explosions. Towards a study of planetary urbanization*. Berlin: JOVIS, 14-32.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002): Cities and the geographies of „actually existing neoliberalism“. In: *Antipode* 34/3, 349-379.

Im Zwang der Nation?

- Brown, Wendy (2009): *Edgework: Critical essays on knowledge and politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Bruff, Ian (2014): The rise of authoritarian neoliberalism. In: *Rethinking Marxism. A Journal of Economics, Culture & Society* 26/1, 113-129.
- Bruff, Ian / Tansel, Cemal B. (2019): Authoritarian neoliberalism: Trajectories of knowledge production and praxis. In: *Globalizations* 16/3, 233-244.
- Bunnell, Tim / Parthasarathy, D. / Thompson, Eric C. (2013): *Cleavage, connection and conflict in rural, urban and contemporary Asia*. Dordrecht: Springer.
- Business Standard (2015): Land acquisition ordinance is „draconian“: Mamata Banerjee. In: *Business Standard India*, 24.2.2015.
- Business Standard (2019): Modi coins new slogan – sabka sath, sabka vikas, sabka vishwas. https://www.business-standard.com/article/news-ani/modi-coins-new-slogan-sabka-sath-sabka-vikas-sabka-vishwas-119052501024_1.html (letzter Zugriff am 13.1.2023).
- Can, Aysegul / Fanton, Hugo (2022): Neoliberal authoritarian urbanism: A comparative study of new patterns of urban development in Brazil and Turkey. In: *International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies* (Hg.), *Global authoritarianism. Perspectives and contestations from the South*. Bielefeld: transcript: 77-98.
- Castells, Manuel (1977): *The urban question: A Marxist approach*. London: E. Arnold.
- Chacko, Priya (2018): The right turn in India: Authoritarianism, populism and neoliberalisation. In: *Journal of Contemporary Asia* 48/4, 1-25.
- Chakravorty, Sanjoy / Palit, Amitendu (2019): *Seeking middle ground: Land, markets, and public policy*. Oxford: Oxford University Press.
- Chari, Sharad (2004): *Fraternal capital: Peasant-workers, self-made men, and globalization in provincial India*. Stanford: Stanford University Press.
- Chatterjee, Partha (2008): Democracy and economic transformation in India. In: *Economic and Political Weekly* 43/16, 53-62.
- Chatterjee, Partha (2017): Land and the political management of primitive accumulation. In: Anthony P. D'Costa / Achin Chakraborty (Hg.), *The land question in India. State, dispossession, and capitalist transition*. Oxford: Oxford University Press, 1-15.
- Chiaravalli, Léna (2012): *Exploring alternatives to land acquisition*. Kochi: Centre for Public Policy Research.
- Cowan, Thomas (2018): The urban village, agrarian transformation, and rentier capitalism in Gurgaon, India. In: *Antipode* 50/5, 1244-1266.
- Croese, Sylvia / Pitcher, M. Anne (2019): Ordering power? The politics of state-led housing delivery under authoritarianism—the case of Luanda, Angola. In: *Urban Studies* 56/2, 401-418.
- Cross, Jamie (2014): *Dream zones: Anticipating capitalism and development in India*. London: Pluto Press.
- Das, Raju J. (2013): Agrarian crisis as the crisis of small property ownership in globalizing capitalism. In: *Monthly Review*. <https://mronline.org/2013/10/01/das011013-html/> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- D'Costa, Anthony P. / Chakraborty, Achin (2017): *The land question in India. State, dispossession, and capitalist transition*. Oxford: Oxford University Press.
- De Neve, Geert (2015): Predatory property: Urban land acquisition, housing and class formation in Tiruppur, South India. In: *Journal of South Asian Development* 10/3, 345-368.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48/190, 27-42.
- Eichenmüller, Christian / Münßinger, Max / Glasze, Georg (2021): *Das Gehirn der Smart City: Das Fortleben kybernetischer Logiken im command and control center: das Beispiel Indien*. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 9/1-2, 51-71.

- Eschmann, Aurel (2020): Von den Feldern in die Hauptstadt. Indiens Bäuer*innen im Kampf gegen Neoliberalismus und Hindunationalismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/news/id/43553/von-den-feldern-in-die-hauptstadt> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- España, Kike / Toscano, Beatriz V. (2019): Städte zu verkaufen: Prozesse der Enteignung und Praktiken der Wiederaneignung in Spanien. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/3, 7-26.
- Fafchamps, Marcel / Soderbom, Mans / Teal, Francis / Sandefur, Justin (2007): *India. Land policies for growth and poverty reduction*. Neu Delhi: World Bank.
- Fraser, Nancy (2017): The end of progressive neoliberalism. In: *Dissent* 2/1. https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser/ (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- Goldman, Michael (2020): Dispossession by financialization: The end(s) of rurality in the making of a speculative land market. In: *The Journal of Peasant Studies* 47/6, 1251-1277.
- Gramsci, Antonio (2012): *Gefängnishefte, Gesamtausgabe*. Hamburg: Argument/InkriT.
- Green, Marcus E. (2011): Gramsci cannot speak: Presentations and interpretations of Gramsci's concept of the subaltern. In: Marcus E. Green (Hg.), *Rethinking Gramsci*. London: Routledge, 80-101.
- Greer, Allan (2018): *Property and dispossession natives, empires and land in early modern North America. Studies in North American Indian history*. Cambridge/Port Melbourne: Cambridge University Press.
- Guroi, Julia / Jenss, Alke / Rodríguez, Fabricio / Schuetze, Benjamin / Wetterich, Cita (2023): Authoritarian power and contestation beyond the state. In: *Globalizations*. <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2162290>.
- Gururani, Shubhra / Dasgupta, Rajarshi (2018): Frontier urbanism: Urbanisation beyond cities in South Asia. In: *Economic and Political Weekly* 53/12, 41-45.
- Gururani, Shubhra / Kennedy, Loraine (2021): The co-production of space, politics and subjectivities in India's urban peripheries. In: *South Asia Multidisciplinary Academic Journal* 26. <https://doi.org/10.4000/samaj.7365>.
- Hall, Derek (2013): Primitive accumulation, accumulation by dispossession and the global land grab. In: *Third World Quarterly* 34/9, 1582-1604.
- Hall, Stuart (1985): Authoritarian populism: A reply to Jessop et al. In: *New left review* 151/1, 115-123.
- Hart, Gillian (1998): Multiple trajectories: A critique of industrial restructuring and the new institutionalism. In: *Antipode* 30/4, 333-356.
- Harvey, David (2005): *The new imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David (2006): Comment on commentaries. In: *Historical Materialism* 14/4, 157-166.
- Harvey, David (2007): *A brief history of neoliberalism*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Harvey, David (2018): *The limits to capital*. London: Verso.
- Hong, Yu-hung / Needham, Barrie (2007): *Analyzing land readjustment: Economics, law, and collective action*. Cambridge: Lincoln Institute of Land Policy.
- Jain, Vibhu (2019): Examining the town planning scheme of India and lessons from land readjustment in Japan. Asian Development Bank Institute. <https://www.adb.org/publications/examining-town-planning-scheme-india-lessons-land-readjustment-japan> (letzter Zugriff am 13.10.2023).
- Jenkins, Rob (2017): Advice and dissent: The federal politics of reforming India's land acquisition legislation. In: Rayaprolu Nagaraj / Sripad Motiram (Hg.), *Political economy of contemporary India*. Cambridge: Cambridge University Press, 307-330.
- Jodhka, Surinder S. (2002): Nation and village: Images of rural India in Gandhi, Nehru and Ambedkar. In: *Economic and political weekly* 37/32, 3343-3353.

Im Zwang der Nation?

- Johnson, T. A. (2006): 60000 Acres, 5 townships govt's plan for crumbling Bangalore. In: The Indian Express. <http://archive.indianexpress.com/news/60000-acres-5-townships-govt-s-plan-for-crumbling-bangalore/18521/> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- Keil, Roger (2022): Die Stadt lebt in ihrer Auflösung. Beitrag zur Debatte „Was ist Stadt? Was ist Kritik?“. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10/1, 170-173.
- Kipfer, Stefan (2008): How Lefebvre urbanized Gramsci: Hegemony, everyday life, and difference. In: Kanishka Goonewardena / Stefan Kipfer / Richard Milgrom / Christian Schmid (Hg.), *Space, difference, everyday life. Reading Henri Lefebvre*. New York: Routledge, 193-211.
- Lakhia, Saloni (2019): Land pooling as a means of mitigating land displacement in India. In: Naoyuki Yoshino / Saumik Paul (Hg.), *Land acquisition in Asia. Towards a sustainable policy framework*. Singapur: Palgrave Macmillan, 167-181.
- Lanz, Stephan (2015): Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 3/1, 75-90.
- Lefebvre, Henri (1972): *Das Alltagsleben in der modernen Welt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lefebvre, Henri (1991): *The production of space*. Oxford: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (2003): *The urban revolution*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lerche, Jens (2021): The farm laws struggle 2020-2021: Class-caste alliances and bypassed agrarian transition in neoliberal India. In: *The Journal of Peasant Studies* 48/7, 1380-1396.
- Levien, Michael (2011): Special economic zones and accumulation by dispossession in India. In: *Journal of Agrarian Change* 11/4, 454-483.
- Levien, Michael (2012): The land question: Special economic zones and the political economy of dispossession in India. In: *The Journal of Peasant Studies* 39/3-4, 933-969.
- Levien, Michael (2015): From primitive accumulation to regimes of dispossession: Six theses on India's land question. In: *Economic and Political Weekly* 50/22, 146-157.
- Levien, Michael (2018): *Dispossession without development: Land grabs in neoliberal India*. Oxford: Oxford University Press.
- Li, Tania M. (2011): Centering labor in the land grab debate. In: *The Journal of Peasant Studies* 38/2, 281-298.
- Li, Tania M. (2014): *Land's end. Capitalist relations on an Indigenous frontier*. Durham u. a.: Duke University Press.
- Maringanti, Anant (2013): Rural youths as real estate entrepreneurs in globalizing Hyderabad. In: Tim Bunnell / D. Parthasarathy / Eric C. Thompson (Hg.), *Cleavage, connection and conflict in rural, urban and contemporary Asia*. Dordrecht: Springer, 31-46.
- Mathews, Rejeet / Pai, Madhav / Sebastian, Tintu / Chakraborty, Souhardhya (2018): State-led alternative mechanisms to acquire, plan, and service land for urbanisation in India. Bengaluru: WRI-India Ross Center. <https://wri-india.org/publication/state-led-alternative-mechanisms-acquire-plan-and-service-land-urbanisation-india> (letzter Zugriff am 13.10.2023).
- Mau, Søren (2021): Stummer Zwang als besondere Form der Macht: Marx' Beitrag zur Theorie der abstrakten und unpersönlichen Herrschaft des Kapitals. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 51/205, 675-696.
- Ministry of Rural Development (o. J.): About the Mission. https://rurban.gov.in/index.php/public_home/about_us#gsc.tab=0 (letzter Zugriff am 16.1.2023).
- Mukhopadhyay, Nilanjan (2015): How land acquisition bill is the biggest embarrassment for Modi government. In: *The Economic Times*. <https://economictimes.indiatimes.com/blogs/et-commentary/how-land-acquisition-bill-is-the-biggest-embarrassment-for-modi-government/> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- Müller, Jan-Werner (2017): *What is populism?* London: Penguin.
- Mullis, Daniel (2011): Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen. In: Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann (Hg.), *Linke*

- Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfälisches Dampfboot, 14-33.
- Nair, Reshmy (2021): Land pooling as a futuristic land assembly strategy in India: A critical analysis. In: Mohammad Zaman / Reshmy Nair / Shi Guoqing (Hg.), *Resettlement in Asian countries. Legislation, administration, and struggles for rights*. London: Routledge, 272-285.
- Nichols, Robert (2021): Disaggregating primitive accumulation. In: Drucilla Cornell / Jane A. Gordon (Hg.), *Creolizing Rosa Luxemburg*. Lanham u. a.: Rowman & Littlefield, 247-268.
- Nielsen, Kenneth B. / Nilsen, Alf G. (2017): Law-struggles, law-making and the politics of hegemony in neoliberal India: Towards a critical perspective on the 2013 Land Acquisition Act. In: Anthony P. D'Costa / Achin Chakraborty (Hg.), *The land question in India. State, dispossession, and capitalist transition*. Oxford: Oxford University Press, 129-150.
- Nielsen, Kenneth B. / Nilsen, Alf G. (2021): Hindu nationalist statecraft and Modi's authoritarian populism. In: Sten Widmalm (Hg.), *Routledge handbook of autocratization in South Asia*. London: Routledge, 92-100.
- Nilsen, Alf G. (2018): India's turn to rights-based legislation (2004-2014): A critical review of the literature. In: *Social Change* 48/4, 653-665.
- Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing space. In: *Antipode* 34/3, 380-404.
- Philipose, Pamela (2020): Backstory: Farmers' protest and callousness – as the media sows, so will they reap. In: *The Wire*. <https://thewire.in/media/backstory-farmers-protest-journalistic-callousness-media> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- Raman, Bhuvaneswari (2016): Reading into the politics of land: Real estate markets in the south-west peri-urban area of Chennai. In: *Economic and Political Weekly* 51/17, 76-84.
- Ramesh, Jairam / Khan, Muhammad Ali (2015): *Legislating for justice: The making of the 2013 land acquisition law*. Oxford: Oxford University Press.
- Ruckert, Arne (2006): Towards an inclusive-neoliberal regime of development: From the Washington to the post-Washington consensus. In: *Labour, Capital and Society / Travail, capital et société* 39/1, 34-67.
- Ruparelia, Sanjay (2013): India's new rights agenda: Genesis, promises, risks. In: *Pacific Affairs* 86/3, 569-590.
- Sami, Neha (2013): From farming to development: Urban coalitions in Pune, India. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/1, 151-164.
- Sampat, Preeti (2013): Limits to absolute power: Eminent domain and the right to land in India. In: *Economic and Political Weekly* 48/19, 40-52.
- Sampat, Preeti / Sunny, Simi (2016): Dholera and the myth of voluntary land pooling. In: *Socio-Legal Review* 12/2, 1-17.
- Sanyal, Kalyan (2014): *Rethinking capitalist development: Primitive accumulation, governmentality and post-colonial capitalism*. London: Routledge India.
- Sasi, Anil / Iyer, P. Vaidyanathan (2015): Andhra Pradesh: Today, birth of Amaravati, and a land model. In: *The Indian Express*. <https://indianexpress.com/article/india/india-news-india/andhra-pradesh-today-birth-of-amaravati-and-a-land-model/> (letzter Zugriff am 4.9.2023).
- Sathe, Dhanmanjiri (2016): Land acquisition: Need for a shift in discourse? In: *Economic and Political Weekly* 51/51, 52-58.
- Schindler, Seth (2015): Governing the twenty-first century metropolis and transforming territory. In: *Territory, Politics, Governance* 3/1, 7-26.
- Scoones, Ian / Edelman, Marc / Borras, Saturnino M. / Hall, Ruth / Wolford, Wendy / White, Ben (2018): Emancipatory rural politics: Confronting authoritarian populism. In: *The Journal of Peasant Studies* 45/1, 1.
- Searle, Llerena G. (2016): *Landscapes of accumulation*. Chicago: University of Chicago Press.
- Sevilla-Buitrago, Álvaro (2015): Capitalist formations of enclosure: Space and the extinction of the commons. In: *Antipode* 47/4, 999-1020.

Im Zwang der Nation?

- Sevilla-Buitrago, Álvaro (2022): *Against the commons: A radical history of urban planning*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Shatkin, Gavin (2016): The real estate turn in policy and planning: Land monetization and the political economy of peri-urbanization in Asia. In: *Cities* 53, 141-149.
- Spodek, Howard (2013): City planning in India under British rule. In: *Economic and Political Weekly* 48/4, 53-61.
- Srivastava, Kumar S. / Sethi, Nitin (2019): State governments continue to dilute the land acquisition legislation. In: *Business Standard*, 23.4.2019.
- Tansel, Cemal B. (2017): Authoritarian neoliberalism. In: Cemal B. Tansel (Hg.), *States of discipline: Authoritarian neoliberalism and the contested reproduction of capitalist order*. Lanham u. a.: Rowman & Littlefield, 1-28.
- The Indian Express (2022): Decoding centre's bid to amend Delhi's land pooling policy. In: *The Indian Express*. <https://indianexpress.com/article/india/delhi-land-pooling-policy-amendment-centre-7831353/> (letzter Zugriff am 13.1.2023).
- The Open Magazine (2016): Chhattisgarh: Heralding the Prime Minister's Initiatives. In: *Open The Magazine*. <https://openthemagazine.com/open-avenue/chhattisgarh-heralding-the-prime-ministers-initiatives/> (letzter Zugriff am 13.1.2023).
- Upadhyaya, Carol (2020): Assembling Amaravati: Speculative accumulation in a new Indian city. In: *Economy and Society* 49/1, 141-169.
- Upadhyaya, Carol / Rathod, Sachinkumar (2021): Caste at the city's edge: Land struggles in peri-urban Bengaluru. In: *South Asia Multidisciplinary Academic Journal* 26. <https://doi.org/10.4000/samaj.7134>.
- Vanaik, Achin (2017): *The rise of Hindu authoritarianism: Secular claims, communal realities*. London: Verso.
- Webber, Michael (2008): The places of primitive accumulation in rural China. In: *Economic Geography* 84/4, 395-421.

In the compulsion of the nation. Land dispossession under India's neoliberal authoritarian urbanism

With the election of the Bharatiya Janata Party (BJP), India saw a shift from inclusive neoliberalism to a deepening of the neoliberal project through social cuts and the spread of a Hindu nationalist ideology. This essay first develops the concept of neoliberal authoritarian urbanism, which denotes a specific phase of capitalist spatial production that extends capitalist relations through authoritarian, nationalist, and anti-democratic elements. The paper then traces India's authoritarian populist transformation through the example of its expropriation policies and turns to market-based instruments of dispossession, such as Land Pooling Schemes (LPS). The article discusses three findings: (1) The move away from material concessions in dispossession policies. (2) The concealment of coercion through the extension of economic compulsion. (3) The proliferation of a narrative of reconciliation that seeks to capture conflicting interests between agrarian and capital factions in favor of national unity. Overall, the article shows how India's politics of dispossession and the turn towards LPS assumes a potentially hegemony-supporting function. Through the extension and simultaneous concealment of coercion, LPS not only call upon the landowning agrarian population to sell their land and participate in urban processes of utilisation, but equally seeks to tie them ideologically and materially to the fate of the urban nation.

Signaturen eines autoritären Urbanismus in der Schweiz

Polizeiliche und ordnungsdienstliche Wegweisungen aus öffentlichen Räumen im Vergleich

Esteban Piñeiro

International wird seit den 1990er-Jahren eine Zunahme an staatlichen Kontrollpraktiken im öffentlichen Raum beobachtet, die sich gegen sozial marginalisierte Personen und Gruppen richten. In der Schweiz erhielt die Polizei mit dem Instrument der Wegweisung weitreichende Befugnisse, um missliebige Personen aus öffentlichen Gebieten auszuschließen. Parallel dazu richteten viele Städte und größere Gemeinden nichtpolizeiliche Ordnungsdienste ein, um Störungen der öffentlichen Ordnung soziokommunikativ anzugehen. Anders als die Polizei operieren diese mit ihrem Soft Policing unterhalb einer hoheitlichen Schwelle, womit die Eingriffsautorität des Staates kaum mehr greifbar wird. Demgegenüber inszeniert sich die Polizei als legitimes Autoritätsverhältnis qua Recht. Mit ihrer repressiven Wegweisung begibt sie sich jedoch in eine legitimatorische Grauzone, die rechtsstaatlich nicht ausreichend eingehegt und abgesichert werden kann. Sowohl die Polizei als auch die Ordnungsdienste agieren mit einem illegitimen Autoritätsanspruch, der Ausprägungen eines gegenwärtigen autoritären Urbanismus erkennen lässt und in rechtsstaatlicher Hinsicht problematisch ist.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Seit den 1990er-Jahren ist in vielen westeuropäischen Gesellschaften eine profitorientierte Aufwertung der Innenstädte mit ihren Einkaufs- und öffentlichen Freizeit- und Erholungsräumen zu beobachten. Im Zuge dessen geriet der öffentliche urbane Raum unter Druck. Mit dem Erstarken eines kompetitiv ausgerichteten „urban entrepreneurialism“ (Harvey 1989: 4) setzte sich eine Ökonomisierung und marketingaffine Rationalisierung des öffentlichen urbanen Raumes durch (vgl. z. B. Füller/Marquardt 2010; Helms 2008; Belina/Helms 2003). Disorder-Phänomene, soziale Probleme und sozialräumliche Störungen avancierten zu einem zentralen Gegenstand einer neoliberal adjustierten Urban Governance

(Rosol 2013; Di Giovanni 2017; Eick 2004). Besonders deutlich zeigt sich dies im Umgang mit unerwünschten Szenen und sozial marginalisierten Personen, denen negative Verhaltensweisen oder auch kriminelle Eigenschaften attribuiert werden: *Incivilities* wie das Trinken von Alkohol oder Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, „ungehöriges“ Benehmen wie Liegen auf öffentlichen Plätzen, „aggressives“ Betteln oder Sexarbeit, *anti-social behaviour* wie das Verursachen von Lärm, Graffiti und Abfall etc. (Piñeiro/Pasche/Locher 2023; Künkel 2020; Groenemeyer 2015). Vermehrt gerieten die „Verlierer_innen“ neoliberaler Stadtpolitiken ins Visier der räumlichen Kontrollen wie Videoüberwachung oder Aufenthaltsverboten, von *order maintenance* oder *quality of life policing* (Herbert/Beckett/Stuart 2018; Thacher 2014; Wehrheim 2012).

Die vorliegenden Studien dazu vermitteln ein widersprüchliches Bild (Feth 2016; Füller/Marquardt 2010; Garland 2008): Zum einen wird seit den 1990er-Jahren eine verschärfte staatliche Repressionspolitik und eine Ausweitung von Strafbarkeitsvoraussetzungen bei geringen Verfehlungen beobachtet (vgl. Moeckli 2016; Beckett/Herbert 2010; Belina/Helms 2003; Eick 2004). Inzwischen finden sich in vielen Ländern repressive Instrumente und Praktiken der räumlichen Verdrängung – namentlich Formen der polizeilichen Wegweisung und Fernhaltung, die Personen darauf verpflichten, ein bestimmtes Gebiet nicht (mehr) zu betreten. In Deutschland nahmen die meisten Bundesländer bis Mitte der 2000er-Jahre „Platzverbote“ als „Standardmaßnahme“ in ihre Polizeigesetze auf (vgl. Belina 2007: 323; Wehrheim 2012). Im gleichen Zeitraum traten in vielen Schweizer Kantonen Gesetze in Kraft, die es der Polizei erstmals ermöglichten, Personen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus bestimmten Gebieten des öffentlichen Raumes wegzuweisen (vgl. Gasser 2003; Moeckli/Keller 2012; Litscher et al. 2012). Auch in den USA entstanden in vielen Städten wie in Seattle, Washington oder Portland, Oregon rechtliche Instrumente, um Personen mit marginalisiertem sozialem Status räumlich auszugrenzen (vgl. Beckett/Herbert 2010). Diese Entwicklungen fallen mit einem Erstarken autoritärer Tendenzen und dem Aufstieg eines autoritären Neoliberalismus zusammen, der international festgestellt wird (Koch 2022; Piletić 2022; Arsel/Adaman/Saad-Filho 2021; Bruff 2014; Gerschewski 2013). Einschlägige Studien zeigen, wie der neoliberale Stadtumbau mit autoritären Ansätzen der städtischen Steuerung, mit der Umgestaltung der entsprechenden staatlichen Verwaltungs- und Rechtsorgane oder

mit Reformprozessen in autokratisch regierten Staaten einhergehen (vgl. Ergenc/Yuksekkaya 2022; Bruff/Tansel 2019; Tansel 2017).

Zum anderen stellen etliche Studien fest, dass bei der Regulierung des öffentlichen Raumes auch weichere Kontrollformen zur Anwendung kommen. So operiert die Polizei mit Taktiken eines „therapeutic policing“ (Stuart 2014) oder eines „social care‘ and ‚dialogue‘ based policing“ (Kammersgaard 2021: 122; vgl. Piñeiro/Locher/Pasche 2021; Piñeiro/Pasche/Locher 2021). Dieses präventiv angelegte Soft Policing unterscheidet Martin Innes (2005) vom Einsatz eines aggressiven Hard Policing unter Betonung polizeilicher Autorität (vgl. dazu Herbert/Beckett/Stuart 2018[1]; Piñeiro/Koch/Pasche 2021). Vor diesem Hintergrund interessiert insbesondere eine weitere, nunmehr aber nichtpolizeiliche Apparatur der territorialen Regulierung, die sich vordergründig weniger repressiv inszeniert. Parallel zur Einführung der polizeilichen Wegweisung beginnt sich in vielen Schweizer Städten und grösseren Gemeinden ein neuartiger staatlicher Ordnungsdienst zu etablieren, um sozial unerwünschtes, störendes oder ordnungswidriges Verhalten im öffentlichen Raum anzugehen.[2] Auf Patrouille kontrollieren diese Dienste Flusspromenaden und Plätze, Straßenabschnitte oder Parkanlagen, in denen sich soziale Nutzungskonflikte mit marginalisierten Personen oder problematisierten Jugendlichen konstellieren. Ohne über polizeiliche Kompetenzen zu verfügen, verfahren diese Dienste mit soziokommunikativen Methoden, die typischerweise mit der niederschweligen aufsuchenden Sozialen Arbeit assoziiert werden. Entsprechend verorten sie sich selbst in der Lücke zwischen Sozialer Arbeit und Polizei. Wie wir sehen werden, lässt sich ihre Praxis konzeptionell mit dem Begriff des Policing fassen (vgl. Bowling/Reiner/Sheptycki 2019; Helms 2008: 107 ff.; Wurtzbacher 2008). Als Teil einer „extended policing family“ (Crawford 2013) nehmen sie ein Bündel von Aufgaben des Überwachens und des personenbezogenen Intervenierens wahr, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dienen. Entsprechend konzipieren wir diese Organisationen als Sozialpräventive Kommunale Ordnungsdienste (SKOD).[3]

Forschungsprojekt und Fokus des Aufsatzes

Der Beitrag diskutiert Ergebnisse des dreieinhalbjährigen Forschungsprojekts „In der Lücke zwischen Sozialarbeit und Polizei? Ethnographische Perspektiven auf multiple institutionelle Logiken in der aufsuchenden Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben“. [4] Insgesamt wurden

16 ein- bis eineinhalbstündige leitfadengestützte Expert_inneninterviews mit Angehörigen der Leitungsebene aller uns bekannten Schweizer SKOD durchgeführt und ihre öffentlich zugänglichen Homepages analysiert. Schwerpunkt der Forschung bildeten drei umfassende Fallstudien, mit denen wir jeweils eine Organisation vertieft ethnographisch beforschten. Wir nahmen an insgesamt 21 Arbeitsschichten teil, zum Beispiel tagsüber von 12 bis 18 Uhr oder auch abends von 18 Uhr bis 2 Uhr nachts. Dabei konnten wir verschiedene Tätigkeiten wie mobile Einsätze, Arbeiten im Backoffice und Netzwerktreffen beobachten. Die Analyse des empirischen Datenmaterials organisierten wir in Anlehnung an die Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996). Auf den Ergebnissen aufbauend, wurden drei sinnzusammenhängende Typen abstrahiert (Kelle/Kluge 2010): der fürsorgerische, der kommunalrechtliche und der nachbarschaftliche Typus (vgl. Abschnitt 4). Dabei dienten die drei kontrastiv angelegten Fallstudien jeweils als Prototyp für die Typenbildung, die aber breiter angelegt war und empirisches Material zu weiteren SKOD-Organisationen berücksichtigt.

In diesem Aufsatz konzentrieren wir uns auf die Frage, inwieweit auch das Soft Policing der SKOD als Ausdruck eines autoritären Urbanismus zu verstehen ist und wie sich im Vergleich dazu die hoheitliche Praxis (vgl. Mohler 2012: 51 f.) der polizeilichen Wegweisung beurteilen lässt. Hierzu bietet das Konzept des autoritären Urbanismus eine kritische Perspektive, um städtische Machtverhältnisse und staatliche Kontrolle im öffentlichen Raum untersuchen zu können. In den Blick geraten dabei die Mechanismen und Prozesse einer (repressiven) Stadtpolitik sowie staatliche Akteur_innen, die bei der Durchsetzung von ökonomischen Zielen oder Marktinteressen eine Rolle spielen (Can/Fanton Ribeiro da Silva 2023). Zunächst wird die Forschungsperspektive des autoritären Urbanismus als konzeptionelle Linse geschärft. In einem weiteren Schritt wenden wir uns der polizeilichen Wegweisung und ihrem taktischen Verhältnis zum Recht zu. Im darauffolgenden Abschnitt wird wiederum die nichtpolizeiliche Regulierungs- und Wegweisungspraxis der SKOD diskutiert, die unterhalb des Rechts verortet werden.

2. Autoritärer Urbanismus als Praxis

Viele Analysen zum autoritären Urbanismus befassen sich mit Mechanismen und Prozessen einer Umgestaltung der staatlichen Verwaltungs- und Rechtsorgane. Solche Transformationen des

Staatsapparates oder einer Urban Governance können der Sicherung von Herrschaftsverhältnissen dienen (vgl. Ergenc/Yuksekkaya 2022), dem freien Kapital- oder Warenfluss (vgl. Bruff 2014), der Kommerzialisierung öffentlicher Räume (vgl. Di Giovanni 2017) oder der Fortführung umstrittener Projekte (vgl. Eraydin/Taşan-Kok 2014). So begreifen etwa Alke Jenns und Benjamin Schuetze (2021: 83) autoritäre Praktiken als Verhinderung von (Möglichkeiten von) Dissens, womit tiefgreifende politische Fragen in Angelegenheiten von scheinbar nur technischer Bedeutung umgewandelt oder oppositionelle soziale Kräfte mit dem übergeordneten Ziel einer Kapitalakkumulation unterdrückt werden (dazu auch Huke/Clua-Losada/Bailey 2015). Diese Praktiken, so Ian Bruff und Cemal Tansel (2019: 234), zielen darauf ab, die politische Opposition zu marginalisieren oder dissidente gesellschaftliche Gruppen zu disziplinieren. Dabei kommt es häufig auch zum repressiven Einsatz der staatlichen Zwangs-, Rechts- und Verwaltungsapparate (vgl. Tansel 2017). Zunehmend wird autoritärer Urbanismus nicht mehr einseitig auf einen autokratischen Regimetypus hin perspektiviert, sondern als eine Reihe von *organisational kontextualisierten Praktiken* analysiert, die ebenso in autokratischen wie in demokratischen Staaten anzutreffen sind (etwa Glasius 2018 oder Koch 2022). Mit Blick auf die in diesem Beitrag untersuchten staatlichen Kontroll- und Ausschlussmechanismen im öffentlichen Raum sind zwei häufig diskutierte, ineinandergreifende konzeptionelle Dimensionen hervorzuheben, die als wesentliche Signaturen eines autoritären Urbanismus betrachtet werden: zum einen eine auf die Interventionsqualität bezogene Dimension, die sich auf den repressiven Modus der staatlichen Regulierung bzw. auf den mehr oder weniger zwangsförmigen, harten/weichen Eingriff konzentriert; zum anderen eine auf die Legitimation staatlicher Steuerung und Kontrolle bezogene Dimension, die in der vorliegenden Literatur häufig auf eine mangelhafte oder fehlende rechtliche Verankerung und Rechenschaftspflicht des staatlichen Handelns bezogen wird.

Repressiver Modus autoritärer Praktiken

Als Praxis zeichnet sich autoritärer Urbanismus zunächst einmal durch ein hierarchisches Dominanzverhältnis der Über- und Unterordnung aus, bei dem ein_e Akteur_in Kontrolle oder Zwang über Individuen oder über eine Bevölkerung ausübt. Machtanalytisch haben wir es hier mit Herrschafts- oder Regierungspraktiken zu tun, die mit Michel Foucault

(2006: 101 f.) die Insignien einer (staatlichen) Souveränitätsmacht aufweisen und insofern eine_n Machthaber_in befähigen, etwas zu dominieren, zu verändern, zu gebrauchen oder allenfalls auch zu zerstören (vgl. Foucault 1987: 251). Macht wird hier als ein Recht betrachtet, sie ist Eigentum und bildet ein „einheitliches System mit einem Zentrum“, das eine innere Dynamik zur ständigen Ausdehnung aufweist (vgl. Deleuze 1992: 40). In der einschlägigen internationalen Stadtforschung zeigen sich die vielfältigen Praktiken eines autoritären Urbanismus' als staatliche Unterdrückung und äußeren Zwang sowie als die nackte Gewalt eines behördlichen Durchgreifens (Can/Fanton Ribeiro da Silva 2023; Koch 2022). Dieser Typus von Macht richtet Schranken auf und grenzt Menschen aus (Foucault 1983: 85).

Autoritärer Urbanismus entfaltet sich aber nicht nur in diesem Zuschnitt einer Souveränitätsmacht (Sennett 2008). Die neoliberal konfigurierte Urban Governance operiert viel ambivalenter, diffuser, gar amorph. Sie kommt auch ohne die „grogen“ Mittel einer Zwangsgewalt aus (Popitz 1992: 109) und kann zum Beispiel Formen einer präventiven oder administrativen Maßnahme annehmen, etwa zum Schutz neoliberaler Investitionspolitiken (vgl. Tansel 2017; Bruff 2014: 123). Die Anwendung von physischer Gewalt ist „nicht etwa das normale oder einzige Mittel des Staates“, stellt auch Max Weber (1992: 6) fest, sondern „überall die ultima ratio, wenn andre Mittel versagen“ (ebd.). Seit dem römischen Recht weist Autorität zweierlei Ausprägungen auf. Sie kann im Sinne der *potestas* eine Wirkungskraft oder Herrschaft qua Zwangsgewalt meinen, die bisweilen auch als ungehemmte Durchsetzung eines nicht begründeten, nicht anerkannten und damit auch nicht legitimierten Autoritätsanspruchs in Erscheinung treten kann (Butler 2005). Im Falle der *auctoritas* kommt Autorität wiederum ohne Zwangsgewalt aus und beruht auf Einsicht, Anerkennung oder Gehorsam der Unterworfenen oder Beherrschten (Popitz 1992: 109 ff.; Weber 1980: 544). So wenden SKOD soziokommunikative Techniken der „moralische[n] Regulation von Verhalten“ (Krasmann 2003: 115) an, die von einer sanften Einflussnahme wie dem „Nudging“ bis hin zum Drohen mit der Polizei reichen können (Bröckling 2018; vgl. Piñeiro/Pasche/Locher 2023, 2021 zur „Care-Seite der Repression“). In dialogisch anmutenden Gesprächen vor Ort wird auf Regeln hingewiesen, Kooperationsbereitschaft eingefordert oder auf die „individuellen Selbstführungskapazitäten“ (Rund 2015: 62) stimulierend eingewirkt – ein Modus des gouvernementalen Regierens von

Menschen (Foucault 2006; Butler 2005), der sich mit Foucault (1987: 255) treffend als „Führung der [Selbst-]Führungen“ fassen lässt (vgl. Rosol 2013; Füller/Marquardt 2010; Dean 2002). Es liegt folglich nahe, autoritären Urbanismus nicht a priori als einseitige Akzentuierung von staatlicher Gewalt im Sinne der *potestas* zu denken, sondern ihn als Kontinuum von harter staatlicher Gewalt und weichen Regierungsformen zu analysieren (vgl. Can/Fanton Ribeiro da Silva 2023; Ergenc/Yuksekkaya 2022; Piñeiro/Koch/Pasche 2021).

Legitimation staatlicher Eingriffe

In beiden Autoritätskonstellationen, sowohl als gewaltförmige *potestas* wie auch als zwanglose *auctoritas*, spielt die Legitimität einer staatlichen Praxis eine wesentliche Rolle. Auch im Falle der willkürlichen ungehemmten Gewaltanwendung im Zeichen der *auctoritas* definiert sich der autoritäre Eingriff mitunter über ein Fehlen oder bewusstes Negieren seiner legitimatorischen Fundierung (Glasius 2018). Dieser despotischen Gewalt steht mit Weber das staatliche „*Monopol legitimen physischen Zwangs* für die Durchsetzung der Ordnung“ (Weber 1980: 29; Herv. i. O.) gegenüber. Was der Staat monopolisiert, ist nicht etwa die Anwendung von Zwang oder Gewalt, sondern die *Legitimität*, Zwang oder Gewalt rechtmäßig auszuüben (vgl. Anter 2001: 124). Pierre Bourdieu (1998: 109) spricht hier von einer „Konzentration des symbolischen Kapitals der anerkannten Autorität“. Mit Blick auf autoritären Urbanismus interessiert deshalb die Frage nach der Legitimität einer autoritären Praxis, nach den „Legitimationsgründe[n]“ (Weber 1992: 124) und insoweit nach den „inneren Rechtfertigungen“ (ebd.: 8) eines autoritären Eingriffs: Welche Strukturen, Taktiken und Kalküle lassen die „Freiheitseinschränkungen legitim erscheinen“ (Krasmann/Opitz 2007: 139)? Wie sichert sich eine autoritäre Praxis legitimatorisch ab und worauf stützt sie sich dabei?

Begreifen wir autoritären Urbanismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen einer Souveränitätsmacht, so ist hier ein *juridischer Mechanismus* am Werk: Es geht darum, „ein Gesetz zu erlassen“, „ein Strafmaß festzusetzen“ (Foucault 2006: 19). Als wesentliches Merkmal einer autoritären Praxis zeigt sich hier der Zusammenhang von Recht und Legitimität. Dem „Postulat der Legalität“ zufolge drückt sich die Macht des Staates im Gesetz aus (Deleuze 1992: 45) – Legitimität qua Legalität, auf Basis der „Geltung legaler *Satzung*“ also (Weber 1992: 8; Herv. i. O.). Gesetzlose Souveränitätsmacht ist folglich despotisch. Wiederum aber

kann das Gesetz auch illegitime autoritäre Maßnahmen rechtfertigen – insoweit Recht taktisch für partikulare Ziele und Herrschaftsinteressen eingesetzt und dem kritischen bzw. demokratischen Dialog entzogen wird (Can/Fanton Ribeiro da Silva 2023; Glasius 2018).

Inwieweit lässt sich nun das Instrument der polizeilichen Wegweisung als eine Praxis des autoritären Urbanismus begreifen?

3. Autoritärer Urbanismus als taktisches Verhältnis zum Recht: Praxis der polizeilichen Wegweisung

In der Schweiz verfügt die Polizei schon länger über die Kompetenz, Personen aus bestimmten Zonen oder Gebieten auszuschließen. Allerdings konnten territoriale Wegweisungen vor Mitte der 1990er-Jahre nur sehr eingeschränkt angeordnet werden; etwa dann, wenn eine wegzuweisende Person in Katastrophensituationen gefährdet war oder bei Behinderung von Einsatzkräften oder der Polizei (Moeckli/Keller 2012). Die Möglichkeit, auch allgemeiner, bei Vorliegen einer Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Aufenthaltsverbote auszusprechen und Wegweisungen durchzusetzen, wurde erstmals 1997 im Kanton Bern geschaffen. Bis Mitte der 2000er-Jahre verfügten dann die meisten Kantone über weitreichende Befugnisse, um Bürgerinnen und Bürger – gestützt auf kantonale Polizeigesetze – aus öffentlichen Räumen auszuschließen (vgl. ebd.; Gasser 2003; Piñeiro/Locher/Pasche. 2021). Inzwischen hat sich die polizeiliche Wegweisung zur Standardmaßnahme bei der Kontrolle und Regulierung des öffentlichen Raumes entwickelt (Moeckli 2016: 95). Richtete sie sich anfänglich noch hauptsächlich gegen die offene Drogenszene und gegen Alkoholabhängige im öffentlichen Raum, so wurde die Zielgruppe sukzessive auf weitere sozial marginalisierte Personen und Gruppen ausgeweitet. Gegenwärtig findet das Instrument bei einer breiteren Population von etikettierten „Außenseiter_innen“, „Randständigen“ oder „Randalierer_innen“ Anwendung, deren Präsenz bei Passant_innen Anstoß erregen, die Quartierbevölkerung verunsichern oder (diffuse) Angstgefühle auslösen: neben „Drogensüchtigen“ und „Alkoholiker_innen“ auch „aggressiv Bettelnde“, „Obdachlose“, „Punks“ oder Jugendliche, die in der Öffentlichkeit „exzessiv feiern, lärmern oder littern“ (Litscher et al. 2012: 97-117).

Nexus von Recht und Gewalt

Auf Anhieb fällt der repressive Charakter des polizeilichen Eingriffs auf. Mit der Wegweisung wird nicht versucht, durch Appelle an normative Standards oder die Vermittlung moralischer Werte Verhaltensänderungen herbeizuführen. Die Polizei erteilt lediglich den Befehl, sich von bestimmten Orten fernzuhalten; sie verbietet die Anwesenheit und verpflichtet zu räumlicher Abstinenz. Katherine Beckett und Steve Herbert (2010) wie auch Bernd Belina (2007) fassen solche Praktiken der räumlichen Ausgrenzung mit dem Begriff des „Banishment“ (Verbannung). Betont wird damit eine territoriale Qualität der Maßnahme, mit der man ausgewählte Personen von bestimmten geographischen Orten entfernt; weiter auch die zentrale und offenkundige Rolle von staatlicher Zwangsgewalt, die durch offizielle Erlasse herbeigeführt wird. Dem Recht kommt entscheidende Bedeutung zu (Butler 2005), wird doch in liberal-demokratischen Rechtsstaaten (so auch in der Schweiz) davon ausgegangen, dass das polizeiliche Handeln an Gesetze gebunden ist (Mohler 2012: 272; Pichl 2018). Erst das Recht (Polizeigesetze; Strafrecht u. a.) autorisiert die Polizei zu einer *rechtmäßigen* Verbannung aus Zonen, wenn nötig auch mit physischer Gewalt. Die „Gewaltlizenz“ (Herrnkind/Scheerer 2003) der Polizei und ihr hierarchisch-repressives Machtverhältnis der Über- und Unterordnung folgen dem „Postulat der Legalität“ (Deleuze 1992: 45). In Gestalt einer solchen „Gesetzes-Macht“ (Foucault 1983: 84) behauptet sich die polizeiliche Wegweisung als eine *legitime* Staatspraxis: Legitimität qua Legalität also – umso mehr, als die Wegweisung verschiedene Grundrechte wie die Bewegungs- oder Versammlungsfreiheit tangiert und der polizeiliche Eingriff rechtsstaatlich gesehen stets auf das Erforderliche zu beschränken ist (Moeckli 2016: 134 ff.; Mohler 2012: 47 ff.).

Viele Verhaltensweisen, die als Störung der öffentlichen Ordnung wahrgenommen werden, sind aber nicht per se illegal. Vielmehr verstoßen diese „undramatischen Alltagsphänomene“ (Wurtzbacher 2008: 156) gegen die Erwartungen der Bevölkerung, der Gemeinschaft oder Nachbarschaft an ein angemessenes oder ordentliches Verhalten (Thacher 2014; vgl. für den Schweizer Kontext Mohler 2012: 38 ff.). In den alltäglichen, lebensweltlich geprägten öffentlichen Nah-, Freizeit- oder Erholungsräumen der Menschen, die den urbanen Raum bevölkern, bleibt es häufig schwierig zu bestimmen, was als ordnungswidriges Verhalten gelten kann. Die Verhaltensregeln präsentieren sich unscharf, sie sind variabel, interpretationsbedürftig und bleiben meist

auch implizit (Thacher 2014: 137). Häufig besteht kein Konsens darüber, was stört und welches Verhalten problematisch ist – und wie (repressiv oder liberal) damit umgegangen werden soll (Skogan 1990).

Für die große Mehrheit der geringfügigen Vergehen, zwischenmenschlichen Konflikte und einer ganzen Reihe von *incivilities* und Bagatelldelikten scheint die volle Autorität der *strafrechtlich* agierenden Polizei weder geeignet noch unbedenklich zu sein (Moeckli 2016; Matthews 1992). Zum einen erscheint das Strafrecht aufgrund der hier gültigen formalen Verfahrens-, Berufungs- und Überprüfungsstandards (Verfahrensrechte, Rechtsschutzmöglichkeiten, Überprüfungen durch richterliche Behörden etc.) zu umständlich, um soziale Störungen und sozialräumliche Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Raum ad hoc anzugehen (Moeckli/Keller 2012: 18). Zum anderen ist das Strafgesetz retrospektiv, auf bereits erfolgtes Vergehen ausgerichtet. Der Ausschluss von Personen aus öffentlichen Räumen erfolgt aber meist in präventiver Absicht, damit sich diese künftig nicht mehr an einem bestimmten Ort aufhalten oder sich nicht mehr störend verhalten (Moeckli 2016: 103).

So kommt die polizeiliche Wegweisung als präventive Maßnahme des *order maintenance policing* nicht primär als strafrechtliche, sondern als *verwaltungsrechtliche* Maßnahme zur Anwendung (Moeckli/Keller 2012; vgl. z. B. Art. 84 Abs. 1 PolG Bern). Erst bei schwerwiegenden Fällen wird sie strafrechtlich angeordnet (bei wiederholter Wegweisung, bei Missachtung einer Wegweisung; vgl. etwa Art. 42a Abs. 3 PolG Basel-Stadt). Mit Adam Crawford (2008: 778 f.)^[5] lässt sich hier von einem *zweistufigen Verbotsverfahren* („two-step prohibitions“) sprechen: Eine erste verwaltungsrechtliche Anordnung wird von einer nachgelagerten zweiten strafrechtlichen Sanktion unterstützt. Als Straftat gilt dann erst die Verletzung eines verwaltungsrechtlichen Gebots.

Strukturelles Legitimationsdefizit

Auch wenn die Polizei wie keine andere Institution das staatliche Monopol der legitimen physischen Gewalt verkörpert, bleibt die Verknüpfung von Recht und Gewalt bei der polizeilichen Wegweisung grundsätzlich prekär. Bereits auf Ebene der Polizeigesetze zeigt sich, dass der Anwendungsbereich der polizeilichen Wegweisung in den meisten Kantonen offen und recht vage umschrieben wird: In Bern kann der territoriale Ausschluss anberaumt werden, wenn zum Beispiel „Dritte erheblich belästigt oder gefährdet werden“ (Art. 83 Bst. b PolG Bern). Das

Polizeigesetz des Kantons Graubünden wiederum autorisiert die Polizei, „zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung sowie zur Gefahrenabwehr ereignisbezogen die notwendigen Massnahmen an[z]uordnen“ (Art. 12 Abs. 1 PolG Graubünden). Bereits das Herumstehen, „ungehöriges“ Benehmen oder das Herumliegenlassen von Abfällen können Anlass zu einer Wegweisung geben (vgl. Litscher 2017: 131 ff.). Die Polizei kann diese in schriftlicher Form verfügen oder auch lediglich mündlich anordnen. Im Kanton Genf beispielsweise kann die Polizei Personen bis zu 24 Stunden mündlich wegweisen, bis zu drei Monaten jedoch nur in schriftlicher Form (Art. 53 Abs. 2 LPol Genève). Überhaupt ist die maximale Dauer einer Wegweisung in der Schweiz je nach Kanton sehr unterschiedlich geregelt: Einige Kantone sehen gar keine zeitliche Obergrenze vor, in anderen wird diese in den entsprechenden Gesetzen sehr offen mit „vorübergehend“ umschrieben (Moeckli/Keller 2012: 7). Während gewisse Kantone eine enge Definition des betroffenen geographischen Bereichs vornehmen, kann der Ausschluss in anderen Kantonen weite Gebiete (Quartiere) oder das ganze Territorium einer Stadt umfassen (Moeckli 2016: 110).

Die unterschiedlichen und offenen Regelungen in den Polizeigesetzen zeigen, dass die polizeiliche Wegweisung mit großen Ermessensbefugnissen einhergeht und so angelegt ist, dass sie mit einem Minimum an rechtlichen Beschränkungen funktioniert (Moeckli 2016: 197). Die kantonalen Polizeigesetze überlassen die Umsetzung und situative Übersetzung des geltenden Rechts weitgehend der Polizei. Eine solche Zunahme von erheblichen Ermessensspielräumen und Entscheidungsbefugnissen eröffnet der Polizei als eigentliche Exekutivbehörde ein quasi-judikatives Aktionsfeld. In zahllosen Situationen ist sie gefordert, Recht fallspezifisch anzuwenden und zu interpretieren (Feth 2016: 91 ff.; Valverde 2008). Als *Street-level bureaucracy* (Lipsky 2010) begibt sie sich oftmals in unübersichtliche „soziale Gemengelagen vor Ort“ (Scheffer et al. 2017: 21) und wird in dynamische Handlungssituationen mit offenem Ausgang verwickelt. Die Polizei muss an der Front situativ flexibel reagieren und häufig auch ohne klare Rechtslage zeitnah handeln und entscheiden (Piñeiro/Koch/Pasche 2021; Pichl 2018: 111; Howe 2016). Sie nutzt die „Lücken des Rechtes aus“, „füllt diese mit ihren eigenen Zwecken“ und „verhüllt“ ihre Zwecke „praktisch mit den Worten des Rechts“ (Pichl 2014: 265). Auch bei ihrer Wegweisungspraxis unterhält die Polizei ein taktisches Verhältnis zum Recht. Walter Benjamin (2015) hatte bereits

die Ununterscheidbarkeit einer rechtsetzenden und rechtserhaltenden Gewalt im polizeilichen Handeln grundsätzlich kritisiert und damit die Legitimität polizeilicher Gewalt gründlich erschüttert (Loick 2012: 181 ff.; Krasmann/Opitz 2007: 144 ff.). Ausgerechnet bei ihr erscheint die Trennung der staatlichen Gewalten suspendiert. Dieser Kritik polizeilicher Gewalt wird in liberalen Demokratien mit rechtlicher Kontrolle unter Verweis auf geltende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit begegnet, mit einer prozeduralen Umhegung des polizeilichen Handelns, die dem polizeilichen Eingriff Legitimität verleiht. Gerade in dieser Hinsicht kritisiert Daniel Moeckli (2016: 198) die polizeiliche Wegweisung: die mangelhaften Rechtsschutzmöglichkeiten, das geringe Maß an ordnungsgemäßem Verfahrensschutz für Betroffene, die der Rechtsstaat bei hoheitlichen Eingriffen eigentlich gewährleisten müsste.[6]

Im Falle der polizeilichen Wegweisung treffen wir auf einen autoritären Urbanismus, der sich dem polizeilichen Legalitätsprinzip folgend als kohärentes Verhältnis von Recht und hoheitsstaatlicher Gewalt zu erkennen gibt: Die polizeilich angeordnete Wegweisung wird also qua „Geltung legaler *Satzung*“ (Weber 1992: 8; Herv. i. O.) als ein legitimer Eingriff *inszeniert*. Allerdings zeigt die Analyse, dass das Instrument rechtlich ungenügend präzise verankert ist und der Polizei große Handlungsräume eröffnet, in denen sie ohne hinreichende rechtliche Kontrolle agieren kann (Pichl 2018: 114). Damit wird die Polizei nicht nur zur Agentin des Rechts, sondern potenziell auch des „Rechtsbruchs“ (Loick 2012: 183). Möglich wird dies insbesondere dadurch, dass der Polizei – gestützt auf Polizeigesetze – die Möglichkeit eingeräumt wird, „sich im Rahmen des Rechts zu entgrenzen“ (Pichl 2014: 263). Fernab von Parlaments- oder Gerichtsbeschlüssen entscheidet sie weitgehend autonom, wann und wie die Wegweisung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zur Anwendung gebracht wird.

4. Autoritärer Urbanismus unterhalb des Rechts: Wegweisungspraxis der Sozialpräventiven Kommunalen Ordnungsdienste (SKOD)

In den letzten 20 Jahren bildete sich ein eigenes organisationales Feld von nichtpolizeilichen Ordnungsdiensten heraus, die sich auf eine soziokommunikative Bearbeitung individueller oder gruppenbezogener Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum spezialisierten (vgl. Gasser 2003; Litscher et al. 2012). Es handelt sich dabei *um*

staatliche Organisationen, die formal in Kommunalverwaltungen eingebunden und in der Regel entweder dem Sozial-, Gesundheits- oder Sicherheitsdepartement unterstellt sind. Die unterschiedlich großen SKOD (von 3 bis zu 60 Mitarbeitenden) operieren uniformiert im öffentlichen Raum (z. B. mit Gilets/Westen oder T-Shirts mit grellem Aufdruck). Ähnlich der Polizei richtet sich das *order maintenance policing* dieser nichtpolizeilichen Dienste auf eine Vielfalt von unerwünschten Verhaltensweisen, die in einer öffentlich-räumlichen Dimension in Erscheinung treten. Die SKOD identifizieren mehrheitlich strafrechtlich irrelevante *disorder*-Phänomene, *incivilities* oder „Anti-social Behaviour“ (Piñeiro/Pasche/Locher 2023). Mit ihrem sozialen Profiling orten sie Personen, die „negativ auffallen“ oder „stören“, um sie wegzuweisen, an andere Orte oder soziale Einrichtungen zu verweisen, wo sie toleriert werden (z. B. Konsumräume, niederschwellige soziale Treffpunkte), oder um sie kurzerhand wegzubringen (z. B. in ihre Wohnung begleiten, gleich mit dem Dienstwagen in die Notschlafstellen oder auf den Polizeiposten fahren). SKOD operieren mit einer weitreichenden Auftragsoffenheit und großem Ermessen: Ihr Mandat ist oftmals ohne klare Nennung von konkreten Aufgaben formuliert und erlaubt dadurch eine rasche Anpassung an Situationen und aktuelle Herausforderungen.

Während sich mit der Polizei eine rechtlich verankerte Eingriffsautorität ankündigt (Herrnkind/Scheerer 2003), die über hoheitliche Sicherheits- und Ordnungskompetenzen des Überwachens und repressiven Eingreifens verfügt, kommt mit den SKOD eine weniger hierarchische, weichere Mächtigkeit der Staatsverwaltung ins Spiel, die ihr Handeln nicht auf Basis eines Legalitätsprinzips zu legitimieren versucht. Gibt sich die Polizei in ihrem repressiven Einsatz (Wegweisung) als Gesetzes-Macht zu erkennen, so zeigt unsere Forschung, wie SKOD auf einer administrativen Ebene überwachen und intervenieren, quasi „unterhalb der Schwelle hoheitlicher Zuständigkeiten“ einer formellen Eingriffsautorität (Wurtzbacher 2003: 113; vgl. Scheffer et al. 2017: 26). Mit den SKOD setzt der Regulationsstaat auf taktische Kalküle des informellen Anreizens und Forderns. Auch wenn die SKOD sozialpräventiv angelegt und nicht auf Strafverfolgung und Bestrafung aus sind, präsentieren sie sich gleichwohl als staatliche Autoritäten (behördliche Einbettung, staatliche Embleme/Uniform, regulatorischer Auftrag in der Öffentlichkeit). Ihr hierarchischer Anspruch bleibt dabei diffus, ihr Soft Policing und ihre Wegweisungspraxis in rechtlicher Hinsicht amorph.

Dieses soziotechnologische Format von „Verwaltungsmacht“ (Butler 2005: 81) ist „nicht auf das Recht reduzierbar“ (ebd.: 74); ihre Praktiken und Aktionen entziehen sich einer legitimatorischen Einhegung und Kontrolle qua Recht.

Typen sozialpräventiver Ordnungsdienste

Im Rahmen unseres Forschungsprojektes rekonstruierten wir drei verschiedene SKOD-Typen, die auf unterschiedliche öffentliche Ordnungsprobleme, geographische Kontexte und regulatorische Maßnahmen spezialisiert sind: Der Typus des *fürsorgerischen Ordnungsdienstes* ist in der Schweiz am weitesten verbreitet. Er konzentriert sich auf Individuen, die im öffentlichen Raum wahrgenommen werden. Der Dienst wird von der Wohnbevölkerung oder von Geschäften kontaktiert, wenn jemand durch „lästiges“, „aufdringliches“ oder „aggressives“ Verhalten „auffällt“, und auch, wenn Handlungen oder der psychische Zustand einer Person Anlass zu subjektiver Unsicherheit oder Sorge geben. Adressiert werden auch Gruppen von Jugendlichen, deren Lärm, Abfall oder Vandalismus die Anwohner_innenschaft stört. Situationen und Vorfälle werden unter dem Blickwinkel sozialer Probleme betrachtet, die sich sozialräumlich verfestigen können. Der SKOD ist „dazu da, die Spitze des Eisbergs zu brechen“, meint eine Stellenleiterin und bezeichnet den Dienst als „Care-Team für soziale Notfälle“ (Stellenleiterin SKOD 5). Fürsorgerische SKOD suchen den Kontakt zu ihrem Gegenüber und versuchen eine Beziehung aufzubauen, die zur „Mithilfe“ (Stellenleiterin SKOD 5) animieren soll. Die Dienste beschreiben sich als „aufsuchende Sozialarbeit“ (öffentliche Dokumente SKOD 1 und SKOD 2/14) und agieren als präventive „mobile Interventionsgruppen“, die eine Art „professionalisierte Zivilcourage“ (Stellenleiter SKOD 7) darstellen. Sie weisen auf Verhaltensregeln und Konsumrisiken hin und fordern zuweilen auch Personen auf, bestimmte Zonen zu verlassen, „vernetzen“ diese in „passendere“ Räume (Notschlafstellen, soziale Tagesstätten, medizinische Organisationen) oder begleiten sie nach Hause. Hier kommt eine *sozio-moralische Taktik der Wegweisung* zur Anwendung, die auf Basis von Einsicht oder moralischem Druck operiert; allenfalls wird auch mit dem Hinzuziehen der Polizei gedroht. Die Dienste geben sich sozial und hilfsbereit, agieren aber in einem „raumanwaltschaftlich[en]“ (Stellenleiter SKOD 2) Sinne regulatorisch. Sie „helfen, dass es nicht zum Polizeieinsatz kommt“ (Stellenleiterin SKOD 5), und arbeiten dennoch eng mit der

Polizei zusammen: SKOD werden von der Polizei einbezogen, um soziale oder mediative Aufgaben zu übernehmen (bspw. bei Lärmklagen oder wenn eine soziale oder gesundheitliche Abklärung ansteht); SKOD wiederum involvieren die Polizei bei Bedarf (Abklärung von Personendaten, bei aufenthaltsrechtlichen Unklarheiten; vgl. Piñeiro/Locher/Pasche 2021; Piñeiro/Pasche/Locher 2023).

Der *kommunalrechtliche Ordnungsdienst* konzentriert sich auf die situative Bearbeitung geringfügiger Rechtsverstöße wie die Missachtung von Fahrradfahrverboten oder der Leinenpflicht für Hunde, bei Littering und Lärm, Grillbenutzung mit Rauchentwicklung, „Wildpinkeln“ oder falsches Parken von Kleinfahrzeugen (Fahrräder, Trottinets/Roller). Diese „strafrechtlich nicht relevanten Störungen“ (politisches Dokument SKOD 3) werden lediglich kommunikativ bearbeitet, dies im präventiven Sinne eines „Erteilens kompetenter Auskunft zu geltenden Gesetzen und Regelungen“ (politisches Dokument SKOD 8). Nicht die Wegweisung einer Person aus einer bestimmten Zone, sondern die Zurechtweisung bei einem Fehlverhalten steht hier im Vordergrund. Statt mit Buße oder Anzeige zu strafen, wird auf das geltende Recht aufmerksam gemacht und verbal auf die Übertretung hingewiesen; statt gleich die Polizei herbeizurufen, wird auf Verbotstafeln oder Lautsprecherregelungen im öffentlichen Raum hingewiesen. Das Aufgabenprofil ist primär sicherheitstechnisch angelegt (z. B. Vermeidung von Unfallgefahren durch Fahrradfahrende in Fußgänger_innenzonen), die Praxis auf die Herstellung eines „Wunschzustand[es] der Konformität mit den geltenden behördlichen Normen und Regelungen für den öffentlichen Raum“ (politisches Dokument SKOD 8) ausgerichtet. Die Dienste orientieren sich am Modell der Gemeindepolizei und sind organisational stark polizeilich geprägt. So treten sie etwa in Ganzkörperuniform und mit Pfefferspray zum Selbstschutz auf. Auch die internen Hierarchiestufen ähneln der Polizei.

Für die Implementierung des *nachbarschaftlichen Ordnungsdienstes* bildet die politische Konstruktion sozial prekarisierter, gefährlicher Wohnsektoren in urbanen Agglomerationsgemeinden eine zentrale Legitimationsfolie. Die Mitarbeitenden operieren im öffentlichen Wohnumfeld verdichteter Wohnsiedlungen, die politisch und medial als „sensible Zone“ (SKOD 13) oder als „Problemquartier“ (SKOD 12) markiert werden. Die Erhöhung der „subjektiven Sicherheit“ (Webseite SKOD 16) bildet ein zentrales Ziel dieser SKOD, die sich als „soziale Wache im

Quartier“ (internes Dokument SKOD 10) verstehen. Adressiert werden die „Bewohner“ (Mitarbeiter SKOD 10) dieser Wohngebiete, vor allem Jugendliche oder junge Erwachsene, die sich in Gruppen öffentlich zugängliche Siedlungsräume aneignen. Die SKOD erhalten häufig Anrufe von Anwohner_innen, die sich von ihnen gestört oder verängstigt fühlen. Problematisierte Individuen oder Gruppen können aber nicht wegge- wiesen werden, leben sie doch in diesen Wohngebieten. Entsprechend spezialisierten sich die Dienste auf ein Mikromanagement der Selbst-In/ Exklusion von Individuen und Gruppen (Piñeiro/Pasche/Locher 2023). Statt sie wegzuweisen, wirken sie auf eine räumliche Verstetigung in ausgewählten Zonen innerhalb des Siedlungsgebiets hin, in denen sie toleriert werden – womit sie sich uno actu aus anderen Zonen des öffent- lichen Wohnumfeldes selbst exkludieren. Mit Jugendlichen wie auch mit der Anwohner_innenschaft führen sie lockere Gespräche und appellieren bei konkreten Klagen an die Einhaltung gemeinschaftlicher Regeln (z. B. Lärmpegel senken oder Abfall entsorgen). Weitere Kernaufgaben bezie- hen sich auf die Lösung von „Nachbarschaftskonflikten“ (SKOD 13) und auf „Friedensstiftung“ (Leiterin SKOD 16): „Wir sind für alles da, was nach- barschaftliche Probleme betrifft: unzivils Verhalten, Sachbeschädigung, Sittenzerfall, Schlägereien“ (Mitarbeiter SKOD 10). Patrouilliert wird im gut sichtbaren „Tenue“ (Mitarbeiter SKOD 10; „Uniform“, Anm. d. A.): „Man kann uns von Weitem erkennen“ (Mitarbeiter SKOD 10), was den Mitarbeitenden zufolge bereits eine präventive, deeskalierende Wirkung habe. Die physische Präsenz der SKOD signalisiert potenziellen „Störer_ innen“, dass der öffentliche Raum überwacht wird. Gleichzeitig trägt sie zur Beruhigung von Anwohner_innen bei, die sich nachts unsicher füh- len – ohne gleich „ein bewaffneter Ninja zu sein“ (Mitarbeiterin SKOD 13).

Legitimatorischer Schatten der Polizei

Alle drei SKOD-Typen bearbeiten unerwünschtes Problemverhalten als sozialräumliches Risiko, um diesem proaktiv vorzubeugen (vgl. dazu Groenemeyer 2015; Thacher 2014; Füller/Marquardt 2010). Mit Überwachungstechniken (Monitoring sozialer Problemräume; ge- zielte Inspektion von Infrastrukturanlagen) und personenbezo- gen Interventionen (flüchtiges Grüßen, intensivere Gespräche, Beziehungspflege) lassen sich ihnen zufolge Problem- und Risikoverhalten scheinbar frühzeitig erkennen, rechtzeitig einschätzen und präventiv an- gehen. Dabei geben sich SKOD gemeinde- und bürgernah, (vordergründig)

offen und verhandlungsbereit. Sie bauen auf die Einsicht, Überzeugung und Fügsamkeit der adressierten zivilen Personen. Die soziale bzw. sozialräumliche Dimension wird zum Ausgangspunkt ihrer regulatorischen Aktionen: Nicht hoheitlich angeordnete Platzverweise oder Aufenthaltsverbote kommen hier zum Zug, sondern eine soziokommunikative Bearbeitung von ordnungswidrigem Verhalten und mangelndem Bewusstsein im Rahmen von persönlichen Begegnungen und Interaktionen vor Ort. Diese staatlichen Organisationen operieren mit einem Ensemble diffuser, informeller Taktiken des Soft Policing und der Lenkung von Menschen, mit denen sich ordnungspolitische Erwartungen „sanfter“ erreichen lassen (Bröckling 2018; Krasmann 2003; Wurtzbacher 2008). Verfolgt wird damit aber letztlich eine pragmatische „Unsichtbarmachung“ missliebiger Personen“ (Ziegler 2019: 667) bzw. von negativen Effekten eines bestimmten (Risiko-)Verhaltens von (Risiko-)Populationen (Groenemeyer 2015).

Auch wenn diese Dienste selbst nicht mit einem hoheitlichen Eingriffsmandat ausgestattet sind, aktualisieren sie mit ihrer Soft Policing Praxis dennoch einen sozialräumlichen Regulierungsanspruch, über den sie nicht im eigentlichen Sinne verfügen – eine parahoheitliche, aber gesetzlose Eingriffskompetenz, die in Form von gouvernementalen Taktiken des Regierens Gestalt annimmt. Als staatliche Einrichtungen operieren SKOD nämlich mit informeller Verhaltensbeeinflussung und moralischem Druck und halten gleichzeitig jenen rechtlich-formellen Eingriff als Drohmoment wach, der die hoheitlich agierende Polizei (qua Legalität) auszeichnet. Der staatliche Autoritätsanspruch der SKOD vitalisiert sich aus dem Umstand, dass sich mit ihnen auch jene hoheitliche Eingriffsmacht der Polizei ankündigt, die „ultima ratio“ zur Anwendung kommen wird, „wenn andre Mittel versagen“ (Weber 1992: 6). Die nicht-polizeilichen SKOD instrumentalisieren diese hoheitliche Eingriffsmacht der Polizei – meistens symbolisch über die eigenen staatlichen Embleme wie Uniform und offizielle Logos der Staatsverwaltung, die ihre Nähe oder mögliche Konvergenz zur Eingriffsautorität der Polizei anzeigen; häufig aber auch ganz pragmatisch, wenn mit dem Hinzuziehen der Polizei gedroht wird oder mit ihr an Ort und Stelle eng kooperiert wird. Als staatliche Einrichtungen der öffentlich-räumlichen Regulation bleiben SKOD mit jener Gesetzes-Macht symbolisch und praktisch verbunden, die die Eingriffsautorität des hoheitlich agierenden Staates auszeichnet. Die SKOD operieren im „Schatten der [hoheitlichen] Hierarchie“ (Töller

2008), insofern sie dem zwangsförmig-repressiven Eingriff der Polizei vor-, neben- oder nachgelagert sind und diesen (als staatliche Akteure) gleichzeitig anzeigen und zuweilen auch explizit ankündigen oder veranlassen. Obwohl nicht mit hoheitlichen Kompetenzen ausgestattet, „verfügen“ sie durch diese Nähe zur und Identifikation mit der Polizei mittelbar über solche: Potenziell kann die nichtpolizeiliche Intervention der SKOD immer und unvermittelt in eine polizeiliche umschlagen, was für die zivile Bevölkerung unberechenbar bleibt (Piñeiro/Locher/Pasche 2021). Das erinnert an das von Crawford (2008: 778 f.) herausgestellte *zweistufige Verbotsverfahren*. Im Falle der SKOD wirkt der (symbolisierte, aufgeschobene, realisierte) polizeiliche Eingriff aber gleichsam als gouvernementale Taktik der Wegweisung, die erst durch diesen polizeilichen Schatten gepowert an Autorität gewinnt.

Hier haben wir es mit einem autoritären Urbanismus zu tun, der sich jenseits der „Geltung legaler *Satzung*“ (Weber 1992: 8; Herv. i. O.) vollzieht, dennoch aber auf Basis ihrer Nähe zur hoheitlich agierenden Polizei wirksam wird. Damit eröffnen sich den SKOD große Handlungsräume, in denen sie ohne hinreichende rechtliche Kontrolle und Rechtsschutzmöglichkeiten für Betroffene agieren können – was deshalb möglich wird, weil die SKOD sich sozial, hilfsbereit geben und mit weichen, kommunikativen Methoden operieren. Die SKOD verkörpern einen illegitimen Autoritätsanspruch, der den darauf bezogenen regulatorisch eingreifenden Staat intransparent werden lässt (vgl. Bruff/Tansel 2019; Glasius 2018; Di Giovanni 2017: 111).

5. Fazit

Autoritärer Urbanismus ist ein Phänomen, das sich nicht nur in autokratisch regierten Staaten oder autoritären politischen Regimen identifizieren lässt. Als staatlich organisierte Urban-Governance-Praxis ist er auch in liberal-demokratischen Rechtsstaaten wie der Schweiz zu beobachten. Sowohl die polizeiliche Wegweisung als auch die Regulierungs- und Wegweisungspraxis der SKOD lassen sich mit dem Begriff des autoritären Urbanismus analytisch fassen. Polizei und SKOD operieren als staatliche Autoritäten mit der Berechtigung „zu sagen, was für die soziale Welt als Ganzes gut ist, was offiziell anerkannt ist, und Worte zu äußern, die in Wahrheit Befehle sind, weil sie die Kraft des Offiziellen im Rücken haben“ (Bourdieu 2014: 70). Anders als die Polizei aber, verfügen SKOD bei der Durchsetzung der Ordnung über kein hoheitliches Mandat und

über keine Gewaltlizenz. Für ihr Soft Policing scheinen sie die „Geltung legaler *Satzung*“ (Weber 1992: 8; Herv. i. O.) auch nicht zu benötigen: Ordnet die Polizei Wegweisungen qua Polizeirecht an, so operieren die SKOD mit einem „Maß an sozialer Geschmeidigkeit bei gelegentlicher Autoritätsanrufung“ (Scheffer et al. 2017: 16; vgl. Piñeiro/Pasche/Locher 2021), die ohne eine umständliche Rechtsverankerung und ohne rechtliche Absicherungen ihres regulatorischen Handelns auszukommen scheint. In diesem extralegalen Aktionsfeld stellt sich weder die Frage nach einer rechtsstaatlichen Einhegung, noch wird die Legitimität und Reichweite ihrer Autorität zum Gegenstand einer verfahrensmäßigen judikativen Kontrolle. Im Schatten der Polizei verfügen die SKOD über eine gesetzlose parahoheitliche Eingriffskompetenz, die im Rahmen ihrer Soft-Power-Praxis zum Tragen kommt.

Demgegenüber inszeniert sich die Polizei mit ihrer repressiven Wegweisungspraxis als legitimes Autoritätsverhältnis qua Recht. Demnach wird die unmittelbare Anwendung von Zwang als polizeirechtlich fundierter hoheitlicher Eingriff vollzogen. Allerdings unterhält die Polizei mit ihrer Wegweisungspraxis ein taktisches Verhältnis zum Recht. Damit bewegt sie sich in einer legitimatorischen Grauzone, die rechtsstaatlich nicht ausreichend eingehegt und abgesichert werden kann. Die SKOD wiederum operieren unterhalb einer hoheitlichen Schwelle, die die Eingriffsautorität des Staates kaum mehr greifbar werden lässt. Die analysierten Beispiele öffentlich-räumlicher Kontrolle zeigen, dass beide – die Polizei wie auch die SKOD – mit einem illegitimen Autoritätsanspruch operieren, der Ausprägungen eines gegenwärtigen autoritären Urbanismus erkennen lässt und in rechtsstaatlicher Hinsicht problematisch erscheint.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Steve Herbert, Katherine Beckett und Forrest Stuart (2018) zeigen in „Policing social marginality“, wie sich die repressive Qualität einer autoritären Polizeipraxis graduieren, auf eine bestimmte Zielgruppe abstimmen und auf die jeweilige Situation anpassen lässt: Neben einem punitiv ausgerichteten, kriminalisierenden „aggressive patrol“ (ebd.: 1496 ff.) beobachten sie Strategien der „coercive benevolence“ (ebd.: 1500 ff.) und diskutieren schließlich auch den Ansatz einer „officer led harm reduction“ (ebd.: 1503 ff.), der einer Logik der drogenpolitisch akzeptierenden Schadensminderung und Überlebenshilfe folgt (vgl. auch Piñeiro/Pasche/Locher 2021).

- [2] Vgl. hierzu etwa die Hilfsdienste (Lindenberg 2000) oder Nonprofit-Ordnungsdienste (Eick 2004) in Deutschland.
- [3] Alle Namen von Organisationen, Abteilungen, Personen und Orten wurden aus Datenschutzgründen anonymisiert.
- [4] Gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds SNF, vgl. <https://data.snf.ch/grants/grant/178898>.
- [5] Er bezieht sich dabei auf das 2003 im Vereinigten Königreich eingeführte Gesetz zur Bekämpfung von „asozialem“ Verhalten (Anti-social Behaviour Act).
- [6] So ist eine Berufung auf die nach Art. 32 BV in Strafverfahren geltenden Garantien nicht möglich, da Wegweisungen Maßnahmen verwaltungsrechtlicher und nicht strafrechtlicher Natur sind (Moeckli/Keller 2012: 18 f.). Sie werden nicht wegen der Erfüllung von Straftatbeständen ausgesprochen. Werden Betroffenen Anhörungs- und Beschwerdemöglichkeiten eingeräumt, so bleibt es dennoch schwierig, gegen Ausschließungen vorzugehen. Denn die Begründungen für Wegweisungen sind in vielen Fällen so allgemein und weitgehend standardisiert formuliert (häufig mit bereits bestehenden Textbausteinen), dass die Betroffenen gar nicht nachvollziehen können, was ihnen in ihrem konkreten Fall vorgeworfen wird (Moeckli 2016: 189 f.).

Autor_innen

Esteban Piñeiro ist Soziologe und forscht zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Polizei, zur sozialarbeiterischen Praxis des eingreifenden Staates sowie zu Un/Doing Ethnicity in der öffentlichen Verwaltung.
esteban.pineiro@fhnw.ch

Literatur

- Anter, Andreas (2001): Von der politischen Gemeinschaft zum Anstaltsstaat: Das Monopol der legitimen Gewaltsamkeit. In: Edith Hanke / Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Max Webers Herrschaftssoziologie. Tübingen: Mohr Siebeck, 121-138.
- Arsel, Murat / Adaman, Fikret / Saad-Filho, Alfredo (2021): Authoritarian developmentalism: The latest stage of neoliberalism? In: Geoforum 124, 261-266.
- Beckett, Katherine / Herbert, Steve (2010): Toward banishment: The transformation of urban social control. New York: Oxford University Press.
- Belina, Bernd (2007): From disciplining to dislocation: Area bans in recent urban policing in Germany. In: European Urban and Regional Studies 14/4, 321-336.
- Belina, Bernd / Helms, Gesa (2003): Zero tolerance for the industrial past and other threats: Policing and urban entrepreneurialism in Britain and Germany. In: Urban Studies 40/9, 1845-1867.
- Benjamin, Walter (2015): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2014): Über den Staat. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bowling, Benjamin / Reiner, Robert / Sheptycki, James (2019): The politics of police. Oxford: Oxford University Press.
- Bröckling, Ulrich (2018): Gute Hirten führen sanft: Über Menschenregierungskünste. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bruff, Ian (2014): The rise of authoritarian neoliberalism. In: Rethinking Marxism. A Journal of Economics, Culture & Society 26/1, 113-129.

Signaturen eines autoritären Urbanismus in der Schweiz

- Bruff, Ian / Tansel, Cemal Burak (2019): Authoritarian neoliberalism: Trajectories of knowledge production and praxis. In: *Globalizations* 16/3, 233-244.
- Butler, Judith (2005): *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Can, Aysegul / Fanton Ribeiro da Silva, Hugo (2023): Neo-liberal authoritarian urbanism: The dominant contemporary patterns of urban spatial production in Istanbul and São Paulo. In: *Globalizations*. <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2156237>.
- Crawford, Adam (2008): Dispersal powers and the symbolic role of anti-social behaviour legislation. In: *The Modern Law Review Limited* 71/5, 753-784.
- Crawford, Adam (2013): The police, policing and the future of the „extended policing family“. In: Jennifer M. Brown (Hg.), *The future of policing*. London: Routledge, 173-190.
- Dean, Mitchell (2002): Liberal government and authoritarianism. In: *Economy and Society* 31/1, 37-61.
- Deleuze, Gilles (1992): *Foucault*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Di Giovanni, Annalena (2017): Urban transformation under authoritarian neoliberalism. In: Cemal Burak Tansel (Hg.), *States of discipline. Authoritarian neoliberalism and the contested reproduction of capitalist order*. London: Rowman & Littlefield International, 107-127.
- Eick, Volker (2004): „Wenn Ihr einen schönen Tag haben wollt, müsst Ihr lächeln ...“. Zur Rolle von Nonprofit-Ordnungsdiensten in der Sicherheitsproduktion. In: Gisbert Van Eisbergen (Hg.), *Wachen, kontrollieren, patrouillieren*. Wiesbaden: VS, 133-154.
- Eraydin, Ayda / Taşan-Kok, Tuna (2014): State response to contemporary urban movements in Turkey: A critical overview of state entrepreneurialism and authoritarian interventions. In: *Antipode* 46/1, 110-129.
- Ergenc, Ceren / Yuksekkaya, Ozge (2022): Institutionalizing authoritarian urbanism and the centralization of urban decision-making. In: *Territory, Politics, Governance*. <https://doi.org/10.1080/21622671.2021.2020156>.
- Feth, Anja (2016): *Staat, Polizei und Alltag in Buenos Aires. Raumproduktion im Kontext städtischer Unsicherheit*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus / Paul Rabinow (Hg.), *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Weinheim: Beltz, 243-261.
- Foucault, Michel (2006): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Füller, Henning / Marquardt, Nadine (2010): *Die Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Restrukturierung und soziale Kontrolle in Los Angeles*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Garland, David (2008): *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Gasser, Karin (2003): *Kriminalpolitik oder City-Pflege? Bedeutungsstrukturen polizeilicher Strategien im öffentlichen Raum der Stadt Bern*. Bern: Stämpfli.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: Legitimation, repression, and cooptation in autocratic regimes. In: *Democratization* 20/1, 13-38.
- Glasius, Marlies (2018): What authoritarianism is ... and is not: A practice perspective. In: *International Affairs* 94/3, 515-33.
- Groenemeyer, Axel (2015): Soziale Konstruktionen von Ordnungsstörungen. In: Bernd Dollinger / Axel Groenemeyer / Dorothea Rzepka (Hg.), *Devianz als Risiko. Neue Perspektiven des Umgangs mit abweichendem Verhalten, Delinquenz und sozialer Auffälligkeit*. Weinheim: Juventa, 9-43.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism: The transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 71/1, 3-17.

- Helms, Gesa (2008): *Towards safe city centres? Remaking the spaces of an old-industrial city*. Hampshire: Ashgate.
- Herbert, Steve / Beckett, Katherine / Stuart, Forrest (2018): Policing social marginality: Contrasting approaches. In: *Law & Social Inquiry* 43/4, 1491-1513.
- Herrkind, Martin / Scheerer, Sebastian (Hg.) (2003): *Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz. Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle*. Münster: LIT.
- Howe, Christiane (2016): Flanierende Polizeiarbeit im Quartier. In: *SIAK-Journal. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* 4, 29-39.
- Huke, Nikolai / Clua-Losada, Mònica / Bailey, David J. (2015): Disrupting the European crisis: A critical political economy of contestation, subversion and escape. In: *New Political Economy* 20/5, 725-751.
- Innes, Martin (2005): Why „soft“ policing is hard: On the curious development of reassurance policing, how it became neighbourhood policing and what this signifies about the politics of police reform. In: *Journal of Community & Applied Social Psychology* 15/3, 156-169.
- Jenns, Alke / Schuetze, Benjamin (2021): Rethinking authoritarian power: The logistics space and authoritarian practices in and between secondary port cities of the Global South. In: *International Studies Quarterly* 65, 82-94.
- Kammersgaard, Tobias (2021): Private security guards policing public space: Using soft power in place of legal authority. In: *Policing and Society* 31/2, 117-130.
- Kelle, Udo / Kluge, Susann (2010): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS.
- Koch, Natalie (2022): *Spatializing authoritarianism*. Syracuse: Syracuse University Press.
- Krasmann, Susanne (2003): *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Krasmann, Susanne / Opitz, Sven (2007): Regierung und Exklusion. Zur Konzeption des Politischen im Feld der Gouvernementalität. In: Susanne Krasmann / Michael Volkmer (Hg.), Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Bielefeld: transcript, 127-155.
- Künkel, Jenny (2020): *Sex, drugs & control – Das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lindenberg, Michael (2000): Zwischen sicher sein und sich sicher fühlen. Kommunale Hilfsdienste als Geburtshelfer für verdichtete städtische Gemeinschaften? In: *Widerspruch* 20/2, 37-49.
- Lipsky, Michael (2010): *Street-level bureaucracy. Dilemmas of the individual in public services*. New York: Russell Sage Foundation.
- Litscher, Monika (2017): Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen oder: Vom Umgang mit urbanen Vergnügungen und mit Risiken des Lebens. In: Joachim Häfele / Fritz Sack / Volker Eick / Hergen Hillen (Hg.), *Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen*. Wiesbaden: Springer VS, 129-150.
- Litscher, Monika / Mösch Payot, Peter / Grossrieder, Beat / Schmutz, Marco (2012): *Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen. Ergebnisse aus einer Studie des Schweizerischen Nationalfonds/SNF*. Luzern: interact.
- Loick, Daniel (2012): *Kritik der Souveränität*. Frankfurt am Main: Campus.
- LPol Genève: *Loi sur la police (LPol) du 9 septembre 2014, entrée en vigueur: 1er mai 2016*.
- Matthews, Roger (1992): *Replacing „broken windows“: Crime, incivilities and urban change*. http://rogermatthews.net/images/papers/replacing_broken_windows.pdf (letzter Zugriff am 15.6.2023).
- Moeckli, Daniel (2016): *Exclusion from public space. A comparative constitutional analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Moeckli, Daniel / Keller, Raphael (2012): *Wegweisungen und Rayonverbote – ein Überblick*. <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/71230/> (letzter Zugriff am 15.6.2023).

Signaturen eines autoritären Urbanismus in der Schweiz

- Mohler, Markus H.F. (2012): Grundzüge des Polizeirechts in der Schweiz. Basel: Helbing Lichtenhahn.
- Pichl, Maximilian (2014): Zur Entgrenzung der Polizei – eine juristische und materialistische Kritik polizeilicher Gewalt. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 97/3, 249-266.
- Pichl, Maximilian (2018): Polizei und Rechtsstaat: Über das Unvermögen, exekutive Gewalt einzuhegen. In: Daniel Loick (Hg.), Kritik der Polizei. Frankfurt am Main: Campus, 101-117.
- Piletić, Aleksandra (2022): The role of the urban scale in anchoring authoritarian neoliberalism: A look at post-2012 neoliberalization in Belgrade, Serbia. In: Globalizations 19/2, 285-300.
- Piñeiro, Esteban / Koch, Martina / Pasche, Nathalie (2021): Un/doing ethnicity im Öffentlichen Dienst. Ethnografien zum ethnischen Differenzieren am Beispiel von Jugendamt und Polizei. Zürich: Seismo.
- Piñeiro, Esteban / Locher, Nora / Pasche, Nathalie (2021): The art of soft-power-banishment. New insights into the Swiss deportation regime. In: Ethnic & Racial Studies 45/16, 28-48.
- Piñeiro, Esteban / Pasche, Nathalie / Locher, Nora (2021): Die „Care-Seite“ der Repression: Konjunkturen eines akzeptanzorientierten Policing von Drogenkonsum in öffentlichen Räumen. In: Suchtmagazin 47/3-4, 27-30.
- Piñeiro, Esteban / Pasche, Nathalie / Locher, Nora (2023): Policing the in/exclusion of social marginality: The preventive regulation of public space in urban Switzerland. In: Social Inclusion 11/3. <https://doi.org/10.17645/si.v11i3.6716>.
- PolG Basel-Stadt: Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13.11.1996 (Stand: 1.3.2023).
- PolG Bern: Polizeigesetz (PolG) vom 10.2.2019 (Stand: 1.1.2020).
- PolG Graubünden: Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG) vom 20.10.2004 (Stand: 1.1.2022).
- Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Rosol, Marit (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: Geographische Zeitschrift 101/3-4, 132-147.
- Rund, Mario (2015): Regierung des Raumes – Regierung des Sozialen. Zur Gouvernementalität postfordistischer Sozialraumpolitiken. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Scheffer, Thomas / Howe, Christiane / Kiefer, Eva / Negnal, Dörte / Porsché, Yannick (2017): Polizeilicher Kommunitarismus. Eine Praxisforschung urbaner Kriminalprävention. Frankfurt am Main: Campus.
- Sennett, Richard (2008): Autorität. Berlin: Berliner Taschenbuch.
- Skogan, Wesley G. (1990): Disorder and decline. New York: Free Press.
- Strauss, Anselm L. / Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz.
- Stuart, Forrest (2014): From „rabble management“ to „recovery management“: Policing homelessness in marginal urban spaces. In: Urban Studies 51/9: 1909-1925.
- Tansel, Cemal Burak (2017): States of discipline. Authoritarian neoliberalism and the contested reproduction of capitalist order. London: Rowman & Littlefield International.
- Thacher, David (2014): Order maintenance policing. In: Michael D. Reising / Robert J. Kane (Hg.), Oxford handbook of police and policing. Oxford: Oxford University Press, 122-147.
- Töller, Annette Elisabeth (2008): Kooperation im Schatten der Hierarchie. Dilemmata des Verhandeln zwischen Staat und Wirtschaft. In: Gunnar Folke Schuppert / Michael Zürn (Hg.), Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS, 282-312.
- Valverde, Mariana (2008): Analyzing the governance of security: Jurisdiction and scale. In: Behemoth. A Journal on Civilisation 1/1, 3-15.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max (1992): Politik als Beruf. Stuttgart: Reclam.

- Wehrheim, Jan (2012): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Barbara Budrich.
- Wurtzbacher, Jens (2003): Sicherheit als gemeinschaftliches Gut: Bürgerschaftliches Engagement für innere Sicherheit. In: Leviathan 31/1, 92-116.
- Wurtzbacher, Jens (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden: VS.
- Ziegler, Holger (2019): Prävention als sozialraumbezogenes Handlungsfeld. In: Fabian Kessler / Christian Reutlinger (Hg.), Handbuch Sozialraum. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit. Wiesbaden: Springer, 659-673.

Signatures of authoritarian urbanism in Switzerland. A comparison of police and regulatory services' expulsion from public spaces

Internationally, an increase in state control practices in public spaces directed against socially marginalized individuals and groups has been observed since the 1990s. In Switzerland, the instrument of expulsion gave the police extensive powers to exclude people who were perceived as disorderly and disruptive. Simultaneously, many cities and larger municipalities established non-police order services to address public disorder in a socio-communicative manner. Unlike the police, these services operate with soft policing below the threshold of the sovereign state, making the state's authority to intervene barely tangible. In contrast, the police present themselves as a legitimate authority qua law. With their repressive expulsion, however, they enter a legitimacy gray zone that cannot be sufficiently contained and safeguarded by the rule of law. Both the police and the order services act with an illegitimate claim to authority, which reveals characteristics of a current authoritarian urbanism and is problematic in terms of the state under the rule of law.

Konservative Wende, *milícias* und die Wahlen

Überlegungen zum Fall Brasiliens

Orlando Santos Junior, Filipe Corrêa, Juciano Rodrigues

Brasilien erlebt derzeit eine konservative Wende, die ihren Ausdruck nicht nur in der Präsidentschaft Jair Bolsonaro (2019-2022) fand, sondern sich auch in der Ausweitung des Phänomens sogenannter *milícias* (Parapolizeigruppen) in einkommensschwachen Vierteln manifestiert sowie im Aufkommen antisozialer Bewegungen, die sich selbst als rechtsgerichtet und konservativ verstehen. In diesem Kontext diskutiert der Beitrag am Beispiel der Metropolregion Rio de Janeiro das Wechselverhältnis zwischen (a) der Entstehung konservativer und rechtsextremer Gruppen, (b) der Ausbreitung von *milícias* im Stadtgebiet Rio de Janeiro und (c) deren Einfluss auf das Wahlverhalten in von ihnen dominierten einkommensschwachen Vierteln bei Wahlen zwischen 2018 und 2022. Die von den *milícias* praktizierten Formen der Gebietskontrolle – unter anderem Informationsnetzwerke, disziplinarische soziale Kontrolle, die Vermittlung zwischen individuellen und kollektiven Interessen sowie die Kontrolle von Wahlen – finden bislang weder bei Behörden noch in der Sozialanalyse und -forschung hinreichend Beachtung. Eine Reihe politischer Organisationen und alternativer Medien sind verantwortlich für die Verbreitung antidemokratischer Werte und Praktiken. Damit verfolgen sie das Ziel, die unterschwellige konservative Wende im Land zu legitimieren und die Beziehungen zwischen Stadterfahrung und Demokratie zu schwächen.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Brasilien erlebt seit einigen Jahren eine konservative Wende. Während andere Studien Faktoren wie die Krise der Demokratie und die Verleugnung der Politik (Solano 2019) oder die Zunahme des religiösen Konservatismus (Almeida 2019) beleuchten, möchten wir mit dieser Studie den von uns so bezeichneten *Milícia*-Effekt auf das Wahlverhalten in einkommensschwachen Vierteln untersuchen. Mit anderen Worten soll in diesem Beitrag untersucht werden, wie die territoriale Kontrolle durch sogenannte *milícias*[1] ein rechtsextremes politisches Projekt befördert, das auf der Mobilisierung konservativer Werte in der Gesellschaft sowie auf

der räumlichen Kontrolle von Wahlen beruht. Unsere Hypothese lautet, dass die Aktivitäten von *milícias* in Rio de Janeiro die Ausbreitung antidemokratischer Werte und Praktiken befördern. Dadurch ist die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten einer konservativen Umwälzung ihrer politischen Glaubenssysteme und Gepflogenheiten ausgesetzt. Die Ursache hierfür ist vor allem eine Schwächung urbaner Bindungen, die auf dem zentralen Element der Demokratie beruhen: der politischen Emanzipation.

Zur Prüfung unserer Hypothese stützen wir uns auf Theorien zum Wahlverhalten, die sich mit territorialen Einflüssen auf die Stimmabgabe befassen. Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, über die in der internationalen Literatur zu diesem Thema etablierten Modelle hinauszudenken, um das Phänomen in ganz konkreten räumlichen Kontexten erfassen zu können. Anders ausgedrückt reichen klassische Variablen wie Parteiidentifikation, politisches Bewusstsein oder Zugang zu Medien und Wahlkampagnen nicht aus, um ein derart komplexes Phänomen zu erklären. Hierbei ist zu bedenken, dass die von den *milícias* genutzten Praktiken der territorialen Kontrolle noch nicht in all ihren Dimensionen hinreichend verstanden wurden. Dies gilt insbesondere für die Informationsnetzwerke, die disziplinierende soziale Kontrolle, die Vermittlung zwischen individuellen und kollektiven Interessen sowie die Kontrolle von Wahlen.

Wir stellen unsere Überlegungen am Beispiel der Metropolregion Rio de Janeiro (MRRJ) an.[2] Diese ist gekennzeichnet durch extreme sozialräumliche Ungleichheiten, die sich in einer Trennung nach Klasse, Geschlecht und *raça* (Rasse bzw. Rassifizierung) niederschlagen. Die Viertel der Ober- und Mittelschicht beziehungsweise der weißen Bevölkerung liegen größtenteils in der *Zona Sul* (Südzone) und im Stadtteil Barra da Tijuca im Südwesten der Stadt. Die Viertel, in denen Menschen mit geringeren Einkommen, schwarze Menschen (*pretos*) und People of Color (*pardos*) leben,[3] befinden sich in der *Zona Oeste* (Westzone) und der *Zona Norte* (Nordzone) der Stadt, in den peripheren Munizipien der Metropole, insbesondere in der Region Baixada Fluminense, sowie in den Favelas, die sich über alle ärmeren Stadtteile ausbreiten. Sehr stark präsent sind *milícias* vor allem in der *Zona Oeste*. In den letzten Jahren haben sie ihre räumliche Kontrolle jedoch auch in Richtung Baixada Fluminense ausgedehnt.

Die Expansion der *milícias* in der Metropolregion wurde durch mehrere Studien belegt (Cano/Duarte 2012; Manso 2020). Sie zeigen das Ausmaß

des *Milícia*-Phänomens in der MRRJ, was unser Interesse an diesem Fallbeispiel begründet. Die bewaffnete Kontrolle einkommensschwacher Viertel durch kriminelle Parapolizeigruppen könnte einen Einfluss auf die dortigen Wahlergebnisse gehabt haben – dieser Hypothese möchten wir im Folgenden nachgehen.

Dazu nutzen wir die neuesten Daten aus einer von Daniel Veloso Hirata und Maria Isabel Couto (2022) erarbeiteten Kartierung bewaffneter Gruppen in Rio de Janeiro. Wir identifizieren damit jene Gebiete der Metropolregion, die von *milícias* oder den Organisationen des Drogenhandels beherrscht werden. Um den Zusammenhang zwischen den Aktivitäten von *milícias* und der Stimmabgabe für (extrem) rechte Kandidat_innen erforschen, verwenden wir die Wahlergebnisse von 2018, 2020 und 2022.[4] Anhand dieser Daten können wir überprüfen, ob *milícias* in den von ihnen kontrollierten Teilen einkommensschwacher Viertel tatsächlich Wahlen kontrollieren und ob ein Zusammenhang mit dem Abschneiden von Jair Bolsonaro bei den Präsidentschaftswahlen von 2018 und 2022 besteht. Unser zugrundeliegender Ansatz geht dem Phänomen von Illegalität und urbaner Gewalt mit Blick auf ein System von Praktiken und Repräsentationen nach, die sich an den häufig durchlässigen und nicht klar erkennbaren Grenzlinien zwischen legal und illegal, rechtmäßig und nicht rechtmäßig, formell und informell verorten lassen. Dieses System umfasst unter anderem die *milícias*, den Drogenhandel, Militäroperationen in Favelas sowie das Gefängnisssystem. Dabei nehmen wir einen Zusammenhang an zwischen dem Aufschwung der Rechten und extremen Rechten im Land – der sich in der Ausbreitung bestimmter Gruppen, Medien und sozialen Praktiken manifestiert (Santos Junior 2022) – und der Wahl Jair Bolsonaros zum Präsidenten (Setzler 2021). Wir behaupten, dass dieser Zusammenhang in Rio de Janeiro eng mit der Expansion des *Milícia*-Phänomens verbunden ist.

Um dieses Argument zu entwickeln, gliedert sich der Beitrag in drei Teile: Zunächst skizzieren wir die theoretische Perspektive auf das Wahlverhalten in Brasilien mit Blick auf die verschiedenen Stadtviertel. Anschließend thematisieren wir die konservative Wende von 2018, die im Wahlsieg der von Jair Bolsonaro repräsentierten extremen Rechten zum Ausdruck kam, sowie die neuen Herausforderungen durch das Wiedererstarken progressiver Kräfte nach dem Sieg Luiz Inácio Lula da Silvas bei den Wahlen von 2022. Im dritten Teil diskutieren wir den Zusammenhang zwischen bewaffneten Gruppen – einschließlich der

milícias – und dem Wahlverhalten in der Metropolregion Rio de Janeiro. Der Beitrag schließt mit einigen Überlegungen zum *Milícia*-Effekt und dessen Auswirkungen auf die Stadt und die Demokratie.

1. Theoretische Perspektiven auf das Verhältnis zwischen Wahlverhalten und Raum in Brasilien

In Brasilien existiert ein reichhaltiger Korpus an Literatur zum Thema Wahlverhalten, der auf der Rezeption international anerkannter Theorieansätze basiert. Ein Teil dieser Arbeiten konstatiert, die brasilianischen Wähler_innen trafen ihre Entscheidung spätestens seit den Präsidentschaftswahlen von 1994 danach, wie sie die Arbeit der amtierenden Regierung oder genauer gesagt deren Wirtschaftspolitik bewerten (Meneguello 1996; Carreirão 1999, 2004, 2007; Nicolau 2007). Ein alternativer, seit den frühesten Untersuchungen des Wahlverhaltens in Brasilien häufig vertretener Ansatz hebt hingegen wahlbeeinflussende soziologische Faktoren hervor. Er versucht insbesondere, Zusammenhänge zwischen Klassenzugehörigkeit und politischer Positionierung zu identifizieren – etwa die Zugehörigkeit zur Elite mit der Ausrichtung auf eher konservative und rechte Parteien oder die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse mit der Tendenz zu linken Parteien. Neuen Auftrieb erfuhr diese soziologische Perspektive zuletzt durch die Arbeiten von André Singer (2009, 2012) zum Phänomen des Lulismus. Darin versucht der Autor, Lulas ersten Sieg bei der Präsidentschaftswahl 2002 zu erklären. Singer zufolge kam es bei dieser Wahl zu einer ideologischen Umorientierung der brasilianischen Wähler_innen sowie zusätzlich zu einer Neugestaltung des ideologischen Images, also der bedeutungsgebenden politischen Symbole der Arbeiterpartei (Partido de los Trabalhadores, PT). Dies führte letztlich dazu, dass ärmere Wähler_innenschichten den Kandidaten Lula da Silva unterstützten und für ihn stimmten. Die klare räumliche Ausprägung der Ergebnisse dieser Wahl deutet Singer zufolge darauf hin, dass die von der PT zu jener Zeit vertretene soziale Programmatik an Popularität gewonnen hatte. Singers These greift also Elemente von Erklärungsansätzen für das Wahlverhaltens auf, die sich mit den Ideologien politischer Parteien und deren Rolle bei der Herausbildung von Parteipräferenzen sowie letztlich der Wahlentscheidung bei Präsidentschaftswahlen in Brasilien befassen.

Allerdings weisen einige Autor_innen auf die möglichen Schwachstellen dieses soziologischen Ansatzes hin (Nicolau/Peixoto 2007; Hunter/Power

2007; Soares/Terron 2008). Sie verweisen auf die positiven Auswirkungen von Sozialprogrammen wie „Bolsa Família“. Dies spreche ihrer Ansicht nach für die These eines retrospektiven Wählens, wonach letztlich die Leistungen einer Regierung wahlentscheidend seien. Diesen Autor_innen zufolge fand keine ideologische Umorientierung statt, sondern vielmehr eine positive Bewertung der Wirtschafts- und Sozialpolitik – insbesondere bei Empfänger_innen sozialer Transferleistungen. Dieses Argument hat ein größeres Erklärungspotenzial als die Variable Ideologie, deren Aussagekraft begrenzt ist, da sich die Mehrheit der Wähler_innen nicht klar auf einer Rechts-Links-Skala einordnen lässt (Carreirão 2002; Turgeon/Rennó 2010; Oliveira/Turgeon 2015).

Trotz dieser Fülle an Studien zu Wahlentscheidungen bei Präsidentschaftswahlen gibt es keine vergleichenden Studien, die mit denselben Variablen andere Wahlen untersuchen – seien es jene nach Mehrheitswahlrecht wie Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen oder jene nach Verhältniswahlrecht wie Parlamentswahlen auf nationaler, bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene. Wahlergebnisse unterhalb der Bundesebene werden in der Regel mit Blick auf den sogenannten *Coattail*-Effekt analysiert, also hinsichtlich der Frage, wie stark die Prominenz oder Beliebtheit bestimmter Politiker_innen, die bei Präsidentschafts- oder Gouverneurswahlen antreten, auf andere Kandidat_innen ausstrahlt (Ames 1994; Borges/Loyd 2016; Samuels 2020).

Um den Zusammenhang zwischen der territorialen Kontrolle bestimmter Stadtviertel durch *milícias* und der politischen Dominanz, die sich in der massiven Stimmabgabe zugunsten rechtsextremer Kandidat_innen niederschlägt, erfassen zu können, müssen wir die vorliegenden Ansätze um eine räumliche Dimension erweitern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung waren Studien, die sich mit den Auswirkungen des Wahlrechts auf das brasilianische Parteiensystem befassten. Laut Ames (2023) ermöglicht das System der offenen Listenwahl verschiedene Strategien rund um die räumliche Verteilung von Wähler_innenstimmen. Die Auswirkung dieser verschiedenen Wahlstrategien auf das parlamentarische Agieren der gewählten Vertreter_innen zeigt sich in der Bindung von Wähler_innen an die Kandidat_innen. Das bedeutet, dass die Charakteristika des jeweiligen Wahlkreises Vorhersagen über das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten im Parlament ermöglichen.

Die ursächlichen Mechanismen einer Art von kumulierendem Wahlverhalten sind jedoch noch nicht vollständig erforscht. Laut

Filipe Corrêa (2011) muss eine territorial bezogene Erklärung des Wahlverhaltens die Dimension objektiver Bedürfnisse berücksichtigen, also den Mangel an öffentlicher Infrastruktur in einem Viertel, der zur politischen Verhandlungsmasse werden kann. Einbezogen werden muss jedoch auch die soziale und politische Identifikation der Wähler_innen in den jeweiligen Wahlkreisen. Diese lässt sich anhand bestimmter politischer Wahrnehmungen und Werte feststellen. Der unmittelbare räumliche Kontext ist daher ein wichtiger Faktor zur Erklärung des politischen Verhaltens (Pattie/Johnston 2000; Johnston/Pattie 2006). Das gilt nicht nur hinsichtlich der Inhalte und Intensität der im Stadtviertel stattfindenden Interaktionen, sondern auch mit Blick auf die Entstehung von Gruppenidentitäten, die Herausbildung gemeinsamer politischer Haltungen und Werte sowie auf die Entwicklung bestimmter Verhaltensweisen aufgrund der objektiven Gegebenheiten, die alle in einem Viertel lebenden Menschen betreffen.

Hinsichtlich der von *milícias* kontrollierten Gebiete lautet unser Argument, dass ein System von Praktiken und Repräsentationen – das in einem bestimmten räumlichen Kontext den Alltag reguliert – auch das politische Verhalten beeinflusst. Dieser Einfluss äußert sich nicht allein in Form unmittelbarer Kontrolle durch Zwang, sondern auch in Überzeugungen, Legitimationen und einer Reihe von Werten, die Akteur_innen, die im selben Stadtviertel leben, miteinander teilen. Das Thema unserer Studie – die Kontrolle des Wahlverhaltens in bestimmten Teilen der Stadt – ist in diesem Sinne als Beispiel eines sozialen Phänomens zu verstehen, das wir als *Milícia*-Effekt bezeichnen wollen.

Dabei sollte auch erwähnt werden, dass zur gleichen Zeit, in der bewaffnete Parapolizeigruppen zunehmend die Kontrolle über arme Stadtviertel übernahmen und die dort existierenden Formen kollektiven Handelns zum Erliegen brachten, auf nationaler Ebene einige politische Gruppen[5] entstanden sind, die als Bindeglied zwischen nationalen und lokalen Werten, Agenden und Praktiken fungieren (Santos Junior 2022). Das zwischen bewaffneten *milícias* und politischen Gruppen bestehende Verhältnis manifestiert sich zum einen im parlamentarischen Raum, nämlich durch die Wahl von Abgeordneten mit Verbindungen zu *milícias* und zum anderen in sozialen Netzwerken, mittels derer sich Nachrichten und Informationen verbreiten. Die besagten Gruppen bezeichnen sich selbst als konservativ und rechts, aber viele von ihnen könnten durchaus als rechtsextrem eingeordnet werden. Sie bestehen

mehrheitlich aus Unterstützer_innen und Anhänger_innen des Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro: Von all diesen Gruppen hat sich lediglich eine – das „Movimento Brasil Livre“ (MBL) – erklärtermaßen gegen die Bolsonaro-Regierung positioniert. Organisiert sind die Gruppen rund um Führungspersönlichkeiten, die sich mitunter nicht lange halten, schnell auftauchen und ebenso schnell wieder in der Versenkung verschwinden. Entscheidend für unsere Argumentation ist jedoch, dass die meisten dieser politischen Organisationen eine konservative Agenda vertreten (z. B. gegen Abtreibung, gegen digitale Wahlen, für die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters oder für einen schlanken Staat), dass sie den Feind in der Linken und im Kommunismus sehen, zur Verbreitung ihrer Anliegen auf öffentliche Demonstrationen setzen und Online-Nachrichtenseiten betreiben, die zuverlässig ihre Werte kommunizieren.[6] Tatsächlich sprießt zusammen mit diesen Organisationen eine Unmenge von Online-Nachrichtendiensten und Profilen auf sozialen Medien aus dem Boden. Das Ergebnis ist eine lange Liste von Kommunikationsinstrumenten, die im Dienst von Desinformation und konservativer Propaganda stehen.

Daher vertreten wir in diesem Beitrag die These, dass ein Zusammenhang zwischen der Ausbreitung von *milícias*, der Expansion konservativer und rechter Gruppen und der Wahl rechtsextremer Parteien und Politiker_innen besteht. Jair Bolsonaro ist dafür nur ein Beispiel. Erklären lässt sich dieser Zusammenhang unserer Ansicht nach dadurch, dass es in manchen Stadtvierteln die *milícias* sind, die disziplinierende Kontrolle ausüben und zwischen individuellen und kollektiven Interessen vermitteln. Zugleich bringen diese bewaffneten Akteur_innen deutlich zum Ausdruck, wie die Konservativen das weitverbreitete Gewaltproblem in den Städten lösen wollen: durch massive soziale Kontrolle und den Einsatz von Gewalt gegen Personen, die durch vermeintlich deviantes Verhalten auffallen.

2. Die konservative Wende und Bolsonaros Stärke bei den Wahlen

Ausgehend von den Überlegungen im vorherigen Abschnitt lautet unser Argument, dass das Wahlverhalten kein unmittelbares Resultat ökonomischer Phänomene ist. So lässt sich beispielsweise kein direkter Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Schichtzugehörigkeit und der Wahl linker Parteien feststellen. Vielmehr wird das Wahlverhalten durch Institutionen, soziale Praktiken, Werte und die in

spezifischen zeitlich-räumlichen Kontexten geteilten gesellschaftlichen Stimmungslagen bestimmt. Aus dieser Sicht ist die Erklärung für die konservative Wende, die ihren Ausdruck im Wahlsieg Bolsonaros und der extremen Rechten fand, in einem Zusammenspiel mehrerer gleichzeitig wirkender Faktoren zu suchen. Es geht also um eine multikausale Erklärungsmatrix, die auf verschiedenen Ebenen auch territoriale Dimensionen des Wahlverhaltens miteinbezieht. Außerdem müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die Narrative, die das Wahlergebnis erklären, ebenfalls umstritten, das heißt, mit Auseinandersetzungen über die Klassifizierung der sozialen Welt an sich (Bourdieu 2001) verwoben sind und sich auf das zukünftige Vorgehen und die Entscheidungen von Parteien und Kandidat_innen auswirken.

Es sei daran erinnert, dass Lateinamerika zwischen den späten 1990er Jahren und den 2000er Jahren einen Zyklus sogenannter progressiver Regierungen durchlief. Im Zuge einer Suche nach politischen Alternativen wurden in der Region zahlreiche Kandidaten linker Parteien an die Macht gewählt: Hugo Chávez in Venezuela, Lula da Silva in Brasilien, Rafael Correa in Ecuador, Evo Morales in Bolivien, Daniel Ortega in Nicaragua, Fernando Lugo in Paraguay, José Mujica in Uruguay, Néstor Kirchner in Argentinien und Ollanta Humala in Peru. Auch wenn viele von ihnen letztlich eine neoliberale Politik betrieben oder gar ihre politische Richtung wechselten und sich dem konservativen Spektrum beziehungsweise der Rechten annäherten, ist die Zahl linker Politiker_innen, die in diesem Zeitraum in Lateinamerika gewählt wurden, beachtlich. So baute sich in den 2000er Jahren die sogenannte „rosa Welle“ auf,[7] während in den 2010er Jahren eine Art Gezeitenwechsel zu beobachten war, der in mehreren Ländern – darunter Argentinien, Chile, Kolumbien, Peru und Brasilien – die Rechte wieder an die Macht spülte.

Bilanziert man hingegen die Wahlen in den Ländern des Kontinents seit 2018, so zeigt sich ein differenzierteres Bild (Lissardy 2020): Die politische Landschaft ist recht komplex und wird weder von der Rechten noch von der Linken dominiert. Während rechte Parteien in Brasilien (2018), Kolumbien (2018), Uruguay (2019), Guatemala (2019) und El Salvador (2019) siegreich waren, gewannen Mitte-Links-Parteien in Mexiko (2018), Argentinien (2019), Panama (2019), Bolivien (2020), Chile (2021) und Peru (2021). Zuletzt siegten mit Lula da Silva und Gustavo Petro auch Mitte-Links-Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien (2022) und Kolumbien (2022).

Auch wenn manche Analyst_innen damals nicht mit einem Sieg der extremen Rechten gerechnet hatten, war Brasilien mit der Wahl von Jair Bolsonaro 2018 keineswegs ein Einzelfall. Auch in vielen anderen Ländern folgten auf progressive Regierungen konservative oder neoliberale. Bemerkenswert ist in Brasilien daher nicht der politische Richtungswechsel von links nach rechts an sich, sondern der Aufstieg rechter und rechtsextremer Gruppierungen mit ihren Hochburgen vor allem im Süden, Südosten und Mittelwesten des Landes. Dort konnte Bolsonaro 2018 die Wahlen für sich entscheiden (Carvalho/Santos Junior 2019). Als paradigmatisch für den engen Zusammenhang zwischen der konservativen Wende und der Ausbreitung des *Milícia*-Phänomens kann jedoch Rio de Janeiro gelten: Hier startete Jair Bolsonaro seine politische Karriere und hier hat er immer noch seine stärkste Basis an Unterstützer_innen.

Wie bereits erwähnt, hat es den Anschein, als seien ausgesprochen reaktionär-konservative gesellschaftliche Organisationen und kollektive Aktionsformen entstanden. Laut Santos Junior (2022) unterscheiden diese sich in mehrfacher Hinsicht von sozialen Bewegungen, auch wenn es in einzelnen Aspekten durchaus Übereinstimmungen gibt. Im urbanen Kontext Brasiliens könnte diese reaktionär-konservative Bewegung als eine neue Form kollektiven Handelns verstanden werden. Sie könnte zumindest behelfsmäßig als soziale Gegenbewegung (Rezende 2016) oder antisoziale Bewegung beschrieben werden, die es jedoch noch eingehender zu untersuchen und zu verstehen gilt.

Anhand journalistischer Recherchen (Pantolfi 2020; Manso 2020) und eigener Feldforschung fasst Santos Junior (2022) explorativ einige Merkmale dieser Formen konservativen kollektiven Handelns zusammen: (a) Ablehnung von Politik und Demokratie als öffentlicher Sphäre der Konfliktregulierung und des Zusammenlebens mit anderen Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit; (b) zentralisierte, undurchsichtige und streng hierarchische Formen der Entscheidungsfindung; (c) mit konservativen religiösen Institutionen (vor allem Neo-Pfingstkirchen) verbundene Formen der Verhaltenskontrolle; (d) ein auf der diffusen Kontrolle sozialer Netzwerke beruhendes Handlungsrepertoire, einschließlich der Produktion und Verbreitung eigener Nachrichten (inklusive einer Unmenge an Fake News) und der Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen und (e) Verbindungen zu bewaffneten Parapolizeigruppen, die durch das eigene kollektive Handeln gestützt und legitimiert werden. Und

schließlich scheint diese neue Form des kollektiven Handelns nach innen sehr heterogen zu sein. In der Tat sieht es so aus, als sei das einende Moment nicht das Ergebnis einer Kampagne oder eines klar formulierten Anspruchs. Einigkeit besteht allein in der Negation – weshalb es nahe liegend ist, diese neue Form politischen Handelns mit der Vorsilbe „anti“ zu versehen, das heißt antilinks, antidemokratisch, antiliberal und so weiter. Außerdem gibt es immer mehr oder weniger charismatischen Führungsfiguren, denen es gelingt, ein breites Spektrum von Personen und eine Reihe territorialer Organisationen hinter sich zu versammeln, indem sie als Vermittler_innen zwischen lokalen Interessen und dem legalen oder illegalen institutionellen System fungieren.

In Brasilien scheinen sich in einkommensschwachen Vierteln einige Formen kollektiven Handelns herauszubilden, die den genannten Merkmalen antisozialer Bewegungen sehr nahekommen. Sie werden aber mitunter nicht als solche erkannt, da sie nicht in der traditionellen Form sozialer Bewegungen organisiert sind. Allem Anschein nach gewinnen sie vor allem in bestimmten Regionen des Landes an Stärke. Insbesondere in den einkommensschwachen Stadtvierteln Rio de Janeiros könnten sie die Wahlergebnisse beeinflusst haben. So kommen wir schließlich zu den Wahlen selbst und damit zur Frage nach den möglichen Auswirkungen der bewaffneten Kontrolle dieser Stadtviertel auf das Wahlverhalten.

Auch wenn Erklärungsansätze, die auf einzelne Motivationen von Wähler_innen ausgerichtet sind, dies nicht abbilden können: Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 2022 zeigen – ähnlich wie die der Wahlen von 2018 (Carvalho/Santos Junior 2019) – eine tief reichende territoriale Spaltung des Landes in den Nordosten und Norden auf der einen und den Süden, Südosten und Mittelwesten auf der anderen Seite. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2022 gewann Lula da Silva (PT) mit 50,9 Prozent der gültigen Stimmen nur knapp gegen Jair Bolsonaro, den amtierenden und zur Wiederwahl angetretenen Präsidenten von der Liberalen Partei (Partido Liberal, PL). Der Nordosten war die einzige Region Brasiliens, in der Lula eine klare Mehrheit erreichen konnte: Dort stimmten 69,4 Prozent für ihn und 30,7 Prozent für Bolsonaro. Letzterer erzielte seine besten Ergebnisse im Süden, wo er 61,8 Prozent der Stimmen erhielt und Lula nur 38,2 Prozent. Auch in den anderen Regionen schnitt Bolsonaro besser ab als Lula: Im Mittelwesten waren es 60,2 Prozent für Bolsonaro gegenüber 39,8 Prozent für Lula, im Südosten 54,3 Prozent zu

Konservative Wende, milícias und die Wahlen

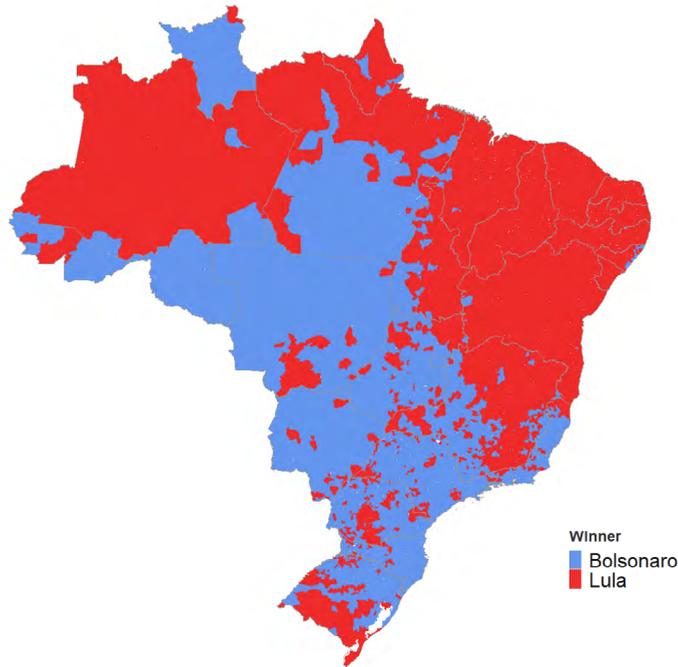


Abb. 1 Verteilung gewonnener Wahlkreise in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2022 nach Städten und Regionen (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Daten der obersten Wahlbehörde Tribunal Superior Eleitoral, TSE).

45,7 Prozent. Im Norden, wo der Wahlausgang besonders knapp war, stimmten 51 Prozent für Bolsonaro und 49 Prozent für Lula. Insgesamt war Lula in 13 Bundesstaaten der Gewinner, darunter in allen Staaten des Nordostens plus Minas Gerais im Südosten sowie Amazonas, Pará und Tocantins im Norden. Bolsonaro siegte in 14 Bundesstaaten, darunter in allen Staaten des Südens, drei der vier Bundesstaaten im Südosten und dem größten Teil des Nordens. In den Städten zeigte sich hingegen ein anderes Bild: Hier lag Lula in 3.125 Munizipien vor Bolsonaro, der die Wahl nur in 2.445 Städten für sich entscheiden konnte.

Entsprechend der oben dargestellten Diskussion über Theorien zur Erklärung des Wahlverhaltens lassen sich der Sieg Bolsonaros bei den Wahlen 2018 und sein eindrucksvolles Abschneiden bei den Wahlen 2022 nicht durch eine einzige objektive Ursache erklären. Vielmehr ist sein Erfolg auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen, wobei sich ökonomische, politische, religiöse, moralische und soziale Motive miteinander vermischen. Es ist jedoch durchaus plausibel, von der Hypothese auszugehen, dass sein gutes Wahlergebnis stark mit einer größeren Präsenz konservativer Institutionen (Agrarindustrie, Neo-Pfingstkirchen, antisoziale Bewegungen, konservative Medien, offen neoliberale Institute usw.) zusammenhängt. Aus dieser Perspektive wollen wir einen Mikrokosmos

dieses Universums erforschen, nämlich die von bewaffneten Gruppen kontrollierten einkommensschwachen Viertel Rio de Janeiros, in denen Bolsonaros Wähler_innenbasis besonders groß ist.

3. Bewaffnete Gruppen, *milícias* und das Wahlverhalten in der Metropolregion Rio de Janeiro

Jüngste Studien weisen darauf hin, dass sich das Agieren der *milícias* seit dem von Ignácio Cano und Thais Duarte (2012) untersuchten Zeitraum von 2008 bis 2011– also kurz nachdem das Parlament des Bundesstaates Rio de Janeiro eine parlamentarische Kommission (Comissão Parlamentar de Inquérito) eingesetzt hatte, um die *Milícia*-Aktivitäten in der Stadt zu untersuchen – in einiger Hinsicht verändert hat. Zu jener Zeit schienen die *milícias* bei ihren Aktionen auf Diskretion und Anonymität geachtet zu haben, höchstwahrscheinlich aufgrund der laufenden Ermittlungen gegen ihre Organisationen. Aber wie Hirata und Couto (2022) darlegen, haben sie in den vergangenen zehn Jahren offenbar eine neue Phase der offensiven Gebietskontrolle eingeläutet. Sie wurden in immer mehr Stadtvierteln aktiv, ja sogar in anderen Munizipien in der Metropolregion Rio de Janeiro. Sie beherrschen neue Gebiete, die bislang nicht von bewaffneten Gruppen kontrolliert worden waren. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass sich Struktur und Auftreten der *milícias* seit ihren Anfängen in den 1950er Jahren verändert haben (Souza Alves 2003; Misse 2011; Manso 2020). Auch wenn sie gewisse Unschärfen aufweist, kann man derzeit für Brasilien – und insbesondere für Rio de Janeiro – die von Cano (2008) vorgeschlagene Definition übernehmen, wonach das *Milícia*-Phänomen als ein Ensemble gleichzeitiger Praktiken zu verstehen ist. Dazu gehören:

1. die Kontrolle eines Gebietes und der dort ansässigen Bevölkerung durch eine irreguläre bewaffnete Gruppe;
2. der Zwangscharakter dieser Kontrolle über die Bewohner_innen des betreffenden Gebietes;
3. persönlicher Nutzen als Hauptmotiv der Mitglieder dieser Gruppen;
4. ein Legitimationsdiskurs über den Schutz der Bewohner_innen und die Schaffung einer Ordnung, die wie jede Ordnung, bestimmte Rechte garantiert und andere ausschließt, es aber ermöglicht, Regeln und Erwartungen an die Normalisierung des Verhaltens zu formulieren;
5. die Mitwirkung von Staatsbediensteten als aktive und bekannte Angehörige bewaffneter Gruppen (Cano 2008: 59).

Mit anderen Worten sind die *milícias* bewaffnete Gruppen, die sich aus aktiven oder ehemaligen Mitgliedern staatlicher Sicherheitsorgane (wie Polizei, Justizvollzug oder Feuerwehr) sowie Politiker_innen und Zivilist_innen zusammensetzen. Sie kontrollieren die Stadtviertel und Gemeinden durch (physischen oder psychischen) Zwang und durch das Verbreiten von Angst, aber auch durch Zustimmung und Legitimation. Dadurch üben sie eine gewisse Macht über das betreffende Gebiet aus. Außerdem schlagen sie Profit aus Dienstleistungen, die eigentlich die öffentliche Hand oder privatwirtschaftliche Anbieter_innen erbringen sollten, wie Sicherheit, Gasversorgung, Zugang zu Internet oder Kabelfernsehen, Beleuchtung, Wohnungsbau oder Nahverkehr. Die Aktivitäten der *milícias* bei der Schaffung der Stadt und der Kontrolle einkommensschwacher Viertel wirken sich daher generell massiv auf die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Bürger_innenrechten sowie des Rechts auf Stadt aus.

In den letzten Jahren haben diese Parapolizeigruppen ihr Handlungsfeld um einige Formen der ökonomischen Verwertung erweitert. Sie sind in Bereiche expandiert, aus denen bislang nicht so viel Profit geschlagen wurde; sie haben sozusagen ein neues Geschäftsmodell entwickelt. Zu nennen wären hier vor allem Aktivitäten auf dem Immobilienmarkt: Diese sind zu einem zentralen Baustein des neuen Geschäftsmodells dieser Gruppen geworden, wie Mansos (2020) Studie zu den Ursprüngen und Umstrukturierungen der Milizen in Rio de Janeiro und insbesondere der Abschlussbericht einer von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderten Studie zu neuem Illegalismus (Hirata et al. 2021) deutlich machen. Die in dem Bericht vorgestellte Untersuchung beschreibt, auf welche verschiedenen Weisen *milícias* in den Immobiliensektor involviert sind. Dazu gehören (a) die Inbesitznahme und Kommerzialisierung öffentlicher Straßen und Plätze, (b) die Aneignung von Eigentumswohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms „Minha Casa Minha Vida“ mit Bundesmitteln errichtet wurden sowie (c) der Bau von Wohnraum, einschließlich der Errichtung von Wohngebäuden in Naturschutzgebieten. Die Autor_innen zeigen auf, dass Angehörige der *milícias* vielerorts die Bewohner_innen der von ihnen in Besitz genommenen Wohneinheiten enteignen und zwangsweise räumen lassen, um die Wohnungen anschließend weiterzuverkaufen.

Das Geschäftsmodell der *milícias* stützt sich sowohl auf die bewaffnete Kontrolle von Gebieten als auch auf die Anbindung an das institutionelle

System politischer Repräsentation. Dieses System nutzen einige führende Persönlichkeiten aus den Stadtvierteln, die den *milícias* nahestehen (oder die von ihnen unterstützt werden), um als gewählte Abgeordnete zwischen den Interessen der Community und der Exekutive zu vermitteln. Mit anderen Worten vertreten sie unter dem Deckmantel ihres vorgeblichen Engagements für die Interessen der Community die Interessen der *milícias*. [8]

In diesem Sinne versuchen wir, den *Milícia*-Effekt mit Blick auf die Wahlergebnisse zu analysieren. Darunter verstehen wir die Gesamtheit aller möglichen Auswirkungen der Gebietskontrolle durch *milícias* auf das Wahlverhalten der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung. Obwohl die Beziehung zwischen Parapolizeigruppen und den Bewohner_innen der von ihnen kontrollierten Viertel üblichen Darstellungen eines klientelistischen Verhältnisses (Hilgers 2011) ähnelt, sollten wir sie nicht als asymmetrische Aushandlung zwischen interessenmaximierend handelnden Individuen begreifen, und zwar einfach aus dem Grund, dass es keinen Raum für solche Aushandlungen gibt, wo der Einsatz illegaler Gewalt eine permanente Bedrohung darstellt. Die übliche Vorgehensweise der *milícias* ist vergleichbar mit der mafiöser Organisationen, wie sie etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Einwanderungsvierteln US-amerikanischer Großstädte wie New York, Chicago oder New Orleans entstanden.

Die Kandidatur von Politiker_innen mit Verbindungen zu *milícias* ist kein neues Phänomen, zumindest nicht mehr, seit Jerônimo Guimarães Filho, genannt „Jerominho“, im Jahr 2000 in den Stadtrat von Rio de Janeiro gewählt wurde. Der ehemalige Polizeibeamte war einer der führenden Köpfe der selbst ernannten Parapolizeigruppe „Liga da Justiça“ (Gerechtigkeitsliga). 2004 wurde er wiedergewählt. Er nahm auch Einfluss auf die Wahl seines Bruders zum Abgeordneten im Bundesstaat Rio de Janeiro 2006 sowie auf die seiner Tochter zur Stadträtin 2009. Als im Rahmen der bereits erwähnten, 2008 eingesetzten parlamentarischen Kommission zur Untersuchung von *Milícia*-Aktivitäten zahlreiche Klagen erhoben wurden, leitete die „Spezialeinheit gegen organisiertes Verbrechen der Polizeibehörde des Bundesstaates Rio de Janeiro“ (Delegacia de Repressão às Ações Criminosas Organizadas, DRACO) Ermittlungen gegen die Gerechtigkeitsliga ein. Dies blockierte die Wahlambitionen dieser Gruppe, die seither erfolglos geblieben sind. 2022 erklärte Jerominho, für die nationale Abgeordnetenkammer kandidieren zu wollen. Kurz darauf wurde er ermordet. Dies verweist auf einen

Generationswechsel innerhalb der *milícias* und auf interne Streitigkeiten zwischen konkurrierenden Gruppen (Olivera/Soares 2022). Allerdings zeigt schon der Versuch einer der wichtigsten Führungsfiguren aus den Anfangszeiten der *milícias*, auf die Bühne des politischen Wettstreits zurückzukehren, dass die von uns vertretene These der Strategie territorialer Kontrolle durch formale politische Repräsentation eine gewisse Plausibilität hat.

Neu ist jedoch, dass sich diese Strategie, Gebiete durch Wahlen – das heißt, durch Vertreter_innen der *milícias* in Stadträten und Parlamenten – zu kontrollieren, auch auf andere Gemeinden in der MRRJ ausgeweitet hat, und zwar nach demselben Muster und in ebenso hohem Umfang wie zuvor in der *Zona Oeste*. Der Kartierung von Hirata und Couto (2022) zufolge hängt diese Entwicklung mit der größeren Präsenz und Aktivität der *milícias* im westlichen Teil der Metropolregion zusammen wie auch mit deren jüngster Expansion in genau diese benachbarten Gebiete, wohingegen Drogenorganisationen eher im östlichen Teil der Metropolregion aktiv sind.

3.1. Kontrolle durch *milícias* und ihre Auswirkungen auf die Wahldynamik in der MRRJ

Durch die Kombination von Daten aus der Kartierung zu bewaffneten Gruppen (Hirata/Couto 2022) mit Informationen, die von der obersten Wahlbehörde TSE zur Verfügung gestellt wurden, konnten wir ermitteln, dass bei den Kommunalwahlen 2020 in der MRRJ insgesamt 2.296.477 registrierte Wähler_innen Wahllokalen^[9] zugeordnet waren, die in von *milícias* oder Drogenorganisationen kontrollierten Gebieten lagen. Dies entspricht 24,6 Prozent aller in der MRRJ registrierten Wähler_innen. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2022 lagen die Wahllokale von 14,8 Prozent der registrierten Wähler_innen in von *milícias* kontrollierten Gebieten. Weitere 9,7 Prozent wählten in vom Drogenhandel beherrschten Gegenden. Beides zusammengenommen stimmten 24,5 Prozent der Wähler_innen in Wahllokalen in Gebieten der unter Kontrolle irgendeiner bewaffneten Gruppe ab. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 2012 erhöhte sich die Gesamtzahl der in diesen Wahlbezirken registrierten Wähler_innen um fast ein Drittel (29,3 Prozent). Berücksichtigt man ausschließlich die von *milícias* kontrollierten Gebiete, beträgt die Zunahme sogar 41,5 Prozent, während die Zahl der Wähler_innen in von

	Kommunalwahl 2012 absolute Zahl (prozentualer Anteil)	Präsidentenschaftswahl 2022 absolute Zahl (prozentualer Anteil)
Gesamtzahl Wähler_innen	8.635.244	9.619.451
Wähler_innen in von <i>milícias</i> kontrollierten Gebieten	833.266 (9,6 %)	1.423.697 (14,8 %)
Wähler_innen in von Drogenorganisationen kontrollierten Gebieten	829.353 (9,6 %)	930.641 (9,7 %)
Wähler_innen in Gebieten unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen	1.662.619 (19,3 %)	2.389.338 (24,5 %)

Tab. 1 Wähler_innen nach Wahllokalen in der MRRJ in Gebieten unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen 2012 und 2022 (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Daten der TSE sowie der Kartierung bewaffneter Gruppen (Hirata/Couto 2022)).

Drogenorganisationen dominierten Gegenden mehr oder weniger gleich blieb (siehe Tabelle 1).

Die von uns angenommene Form der territorialen Kontrolle des Wahlverhaltens empirisch nachzuweisen, ist kein leichtes Unterfangen. Um die Diskussion voranzubringen, greifen wir an dieser Stelle auf ein methodisches Hilfsmittel zurück: Wir untersuchen den Grad an Wettbewerb in unterschiedlichen Wahllokalen, der sich über den sogenannten Herfindahl-Hirschmann-Index ermitteln lässt (Corrêa 2016).[10]

Die Abbildungen 2, 3 und 4 zeigten die Ergebnisse der Analyse. Daraus geht hervor, ob das Wahlverhalten in Gegenden, die nachweislich vom Drogenhandel oder von *milícias* kontrolliert werden, tatsächlich ein konzentrierteres Muster aufweist als in anderen Teilen der Stadt, also in Gebieten, die nicht unter der Kontrolle derartiger Gruppen stehen. Dies würde auf die Kontrolle des Gebietes durch eine bestimmte Führung verweisen. Was wir sehen können, ist, dass die Stimmenkonzentrationen tatsächlich der derzeitigen räumlichen Verteilung der Aktivitäten von *milícias* entsprechen. Sie fallen in Wahllokalen im westlichen Teil der Stadt sowie im Gebiet Baixada Fluminense an der Peripherie der Metropole, wo große soziale Ungleichheit herrscht, deutlich markanter aus. Das legt nahe, dass sich die *Milícia*-Aktivitäten in den Gemeinden dieses Teils der Metropolregion tatsächlich auf die Dynamik der Wahlen zu den jeweils zu vergebenden politischen Ämtern auswirken. Mit anderen Worten haben die in diesen Gegenden aktiven *milícias* vergleichbare Wahlstrategien angewandt, um dafür zu sorgen, dass ihre eigenen beziehungsweise die von ihnen unterstützten Kandidat_innen möglichst ohne Konkurrenz sind.

Konservative Wende, milícias und die Wahlen

Abb. 2 Wahllokale mit hoher Stimmenkonzentration in der MRRJ bei den Kommunalwahlen 2020 (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Daten der TSE)

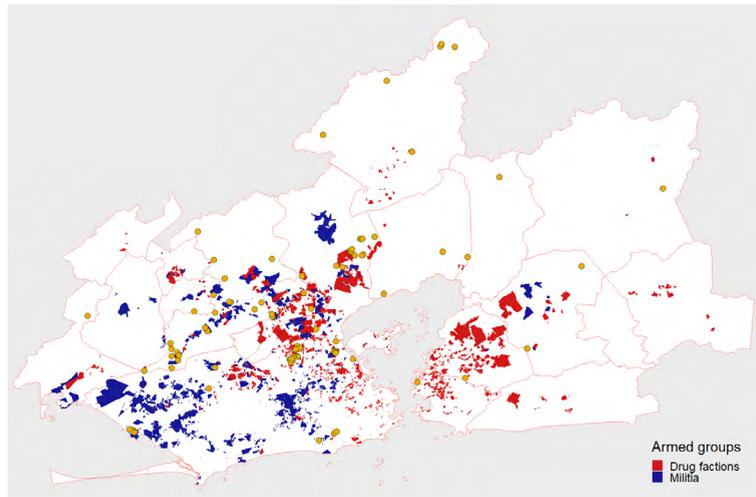


Abb. 3 Wahllokale mit hoher Stimmenkonzentration in der MRRJ bei den Wahlen zum Parlament des Bundesstaats Rio de Janeiro 2018 (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Daten der TSE).

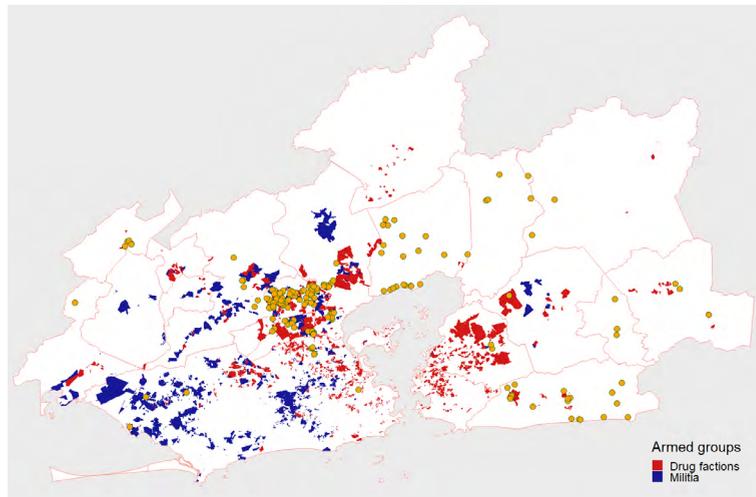
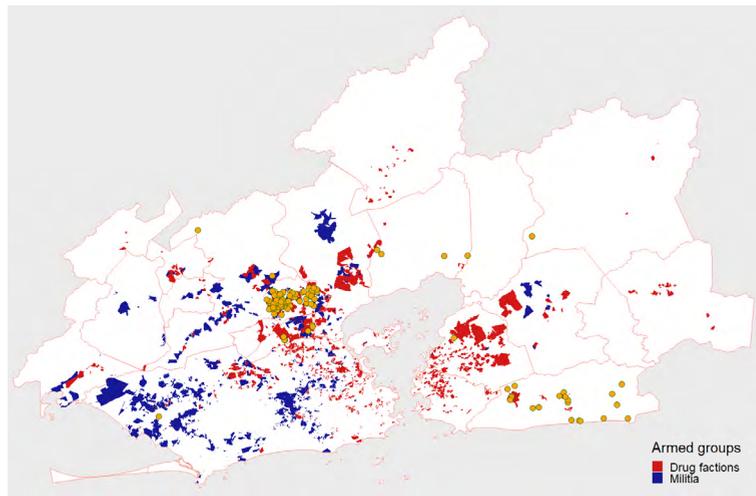


Abb. 4 Wahllokale mit hoher Stimmenkonzentration in der MRRJ bei den Wahlen zur nationalen Abgeordnetenversammlung 2018 (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Daten der TSE).



Es ist nicht ganz leicht, zwischen dem Phänomen der Stimmenkontrolle durch *milícias* und dem Wahlklientelismus zu unterscheiden, der historisch als eine Form der politischen Repräsentation in einkommensschwachen Vierteln der MRRJ beschrieben wurde (Chermont 2001; Carvalho/Corrêa 2012). Beides äußert sich in dem Versuch, Funktionen der politischen Repräsentation zu monopolisieren, um lokale Belange zu vertreten und dafür im Gegenzug Gefälligkeiten sowie Zugang zu öffentlichen oder privaten Gütern und Dienstleistungen zu erhalten. Wie bereits erwähnt kann hier allerdings von einer freien Austauschbeziehung nicht die Rede sein. Vielmehr wird Kooperation durch die Androhung von Gewalt sichergestellt.

Im brasilianischen Wahlsystem werden Parlamentssitze auf kommunaler, bundesstaatlicher und Bundesebene nach dem Verhältniswahlrecht und dem Prinzip offener Listen vergeben: Die Wähler_innen stimmen für einzelne Kandidat_innen. Anschließend werden anhand der Rangfolge abgegebenen Stimmen für die einzelnen Kandidat_innen Parteilisten gebildet. Ein Charakteristikum einer solchen Verhältniswahl mit offenen Listen ist die Möglichkeit der Streuung von Stimmen. Dies soll eigentlich zu einem größeren Wettbewerb um die Gunst der Wähler_innen beitragen. Allerdings verhindert dieses System nicht Strategien der Gebietskontrolle, bei denen Kandidat_innen versuchen, eine Wahl zu gewinnen, indem sie die Abstimmung in bestimmten Stadtvierteln dominieren (Ames 2003; Carvalho 2003; Corrêa 2011, 2016). In Vierteln, in denen eine größere Zahl an Kandidat_innen eine solche Strategie verfolgt, kommt es somit zu einem erbitterten Kampf um die Kontrolle der Wähler_innen. Dennoch ermöglichen es Methoden zur Analyse des Grades der Stimmenkonzentration in Wahllokalen, trotz der typischen Stimmenstreuung jene Stadtviertel zu identifizieren, in denen der Wettbewerb offenbar eingeschränkt ist, wo es also bestimmten Kandidat_innen gelingt, in erheblichem Umfang Stimmen auf sich zu vereinen.

Zum Verständnis dieser Strategien der Stimmenkontrolle muss betont werden, dass jede Wahl zu parlamentarischen Vertretungen auf kommunaler, bundesstaatlicher und Bundesebene ihre jeweils eigene Wettbewerbsdynamik aufweist. Je größer die Zahl der zu vergebenden Sitze in der Legislative, desto größer ist auch die Tendenz zu Lokalismus beim Kampf um Stimmen. Wegen des Verhältniswahlrechts weist der Wettbewerb um einen Sitz in der nationalen Abgeordnetenkammer

(Bundesebene) eine ähnliche Dynamik auf wie der um einen Sitz in der Legislativversammlung des Bundesstaates. Dennoch gibt es Unterschiede, da die Anzahl von Wähler_innen pro Abgeordnetensitz auf Bundesebene höher ist als auf bundesstaatlicher Ebene. Das liegt daran, dass jeweils eine unterschiedliche Zahl von Sitzen zu vergeben ist: Der Bundesstaat Rio de Janeiro stellt in der nationalen Abgeordnetenversammlung (Câmara dos Deputados do Brasil)[11] 46 der insgesamt 513 Abgeordneten. Die Legislativversammlung des Bundesstaates (Assembleia Legislativa do Estado do Rio de Janeiro) umfasst hingegen 70 Sitze. Dementsprechend sind die Wahlbezirke für die Parlamentswahlen auf Bundesebene größer als jene für die Wahlen zur Legislativversammlung. Folglich können Kandidat_innen für einen Sitz auf Bundestaatsebene einen kleinräumigeren Wahlkampf führen, während die Kampagnen von Kandidat_innen für die Abgeordnetenversammlung ein größeres Gebiet abdecken müssen. Die Gründe hierfür sind rein mathematischer Natur: Je weniger Sitze zu vergeben sind beziehungsweise je größer der Einzugsbereich ist, desto mehr Stimmen aus verschiedenen Gegenden werden benötigt, da eine Stimmenkonzentration an einem Ort für Kandidat_innen nicht ausreicht, um gewählt zu werden.

Betrachtet man schließlich den Wettbewerb um einen Sitz im Stadtrat von Rio de Janeiro, der auf die administrativen Grenzen der Kommune begrenzt ist, wird die Strategie der territorialen Kontrolle noch offensichtlicher (siehe Abb. 2): Das liegt daran, dass die Zahl der Wahlberechtigten und der Wahlkoeffizient in der Regel kleiner sind. Daher ist eine Konzentration von Stimmen in einzelnen Vierteln für Kandidat_innen oft ausreichend, um ins Kommunalparlament gewählt zu werden. Unter bestimmten Umständen lassen sich aber auch für Wahlen zu den Vertretungen auf bundesstaatlicher und Bundesebene in den Wahllokalen der anderen Munizipien der Metropolregion hohe Stimmenkonzentrationen nachweisen. Das ist dann der Fall, wenn Kandidat_innen antreten, die über enge Verbindungen zu den kommunalen politischen Dynamiken verfügen. Dies war etwa 2018 bei der Wahl zur Legislativversammlung des Bundesstaates in den Gemeinden Maricá, Rio Bonito, Tanguá, Guapimirim, Magé, Petrópolis und Paracambi zu beobachten. Die Ergebnisse der zeitgleichen Wahl zur nationalen Abgeordnetenversammlung legen hingegen nahe, dass der Zusammenhang zwischen Stimmenkonzentrationen in einzelnen Stadtvierteln und der Wahldynamik geringer ausgeprägt war. Er zeigte sich lediglich in den

Gemeinden Maricá und Belford Roxo deutlich. Alle anderen Gemeinden der Metropolregion wiesen bei dieser Wahl eine weniger homogene Verteilung konzentrierter Abstimmungsmuster auf.

Allerdings muss betont werden, dass in Gebieten, in denen *milícias* aktiv sind, Kandidat_innen, die nicht mit ihnen in Verbindung stehen, einen schweren Stand haben, da der Zugang zur Kandidatur durch eine bewaffnete Gruppe und ihre Zwangsgewalt vermittelt und kontrolliert wird. Trotz jüngster Veränderungen bei den *milícias* verweisen wir an dieser Stelle auf das Beispiel eines Kandidaten, eines Sergeants der Militärpolizei des Bundesstaates Rio de Janeiro, der von der bereits erwähnte parlamentarische Untersuchungskommission zu *Milícia*-Aktivitäten vorgeladen wurde.[12] Dieser Kandidat wurde 2018 zwar nicht gewählt, war aber in allen Wahllokalen des Cosmos-Viertels in der *Zona Oeste* sowie in benachbarten Vierteln (beispielsweise Paciência und Inhoaíba, der Wiege der ältesten *Milícia*-Organisation der Metropolregion) der Bewerber, der die meisten Stimmen erhielt. In einem Wahllokal kam er sogar auf 36,5 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Für die anderen Municipien der Metropolregion, genauer gesagt für jene im Gebiet Baixada Fluminense, lässt sich konstatieren, dass Strategien zur Stimmenkonzentration, die zuvor bereits im Westen Rio de Janeiros zu beobachten waren, mit der Expansion von *Milícia*-Gruppen zusammenfallen. Am offensichtlichsten ist dies in den Stadtvierteln Cabuçu, Valverde und Palhada sowie in der Gemeinde Nova Iguaçu. Dort machen sich die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppierungen – dem „Bonde do Ecko“, einer Nachfolgeorganisation der ehemaligen Gerechtigkeitsliga, und der Truppe des *Milícia*-Führers Tandra – besonders bemerkbar. In Cabuçu gab es zum Beispiel einen Kandidaten (Rianelli 2020), der in einem Wahllokal 46 Prozent der Stimmen erhielt und auch in den anderen Wahllokalen des Viertels sowie in Valverde vorne lag. In Palhada stach besonders ein Wahllokal in der Hans-Christian-Andersen-Schule hervor. Dort entfielen sage und schreibe 77 Prozent der abgegebenen Stimmen auf einen einzigen Kandidaten.

Unser Argument lautet daher, dass tatsächlich eine Wahlstrategie existiert, diese aber je nach der zu vergebenden Position variabel gestaltet wird. Die qualitative Analyse der Kandidat_innen, denen Verbindungen zu *milícias* nachgesagt werden, in Kombination mit einer quantitativen Analyse der Stimmenkonzentrationen in einkommensschwachen Gegenden der Metropolregion liefert jedoch deutliche Hinweise

darauf, dass die Einflussnahme der *milícias* darin besteht, entweder direkt Personen zu benennen, die mit ihnen in Verbindung stehen oder Politiker_innen zu bevorzugen, die einen privilegierten Zugang zum betreffenden Viertel haben und keine Bedrohung für das Geschäftsmodell der *milícias* darstellen.

3.2 Präsidentschaftswahlen von 2018 und 2022 und Gebietskontrolle durch *milícias*

Für die Präsidentschaftswahl 2018 zeigen die Daten, dass Präsident Bolsonaro in von *milícias* kontrollierten Gebieten mehr Stimmen erzielte als in nicht von ihnen dominierten Gegenden. Bei dieser Wahl lagen 32,5 Prozent der Wahllokale in Gebieten unter direkter Kontrolle durch *milícias* beziehungsweise in deren Einflussbereich. Diesen Wahllokalen waren 34,1 Prozent der in der MRRJ zur Wahl aufgerufenen Personen zugeordnet. In der ersten Wahlrunde rangierte Jair Bolsonaros Stimmenanteil in allen Wahllokalen der Metropolregion zwischen 24,2 und 86,6 Prozent. Im Durchschnitt bekam Bolsonaro 59,6 Prozent der gültigen Stimmen; in der Hälfte der Wahllokale lag sein Stimmenanteil über 61 Prozent. Nimmt man die absolute Mehrheit als Messlatte, so offenbart sich ein auffälliges räumliches Verteilungsmuster der Stimmen: Es zeigt sich eine deutliche Spaltung zwischen der *Zona Sul* von Rio de Janeiro und Tijuca, wo Bolsonaro unter 50 Prozent lag, und der von *milícias* beherrschten *Zona Oeste* und anderen Gemeinden im Westen der Metropolregion, wo er über 50 Prozent der Stimmen holte.

Wir sehen also, dass sich die Wahlbezirke, in denen Bolsonaro die höchsten Stimmenanteile einfahren konnte, stark mit den Gebieten decken, die von *milícias* kontrolliert werden. In Wahllokalen in von *milícias* beherrschten Gegenden oder in deren unmittelbarer Umgebung erzielte Bolsonaro im Schnitt 62,2 Prozent der gültigen Stimmen. In den übrigen Teilen der Metropolregion waren es durchschnittlich 58,3 Prozent. Aufgeschlüsselt nach einzelnen Kommunen zeigen sich aber auch hier überdurchschnittliche Stimmanteile für Bolsonaro in Gemeinden mit hoher *Milícia*-Aktivität, wie beispielsweise in Seropédica, Nilópolis, Nova Iguaçu, São João de Meriti und Itaguaí. Hier holte Bolsonaro bis zu 67,1 Prozent der Stimmen.

In der eigentlichen Stadt Rio de Janeiro lagen Bolsonaros Stimmenanteile in von *milícias* kontrollierten Vierteln zwar knapp unter dem Durchschnitt der MRRJ, der Unterschied zu den nicht von *milícias* beherrschten Teilen

der Stadt ist jedoch mit 61,9 gegenüber 55,1 Prozent deutlich. Bolsonaros hohe Stimmenanteile in der gesamten Metropolregion spiegeln sich auch im Abschneiden seines Hauptkontrahenten Fernando Haddad wider. Dieser erhielt im Schnitt 14,2 Prozent der gültigen Stimmen, wobei der Anteil in nicht von *milícias* kontrollierten Gebieten mit 15,1 Prozent etwas höher lag als die 13 Prozent in den von bewaffneten Gruppen kontrollierten Gegenden und deren unmittelbarer Umgebung.

Daten von der ersten Runde der Präsidentschaftswahl 2022 zeigen, dass Bolsonaro in von *milícias* kontrollierten Gegenden mit 53,1 Prozent der Stimmen besser abschnitt als im Durchschnitt der Metropolregion (49,9 Prozent). Umgekehrt erhielt Lula (PT) in den von *milícias* kontrollierten Gebieten weniger Zustimmung (39,1 Prozent) als insgesamt in der Metropolregion (41,6 Prozent). Außerdem fällt auf, dass Bolsonaros Vorsprung vor Lula in den von *milícias* kontrollierten Gebieten mit 14 Prozent größer war als im Durchschnitt der Metropolregion (8 Prozent). Erst recht bedeutsam wird dieser Unterschied angesichts der stark polarisierten politischen Auseinandersetzung zwischen beiden Kontrahenten. Interessant ist auch, dass sich bei anderen Kandidat_innen keine derart signifikanten Unterschiede zwischen ihren Stimmenanteilen in *Milícia*-Gebieten und der gesamten Metropolregion zeigten. Das gilt sogar, wenn

Kandidat_in	Gültige Stimmen in der gesamten MRRJ	Stimmenanteil in der gesamten MRRJ	Gültige Stimmen in den von <i>milícias</i> kontrollierten Gebieten	Stimmenanteil in den von <i>milícias</i> kontrollierten Gebieten
Jair Bolsonaro	3.533.083	49,9 %	554.529	53,1 %
Lula da Silva	2.942.557	41,6 %	408.189	39,1 %
Simone Tebet	276.419	3,9 %	36.560	3,5 %
Ciro Gomes	236.776	3,3 %	33.441	3,2 %
Soraya Thronicke	35.084	0,5 %	5.403	0,5 %
Felipe D'avila	33.702	0,5 %	4.389	0,4 %
Léo Péricles	5.879	0,1 %	956	0,1 %
Padre Kelmon	5.870	0,1 %	949	0,1 %
Sofia Manzano	3.576	0,1 %	467	0,0 %
Constituinte Eymael	1.124	0,0 %	150	0,0 %
Gesamt	7.074.070		1.045.033	

Tab. 2 Präsidentschaftswahl 2022 – Wahlergebnisse in MRRJ und *Milícia*-Gebieten (Quelle: eigene tabellarische Darstellung basierend auf Wahldaten der TSE (2022) und der Kartierung bewaffneter Gruppen (Hirata/Couto 2022)).

man bedenkt, dass andere Kandidat_innen in der Metropolregion nur geringe Stimmenanteile erzielen konnten (siehe Tabelle 2). Mit anderen Worten: Diese Kluft scheint lediglich das Verhalten der Wähler_innen der beiden Kandidaten Bolsonaro und Lula zu betreffen.

4. Abschließende Überlegungen: Der *Milícia*-Effekt und seine Auswirkungen auf Stadt und Demokratie

Die obige Analyse bestätigt, dass territoriale Kontrolle eine entscheidende Variable für die Stimmanteile einer signifikanten Anzahl von Kandidat_innen ist. Obwohl es schwierig ist, den Effekt von *milícias* auf Wahlergebnisse isoliert zu erfassen, zeigt die Analyse quantitativer und qualitativer Daten zu Wahlergebnissen nach dem Mehrheits- und dem Verhältniswahlrecht Auswirkungen auf das Wahlverhalten zugunsten von Jair Bolsonaro und seiner Gefolgsleute in von *milícias* kontrollierten Gebieten.

Die Ergebnisse unserer Analyse bieten recht aussagekräftige Belege für den von uns so bezeichneten *Milícia*-Effekt – hier in Form einer Wahlbeeinflussung zugunsten des Kandidaten Bolsonaro und seines Parteienbündnisses. Dieser Effekt äußert sich im Einfluss auf das Stimmverhalten von Wähler_innen, die in einkommensschwachen und von *milícias* kontrollierten Vierteln leben. Auch wenn uns hierzu noch keine abschließenden Forschungsergebnisse vorliegen, lautet unser Argument, dass die Stimmen dieser Wähler_innen durch die Verbreitung der mit diesem politischen Spektrum verbundenen konservativen Werte sowie durch die Behinderung des Zugangs anderer Kandidat_innen zu diesen Gebieten gewonnen werden. Dies lässt sich nur durch eine Verknüpfung der Analyse des Wahlverhaltens mit einer Analyse der von *milícias* ausgeübten Gebietskontrolle herausarbeiten. Die Wahlkontrolle ist jedoch nicht absolut, da sich andere Kandidaturen über soziale Netzwerke verbreiten und andere Identitätsanbindungen oder soziale Anbindungen mobilisieren. Auf jeden Fall erweist sich die von *milícias* ausgeübte Gebietskontrolle als entscheidende Variable für die Stimmanteile einer beträchtlichen Anzahl von Kandidat_innen – und zwar unabhängig davon, ob zu vergebende Position nach Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht besetzt wird. Wir können daher festhalten, dass die territoriale Kontrolle durch *milícias* in einkommensschwachen Vierteln wahlbeeinflussend ist.

Unserer Ansicht nach sollte das Phänomen brasilianischer *milícias* unbedingt in den Forschungskanon zum Verhältnis von Gewalt und Demokratie in Lateinamerika aufgenommen werden (Arias/Goldstein 2010). Die von den *milícias* eingesetzten Praktiken der bewaffneten Kontrolle einkommensschwacher Gebiete in Kombination mit Geschäftsmodellen, die auf dem Verkauf urbaner Waren und Dienstleistungen basieren, finden zunehmend auch in anderen Regionen Brasiliens Verbreitung. Sie werden zudem von anderen Gruppierungen übernommen, beispielsweise von Drogenorganisationen oder paramilitärischen Gruppen, auch wenn sich die Konstellationen im Detail unterscheiden. Die Studie von Miguel García Sánchez (2016) zur Situation in Kolumbien scheint in dieselbe Richtung zu weisen und stellt territoriale Kontrolle als ein zentrales Element der Beeinflussung des Wahlverhaltens durch bewaffnete Gruppen dar. Der entscheidende Punkt ist, dass sich Formen der Kontrolle des urbanen Raums, die auf Gewalt, Sicherheitsvorkehrungen, Überwachung, Zwang und Unterdrückung basieren, unmittelbar auf die Dynamiken von *citizenship* und die Möglichkeiten von Demokratie in der Stadt auswirken. Aus dieser Perspektive betrachtet lohnt es sich, auf einige Aspekte hinzuweisen, die einer Behandlung dieser Fragestellungen aus Sicht der kritischen Stadtforschung dienlich wären.

In erster Linie ist es wichtig, dass wir die Mittel nachzeichnen und analysieren, mit denen *milícias* Gebiete und die Körper der Menschen kontrollieren. Das gilt insbesondere für die zunehmende Unterdrückung freier Zusammenkünfte und Vereinigungen, repräsentativer Anwohner_innenvertretungen und anderer Formen kollektiven Handelns, aber auch für die Behinderung der Wahlkampagnen progressiver Kandidat_innen in milizkontrollierten Gebieten. Außerdem befördern die von Leandro Benmergui und Rafael Soares Gonçalves (2019) als *urbanismo miliciano* bezeichneten Formen der Schaffung und Aneignung urbanen Raums durch *milícias* in einigen Stadtvierteln Rio de Janeiros eine nekropolitische Art des Regierens, die der Gewalt gegen die ärmsten Bevölkerungsgruppen Vorschub leistet (Hutta 2022). Was den Umgang des Staates mit einkommensschwachen Vierteln betrifft – vor allem mit jenen, die von Drogenorganisationen dominiert werden – so ist eine Zunahme von staatlicher Gewalt und Militarisierung zu beobachten (Polizei- und Militäroperationen, Sicherheitsvorkehrungen usw.). In der Folge warfen mehrere Organisationen den Polizeibehörden institutionellen Rassismus und eine Politik des polizeilichen Genozids vor, da es sich

bei den von staatlichen Akteur_innen getöteten Personen mehrheitlich um Afrobrasilianer_innen handelt (Plataforma Dhesca Brasil 2017). Wir beobachten Phänomene, die die Beziehungen zwischen dem Leben in der Stadt und der Demokratie tiefgreifend verändern. Dies zu verstehen ist von grundlegender Bedeutung für eine Theorie und Praxis, die sich einer radikalen Transformation der Gesellschaft in der Perspektive des Rechts auf Stadt verpflichtet sieht (Harvey 2012).

Der zentrale Punkt ist, wie es David Harvey (2001: 191) formuliert, dass „ein Verständnis dessen, wie lokale Solidaritäten und politischer Zusammenhalt hergestellt werden bzw. werden können [...] entscheidend ist für ein Nachdenken darüber, wie Ideen für sozialen Wandel [...] Realität werden könnten“ – und zwar in einer radikal-emanzipatorischen Perspektive angesichts der Komplexität unserer Zeit und im Kontext des Neoliberalismus und der konservativen Wende. Harvey (ebd.: 192) kommt zu dem Schluss, dass sich bei der Suche nach alternativen Formen urbanen Lebens „alle politischen Bewegungen [...] in irgendeiner Weise mit den Themen ‚Lokalität‘ und ‚Gemeinschaft‘ auseinandersetzen“ müssen – also letztlich mit den Fragen von Raum und Territorium.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes für SocioTrans – Social Science Translation & Editing Services, überarbeitet von Jan Hutta.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Anm. d. Red.: Der Begriff *milícia* bezeichnet im Kontext von Rio de Janeiro kriminelle Gruppen mit Verbindungen zu politischen und staatlichen Akteur_innen, die bewaffnete Kontrolle über städtische und periurbane Räume sowie eine Vielzahl lukrativer Praktiken ausüben – von Erpressung über den Vertrieb von Gasflaschen bis zum Immobilienhandel.
- [2] Anm. d. Übers.: Die Metropolregion Rio de Janeiro entstand 1974 durch den Zusammenschluss des Munizipiums Rio de Janeiro mit 21 weiteren Munizipien. In der Metropolregion leben laut Zensusdaten von 2020 knapp 11 Millionen Menschen.
- [3] Anm. d. Red.: Die Kategorien *pretos* und *pardos* werden im brasilianischen Zensus verwendet.
- [4] 2018 und 2022 fanden Wahlen auf Bundesebene statt, 2020 Kommunalwahlen.
- [5] Siehe dazu die Facebook-Gruppen bzw. -Profile zu *Patriotas Liberais* (<https://www.facebook.com/groups/732206173811931/>), *Movimento Avança Brasil (MAB)* (<https://www.facebook.com/MavancaBrasil/>), *NasRuas* (<https://pt-br.facebook.com/nasruas/>), *Movimento Brasil Conservador* (<https://www.facebook.com/EuSouMBC>), *Revoltados Online* (<https://www.facebook.com/revoltadosonline/> sowie <https://www>.

revoltadosonline.com.br/), Movimento Conservador São Paulo (<https://www.facebook.com/MovimentoConservadorMogidasCruzesSP/>), Movimento Brasil Livre (MBL) (<https://m.facebook.com/mblivre> sowie <https://mbl.org.br/>), Movimento Vem Pra Rua (<https://www.vempraru.net/o-movimento/>), Movimento Direita Livre (MDL) (<https://www.facebook.com/MDLOficial/>) und Mães Direitas (<https://m.facebook.com/pages/category/Politician/M%C3%A3es-Direitas-114020137046527/>). Der Facebook-Auftritt des MDL ist ein gutes Beispiel für das Profil solcher Gruppen. Sie definieren sich selbst als „eine rechte Bewegung, die Brasilien transformieren wird“. Weiter heißt es dort: „Wir sagen Nein zu Kommunismus, sagen Nein zu Korruption. Wir sind keine Partei, wir sind Konservative!!!“ (letzter Zugriff Juni 2023).

- [6] Es gibt viele rechtsgerichtete oder rechtsextreme Nachrichtenseiten. Beispielhaft genannt seien *Jornal da Cidade* (2023) *O Antagonista* (2023), *Portal Conservadores* (2023), *Portal Mundo Conservador* (2023) und *Jovem Pan* (2023).
- [7] Anm. d. Übers.: In Lateinamerika bezeichnen die Begriffe „onda rosa“ (portugiesisch) oder „marea rosa“ (spanisch) diese Periode.
- [8] Natürlich vertreten diese Persönlichkeiten nicht ausschließlich die Interessen von *milícias*, sondern setzen sich auch für die Belange anderer Akteur_innen ein. Dazu gehören unter anderen Anwohner_innen, öffentliche Institutionen und private Investor_innen.
- [9] Die Wahllokale, in denen die Wähler_innen ihre Stimme abgeben, befinden sich in der Regel in Schulen, Gesundheitszentren oder anderen öffentlichen Gebäuden.
- [10] Der Herfindahl-Hirschman-Index zeigt bei der Analyse von Stimmenverteilungen das Ausmaß des Wettbewerbs für jedes Wahllokal. Er errechnet sich aus der Summe der Quadrate der prozentualen Stimmenanteile der jeweiligen Kandidat_innen in einem Wahllokal. Die sich ergebenden Indexwerte liegen zwischen 0 und 1. Dabei bedeuten Werte näher an 0 einen größeren Wettbewerb und Werte näher an 1, dass einige wenige Kandidat_innen den Wettbewerb beherrschen.
- [11] Anm. d. Übers.: Der brasilianische Nationalkongress (Congresso Nacional do Brasil) besteht aus zwei Kammern: dem Bundessenat (Senado Federal do Brasil), dessen 81 Mitglieder nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden, und der Abgeordnetenkammer (Câmara dos Deputados do Brasil), deren 513 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden.
- [12] Aufgrund des Verdachts, mit *Milícia*-Aktivitäten in der Zona Oeste in Verbindung zu stehen, wurde der Kandidat 2011 festgenommen (Folha de São Paulo 2011).

Autor_innen

Orlando Alves dos Santos Junior ist Soziologe und Stadtplaner. Seine Hauptforschungsthemen sind das Recht auf Stadt, urbane soziale Bewegungen, neue Illegalität und die Produktion von Stadt.
orlando.santosjr@gmail.com

Filipe Souza Corrêa ist Politikwissenschaftler. Sein Forschungsinteresse gilt vor allem der politischen und institutionellen Dynamik städtischer und metropolitaner Governance.
filipecorrea@ippur.ufrj.br

Konservative Wende, milícias und die Wahlen

Juciano Martins Rodrigues ist Urbanist. Er forscht zu Mobilität und städtischen Ungleichheiten und untersucht derzeit die Bevölkerungsdynamik in brasilianischen Großstädten.
juciano@observatoriodasmetrolopoles.net

Literatur

- Almeida, Ronaldo de (2019): Bolsonaro presidente: Conservadorismo, evangelismo e a crise brasileira. In: *Novos estudos CEBRAP* 38/1, 185-213.
- Ames, Barry (1994): The reverse coattails effect: Local party organization in the 1989 Brazilian presidential election. In: *The American Political Science Review* 88/1, 95-111.
- Ames, Barry (2003): Os entraves da democracia no Brasil. Rio de Janeiro: Editora FGV.
- Arias, Enrique Desmond / Goldstein, Daniel M. (2010): Violent pluralism. Understanding the new democracies of Latin America. In: Daniel M. Goldstein / Enrique Desmond Arias (Hg.), *Violent democracies in Latin America*. Durham/London: Duke University Press, 1-34.
- Benmergui, Leandro / Gonçalves, Rafael Soares (2019): Urbanismo miliciano in Rio de Janeiro. In: *NACLA Report on the Americas* 51/4, 379-385.
- Borges, André / Lloyd, Ryan (2016): Presidential coattails and electoral coordination in multi-level elections: Comparative lessons from Brazil. In: *Electoral Studies* 43, 104-114.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditações pascalianas*. Rio de Janeiro: Bertrand Brasil.
- Cano, Ignácio (2008): Seis por meia dúzia? Um estudo exploratório do fenômeno das chamadas „milícias“ no Rio de Janeiro. In: *Justiça Global* (Hg.), *Segurança, tráfico e milícia no Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro: Fundação Heinrich Böll, 48-83.
- Cano, Ignácio / Duarte, Thais (2012): No sapatinho: A evolução das milícias no Rio de Janeiro (2008-2011). Rio de Janeiro: Fundação Heinrich Böll.
- Carreirão, Yan de Souza (1999): Avaliação do governo e „voto econômico“. In: *Lua Nova* 48, 213-232.
- Carreirão, Yan de Souza (2002): Identificação ideológica e voto para presidente. In: *Opinião Pública* 8/8, 54-79.
- Carreirão, Yan de Souza (2004): A eleição presidencial de 2002: Uma análise preliminar do processo e dos resultados eleitorais. In: *Revista de Sociologia e Política* 22, 179-194.
- Carreirão, Yan de Souza (2007): Relevant factors for the voting decision in the 2002 presidential election: An analysis of the ESEB (Brazilian Electoral Study) data. In: *Brazilian Political Science Review* 1/1, 70-101.
- Carvalho, Nelson Rojas de (2003): E no início eram as bases: Geografia política do voto e comportamento legislativo no Brasil. Rio de Janeiro: Revan.
- Carvalho, Nelson Rojas de / Corrêa, Felipe (2012): É possível o paroquialismo metropolitano? Organização socioespacial metropolitana e a competitividade por votos nas eleições proporcionais na RMRJ. In: Sergio de Azevedo / Luiz Cesar Ribeiro / Orlando Santos Junior (Hg.), *Cultura política, cidadania e voto: Desafios para governança metropolitana*. Rio de Janeiro: Letra Capital, 471-505.
- Carvalho, Nelson Rojas de / Santos Junior, Orlando (2019): Bolsonaro and the inequalities of geographical development in Brazil. In: *Journal of Latin American Geography* 18/1, 198-202.
- Chermont, Sandro Gripp (2001): Assistencialismo, carência e voto: As câmaras municipais da região metropolitana do Rio de Janeiro. [Dissertação (Mestrado em Planejamento Urbano e Regional) – Instituto de Pesquisa e Planejamento Urbano e Regional]. Rio de Janeiro: Universidade Federal do Rio de Janeiro.
- Corrêa, Filipe (2011): Conexões eleitorais, conexões territoriais: As bases socioterritoriais da representação política na metrópole fluminense. [Dissertação (Mestrado em Planejamento Urbano e Regional) – Programa de Pós-Graduação em Planejamento Urbano e Regional]. Rio de Janeiro: Universidade Federal do Rio de Janeiro.

- Corrêa, Filipe (2016): O que fazer para sobreviver politicamente? Padrões de carreira dos deputados estaduais no Brasil. [Tese (Doutorado em Ciência Política) – Programa de Pós-Graduação em Ciência Política]. Belo Horizonte: Universidade Federal de Minas Gerais.
- Folha de São Paulo (2011): Suspeitos de pertencer a milícia são presos. In: Folha de São Paulo, 26.7.2011. <https://www1.folha.uol.com.br/fsp/cotidian/ff2607201113.htm> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Harvey, David (2001): Spaces of capital. Towards a critical geography. New York: Routledge.
- Harvey David (2012): Rebel cities: From the right to the city to the urban revolution. London/ New York: Verso.
- Hilgers, Tina (2011): Clientelism and conceptual stretching: Differentiating among concepts and among analytical levels. In: Theory and Society 40, 567-588.
- Hirata, Daniel Veloso / Couto, Maria Isabel (Hg.) (2022): Mapa histórico dos grupos armados no Rio de Janeiro. Rio de Janeiro: GENI-UFF/Instituto Fogo Cruzado.
- Hirata, Daniel Veloso / Cardoso, Aduino / Grillo, Carolina Christoph / Santos Junior, Orlando / Lyra, Diogo / Dirk, Renato / Ribeiro, Rodrigo / Petti, Daniela / Sampaio, Júlia (2021): A expansão das milícias no Rio de Janeiro: Uso da força estatal, mercado imobiliário e grupos armados. Relatório Final. [Grupo de Estudos dos Novos Ilegalismos (GENI/UFF) / Observatório das Metrôpoles (IPPUR/UFRJ)]. Rio de Janeiro: Fundação Heinrich Böll. https://br.boell.org/sites/default/files/2021-04/boll_expansao_milicias_RJ_FINAL.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Hunter, Wendy / Power, Timothy J. (2007): Rewarding Lula: Executive power, social policy, and the Brazilian elections of 2006. In: Latin American Politics and Society 49/1, 1-30.
- Hutta, Jan Simon (2022): Necropolitics beyond the exception: Parapolicing, milícia urbanism, and the assassination of Marielle Franco in Rio de Janeiro. In: Antipode 54/6, 1829-1858.
- Johnston, Ron / Pattie, Charles (2006): Putting voters in their place: Geography and elections in Great Britain. London/New York: Oxford University Press.
- Jornal da Cidade (2023): Journal de Cidade Online. <https://www.jornaldacidadeonline.com.br/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Jovem Pan (2023): Jovem Pan. <https://jovempan.com.br/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Lissardy, Gerardo (2020): Por que a ideia de que a América Latina pende à esquerda ou direita perdeu o sentido. In: globo.com, 19.1.2020. <https://g1.globo.com/mundo/noticia/2020/01/19/por-que-a-ideia-de-que-a-america-latina-pende-a-esquerda-ou-direita-perdeu-o-sentido.ghtml> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Manso, Bruno Paes (2020): A república das milícias: Dos esquadrões da morte à era Bolsonaro. São Paulo: Todavia.
- Misse, Michel (2011): Crime organizado e crime comum no Rio de Janeiro: Diferenças e afinidades. In: Revista Sociologia e Política, Curitiba, 19/40, 13-25.
- Meneguello, Rachel (1996): Electoral behavior in Brazil: The 1994 presidential elections. In: International Social Science Journal 47/4, 627-641.
- Nicolau, Jairo (2007): An analysis of the 2002 presidential elections using logistic regression. In: Brazilian Political Science Review, 1/1, 125-135.
- Nicolau, Jairo / Peixoto, Vitor (2007): As bases municipais da votação de Lula em 2006. In: João Paulo dos Reis Velloso (Hg.), Quem elegeu Lula? Rio de Janeiro: Cadernos do Fórum Nacional, 15-25.
- O Antagonista (2023): O Antagonista. <https://oantagonista.uol.com.br/#> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Oliveira, Carlos / Turgeon, Mathieu (2015): Ideologia e comportamento político no eleitorado brasileiro. In: Opinião Pública 21, 574-600.
- Olivera, Natália / Soares, Rafael (2022): „Se eu estivesse lá, morreria pelo meu irmão“, afirma Natalino em velório de Jerominho. In: Globo Extra, 6.8.2022. <https://extra.globo.com/casos-de-policia/se-eu-estivesse-la-morreria-pelo-meu-irmao-afirma-natalino-em-velorio-de-gerominho-25552661.html> (letzter Zugriff am 5.10.2023).

Konservative Wende, milícias und die Wahlen

- Pantolfi, Sergio (2020): Passei dois meses dentro de grupos bolsonaristas durante a pandemia. In: *Jornalistas Livres*, 6.8.2020. <https://jornalistaslivres.org/passei-dois-meses-dentro-de-grupos-bolsonaristas-durante-a-pandemia/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Pattie, Charles / Johnston, Ron (2000): People who talk together vote together: An exploration of contextual effects in Great Britain. In: *Annals of the Association of American Geographers* 90/1, 41-66.
- Plataforma Dhesca Brasil (2017): Relatório sobre os impactos da política econômica de austeridade na violação dos direitos humanos no Brasil, setembro de 2017. <http://austeridade.plataformadh.org.br/> (letzter Zugriff am 11.12.2019).
- Portal Conservadores (2023): Portal Conservadores. <https://conservadores.org/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Portal Mundo Conservador (2023): Mundo Conservador. <https://mundoconservador.com.br/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Rezende, Patrícia Jimenez (2016): Movimentos sociais e contramovimentos: Mobilizações anti-aborto no Brasil contemporâneo. [Dissertação de Mestrado em Ciências sociais – Universidade Federal de São Paulo, Escola de Filosofia, Letras e Ciências Humanas, Guarulhos]. São Paulo: Universidade Federal de São Paulo.
- Rianelli, Erick (2020): Polícia faz operação contra a milícia e suspeitos do assassinato de vereador de Nova Iguaçu. In: *globo.com*, 6.11.2020. <https://g1.globo.com/rj/rio-de-janeiro/noticia/2020/11/06/policia-civil-faz-operacao-contra-a-milicia.ghtml> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Samuels, David J. (2000): The gubernatorial coattails effect: Federalism and congressional elections in Brazil. In: *The Journal of Politics* 62/1, 240-253.
- Sánchez, Miguel García (2016): Control territorial y decisión de voto en Colombia un enfoque multinivel. In: *Política y Gobierno* 23/1, 57-95.
- Santos Junior, Orlando (2022): Inflexão neoliberal, milícias e o controle dos territórios populares: Desafios para a teoria urbana crítica na América Latina. In: Pedro Píres / María Carla Rodríguez (Hg.), *Las políticas neoliberales y la ciudad en América Latina: Desafíos teóricos y políticos*. [Ciudad Autónoma de Buenos Aires]. Buenos Aires: Universidad de Buenos Aires, 79-102.
- Setzler, Mark (2021): Did Brazilians vote for Jair Bolsonaro because they share his most controversial views? In: *Brazilian Political Science Review* 15/1, 1-16.
- Singer, André (2009): Raízes sociais e ideológicas do lulismo. In: *Novos estudos* 85, 83-102.
- Singer, André (2012): Os sentidos do lulismo: reforma gradual e pacto conservador. São Paulo: Companhia das Letras.
- Soares, Gláucio Ary Dillon / Terron, Sonia Luiza (2008): Dois Lulas: A geografia eleitoral da reeleição (explorando conceitos, métodos e técnicas de análise geoespacial). In: *Opinião Pública* 14/2, 269-301.
- Solano, Esther (2019): A bolsonarização do Brasil. Democracia em risco? In: Vários autores, *22 ensaios sobre o Brasil hoje*. São Paulo: Companhia das Letras, 307-322.
- Turgeon, Mathieu / Rennó, Lucio (2010): Informação política e atitudes sobre gastos governamentais e impostos no Brasil: Evidências a partir de um experimento de opinião pública. In: *Opinião Pública* 16/1, 143-159.

Conservative turn, milícias, and elections. Reflections on the case of Brazil

Brazil is currently experiencing a conservative turn, which has found expression not only in Jair Bolsonaro's presidency (2019–2022) but also in the phenomenon of so-called *milícias* expanding in low-income neighborhoods as well as in the emergence of anti-social movements that identify themselves as right-wing and conservative. In this context, the paper uses the example of the Rio de Janeiro Metropolitan Region to discuss the relationship

between (i) the emergence of conservative and far-right groups; (ii) the expansion of *milícias* in the city of Rio de Janeiro; and (iii) their influence on voting behavior in low-income, *milícia*-dominated neighborhoods in elections between 2018 and 2022. The forms of territorial control practiced by *milícias*, including information networks, disciplinary social control, mediation between individual and collective interests, and electoral control, have not yet received sufficient attention from authorities or in social analysis and research. A number of political organizations and alternative media are responsible for spreading antidemocratic values and practices. In doing so, they seek to legitimize the undercurrent conservative turn in the country and to weaken the links between urban experience and democracy.

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan

Gewalträume, Freiräume und Traumräume

Günter Gassner

In diesem Aufsatz befasste ich mich mit dem Konzept eines „Revolutionären Antifaschismus“, um räumliche Prozesse zu untersuchen, die sich einer autoritären Stadt verweigern. In Broschüren und Flugblättern aus den 1990er-Jahren treffe ich auf einen Antifaschismus, der sich nicht auf den Kampf gegen Nazis reduzieren lässt und einen Revolutionsbegriff entwickelt, der die Systemüberwindung als einen kontinuierlichen und pragmatischen Prozess versteht und dennoch nicht auf Maximalforderungen verzichtet. Ich konzeptualisiere diesen Prozess als einen Raumbildungsprozess, der sich grundsätzlich von einer faschistischen Raumorganisation unterscheidet, und ich stelle einem modernen Stadtplan einen radikalen gegenüber. Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan ist eine von einer konkreten Situation angestoßene Konstruktion linker Geschichte, von der aus sich eine Position bestimmen und eine alternative Stadt bilden lässt. Diese befreiende Raumpraxis beschreibend bespreche ich drei ihrer Eigenschaften – Kollektivität, Selbstbestimmung und Systemüberwindung – und beziehe sie auf drei unterschiedliche Räume: Gewalträume, Freiräume und Traumräume.

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg

In einer Bibliothek in Berlin stoße ich auf ein Dokument mit dem Titel „Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg“, 1984 herausgegeben von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin“ (B1). Wie mag eine antifaschistische Stadt aussehen? Wie ist sie darstellbar und kommunizierbar? Wohnt der Darstellbarkeit eine autoritäre Dimension inne, zumindest so lange sie den Anspruch erhebt, eine *repräsentative* Darstellung zu sein? Ist Repräsentation, die Einschließen und Ausschließen, oft auch Zentrieren und Marginalisieren bedeutet, als Abstraktion von Lebenswelten ein Gewaltakt? Theodor Adornos (1963) Aussage, Poesie nach Auschwitz sei barbarisch – nicht als Versuch, Künstler_innen zum Schweigen zu bringen, sondern als Erkenntnis, dass es Taten gibt, die so grausam sind, dass sie weder verstanden noch

kommuniziert werden können – zeigt in diese Richtung. Und doch, so merkt Adorno an, muss Kunst weiter versuchen zu sprechen, zu zeigen, wohl wissentlich, dass sie daran scheitern wird und muss.

Ich denke an diese ersten Fragen zurück, während ich antifaschistische Broschüren und Flugblätter durchblättere. Ich rufe mir Adorno ins Gedächtnis, wenn ich mich mit dem *Konzept* eines „Revolutionären Antifaschismus“ auseinandersetze: Seine Warnung, dass jedes Konzept Gefahr läuft, eigentümliche heterogene und potenzielle Mehrdeutigkeiten zu verlieren, die am Objekt haften. Im Konzeptualisieren liegt eine beträchtliche und unvermeidbare Menge ausgeübter Gewalt. Ich vergegenwärtige mir den Moment, als ich den Antifaschistischen Stadtplan zum ersten Mal vor mir liegen hatte, wenn ich in einer Broschüre über Revolutionären Antifaschismus lese: „Reduzierung von Komplexität“, also die Vereinfachung, ist kein Problem, sondern die Lösung, solange die Vereinfachung sich auf Wesentliches konzentriert. Eine Landkarte im Maßstab 1:1 wäre zwar genau, aber für den Gebrauch als Landkarte völlig nutzlos.“ (B2: 8) Geht es in einem Antifaschistischen Stadtplan also um eine Reduktion der Stadt auf das Wesentliche? Und wer definiert das? Für einen Revolutionären Antifaschismus, so schlage ich vor, lässt sich das Wesentliche nicht auf eine vorhandene Essenz reduzieren, sondern ist immer auch als Ermöglichung eines orientierten Prozesses der Veränderung zu denken. In diesem Zusammenhang ist „eine platte Aussage wie ‚Hinter dem Faschismus steht das Kapital‘ – so problematisch ihre Verkürzung der historischen Realität auch sein mag“ (ebd.) durchaus wesentlich, da diese Aussage „ihre Berechtigung als Demoparole“ (ebd.) nicht verloren hat.

Der moderne Stadtplan ist ein kapitalistisches Instrument. Als zusammenfaltbares Blatt wurde er im Kontext stark wachsender westlicher Industriegroßstädte verbreitet, um Stadtbewohner_innen und Reisenden Orientierungshilfe zu leisten. Als großmaßstäbige Darstellung von Straßen, Plätzen und für wichtig erachteten Gebäuden ist er untrennbar mit vermarktbarer Lesbarkeit, Wiedererkennbarkeit und der Kommodifizierung des Stadtraums verknüpft. Bleibt da als kritischer Zugang nur noch, das Blatt auf ganz unterschiedliche Arten und Weisen zusammenzufalten – immer anders, immer neu –, um so aufgezwungenen Unterscheidungen zwischen wichtig und unwichtig entgegenzuwirken?

Der Antifaschistische Stadtplan liegt nun auf meinem Tisch. Auf 48 Seiten und einem in der Tat aufklappbaren Plan werden ausgewählte

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan

Orte in Berlin-Kreuzberg markiert. Schwarze Kreise mit weißen Zahlen benennen Orte faschistischen Terrors und der Verfolgung. Rote gleichschenklige Dreiecke mit weißen Zahlen bezeichnen Orte, die für den antifaschistischen Widerstand von Bedeutung waren. Rote Quadrate mit schwarzen Zahlen markieren Orte der Erinnerung. Anders gesagt: Ich sitze im roten Dreieck Nummer 88, in dem der Kommunist und Werkzeugschlosser Kurt Riemer arbeitete und die illegale Betriebszelle der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) leitete. 1940 organisierte diese Betriebszelle wegen eines nicht funktionierenden Abzugs über einer Esse einen Streik: „Höchste Nazi-Funktionäre der Kreisorganisation der DAF [Deutschen Arbeitsfront] erschienen im Betrieb und mußten sich den Forderungen beugen.“ (B1: 36 f.) Wenn ich später zu meinem Fahrrad gehe, werde ich am schwarzen Kreis Nummer 29 vorbeikommen, der vom Boykott jüdischer Geschäfte in 1933 betroffen war (ebd.: 15) und auch an einem damaligen Goldwarengeschäft, das in jüdischem Besitz war und das sich neben dem schwarzen Kreis Nummer 21 befindet, in dem „so ein Lager von Holländern und Belgiern“ war (ebd.: 10 f.). Und wenn ich dann in Richtung Wohnung radle, werde ich entlang des roten Quadrats Nummer 102 an Ernst Heilman erinnert, der „von 1919 bis 1933 Mitglied der SPD-Fraktion [Sozialdemokratische Partei Deutschlands] im Preußischen Landtag, seit 1924 deren Vorsitzender, 1928 bis 1933 Mitglied des Reichstages“ war und als „Verfechter des ‚kleinen Übels‘“ (ebd.: 43) 1932 für die Wiederwahl von Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten eintrat.

Ich werde also nicht an der Reichenberger Straße 63A vorbeikommen, an dem Haus, das im Dezember 1987 im Zusammenhang mit einer von Autonomen vorbereiteten und getragenen Kiez-Demonstration gegen Leerstand, Wohnraumspekulation und Umstrukturierung besetzt wurde. Die Demonstration hatte unter anderem dazu geführt, dass der West-Berliner Senat und Spekulant_innen dazu gezwungen wurden „auf den geplanten Abriß dieses Hauses zu verzichten und es einer Selbsthilfegruppe zur Verfügung zu stellen“ (Geronimo 1995: 183). Ich werde nicht an der anarchistischen Bibliothek „kalaballk“ vorbeikommen und auch nicht am benachbarten „Monokel“, einem Optikergeschäft, das seit 1983 besteht.

Der Antifaschistische Stadtplan wurde zu einer Zeit herausgegeben, in der die autonome linke Szene in Kreuzberg in einer Aufbauphase war, noch bevor die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“

(AA/BO) das Konzept eines Revolutionären Antifaschismus entwickelte. Auffällig ist, dass Antifaschismus in diesem Stadtplan auf bestimmte Orte fixiert wird. Ist dieses Dokument weniger ein antifaschistischer als ein moderner Stadtplan, in den Faschismus und Antifaschismus eingeschrieben werden? Wird hier im Kampf gegen ein autoritäres Regime ein gewaltsames Instrument benutzt? Kann Antifaschismus auch als eine politische Praxis verstanden werden, die nicht von Nazis abhängig ist? Kann Antifaschismus als eine Raumpraxis verstanden werden, die aus sich heraus Räume bilden kann, die nicht fixiert und dadurch eindeutig darstellbar, aber dennoch kommunizierbar sind – etwa um Leute zu erreichen, zu politisieren und zu radikalisieren?

2. Konzeptuelle Räume

Es ist ein Kennzeichen autoritärer Räume, dass sie plurale Sinngebungen auf eine zentrale Vision vereindeutigen beziehungsweise ihnen diese auferlegen. In einem autoritären Diskurs basiert Macht auf Schweigen und der Zustimmung zu einer Eindeutigkeit (siehe Goldschläger 1982; vgl. Trüby 2019). Doch kann im Gegenzug ein antiautoritärer Diskurs von einer radikalen Offenheit gekennzeichnet sein, der zufolge jegliche Sinngebung und Leseart möglich und zulässig ist? Eine vollkommene Dekontextualisierung und die damit zusammenhängende Geschichtslosigkeit würde bestehende Formen von Gewalt weiter vertiefen und verbreiten. Was aber macht dann einen räumlichen Prozess aus, der sich einer autoritären Stadt verweigert?

Einer *faschistischen Raumorganisation* einen *Antifaschismus als Raumpraxis* gegenüberstellen: Bewusst spreche ich nicht von einer antifaschistischen Raumorganisation, da so eine Bezeichnung Letztere als einfaches Gegenteil von Ersterer definieren und so Antifaschismus auf negative Räume reduzieren könnte. Antifaschismus wäre somit durch die bloße Verneinung von Faschismus von Faschist_innen abhängig. In diesem Aufsatz verstehe ich Raumpraxis daher als Erzeugen von vielfachen Räumen und Raumbildern, als Raumbildungsprozess. Eine Raumpraxis ist weder auf die Bildung physischer Räume noch auf Aktionen in Räumen reduzierbar – vor allem nicht, wenn sich Aktionen eindeutig in einen bestehenden Raum einfügen lassen und somit wenig oder keine Raumbildungspotenzial aufweisen. Sie ist politisch, wenn sie vom Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung getrieben ist. Eine Raumpraxis liegt somit an der Schnittstelle von Ideen,

Werten und Aktionen in und für eine Stadt. Sie bildet auch einen produktiven Fokus, um an Debatten über Faschismus als Ideologie *versus* Massenbewegung anzuschließen und Antifaschismus als eine *Theorie-Praxis* zu positionieren.

Ich mache in diesem Beitrag Raum für ein Konzeptualisieren von Antifaschismus als radikalem Stadtplan. Ein Stadtplan ist nicht nur eine auferlegte Abstraktion einer Stadt, an der bestimmte Ideen und Werte haften. Ein Stadtplan ist auch eine Ausrichtung von Körpern und Räumen, ein Orientierungsgerät. Bei einem radikalen Stadtplan geht es jedoch nicht darum, Standorte für Antifaschismus festzulegen, sondern darum, Antifaschismus gegenüber anderen Raumorganisationen in der Stadt zu positionieren. Der Unterschied zwischen einem *Standort* (als räumlicher Fixierung) und einer *Position* (als Ermöglichung von Perspektiven) ist insofern von Bedeutung, als Letztere auf Orientierungen verweist, in denen interveniert werden kann. Orientierung bedeutet, eine Richtung einzuschlagen, um bestimmte Objekte in greifbare Nähe zu rücken und andere nicht (vgl. Ahmed 2006). Orientierung bedeutet, einen Horizont zu sehen. Eine Stadt in einem herrschenden System ist orientiert. Eine antifaschistische Raumpraxis kann Momente einer Umorientierung einführen. Ein neuer Horizont kann sich auftun, der das Erreichen einer anderen Stadt ermöglicht. Anders gesagt: Ein Stadtplan gibt Orientierung und – wenn es sich um einen radikalen Stadtplan handelt – eben auch Orientierung für einen Prozess der Veränderung. Wie kann er das tun, ohne eine eindeutige Lesbarkeit zu oktroyieren beziehungsweise einen statischen Endpunkt vorzudefinieren?

Um das Konzept eines radikalen Stadtplans zu erforschen, arbeite ich mit Dokumenten, die im Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) eingesehen werden können. Zwei Dokumente sind für mich von besonderer Bedeutung: die 1993 herausgegebene erste Broschüre „Einsatz!“ der AA/BO und die detaillierte Broschüre „Das Konzept Antifa: Grundsatztexte und Konkretes“, 1998 herausgegeben von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB). Untersuchungen weiterer Broschüren und Flugblätter der 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre aus Berlin ermöglichen es mir, Antifaschismus als Raumpraxis zu erkunden.

Dieser Text weicht vom Standardformat wissenschaftlicher Aufsätze insofern ab, als er Fragmente assoziativ zusammenführt und gegenüberstellt. Er macht nicht den Versuch, Leser_innen mit einem linearen Argument zu überzeugen. Ich stimme Natasha Lennard (2019) zu, dass

liberale Appelle an die Wahrheit eine faschistische Epistemologie von Macht und Herrschaft nicht durchbrechen können. Dieser Text beschreibt Räume, bildet neue Räume und ist kein Ort festgelegter Konzepte, denen man sich einfach nur unterordnen muss. In diesem Text geht es darum, Leser_innen zur Koproduktion einzuladen. Es geht nicht um einen Wahrheitsanspruch, sondern darum, sich in einer Stadt zu positionieren und zu bewegen, also inmitten gesellschaftlicher Verhältnisse und inmitten von Produktionsverhältnissen (Benjamin 2014a; vgl. Gassner 2020).

Wenn Antifaschismus als politisches Aktionsfeld beschrieben wird, „in dem sich eine breite Bewegung aus verschiedenen Strömungen, Initiativen, NGOs, Parteien, Gewerkschaften etc. in Theorie und Praxis gegen Faschismus (ebenso wie Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Sexismus etc.) einsetzt“ (Rohrmoser 2022: 184), so beginnt dieser Text mit einer breiten und zugleich spezifischen Auffassung von Antifaschismus als einer illiberalen Intervention, die gegen Faschismus kämpft, ohne sich dabei auf den Staat, das Rechtssystem oder liberale Institutionen zu verlassen (Lennard 2019). Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die durchlässige Grenze zwischen Liberalismus und Faschismus (siehe Landa 2012) und erkunde nicht nur, inwiefern sich eine illiberale Raumpraxis von einer anti-liberalen Raumorganisation sowie von der Raumorganisation eines liberalen Staates unterscheidet, sondern auch wie sie, durch eine Horizontverschiebung, eine Raumpraxis der Befreiung von unterschiedlichen Arten von Gewalt und Ausbeutung sein kann.

Antifaschismus als illiberale Raumpraxis baut auf einem radikalen Freiheitsbegriff auf, der in der „freien Privatinitiative des Unternehmers“ nicht „den sichersten Garanten des ökonomischen und sozialen Fortschritts“ sieht (Marcuse 1974: 45). Ein solcher radikaler Freiheitsbegriff setzt sich klar von einem anti-liberalen ab, der auf der rassistischen Vorstellung einer „durch das Volk repräsentierten Ganzheit“ (ebd.: 57) basiert. Ein radikaler Freiheitsbegriff ist befreiend, wenn er „Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, die Unzulässigkeit jeder Form von Ausbeutung“ (B2: 21) als unabdingbar ansieht. Er verweist damit auf die Verteilungen von Freiheiten und Unfreiheiten auf unterschiedliche Gruppen und Klassen und zeigt, dass Liberalismus als eine ausgrenzende Praxis zu verstehen ist, in der die Freiheiten einiger stets auf Kosten anderer gehen (Mondon/Winter 2020).

Ich schreibe diesen Text als ein Fremder, der weder in den 1990er-Jahren Mitglied einer Antifa-Gruppe war, noch in Deutschland lebt(e). Es geht es mir jedoch nicht darum, meine Fremdheit als eine Freiheit von Verstrickungen in existierende Interessen und Spaltungen zu verstehen (Simmel 1950). Vielmehr möchte ich Positionierungen und Perspektiven gegen Verhetzung, Verletzung und Vernichtung ermöglichen. Revolutionärer Antifaschismus ist „untrennbar mit der Perspektive auf die Gesamtgesellschaft verbunden“ (Rohrmoser 2022: 124). Er geht auf die Kritische Theorie und auf die sogenannte „Antiautoritäre Fraktion“ zurück, einen Teil des „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ (SDS), der sich 1968 von den auf die orthodox-kommunistische Arbeiterbewegung ausgerichteten „Traditionalisten“ (Geronimo 1995: 30) abspaltete. Dieser Text folgt der Kritischen Theorie insofern, als er eine strikte Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis sowie abstrakte Kategorien (Horkheimer 1992) ablehnt. Stattdessen schlägt er eine Theorie-Praxis für Reflexions- und Vorstellungsräume sowie für physische Räume und soziale Stadträume vor. Es geht mir dabei um reale Räume, also sowohl um aktualisierte als auch um virtuelle Räume (Deleuze/Guattari 1992). Wenn sich eine antifaschistische Raumpraxis nicht auf den Kampf gegen Nazis reduzieren lässt, bedeutet das dann, dass dieser Text nicht in Räumen faschistischen Terrors, in Gedenk- und Angsträumen verharren darf, sondern selbst Räume – Gewalträume, Freiräume und Traumräume – hervorbringen kann und muss?

3. Faschismus und Revolutionärer Antifaschismus

Die Nazis sahen moderne Großstädte als Ursache für soziale Missstände an; als Orte, an denen eine korrupte Kultur wuchert, die vor allem Jüd_innen und Immigrant_innen zu verantworten haben. Sie verstanden Städte als „Bedrohung für die faschistische Ideologie“ (Stanley 2020: 151, Übers. d. A.). Jedoch waren die Nazis sich auch des Potenzials von Städten als Propagandamaschinen bewusst. Sie organisierten Stadträume auf unterschiedliche Arten (drei davon werde ich später einführen). Diese unterschiedlichen Raumorganisationen können als ein Interesse an Städten als auch als gespaltenes Verhältnis zu ihnen angesehen werden. Aus Sicht der Nazis pluralisierten Städte Ideen (und waren daher eine Bedrohung für ihre eigene Ideologie), aber eben auch konditionierten Ideen. Hitler beschrieb Stadtplanung einmal als „Stärkungsmittel gegen den Minderwertigkeitskomplex des deutschen Volkes. Wer ein

Volk erziehen will, muss dem Volk sichtbare Gründe für Stolz geben. Dies dient nicht dazu zu prahlen, sondern um der Nation Selbstvertrauen zu geben.“ (zitiert nach Sudjic 2006: 37) Die Stadt als verräumlichte Ideologie sieht sich stets einem potenziellen Angriff auf diese Ideologie ausgesetzt.

Ich stoße auf die Historiker Roger Griffin, Roger Eatwell und Stanley Payne, die sich in den 1990er-Jahren auf Minimalkriterien einigten, die erfüllt sein müssen, damit man von Faschismus sprechen kann – und die damit das Ende eines Kampfes um den Faschismusbegriff einläuteten (Eatwell 1996). Sie vertreten die These, dass Faschismus als „wahres revolutionäres Phänomen und ein kohärentes System von Ideen und Werten“ zu betrachten sei (Kallis 2003: 33, Übers. d. A.) und nicht bloß als politische Bewegung. Sie formulieren dies, damit „die Mitwirkenden an der Faschismusforschung endlich in der Lage sind, den Faschismus wie jede andere Ideologie zu behandeln [...] Sie müssen sich nicht länger rituellen Klagen über das Fehlen eines Konsensus oder zu mindestens einer Arbeitsdefinition hingeben“ (Griffin 1998: 15, Übers. d. A.).

Eatwell beschreibt Faschismus als „eine Ideologie, die danach strebt, die Wiedergeburt auf einem ganzheitlich-nationalen radikalen dritten Weg zu schmieden. In der Praxis neigt der Faschismus aber dazu, Stil, insbesondere Aktion und den charismatischen Führer, mehr als ein detailliertes Programm zu betonen und beteiligt sich an einer manichäischen Dämonisierung seiner Feinde.“ (Eatwell 1996: 304 f., 313, Übers. d. A.) Payne argumentiert, Faschismus sei die revolutionärste Form des Nationalismus und könne nicht „einfach“ als rechter Autoritarismus verstanden werden: Faschismus als Ideologie vereine Anti-Liberalismus, Anti-Kommunismus und Anti-Konservatismus (Payne 2003: 84). Griffin (2003: 179) definiert Faschismus als „palingenetischen Ultra-Nationalismus“. Allen dreien geht es darum, faschistische Ideologie ernst zu nehmen, Faschismus also als kohärentes Gebilde von Ideen und Werten zu bewerten. Eine Reduktion von Faschismus auf eine bloße Ideologie – etwa Nationalsozialismus als Verbindung von Nationalismus und Sozialismus – verleugnet jedoch die historische Position des Faschismus gegenüber linker Politik. Diesen Definitionen folgend erscheint Faschismus positiver und weniger zerstörend als er tatsächlich war und ist. Das ist selbst dann der Fall, wenn Faschismus als *negative* Ideologie verstanden wird, die anscheinend jeglichen -ismus ablehnt. Eine negative Ideologie ist jedoch auch eine Ideologie, daher kann nicht jeglicher -ismus abgelehnt werden. Wenn Klasse und Geschlecht

nicht als Kriterien über jener der Nation angesehen werden, dann bleibt einem Faschismus noch Nationalismus, Rassismus und Sexismus, um als Ideologie durchzugehen (Passmore 2002). Zumindest erkennt so eine Definition aber teilweise den rechten Platz des Faschismus an.

Als ich mich von diesen Definitionen wegbewege, treffe ich auf David Renton (1999), der Faschismus als eine reaktionäre Massenbewegung versteht. Diese wirke – entgegen ihrer eigenen Rhetorik – gegen die Interessen der unterstützenden Klasse. Wenn Faschismus sich zwar einer revolutionären Sprache bedient, aber strukturell konservativ ist, können Faschist_innen nicht einfach bei Wort genommen werden. Faschismus als „revolutionär konservativ“ (Gilroy 2000, Übers. d. A.) – das beschrieb schon Walter Benjamin als „*Ästhetisierung des politischen Lebens*“ (Benjamin 2014b: 506, Hervorhebung im Original). Die Nazis verwandelten Politik in Spektakel, Paraden und inszenierten Massenkundgebungen (Gilloch 2002: 194). Versteht man Politik als angetrieben vom Wunsch nach sozioökonomischem Wandel, so ersetzt Faschismus diesen Wunsch mit einer entpolitisierten und spektakulären Aufführung von Kreativität, die jedoch nichts als Vernichtung bedeutet (Gassner 2021). „*Alle Bemühungen um die Ästhetisierung der Politik gipfeln in einem Punkt*“, schreibt Benjamin (2014b: 506, Hervorhebung im Original), und dieser „*eine Punkt ist der Krieg*“ (ebd., Hervorhebung im Original). Nur Zerstörung und Tod im großen Maßstab sind Spektakel, die intensiv genug sind, um das politische Verlangen nach Veränderung zu befriedigen, ohne dabei Klassenstrukturen zu verändern oder gar abzuschaffen.

Renton (1999) orientiert sich an Leon Trotsky und argumentiert für eine dialektische Theorie, die inhärente Konflikte zwischen reaktionärer Ideologie und Massenbewegung aufzeigt. Wie können die Massen und reaktionäre Aspekte zu einem Ganzen zusammengeschweißt werden? George Orwell bemerkte einmal, dass „während der Sozialismus und sogar der Kapitalismus (doch der letztere etwas widerwilliger) zu den Menschen gesagt haben: ‚Ich biete euch eine gute Zeit‘, so hat Hitler zu ihnen gesagt: ‚Ich biete euch Kampf, Gefahr und Tod an‘, und in- folgedessen hat sich eine ganze Nation zu seinen Füßen geworfen“ (zitiert nach Gilroy 2000: 161, Übers. d. A.). Rentons Ansatz, das Verhältnis zwischen Ideologie und Bewegung in den Mittelpunkt zu rücken, kann mit Fokus auf Raumbildung auch für den Antifaschismus von Nutzen sein. Selbst wenn man Faschismus als *negative* Ideologie definiert,

produziert er doch Räume, die über eine reine Verneinung hinausgehen. Gerade in faschistischen Raumorganisationen zeigen sich die inneren Widersprüche und Konflikte zwischen Ideen, Werten und Aktionen. Das trifft auch auf die Stadtplanung zu, bei der die Abhängigkeit vom Kapitalismus nicht selten auf eine antikapitalistische Rhetorik trifft. Können – sozusagen als Gegenmodell – antifaschistische Theorien und Aktionen in Raumbildungsprozessen so zusammenlaufen, dass die Verneinung einer negativen Ideologie nicht zur ursprünglichen Ideologie führt, ja überhaupt nicht zu irgendeiner Ideologie, sondern zu einer raumbildenden Theorie-Praxis?

Ich biege nach Deutschland ab. Während sich Historiker_innen anderswo bemühen, sich auf ein Verständnis von Faschismus zu einigen, kommt es hier zu einem rasanten Anstieg rechtsradikaler Gewalttaten. Zwischen 1992 und 1995 verbietet der Staat elf rechtsradikale Gruppierungen und Organisationen (Rohrmoser 2002: 123). Dieses staatliche Handeln trifft auf die Reaktion des Revolutionären Antifaschismus. Doch bereits einer Broschüre (B3) aus den 1980er-Jahren kann ich dessen Kritik an einem anti-antifaschistischen Staat entnehmen: Die Angriffe von Faschist_innen auf revolutionäre Bewegungen dienen dazu, Letztere zu lähmen, was der Staat ja begrüße. Ein effektives Verbot faschistischer Bewegungen würde hingegen die „Aburteilung aller Anführer und Aktivisten, die Bestrafung jeglicher Neugründung, eine konsequente Beschlagnahme der Logistik, die öffentliche Demaskierung der Förderer“ (B3: 6) bedeuten. Folglich, so die Argumentation, habe der Staat ein Interesse am Bestehen faschistischer Organisationen, um so revolutionäre Bewegungen in Schach zu halten. Dass Faschismus auch nach 1945 noch ein „integraler Bestandteil jeder parlamentarischen Demokratie“ sei (ebd.: 10), zeige sich unter anderem an einer faschistischen Stadterneuerung: So würden „in der BRD nach den Plänen der Nationalsozialisten die sozialen und politischen Zusammenhänge in den Vierteln“ zerschlagen „und der totalen Kontrolle“ unterworfen (ebd.).

In den 1990er-Jahren propagiert die AA/BO – ein 1991 entstandener Zusammenschluss von zwölf autonomen Antifa-Gruppen, darunter auch die AAB – Revolutionären Antifaschismus. Die AA/BO verfolgte das Ziel, so lange eine revolutionäre Situation nicht unerreichbar schien (vgl. B4: 10), „längerfristig zu einer gesamtgesellschaftlichen Analyse zu kommen“ (B5: 5). Den Kampf gegen den Faschismus versteht sie dabei immer auch als „Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen,

aus denen heraus Bereitschaft der Menschen resultiert faschistische/ chauvinistische Denkmuster anzunehmen“ (ebd.). Die AAB entwickelt in ihrer 1998 herausgegebenen Broschüre „Das Konzept Antifa“ einen Revolutionsbegriff, der die „grundsätzliche fundamentale Umwälzung der bestehenden Lebensverhältnisse“ (B2: 5) nicht als einen abrupten Neubeginn versteht, sondern bei dem diese durch *Organisierung*, *Kontinuität* und *Pragmatismus* ermöglicht wird (vgl. Arendt 2006a).

Die Organisierung sei notwendig, um die Kontinuität des Kampfes gegen den Faschismus zu ermöglichen und „systemüberwindend“ sein zu können (B2: 5). Nicht das System habe einen Fehler, sondern das System, das auf drei Formen der Ausbeutung (Kapitalismus, Sexismus, Rassismus) aufbaue, sei selbst der Fehler (B6: 20). Antifaschismus sei der Kampf gegen die „gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen entsteht, faschistische Denkmuster anzunehmen“ (B2: 6): „Antifa ist der Kampf ums Ganze!“, und „Alles fängt mit Antifa an, nichts hört dabei auf“ (ebd.: 4, 9). Die AAB beschreibt Faschismus nicht als eine kohärente Ideologie, sondern als ein „Stückwerk aus zusammengebastelten unterdrückerischen Thesen“; als „Sammelsurium aller rassistischen, nationalistischen und autoritären Massenbewegungen mit anti-kommunistischer und antiliberaler Volksgemeinschaftsideologie“ (ebd.: 12, 13).

Ich treffe hier also auf ein Faschismusverständnis, das nicht auf einer monokausalen, allein auf die Ökonomie fixierten Erklärung basiert, wie die sogenannte Dimitroff-These (B2: 7; vgl. B7). Letztere definiert Faschismus als terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Wenn der Kapitalismus einer bürgerlichen Demokratie bedroht wird, so die These, wandelt sich die bürgerliche Demokratie in eine faschistische Diktatur. Revolutionäre Antifaschist_innen wiederum erklären den deutschen Faschismus als „*Bündnis* zwischen dem auf Profitmaximierung und Eigensicherung bedachten Kapital und den, das Unbehagen am Kapitalismus irrational und autoritär ausagierenden, Nazis“ (Keller et al. 2018: 99, Hervorhebung d. A.). Sie sehen ihre Arbeit als Weiterentwicklung des Kampfes kommunistischer Kleinparteien der 1970er-Jahre und autonomer Gruppen der 1980er-Jahre in der BRD. Letztere konzentrierten sich auf spezifische Fragen (etwa Hausbesetzung oder Friedensbewegung) (B2: 5). Der AAB geht es aber um eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft in einem kontinuierlichen und pragmatischen Prozess.

Antifaschismus versteht sie nicht als „Selbstverteidigung“ (ebd.: 12), es gehe nicht um die „Selbstbezogenheit der reinen Abwehr [...] außer in dem Maß, in dem jedes linke Engagement eine Abwehr gegen bedrückende Verhältnisse ist“, sondern um das Begreifen von Antifaschismus als „Ausgangsposition, aus der heraus wir aktiv, also nicht reagierend, die Konfrontation mit den bestehenden Verhältnissen suchen“ (B2: 12). Kurz gesagt: „Antifa heißt Angriff!“ (ebd.; vgl. Schöppner 2016).

Wenn Antifaschismus nicht Selbstverteidigung, sondern Angriff bedeutet, heißt das auch, dass es sich hier um einen *positiven* Raumbildungsprozess handeln kann, also um einen, der nicht auf bestimmte faschistische Aktionen wartet? In diesem Zusammenhang ist der Antifaschistische Stadtplan, den ich in der Bibliothek vorfand, von Antifaschismus als einem radikalen Stadtplan zu unterscheiden. Letzterer ist ein Prozess, in dem die Stadt nicht als ein fixierter Raum mit eindeutiger Lesbarkeit verstanden wird. Aufgrund seines positiven Raumbildungspotenzials handelt es sich dann nicht um einen modernen Stadtplan, in den Antifaschismus als Reaktion auf Faschismus eingeschrieben ist – wie es nicht nur beim Antifaschistischen Stadtplan Kreuzberg, sondern bei einer „Stadtrundfahrt zu Stätten der Arbeiterbewegung des Faschismus und des Widerstands“ (B8: 1) von 1981 der Fall war, die mit dem berühmten Zitat Max Horkheimers versehen war: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (ebd.)

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan ist kein Plan, mit dem ich mich in einer Stadt, so wie sie zu einem bestimmten Zeitpunkt repräsentiert wird, orientieren kann, sondern ein Prozess, in dem ich mich im Verhältnis zur Vergangenheit positionieren und mich in Richtung einer alternativen Stadt bewegen kann. Dieser Prozess der Konstruktion von Vergangenheit und Zukunft aus der Gegenwart heraus (vgl. Benjamin 2014c) basiert auf einer antiautoritären Überzeugung: Im „Gegensatz zur etablierten Politik behaupten wir nicht, einen fertigen Masterplan zu haben, schon gar nicht für die freie Gesellschaft“ (B9: 11). Der Stadtplancharakter besteht darin, einen „gesamtgesellschaftlichen Begriff von Antifa-Arbeit“ zu entwickeln, der „perspektivisch“ ist (B5: 5). Es geht also darum, Perspektiven auf die Stadt zu ermöglichen und Räume für alternative Perspektiven zu eröffnen. Dieser radikal perspektivische Zugang zur Stadt bildet sich mithilfe dreier räumlicher Komponenten: einem *Ansatzpunkt*, einer *Ausgangsposition* und einer *Orientierung*.

Revolutionärer Antifaschismus lässt sich nicht auf den Kampf gegen Nazis reduzieren. Um Leute politisch zu erreichen, braucht es aber eine konkrete Situation, die diese Menschen aufrüttelt. Das kann beispielsweise ein Naziaufmarsch sein oder auch eine „freie“ Meinungsäußerung, die ganz klar auf faschistischem Gedankengut beruht. So eine konkrete Situation ist ein Ansatzpunkt, der dazu dient, den Prozess eines radikalen Stadtplans in Gang zu setzen. Dieser Prozess beinhaltet eine Desorientierung, aber eben auch die Bildung einer alternativen Orientierung in und für die Stadt. Eine erfolgreiche linksradikale Politik, so argumentiert die AAB, brauche eine Orientierung. Doch was kann so eine Orientierung sein, die nicht zu einem autoritären Instrument verkommt? Das Wissen ums wofür? Eine politische Theorie? Die Verbindlichkeit bestimmter Ideen? „Der Traum einer Sache“ (ebd.: 24)? In den Broschüren treffe ich auf unterschiedliche Aspekte. So ist etwa Orientierung nicht dasselbe wie Meinung, weil Letztere einen Standpunkt zu speziellen Fragen beinhaltet, Orientierung jedoch „die dahinter stehende Logik, die selbstgewählte Meinungen in einen logischen Zusammenhang stellt“ (ebd.: 25). Orientierung ist auch eine Orientierung an Karl Marx, aber nicht in einem dogmatischen Sinn. Es ist eine Orientierung „an bruchstückhaftem Wissen um die richtigen Prinzipien“, eine Theoriearbeit, die aktuelle Ökonomie, Sozialpsychologie, Politologie und so weiter mit einbezieht (B3: 26). Konzepte von Klassenkampf, historischem Materialismus und Dialektik bilden einen „Orientierungsmaßstab“ (B2: 26). Schlussendlich hat die AAB auch Vorstellungen für die Zukunft, die einen „Orientierungswert“ haben: „Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, die Unzulässigkeit jeder Form von Ausbeutung“ (ebd.: 21). Die AAB beschreibt also einen politischen Horizont, der das Erreichen antiautoritärer Lebensformen ermöglicht und nicht einen Endpunkt, auf den alles Handeln zuläuft und der durch einen linearen Prozess erreicht werden kann.

Doch auch eine solche Orientierung benötigt erst einmal eine Ausgangsposition. Revolutionäre Antifaschist_innen verweisen hier auf „geschichtliche Bezüge“, ohne die „keine sinnvolle politische Orientierung möglich“ sei (ebd.: 18). Eine Bewegung brauche Referenzen in der Vergangenheit, „um eine Richtung definieren zu können“ (ebd.). Eine vergangenheitslose Haltung sei automatisch auch eine „zukunftslose“ (ebd.: 25). Das aber bedeutet, dass linke Geschichte erst einmal konstruiert werden muss.

Basierend auf diese konzeptuellen Überlegungen beschreibe ich Revolutionären Antifaschismus als Stadtplan als eine von einer konkreten Situation angestoßene Konstruktion linker Geschichte, von der aus ich meine Position bestimmen und eine alternative Stadt bilden kann. Dabei gibt es keine eindeutig verortbaren Zielpunkte, wohl aber Orientierungswerte. Dieser Raumbildungsprozess ist *kollektiv, selbstbestimmt* und *systemüberwindend*: Eine kontinuierliche Praxis „aus der heraus immer wieder Angriffe möglich sind“ (ebd.: 27). Die Kontinuität bedingt einen Pragmatismus, das heißt eine „Orientierung an den unmittelbaren Konsequenzen, die Praxis als Maßstab zu nehmen sowie die Möglichkeit des Scheiterns miteinzubeziehen“ (ebd.). Dieser Pragmatismus verzichtet jedoch nicht auf „Maximalforderungen“ (ebd.). Was einen Revolutionären Antifaschismus als Stadtplan in Richtung eines antiautoritären Urbanismus bewegt, ist nicht die Bildung undefinierter, radikal offener Räume; auch nicht einfach nur herrschaftswidrige Aktionen, die in einer orientierten Stadt stattfinden. Ist es stattdessen vor allem eine aus sich heraus schöpfende orientierte Raumbildung?

4. Gewalträume (kollektiv)

Monumentale Achsenplanungen gelten häufig als „Höhepunkt nationalsozialistischer Stadtplanung“ (Petsch 1976: 98). Das trifft insbesondere auf die Umgestaltungspläne der Nazis für Berlin zu, also auf die Planung einer 1.000-jährigen Stadt für ein 1.000-jähriges Volk, die Umwandlung Berlins „von einer Großstadt zu einer Weltstadt“ (ebd.), die Transformation von Berlin zu Germania. Geplant waren eine Ost-West-Achse, deren Verlauf zum Teil, etwa Unter den Linden, bereits vorhanden war, sowie eine neue Nord-Süd-Achse, für die umfangreiche Abrissarbeiten notwendig gewesen wären. Die Nord-Süd-Achse war als neue Hauptstraße Germanias gedacht. Sie sollte sich von einem Nord- zu einem Südbahnhof erstrecken, mit Neubauten wie einer Oper, Theatern, einem Konzerthaus, einem Verwaltungsgebäude der AEG sowie Geschäfts- und Hotelbauten (ebd.: 105). Als architektonischer Höhepunkt an der Achse galt die sogenannte Volkshalle. Zur verkehrlichen Erschließung der Stadt waren vier konzentrische Ringstraßen nebst Radialstraßen vorgesehen. Letztere wurden als Nebenzentren mit einer Abstufung der Gebäudehöhen vom Zentrum Richtung Stadtrand konzipiert (ebd.: 103).

Wie erwähnt sah Hitler in der Stadtplanung ein Instrument, um dem deutschen Volk Stolz und der Nation Selbstvertrauen zu geben. Das

Achsenkreuz steht hier für ein räumliches Mittel, um durch Sichtbarkeit eine ideologische Gleichschaltung zu erreichen. Das bedeutet nicht, mithilfe eines einheitlichen Baustils einen eindeutigen Platz im Feld der politischen Ökonomie einzunehmen (Gassner 2022), sondern mit den Mitteln „absoluter Stadtplanung“ (Petsch 1976: 103) und zum Teil unter Rückgriff auf städtebauliche Lösungen aus dem 19. Jahrhundert (z. B. Haussmann in Paris) einen räumlich ausgedehnten, engen Sinngebungsraum zu produzieren. Dabei geht es nicht bloß um die Sichtbarkeit von Gebäuden, sondern vor allem um eine eindeutige Lesbarkeit des Volkes in seiner Wahrnehmung der Stadt und um eine eindeutige Lesbarkeit gleichgeschalteter Aufmärsche in der Stadt. Es geht also um eine „Übereinstimmung“ zwischen gebautem Stadtraum und Aktionen in der Stadt – und damit um den Versuch, gegenhegemoniale und spontane Raumbildungsprozesse zu unterdrücken. Diesem Gewaltakt einer sinngebenden Raumverengung steht weder eine eindeutige Lesbarkeit mit konträrer Botschaft entgegen, noch der Versuch, Sinngebungen so gut wie möglich offenzulassen, sondern eine Raumpraxis mit einer Orientierung, die Unterschiede mit einschließt.

Wie offen kann ein kollektiver Raum sein, damit immer mehr Leute erreicht, politisiert und radikalisiert werden können? Anders gefragt: Wie breit muss eine Orientierung sein, wie viel muss sie einschließen können, damit eine Bewegung stattfinden kann?

Kollektive Räume als Gewalträume, nicht notwendigerweise militante Räume: Das sind keine Räume, die Gewalt ins System bringen, sondern Räume, die gebildet werden, wenn in ein System der Gewalt interveniert wird; Räume, deren politischer Horizont ein Ende der Gewalt ist. Hinsichtlich direkter Gewalt argumentieren Revolutionäre Antifaschist_innen, dass es sich „um ein Mittel handele und um kein Ziel“ und dass die oft zitierte Gewaltspirale – also die Behauptung, Gewalt erzeuge nur mehr Gewalt – so nicht stimme, da es sich leicht „an Erfahrung beweisen“ ließe, dass „die Nazi-Strukturen dort besonders stark sind, wo ihnen wenig Widerstand entgegengesetzt wird“ (B2: 14; vgl. B9: 91). Darüber hinaus sei „Faschismus als Ideologie und Praxis unterdrückerrischer Gewalt nicht durch Militanz fanatisierbar; meist haben Nazis ihre Anziehungskraft nicht über Argumentation, sondern über die Vermittlung von Gemeinschaftsgefühl, Stärke und Macht“ (B2: 14).

Dass Gewalt kein Erkennungszeichen radikaler Gruppen ist, sondern eines jedes existierenden Herrschaftssystems, das ja unentwegt Gewalt

anwendet „um das eigene Bestehen zu sichern und bestimmte Dinge durchzusetzen“ (ebd.: 15) – darauf wies schon Benjamin (2014d) hin, als er schrieb, dass Gewalt grundsätzlich entweder „rechtsetzend“ oder „rechtserhaltend“ sei (ebd.: 186 f.). Für einen radikalen Stadtplan müssen strukturelle und symbolische Formen von Gewalt (vgl. Galtung 1969, 1990) erkannt und bekämpft werden. Das bedeutet, dass Gewalt sich nicht auf direkte Gewalt reduzieren lässt. Das zeigt sich auch, wenn die AAB etwa 1999 behauptet, es gäbe „im gesamtgesellschaftlichen Rahmen eine relative Bedeutungslosigkeit der Neonazis“ (B10: 74). Neonazis seien nur eine „Randerscheinung einer funktionierenden Demokratie“ (ebd.). Wenn sie auf Straßen aufmarschieren, sei das ein wichtiger Ansatzpunkt für einen wirksamen Antifaschismus. Dieser wende sich jedoch ganz grundsätzlich gegen die liberale Demokratie, da Rassismus und Nationalismus „nicht von den Nazis vorgegeben“ würden (ebd.). Das liege stattdessen „ganz klar in der Hand der Demokraten mit ihrem Kapitalismus“ (ebd.). Revolutionärer Antifaschismus ist eine Intervention gegen die Unzulänglichkeiten einer repräsentativen Demokratie, gegen die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft. Denn im gewalttätigen Kapitalismus, so das Argument, sei eine Demokratie, die diesen Namen verdient, gar nicht möglich.

Dem Kapitalismus, der als „die letzte, die historische Wahrheit propagiert“ wird (ebd.: 75) muss daher eine alternative Raumpraxis gegenübergestellt werden. Dieser Raumbildungsprozess wird nicht auf eine Anti-Nazi-Politik reduziert, denn dies würde auch bedeuten, sich nicht grundsätzlich gegen die sogenannte Extremismustheorie zu stellen, der zufolge Rechtsextremismus und linksradikale Politik als gleich gefährlich einzustufen sind. Das wiederum führt zwangsläufig zu einer Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen. Folgerichtig ist das Kriterium für erfolgreichen revolutionären Antifaschismus nicht vorrangig die „Schädigung des konkreten faschistischen Interesses“, sondern „das Erreichen und Prägen von Leuten“ (ebd.).

Wenn einer räumlichen Gleichschaltung die Bildung kollektiver Räume der Gewalt entgegengesetzt wird, so stellt sich die Frage, wie heterogen ein Kollektiv sein kann oder muss, um Leute erreichen zu können. Revolutionäre 1.Mai Demonstrationen in Kreuzberg zeigen, wie komplex diese Frage ist. Der 1889 als „Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes des Proletariats“ entstandene 1. Mai ist das Symbol der internationalen Arbeiter_innenbewegung und einer der wenigen Tage im

Jahr, die laut AAB „noch links besetzt sind und mit so einer Grundaussage in die Öffentlichkeit“ dringen (ebd.). Es ist eine faschistische Strategie, linke Symbole neu zu besetzen. Schon die Nazis benannten den 1. Mai um in den „Tag der Nationalen Arbeit“. In den 1990er-Jahren gab es am 1. Mai regelmäßig große Neonazi-Aufmärsche.

Revolutionäre 1. Mai Demonstrationen nahmen ihren Ausgangspunkt in den Ereignissen des Frühjahrs 1987. Schon in den Jahren zuvor hatte sich eine Gruppe autonomer Aktivist_innen in Form eines „revolutionären Blocks“ an den vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten 1. Mai Demonstrationen beteiligt. Mit dieser Blockbildung wiesen sie auf ihre Ablehnung der offiziellen Politik der DGB-Spitze hin, zeigten aber gleichzeitig, dass es gemeinsame Orientierungswerte gibt. Die Blockbildung wurde hier als Instrument gegen Homogenisierung genutzt. Im Zuge eines Straßenfestes am 1. Mai 1987 kam es zu größeren Unruhen und die Polizei musste sich für mehrere Stunden aus SO 36 – einem Teil Kreuzbergs, benannt nach einem früheren Postzustellbezirk – zurückziehen. Dieser Kiez-Aufstand, diese „Sozialrevolte“ (Lehmann/Meyerhöfer 2003: 58; vgl. B7), dieses Erkämpfen eines (wenn auch nur für kurze Zeit) rechtsfreien Raumes wurde zum Ansatzpunkt für den Revolutionären 1. Mai in Berlin. Ab 1988 organisierte die autonome Bewegung sowohl örtlich als auch politisch eigenständige Demonstrationen durch Kreuzberg.

Aufgrund teilweise unterschiedlicher Haltungen zum Ost-West-Verhältnis im „wiedervereinigten“ Deutschland kam es Anfang der 1990er-Jahre zu Konflikten zwischen autonomen Gruppen und dem marxistischen-leninistischen Revolutionary International Movement (RIM). Daraufhin organisiert das RIM 1994 und 1995 eigene Demonstrationen, während autonome Gruppen ihre absagten. Ab 1996 war die AAB maßgeblich an der Neubelebung der Revolutionären 1. Mai Demonstration beteiligt. „Klassenkampf statt Klassenverrat“ propagierte das „Proletarische 1. Mai Komitee“ 1997 (F1). 1998 rief die „Antifaschistische Aktion“ (AA) unter den Slogans „enough is enough!“ und „noch ist nicht aller Tage Abend“ (F2) zu Demonstrationen auf.

2001 gab es ein Verbot von Demonstrationen – genau in dem Jahr, in dem sich die AA/BO auflöste. Besonders relevant ist das darauffolgende Jahr, in dem sich ein Personenbündnis von überwiegend Linksliberalen ins Feld vorwagte, das bisher der radikalen Linken vorbehalten gewesen war (Lehmann/Meyerhöfer 2003: 97). Das Bündnis argumentierte, Straßengewalt bedeute Entpolitisierung und schlug daher vor, am

1. Mai ein Areal zu definieren, in das keine Polizei gelassen werden sollte. Deren Präsenz würde nur eine Eskalation begünstigen. Auch Gewalt von Demonstrant_innen und Teilnehmer_innen der zahlreichen angebotenen Informations- und Kulturveranstaltungen würde nicht zugelassen (ebd.: 84). Während unterschiedliche linksradikale Gruppen dies als ein „Befriedungs- und Repressionsprojekt“ (ebd.: 88) ansahen, unterstützte die AAB das Vorhaben. Sie erklärte, es sei „immer Ansatz unserer Bündnispolitik, linksradikale Gesellschaftskritik in öffentliche Diskussionen hineinzutragen, linksradikale Politik wahrnehmbar zu machen und auch mal andere Bühnen zu nutzen, um eigene Inhalte zu vermitteln“ (zitiert nach ebd.: 88). Schlussendlich fanden am 1. Mai 2002 drei unterschiedliche Demonstrationen radikaler Linker statt.

Verschiedene Sinndeutungen des Revolutionären 1. Mai innerhalb der radikalen Linken führten zu einer Aufsplitterung. Unterschiedliche Gruppen mögen versucht haben, eine kollektive Identität herzustellen und diese zu stabilisieren, um sich so von anderen linksradikalen Gruppen zu unterscheiden. Doch wenn so eine kollektive Identität auf der Vorstellung von Homogenität basiert, so zeigt die Unterstützung der AAB für das Personenbündnis von überwiegend Linksliberalen, dass Revolutionärer Antifaschismus versucht, heterogene kollektive Räume zu schaffen, um Menschen zu politisieren und radikalieren.

Bezüglich der Konzeptualisierung von Revolutionärem Antifaschismus als einem radikalen Stadtplan kann man dann von einer „breiten Orientierung“ und von einer „groben Orientierung“ sprechen. „Grob“ bedeutet hier, dass die Orientierung nicht eingengt wird auf einen überspezifizierten Endpunkt, der nur auf einem linearen Weg erreicht werden kann (ein vordefinierter Masterplan). „Breit“ bezieht sich auf eine politische Praxis, in der eine heterogene Gruppe Räume bildet. Diese teilt zwar eine grobe Orientierung, ist sich aber bezüglich bestimmter Mittel (z. B. Militanz) uneinig.

Die Breite einer Orientierung kann als eine zeitlich beschränkte Raumbildung, als temporäre Allianz, als momentane Bündnisfähigkeit verstanden werden. Während eine faschistische Raumorganisation darauf abzielt, in einem System der Gewalt eine eindeutige Lesbarkeit herzustellen, geht es bei einer kollektiven Raumpraxis darum, die Ausdifferenzierung einer groben Orientierung in der Stadt aufzuzeigen. Ziel ist dabei nicht, einen Kompromiss oder einen Konsens zu erzielen,

sondern „linke Überzeugungsarbeit zu leisten“ (B10: 74). Dafür muss eine Orientierung sowohl grob als auch breit sein.

Ein Stadtplan ist eine bewusst gesteuerte Vereinfachung. Ein kollektiver, revolutionär-antifaschistischer Stadtplan fokussiert nicht auf eine „Detailklärung historischer Fragen der Linken“ (B2: 11). Vielmehr ist er ein „symbolischer Ausdruck davon, dass die systemoppositionelle Linke noch handlungsfähig ist“ (ebd.), indem sie Stadträume bildet, mit und in denen Menschen politisiert und radikalisiert werden können. Doch in welchem Ausmaß bedeutet das auch eine Raumbildung, in der sich „einzelne Gruppierungen mit eigenen Aufrufen abgrenzen können“ (ebd.)? Wann beginnt eine Ausdifferenzierung innerhalb der Linken und auch innerhalb der radikalen Linken orientierungslos zu sein?

5. Freiräume (selbstbestimmt)

Monumentale Achsenplanung ist ein Aspekt faschistischer Raumorganisation. Altstadtsanierung ist ein weiterer. Bei Letzterer ging es den Nazis darum, kleinteilige mittelalterliche Strukturen wiederherzustellen. Die Planer nutzten eine romantische Idyllisierung der mittelalterlichen Stadt, um „die Wohnviertel von Asozialen und staatsfeindlichen Elementen‘ zu befreien“ (Münk 1993: 293). In den ersten Jahren der NS-Herrschaft war noch eine relativ „behutsame“ Sanierungspraxis zu erkennen – auch in Kreuzberg, wo Ende 1933 eine Gasanstalt durch einen Park ersetzt wurde und angrenzende Wohngebäude renoviert wurden, oder in einem anderen Projekt, in dem ein Baublock entkernt wurde, mit dem Ziel, die zerstörten Wohnungen später durch Neubauten zu ersetzen (ebd.: 296).

Dieses behutsame Vorgehen wurde jedoch nach 1936 durch andere Projekte ersetzt. Der Begriff der Altstadtsanierung wurde von jenem der Altstadtgesundung abgelöst. „Zwar traf es in der Tat zu, daß die Wohnverhältnisse in diesen Vierteln im wörtlichen Sinn ‚krank‘ machten“, analysiert Münk (1993: 293). Der ideologische Begriff war jedoch „zusätzlich sozial-biologisch begründet“ (ebd.). Altstadtgesundung bedeutete „rassisch minderwertigen Teile aus der Stadt zu eliminieren“ (ebd.). Indem Stadt als Organismus konzeptualisiert wurde (vgl. Gassner i. E.), bedeutete Altstadtgesundung das Freiräumen von „Fremdkörpern“ im Interesse einer „gesunden“ Stadt. Das basierte auf einem Begriff von „Volksgemeinschaft“, der seine „sozialintegrative Wirkung vor allem aus

der Tatsache bezog, dass er die ‚Asozialen‘ aus dieser Volksgemeinschaft ausgrenzte“ (Münk 1993: 301).

Wie kann das Verhältnis zwischen „freigeräumten“ Räumen einer faschistischen Raumorganisation, „Freien Räumen“ einer autonomen Politik, und „revolutionären Freiräumen“ verstanden werden? Eine faschistische Raumorganisation räumt frei – mithilfe eines Systems der Gewalt und für dieses. Entzieht sich Revolutionärer Antifaschismus als selbstbestimmte Raumpraxis existierender Formen direkter, struktureller und symbolischer Gewalt, oder kann er ein revolutionäres Verhältnis zur Gewalt entwickeln?

Wie autonom kann eine Bewegung sein, damit sie immer mehr Leute erreichen, politisieren und radikalieren kann? Anders gefragt: Wie losgelöst muss eine Orientierung sein, wie nah darf sie an die Gewalt eines derzeit gültigen Rechts kommen, dass noch eine Bewegung stattfinden kann?

Sara M. Evans und Harry C. Boyte (1992) beschreiben „Freie Räume“ als eine Quelle demokratischen Wandels. Für die beiden sind es „Umgebungen, in denen Menschen in der Lage sind, eine neue Selbstachtung, eine tiefere und durchsetzungsfähige Gruppenidentität, öffentliche Fähigkeiten und Werte der Zusammenarbeit und bürgerlicher Tugend zu erlernen“ (Evans/Boyte 1992: 17, Übers. d. A.). Demokratisches Handeln, so Evans und Boyte, hängt von Orten ab, an „denen normale Bürger mit Würde, Unabhängigkeit visionär handeln können“ (ebd.); von Räumen, die kommunale Wurzeln, eine Autonomie und einen öffentlichen Charakter haben. Solche „Freien Räume“ stehen den „Freiräumen“ autonomer Gruppen vor allem in den 1980er-Jahren nahe, sofern es um die Integration kultureller Dimensionen in ein strukturelles Modell kollektiven Handelns geht (vgl. Poletta 1999). Wenn Freie Räume als Grundlage für präfigurative Identitätskonstruktionen angesehen werden, die auf einem homogenen und ausschließenden Gemeinschaftsbegriff fußen, so stellt sich Revolutionärer Antifaschismus dem entgegen.

Eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen selbstbestimmten, revolutionären Freiräumen und Freien Räumen im Sinne von Evans und Boyte betrifft das jeweilige Verhältnis zur Demokratie: Während Letztere demokratiefördernd sind, sind Erstere undemokratisch. Denn wenn Antifaschismus nicht undemokratisch ist, so argumentierten Antifaschist_innen bereits in den späten 1980er-Jahren, sei er zwangsläufig staatstragend und somit nicht Teil des „militanten

antiimperialistischen Widerstands“ (B3: 11). Dies ist eine klare Absage an die parlamentarische Demokratie und zeigt eine Alternative auf, wie zum Beispiel eine Rätedemokratie (B6).

So wie faschistische Raumorganisation ein Freiräumen von „Fremdkörpern“ beinhaltet, sind autonome Freiräume von einem Besetzen „freier“ Räume in der Stadt gekennzeichnet. So ist es beispielsweise der Fall bei Hausbesetzungen, also bei der Aneignung leerstehender Wohnräume. Eine solche Aneignung ist ein Protest gegen spekulativen Leerstand und hohe Mieten bei gleichzeitig akutem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Es ist daher eine Instandsetzung mit dem Ziel, verfallene Häuser vor dem Abriss zu retten und wieder bewohnbar zu machen. Schon 1970 organisierten „Aktivisten aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung erste demonstrative Hausbesetzungen u. a. in München, Köln, Frankfurt, Göttingen und Hamburg“ (Geronimo 1995: 55). Seit 1979 setzte vereinzelt auch die „Bürgerinitiative SO 36“ Häuser in Kreuzberg instand. 1980 versuchte die Polizei, eine Hausbesetzung zu verhindern, was zu heftigen Auseinandersetzungen und zu harter Repression gegen Aktivist_innen führte. Dies löste wiederum eine Welle der Solidarisierung mit den Besetzer_innen aus: „Unter der Parole ‚Legal – illegal – schießegall!‘ lebten rund 3.000 Menschen in den besetzten Häusern, die weite Teile ihres alltäglichen Lebens kollektiv und selbst organisierten.“ (ebd.: 116)

1981 wurde in Berlin-Schöneberg bei der Räumung von acht besetzten Häusern ein Aktivist tödlich verletzt: „An diesem Tag erreichte die Besetzerbewegung in West-Berlin durch die Unterstützung des gesamten Spektrums der städtischen Linken und der linksliberalen Öffentlichkeit ihre maximale Ausdehnungs- und Mobilisierungsgrenze“ (ebd.: 120). In den folgenden Jahren kam es in dem Stadtteil zu einer „gezielten Räumungs- und Umstrukturierungspolitik“ (ebd.: 121). Allerdings wurde den Aktivist_innen „faktisch ein Schlupfloch in Richtung SO 36 gelassen, wo weit zurückhaltender geräumt und intensiver legalisiert“ wurde (ebd.).

Geronimo, einem autonomen Aktivist, zufolge wurde Autonomie in den 1980er-Jahren als etwas definiert, bei dem „es darauf ankomme, hier und jetzt andere Lebensformen zu praktizieren“ (ebd.: 118 f.). Dieser Autonomiebegriff führe zu einem „individualistischen Rückzug von jeder Form der kapitalistischen Lohnarbeit“ und verliere damit auch jeglichen „Anspruch auf die Vermittlung der eigenen Vorstellungen in die

Wirklichkeit anderer gesellschaftlicher Bereiche“ (ebd.: 119). Damit besteht ein Widerspruch zu einer selbstbestimmten, revolutionären Raumpraxis. Ein autonomer Widerstand mithilfe der Bildung von Freiräumen, die angeblich „unbeteiligt am gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhang“ (Keller et al. 2018: 101) sind, ist zu unterscheiden von einer Reflexion über „die Widersprüchlichkeit und subjektive Verstrickung in die kapitalistische Gesellschaft – und gerade auch bei der Konstruktion der eigenen Identität“ (ebd.), wie sie Revolutionäre Antifaschist_innen einfordern. Es gilt also nicht, dass eine Raumbildung desto revolutionärer ist, je autonomer sie ist. Das Kriterium für einen revolutionären Raumbildungsprozess ist nicht die Autonomie von einem Herrschaftssystem, sondern seine Effektivität gegen dieses. Daher ist eine „Loslösung von autonomer Ghettopolitik durch Öffnung nach außen (Massenmedien, Bündnisse...)“ (B5: 4) notwendig.

Diese Effektivität ist für Freiräume als „Orte politischer Gegenöffentlichkeit“ nicht notwendigerweise gegeben, selbst wenn diese das Ziel haben „sich zumindest partiell der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen zu wollen“ (Blehschmidt 2009). Wenn sich ein autonomer Freiraum konsequent den Integrationsmaßnahmen der Stadt verweigert, trägt er trotzdem oder gerade deswegen „zum Reiz subkulturellen Ambientes im Viertel bei, der die langfristige Aufwertung“ erst mit ermöglicht. Der Gentrifizierungsprozess, den man politisch bekämpfen wollte, wird „so erst recht beschleunigt“ (ebd.). Gleichzeitig können autonome Räume zwar eine Systemüberwindung unterstützen, aber sie können eben auch Räume der Depolitisierung, des Rückzugs oder der Flucht ins Private (ak wantok 2010: 95) sein. Wenn ein autonomer Raum zum Selbstzweck wird, wenn er nicht mehr als Ausgangsposition für eine Systemüberwindung, sondern selbst als Ziel angesehen wird, dann sei das „klassischer Reformismus!“, so Geronimo (1995: 120): „Das bringt kein System ins Wanken – auch das kapitalistische System reagiert sehr flexibel darauf: ‚Freiräume‘ können integriert, Widerstand aktualisiert werden, Ghettos ohne Sprengkraft – Spielwiesen.“ (ebd.)

Autonome Räume ermöglichen eine Kontinuität radikaler linker Bewegung. Die Schaffung autonomer Freiräumen kann Widerstand sichtbar machen und den Aufbau langfristiger Infrastrukturen ermöglichen. Das sind keine rein negativen Räume der Abwehr, sondern Orte, die darauf ausgerichtet sind, „Affirmation, Phantasie und irgendwie auch darauf, was Eigenes zu schaffen“ (ebd.). Doch wenn sie von linker

Geschichte losgelöst sind, wenn an ihnen nur selten weitergehende politisch-inhaltliche Debatten stattfinden, oder wenn diese „Reservate einer radikalen Linken“ in der Außenwirkung „mehr oder weniger als Paralleluniversen existieren“ (Blechschmidt 2009), dann fehlt die Ausgangsposition für einen radikalen Stadtplanprozess. Anders gesagt: Autonome nehmen eine alternative Gesellschaft vorweg und ihre Räume bleiben durch die Negation der zu überwindenden bürgerlichen Gesellschaft an diese gebunden (vgl. ebd.: 98ff).

Unter dem Label „Antifaschistische Aktion“ beschrieben Aktivist_innen 1985 das Verhältnis zwischen Antifaschismus und autonomer Politik als „schlecht entwickelt“ (B12: 18). Der „Kampf gegen offen faschistische Strukturen“ müsse noch mit dem „Widerstand gegen integrierten Faschismus der Gesellschaft und des imperialistischen Herrschaftsapparates“ verbunden werden (ebd.). Selbstbestimmte Politik setze eine systematische Analyse der Klassenkräfte voraus, die ein Erkämpfen von Freiräumen informieren könne und müsse. Die erste These der autonomen Bewegung lautet: „Wir führen keine Stellvertreterkriege, es läuft über ‚eigene Teilnahme‘, Politik der 1. Person. Wir kämpfen für keine Ideologien, nicht für das Proletariat oder für das Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen“ (Autonomie-Kongreß 1994; vgl. ak wantok 2010: 95). Revolutionären Antifaschist_innen zufolge hängt die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens vor allem von der lohnabhängigen Klasse ab, da nur sie „das System aus den Angeln heben kann“ (B12: 19).

Die sogenannte Politik der ersten Person steht hier also einem Prozess gegenüber, der Räume „im Interesse der Massen“ (B12: 19) erkämpft. Das Kriterium für revolutionäre Freiräume ist nicht Authentizität, sondern Effektivität: nicht homogene Räume, losgelöst vom Herrschaftssystem, sondern diverse Räume, die Ausgangspositionen für einen radikalen Stadtplan bilden. Für Revolutionären Antifaschismus ist eine scheinbare Loslösung vom Herrschaftssystem vor allem eine Stärkung desselben. Nicht-Loslösung kann bedeuten, für das Herrschaftssystem unproduktiv zu werden. Es ist die Verweigerung von kapitalistischer Produktivität, nicht aber die Loslösung von linker Geschichte, die einen Freiraum nicht nur rückwärtsgewandt, sondern auch experimentell, kreativ und vorwärtsgewandt macht.

Eine selbstbestimmte Raumpraxis ist nicht autonom im Sinne von in sich geschlossen, sondern selbstbestimmt im Sinne von aus sich heraus,

das heißt aus ihrer linken Geschichte heraus, im Herrschaftssystem intervenierend. In einem revolutionär-antifaschistischen Stadtplan gibt es keine Räume, die ideologisch frei sind (vgl. Polletta 1999: 6). Das bedeutet nicht, dass sich Räume einer bestimmten Ideologie unterordnen, sondern dass eine grobe und breite Orientierung auf eine klare Verneinung bestimmter Ideologien (Nationalismus, Rassismus, Kapitalismus) trifft. Gerade weil Antifaschismus sich gegen die Extremismustheorie positioniert und das Illiberale gegen das Anti-liberale, das Undemokratische gegen das Antidemokratische stellt, um keine Relativierung rechtsextremer Verbrechen zu erlauben, versteht er Revolution nicht als *Freiheit von*, sondern als *Freiheit durch* Vergangenheit und Gegenwart. Bestünde ansonsten nicht die Gefahr, dass sich ein autonomer Freiraum strukturell nicht vom Konzept „national befreiten Zonen“ (B2: 50), also von der Besetzung sozialer Räumen als Strategie von Rechtsextremen unterscheidet?

6. Traumräume (systemüberwindend)

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts träumten Antisemiten von einer Stadt, in der die sogenannte Judenfrage gelöst ist. Den Traum einer neuen reinrassigen Stadt schrieb Theodor Fritsch 1896 auf. Er skizziert eine völkisch-organische Stadt, die im Gegensatz zu modernen Industriestädten eine „innere Ordnung“ hat, in der „einzelnen Teile nach ihren inneren Beziehungen“ harmonisch gruppiert sind und so ein „organisches Wesen bilden“ (Fritsch 1896: 4, 5). Dazu gehörte für ihn, dass „Gleiches an Gleiches sich anschließt, Verwandtes mit Verwandtem sich paart“ (ebd.: 8). Fritschs deutsche Stadt der Zukunft ist demnach ein konzentrischer Raumorganismus; eine „Anordnung von Ringzonen, die sich um einen Mittelpunkt gruppieren (ebd.: 10). Den Mittelpunkt bilden monumentale öffentliche Gebäude, gefolgt von Zonen mit Villen ebenso monumentalen Charakters, besseren Wohnhäusern, Wohn- und Geschäftshäusern, Arbeiterwohnungen und kleinen Werkstätten, Fabriken, Bauhöfen und Lagerplätzen, bis zum äußersten Ring mit Gärtnereien und Mietgärten – wobei in allen Zonen öffentliche Infrastrukturen wie Verkaufsstellen, Schulen, Postanstalten oder Volkstheatern vorhanden sind (ebd.: 10 f.). Der daraus resultierende Stadtplan folgt einer Gliederung, die soziale Differenzierungen zwischen den Bewohner_innen unter Betonung ihrer sozialen Ungleichheit hervorhebt und die Macht eines autoritären Systems zelebriert.

Der Traum von einer reinrassigen Stadt ist ein weiterer Aspekt faschistischer Raumorganisation. Angelehnt an Fritsches grundsätzlichem Zugang zur Stadt als Organismus erträumte die von den Nazis 1935 neu gegründete Disziplin der „systematischen Raumplanung“ (Münk 1993: 265) eine neue reinrassige Stadt. Wie verhält sich dieser Aspekt nun zu Antifaschismus als Raumpraxis? Kann ein Raumbildungsprozess Menschen aus kapitalistischen und faschistischen Alpträumen erwecken, ohne gleichzeitig in einen teleologischen Prozess mit einem vor- und überdefinierten Endpunkt zu münden?

Was kann das Ende eines solchen Alptrausms sein, damit immer mehr Leute erreicht, politisiert und radikalisiert werden können? Anders gefragt: Wie träumerisch muss eine Orientierung sein, wie sehr darf sie sich auf die Träume der Faschist_innen beziehen, damit eine befreiende Bewegung stattfinden kann?

Im Gegensatz zu Freiräumen sind Traumräume keine physisch vertorbaren Räume in der Stadt, sondern virtuelle Räume einer alternativen Stadt. Laut Lauren Balhorn ist eine linke Subkultur mit ihren eigenen Sozialräumen und ihrem spezifischen Kulturleben von einer sozialen Massenbewegung zu unterscheiden. Um Letztere zu ermöglichen, ruft sie Antifaschist_innen auf: „Wagt es zu träumen“ (Balhorn 2019: 29). Doch ist der Traum von einer alternativen Stadt ein revolutionärer Akt? Im Februar 1990 riefen autonome Antifa-Gruppen zur „Demonstration gegen Großdeutsche Träume“ auf (F3). Eine noch stärker unterstützte Demonstration fand dann im März 1990 unter dem Titel: „Trotz Alledem! GEGEN Großdeutsche Träume! FÜR Selbstbestimmung und AUTONOMIE!“ (F4) statt. Im Juni 1990 fand schließlich eine Aktion „gegen Ausländerdiskriminierung in Berliner Diskotheken“ statt, von denen sich einige auch in Kreuzberg befanden sowie einen Aufruf für eine „Wunschtraum-Disco“ (F5).

Bei Revolutionären Antifaschismus als Raumbildungsprozess geht es nicht bloß oder zumindest nicht vorrangig um das Erträumen eines alternativen Systems, sondern auch um das Erwachen aus einem Alptraum. Dieses Verhältnis zwischen Antifaschismus und Traum oder Traumverweigerung ist für eine systemüberwindende Raumpraxis von großer Bedeutung. Träumen ist eben nicht nur das Erträumen einer anderen Gesellschaft, sondern auch geprägt von gegenwärtigen Zuständen und Missständen. Laut Benjamin (2014e) hängen Traumarbeit und Revolution zusammen. Wird Träumen „radikal historisch“ (Maeding

2012: 14) gedacht, so kann das „Erwachen als kollektives Moment“ verstanden werden, „in dem sich die [...] ersten Knospen der Revolution ankündigen“ (ebd.).

Auch Gottfried Feder schrieb 1939 seinen Traum von einer reinrassigen Stadt auf. Er skizzierte eine technokratische Stadt, die „organische Zusammenhänge“ erkennt und von einem „Bild von der Harmonie und inneren Ordnung eines gut gewachsenen Menschen“ (Feder 1939: 2) inspiriert ist. Mit einer idealen Stadtgröße von 20.000 deutschen Einwohner_innen ist sie das Gegenmodell zu einem vermeintlich entarteten „Bauliberalismus“, der ein „Kind der Französischen Revolution“ sei (ebd.: 10, Hervorhebung im Original). Feders Traumstadt ist ein Organismus, in dem sich die „geistig-seelische Umstellung der Nation aus dem Chaos liberalistischen Denkens heraus auf eine neue Gemeinschaftsidee“ (ebd.: 18) vollzieht: eine Gemeinschaftsidee, in der die „Bevölkerung nicht ‚Untertanen‘ oder Wählermasse“ (ebd.) sind, sondern einen „geschlossenen Organismus“ (ebd.) bilden, und mit einer „Gemeinschaftsform, in der sozusagen jeder durch und für den anderen lebt“ (ebd.: 19).

Feder träumt von einem „Stadtorganismus [...] aus einer ganzen Reihe von Zellen, die sich dann zu Zellverbänden innerhalb verschiedener Unterkern um den Stadtmittelpunkt herum gruppieren“ (ebd.). Eine „Reihe kleinster Gemeinschaften“ wird darin zu einer „Gruppe zusammengefaßt und diese Gruppe wieder zu Gruppen höherer Ordnung usw. vereinigt“ (ebd.: 467), also eine „Zusammenfassung von Straßengemeinschaften zu einem Unterkern, von Unterkernen zu einem Kern und von einer Anzahl von Kernen zur Stadt“ (ebd.). Laut Feder zeigt dieser organische Aufbau eine „auffallende Ähnlichkeit mit dem Aufbau der Partei“ (ebd.: 468) – der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP).

Feder erträumt eine Stadt nach dem Vorbild der Partei, einem Geist folgend, der mit der „nationalsozialistischen Revolution in die Verwaltung“ (ebd.: 39) einzieht – und das zur rechten Zeit. Denn welche Zeit, so Feder, „sollte günstiger sein, als die Zeitenwende, die der Nationalsozialismus heraufgeführt hat, und welcher Acker könnte wohl fruchtbarer und zukunftsträchtiger sein als der heilige Boden des Dritten Reiches aller Deutschen – *Großdeutschlands* –, das unser Führer Adolf Hitler aus jahrtausendaltem Traume zur kraftbewußten stolzen Wirklichkeit erweckt hat?“ (ebd.: 479, Hervorhebung im Original).

Nazis wie Feder ging es also auch um das Ende eines Traumes, jedoch durch das Erträumen einer neuen Idealstadt. Diesem Traum vom Ende eines jahrtausendealten Traums steht der „Traum von einer Sache“ (B2: 24) eines Revolutionären Antifaschismus gegenüber. Letzterer beinhaltet keine Traumskizze einer neuen Stadt, sondern wird als theoretische Schulung angesehen, der die räumlichen Elemente eines linksradikalen Stadtplans (Ansatzpunkt, Ausgangsposition und Orientierung) beinhaltet: Meinungen sind keine Orientierungen; Komplexität muss reduziert werden; ohne Konstruktion linker Geschichte keine gewaltfreie Zukunft; Revolution als kontinuierlicher und pragmatischer Prozess, der nicht auf Maximalforderungen verzichtet und so weiter (ebd.: 25 ff.). Revolutionären Antifaschist_innen geht es eben nicht darum, einfach nur ein Ideal zu erträumen. In der Tat, es „geht nicht um das Neue“, argumentiert die AAB, „sondern um die Gewichtung des Bekannten und die Bewährung in der Praxis. Es ist völlig perspektivlos, zu verneinen – es geht darum, die richtigen Ergänzungen einzufügen“ (ebd.: 25). Mittels Ergänzungen können neue Perspektiven gebildet werden, die nicht zielgerichtet, sondern orientierend sind; die nicht nur von anarchistischer Freude, sondern auch von revolutionärer Disziplin (Maeding 2012) geprägt sind.

Revolutionären Antifaschist_innen zufolge müssen Machtverhältnisse benannt und „mögliche Eingriffspunkte für die Linke“ (B2: 24) erkannt werden. Da die Linke keine Macht besitze, sei man auf „Ideen und damit auf grundsätzliche Orientierungen angewiesen“ (ebd.). Veränderung brauche „einen Plan“ (ebd.). Dabei müsse von einer „ironische[n] Distanz“ abgesehen werden: Entscheidungen müssten getroffen werden und bräuchten „einen Maßstab“ (ebd.). Doch was ist der Maßstab eines radikalen Stadtplans? Um die bestehende Gesellschaft immer wieder anzugreifen, kann er nicht klein genug sein. Um die bestehende Gesellschaft zu überwinden, kann er nicht groß genug sein. Bei einem revolutionär-antifaschistischen Stadtplan geht es darum, unterschiedliche Maßstäbe zueinander in Beziehung zu setzen. Anders gesagt geht es darum, sich in unterschiedlichen Situationen unterschiedlichen Objekten zuzuwenden oder unterschiedliche Objekte erreichbar zu machen: Es geht also um einen kontinuierlichen Prozess von Horizontverschiebungen, um so eine „Horizontenerweiterung“ (ebd.: 5) zu erreichen.

Für eine Revolution die nicht auf einen bestimmten Endpunkt zu-steuert, kann es keinen Traum von einer antifaschistischen Idealstadt

geben. Aber kann die Kommunikation alternativer Stadtraumideen (nicht im Sinne eines festgeschriebenen Plans, sondern als räumliche Szenarien eines antiautoritären Urbanismus) revolutionswirksam sein? Um faschistischer Vernichtung entgegenzuwirken, müssen nach Hannah Arendt (2006b) Vorstellungen an die Realität vergangener und gegenwärtiger Gewalt angebunden sein (vgl. Tyner 2017). Kann die Vorstellungskraft nach Auschwitz, wo das Unvorstellbare möglich wurde, wo das Unvorstellbare nicht vorstellbar war, aber dennoch realisiert wurde, nur radikal historisch sein?

7. Befreiende Raumpraxis

Wie kann sich Antifaschismus als Raumpraxis einer faschistischen Raumorganisation entgegenstellen, ohne von dieser durch bloße Negation abhängig zu sein? Dabei stellt sich die Frage, inwieweit er einem *autoritären Instrument* entgegen kann – selbst wenn dieses für eine *antiautoritäre Stadt* zu arbeiten scheint. Ich stelle daher dem modernen Stadtplan einen radikalen gegenüber. Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan ist ein Prozess, der gegen eine machterhaltende Orientierung gerichtet ist, nicht aufgrund einer alleinigen Desorientierung, sondern auch einer Umorientierung auf gesellschaftliche Veränderung. In diesem Prozess positionieren sich Antifaschist_innen aufgrund einer Konstruktion linker Geschichte in der Stadt und in Richtung einer alternativen Stadt.

Faschistische Raumorganisation versucht Sinngebungen zu verengen. Sie vertreibt oder vernichtet ausgewählte Gruppen oder erträumt eine Idealstadt. Ihr Ziel ist eine ideologische Gleichschaltung. Im Gegensatz dazu kann Antifaschismus als eine Raumpraxis verstanden werden, in der Theorie und Aktion zusammenlaufen: keine Ideologie, keine Gegenideologie, auch keine Gleichschaltung, sondern eine raumbildende Theorie-Praxis. Als solche kann sie von linksliberalen, aber auch von anderen linksradikalen Bewegungen unterschieden werden. Revolutionärer Antifaschismus ist keine autonome Politik der ersten Person, keine dogmatische oder orthodoxe kommunistische Arbeiter_innenbewegung, und sicherlich keine letztendlich systemerhaltende Gewerkschaft. Aufgrund dieser Unterscheidungen hinterfrage ich, inwiefern kollektive Raumbildung nicht homogen sein kann, inwiefern selbstbestimmte Raumbildung nicht strikt autonom sein kann und inwiefern systemüberwindende Raumbildung eine neue Stadt nicht vorwegnehmen kann.

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan

Jedes Konzept läuft Gefahr, eigentümliche heterogene und potenzielle Mehrdeutigkeiten zu verlieren, die am Objekt haften. Das gilt auch für das Konzept Antifa, wie es als Revolutionärer Antifaschismus entwickelt wurde. Nach der Auflösung der AA/BO 2001 argumentierten einige Antifaschist_innen, eine revolutionäre Situation sei in weiter Ferne (B4: 10). 2003 löste sich auch die AAB auf. „Kritik & Praxis Berlin“ – eine ihrer Nachfolgruppierungen –, meinte, der Revolutionäre Antifaschismus sei für Systemkritik „im bürgerlichen Staat nicht geeignet [...], da dieser zum guten Ton des Demokraten gehört“ (B13). Weitere kritische Positionen wiesen darauf hin, dass manche Aktivist_innen der AA/BO in die bürgerliche Mitte oder gleich nach ganz rechts übergetreten waren; dass die Aktionen der AA/BO keine Nachhaltigkeit gehabt hatten; dass die Organisation immer mehr zu einem Lifestyle geworden war; und eben auch, dass sich bei der Entwicklung eines einheitlichen Antifa-Konzepts autoritäre Tendenzen bemerkbar gemacht hatten.

Jedes Konzept läuft Gefahr, eigentümliche heterogene und potenzielle Mehrdeutigkeiten zu verlieren, die am Objekt haften. Das gilt auch für das Konzept Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan. Aber ist es nicht notwendig, konzeptuelle Räume für eine antiautoritäre Stadt zu eröffnen? Dabei geht es nicht darum, eine Idealstadt zu entwerfen, sondern darum, politische Horizonte einer alternativen Stadt sichtbar und kommunizierbar zu machen. Eine illiberale Raumpraxis wendet sich sowohl gegen liberale als auch anti-liberale Raumorganisationen. Doch ist sie nur dann befreiend, wenn sie eine Horizonterweiterung aufgrund von Horizontverschiebungen erzeugt? Der Absage an jegliche konzeptionelle Arbeit an Orientierungsfragen stelle ich ein umorientierendes Konzeptualisieren entgegen, das nicht radikal offen ist, sondern aufgrund seiner Geschichtlichkeit radikale Perspektiven ermöglicht. Es ist ein antifaschistisches Konzeptualisieren, das sich abgrenzt vom Antifaschistischen Stadtplan Kreuzberg – den ich in einer Bibliothek in Berlin eingesehen habe und der Antifaschismus auf bestimmte Standorte fixiert –, sodass Räume und Raumbilder gebildet werden können.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Günter Gassner ist ein interdisziplinärer Stadtforscher an der Schnittstelle von Kritischer Theorie, Politischer Philosophie und Urban Design. Er untersucht Beziehungen zwischen Politik und Ästhetik, Urbaner Gewalt und Antifaschismus, Visueller Methodologien und Historiographien.
GassnerG@cardiff.ac.uk

Literatur

- Adorno, Theodor (1963): *Prismen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Ahmed, Sara (2006): *Queer phenomenology: Orientations, objects, others*. Durham: Duke University Press.
- ak wantok (Hg.) (2010): *Perspektiven autonomer Politik*. Münster: Unrast.
- Arendt, Hannah (2006a): *On revolution*. New York: Penguin Books.
- Arendt, Hannah (2006b): *Eichmann in Jerusalem: A report on the banality of evil*. New York: Penguin Books.
- Autonomie-Kongreß (1994): *Thesen zur Autonomen Bewegung... 1981*. https://autox.nadir.org/archiv/auto/81_1.html (letzter Zugriff am 12.9.2023).
- Balhorn, Loren (2019): *The complicated history of Antifa groups*. In Eamon Doyle (Hg.), *Antifa and the radical left*. New York: Greenhaven Publishing, 19-31.
- Benjamin, Walter (2014a): *Der Autor als Produzent*. In: Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser (Hg.), *Gesammelte Schriften II.2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 683-701.
- Benjamin, Walter (2014b): *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit (Dritte Fassung)*. In Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser (Hg.), *Gesammelte Schriften I.2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 471-508.
- Benjamin, Walter (2014c): *Über den Begriff der Geschichte*. In Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser (Hg.), *Gesammelte Schriften I.2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 691-704.
- Benjamin, Walter (2014d): *Zur Kritik der Gewalt*. In Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser (Hg.), *Gesammelte Schriften II.1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 179-203.
- Benjamin, Walter (2014e): *Der Surrealismus: Die letzte Momentaufnahme der europäischen Intelligenz*. In Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser (Hg.), *Gesammelte Schriften II.1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 295-310.
- Blechschmidt, Andreas (2009) *Linke Paralleluniversen*. In: *Jungle World*, 23.04.2009. <https://jungle.world/artikel/2009/17/linke-paralleluniversen> (letzter Zugriff am 14.08.2023).
- Deleuze, Gilles / Guattari, Félix (1992): *Tausend Plateaus*. Berlin: Merve.
- Eatwell, Roger (1996): *On defining the „fascist minimum“: The centrality of ideology*. In: *Journal of Political Ideologies* 1/3, 303-319.
- Evans, Sara M. / Boyte, Harry C. (1992): *Free spaces: The sources of democratic change in America*. Chicago: University of Chicago Press.
- Feder, Gottfried (1939): *Die neue Stadt: Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung*. Berlin: Springer.
- Fritsch, Theodor (1896): *Die Stadt der Zukunft*. Leipzig: Theodor Fritsch.
- Galtung, Johan (1969): *Violence, peace, and peace research*. In: *Journal of Peace Research* 6/3, 167-191.
- Galtung, Johan (1990): *Cultural violence*. In: *Journal of Peace Research* 27/3, 291-305.
- Gassner, Günter (2020): *Ruined skylines: Aesthetics, politics and London's towering cityscape*. London: Routledge.
- Gassner, Günter (2021): *Drawing as an ethico-political practice*. In: *GeoHumanities* 7/2, 441-454.
- Gassner, Günter (2022): *Spiral movement: Writing with fascism and urban violence*. In: *The Sociological Review Monographs* 70/4, 786-809.

Revolutionärer Antifaschismus als Stadtplan

- Gassner, Günter (i. E.): The post-race city: Borders, freedom and imagination. In: Joe Blakey / Amy Barron (Hg.), *Aesthetics and the city*. London: Routledge.
- Geronimo (1995): *Feuer und Flamme: Zur Geschichte der Autonomen*. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Gilloch, Graeme (2002): *Walter Benjamin: Critical constellations*. Cambridge: Polity Press.
- Gilroy, Paul (2000): *Against race: Imagining political culture beyond the color line*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Goldschläger, Alain (1982): Towards a semiotics of authoritarian discourse. In: *Poetics Today* 3/1, 11-20.
- Griffin, Roger (Hg.) (1998): *International fascism: Theories, causes and the new consensus*. London: Arnold.
- Griffin, Roger (2003): Fascism: „Rebirth“ and „ultra-nationalism“. In: Aristotle A. Kallis (Hg.), *The fascism reader*. London: Routledge, 174-181.
- Horkheimer, Max (1992): *Traditionelle und Kritische Theorie*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Kallis, Aristotle A. (2003): Introduction: Fascism in historiography. In: Aristotle A. Kallis (Hg.), *The fascism reader*. London: Routledge, 1-41.
- Keller, Mirja / Kögler, Lena / Krawinkel, Moritz / Schlemmermeyer, Jan (2018): *Antifa: Geschichte und Organisation*. Stuttgart: Schmetterling.
- Landa, Ishay (2012): *The apprentice's sorcerer: Liberal tradition and fascism*. Chicago: Haymarket Books.
- Lehmann, Frauke / Meyerhöfer, Norbert (2003): „Wünsch mir, dass es irgendwo so kracht wie früher“ – Revolutionärer 1. Mai als linksradikales Ritual. In: Dieter Rucht (Hg.), *1. Mai 2002: Politische Demonstrationsrituale*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 55-99.
- Lennard, Natasha (2019): *Being numerous: Essays on non-fascist life*. London: Verso.
- Maeding, Linda (2012): Zwischen Traum und Erwachen: Walter Benjamins Surrealismus-Rezeption. In: *Revista de Filologia Alemana* 20, 11-28.
- Marcuse, Herbert (1974): Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: Wolfgang Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus: Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 39-74.
- Mondon, Aurelien / Winter, Aaron (2020): *Reactionary democracy: How racism and the populist far right became mainstream*. London: Verso.
- Münk, Dieter (1993): *Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus: Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches*. Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Passmore, Kevin (2002): *Fascism: A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Payne, Stanley G. (2003): Fascism as a „generic“ concept. In: Aristotle A. Kallis (Hg.), *The fascism reader*. London: Routledge, 82-100.
- Petsch, Joachim (1976): *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich: Herleitung/Bestandsaufnahme/Entwicklung/Nachfolge*. München: Carl Hanser.
- Polletta, Francesca (1999): „Free spaces“ in collective action. In: *Theory and Society* 28/1, 1-38.
- Renton, David (1999): *Fascism: Theory and practice*. Chaddlington: Pluto Press.
- Rohrmoser, Richard (2022): *Antifa: Porträt einer linksradikalen Bewegung, Von den 1920er Jahren bis heute*. München: C. H. Beck.
- Schöppner, Horst (2016): *Antifa heißt Angriff! Militanter Antifaschismus in den 1980er-Jahren*. Münster: Unrast.
- Simmel, Georg (1950): The stranger. In: Kurt H. Wolff (Hg.), *The sociology of Georg Simmel*. New York: Free Press, 402-408.
- Stanley, Jason F. (2020): *How fascism works: The politics of us and them*. Oxford: Random House.

- Sudjic, Deyan (2006): The edifice complex: How the rich and powerful shape the world. London: Penguin Books.
- Trüby, Stephan (2019): Rechte Räume. In: Markus Miessen / Zoë Ritts (Hg.), Para-platforms: On the spatial politics of right-wing populism. London: Sternberg Press, 83-106.
- Tyner, Andrew H. (2017): Action, judgment and imagination in Hannah Arendt's thought. In: Political Research Quarterly 70/3, 523-534.

Quellenverzeichnis

- B1 – Broschüre 1: VVN Westberlin – Verband der Antifaschisten (Hg.) (1984) Antifaschistischer Stadtplan Kreuzberg.
- B2 – Broschüre 2: Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) (1998): Das Konzept Antifa: Grundsatztexte und Konkretes.
- B3 – Broschüre 3: Anonym (o. D.): Was ist Revolutionärer Antifaschismus?
- B4 – Broschüre 4: Autonome Antifa [m] Göttingen / Antifaschistische Aktion Berlin (2001): Antifa Kongress 2001: 2011 das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen / Bündnis gegen Rechts Leipzig.
- B5 – Broschüre 5: Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (1993): Einsatz!
- B6 – Broschüre 6: Antifaschistische Jugend / BZ (1994): Wählt den Antifaschistischen Kampf! Zum Superwahljahr '94: Systemanalyse, Parlamentarismuskritik und Rätedemokratie.
- B7 – Broschüre 7: Unabhängiger Jugend-Antifa-Koordination (1988): Protokoll des Antifa-Jugend-Kongress am 7./8. Mai 1988 in Neukölln.
- B8 – Broschüre 8: Landesjugendring Berlin (1981): Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen, Begleittext zur Stadtrundfahrt des Landesjugendringes Berlin zu Stätten der Arbeiterbewegung des Faschismus und des Widerstands.
- B9 – Broschüre 9: Antifaschistische Linke Berlin (ALB) (2010): Antifa... ..aber wie!? Tips und Trix zur politischen Praxis.
- B10 – Broschüre 10: Bündnis gegen Rechts (2000): Verstärkerkongreß Reader: Referate und Diskussionen zur Nachbereitung.
- B11 – Broschüre 11: Wiedmaier, Maria (2010): 1. Mai Jugendinfo: Euer Frieden kotzt uns an.
- B12 – Broschüre 12: Antifaschistische Aktion (1985): Texte aus dem Antifaschistischen Widerstand.
- B13 – Broschüre 13: Kritik & Praxis Berlin (2003): Interview im Antifaschistischen Infoblatt, AIB 59.1.
- F1 – Flugblatt 1: Proletarisches 1.-Mai-Komitee (Mai 1997): Klassenkampf statt Klassenverrat! 10 Jahre revolutionärer 1. Mai in Berlin Kreuzberg.
- F2 – Flugblatt 2: Antifaschistische Aktion: Heraus zum revolutionären 1. Mai (Mai 1998): Enough is enough!.
- F3 – Flugblatt 3: Autonome Antifa Berlin, Ring Berlin, Revolutionärer Autonomer Jugendverband, Antifa Marzahn (Februar 1990): Demonstration gegen Grossdeutsche Träume.
- F4 – Flugblatt 4: Autonome Antifa et al. (März 1990): Trotz Alledem! Demo – 19. 3. GEGEN Großdeutsche Träume! Für Selbstbestimmung und AUTONOMIE!
- F5 – Flugblatt 5: Anonym (Juni 1990): Berliner Discos – wer kommt 'rein???

Revolutionary antifascism as a city map. Violent spaces, free spaces, and dream spaces

In this essay I engage with the concept of “Revolutionary Antifascism” in order to examine spatial processes which refuse an authoritarian city. In brochures and leaflets from the 1990s, I encounter an antifascism that cannot be reduced to the fight against Nazis, but develops an understanding of revolution according to which the overcoming of the system requires a continuous and pragmatic process that nevertheless does not renounce maximum demands. I conceptualize this as a process of creating spaces that is fundamentally different from a fascist spatial organization and contrast a modern city map with a radical one. Revolutionary Antifascism as a city map is a construction of a left history initiated by a concrete situation, from which a position in the city and an alternative city can be built. Describing this liberatory spatial practice, I discuss three of its characteristics – collectivity, self-determination, and overcoming the system – in the context of three different spaces: violent spaces, free spaces, and dream spaces.

Was heißt hier Widerstand?

Widerständige Praktiken im Kontext von
 autoritärem Urbanismus

Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 İnal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

Widerstand gegen autoritäre Verhältnisse, das zeigt nicht zuletzt der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, wird aktuell wieder wichtiger. Dabei ist das Phänomen *Widerstand* alles andere als eindeutig fass- und beschreibbar. Ein die Machthabenden karikierendes Graffiti auf der Hausmauer eines von Abriss und Zwangsumsiedlung bedrohten Wohnareals in Bangkok, eine politisch inspirierte, marginalisierten und diskriminierten Gruppen eine Stimme und Anerkennung gebende Straßenumbenennung in einem neuen Stadtentwicklungsvorhaben in Budapest, Demonstrationen gegen den geplanten Stadtumbau auf dem Gezi-Park-Gelände in Istanbul oder eine ironische Auseinandersetzung mit industrieller Wohnungsproduktion in Form eines sowjetischen Films – dies sind nur einige Beispiele für die vielfältigen Formen von Kritik an gegenwärtigen und vergangenen Formen autoritären Urbanismus. Doch wann und wodurch wird etwas zum *Widerstand* und welche verschiedenen Formen kann das im Kontext von autoritärem Urbanismus annehmen?

Indem wir die Formen und das Potenzial von Widerstand in autoritär geprägten, urbanen Kontexten in den Vordergrund rücken, ergänzt diese Debatte das Themenheft zu autoritärem Urbanismus um eine wichtige Facette. Dieses Heft beschäftigt sich vorwiegend mit dem Wechselverhältnis von Stadt und Autoritarismus, indem es Städte als entscheidende Orte für autoritäre Interventionen sichtbar macht, den gezielten Einsatz von Stadtentwicklung für den Erhalt und die Stabilisierung autoritärer Praktiken und autoritär geprägter Formen des Regierens

diskutiert sowie die Rolle von Urbanismus für aktuell vielerorts zunehmende Prozesse der Autokratisierung in den Vordergrund rückt. Städte sind aber auch zentrale Orte für prodemokratische Bewegungen und gelten gemeinhin als Bastionen des Widerstands gegen Illiberalismus und Autoritarismus. Mit dieser Debatte möchten wir Raum bieten, um die vielseitigen und komplexen Formen des Widerstands gegen autoritären Urbanismus zu thematisieren, und zu weitergehenden Auseinandersetzungen einladen. Uns interessiert, welche Ansätze von Widerstand die Stadtforschung bereithält, ob sich diese kontextübergreifend anwenden lassen oder ob Widerstand – je nach Kontext – immer etwas anderes bedeuten kann.

Ganz im Sinne der Konzeption dieses Heftes beschränkt sich diese Debatte nicht auf Widerstand in autoritären Staaten. Praxistheoretische Ansätze von Autoritarismus heben die Koexistenz liberaler und illiberaler beziehungsweise demokratischer und autoritärer Praktiken in allen, demokratischen wie autoritären, Regierungsformen hervor (z. B. Jenss/Schuetze 2021; Koch 2022). Dadurch wird Widerstand gegen autoritären Urbanismus zu einem potenziell global zu beobachtenden und analysierenden Phänomen. Wir nehmen also nicht von vornherein eine Trennung zwischen Widerstand in autoritären und demokratischen Staaten vor, sondern folgen Christian Krohn-Hansen (2005: 117), wenn dieser fordert, dass „[w]e must examine authoritarian histories – like other histories – on the basis of detailed explorations of power relationships, forms of agency and meanings“. Aus einer solchen Perspektive zeigt sich, dass auch in stark autoritär geprägten Kontexten verschiedene Formen von Widerstand vorhanden sind (Kotkin 1995; Scott 2000; Yurchak 2006). Ein solches Vorgehen darf selbstverständlich nicht dazu führen, dass wir profunde Unterschiede zwischen autoritären und demokratischen Staaten ignorieren, übersehen oder vernachlässigen, aber es bedeutet, den ebenso verschiedenen wie vielseitigen Kontexten zunächst mit Offenheit und Unvoreingenommenheit zu begegnen.

Bevor wir konkrete Fragen zu Widerstand gegen autoritäre Praktiken und Politik in urbanen Kontexten für die Diskussion formulieren (vgl. Abschnitt 3), wollen wir uns dem Phänomen Widerstand zunächst aus unterschiedlichen Perspektiven nähern, diese anhand einflussreicher Ansätze und Beispiele der Stadtforschung veranschaulichen (vgl. Abschnitt 1) sowie einige Aspekte hinsichtlich deren Übertragbarkeit auf autoritäre Kontexte diskutieren (vgl. Abschnitt 2).

1. Was heißt Widerstand? Ein Blick in die Stadtforschung

Widerstand fand im Zuge des „Foucauldian Turn“ und seiner berühmten Aussage „where there is power there is resistance“ ab den 1970er-Jahren schrittweise als analytisches Konzept Eingang in die sozialwissenschaftliche Forschung (Rabinowitz 2014: 475). Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass „[a]t its core, resistance involves opposition – active, passive, artfully disguised, attributed, or even inferred“ (Viola 2000: 46).

Was aber konkret als Widerstand verstanden wird, wo dieser beginnt und aufhört und in welchem Bezug er zu anderen Phänomenen, wie etwa Protest oder sozialen Bewegungen, steht, wird in der Forschung unterschiedlich und immer wieder neu diskutiert. In der Stadtforschung ist es vor allem die Forschung zu städtischen sozialen Bewegungen und urbanem Aktivismus, die häufig auf den Begriff des Widerstands rekurriert und dessen Verständnis stark geprägt hat. Unter Widerstand werden hier vor allem kollektive und zielgerichtete Handlungen meist in irgendeiner Weise marginalisierter, unterdrückter Gruppierungen verstanden, die sich gegen dominante gesellschaftliche Verhältnisse richten (z. B. Leitner/Sheppard/Sziarto 2008). Vielfach findet eine Bezugnahme auf Lefebvres „Recht auf Stadt“ und auf die Möglichkeiten des Widerstands gegen aktuelle Formen des Neoliberalismus statt (z. B. Novy/Colomb 2016; Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014; Mayer 2013; Purcell 2002, 2009). Gleichwohl fällt auf, dass der Begriff Widerstand nicht immer klar definiert oder von anderen Begriffen abgegrenzt wird. Beispielsweise umgehen Claire Colomb und Johannes Novy in ihrem 2016 erschienenen Sammelband *Protest and resistance in the tourist city* eine klare Definition und Abgrenzung ihrer Kernbegriffe Protest und Widerstand, indem sie beide gleichermaßen als Kämpfe rund um gegenwärtige Prozesse von Stadtentwicklung, Urban Governance und dem „Recht auf Stadt“ deuten (Novy/Colomb 2016: 6). Protest und Widerstand werden hier primär als sichtbare Formen kollektiver Mobilisierung verstanden, das heißt als „fully-fledged social mobilizations“, wobei die Autor_innen darauf hinweisen, dass sich die Formen unterscheiden und mancherorts auch in „micro-practices of resistance“ äußern könnten (ebd.: 13). Es ist aber sicherlich kein Zufall, dass solche *micro-practices* eine eher marginale Rolle in diesem Forschungsfeld einnehmen, das viele seiner Konzepte aus der Beobachtung von Prozessen in Großstädten westlich-liberaler Demokratien generiert hat.

Im Gegensatz dazu stehen solche *micro-practices* im Zentrum jener Arbeiten, die sich mit widerständigen urbanen Praktiken in stark

autoritären Kontexten befassen. Diese werden in der Literatur durch unterschiedliche Begrifflichkeiten wie „everyday resistance“ (Kozlov 2011; Scott 2000), „slow resistance“ (Fung/Lamb 2023), „quiet resistance“ (Clément/Zhelnina 2020), „liminal resistance“ (Fröhlich/Jacobsson 2019) oder „the little tactics of the habitat“ (Kotkin 1995) zu fassen gesucht. Was diese Arbeiten von den zuvor genannten unterscheidet, ist, dass sie Widerstand nicht primär auf kollektive, organisierte und offen artikuliert Formen, wie wir sie vor allem aus demokratischen Kontexten kennen (z. B. Demonstrationen), beschränken, sondern stattdessen stärker auf die individuelle Ebene und auf alltägliche und oft auch „leisere“ Praktiken fokussieren.

In den folgenden Abschnitten diskutieren wir anhand von Erkenntnissen aus diesen beiden exemplarisch genannten Feldern, was als Widerstand definiert wird, wer das definiert, und welche Formen dieser annehmen kann. Wir tasten uns damit an das komplexe Phänomen des Widerstands heran, indem wir es aus verschiedenen Blickwinkeln diskutieren, nämlich hinsichtlich seiner Formen, Intentionen und Wirkungen.

Als *erste* Facette findet sich in der Literatur häufig die Unterscheidung zwischen offen als Widerstand deklarierten Formen und nicht offen deklarierten. Zu den typischen Formen des offenen Widerstands zählen etwa Demonstrationen und Protestmärsche, Petitionen, Streiks und Arbeitsniederlegungen, Flugblätter, Aufstände, aber auch Brandstiftung, Anschläge und vieles andere mehr (Kotkin 1995: 46). Daneben existieren allerdings viele weitere Formen des Widerstands, die jedoch von den Widerständigen nicht offen als solche kenntlich gemacht werden. Dazu können beispielsweise Sabotage und Diebstahl ebenso zählen wie jene „everyday forms of resistance“, wie sie etwa James C. Scott bereits 1985 in *Weapons of the weak* beschrieben hat. Während die offenen Formen des Widerstands relativ unstrittig sind, besteht Uneinigkeit darüber, was als nicht offene Form des Widerstands gilt und unter welchen Bedingungen diese auftreten.

An dieser Stelle schließt eine *zweite* Facette an, nämlich die Frage nach der Intention. Bildet die jeweilige Motivation der Handelnden den entscheidenden Faktor, durch den Handlungen zum Widerstand werden? Durch diesen Fokus wird es möglich, all jene (offenen wie nicht offenen Formen) als widerständig zu deuten, wenn diese von den handelnden Akteur_innen als solche intendiert sind. Das klingt zunächst plausibel, öffnet aber mehrere weiterführende Fragen. Zum einen stellt

Was heißt hier Widerstand?

sich die Frage, wie „weit“ der intendierte Widerstand gehen muss. In anderen Worten: Ist es nur dann Widerstand, wenn systemische Veränderungen im Sinne eines radikalen Gesellschaftswandels verfolgt werden (z. B. Harvey 2013), oder auch, wenn inkrementell die Spielräume innerhalb bestehender Systeme zu verändern und zu erweitern gesucht werden? Handelt es sich nur um Widerstand, wenn bestehende Regeln überschritten werden?

Zum anderen sind es durchaus nicht immer die Intentionen der Widerständigen, sondern die Zuschreibungen anderer Akteur_innen, die etwas zum Widerstand machen. Stephen Kotkin (1995: 277) beispielsweise zeigt anhand spontan entstandener Märkte in der neu gegründeten Stadt Magnitogorsk in der Sowjetunion, dass diese während des Stalinismus primär als Instrument des Überlebens oder der privaten Bereicherung dienten. Erst dadurch, dass die Machthabenden diese Märkte als politische Opposition im Sinne einer ökonomischen Gegenrevolution deuteten, wurden sie zu Räumen des Widerstands und bestimmte Praktiken zu politischen Statements, die nicht unbeträchtliche Konsequenzen nach sich ziehen konnten (ebd.: 277, 505). Die Frage nach der Deutungsmacht von Widerstand steht somit im Fokus. An dieser Stelle ist zudem Vorsicht geboten, denn eine wie eben geschilderte Politisierung kann durchaus nicht nur von beteiligten Akteur_innen und Machthabenden erfolgen, sondern auch durch Wissenschaftler_innen selbst (vgl. z. B. Viola 2000: 50).

Schließlich kommt eine *dritte* Facette hinzu, indem Widerstand in Relation zu seinen Wirkungen diskutiert wird. Selbst wenn es möglich wäre, die Intention der Akteur_innen freizulegen – reicht dies aus oder müssen nicht vielmehr die Wirkungen widerständiger Praktiken als maßgebender Faktor in den Blick genommen werden? Braucht es gar beides, um von Widerstand sprechen zu können? Gerade an Beobachtungen von Widerstand in autoritären Kontexten zeigt sich, dass die Bezüge zwischen Intention und Wirkung äußerst komplex sein können, sodass etwa nicht als Widerstand intendierte Praktiken zu profundem Systemwandel oder intendierter Widerstand zur Stabilisierung eines Regimes beitragen können. Hinsichtlich des ersten Falles zeigt Alexei Yurchak (2006: 34) anhand urbaner kultureller Milieus in der Sowjetunion der 1960er- und 1970er-Jahre, dass die Mitglieder dieser Gruppierungen sich nicht unbedingt als Widerstand gegen den sozialistischen Staat verstanden, ihre Praktiken aber dennoch zu tiefen Verschiebungen geführt haben, die letztlich mit zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen haben.

Hinsichtlich des zweiten Falles ist ein Beispiel aus Scotts (1985) auch in der Stadtforschung einflussreichem Buch *Weapons of the weak* aufschlussreich. So beschreibt er, wie die Bauernschaft unterschiedliche Tricks anwandte, etwa das Zugeben von Steinen in die Ernte, um damit die Eintreiber zu täuschen. Christine P. White (1986) interpretiert das Beispiel jedoch weniger als Selbstermächtigung. Sie argumentiert stattdessen, dass solche als widerständig intendierte Praktiken in manchen Fällen lediglich die Illusion von mehr Macht und Handlungsfähigkeit vermitteln würden, wodurch sie blind machten für die schmerzhafteste Realität und das Ausmaß von Machtlosigkeit und Ausbeutung der Akteur_innen. In anderen Worten, widerständige Praktiken können die jeweils herrschenden Mechanismen der Unterdrückung gegebenenfalls sogar verstärken.

2. Was heißt hier Widerstand? Urbaner Widerstand jenseits liberaler Regierungsformen

Der russische Historiker Vladimir A. Kozlov (2011: 25) berichtet von einem 1974 erschienenen Interview, in dem der russische Poet Aleksandr Galich nach seiner Emigration aus der Sowjetunion zur sowjetischen Dissidentenbewegung befragt wurde. Galich wies sowohl die damals in der westlichen Presse übliche Bezeichnung des „Dissidenten“ als auch die des in der Sowjetunion gebräuchlichen „Nonkonformisten“ zurück. Sich stattdessen des französischen Wortes „*résistance*“ bedienend, schlug Galich vor, mit Blick auf die Sowjetunion vielmehr von „*stiller résistance*“ zu sprechen, um auf den kulturell wie historisch spezifischen Kontext genauso wie auf die vielfältigen in der Sowjetunion gebräuchlichen subversiven Praktiken des Widerstands aufmerksam zu machen (ebd.).

In diesem Interview werden mehrere für unsere Debatte zentrale Punkte sichtbar. Zum einen, dass Widerstand immer verortet im jeweiligen Kontext verstanden und definiert werden muss. An dieser Stelle folgen wir Saba Mahmood (2001: 212), wenn diese postuliert: „[I]f the ability to effect change in the world and on oneself is historically and culturally specific (both in terms of what constitutes ‚change‘ and the capacity by which it is effected), then its meaning and sense cannot be fixed a priori.“ In diesem Sinne kann es unserer Ansicht nach weder eine universelle noch eine abschließende Definition von Widerstand geben. Vielmehr bedarf es eines genauen Blickes, um zu verstehen, wie Widerstand in verschiedenen Kontexten aussieht und praktiziert wird,

Was heißt hier Widerstand?

wo gegebenenfalls Einschränkungen, aber auch Möglichkeiten bestehen und welche spezifischen Charakteristika und Formen daraus resultieren.

Zum anderen verweist das Interview auch auf ein strukturelles Problem, nämlich auf welche Verständnisse und Konzepte wir zugreifen, um in der Forschungscommunity und darüber hinaus miteinander zu kommunizieren. Galich greift bezeichnenderweise auf den französischen Begriff der *résistance* zurück in dem Versuch, einem westlichen Publikum etwas von der Spezifik des Widerstands im sowjetischen Kontext vermitteln zu können. Bis heute sind Verständnisse von Widerstand von westlich-liberalen Vorannahmen geprägt, weswegen verbreitete Verständnisse nicht nur kritisch hinterfragt, sondern auch daraus resultierende Ungleichheiten und Missverständnisse in der Kommunikation freigelegt werden müssen. So werden autoritäre Staaten häufig auf nicht liberale Regierungspraktiken reduziert und es wird angenommen, dass diese lediglich durch Unterdrückung, Zwang und Gewalt regieren. Aus einer solchen Perspektive heraus werden die Räume und Möglichkeiten für Widerstand entweder als äußerst beschränkt oder als gar nicht vorhanden verstanden (Chatterjee/Petrone 2008: 983). Es wurde jedoch mittlerweile umfassend belegt, dass selbst höchst autoritäre Regime Subjekte „capable of action and agency“ hervorbringen (ebd.: 978), genauso wie Praktiken des Widerstands. Die Formen, die Letzterer annimmt, werden allerdings häufig nicht als Widerstand erkannt, da es nicht unbedingt dieselben sind, wie sie in liberal-demokratischen Kontexten vorherrschen.

Doch die Frage ist nicht nur, welche Formen aus einer „westlichen“ beziehungsweise „liberal-demokratischen“ Brille heraus übersehen werden, sondern auch, auf welchen impliziten Vorannahmen gängige Verständnisse von Widerstand beruhen. Trotz zahlreicher, mittlerweile erschienener Studien hält sich das Bild vom vollständig unterdrückten, manipulierten oder „brainwashed“ Individuum in autoritären Regimen (ebd.: 983, 972). Dem/der Forscher_in kommt in der Folge die Aufgabe zu, hinter die angenommene „falsche Fassade“ zu blicken und dadurch die „wahre“ Position der befragten „Unterdrückten“ freizulegen, „which is invariably assumed to be resistance to ‚external‘ oppression“ (Koch 2013: 413). Viel zu vorschnell würde, so Natalie Koch (ebd.) weiter, daher manch Wissenschaftler_in in autoritären Kontexten widerständige Praktiken und Intentionen ausmachen, anstatt den komplexen und häufig viel weniger eindeutigen Staats-Gesellschafts-Beziehungen nachzugehen.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass gängige Verständnisse von Widerstand von liberalen Subjekten und einem humanistischen Verständnis politischen Handelns ausgehen (Mitchell 1990: 564; vgl. auch Round/Williams/Rodgers 2008). Es muss dabei jedoch bedacht und anerkannt werden, dass liberale Subjekte durchaus nicht in allen Kontexten die Dominierenden sind (Koch 2013: 413).

Das Interview macht schließlich deutlich, dass es vielfältige Stimmen braucht, um die oben angeführte notwendige Diversität der Phänomene von und Blickwinkel auf Widerstand gegen autoritären Urbanismus sichtbar zu machen. Entsprechend kommen als Beitragende für diese Debatte bewusst verschiedene Stimmen zu Wort, die nicht nur dazu eingeladen sind, ihre Verständnisse von Widerstand, sondern auch dessen kontextspezifische Verortung zu reflektieren.

3. Fragen zu Widerstand im Kontext des autoritären Urbanismus

Mit diesem Debattenaufschlag wollen wir nicht nur auf die Komplexität des Phänomens Widerstand hinweisen, etwa hinsichtlich seiner Formen, Intentionen und Wirkungen, sondern auch auf seine vielfältigen und lokal situierten Bedeutungen. Diese beiden übergeordneten Aspekte halten wir für zentral, wenn es darum geht, mögliche Antworten auf die Frage „Was heißt hier Widerstand?“ zu formulieren. Ausgehend von diesen Aspekten laden wir die Autor_innen dazu ein, sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen:

1. Wie kann Widerstand im Kontext autoritärer urbaner Praktiken gefasst werden? Welche Beispiele können dazu beitragen, das Verständnis von Widerstand gegen autoritäre Stadtpolitik/Urbanismus beziehungsweise für städtischen Widerstand gegen autoritäre Politik allgemein zu erweitern?
2. Welche Potenziale bieten wissenschaftliche Praxis oder künstlerische Interventionen für den Widerstand gegen autoritären Urbanismus?
3. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen zwischen Widerstand gegen autoritären Urbanismus in autokratischen Kontexten auf der einen und in tendenziell demokratisch geprägten Kontexten auf der anderen Seite?
4. Können selbst höchst autoritäre und geschlossene Regime Subjekte und Praktiken des Widerstands hervorbringen? Und wenn ja, wo fängt Widerstand an und wo hört er auf?

Was heißt hier Widerstand?

5. Ist die im Aufschlag knapp skizzierte „Teilung“ der Forschungsliteratur in jene Ansätze, die Widerstand vorrangig als kollektive, organisierte und offene Formen des Protests verstehen, und jene, die die alltäglichen Mikropraktiken des Widerstands hervorheben, schlichtweg eine Reflexion dessen, welche Formen von Widerstand in welchem Kontext (nicht) möglich sind, oder spiegelt sie grundsätzliche Unterschiede zwischen widerständigen Praktiken in stark autokratischen Kontexten und tendenziell demokratisch geprägten Kontexten wider?
6. Beschränken erstere Ansätze Widerstand zu sehr, indem sie diesen auf bestimmte (kollektive und organisierte) Formen fokussieren und von liberalen Subjekten ausgehen? Oder neigt umgekehrt letzterer Ansatz dazu, Widerstand zu depolitisieren, indem eine derart breite Palette von Praktiken als Widerstand zu fassen gesucht wird, die es eigentlich gar nicht ist?
7. Können die Bezüge zwischen Intention und Wirksamkeit widerständiger Praktiken so ambivalent sein, dass nicht intendierter Widerstand zu profundem Systemwandel oder intendierter Widerstand zur Stabilisierung eines Regimes beitragen kann? Ist das dann noch Widerstand?

Diese Fragen stehen exemplarisch für eine lohnenswerte Auseinandersetzung der Stadtforschung mit urbanen Räumen als Arenen von Widerstand, aber auch mit der eigenen Rolle als politische_r Akteur_innen. Die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse zeigen dabei nicht nur die Bedeutung von Widerstand, sondern auch die Notwendigkeit einer kritischen Forschung zu Konzepten und Praktiken von Widerstand.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Daniela Zupan ist Stadtforscherin und beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen und sozio-ökonomischen Bedingungen von Städtebau und Stadtentwicklung.
daniela.zupan@uni-weimar.de

Matthias Naumann forscht als Humangeograph zu den Geographien der Stadt und ländlicher Räume und beschäftigt sich mit Infrastruktur.
matthias.naumann@bbr.bund.de

Gala Nettelbladt ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet zu Beteiligung und Demokratie in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen im Rahmen der großen Transformation.
Gala.Nettelbladt@bbr.bund.de

Kristine Beurskens ist Geographin und erforscht politische und emotionale Geographien von Sicherheit und Grenzen.
K_Beurskens@leibniz-ifl.de

Literatur

- Chatterjee, Choi / Petrone, Karen (2008): Models of selfhood and subjectivity: The Soviet case in historical perspective. In: *Slavic Review* 67/4, 967-986.
- Clément, Karine / Zhelnina, Anna (2020): Beyond loyalty and dissent: Pragmatic everyday politics in contemporary Russia. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 33/2, 143-162.
- Fröhlich, Christian / Jacobsson, Kerstin (2019): Performing resistance: Liminality, infrapolitics, and spatial contestation in contemporary Russia. In: *Antipode* 51/4, 1146-1165.
- Fung, Zali / Lamb, Vanessa (2023): Dams, diversions, and development: Slow resistance and authoritarian rule in the Salween River Basin. In: *Antipode*. <https://doi.org/10.1111/anti.12939>.
- Gestring, Norbert / Ruhne, Renate / Wehrheim, Jan (Hg.) (2014): *Stadt und soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Jenss, Alke / Schuetze, Benjamin (2021): Rethinking authoritarian power: The logistics space and authoritarian practices in and between secondary port cities of the Global South. In: *International Studies Quarterly* 65/1, 82-94.
- Koch, Natalie (2013): Technologising the opinion: Focus groups, performance and free speech. In: *Area* 45/4, 411-418.
- Koch, Natalie (2022): Introduction. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. Syracuse: Syracuse University Press, 1-21.
- Kotkin, Stephen (1995): *Magnetic mountain. Stalinism as a civilization*. Berkeley: University of California Press.
- Kozlov, Vladimir A. (2011): The meaning of sedition. In: Vladimir A. Kozlov / Sheila Fitzpatrick / Sergei V. Mironenko (Hg.), *Sedition. Everyday resistance in the Soviet Union under Khrushchev and Brezhnev*. New Haven: Yale University Press, 25-64.
- Krohn-Hansen, Christian (2005): Negotiated dictatorship: The building of the Trujillo State in the southwestern Dominican Republic. In: Christian Krohn-Hansen / Knut G. Nustad (Hg.), *State formation: Anthropological perspectives*. London/Ann Arbor: Pluto Press, 96-122.
- Leitner, Helga / Sheppard, Eric / Sziarto, Kristin M. (2008): The spatialities of contentious politics. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 33/2, 157-172.
- Mahmood, Saba (2001): Feminist theory, embodiment, and the docile agent: Some reflections on the Egyptian Islamic revival. In: *Cultural Anthropology* 16/2, 202-236.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/1, 155-168.
- Mitchell, Timothy (1990): Everyday metaphors of power. In: *Theory and Society* 19/5, 545-577.
- Novy, Johannes / Colomb, Claire (2016): Urban tourism and its discontents: An introduction. In: Claire Colomb / Johannes Novy (Hg.), *Protest and resistance in the tourist city*. London/New York: Routledge, 1-30.
- Purcell, Mark (2002): Excavating Lefebvre: The right to the city and its urban politics of the inhabitant. In: *GeoJournal* 58/2/3, 99-108.
- Purcell, Mark (2009): Resisting neoliberalization: Communicative planning or counter-hegemonic movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Rabinowitz, Dan (2014): Resistance and the city. In: *History and Anthropology* 25/4, 472-487.
- Round, John / Williams, Colin C. / Rodgers, Peter (2008): Everyday tactics and spaces of power: The role of informal economies in post-Soviet Ukraine. In: *Social & Cultural Geography* 9/2, 171-185.
- Scott, James C. (2000): *Weapons of the weak. Everyday forms of peasant resistance*. New Haven: Yale University Press.
- Viola, Lynne (2000): Popular resistance in the Stalinist 1930s. Soliloquy of a devil's advocate. In: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 1/1, 45-69.

Was heißt hier Widerstand?

- White, Christine P. (1986): Everyday resistance, socialist revolution and rural development. The Vietnamese case. In: *Journal of Peasant Studies* 13/2, 49-63.
- Yurchak, Alexei (2006): *Everything was forever, until it was no more. The last Soviet generation*. Princeton: Princeton University Press.

Schillernde Praktiken. Widerständiges in der neoliberal-autoritären Stadt

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Alke Jenss

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 Inal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

Widerstand ist nicht immer offener Protest – gerade im Kontext autoritärer Praktiken und städtischer Gewalt. Nicht immer werden gleich ganze Plätze über Monate besetzt oder füllen Tausende laut die Straßen. Die autoritäre Stadt bedeutet gleichsam nicht unbedingt Militärposten und Straßensperren.

Zwei Argumente möchte ich gerne in die Debatte einbringen. Erstens möchte ich, statt zu fragen, was wirklich als Widerstand gelten kann (im Sinne einer Typisierung) nach den sich verändernden Machtverhältnissen im Kontext eines *authoritarian urbanism* fragen. Mich interessiert der Prozess, in dem Politik entsteht, die Dynamik der Machtverhältnisse, die eben nicht statisch oder eingefroren sind. Zweitens ist es aus meiner Sicht nicht leicht, die Trennung zwischen „stillen“ Mikropraktiken und „offenem“ Protest zu ziehen. Es gibt kein Entweder-oder.

1. Der Staat: Dynamiken von Macht

Sehen wir uns das genauer an: Wenn ich erstens ein prozessuales Verständnis der Machtverhältnisse vorschlage, dann ist das die Frage nach den unterschiedlichen und sich verändernden Handlungsoptionen und -positionen der beteiligten Akteur_innen. Über welche Strategien und Repertoires verfügen sie jeweils? Welche Interessen können überhaupt formuliert werden, wer erreicht breitere Allianzen? Wer kann

seine Positionen und Interessen als diejenigen darstellen, die der Stadt am meisten zuträglich sind (Gemeinwohl)? Ist es der Bauträger mit dem attraktiven Investment oder die Nachbarschaftsinitiative, die vielleicht erst viel später vom Bauprojekt erfährt? Die Gruppe, die Straßenblockaden organisiert? Oder die Autofahrenden?

Ein relationales Staatsverständnis ist dabei auch im städtischen Bereich hilfreich. Es versteht Institutionen, – auch eine autoritäre Regierung oder ein Stadtparlament – nicht separat von Gesellschaft, sondern gerade als von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchzogen (Poulantzas 2002). Der Staat, auch der lokale, ist kein Instrument und nicht nur Idee. Er ist vielmehr ein Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und bietet als solches dominanten gesellschaftlichen Kräften besondere Resonanz und Umsetzungsmöglichkeiten – aber eben nicht nur diesen. Zugleich verändern sich (städtische) Institutionen nicht automatisch, wenn neue gesellschaftliche Gruppen entstehen. Sie weisen vielmehr ein hartnäckiges Beharrungsvermögen auf.

Ein solches relationales Verständnis von Staat auch auf der lokalen Ebene ermöglicht eine kleinteiligere Analyse von Machtbeziehungen in Auseinandersetzungen um politische Projekte in der Stadt. Es ist anschlussfähig an neuere Diskussionen zu *processual understandings* des Urbanen (Pavoni/Tulumello 2020). Dementsprechend können unterschiedliche Institutionen unterschiedlich ansprechbar sein. So gibt es beispielsweise vielleicht Gespräche von Nachbarschaftsinitiativen mit Einzelnen aus der Stadtverwaltung, aber nicht mit der Stadtregierung. Institutionen wie die Polizei sind häufig national organisierte Organe und daher städtischen Akteur_innen gegenüber gar nicht rechenschaftspflichtig.

2. Die Praktiken: Zwischen unsichtbar und aufbegehend

Zweitens argumentiere ich, dass real existierende städtische Praktiken des Widerstands sozusagen „oszillieren“ – zwischen Individualität und Kollektivität, zwischen Organisierung und Mikropraktiken des *co-ping*. Mich interessieren politische Praktiken im Alltag und ihre transformative Kraft. Die Arbeiten von Verónica Gago und Luci Cavallero (2019) und von Sarah Hall (2019) zum Alltag und zu Care-Praktiken im Kontext von Austeritätspolitik sowie Doreen Massey's *relational geographies* (2004) erfassen alltägliche soziale und politische Praktiken von Stadtbewohner_innen.

Im Debattenaufschlag nennen Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens (2023) bereits Literatur, die auch leiseren und weniger sichtbaren Widerstand analysiert als in der Bewegungsforschung üblich (Bayat 2010; Mirshak 2019; Unceta et al. 2020). Das können Praktiken sein, die sich gegen staatliche Zumutungen wenden, aber absichtlich versteckt geschehen oder die das alltägliche Leben im Viertel auf eine Weise organisieren, die dem Staat Zugriff auf individuelle Verhaltensweisen entzieht (vgl. Mirshak 2019). Netzwerke für gemeinschaftliche Care-Arbeit, Nachbarschaftsvereine oder feministische und anarchistische Kollektive, die gemeinschaftlich kochen, Kinder betreuen oder Hilfsangebote machen, können Orte der Politisierung sein. Es sind gerade solche alltäglichen Praktiken, die sich in störendes und einflussreiches politisches Handeln verwandeln können. Die *bottom line* lautet: Die leisen Praktiken können laut werden.

Das ist nicht ganz neu. Es gibt bereits Arbeiten zu Alltagspraktiken und Politik (Beveridge/Koch 2019), zu alltäglichen Praktiken und Care (Morrow/Parker 2020) oder *scale-jumping* (Trommer 2019). Wichtig ist dabei vielleicht, dass alltägliche Praktiken der Fürsorge und der Anpassung an unsichere Umstände zugleich disruptiv und potenziell transformativ sein können. Sie machen *everyday politics* aus. Politische Praktiken in der Stadt sind in der Realität nun mal verknüpft mit gelebten Erfahrungen, etwa mit den Auswirkungen von Sparpolitik (Hall 2019). Sie „schillern“ zwischen einem konventionellen Politikbegriff und dem Knüpfen sozialer Beziehungen.

Mit Alltagspraktiken, die politische Handlungsfähigkeit erlangen, meine ich „the everyday modest expressions of volition that often remain anonymous but whose political impact often transcends individual revolt“ und die dabei transformativ werden (Morton 2007: 171). Solche politisierten und politisierenden Praktiken haben langfristige Auswirkungen auf die Stadt. Im Kontext der extremen Ungleichheiten, die in der Mehrzahl heutiger Städte bestehen – noch verschärft in Städten mit offiziellen Programmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit –, werden Alltagspraktiken spätestens dann politisch, wenn sie über die *scale* eines Stadtteils hinausgehen und sich auf die größere, wettbewerbsorientierte Stadt auswirken. Der Sprung ist ein qualitativer: Die Praktiken erlangen eine politische Macht, die sie vorher nicht besaßen. Verónica Gago (2019) beschreibt, wie in Buenos Aires aus nachbarschaftlicher Care-Arbeit in *soup kitchens*, Gefängnissen und an Notruftelefonen zunächst eine

Mobilisierung gegen Feminizide entstand und später „a radical and massive movement that was able to politicize the rejection of violence in a new way“. Ich kann zeigen, wie Nachbarn_innen im mexikanischen Oaxaca, die keine Schutzgelder mehr zahlen wollten und sich gegen Gewalt wehrten, sich zunächst zusammenschlossen und schließlich Druck auf den lokalen Staat ausüben konnten, indem sie die Zufahrt zur nahen Mülldeponie blockierten und so die bessergestellten Viertel der Stadt mit Müll fluteten.

3. Alltäglicher Widerstand als Prozess

Dieser Blick auf Protest und Widerstand ist prozessualer und weniger typisierend. Alltägliche Praktiken springen auf andere Personen und Räume über und werden politisch. Die relationale, feministische Perspektive auf politisches Handeln in Gagos (2021: 100) Verständnis des *body-territory* zum Beispiel ermöglicht es, die Rolle alltäglicher Praktiken in den Auseinandersetzungen um die wettbewerbsorientierte Stadt zu analysieren – auch über verschiedene *scales of action* hinweg. Gago betont, wie sehr Menschen voneinander abhängig und in vielfältige (räumliche) Beziehungen verstrickt sind (ebd.: 92). Gagos Idee der Notwendigkeit von Bündnissen und Kollektivität für eine Antwort auf immer unmöglichere materielle Lebensbedingungen (ebd.: 79, 93) erinnert an Masseys (2004) *geographies of responsibility* der Orte, Beziehungen und Netzwerke, an denen jede von uns beteiligt ist. Beide legen nahe, dass kollektive Praktiken die Voraussetzung für politisches Handeln sind. Auch andere Arbeiten aus Lateinamerika denken politisch widerständige Strategien nicht vom Individuum her. Dennoch hinterfragen sie die Widersprüche und Hierarchien in kollektiven Prozessen (Tzul Tzul 2019).

Ich spreche gerade nicht von atomisierten, verstreuten Individuen, die aus persönlichen Gründen kalkulierte Handlungsgrenzen überschreiten. Dies führt eher nicht zu breiterem politischen Widerspruch. Dennoch möchte ich insistieren, dass „political action can also happen on a smaller scale“ (El Aasar 2023): versteckter und kleiner als der große sichtbare Widerstand, der schon der Idee nach zum Wandel im Großen führen soll (in diesem Spannungsverhältnis bewegt sich ja der Debattenaufschlag). Ich plädiere dafür, die leisen, weniger sichtbaren, zuweilen subversiven *everyday practices* mit dem Begriff der städtischen Alltagspolitik zu verbinden, der ihre Politisierung erfasst – als „collective, organized and strategic practices that articulate a political antagonism embedded in,

but breaking with, urban everyday life through altering socio-spatial relations.“ (Beveridge/Koch 2019: 142). Dabei bleibt selbstverständlich die Frage, welche strukturelle Veränderung aus solchen Praktiken jeweils konkret erwächst: „When scattered acts of protest can have a multiplier effect, and accumulate into collective power, then surely the goal is to build the latter“ (El Aasar 2023).

4. Der Kontext: Schulden und Aufwertung

Zu fragen ist, in welchem Kontext wir widerständige Praktiken überhaupt beobachten. Mit Gago und Cavallero (2019) verstehe ich die wettbewerbsfähige Stadt als Kontext zunehmenden Schuldendrucks auf (private und öffentliche) Haushalte, in dessen Zuge feminisierte Arbeit öffentliche Infrastrukturen ersetzt (Kinderbetreuung, Versorgung alter Menschen oder Mehrarbeit, um günstigere Lebensmittel zu bekommen). Menschen tragen „individuell und privat die Kosten der Anpassung“ (Gago/Cavallero 2019: 38 ff.). Dieser Kontext richtet sich gewaltvoll gegen weibliche Körper: in Form gewalttätiger sozialer Beziehungen, der Ermordung von Demonstrantinnen (die, wie etwa in Argentinien, gegen die massenhafte Verschuldung privater Haushalte auf die Straße gegangen sind) oder sogar in Form mangelnder Versorgung mit Lebensmitteln. In meiner Forschung zeigt sich dies in Situationen, wo viele Nachbarschaften gar nicht mit privaten (und schon gar nicht mit öffentlichen) Buslinien angebunden sind und Care-Arbeit entsteht, weil Personen sich gegenseitig begleiten, abholen oder Umwege in Kauf nehmen, um sich vor Übergriffen zu schützen. Hier sind die physische Gewalt gegen Körper, die brutalisierten Schuldverhältnisse und die kapitalistische Akkumulation auf globaler Ebene mit politischem Handeln in Beziehung gesetzt (Gago 2021: 89).

Nach 2008 war der Immobilienmarkt wesentlicher Bestandteil der größten Kapitalmarkturbulenzen seit 1929. In unterschiedlichem Ausmaß waren diese nicht nur in Europa und den USA, sondern auch in Mexiko, Brasilien oder der Türkei zu spüren. Seitdem erleben gerade Städte im sogenannten Globalen Süden eine echte urbane Krise (Rolnik 2019). Neue Wellen von *austerity urbanism* haben Sparpolitik und Wettbewerbslogiken zwischen Städten und Einzelpersonen miteinander kombiniert und so die wirtschaftlich-sozialen Ungleichgewichte bei der Produktion von städtischem Raum verschärft. Kommunale Entscheidungen für oder gegen bestimmte Investitionen werden räumlich selektiver und

spiegeln vermehrt Interessen einkommensstarker Städter_innen und die Verkehrung von gesellschaftsorientierter Stadtpolitik in Standortpolitik wider (Schipper 2013). Überall auf der Welt gab es massive, staatlich beförderte Sanierungs- und Wohnungsbauprojekte, und zwar mit großem Nachdruck im sogenannten Globalen Süden.

Was in den 1990er und 2000er Jahren möglicherweise legitimierend wirkte – eine massive private Wohnungsfinanzierung auf Kredit, die die Interessen von Marktakteur_innen und breiten gesellschaftlichen Gruppen zusammenbrachte – ist in dieser Form weggebrochen. Auf die geplatze Spekulationsblase folgte in politisch sehr unterschiedlichen Kontexten eine ausgesprochen ausgrenzende Stadtpolitik. Allianzen zwischen Unternehmer_innen und (lokalen) staatlichen Stellen erlaubten eine neue Phase der Gentrifizierung, die die Räumung benachteiligter Stadtviertel mit der privaten Aneignung von Grund und Boden zugunsten von Kapitalakkumulation verband. Neue autoritäre Praktiken und Prozesse der Gentrifizierung (Lees et al. 2016) wurden miteinander verknüpft – und zwar gerade auch in Staaten, die gemeinhin als demokratisch gelten.

5. Bedingungen: Staatlicher und nicht-staatlicher Zwang

Der autoritäre Neoliberalismus zeigt sich gerade in der Stadt: Staatlicher Zwang unterstützt Austeritäts- und Wettbewerbsprogramme ohne Partizipation und Entscheidungsmacht der meisten Städter_innen, dafür aber mit hochgradig differenzierten sozialräumlichen Auswirkungen (Jenss 2019). Neoliberale städtische Wettbewerbspolitik kann, gerade in Lateinamerika, wo ich häufig forsche, nicht ohne ihre Ursprünge in den Militärdiktaturen der 1970er Jahre verstanden werden. Die enge Verflechtung zwischen Pinochets Putsch in Chile 1973 und den in Chicago ausgebildeten chilenischen Technokraten verdeutlicht diese gewaltsamen Ursprünge ebenso wie die autoritäre Umsetzung der Strukturanpassung im Mexiko der 1980er Jahre.

Widerstand bewegt sich also stets in einem Kontext, in dem der Staat nicht verschwindet, sondern staatliche Intervention radikal umgestaltet wurde. Autoritär ist an diesem Kontext, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmend militarisiert werden, dass die Bedrohung durch Enteignung durchaus real ist und dass Protest im Namen von Sicherheit kriminalisiert wird (Gago/Cavallero 2019: 29). Ein hiesiges Beispiel sind die im März

2023 in Heilbronn ausgesprochenen mehrmonatigen Haftstrafen gegen Aktivist_innen der „Letzten Generation“ (SWR aktuell 2023).

Autoritär kann der Kontext auch sein, wenn Gewalt alltägliche Praktiken aushebelt und transformiert. Tatsächlich leben viele Städter_innen in Kontexten, in denen sie alltäglich auf gewaltvolle Begegnungen gefasst sein müssen. Städtische *everyday practices* wie Bewegungsmuster, Sicherheitsvorkehrungen oder der Aufenthalt im öffentlichen Raum, aber auch Gewalterfahrungen sind bekanntermaßen je nach gesellschaftlicher Positionierung (*class, race, gender*) sehr unterschiedlich. Gewaltakteur_innen fordern gesellschaftliche Codes ein (*curfews*, Hausarrest, Schutzgeld) und strukturieren öffentliche Räume um. Wo staatliche Stellen nicht eingreifen, weil die Betroffenen keine Priorität haben oder die Gewalt die Wettbewerbsorientierung nicht beeinträchtigt, ordnen diese Akteur_innen den städtischen sozialen und physischen Raum. Felipe Fernández (2022: 297) zeigt, wie Besitzer_innen kleiner Läden in Buenaventura in Kolumbien monatliche Schutzgelder zahlen. Wenn „things get hot“, kommen die Eintreiber auch häufiger vorbei. Das Schutzgeld schützt die Ladenbesitzer_innen vor allem vor den Schutzgeldeintreibern selbst. In Oaxaca bitten Studierende darum, Seminare früher verlassen zu können, um einen früheren Bus nehmen zu können. Aktivist_innen nehmen ständig wechselnde Wege nach Hause oder zur Arbeit, weil sie teilweise um ihr Leben fürchten. Wo sich städtische Wettbewerbsorientierung mit physischer Gewalt verbindet, können Menschen sich nicht lange im öffentlichen Raum aufhalten (geschweige denn demonstrieren). Sie meiden Orte und müssen sich organisieren, um sicher von A nach B zu kommen (Jenss 2021). Moncada (2021: 64 ff.) argumentiert: Wenn Gewalt ausübende Gruppen längerfristig bestehen, gut organisiert sind und möglicherweise mit staatlichen Stellen kooperieren, seien nur improvisierte Praktiken von „everyday resistance“ möglich. In jedem Fall gilt: In Kontexten, in denen öffentlicher Raum kein „place for walks and encounters, ... deals and negotiations“ ist (Lefebvre 2004: 96), braucht es leise, wenig sichtbare Praktiken, lange bevor Protest sichtbar wird.

Diese Bedingungen (staatlichen und nicht-staatlichen) Zwangs verändern die Intention der Praktiken, nach der Zupan et al. (2023) fragen. Gerade weil sich den Akteur_innen die Möglichkeiten politischer Wirkmächtigkeit erst auftun, ist das Ziel widerständiger Praktiken nicht von vornherein gegeben oder auf den Staat gerichtet. Im Kontext von

Verschuldung, drohender Vertreibung und städtischer Gewalt könnte der Wunsch nach Transformation unter der alltäglichen Last auch verschwinden. Disziplinierung funktioniert dann auch über die „Angst, dass alles noch schlimmer werden könnte“ (Gago/Cavallero 2019: 24; siehe auch Ponder/Omstedt 2022). Doch vielleicht stellt sich Widerstand stattdessen auch einfach anders dar.

6. Schluss

Eine Antwort auf die Frage von Zupan et al. (2023) könnte eine Perspektive auf Protest und Widerstand sein, die den Prozess und die Dynamik betont. Das bedeutet für mich, dass wir nach den unterschiedlichen und veränderlichen Handlungsoptionen der beteiligten Akteur_innen fragen – und zwar auch in Bezug auf den (lokalen) Staat. Den wiederum verstehe ich nicht als Gegenstück zu gesellschaftlichen Akteur_innen, sondern als durchzogen von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Für mich „schildern“ Praktiken des Widerstands zwischen dem alltäglichen Bemühen, gerade in unsicheren Umständen zu bestehen einerseits und offenerem Protest andererseits. Die „leisen“ Praktiken können laut werden, alltägliche Praktiken der Fürsorge sind potenziell transformativ. Sie machen *everyday politics* aus. Wenn ich von städtischer Alltagspolitik spreche, geht es mir um eine solche Politisierung als Prozess: um kollektive und organisiertere Praktiken, die aus dem alltäglichen Leben sowie aus geknüpften Beziehungen entstehen, diese aber auch verändern. Es geht also nicht um verstreute Individuen, sondern um die geknüpften Beziehungen, insbesondere um Care-Praktiken herum (von der Suppenküche bis zum Nachbarschaftsrat), die den Keim von offenem Antagonismus in sich tragen. Nicht immer kann Protest offen ausgetragen werden. Sichtbare und weniger sichtbare widerständige Praktiken bewegen sich häufig in einem Kontext, in dem der Staat nicht verschwindet, aber physische Gewalt, brutalisierte Schuldverhältnisse und extreme Ungleichheit zum alltäglichen Erleben gehören. Wo Stadtbewohner_innen alltäglich auf gewaltvolle Begegnungen gefasst sein müssen, hebelt Gewalt auch *everyday practices* aus. Unter solchen Bedingungen wird die Intention von Widerstand als solchem, wird ihre politische Wirkmächtigkeit den Akteur_innen möglicherweise erst im Prozess deutlich.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Schillernde Praktiken. Widerständiges in der neoliberal-autoritären Stadt

Autor_innen

Alke Jenss ist Soziologin und forscht zu städtischer Unsicherheit, autoritären Praktiken und aktuell zu Politik und Protest rund um Infrastrukturprojekte.
alke.jenss@abi.uni-freiburg.de

Literatur

- Bayat, Asef (2010): *Life as politics. How ordinary people change the Middle East*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Beveridge, Ross / Koch, Philippe (2019): *Urban everyday politics: Politicising practices and the transformation of the here and now*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 37/1, 142-157.
- El Aasar, Nihal (2023): *The impossibility of actual politics*. In: *Africa is a country*, 4.10.2023. <https://africasacountry.com/2023/04/the-impossibility-of-actual-politics> (letzter Zugriff am 2.9.2023).
- Fernández, Felipe (2022): *Coping with extortion: On violence, parasites, and water infrastructures in Buenaventura, Colombia*. In: *Journal of Illicit Economies and Development* 4/3, 296-309.
- Gago, Verónica (2019): *The body of labor: A cartography of three scenes from the perspective of the feminist strike*. In: *Viewpoint Magazine*, 10.6.2019. <https://viewpointmag.com/2019/06/10/the-body-of-labor-a-cartography-of-three-scenes-from-the-perspective-of-the-feminist-strike/> (letzter Zugriff am 2.9.2023).
- Gago, Verónica (2021): *La potencia feminista. O el deseo de cambiarlo todo*. Lima: La sinies-tras ensayos.
- Gago, Verónica / Cavallero, Luci (2019): *Una lectura feminista de la deuda*. Buenos Aires/Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Hall, Sarah (2019): *Everyday life in austerity. Family, friends and intimate relations*. London: Palgrave.
- Jenss, Alke (2019): *Authoritarian neoliberal rescaling in Latin America: Urban in/security and austerity in Oaxaca*. In: *Globalizations* 16/3, 304-319.
- Jenss, Alke (2021): *Disrupting the rhythms of violence: Anti-port protests in the city of Buenaventura*. In: *Global Policy* 12/S2, 67-77.
- Lees, Loretta / Shin, Hyun Bang / López-Morales, Ernesto (2016): *Planetary gentrification*. Cambridge: Polity.
- Lefebvre, Henri (2004): *Rhythmanalysis*. New York: Continuum.
- Massey, Doreen (2004): *Geographies of responsibility*. In: *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography* 86/1, 5-18.
- Mirshak, Nadim (2019): *Rethinking resistance under authoritarianism: Civil society and non-contentious forms of contestation in post-uprisings Egypt*. In: *Social Movement Studies* 18/6, 702-719.
- Moncada, Eduardo (2021): *Resisting extortion: Victims, criminals, and states in Latin America*. New York: Cambridge University Press.
- Morrow, Oona / Parker, Brenda (2020): *Care, commoning and collectivity: From grand domestic revolution to urban transformation*. In: *Urban Geography* 41/4, 607-624.
- Morton, Adam David (2007): *Unravelling Gramsci: Hegemony and passive revolution in the global political economy*. London: Pluto Press.
- Pavoni, Andrea / Tulumello, Simone (2020): *What is urban violence?* In: *Progress in Human Geography* 44/1, 49-76.
- Ponder, C. S. / Omstedt, Mikael (2022): *The violence of municipal debt: From interest rate swaps to racialized harm in the Detroit water crisis*. In: *Geoforum* 132, 271-280.

- Poulantzas, Nicolas (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Eatismus*. Hamburg: VSA.
- Rolnik, Raquel (2019): *Urban warfare: Housing under the empire of finance*. London: Verso.
- Schipper, Sebastian (2013): *Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt: Neoliberaleres Regieren in Frankfurt am Main, 1960-2010*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- SWR aktuell (2023): „Letzte Generation“: Mehrere Monate Haft wegen erneuter Blockade in Heilbronn, 18.4.2023. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/klimaaktivisten-erneut-vor-gericht-102.html> (letzter Zugriff am 2.9.2023).
- Trommer, Silke (2019): *Watering down austerity: Scalar politics and disruptive resistance in Ireland*. In: *New Political Economy* 24/2, 218-234.
- Tzul Tzul, Gladys (2019): *La forma comunal de la resistencia*. In: *Revista de la Universidad de México* 847, 105-111.
- Unceta, Pablo Muñoz / Hausleitner, Birgit / Dąbrowski, Marcin (2020): *Socio-spatial segregation and the spatial structure of „ordinary“ activities in the global south*. In: *Urban Planning* 5/3, 303-318.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelblatt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): *Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus*. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 233-243.

Prekäre Allianzen zwischen subalternem Widerstand und urbaner Zivilgesellschaft

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Lela Rekhviashvili

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 Inal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

1. Wer kann zu Gewalt greifen?

Im März 2023 riefen zivilgesellschaftliche Organisationen in Georgien zu Massenprotesten gegen das von ihnen so bezeichnete „russische Gesetz“ auf, also den von der Regierungspartei eingebrachten Gesetzesentwurf gegen sogenannte „ausländische Agenten“. Im Fall seiner Verabschiedung hätte das Gesetz der Regierung erlaubt, alle Organisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „Agenten“ einzustufen, und es hätte dazu dienen können, bürgerliche und politische Rechte im ganzen Land einzuschränken. Nach einigen Tagen des Protests und angesichts der dabei eskalierenden Gewalt lehnte das georgische Parlament das Gesetzesvorhaben ab. Der Polizei wurde ein unverhältnismäßiger Einsatz von Gewalt gegen die Protestierenden vorgeworfen, aber auch aus deren Reihen kam es zu massiven Attacken gegen Polizei und Spezialkräfte und es wurde sogar ein Polizeifahrzeug in Brand gesetzt. Während derartige Gewalt im politischen Kontext Georgiens in der Regel scharf verurteilt wird, stieß sie in diesem speziellen Fall mehrheitlich auf Zustimmung seitens der Kommentator*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und oppositionellen Medien. Besonders viel Rückendeckung oder gar Bewunderung wurde vor allem den jungen Menschen der sogenannten „Generation Z“ (Gen Z) zuteil, die sich den Spezialkräften physisch entgegenstellten. Ein oppositionelles Medienportal erklärte, die Gen Z sei

„eine Generation des Internet, die man nicht belügen kann. Sie ziehen eine zivilisierte, bunte und diverse Welt vor. Sie wollen Teil des Westens sein und nicht in einer Ecke mit dem isolierten Russland stehen.“ (Petrosiani 2023)

Ungefähr zwei Jahre vor diesen Ereignissen musste eine Bewegung, die das Rioni-Tal in den Bergen Westgeorgiens vor dem Bau eines großen Wasserkraftwerks bewahren wollte, ihre Friedlichkeit unter Beweis stellen. „Wenn so viele von uns hier zusammen sind, können wir es uns leisten zu sagen, dass wir kein Blutvergießen oder keine Steinwürfe brauchen, um diesen Kampf zu gewinnen“ (Fair Energy Politics Collective 2021), so Varlam Goletiani, ein junger Anführer der Anti-Staudamm-Bewegung auf einer Protestkundgebung im Februar 2021. Goletiani und die anderen führenden Köpfe der Bewegung hatten verstanden, dass es für Regierung und Wasserkraftlobby ein Leichtes wäre, die Bewegung im Fall von Ausschreitungen zu delegitimieren, denn sie war von dieser Seite bereits zuvor als unzivilisiert, xenophob, homophob, rückwärtsgerichtet und als „entwicklungs- und fortschrittsfeindlich“ etikettiert worden. Um solch diskreditierende Behauptungen nicht zu bestätigen, verpflichteten sich die führenden Köpfe der Bewegung, unter allen Umständen dafür zu sorgen, dass der Protest friedlich bleibt. Trotz anhaltender Repressionen, massiver Mobilisierung von Spezialeinsatzkräften, mehrfacher gewaltsamer Räumungen der Protestorte, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im gesamten Tal und der Errichtung eines Stahlzauns gelang es ihnen, eine gewalttätige Eskalation des Protests zu verhindern. Sie gingen Konfrontationen mit den staatlichen Ordnungskräften aus dem Weg, aber sorgten auch in den eigenen Reihen für Ruhe. Die rechtsradikalen Unterstützer*innen der Bewegung im Zaum zu halten und daran zu hindern, andere Protestierende ihrer offen gezeigten queeren, nicht heteronormativen und/oder sexuellen Identität wegen zu belästigen, wurde besonders schwierig, als die Bewegung in Tiflis ankam und im Mai 2021 große Demonstrationen in der Hauptstadt abhielt. Als dann die Anführer*innen der Rioni-Tal-Bewegung in der Nähe der gewalttätigen Anti-Pride-Proteste vom 5. Juli 2021 auftauchten, brachen sie mit ihren langjährigen Bemühungen um Gewaltlosigkeit. Dafür wurden sie von der Regierung, aber auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen und in den Medien scharf angegangen.

Was Jugendliche aus der urbanen Mittelschicht wagen und wofür sie auf Legitimation hoffen dürfen, das können sich soziale Bewegungen

aus den peripherisierten Gebirgsregionen Georgiens tendenziell nicht beziehungsweise fast nie leisten. Ihnen wird von Anfang an der Zugang zu demokratischen Beteiligungsmechanismen verweigert. Wenn alle anderen Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen, ausgeschöpft sind, greifen sie zu unkonventionellen, mitunter auch tatsächlich gewalttätigen Strategien des Widerstands. Solche Taktiken mögen ihnen zwar helfen, ihre unmittelbaren Ziele zu erreichen, aber sie werden auch dazu genutzt, widerständige Bevölkerungsgruppen im vorherrschenden öffentlichen Diskurs noch weiter zu marginalisieren, indem sie als rückwärtsgewandt, unzivilisiert und aus der Zeit gefallen dargestellt werden (Qeburia/Chubabria 2017). Das ist der Grund, warum die Rioni-Tal-Bewegung so sehr darum bemüht war, sich von Gewalt zu distanzieren, und sofort an Unterstützung einbüßte, als sie einen Fehler machte. Anders ausgedrückt: Nicht alle widerständigen Bevölkerungsgruppen sind gleich.

2. Wessen Widerstand?

Ich erzähle diese Geschichte des Protests, der Gewalt und der (De-)Legitimierung von Protestbewegungen, um den in diesem Themenschwerpunkt zu autoritärem Urbanismus bereits diskutierten Aspekten zum Verständnis von Widerstand noch einen weiteren hinzuzufügen. Der Themenschwerpunkt eröffnet zu Recht den Raum zur Klärung folgender Fragen: (1) Was ist Widerstand beziehungsweise wird als Widerstand definiert (offene oder nicht spektakuläre Formen des Widerstands)? (2) Wer definiert Widerstand (muss er vorsätzlich sein, um als solcher zu gelten)? Und (3) welche Formen kann Widerstand annehmen (muss er im Ergebnis notwendigerweise das Machtsystem infrage stellen)? Der zusätzliche Aspekt, den ich mit diesem kurzen Kommentar einbringen möchte, bezieht sich auf die Frage, über *wessen* Widerstand wir sprechen. Wer kann sich welche Formen des Widerstands leisten, was gilt in der Stadt und was jenseits der Stadt?

Mithilfe dieser Frage versuche ich, das verdächtig in Vergessenheit geratene Thema Klasse – und soziale Differenz im weiteren Sinne – wieder in die Diskussion über Widerstand einzubringen. Anhand des eingangs geschilderten empirischen Aufhängers und gestützt auf über zehn Jahre der Forschung zu verschiedenen urbanen und ländlichen Widerstandsbewegungen gegen neoliberale Vermarktlichung und die damit einhergehende autoritäre Politik in der kleinen Kaukasusrepublik

Georgien, entwickle ich im Folgenden drei kurze Argumente. Ich behaupte erstens, dass unterschiedliche Gesellschaftsklassen zu unterschiedlichen Formen des Widerstands greifen beziehungsweise sich unterschiedliche Mittel und Wege dessen leisten können. Zweitens behaupte ich, dass die Frage nach dem Klassenunterschied sowohl empirisch als auch konzeptionell entscheidende Fragen nach Allianzen und Solidarität zwischen verschiedenen Widerstandsbewegungen aufwirft. Und mein drittes Argument ist schließlich, dass die Erforschung der komplizierten Allianzen zwischen Widerstand aus den Reihen der urbanen Mittelschicht und subalternem Widerstand in und jenseits der Stadt ein anderes Licht auf die Rolle der Stadt als Bollwerk gegen Autoritarismus wirft oder vielleicht sogar deren dunklere Seite offenbart.

3. Klasse, soziale Differenz und Widerstand

Dieses Themenheft und eine Reihe anderer Beiträge zeigen, dass die Widerstandsformen, zu denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen greifen (können), davon abhängen, wie demokratisch oder autoritär die politischen Verhältnisse in einer Stadt oder einem Land sind (z. B. Aidukaite/Fröhlich 2015). Anknüpfend an eine große Zahl von Arbeiten zu sozialen Bewegungen und Widerstand jenseits des westlichen Kontexts, befassen sich Forschende nun mit den weniger spektakulären, informellen, basisbezogenen und alltäglichen Formen urbanen Widerstands (Jacobsson/Korolczuk 2019; Jacobsson 2016; Aliyev 2014). Während es inzwischen anerkannt und verstanden zu sein scheint, dass verschiedene politische Kontexte und Kulturen unterschiedliche Formen des Widerstands hervorbringen, erfährt die Frage, wie sich Klassenunterschiede hierauf auswirken, weitaus weniger Beachtung. Die Frage nach Klassen- und anderen sozialen Differenzen bleibt nicht nur in diesem Themenheft außen vor, sondern man findet auch profilierte Überblicksartikel, die zusammenfassen, wie die Humangeographie Widerstand theoretisch begreift, ohne dabei jemals Klassenunterschiede als einen für das Verständnis von Widerstand relevanten Aspekt zu erwähnen (Hughes 2020). Insbesondere in der Weltgegend, die ich erforsche, das heißt im postsozialistischen Europa und Eurasien, gilt es als nicht zeitgemäß, bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Widerstand auch Klassenunterschiede zu thematisieren. Abgesehen von seltenen Ausnahmen (z. B. Gagyí 2021; Ishchenko 2023; Mikuš 2018) wird nicht nur Widerstand, sondern der gesamte gesellschaftliche Wandel der vergangenen drei Jahrzehnte

in den Begriffen von Staat, Märkten und Zivilgesellschaft diskutiert. Hier wird davon ausgegangen, dass sich Widerstand, vor allem gegen Autoritarismus, in der Zivilgesellschaft zusammenbraut, und mitunter wird sogar das Scheitern demokratischer Konsolidierung in der Region der Schwäche der jeweiligen Zivilgesellschaften angelastet (Foa/Ekiert 2017; Howard 2012).

Die Klassenfrage und andere Formen sozialer Differenz – ob auf Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Gender oder Sexualität basierend – auszublenken, erscheint einigermaßen merkwürdig, da nicht wenige der kritischen Beiträge, auf die in Diskussionen über urbanen Widerstand gern Bezug genommen wird, aus der Auseinandersetzung mit Klassenunterschieden entstanden sind. Dies gilt für Arbeiten, die an Lefebvres Theorie des Rechts auf Stadt anknüpfen, denn hier geht es explizit um die Frage, *wessen* Rechte (d. h. die Rechte welcher gesellschaftlichen Klassen – sowohl im materialistischen als auch im kulturellen Sinne) wir meinen, wenn wir uns dieses Ansatzes und seiner Terminologie bedienen. Peter Marcuse (2009) beispielsweise konstatiert ausdrücklich, dass die kritische Stadttheorie sich nicht mit den Rechten jener Klassen befassen müsse, die bereits über die Gestaltungsmacht in der Stadt verfügen, sondern mit den Rechten derer, die benachteiligt, ausgeschlossen, ausgebeutet oder entfremdet sind. Auch andere klassische Arbeiten zu eher verdeckten Formen des Widerstands thematisieren klassenbedingte Unterschiede im Widerstand ganz explizit, sei es James C. Scott mit seinem Fokus auf bäuerlichen Widerstand (1985, 1989, 2012) oder Asef Bayat (1997) mit seinem Blick auf das „leise Eindringen des Gewöhnlichen“. Aber wenn solche Arbeiten für die Erforschung urbaner Basisbewegungen herangezogen werden, wird der Klassenfrage trotzdem oftmals ausgewichen (Jacobsson/Korolczuk 2019; Aidukaite/Fröhlich 2015).

Für meine eigene Forschung dazu, welchen Einfluss eine ganz bestimmte Form der Klassenspaltung – nämlich die zwischen subalternen und Mittelschichten – auf verschiedene Widerstandsbewegungen in Georgien hat, haben sich die Arbeiten von Partha Chatterjee, einem der wichtigsten postkolonialen Autoren Indiens, als hilfreich erwiesen. Chatterjee (2004) verfiht die These, dass, auch wenn angeblich alle Mitglieder einer Gesellschaft mit bürgerlichen Rechten ausgestattet und daher Teil der Zivilgesellschaft sind, tatsächlich ein großer Anteil der Bevölkerung postkolonialer Staaten wie Indien (oder, wie Chatterjee

behauptet, des größten Teils der Welt) über diese Rechte nur bedingt oder nur teilweise verfügt. Wenn eine demographisch relativ begrenzte Mittelschicht innerhalb der institutionellen Architektur des Staates auf dem zivilgesellschaftlichen Terrain Rechte für sich in Anspruch nehmen kann, dann werden die subalternen Klassen auf dem politischen Terrain jenseits des formalen Rahmens staatlicher Institutionen aktiv (ebd.). Überträgt man dieses Argument auf den postsozialistischen Kontext, wo Zivilgesellschaft in erster Linie ein Ergebnis westlicher Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und durch die Unterstützung und Intervention westlicher Geber entstanden ist (Gagyi/Ivancheva 2019), so zeigt sich, dass die Streitigkeiten um die Definition von Zivilgesellschaft ihrerseits in zunehmendem Maße mit Prozessen der Herausbildung von Klassen verwoben sind. Wie in einigen meiner Veröffentlichungen ausgeführt, hat die diskursive Darstellung bestimmter Bürger*innen als rechtsunwürdig oder im Unrecht, als unzivilisiert, rückwärtsgewandt und damit außerhalb des zivilgesellschaftlichen Terrains stehend den Regierungen ein wirksames Instrument zur Schaffung subalternen Klassen an die Hand gegeben (Rekhviashvili 2022a, 2022b). Solch eine diskursive Produktion von Subalternität oder epistemischer Verdrängung wird natürlich nicht isoliert eingesetzt, sondern in Kombination mit anderen Instrumenten der Marginalisierung und materiellen Deprivation, wie etwa der Verweigerung formaler Arbeitnehmer*innenrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder der unzureichenden Bereitstellung basaler sozialer Infrastrukturen.

Zu welcher Art des Widerstands verschiedene soziale Gruppen greifen, hängt entscheidend davon ab, ob sie innerhalb oder außerhalb des zivilgesellschaftlichen Terrains agieren, ob sie als legitime und mit Rechten ausgestattete Bürger*innen angesehen und behandelt werden. Nicht nur die Bewegungen aus den peripherisierten Gebirgsregionen Georgiens werden substanziell anders behandelt als zivilgesellschaftliche Gruppen aus der Mittelschicht, sondern auch urbane subalterne Klassen wie informell oder prekär Beschäftigte oder Selbstständige. Wenn ihre „zivilgesellschaftsartigen“ Mittel des Widerstands, wie die kollektive Mobilisierung zum Zweck der Gründung von Vereinigungen oder zur Durchführung von Protestkundgebungen, von den staatlichen Institutionen gewaltsam unterdrückt oder ignoriert werden, greifen urbane wie auch ländliche subalterne Gruppen zu informellen, unspektakulären und mitunter auch gewalttätigen Formen des Widerstands. Für

Letzteres werden sie in der Regel scharf verurteilt und noch weiter dämonisiert, was ihre subalterne Stellung noch weiter verfestigt (Rekhviashvili 2015, 2016). Obwohl urbane Subalterne – wie etwa Kleingewerbetreibende, informelle Parkplatzwächter*innen und Transportarbeiter*innen oder Binnenmigrant*innen – entscheidend zur Umgestaltung von Tiflis beigetragen haben, wurden ihre Akte des Widerstands nie als Teil urbaner (Basis-)Bewegungen begriffen oder erforscht (Rekhviashvili 2018; Berikishvili/Sichinava 2016). Diese Nichtbeachtung lässt sich dadurch erklären, dass subalternen Widerstand eher stiller und unsichtbarer Natur ist. Aber recht häufig nimmt er auch konventionelle Formen der Mobilisierung an. Anders ausgedrückt: Die Klassenzugehörigkeit bestimmt, wer sich welche Art des Widerstands leisten kann, und sie bestimmt auch, wessen Widerstand überhaupt als solcher anerkannt wird. Schlussendlich, und das ist vielleicht der wichtigste Punkt, beeinflusst der aktive, gezielte und kontinuierliche Prozess der Delegitimisierung und des Mundtot- und Unsichtbarmachens bestimmter Widerstandformen den Prozess der Klassenbildung oder trägt zumindest zur Herstellung von Subalternität bei.

4. Fragile Allianzen

Subalternen Widerstand und Widerstand aus den Reihen der urbanen Mittelschicht sollten nicht nur wegen ihrer unterschiedlichen Formen einander gegenübergestellt werden, sondern vor allem wegen der Verflechtungen und Allianzen zwischen ihnen. Subalternen Widerstand ist oftmals auf Unterstützung aus der urbanen Zivilgesellschaft angewiesen beziehungsweise leidet andersherum unter deren Nichtbeachtung. Die eingangs erwähnte Anti-Staudamm-Bewegung im Rioni-Tal war in bisher beispielloser Weise erfolgreich darin, landesweit Solidaritätsbekundungen zu erhalten, da sie eng mit den kritischen oder gegenhegemonialen Teilen der georgischen Zivilgesellschaft und Medienlandschaft kooperierte. Diese unterstützten die lokalen Anführer*innen der Bewegung mit juristischem Beistand, wissenschaftlicher Beratung und dem Zugang zu Medienberichterstattung. Auch wenn die Unterstützung leistenden zivilgesellschaftlichen Gruppen hinsichtlich ihrer Stellung in der Zivilgesellschaft insgesamt und ihrer medialen Reichweite eher unbedeutend waren, reichten ihre Ressourcen doch aus, um der Bewegung aus dem Rioni-Tal zu landesweiter Bekanntheit, Einfluss auf politische Diskurse und Solidarität seitens

diverser anderer urbaner und ländlicher Bewegungen zu verhelfen. Umgekehrt konnten kritische zivilgesellschaftliche Gruppen die lokalen Köpfe der Bewegung gegen die zahllosen Diskreditierungsversuche aus Regierung und Wasserkraftlobby verteidigen, weil es den lokalen Anführer*innen gelang, sich innerhalb der festgelegten Grenzen von Zivilität und Friedlichkeit zu bewegen. Und in der Tat: In dem Moment, in dem die Bewegung diese Grenzen übertrat, verlor sie die Unterstützung der kritischen Zivilgesellschaft und wurde wieder zurück an den Rand gedrängt (Rekhviashvili 2022a).

Die Bedeutung wie auch die Fragilität der Allianzen zwischen subalternem Widerstand und Gruppen aus der vornehmlich urbanen Zivilgesellschaft ist eine der zentralen Fragen, die es sowohl empirisch zu untersuchen als auch konzeptionell zu erfassen gilt, zumindest im postsozialistischen Kontext. Wie solche klassenübergreifenden Allianzen und Solidaritäten entstehen und wieder zerfallen oder warum sie gänzlich fehlen, erscheint mir wesentlich relevanter, als über die Stärke oder Schwäche postsozialistischer Zivilgesellschaften zu sinnieren. Allerdings bringt die Auseinandersetzung mit diesen Fragen auch die dunklere Seite der Rolle der Stadt als Bollwerk gegen Autoritarismus ans Licht.

5. Die Stadt als Bollwerk der Demokratie?

Städte können in der Tat Bollwerke gegen Autoritarismus sein, aber die Ignoranz bestimmter urbaner Widerstände kann indirekt autoritäre Repressionen anderswo unterstützen oder reproduzieren. Wie ich oben zu zeigen versucht habe, kann die Rolle des urbanen Widerstands mehr umfassen als das Infragestellen des neoliberalen autoritären Urbanismus. Gruppen, die in der Stadt mobilisieren, um ihr Recht auf die urbane Umwelt einzufordern, und von der Stadt aus agierende zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit über den urbanen Tellerrand hinausgehenden Themen befassen, können subalternen Widerstand im städtischen oder ländlichen Raum stärken, aber genauso auch schwächen. Wer Antonio Gramsci gelesen hat, weiß sowieso, dass die Zivilgesellschaft eine Doppelrolle einnehmen kann, indem sie bestimmte Formen kapitalistischer Hegemonie einerseits reproduziert und stützt, andererseits aber Widerstand gegen sie leistet (Katz 2006). Für Forschende, die sich kritisch mit der postsozialistischen Zivilgesellschaft auseinandersetzen, ist es auch nicht verwunderlich, dass diese sich in der Region überwiegend eher als Komplizin der neoliberalen Marktagenda erwiesen hat

(Mikuš 2018). Sogar jene Teile der Zivilgesellschaft, die man als kritisch und gegenhegemonial ansehen mag, können bei der Marginalisierung subalternen Widerstandsbewegungen in und jenseits der Stadt eine entscheidende und mitunter sogar destruktive Rolle spielen.

Die eingangs erwähnte Mobilisierung gegen das „Gesetz gegen ausländische Agenten“ war zweifelsohne ein entscheidender Moment des Widerstands gegen die weitere autoritäre Konsolidierung Georgiens, weil es hier zu einem Zusammenschluss von sowohl etablierten als auch einigermaßen kritischen und randständigen zivilgesellschaftlichen Organisationen kam. Dieser Allianz gelang es, beeindruckend breite gesellschaftliche Unterstützung zu gewinnen und so über einige Tage hinweg recht große Protestkundgebungen in der Hauptstadt abzuhalten, bis sie die Gesetzesinitiative gestoppt hatte. Um die Notwendigkeit des „Gesetzes gegen ausländische Agenten“ argumentativ zu untermauern, machte sich die Regierung die Entfremdung zwischen zivilgesellschaftlichen und subalternen Gruppen zunutze, indem sie Nichtregierungsorganisationen als privilegierte, gut situierte und moralisch wie auch finanziell vom Westen unterstützte Akteure darstellte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, denen der Angriff galt, versuchten, dieser Darstellung entgegenzutreten, aber solidarisierten sich nie mit subalternen Gruppen, die von der Regierung ins Visier genommen und diskreditiert wurden, wie beispielsweise die Bewegung zur Rettung des Rioni-Tals. Diese Bewegung, die schlagkräftigste Widerstandsbewegung gegen hegemoniale Entwicklungspolitik, die Georgien in den vergangenen Jahren, wenn nicht sogar in Jahrzehnten hervorgebracht hat, war das Ziel heftiger Attacken seitens der Regierungspartei. Und während zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgeworfen wurde, Agenten des Westens zu sein, wurden die Aktivist*innen aus dem Rioni-Tal der Komplizenschaft mit Russland bezichtigt, und dass sie im Sinne Russlands die Energieunabhängigkeit Georgiens verhinderten. Die Bewegung war zudem Opfer einiger der offenkundigsten und anhaltendsten Akte staatlich sanktionierter Gewalt und Repression, der mehrfachen Räumung ihrer Protestplätze, monatelanger massiver Polizeipräsenz rund um die Ortschaften, in denen protestiert wurde, sowie der Inhaftierung zahlreicher Aktivist*innen. Die fehlende Solidarität mit dieser Bewegung während der prodemokratischen Demonstrationen von Anfang März ist nur ein Hinweis darauf, dass die Unterstützung der urbanen Mittelschicht für subalterne Bewegungen äußerst zerbrechlich ist.

Bei meinem Beharren darauf, die Fragilität der Allianzen zwischen den Widerstandsbewegungen der urbanen Mittelschicht und denen subalternen Gruppen sowie ihre Bruchstellen offenzulegen, geht es mir keineswegs darum, die urbane Mittelklasse komplett zu verteufeln. Neben der Unterstützung durch eher prekäre städtische Bevölkerungsgruppen (z. B. Studierende) waren Rückendeckung und Solidarität aus den Reihen der Mittelschicht von großer Bedeutung für diverse subalterne Kämpfe.[1] Gerade weil solch eine Unterstützung für subalternen Widerstand in und jenseits der Stadt den entscheidenden Unterschied ausmachen kann, erscheint es mir wichtig, die Macht, die selbst relativ marginale urbane oder in der Stadt ansässige Aktivist*innen aus der Mittelschicht im Vergleich zu subalternen Bewegungen haben, anzuerkennen und kritisch zu reflektieren.[2] Zusammengefasst gesagt: Wenn urbaner Widerstand sich gegen autoritären Urbanismus und Kapitalismus richtet, dann sollten wir als Wissenschaftler*innen mehr Sensibilität für die sozialen Unterschiede entwickeln, von denen die Formen des Widerstands wie auch die Allianzen und Solidaritäten (bzw. ihr Fehlen) zwischen widerständigen Bevölkerungsgruppen abhängen. Dies beinhaltet auch, dass wir vorsichtiger damit sein sollten, Städte als rebellische Bollwerke der Demokratie zu idealisieren, und genauer erforschen müssen, welche anderen antiautoritären und antikapitalistischen Widerstände übersehen oder punktuell auch unsichtbar gemacht werden, während wir auf den Kampf der urbanen Mittelschichten für Demokratie fokussiert sind.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes für SocioTrans – Social Science Translation & Editing Services.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

[1] Während ich diesen Kommentar schreibe, das heißt Ende Juni/Anfang Juli 2023, haben Arbeiter*innen aus Tschiatura, einer der heruntergekommenen Bergbaustädte Georgiens, entschieden, ihren Kampf in die Hauptstadt zu tragen. Auch nach mehr als einer Woche des Streiks unter Einsatz sehr drastischer Mittel des Protests (Hungerstreik, Zunähen von Mund und Augen) wurde über die Anliegen der Arbeiter*innen in den Mainstreammedien nicht berichtet. Nur ein unbedeutender Onlinesender und einige linke Aktivist*innen aus der Stadt verbreiteten die Nachricht von den Ereignissen. Sie waren auch diejenigen, die Solidarität bekundeten und Unterstützer*innen sammelten, die sich an die Seite der Arbeiter*innen stellten, als diese in Tiflis ankamen.

[2] Ich fürchte, diese entscheidende Spaltung wird sowohl im georgischen Kontext als auch anderswo hauptsächlich deshalb oft übersehen, weil die Geschichten

der Allianzen zwischen Mittelklasse und Subalternen in recht rosigen Worten von Menschen wie mir geschrieben werden: Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen, deren Herz zwar am rechten Fleck ist, die aber letztlich auch selbst zur urbanen Zivilgesellschaft der Mittelschicht gehören.

Autor_innen

Lela Rekhviashvili ist Geographin, ihre Forschungsschwerpunkte sind: Politische Ökonomie und Regionale Geographie mit einem Fokus auf das post-sozialistische Osteuropa und Eurasien.
lel.rekhviashvili@gmail.com

Literatur

- Aidukaite, Jolanta / Fröhlich, Christian (2015): Struggle over public space: Grassroots movements in Moscow and Vilnius. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 35/7-8, 565-580.
- Aliyev, Huseyn (2014): Civil society in the South Caucasus: Kinship networks as obstacles to civil participation. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 14/2, 263-282.
- Bayat, Asef (1997): Un-civil society: The politics of the „informal people“. In: *Third World Quarterly* 18/1, 53-72.
- Berikishvili, Esma / Sichinava, David (2016): City is ours! Urban protest and politics in Tbilisi. Tbilisi: Heinrich Boell Foundation.
- Chatterjee, Partha (2004): The politics of the governed. Reflections on popular politics in most of the world. New York: Columbia University Press.
- Fair Energy Politics Collective (2021): ყველამ უნდა ვისწავლოდ გრძელვადიანი ომი, ვარლამ გოლეტიანი [We should all learn fighting long term, Varlam Goletiani]. Facebook page of Fair Energy Politics Collective [სამართლიანი ენერგოპოლიტიკისთვის]. <https://www.facebook.com/watch/?v=722234771825887> (letzter Zugriff am 27.9.2023).
- Foa, Roberto S. / Ekiert, Grzegorz (2017): The weakness of postcommunist civil society reassessed. In: *European Journal of Political Research* 56/2, 419-439.
- Gagyi, Agnes (2021): The political economy of middle class politics and the global crisis in Eastern Europe. The case of Hungary and Romania. Cham: Springer International Publishing.
- Gagyi, Agnes / Ivancheva, Mariya (2019): The reinvention of „civil society“: Transnational conceptions of development in East-Central Europe. In: Niamh McCrea / Fergal Finnegan (Hg.), *Funding, power and community development*. Bristol: Policy Press, 55-68.
- Howard, Marc M. (2012): The weakness of civil society in post-communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hughes, Sarah M. (2020): On resistance in human geography. In: *Progress in Human Geography* 44/6, 1141-1160.
- Ishchenko, Volodymyr (2023): The Minsk accords and the political weakness of the „other Ukraine“. In: *Russian Politics* 8/2, 127-146.
- Jacobsson, Kerstin (2016): *Urban grassroots movements in Central and Eastern Europe*. London: Routledge.
- Jacobsson, Kerstin / Korolczuk, Elżbieta (2019): Mobilizing grassroots in the city: Lessons for civil society research in Central and Eastern Europe. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 33, 125-142.
- Katz, Hagai (2006): Gramsci, hegemony, and global civil society networks. In: *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 17/4, 333-348.
- Marcuse, Peter (2009): From critical urban theory to the right to the city. In: *City* 13/2-3, 185-197.

Lela Rekhviashvili

- Mikuš, Marek (2018): *Frontiers of civil society. Government and hegemony in Serbia*. New York: Berghahn Books.
- Petrosiani, Zura (2023): ახალი საქართველო - გაიცანით თაობა Gen Z [New Georgia, meet Gen Z]. <https://mtavari.tv/news/115812-akhali-sakartvelo-gaitsanit-taoba-gen-z> (letzter Zugriff am 6.7.2023).
- Qeburia, Tamuna / Chubabria, Tatuli (2017): *Contentious politics: Experiences and perspectives*. Tbilisi: Human Rights Education and Monitoring Center, Heinrich Böll Stiftung.
- Rekhviashvili, Lela (2015): Marketization and the public-private divide. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 35/7-8, 478-496.
- Rekhviashvili, Lela (2016): Counterbalancing marketization informally: Georgia's new-institutionalist reform and its discontents. In: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 24/3, 255-272.
- Rekhviashvili, Lela (2018): *Contentious politics*. Tbilisi, Archive of Transition. Salentein: niggli, imprint of Braun Publishing, 122-127.
- Rekhviashvili, Lela (2022a): Struggle for Rioni Valley in between civil and political society terrains: Contested infrastructures and development politics. Tbilisi: Heinrich Boell Foundation South Caucasus Regional Office.
- Rekhviashvili, Lela (2022b): We need to talk about political society: Subaltern resistances beyond civil society in Eastern Europe and Eurasia. In: *Central Asian Survey* 42/2, 219-237.
- Scott, James C. (1985): *Weapons of the weak. Everyday forms of peasant resistance*. New Haven: Yale University Press.
- Scott, James C. (1989): Everyday forms of resistance. In: *The Copenhagen Journal of Asian Studies* 4/1, 33.
- Scott, James C. (2012): *Two cheers for anarchism. Six easy pieces on autonomy, dignity, and meaningful work and play*. Princeton: Princeton University Press.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelbladt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 233-243.

Erinnerung an rechte Gewalt in Ostdeutschland als widerständige Praxis

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Felicitas Kübler

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 Inal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

„Hinter der Erinnerung an endlose Strandtage, Meeresluft, Waldspaziergänge, an Kindergeburtstage, Störtebekerfestspiele, die prächtige Altstadt, an Bootsfahrten, Urlaube, Softeisessen, Sonnencreme, Fischteller, Kreidefelsen, da liegt noch ein anderer Teil meiner Jugend vergraben.“ So beginnt Hendrik Bolz (2022: 18) seine semi-autobiografische Erzählung über Kindheit und Jugend im Stralsund der Nachwendezeit. Eine Erzählung über „Kalte mahlende Transformationsprozesse, luftleere[n] Raum, anomische Zustände, rechte Gewalt, Deindustrialisierung [...], Abwertung, Abstieg, Scham, Schuld, Schweigen, Schweigen, Schweigen“ (ebd.: 17). Im Debattenaufschlag stellen die Autor:innen die Frage, wie Widerstand in der Stadtforschung üblicherweise theoretisiert wird. Sie beziehen sich neben kollektiven und organisierten Handlungen wie Protesten auch auf „leisere“ Praktiken des Widerstandes auf individueller und alltäglicher Ebene. Obwohl die Autor:innen Widerstand als „komplexes Phänomen“ identifizieren, das in seinen „Formen, Intentionen und Wirkungen“ differenziert (Zupan et al. 2023: 240), so handelt es sich dabei zugleich immer um Praktiken, mittels derer sich Angehörige einer marginalisierten Gruppe den dominanten Verhältnissen widersetzen. Im Folgenden richte ich den Fokus auf eine solche „leise“ Form des Widerstandes und zeige, wie Erinnerungen eine diskursive Brücke zu widerständigen Raumnahmen schlagen können. Dazu gehört, dass

gesellschaftlichen Kämpfen als erste Prämisse nicht selten der Bruch eines gesellschaftlichen Tabus vorausgeht, das mit dem Beschweigen historischen oder kontemporären Unrechts einherging (Till 2012: 10). Auf diese Weise bricht auch Bolz (2022) in seiner eingangs erwähnten Erzählung das Schweigen, gräbt einen anderen Teil seiner Jugend aus, erzählt von Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Drogenkonsum, alltäglicher Gewalt und immer wieder von Neonazis. Die Neonazis besetzen durch ihre schiere Anwesenheit und offensichtliche Gewaltbereitschaft den öffentlichen Raum und kontrollieren diesen, wie der Protagonist Hendrik am eigenen Leib erfährt, als ihm wegen seiner „schwulen Schuhe“ – roter Adidas Samba – gedroht wird, die Knochen zu brechen und den Schädel einzuschlagen (ebd.: 81). Es geht in diesem Kommentar somit um die Erinnerung an autoritäre Raumnahmen durch nicht-staatliche Akteur:innen. Anhand dieses Beispiels führe ich im Folgenden zunächst Erinnerung als eine Form von Widerstand ein, bevor ich diese Konzeption mittels der (literarischen) Erinnerung an rechte Gewalt im Ostdeutschland der Nachwendezeit eruiere.

Erinnerung kann eine Form von Widerstand sein, etwa wenn eine marginalisierte Gruppe ihre Erfahrungen von (historischem) Leid, Unrecht, Verfolgung und oft genug auch Mord artikuliert – gegen den Widerstand einer gesellschaftlich dominanten Gruppe. Ein Beispiel ist der Völkermord an den Herero und Nama, dessen Anerkennung im völkerrechtlichen Sinne der deutsche Staat bis heute verweigert (Selz 2023). Bislang hat Deutschland den Genozid nur im historischen Sinne anerkannt – und weicht damit Reparationszahlungen, die mit einer völkerrechtlichen Anerkennung verbunden wären, aus. Erinnerung als Widerstand kann durch unterschiedliche Territorialisierungen vorgebracht werden, etwa als künstlerische Intervention, als Theater (Till 2012), als Installation (Anderson/Daya 2022), als Wandbild, als Gedenkwanderung (Courtheyn 2018) oder Demonstration (Merrill/Lindgren 2020). Meist richtet sich eine solche Erinnerung als Widerstand gegen einen Staat, fordert Anerkennung, gesellschaftliche Gerechtigkeit und einen materiellen Ausgleich für historisches Unrecht. Das im Folgenden diskutierte Beispiel weicht davon in Teilen ab, eröffnet jedoch eine erweiterte Perspektive auf Erinnerung als Widerstand gegen autoritäre Politiken.

Die Erinnerung an neonazistische Gewalt in Ostdeutschland hat sich zu einem öffentlich breit diskutierten Thema entwickelt. Während die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zu

Beginn der 1990er-Jahre als massivste Ausbrüche rechter Gewalt schon länger einen festen Platz im öffentlichen Gedächtnis der Bundesrepublik haben (Begrich 2023: 277), war es der Hashtag #baseballschlägerjahre, den der Journalist Christian Bangel im Oktober 2019 erstmals auf der *Microblogging*-Plattform Twitter nutzte, durch den das alltägliche Ausmaß rechter Gewalt deutlich wurde. Unter dem Hashtag sammelten sich Erzählungen über die Normalität und Allgegenwärtigkeit der von Neonazis ausgehenden Gewalt sowie über Erfahrungen von Angst und anhaltender Traumatisierung: „Die Tweets führten in die Nachwendezeit, sie führten auf Parkplätze, in Freibäder, auf Schulhöfe. Sie erzählten von Überfällen auf öffentlichen Toiletten, von Gaspistolen an Schläfen, von Adrenalin und Todesangst.“ (Bangel 2022) Die Tweets erzählen nicht nur die Geschichte von Gewalt- und Angsterfahrungen, sondern auch die Geschichte eines autoritären Zugriffs auf den öffentlichen Raum. Verschlagwortet als „national befreite Zonen“ (Fahr 1998: 4 f.) ging es den Neonazis um die Ausübung räumlicher Kontrolle durch die temporäre Aneignung eines direkten Gewaltmonopols. Wie die Gewalt durch den so entstanden autoritären Zugriff auf alltägliche Geographien erfahren wurde, fand durch #baseballschlägerjahre seinen Ausdruck. Zuvor war die Gewalt der Nachwendezeit häufig verharmlost und entpolitisiert worden, wie beispielsweise in Moritz von Uslars Roman *Deutschboden* über eine brandenburgische Kleinstadt, auf den Manja Präkels (2017a) im Spiegel wütend erwiderte: „Sie [haben] uns gejagt, mich und meine Freunde. Sie nannten uns Zecken, und wir kapierten erst nicht, was sie meinten. Es ging ihnen auch nicht um unsere politische Haltung. Hatten wir überhaupt eine? Wir waren Mädchen mit kurzen und Jungs mit langen Haaren. Wir trugen keine Hakenkreuze zur Schau. [...] Die Straßen und öffentlichen Plätze waren nun besetzt von Glatzen-und-Seitenscheitel-Banden.“ Präkels beschrieb weiter, wie vielen nur die Flucht in die Großstadt blieb und diejenigen, die nicht fliehen konnten, „zugrunde“ gingen (ebd.). Somit hat die Erinnerung an rechte Gewalt in diesem Kontext auch eine politische Konnotation. Neben einer veränderten historischen Erzählung fordert sie von den Verantwortlichen und nicht zuletzt vom Staat Rechenschaft und Anerkennung.

Die literarische, meist (semi-)autobiografische Auseinandersetzung mit dieser Zeit wie Manja Präkels (2017b) Erzählung *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß*, Daniel Schulz' (2022) *Wir waren wie Brüder* oder Hendrik Bolz' (2022) *Nullerjahre: Jugend in blühenden Landschaften*

beschreiben ähnlich wie die erwähnten Tweets aus unterschiedlichen Perspektiven Erfahrungen rechter Gewalt in der Nachwendezeit. Vor allem Präkels legt deren traumatische Dimension offen und erzählt von der Allgegenwärtigkeit rechter Symboliken, Parolen und Gewaltandrohungen sowie den Formen der Akzeptanz, Ermutigung und des vereinzelt Widerstandes, mit denen den Rechten begegnet wurde. Doch zugleich verschwinden die Spuren dieser Gewalterfahrungen bereits nach kurzer Zeit, wie Präkels (2017b: 182) beschreibt: „Die alten Gebäude waren verwaist und innerhalb kurzer Zeit zu Ruinen verfallen. Das Gleiche galt für Kinos und Kulturhäuser. Die Wolfshöhle hatte ihre Pforten ebenso geschlossen wie andere Dorfdiskotheken, die niemanden mehr fanden, der sie versicherte. Es hatte zu viele zerschlagene Fenster, verprügelte Gäste und zertrümmerte Tresen gegeben. Von Krischi sprach man nicht. Er war bereits vergessen.“ Krischi, eine Figur des Romans, ist vermutlich an Ingo Ludwig angelehnt, der im Januar 1992 an den Verletzungen starb, die ihm Neonazis zugefügt hatten (Opferperspektive o. J.). Ähnlich wie bei vielen anderen Menschen, die von Rechten ermordet wurden, weil sie nicht in deren Weltbild passten oder Widerstand gegen sie leisteten, hat es bislang weder ein öffentliches Gedenken für Ingo Ludwig gegeben, noch wurden die Täter:innen juristisch adäquat zur Verantwortung gezogen. So überrascht es auch kaum, dass die Bundesregierung seit 1990 lediglich 113 Tötungsdelikte im Zusammenhang mit rechter Gewalt zählt, andere Stellen wie die Amadeu Antonio Stiftung (2023) jedoch von 219 Tötungsfällen und 16 Verdachtsfällen ausgehen.

Die oben umrissenen Erzählungen und Zeugnisse sind als Widerstand gegen das Vergessen rechter Gewalt zu verstehen, das mit dem Verschwinden der dazugehörigen materiellen Spuren einherging. Wichtig für die Debatte ist hier, dass Erfahrungen von Autoritarismus nicht zwangsläufig von staatlichen Institutionen ausgehen. Vielfach sind es nicht-staatliche Akteur:innen, die der staatliche Sicherheitsapparat jedoch einfach gewähren ließ. Burkhard Schröder (1997: 119 f.) beschreibt beispielsweise ein Ereignis, bei dem die Polizei linken Jugendlichen in Wurzeln unter fadenscheinigen Beteuerungen ihre Hilfe gegen einen Neonazi-Angriff auf das von ihnen bewohnte Hausprojekt verweigerte. Die oben genannten literarischen Erzählungen beschreiben, wie Eltern, Lehrer:innen und staatliche Stellen bei rechter Gewalt einfach wegsahen oder den betroffenen Jugendlichen selbst die Verantwortung zuschrieben, indem sie etwa bunte Haare als eine unziemliche Provokation

gewalttätiger Neonazis bezeichneten. Offenen Widerstand gegen Neonazis leisteten vielfach vor allem antifaschistische Aktivist:innen – durch Demonstrationen, Aufklärungs- und Monitoringarbeit oder militante Gegengewalt (Antifaschistisches AutorInnenkollektiv o. J.). Heute sind die Täter:innen von damals Erwachsene, haben Berufe ergriffen und Familien gegründet. Zugleich sind die Menschen, die damals Opfer ihrer Gewalt waren, noch immer „verletzt, unsichtbar, verstecken sich, finden keine Worte oder können nichts mehr sagen“ (Präkels 2017a). Das Erzählen von Erfahrungen rechter Gewalt bricht aus dieser Zuschreibung aus, indem sich die ehemaligen Opfer die Deutungsmacht über ihre Geschichte zurückholen. Zugleich werden das *victim blaming* und das falsche Verständnis für die jugendlichen Neonazi-Täter:innen enthüllt. Indem das erlittene Trauma durch eine alltägliche Geographie rechter Gewalt zur Sprache kommt, werden auch die betreffenden Orte in den widerständigen Diskurs eingebunden. Somit sind es die Erzählungen der erlebten Emotionen und der verkörperten Erfahrungen, die Erinnerung und Widerstand mit den beschriebenen Geographien rechter Gewalt verbinden.

Die Social-Media-Beiträge zu #baseballschlägerjahre und die erwähnten Romane zeigen, wie Orte, die Erfahrungen autoritärer Gewalt symbolisieren, erinnert und in widerständigen Praktiken und Diskursen referenziert werden können. Sie zeigen die traumatisierenden Dimensionen, die mit Erfahrungen eines autoritären Zugriffes auf Geographien des alltäglichen Lebens einhergehen – aber auch, wie diese zu einer widerständigen Praxis gewandelt werden können. Die Erzählungen zeigen, wie Orte von Gewalterfahrungen mit intensiven Emotionen und Affekten verbunden wurden, wie sie der Angst und den Zuschreibungen (etwa als „Zecke“, Präkels 2017a), Ausdruck verliehen. Doch durch das (literarische) Zeugnis widersetzen sich die Erzählenden dieser Zuschreibung und leisten Widerstand gegen die dominanten Diskurse des Schweigens über die Alltäglichkeit rechter Gewalt. Zudem richtet sich der Widerstand gegen die vielfache Weigerung des Staates, Verantwortung für das Versagen von Sicherheitsbehörden zu übernehmen, die Täter:innen zur Verantwortung zu ziehen und den Opfern Anerkennung zuteilwerden zu lassen. Durch die Erzählungen von rechter Gewalt hat sich der öffentliche Diskurs verschoben, doch eine offizielle Anerkennung der Opfer und eine juristische Aufarbeitung stehen vielfach noch aus.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Felicitas Kübler ist Geographin und promoviert zu gegenhegemonialen und antifaschistischen Erinnerungspraktiken.
Felicitas.Kuebler@aau.at

Literatur

- Anderson, Molly / Daya, Shari (2022): Memory justice in ordinary urban spaces: The politics of remembering and forgetting in a post-apartheid neighbourhood. In: *Antipode* 54/6, 1673-1693.
- Amadeu Antonio Stiftung (2023): Todesopfer rechter Gewalt. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (letzter Zugriff am 29.04.2023).
- Antifaschistisches Autor:innenkollektiv (o. J.): Hinter den Kulissen... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg. Eine Broschüre über Hintergründe und Vordergründe der Brandenburgischen Neonaziszene. o. O: Selbstverlag.
- Bangel, Christian (2022): #baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72/49-50, 4-9.
- Begrich, David (2023): Östliche Versprechen. Warum die alte DDR den Rechten zum Experimentieren taugt. In: Gideon Botsch / Friedrich Burschel / Christoph Kopke / Felix Korsch (Hg.), *Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat*. Berlin: Verbrecher Verlag, 277-296.
- Bolz, Hendrik (2022): Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Courtheyn, Christopher (2018): Territories of peace. Alter-territorialities in Colombia's San José de Apartadó peace community. In: *Journal of Peasant Studies* 45/7, 1432-1459.
- Fahr, Margitta-Sybille (1998): „Unser Kampf ist National“. In: *Bulletin* 1/98, 4-7.
- Merrill, Samuel / Lindgren, Simon (2020): The rhythms of social movement memories. The mobilization of Silvio Meier's activist remembrance across platforms. In: *Social Movement Studies* 19/5-6, 657-647.
- Präkels, Manja (2017a): Echte Männer, geile Angst. In: *Spiegel online*, 9.12.2017. <https://www.spiegel.de/spiegel/moritz-von-uslars-roman-deutschboden-und-die-wirklichkeit-a-1182454.html> (letzter Zugriff am 29.04.2023).
- Präkels, Manja (2017b): Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Till, Karen (2012): Wounded cities. Memory-work and a place-based ethics of care. In: *Political Geography* 31/1, 3-14.
- Opferperspektive – solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V. (o. J.): Ingo Ludwig. In: *Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg*. <https://todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/ingo-ludwig/> (letzter Zugriff am 24.04.2023).
- Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst. Hamburg: Rowohlt.
- Selz, Christian (2023): Namibia: Ein Stein gegen das Vergessen. In: *nd online*, 21.04.2023. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1172644.voelkermord-an-herero-und-nama-namibia-ein-stein-gegen-das-vergessen.html> (letzter Zugriff am 29.04.2023).
- Schulz, Daniel (2022): *Wir waren wie Brüder*. Berlin: Hanser.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelblatt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 233-243.

Widerstand mit Architektur? Beispiele aus der DDR

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Kirsten Angermann

Die vier Autor*innen rufen im Debattenaufschlag (Zupan et al. 2003) zum Nachdenken über Formen städtischen Widerstands in autoritären Systemen auf. Sie überzeugen mit der Ausgewogenheit ihres Beitrags, aber auch mit ihren nachvollziehbaren Fragen und Zweifeln hinsichtlich des Themas *Widerstand*. Aus der Perspektive der Architektur- und Städtebaugeschichte lässt sich am besten anhand konkreter Beispiele darüber nachdenken. Im Folgenden stelle ich daher zunächst drei Fallbeispiele aus meiner Forschung zur Geschichte von Städtebau und Architektur in der späten DDR vor. Anschließend analysiere ich diese mit dem von Zupan et al. vorgeschlagenen Dreischritt hinsichtlich ihrer Formen, Intentionen und Wirkungen. Im Weiteren ergänze ich dies um Definitionen aus der Oppositionsforschung zu Ostdeutschland sowie aus der Architekturtheorie, um der Frage nachzugehen, in welcher Form Widerstand in der DDR mit und durch Architektur ausgedrückt werden konnte.

1. Widerstand durch Architektur: drei Beispiele

Ein im Kontext von Widerstand in der DDR-Architektur immer wieder angeführtes Beispiel (u. a. bei Kil 1990; Hain 2000; Weizman 2012) sind die beiden Architekten Christian Enzmann und Bernd Ettl. Beide waren Mitarbeiter der Bauakademie in Berlin und beteiligten sich zu Beginn der 1980er Jahre als Duo an städtebaulich-architektonischen Wettbewerben. Eine erste Provokation war 1983/1984 ihr ohne Genehmigung durch die

DDR in der Bundesrepublik eingereichter Wettbewerbsbeitrag für eine Gedenkstätte auf dem ehemaligen Prinz-Albrecht-Gelände in Berlin-Kreuzberg, dem heutigen Standort der „Topographie des Terrors“. Darin verbanden sie das Gedenken an die NS-Diktatur mit den baulichen Anlagen des DDR-Grenzregimes sowie mit Textpassagen zu Entwicklungsstadien einer Diktatur.[1] In den gleichen Jahren entstanden zwei weitere Wettbewerbsentwürfe, die keine Vorschläge für realisierbare Architektur, sondern gezeichnete Manifeste waren. Enzmanns und Ettels Beitrag zur Neugestaltung des Berliner Bersarinplatzes ist dabei als allegorische Kritik sowohl an der Planungspraxis der DDR als auch an ihrem Staatssystem selbst aufzufassen. Zentraler Bestandteil ist ein „Kunstobjekt ‚Ikarusflug‘“, das den Bürger_innen vor den aufgerissenen Fassaden der verfallenden Bestandsbauten den individuellen Versuch eines Flugs in die Freiheit ermöglichen sollte. Die Fliegenden würden jedoch unmittelbar nach Passieren eines Tores durch „die staatliche Gewalt, symbolisiert durch Laserkanonen“ getroffen und abstürzen (Enzmann/Ettel 1990: 64). Enzmann und Ettl wurden 1984 verhaftet und wegen „Herabwürdigung der Bau- und Friedenspolitik der DDR“ sowie illegaler Kontaktaufnahme zum Westen angeklagt und zu Gefängnisstrafen verurteilt (Sandrock 1987).

Ein zweites Beispiel ist die Bau- und Planungsgeschichte des *Bowlingtreffs* in Leipzig. Hier entstanden 1987 in einem ausgedienten unterirdischen Umspannwerk am brachliegenden Wilhelm-Leuschner-Platz Bowlingbahnen. Oberirdisch wurde ein achteckiges Eingangsbauwerk errichtet. Das Projekt wurde zwar mit Genehmigungen der lokalen Administrationen – den Räten von Stadt und Bezirk Leipzig – geplant, jedoch ohne die notwendige Bilanzierung und Genehmigung der staatlichen Plankommission sowie des Ministerrates. Der Bowlingtreff war damit im Verständnis der Zeit ein Schwarzbau. Der Bau erfolgte faktisch ohne Budget, vorrangig mithilfe sogenannter Feierabendarbeit der planenden Architekten (leitend: Winfried Sziegoleit und Volker Sieg), in unzähligen Arbeitsstunden ehrenamtlich Engagierter und abkommandierter Gruppen von Studierenden und Pionier_innen sowie mit Materialresten von anderen Bauvorhaben (vgl. Topfstedt 1990; Angermann 2022). Das Ergebnis war ein Gebäude, das nicht nur dem in der DDR seltenen Typus des Freizeitcenters entsprach oder mit Bowlingbahnen und Fitnessräumen Beschäftigungen nach US-amerikanischem Vorbild bot, sondern das zudem durch seine Gestaltung

Widerstand mit Architektur? Beispiele aus der DDR

mit rosa Stützen, hellgelben Wänden, Kapitellen, Zierbalkonen und einer großen Glaspassage zu den verspieltesten Architekturen der DDR-Postmoderne gehört – und das vor der Kulisse der verfallenden Bauten in seiner Umgebung.

Als letztes Beispiel möchte ich den Wettbewerb für die Leipziger Innenstadt anführen. Vor dem bereits erwähnten Hintergrund des desolaten Zustands der Leipziger Innenstadt wurde 1988 ein offener städtebaulich-architektonischer Ideenwettbewerb ausgelobt, der Anregungen

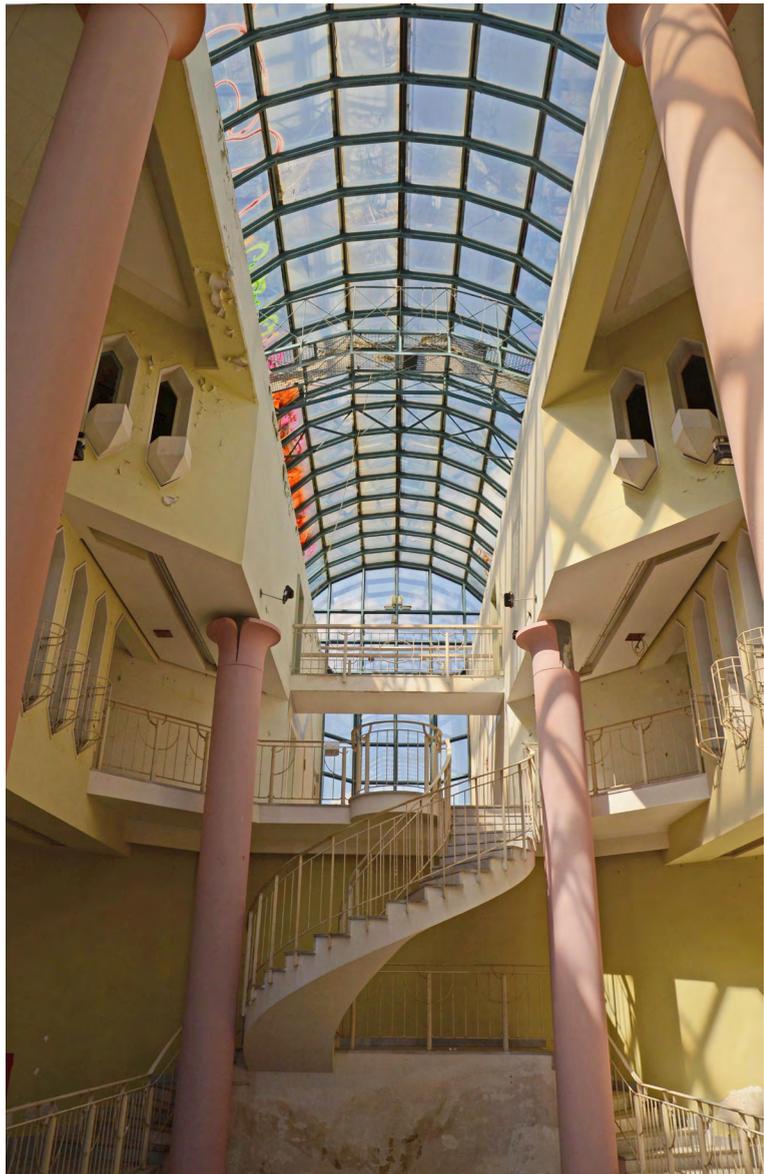


Abb. 1 Eingangshalle des Bowlingtreff Leipzig, Zustand 2015 (Foto: Kirsten Angermann)

für die Profilierung Leipzigs als zukunftsfähige Messe- und Buchstadt sowie für die Bebauung der verbliebenen Kriegsbrachen liefern sollte. Die Einreichungen überraschten die Jury. Viele Entwürfe vor allem jüngerer Architekt_innen zitierten hinfällig bekannte Beispiele der internationalen, *westlichen* Postmoderne. Sie wiesen zudem eigenständige Interpretationen einer zeitgenössischen Architektur auf und zeichneten überdies ein Bauprogramm vor, das mit den vorhandenen Ressourcen gar nicht realisierbar gewesen wäre. Das Bauministerium verfügte daher, die Wettbewerbsbeiträge zurückzuhalten, um bei der Bevölkerung keine Begehrlichkeiten zu wecken.[2]

2. Analyse: Formen, Intentionen und Wirkungen

Unter der Annahme, dass alle drei Beispiele widerständige Handlungen beinhalten, kann man sie entlang der vorgeschlagenen drei Dimensionen nach Form, Intention und Wirkung analysieren. Dabei wird deutlich, dass diese Unterscheidung nicht immer trennscharf möglich ist.

Bezüglich der *Form* gingen die Architekten Enzmann und Ettl zum einen individuell vor und blieben ihre Provokationen der Öffentlichkeit und auch einem Großteil der Fachöffentlichkeit verborgen. Zum anderen wählten sie mit Architekturwettbewerben ein Medium, für das zumindest die Option einer öffentlichen Publikation bestand, wie sie im Fall des Wettbewerbs zum West-Berliner Prinz-Albrecht-Gelände auch erfolgte (Bauausstellung Berlin 1985). Die *Intention* der beiden ist zwar offenkundig widerständig, aber dennoch nicht eindeutig: War es eine Form politischer Dissidenz, die das System zu stürzen versuchte oder wollten beide nur Argumente für ihren bis dahin verweigerten Ausreisewunsch liefern (vgl. Sandrock 1987)?

Das Vorgehen der Beteiligten beim Bau des Bowlingtreffs kann als offen artikuliert bezeichnet werden, immerhin entstand mitten in Leipzig für alle sichtbar ein Gebäude. Aber war dies auch getragen von einem kollektiven Willen? Oder kann man letztlich nur Einzelpersonen die Intention – und auch die Handlungsmacht – zuschreiben, mit dem Bowlingtreff eine Protestnote an die politischen Entscheider_innen in der Hauptstadt zu senden?

Unterstellt man den Teilnehmer_innen des Leipziger Wettbewerbs von 1988 widerständiges Verhalten oder zumindest eine kritische Haltung, so wäre dies ebenso eine (fach-)öffentliche Form des Widerstands, der aber jeweils individuell getragen wurde. Auch hier lässt sich ex post kaum

erschließen, ob die Architekt_innen mit ihrer Architektursprache provozieren wollten oder ob sie recht unpolitisch oder gar unbedarft einfach die Freiheiten nutzten, die ihnen die offene Wettbewerbsauslobung bot.

Letztlich überrascht vor allem der Blick auf die *Wirkungen* der drei Beispiele. Die offenkundigste und artikulierteste Form des Widerstands von Enzmann und Ettel hatte die größten individuellen und beinahe die geringsten gesellschaftlichen Auswirkungen. Die beiden wurden inhaftiert, Bernd Ettel 1986 immerhin von der Bundesrepublik freigekauft, aber eine spürbare Veränderung der Planungspolitik oder gar des politischen Systems lässt sich nicht ausmachen – mit Ausnahme einer 1989 im Bund der Architekten der DDR diskutierten, aber offenbar nicht mehr verabschiedeten Verschärfung der Regelungen zur Teilnahme an internationalen Architekturwettbewerben.[3] Der Protest der Leipziger_innen gegen die von ihnen wahrgenommene Bevorzugung von Bauvorhaben in der Hauptstadt Berlin (Ost) und impliziter gegen den Verfall der Leipziger Innenstadt, den man mit dem Bowlingtreff assoziieren kann, verpuffte auch beinahe. Zwar erreichten die Akteur_innen das Ziel ihrer „urban ingenuity“ (Demshuk 2020), nämlich die Realisierung eines Freizeitcenters. Als jedoch Ministerrat und Bauministerium auffiel, dass das Vorhaben nicht bilanziert war, wurde nicht etwa der Bau gestoppt. Vielmehr wurde die Eröffnung kurzerhand auf den Juli 1987 datiert und damit in das gleichzeitig stattfindende Rahmenprogramm des VIII. Turn- und Sportfestes Leipzig eingebettet. Die subversive Note wurde dadurch eliminiert und der Schwarzbau nicht nur legalisiert, sondern auch noch für eine Leistungsschau des Staates instrumentalisiert. Der Bowlingtreff ist somit wohl eher ein Beispiel für die im Debattenaufschlag genannte Möglichkeit, dass subversive Praktiken bestehende Systeme ungewollt stabilisieren.

Im Fall des Leipziger Wettbewerbs von 1988 ist das Verhältnis zwischen Intention und Wirkung genau umgekehrt. Wahrscheinlich ist, dass die meisten Wettbewerbsteilnehmer_innen gar keinen Eklat provozieren wollten. Vielen muss in Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Situation der DDR jedoch bewusst gewesen sein, dass ihre Entwürfe letztlich nicht realisierbar waren. Genau das beflügelte vielleicht zu einer Art Leistungsschau. Die Gegenüberstellung des gestalterischen Potenzials der Architekt_innen mit den limitierten Möglichkeiten des Bauwesens in der DDR brachte ein erhebliches Ungleichgewicht zutage, das dem bestehenden System hätte gefährlich werden können. Das Bauministerium

reagierte daher mit der drastischen Maßnahme, die Ergebnisse des Wettbewerbs möglichst erst gar nicht der Öffentlichkeit zu präsentieren und den Wettbewerb so faktisch unter den Tisch fallen zu lassen. Wie sehr der Wettbewerb jedoch die Beteiligten bewegt hatte, zeigt sich unter anderem daran, dass er gleich im Herbst 1989 (Fischer 1989) und Frühjahr 1990 (Fischer/Groß 1990) ausführlich publiziert wurde.

3. Diskussion: Was heißt hier Widerstand?

Ich möchte hier noch einmal der von mir zuvor getroffenen Annahme nachgehen, in allen drei Beispielen sei widerständiges Handeln zu erkennen. Wann wurde hier jeweils was zum Widerstand und wie kann dieser definiert werden?

Hier möchte ich zunächst auf eine politikwissenschaftliche Differenzierung von zwei Formen des Widerstands eingehen: Opposition und Dissidenz (beispielhaft definiert bei Daase/Deitelhoff 2014: 12). Beide hätten zum Anliegen, „politische Alternativen zur herrschenden Ordnung [zu] formulieren“, unterschieden sich jedoch wesentlich darin, „ob sie die Ordnung und die darin geltenden Spielregeln politischer Teilhabe akzeptieren und mit ihnen konform gehen (Opposition) oder ob sie diese Spielregeln ablehnen oder bewusst überschreiten (Dissidenz).“ (ebd.) Opposition hätte demnach vorrangig *policies* zum Gegenstand des widerständigen Agierens, also konkrete politische Inhalte, während Dissidenz bis hin zum Widerstand sich gegen *polity* richte, also gegen institutionelle Strukturen bis hin zum gesamten politischen System (ebd.).

In Bezug auf die DDR existieren in der Forschung unterschiedliche Unterscheidungen zwischen Opposition, Widerstand und Dissidenz. Ehrhart Neubert unterscheidet analog zu den Politikwissenschaften je nach rechtlicher Ebene und der Intention der politischen Gegnerschaft zwischen Opposition innerhalb und Widerstand außerhalb des politischen Systems. Zudem fügt er beiden den „Widerspruch“ als mildere Form der Gegnerschaft hinzu (Neubert 1999: 33–34). Ilko-Sascha Kowalczyk (1995: 97 ff.) differenziert hingegen vier Formen: den „Massenprotest“ als kollektives und seltenes Großereignis, den „politischen Dissens“, der weitgehend mit den vorgenannten Formen von Dissidenz und Opposition synonym ist, den „soziale[n] Protest“, der sich im Grundsatz gegen soziale Erscheinungen innerhalb des Herrschaftssystems richte, sowie die „gesellschaftliche Verweigerung“ als alltägliche Form des Widerstands.

Gerade jene Formen, die einem niedrigschwelligen und damit weitläufigeren Verständnis von Widerstand entsprechen, scheinen mir geeignet, um widerständige Praktiken in der Architektur der DDR zu beschreiben. Ines Weizman führt hierzu mögliche Ausdrucksformen des „architektonischen Dissenses“ in der DDR an. Diese können Kowalczyks Vorstellung von Verweigerung für den Kontext der Architektur präzisieren. Dissens könne demnach „durch Verweigerung (an staatlichen Projekten teilzunehmen), durch Untergrabung der Normen und Sprache der dominierenden Architektur oder durch Rückzug in die private Domäne der Papierarchitektur [...]“ erfolgen (Weizmann 2012: 109, Übers. d. A.).

Betrachtet man Verweigerung/Widerspruch, Opposition/Widerstand und Dissidenz als Stufen einer Eskalation, so können wohl nur die Aktionen von Enzmann und Ettl als Dissidenz gewertet werden – und das auch nur, wenn man von ihrer persönlichen Motivation einer Ausreise absieht. Die Akteur_innen beim Bau des Bowlingtreffs agierten hingegen innerhalb der rechtlichen Spielregeln, sieht man von den fehlenden staatlichen Genehmigungen ab. Ihr Handeln beinhaltete weniger politische Forderungen und kann eher als bezirkliches Aufbegehren im Sinne von Widerspruch gegen die staatliche Planungshoheit gewertet werden. Schließlich drückten die Leipziger Wettbewerbsteilnehmer_innen eine Form von Widerstand aus, indem sie gezielt den gestalterischen Konsens der Architektur der DDR verließen – was sie zwar nicht unmittelbar als widerständig intendierten, was die Jury jedoch aufgrund der Verweise auf westliche Vorbilder so aufnehmen musste.

4. Resümee: Vor- und Nachteile eines breiten Verständnisses von Widerstand

Kann eine weit gefasste Definition von Widerstand dabei helfen, widerständige Praktiken zu verstehen? Oder birgt sie nicht genau die Gefahr, als Historiker_in Widerstand zu identifizieren, wo gar keiner war? Oder trägt sie dazu bei, das Akteur_innen sich im Nachhinein als Widerständler_innen gerieren? Diese Gefahren bestehen sicherlich; ihnen kann wohl nur durch präzise Einzelfallbetrachtungen aus dem Weg gegangen werden. Ich plädiere dennoch für ein solch weitläufiges Verständnis, da es subtile Praktiken und Handlungen einschließt, die eine engere Definition ausschließen würde. Die im Debattenaufschlag angeführten Modelle von Widerstand, die aus Sicht westlicher Demokratien heraus entwickelt wurden, versagen in diesem Kontext ob der vielfältigen Mischformen,

Widersprüche, Dissonanzen sowie Gleichzeitigkeiten widerständiger Praktiken.

Als These möchte ich formulieren, dass insbesondere Formen des Widerstands unterhalb der Schwelle von Opposition und Dissidenz Veränderungen bewirkt haben – sozusagen als stetiges Höhlen des Steins. Gleichfalls sollte an einer engen definitorischen Fassung der Begriffe Opposition und Dissidenz festgehalten werden, um nicht aus allen kritischen Handlungen Dissident_innen und Oppositionelle herauszulesen. Zu fragen bleibt, ob als spezifische Formen des Widerstands in der DDR auch die Emigration oder der Rückzug aus dem Beruf oder in Nischen zu ergänzen wären. Viele ausgebildete Architekt_innen, die sich den Einschränkungen und Zwängen im Bauwesen nicht unterwerfen wollten, verließen ihren Beruf vollständig. Sie wurden Architekturjournalist_innen oder -kritiker_innen oder gingen etwa in die Denkmalpflege. Für die Architektur der DDR scheint mir dies eine weitere typische Form eines – wenn auch zumeist wirkungslosen – Widerstands zu sein.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.“

Endnoten

- [1] Vgl. die Dokumentation auf der Website der Architekten (Enzmann/Ettel o. J. [1983]).
- [2] Vgl. die Ausführungen des Staatssekretärs im Bauministerium und Juryvorsitzenden Karl Schmiechen im Protokoll der Jurysitzung. Stadtarchiv Leipzig, BCA V, Nr. 367, Bd. 3, Bl. 23.
- [3] Vgl. Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), DY 15 / 744.

Autor_innen

Kirsten Angermann ist Architekturhistorikerin und Denkmalpflegerin. Sie forscht und arbeitet zum 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt auf Postmoderne und DDR.
kirsten.angermann@uni-weimar.de

Literatur

- Angermann, Kirsten (2022): Plattendekor, gesprengte Giebel, rosa Stützen. Bauen in den 1980er Jahren in der DDR. In: Carina Kitzenmaier / Matthias Noell (Hg.), Tendenzen der 80er-Jahre. Architektur und Städtebau in Deutschland. Berlin: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, 24-31.
- Bauausstellung Berlin (Hg.) (1985): Dokumentation: Offener Wettbewerb Berlin Südliche Friedrichstadt. Gestaltung des Geländes des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais. Berlin: Bauausstellung Berlin.

Widerstand mit Architektur? Beispiele aus der DDR

- Deitelhoff, Nicole / Daase, Christopher (2014): Zur Rekonstruktion globaler Herrschaft aus dem Widerstand. Internationale Dissidenz Working Paper 1/2014. <https://dissidenz.net/publikationen/working-papers/working-paper-12014-daase-deitelhoff/> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Demshuk, Andrew (2020): Bowling for communism. Urban ingenuity at the end of East Germany. Ithaca: Cornell University Press.
- Enzmann, Christian / Ettl, Bernd (1990): Bersarinplatz. Ostberlin. Städtebaulicher Wettbewerb. In: ARCH+ 22/103, 64-65.
- Enzmann, Christian / Ettl, Bernd (o. J. [1983]). Planspiel Diktatur. Wettbewerb Prinz-Albrecht Gelände Berlin, 1983. <http://www.enzmann-ettel.de/seite03.html> (letzter Zugriff am 11.09.2023).
- Fischer, Dietmar (1989): Ideen für das Stadtzentrum. Zum DDR-offenen Architekturwettbewerb 1988. In: Leipziger Blätter 8/15, 33-41.
- Fischer, Dietmar / Gross, Ambros G. (1990): Ideen für Leipzig. Wettbewerb für die Gestaltung des Zentrums. In: Architektur der DDR 39/3, 9-42.
- Hain, Simone (2000): Zwischen Arkonaplatz und Nikolaiviertel. Stadt als soziale Form versus Inszenierung. Konflikte bei der Rückkehr in die Stadt. In: Paul Kahlfeldt / Josef Paul Kleihues / Thorsten Scheer (Hg.), Stadt der Architektur, Architektur der Stadt. Berlin 1900-2000. Berlin: Nicolai, 337-347.
- Kil, Wolfgang (1990): Staatsfeindliche Entwürfe. In: ARCH+ 22/103, 62-64.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (1995): Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe / Rainer Eckert / Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Berlin: Ch. Links, 85-115.
- Neubert, Ehrhart (1999): Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR? In: Eberhard Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen: Leske + Budrich, 17-46.
- Sandrock, Martha (1987): Haft verbüßt – Geschichte bewältigt? In: taz. die tageszeitung, 18.08.1987. <https://taz.de/Haft-verbuesst---Geschichte-bewaeltigt!/1861616/> (letzter Zugriff am 29.04.2023).
- Topfstedt, Thomas (1990): Gepriesener Neubau Bowlingtreff. In: Leipziger Blätter 9/16, 35-37.
- Weizman, Ines (2012): Citizenship. In: Greig Crysler / Stephen Cairn / Hilde Heynen (Hg.), The SAGE handbook of architectural theory. London: Sage, 107-120.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelblatt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 11/3-4, 233-243.

Widerstand und Infrastrukturen: das Beispiel Energiedemokratie

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Sören Becker

1. Einleitung

„Was heißt hier Widerstand?“, fragen Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens in ihrem Aufsatz zur Diskussion, den sie auf den Widerstand im Kontext autoritären Urbanismus und verschiedene Beispiele einer offenen oder stillen, bewussten oder unbewussten Opposition fokussieren. Ihr Ziel ist es, über die prominenten Erzählungen sozialer Bewegungen in den Feldern Wohnen, Ernährung oder „Recht auf Stadt“ im Allgemeinen hinauszugehen (vgl. Schipper 2013; Vogelpohl 2018). Die Autor*innen legen dabei Wert auf „leisere Praktiken“ (Zupan et al. 2023: 236) und grenzen sich von einer allzu schnellen Wertung von Aktivitäten als Widerstand aus einer externen, beobachtenden Perspektive ab. Ihr Plädoyer besteht darin, genauer hinzuschauen, um Widerstand, die damit verbundenen Taktiken und deren Auswirkungen zu verstehen. Dieser Kommentar nähert sich der Thematik mit einem Blick auf Widerstand gegen oder Kämpfe um technische Infrastrukturen in der Stadt.

Auf den ersten Blick erscheinen die technischen Infrastrukturen einer Stadt als vorrangig funktionale Gebilde. Straßen, Wasser- und Stromversorgung erfüllen – unabhängig davon, ob es sich um einen autoritären oder liberalen urbanen Kontext handelt – ähnliche Zwecke, und auch die Feinheiten technischer Funktionalitäten unterscheiden

sich nicht wesentlich. Trotzdem gelten Infrastrukturen längst nicht mehr als neutrale Installationen. Mit dem *infrastructural turn* der Sozialwissenschaften gerät das komplexe Wechselspiel zwischen Infrastrukturen und sozialen Beziehungen (bzw. Verhältnissen) in den Blick (Amin 2014; Harvey/Jensen/Morita 2016). Städtische Infrastrukturen werden politisch: Ihre materielle Konfiguration ermöglicht soziale und ökonomische Prozesse, schließt andere Verwendungen aus, (re-)produziert soziale und räumliche Ungleichheiten und spiegelt gesellschaftliche Strukturen und Machtpositionen wider (McFarlane/Rutherford 2008; van Veelen et al. 2021).

Diese produktiven Eigenschaften von Infrastrukturen werden international vor allem in Bezug auf die räumlich ungleiche Versorgung infolge neoliberaler Privatisierungsprozesse (Stichwort: *splintering urbanism*, vgl. Graham/Marvin 2022) und die Anpassung von Infrastrukturen vor dem Hintergrund der sich entfaltenden Klimakrise diskutiert (Rutherford/Coutard 2014; Wiig et al. 2023). Auch in der deutschsprachigen Geographie werden die sozialen Dimensionen von Infrastrukturen aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht: Darunter fallen Infrastrukturen als Gegenstand des Lernens (Tuitjer/Müller 2021) und von populistischen Diskursen (Naumann 2021) sowie als Technologien, die intime Erfahrungen im städtischen Raum vermitteln können (Hutta/Schuster 2022). Nicht zuletzt steuern Infrastrukturen den gesellschaftlichen Stoffwechsel: den aktuell nicht nachhaltigen und häufig auf städtische Zentren bezogenen stofflichen und energetischen Input für Produktion und Konsumption sowie den Abtransport der nicht in Atmosphäre oder Biosphäre verkappten Reststoffe (Bauriedl 2022).

Einmal errichtet, erscheinen Infrastrukturen als beständig und sichern – gestützt durch soziale Institutionen – das „normale“ Funktionieren einer Gesellschaft oder Stadt ab (Monstadt 2009). Doch Nate Millington (2018) weist darauf hin, dass Infrastrukturen Ausdruck und Medium städtischer Politik sind: Sowohl ihre materielle und technische Konfiguration als auch ihre wirtschaftliche und politische Organisation determinieren deren Zweck und Nutzung. Infrastrukturen repräsentieren damit die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Entstehung. Aus ihnen lassen sich die „genealogies of modern power“ (Boyer 2014: 325) ablesen, von der Formierung von Verkehrsverbindungen im Kontext der westeuropäischen Staatenbildung (Turner 2020) über die Lenin'sche Losung des „Kommunismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung“ bis

hin zur Errichtung von größeren Staudammprojekten als Teil staatlicher Modernisierungs- und Entwicklungsstrategien (Kaika 2006). Marxistische Ansätze verweisen zudem auf die Doppelrolle von Energie- und Transportinfrastrukturen als Voraussetzung für die Beschleunigung und Globalisierung kapitalistischer Wirtschaftsmodelle und als räumlich fixiertes Kapital (Huber 2009; Angel 2022). Doch was bedeutet das für Widerstand? Und wie lässt sich der Zusammenhang von Infrastrukturen und autoritärem Urbanismus fassen?

2. Infrastrukturen als Gegenstand von Widerstandsbewegungen

Wenn wir Infrastrukturen als stabil verstehen, wird Widerstand schnell auf kleinmaßstäbliche Praktiken wie das illegale Abzweigen von Wasser aus Bewässerungskanälen oder den Stromklau durch informelles Anzapfen von Stromnetzen beschränkt (Schmitt 2017). Historische Arbeiten zeigen jedoch, wie die Infrastrukturpolitik unterschiedlicher Regierungen die Entwicklung von technischen Systemen, aber auch von Urbanisierungsprozessen bestimmt (für Berlin siehe Moss 2020). Häufig war die Kontrolle von Infrastrukturen direkt mit politischen Machtkämpfen verbunden, wie Erik Swyngedouws (2015) Analyse zentralisierter Großprojekte der Wasserkraft zeigt, die im franquistischen Spanien zur Herrschaftssicherung genutzt wurden. Gleichsam können die technischen Eigenschaften von Infrastrukturen widerständige Praktiken begünstigen oder verhindern, wie Timothy Mitchell (2009) am Beispiel Steinkohle mit Blick auf die Blockademöglichkeiten des Abbaus unter Tage und des Transports in historischen Kämpfen um Arbeitsrechte und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen zeigt.

Widerstand gegen Infrastrukturen hat eine Tradition in West- wie in Ostdeutschland, die selbstverständlich in einem anderen Kontext mit unterschiedlichen Mitteln und Taktiken operierte (z. B. „Eingaben“ [1] in der ehemaligen DDR, vgl. Knabe 1988). Unterschiedliche soziale Bewegungen fundierten ihre Kritik mit einer Mischung aus ökologischen Motiven und einer Ablehnung technokratischer Entscheidungsprozesse. Dies gilt für die Proteste gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens wie für den bundesweit verbreiteten Widerstand gegen die Atomenergie, für Proteste gegen ein geplantes Atomkraftwerk in Stendal wie für jene gegen das geplante Siliziumwerk in Dresden-Gittersee.

Auch heute, im vereinten Deutschland, können Konflikte um Infrastrukturen als Ausdruck größerer politisch-ökologischer Konfliktlinien

gedeutet werden, die sich an spezifischen Schauplätzen materialisieren (vgl. Oßenbrügge 2021). Einerseits besteht Widerstand gegen fossile Infrastrukturen wie Kohlekraftwerke und -tagebaue, Gasleitungen und Terminals für die Anlandung von Flüssiggas sowie Autobahnneubauten und -erweiterungen. Andererseits entflammten vielerorts Proteste gegen Windenergieanlagen, Übertragungsnetze, Biomassekraftwerke, Bahnhofprojekte und so weiter. Dabei wird „auf beiden Seiten“ häufig mit fehlender Mitbestimmung argumentiert, während vor Ort die Auswirkungen entfernter – entweder auf höheren politischen Ebenen oder in städtischen Zentren getroffener – Entscheidungen getragen werden müssen. Diese wiederkehrenden Muster begründen Infrastrukturen als Ausgangspunkt für Überlegungen zu Autorität und Widerstand.

3. Ansätze von Energiedemokratie

Neben der Opposition von und Protesten gegen Infrastrukturprojekte(-n) verschiedener Art, die von friedlich bis militant reichen, zeigen Kampagnen für Energiedemokratie zwei weitere Ansätze für produktive Auseinandersetzungen mit der Umgestaltung von Infrastrukturen auf: erstens die technische Rekonfiguration hin zu stärker dezentralisierten Lösungen und zweitens die gesellschaftliche Aneignung zentraler Infrastrukturen. Beide Entwicklungen zeigten sich in den letzten beiden Dekaden, obwohl der Energiesektor – unabhängig vom politischen System – durch eine starke organisatorische Konzentration und eine dezidierte Nähe zu politischer Macht auf verschiedenen räumlichen Ebenen charakterisiert war (vgl. Wollmann/Marcou 2010). Gerade vor dem Hintergrund der flächendeckenden Privatisierungen in den 1990er- und 2000er-Jahren sind entsprechend „widerständige“ Ansätze einer ökologischen, sozialen und demokratischen Umgestaltung der Energieversorgung hoch zu gewichten, da sie technische Konfigurationen und die Eigentumsverhältnisse von Infrastrukturen als politisches Thema positionieren (Becker/Naumann 2021).

Der erste Ansatz der technischen Dezentralisierung steht in der Tradition klassischer Arbeiten der Technikgeschichte und der Science-and-Technology-Forschung. Die Autor*innen ziehen ihre Schlussfolgerungen aus einer kombinierten Betrachtung von technischen und organisatorischen Komponenten: Vereinfacht gesagt, stehen kleintechnische und selbstverwaltete Technologien großtechnischen Lösungen gegenüber, die auch aufgrund ihrer Komplexität hierarchische oder

Widerstand und Infrastrukturen: das Beispiel Energiedemokratie

„autoritäre“ Organisationsformen voraussetzen (Mumford 1964; Winner 1980). Entsprechend dem Prinzip *Small is beautiful* (Schumacher 1973) zielt Widerstand hier auf eine Demokratisierung bestehender Strukturen durch den Aufbau kleinmaßstäblicher selbstverwalteter Infrastrukturen.

Im Energiesektor ist diese Vorstellung vor allem mit genossenschaftlichem Besitz an erneuerbaren Energieanlagen oder lokalen Strom- und Wärmenetzen verbunden. Die Schönauer Stromrebell*innen, Vertreter*innen eines genossenschaftlich organisierten Energieunternehmens aus Schönau im Schwarzwald, stehen sinnbildlich für diese Orientierung. Energieinfrastrukturen werden durch private Investitionen in kollektives Eigentum überführt, um gemeinsam von den Gewinnen der Anlagen zu profitieren und direkte Entscheidungen über die Entwicklung der Organisation und ihrer Infrastrukturen zu treffen. Als Kritikpunkt werden dabei finanzielle Eintrittsbarrieren, in der Regel ein Mindestbetrag für die Mitgliedschaft, herangeführt. Außerdem begrenzen teilweise auf Ehrenamt beruhende Organisationsstrukturen die Entwicklung und Anpassungsfähigkeit von Energiegenossenschaften an neue Themengebiete. Trotz der hohen Zahl an Energiegenossenschaften in Deutschland schränken diese beiden Punkte die Möglichkeit zur generellen Ausweitung solcher dezentralen Organisationsformen ein.

Der zweite Zugang zu Energiedemokratie zielt auf die gesellschaftliche Aneignung bestehender, auch großtechnischer Energieinfrastrukturen. Ähnlich wie das Recht auf Stadt lässt sich dieser Ansatz in zwei Zielrichtungen konzipieren: erstens in Richtung einer Demokratisierung der Energieversorgung durch eine größere Beteiligung von Verbraucher*innen, Beschäftigten, Anwohner*innen und so weiter, zweitens formulieren Bewegungen für Energiedemokratie konkrete Ansätze für eine gesellschaftliche Aneignung der Energieversorgung (Becker/Angel/Naumann 2020). Die Kontrolle über Energieinfrastrukturen wird damit zu einem Baustein gesellschaftlicher Selbstbestimmung („autogestion“) in der Stadt (ebd.: 1096 f.).

Empirisch lässt sich dies an Initiativen für eine Rekommunalisierung von Energienetzen festmachen, die in den 2010er-Jahren in vielen Regionen Deutschlands gegründet wurden. Rekommunalisierung steht für den Rückkauf von kommunalen Energieinfrastrukturen nach vorangegangener Privatisierung oder für die erstmalige Gründung von kommunalen Unternehmen. Dabei lässt sich ein zweigeteiltes Bild feststellen: Einerseits machten technisch-administrative

Rekommunalisierungen einen Großteil der Fallzahlen in Deutschland aus, die vor allem von lokalen Verwaltungen vorangetrieben wurden. Hier standen neben der Förderung der Energiewende Argumente wie die günstige Refinanzierbarkeit im Vordergrund (Berlo/Schäfer/Wagner 2018). So wurden zwar neue Unternehmen gegründet, diese kooperierten jedoch weiterhin mit bestehenden privaten Energieversorgern. Andererseits waren in mehreren Großstädten politische Konflikte und der Druck sozialer Bewegungen ausschlaggebend. Insbesondere die Rekommunalisierungsbewegungen in Hamburg (für Strom, Gas und Wärme) und Berlin (für Strom) in den Jahren 2011-2013 resultierten in einer breiten Mobilisierung wie auch in einer polarisierten öffentlichen Debatte über das Potenzial öffentlicher Unternehmen als Alternative zu einer neoliberalen, auf Privatisierung beruhenden Infrastrukturpolitik. Während das demokratisch sehr ambitionierte Berliner Projekt im Volksentscheid scheiterte, leitete der Erfolg des Hamburger Referendums einen Rückkauf der Strom-, Gas- und Wärmenetze ein und diente als Blaupause für spätere Aktivitäten, ein lokales Kohleausstiegsgesetz durchzusetzen (Becker/Naumann 2021).

4. Ausblick

Widerstand gegen Infrastrukturen wird häufig als Reaktion auf autoritär wahrgenommene politische Entscheidungen und großtechnische Lösungen begründet. Die konzeptionelle Diskussion macht deutlich, wie Infrastrukturen mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen verbunden sind: Erstens ermöglichen sie – auch in autoritären Kontexten – eine funktionelle Normalität urbaner Prozesse, zweitens reflektieren sie die politischen Aushandlungen zum Zeitpunkt ihrer Entstehung. Doch trotz der Funktionalität und Beständigkeit von Infrastrukturen besteht eine gewisse Kontingenz, aus der sich Möglichkeiten für die Veränderung und eine gesellschaftliche Aneignung von Infrastrukturen ableiten (und die noch vergrößert wird, wenn wir den Blick jenseits formeller Systeme der Infrastrukturversorgung im globalen Norden lenken, vgl. Lawhon et al. 2018). Die Bewegungen für Energiedemokratie unterstreichen den offenen und politischen Charakter von Infrastrukturen in konkreten lokalen Auseinandersetzungen. Entgegen technokratischer Zentralisierungs- und neoliberaler Privatisierungstendenzen wurden einerseits dezentrale, genossenschaftliche Modelle und andererseits Kampagnen für Rekommunalisierung von Energieinfrastrukturen etabliert. Beide

Widerstand und Infrastrukturen: das Beispiel Energiedemokratie

Ansätze zeigen, wie sich alternative technische und organisatorische Konfigurationen von Infrastrukturen entwickeln und umsetzen lassen.

Die Kontingenz von Infrastrukturen für Veränderungen zu nutzen, ist gerade vor dem Hintergrund der multiplen ökologischen und klimatischen Krisen dringlich. Entsprechend sind die gegenwärtigen Proteste gegen Braunkohletagebaue und -kraftwerke in der Lausitz, dem Mitteldeutschen und dem Rheinischen Revier nicht nur die größten energiebezogenen Mobilisierungen seit den Protesten gegen die Kernenergie in den 1980er-Jahren. Die Forderungen der Initiativen bringen neben dem Stopp der Kohleförderung und dem Erhalt von Dörfern und Wäldern auch alternative, kollektiv getragene Ansätze für regionale Entwicklung hervor (Sander/Siebenmorgen/Becker 2020). Damit bildet vor allem die Politisierung der Kohleverstromung vor dem Hintergrund des Klimawandels eine Basis für Widerstand und alternative Vorstellungen für weitere gesellschaftliche Bereiche. Widerstand muss schließlich nicht einzig am Erfolg im Sinne der Durchsetzung von Forderungen gemessen werden, sondern auch daran, wie technische und gesellschaftliche Alternativen produktiv entwickelt und politisch kommuniziert werden.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] „Eingaben“ bezeichnen eine Form der schriftlichen Beschwerde, die – bei Stellen der Verwaltung, der SED oder bekannten Persönlichkeiten eingereicht – auf Missstände aufmerksam machen sollte. Eingaben ersetzen die in der DDR nicht vorgesehenen Verwaltungsbeschwerden. Häufig bezogen sie sich auf Aspekte aus dem alltäglichen Nahraum, z. B. die Reparatur von Straßen oder die Verbesserung einzelner Produktlinien. Dieses Instrument spielte allerdings bei den Protesten gegen ein geplantes Siliziumwerk in Dresden-Gittersee eine wichtige Rolle (vgl. Mühlberg 2004).

Autor_innen

Sören Becker ist Geograph und arbeitet zu Konflikten in der Klimaanpassung von Städten und Regionen, Infrastrukturen und räumlicher Entwicklung.
soeren.becker@geo.uni-marburg.de

Literatur

- Amin, Ash (2014): Lively infrastructure. In: Theory, Culture and Society 31/7, 137-161.
Angel, James (2022): The flexibility fix: Low-carbon energy transition in the United Kingdom and the spatiotemporality of capital. In: Annals of the American Association of Geographers 112/4, 914-930.

- Bauriedl, Sybille (2022): Stadt als Metabolismus: Ort der Nicht-Nachhaltigkeit und der Kämpfe für Umweltgerechtigkeit. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10/1, 133-135.
- Becker, Sören / Angel, James / Naumann, Matthias (2020): Energy democracy as the right to the city: Urban energy struggles in Berlin and London. In: *Environment and Planning A* 52/6, 1093-1111.
- Becker, Sören / Naumann, Matthias (2021): Energiedemokratie: Beteiligung und Mitbestimmung in der Energieversorgung. In: Sören Becker / Britta Klagge / Matthias Naumann (Hg.), *Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen*. Stuttgart: Eugen Ulmer/utb, 107-117.
- Berlo, Kurt / Schäfer, Daniel / Wagner, Oliver (2018): Stadtwerke-Neugründungen in Deutschland: Eine Bilanz der Periode auslaufender Konzessionsverträge für örtliche Strom- und Gasverteilnetze. In: *pnd | Planung Neu Denken* 1, 1-9.
- Boyer, Dominic (2014): Energopower: An introduction. In: *Anthropological Quarterly* 87/2, 309-333.
- Graham, Stephen / Marvin, Simon (2022): Splintering urbanism at 20 and the „infrastructural turn“. In: *Journal of Urban Technology* 29/1, 169-175.
- Harvey, Penelope / Jensen, Caspar / Morita, Atsuro (Hg.) (2016): *Infrastructures and social complexity. A companion*. London: Routledge.
- Huber, Matt (2009): Energizing historical materialism: Fossil fuels, space and the capitalist mode of production. In: *Geoforum* 40, 105-115.
- Hutta, Jan / Schuster, Nina (2022): Infrastrukturen städtischer Intimität: Einladung zu einem Gedankenspiel. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10/2-3, 97-113.
- Kaika, Maria (2006): Dams as symbols of modernization: The urbanization of nature between geographical imagination and materiality. In: *Annals of the Association of American Geographers* 96/2, 276-301.
- Knabe, Hubertus (1988): Neue soziale Bewegungen im Sozialismus: Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 40/3, 551-569.
- Lawhon, Mary / Nilsson, David / Silver, Jonathan / Ernstson, Hendrik / Lwasa, Shuaib (2018): Thinking through heterogeneous infrastructure configurations. In: *Urban Studies* 55/4, 720-732.
- McFarlane, Colin / Rutherford, Jonathan (2008): Political infrastructures: Governing and experiencing the fabric of the city. In: *ijurr – International Journal of Urban and Regional Research* 32/2, 363-374.
- Millington, Nate (2018): Producing water scarcity in São Paulo, Brazil: The 2014-2015 water crisis and the binding politics of infrastructure. In: *Political Geography* 65, 26-34.
- Mitchell, Timothy (2009): Carbon democracy. In: *Economy and Society* 38/3, 399-432.
- Monstadt, Jochen (2009): Conceptualizing the political ecology of urban infrastructures: Insights from technology and urban studies. In: *Environment and Planning A* 41/8, 1924-1942.
- Moss, Timothy (2020): *Remaking Berlin. A history of the city through infrastructure, 1920-2020*. Cambridge: MIT Press.
- Mühlberg, Felix (2004): *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingaben in der DDR*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Mumford, Lewis (1964): Authoritarian and democratic technics. In: *Technology and Culture* 5/1, 1-8.
- Naumann, Matthias (2021): Infrastruktureller Populismus: Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen. In: *Geographische Zeitschrift* 109/4, 208-226.
- Oßenbrügge, Jürgen (2021): Von der Anti-AKW-Bewegung bis Ende Gelände: Soziale Bewegungen in der deutschen Energiepolitik. In: Sören Becker / Britta Klagge / Matthias Naumann (Hg.), *Energiegeographie. Konzepte und Herausforderungen*. Stuttgart: Eugen Ulmer/utb, 133-144.

Widerstand und Infrastrukturen: das Beispiel Energiedemokratie

- Rutherford, Jonathan / Coutard, Olivier (2014): Urban energy transitions: Places, processes and politics of socio-technical change. In: *Urban Studies* 51/7, 1353-1377.
- Sander, Hendrik / Siebenmorgen, Bastian / Becker, Sören (2020): Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozialökologische Transformation im Rheinischen Revier. Berlin: Rosa-Luxemburg Stiftung.
- Schipper, Sebastian (2013): Von der unternehmerischen Stadt zum Recht auf Stadt. In: *emanzipation* 3/2, 21-33.
- Schmitt, Tobias (2017): Immer Ärger mit der Materialität? Politische Ökologie und das Dispositiv der Dürre im Nordosten Brasiliens. In: *Geographica Helvetica* 71/3, 229-244.
- Schumacher, Ernst F. (1973): *Small is beautiful. A study of economics as if people mattered.* London: Blond & Biggs.
- Swyngedouw, Erik (2015): *Liquid power. Contested hydro-modernities in twentieth-century Spain.* Cambridge: MIT Press.
- Tuitjer, Leonie / Müller, Anna-Lisa (2021): Re-thinking urban infrastructures as spaces of learning. In: *Geography Compass* 15/1, e12552.
- Turner, Colin (2020): *The infrastructured state. Territoriality and the national infrastructure system.* Cheltenham: Edward Elgar.
- Veelen, Bregje van / Rella, Ludovico / Aiken, Gerald T. / Judson, Emily / Gambino, Evelina / Jenss, Alke / Parashar, Ankur / Pinker, Annabel (2021): Intervention: Democratising infrastructure. In: *Political Geography* 87, e102378.
- Vogelpohl, Anne (2018): Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken: Eine stadtheoretische Querverbindung von 1968 bis heute. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6/2-3, 149-158.
- Wiig, Alan / Ward, Kevin / Enright, Theresa / Hodson, Mike / Pearsall, Hamil / Silver, Jonathan (Hg.) (2023): *Infrastructuring urban futures. The politics of remaking cities.* Bristol: Bristol University Press.
- Winner, Langdon (1980): Do artifacts have politics? In: *Daedalus* 109/1, 121-136.
- Wollmann, Helmuth / Marcou, Gérard (2010): From public sector-based to privatized service provision. Is the pendulum swinging back again? Comparative summary. In: Helmuth Wollmann / Gérard Marcou (Hg.), *The provision of public services in Europe. Between state, local government and market.* Cheltenham: Edward Elgar, 240-260.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelblatt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 233-243.

Widerstand wogegen? Urbane Konflikte im autoritären Russland

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Andrei Semenov

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 Inal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

Am 11. Mai 2023 versammelten sich rund 100 Männer und Frauen im Zentrum von Uljanowsk, einer an der Wolga gelegenen Gebietshauptstadt mit über 600.000 Einwohner*innen, um gegen den Bau eines neuen Apartmenthauses auf dem Gelände der ehemaligen Kadettenschule zu protestieren. Es war in diesem Frühjahr bereits die zweite Versammlung dieser Art. Bei ihrer ersten Zusammenkunft am 31. März legten die Aktivist*innen zur Unterstützung ihres Anliegens, das Gelände gegen die Neubebauung zu verteidigen, mehr als 5.000 Unterschriften vor. Beide Protestveranstaltungen verliefen friedlich und sogar ohne übermäßige Polizeipräsenz, ein außergewöhnlicher Vorgang für ein Land, in dem kollektiver Widerspruch massiv unterdrückt wird. Die Aktivist*innen riefen eine neue Bewegung für den Schutz des historischen Erbes ins Leben und kritisierten die Lokalregierung für ihre Unterstützung des Bauprojekts.

Fälle wie dieser zeigen, dass es sogar inmitten eines furchtbaren Krieges gegen die Ukraine, im Zuge dessen die Regierung jegliche Kritik mit einer Vielzahl an Mitteln zu unterdrücken sucht, auch weiterhin möglich ist, gegen unerwünschte Projekte des Stadtbbaus zu mobilisieren. In der Tat kam es 2022 in fast jedem Winkel des Landes zu kollektiven Aktionen mit lokalem Bezug: In Sankt Petersburg kämpften Bürger*innen mit Petitionskampagnen, Mahnwachen und öffentlichen Aktionen gegen ein umfassendes Stadterneuerungsprogramm, in Jakutsk forderten die

Bewohner*innen gefährlich baufälliger Häuser staatliche Intervention zur Lösung ihrer Probleme und in Wladiwostok setzten sich Dutzende von Einwohner*innen dafür ein, dass die Regierung in ihren Wohnvierteln mehr Schulen errichtet. Für normale Russ*innen sind stadtbezogene Themen nach wie vor von großer Bedeutung, zumal die Mobilisierung gegen Stadtumbaumaßnahmen von den dramatischen politischen und ökonomischen Veränderungen der jüngsten Zeit vergleichsweise weniger betroffen war als andere Konfliktfelder (z. B. Arbeitskämpfe, politische Auseinandersetzungen, Umweltkonflikte usw.).

Es ist durchaus verlockend, diese urbanen Konflikte als Widerstand gegen Formen der Raumordnungspolitik in Russland und einigen anderen, in letzter Zeit ebenfalls mit dem Etikett „autoritärer Urbanismus“ versehenen Diktaturen zu verstehen (Zupan et al. 2023). Einerseits opponieren Bürger*innen bei derartigen Konflikten offen und vorsätzlich gegen Machtstrukturen, wobei sie ein Repertoire an Mitteln einsetzen, das dem sozialer Bewegungen in etablierten Demokratien gleicht. Andererseits richtet sich dieser Widerstand gemeinhin gegen eine überschaubare Zahl von Angriffszielen – zumeist gegen die in den Konflikt involvierten lokalen Behördenvertreter*innen und Immobilienentwickler*innen. Um dieses kollektive Handeln im Kontext des autoritären Urbanismus seinem Wesen nach besser zu verstehen, bedarf es meines Erachtens einer präziseren Definition des besagten Konzepts.

Autoritärer Urbanismus ist neuerdings ein beliebtes Schlagwort, um verschiedene staatliche und unternehmerische Ansätze der Raumplanung und -politik in autoritären Kontexten begrifflich zu fassen (Benmergui 2021; Ergenc/Yuksekkaya 2022; Büdenbender/Zupan 2017). Trotz der zunehmenden Popularität des Konzepts muss sich seine genaue Definition erst noch herauskristallisieren. Hierzu schlage ich vor, den Begriffsteil „autoritär“ gemäß der etablierten politikwissenschaftlichen Lesart zu verstehen, wonach sich autokratische Herrschaft durch das Fehlen freier und fairer Wahlen zur Legislative oder Exekutive kennzeichnet (Svolik 2012). „Urbanismus“ bezeichnet eine Reihe von Ideen und politischen Strategien zur Steuerung von Stadtplanung und -entwicklung. Folglich verstehe ich in diesem Kommentar unter „autoritärem Urbanismus“ Institutionen und Praktiken, die dazu beitragen, autoritäre Ordnung durch Eingriffe in den urbanen Raum aufrechtzuerhalten.

In Russland beispielsweise werden Flächennutzungspläne häufig dazu genutzt, ganz bestimmte Bauträger zu begünstigen: Durch die Änderung

des Flächennutzungsplans genehmigen Politiker*innen rechtlichen Beschränkungen zum Trotz den Bau von Wohnhäusern buchstäblich im Hinterhof oder auf eigentlich der Allgemeinheit zur Verfügung stehendem Gelände wie Parks oder öffentlichen Plätzen (Semenov/Gileva 2022). Manipulationen bei der generellen Planung, der Vergabe von Baugenehmigungen, der Landverteilung und so weiter sind allgegenwärtig, und an ihnen entzündeten sich die großen urbanen Konflikte. Die Dominanz der Immobilienbranche über die gesetzgebenden Instanzen und ihre engen politischen Verbindungen zu Exekutive und Justizapparat sichern die Generierung und Verteilung von Mieten (Bederson/Shevtsova 2021). Umgekehrt sind erschwinglicher Wohnraum und ein angenehmes Wohnumfeld im Leben normaler Bürger*innen von immenser Bedeutung, weshalb umfassende Stadterneuerungsprojekte wie die Sanierung Moskaus eine Ergänzung der Instrumente des autoritären Urbanismus darstellen (Morris/Semenov/Smyth 2023; Zhelnina 2022).

Als Reaktion auf das Machtgefälle und die Ungerechtigkeiten, die durch autoritäre urbane Politik hervorgebracht werden, mobilisieren Bürger*innen zur Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Vision der Stadt (Semenov/Minaeva 2021). Dazu greifen sie zu vielfältigen Formen des Sich-Gehör-Verschaffens wie Versammlungen, Mahnwachen, Petitionskampagnen, Haustürkampagnen und anderen direkten Aktionen gegen unerwünschte Stadtentwicklungsprojekte. Aber zählt das als „Widerstand“? Darunter versteht die Politikwissenschaft klassischerweise „die Anwendung unbewaffneter ziviler Macht mit gewaltlosen Mitteln“ (Chenoweth/Cunningham 2013: 271). So gesehen können nur diejenigen Aktionen als Widerstand bezeichnet werden, die sich explizit gegen die eigentlichen Ursachen der Ungerechtigkeit richten. Einer anderen Theorietradition nach kann Widerstand jedoch auch subtilere Formen annehmen, die nicht notwendigerweise auf ein Untergraben der strukturellen Voraussetzungen der Unterdrückung abzielen (Scott 1985, 1990). Dieser „Alltagswiderstand“ manifestiert sich, wenn Menschen sich durch subtile Sabotageakte oder die „verborgenen Transkripte“ von Gerüchten und Gemunkel der Macht widersetzen.

Wie passt das Aufbegehren gegen urbane Transformationsprozesse in Russlands Städten mit diesem Verständnis von Widerstand zusammen? Zunächst einmal waren die russischen Städte während der großen Mobilisierungsphasen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Brutstätte kollektiver Aktionen. Eine explizit stadtbezogene

Agenda wurde jedoch erst in den 2000er-Jahren erkennbar, als sich die urbanen Landschaften dramatisch zu verändern begannen. Als Reaktion auf die zunehmenden staatlichen und unternehmerischen Eingriffe in das urbane Leben gründeten russische Stadtbürger*innen Netzwerke und Organisationen wie das Komitee zur Verteidigung der Moskowiter*innen, das Sprungbrett für Politiker wie Alexei Nawalny, oder die Architekturwacht, die für die Erhaltung des historischen Erbes im Baubestand Moskaus kämpft. Auch in den Regionen schlossen sich Aktivist*innen gegen das zusammen, was John Logan und Harvey Molotch (2007 [1986]) einst als „Wachstumsmaschinen“ bezeichnet haben, das heißt die einflussreichen Allianzen aus öffentlichen Behörden und privaten Akteur*innen, die aus der Stadtentwicklung Profit schlagen wollten (Clement/Miryasova/Demidov 2010; Kleman/Gladyrev/Mirjasova 2013). Häufig erfuhr der von den Regionen ausgehende Widerstand auch Unterstützung aus der gesamten Russischen Föderation, so zum Beispiel in den Jahren 2007 bis 2012 die Verteidigung des Chimki-Waldes bei Moskau gegen den Bau einer Schnellstraße oder die Mobilisierung gegen den Bau von Gazproms Ochta-Center in Sankt Petersburg von 2007 bis 2011.

Allerdings bleibt urbanes Aufbegehren in Russland zumeist eher kleinräumig und lokal begrenzt (Semenov 2019). Eine neuere Studie zeigt, dass sich Konflikte in den 15 Millionenstädten Russlands (den Brutstätten urbanen Unmuts) mehrheitlich an Nachverdichtungsvorhaben entzünden, vor allem dann, wenn dadurch öffentliche Gemeingüter wie Parks, Plätze oder andere öffentliche Räume bedroht sind (Semenov 2022). Obwohl die aktiv gewordenen Bürger*innen oftmals erkennen, dass die von ihnen unerwünschte Stadtentwicklung das Ergebnis von Vetternwirtschaft ist, und den zuständigen Behörden vorwerfen, mit privaten Investor*innen gemeinsame Sache zu machen, vermeiden sie es bewusst, politische Akteur*innen (wie Parteien oder andere Aktivist*innen) in den Konflikt hineinzuziehen.

Gleichzeitig reicht das Protestrepertoire der betroffenen städtischen Gemeinschaften von Petitionskampagnen und öffentlichen Kundgebungen bis hin zu Bürgerversammlungen, Subbotniks (der aus Sowjetzeiten übernommene gemeinsame Arbeitseinsatz, z. B. zum Müllsammeln) und gerichtlichen Auseinandersetzungen, also Vorgehensweisen, die denen sozialer Bewegungen in entwickelten Demokratien gleichen. Darüber hinaus nutzen die mobilisierten

städtischen Gemeinschaften oftmals in strategischer Weise ihre Verbindungen zu traditionellen Medien beziehungsweise ihre Präsenz auf sozialen Medien, um Öffentlichkeit zu erzielen (Tykanova 2022). In vielen Fällen hilft die mediale Beachtung den Aktivist*innen, sich die komplexen und vielschichtigen Strukturen des russischen politischen Systems zunutze zu machen: Sie gewinnen die Aufmerksamkeit mächtiger Politiker*innen, etwa von Parlamentsabgeordneten oder Gouverneur*innen, oder bringen Immobilienentwickler dazu, sich aus Projekten zurückzuziehen, die ihrem Ruf schaden könnten.

Durch die autoritäre Struktur des heutigen Russland sind die Mittel, mit denen sich Bürger*innen für politischen Wandel einsetzen können, recht begrenzt. Dies gilt vor allem auf der lokalen Ebene: In den meisten Städten wird das Stadtoberhaupt nicht mehr gewählt (Kazantsev/Rumyantseva/Komin 2020), unabhängige Kandidat*innen müssen zahlreiche Hindernisse überwinden, um bei Wahlen antreten zu können (Tkacheva/Turchenko 2022), und lokaler Aktivismus wird zunehmend unterdrückt (Dollbaum 2022). Aber trotz des existierenden Machtungleichgewichts sind Russ*innen nach wie vor bereit, ihrem Unmut „laut“ Luft zu machen, um sich gegen bestimmte Veränderungen in ihren Stadtvierteln, Bezirken oder sogar auf gesamtstädtischer Ebene zur Wehr zu setzen. Ein örtlicher Park, ein Spielplatz oder eine Eislaufbahn bedeuten den Anwohner*innen etwas, egal wie belanglos sie von außen betrachtet erscheinen mögen. Sie dienen den dort lebenden Menschen als Interaktionsraum und fördern so das Zugehörigkeitsgefühl und die lokale Identität (Morris/Semenov/Smyth 2023). So gesehen ist urbane Mobilisierung ein Widerstand im Sinn einer unmittelbaren Reaktion auf von außen wirkende Kräfte. Gleichzeitig hat diese Art des Widerstands aber keine Veränderungen auf der strukturellen Ebene bewirkt, wo die mächtige Allianz aus Staat und Unternehmen die Raumordnungspolitik nutzt, um das autoritäre Regime zu konsolidieren und jegliche Veränderung der allgemeinen Machtverhältnisse zu verhindern.

Mit den Jahr für Jahr zunehmenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens wird der autoritäre Urbanismus in Russland sehr wahrscheinlich fortbestehen. Zudem hängt die Loyalität der Eliten von der Verteilung der Profite ab, und Stadtentwicklung ist und bleibt eine Hauptquelle für solche Gewinne. Auch wird sich der Staat nicht aus dem Bau von Großwohnsiedlungen auf der grünen Wiese oder auf Brachland zurückziehen, welche sich unweigerlich störend auf das urbane Alltagsleben

auswirken. Dem fortwährenden Eindringen staatlicher und unternehmerischer Akteur*innen in ihr Lebensumfeld zum Trotz zeigen Russ*innen die Bereitschaft und das Geschick, ihre Hinterhöfe, Parks und Plätze zu verteidigen und sich so dem autoritären Urbanismus entgegenzustellen – wenn auch in viel kleinerem Maßstab, als es möglich wäre.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes für SocioTrans – Social Science Translation & Editing Services.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Andrei Semenov ist ein politischer Soziologe, dessen Forschungsinteressen sich auf städtische Auseinandersetzungen, kollektive Aktionen und städtischen Aktivismus in postsowjetischen Ländern konzentrieren.
andre.semenoff@gmail.com

Literatur

- Bederson, Vsevolod / Shevtsova, Irina (2021): Developers, the party of power and a bit of competition in Russia's million-plus cities: A typology of urban regimes in the 2010s. In: *The Journal of Social Policy Studies* 19/2, 285-300.
- Benmergui, Leandro (2021): Authoritarian urbanism in the era of mass eradication in Rio de Janeiro, 1960s-1970s. In: *Oxford research encyclopedia of Latin American history*. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780199366439.013.712>.
- Büdenbender, Mirjam / Zupan, Daniela (2017): The evolution of neoliberal urbanism in Moscow, 1992-2015. In: *Antipode* 49/2, 294-313.
- Chenoweth, Erica / Cunningham, Kathleen (2013): Understanding nonviolent resistance: An introduction. In: *Journal of Peace Research* 50/3, 271-276.
- Clement, Carine / Miryasova, Olga / Demidov, Andrei (2010): Ot obyvatel'ej k aktivistam. Zarozhdajushiesja social'nye dvizhenija v sovremennoj Rossii [From bystanders to activists: The origins of social movements in contemporary Russia]. Moskau: New Literature Review.
- Dollbaum, Jan Matti (2022): When does diffusing protest lead to local organization building? Evidence from a comparative subnational study of Russia's „For Fair Elections“ movement. In: *Perspectives on Politics* 20/1, 53-68.
- Ergenc, Ceren / Yuksekkaya, Ozge (2022): Institutionalizing authoritarian urbanism and the centralization of urban decision-making. In: *Territory, Politics, Governance*. <https://doi.org/10.1080/21622671.2021.2020156>.
- Kazantsev, Kirill / Rumyantseva, Aleksandra / Komin, Mikhail (2020): From elections to appointment. The evaluation of the effect of change in municipal government models in Russia. In: *Public Management Studies* 5/5, 4-66.
- Kleman, Karine / Gladjyev, Boris / Mirjasova, Olga (2013): Gorodskie dvizhenija Rossii v 2009-2012 godah [Urban movements in Russia in 2009-2012]. Moskau: New Literature Review.
- Logan, John / Molotch, Harvey (2007 [1986]): *Urban fortunes: The political economy of place, with a new preface*. Berkley: University of California Press.
- Morris, Jeremy / Semenov, Andrei / Smyth, Regina (2023): *Varieties of Russian activism. State-society contestation in everyday life*. Bloomington: Indiana University Press.
- Scott, James (1985): *Weapons of the weak. Everyday forms of peasant resistance*. New Haven: Yale University Press.

Widerstand wogegen? Urbane Konflikte im autoritären Russland

- Scott, James (1990): *Domination and the arts of resistance. Hidden transcripts*. New Haven: Yale University Press.
- Semenov, Andrei (2019): *The roots of the grass: Patterns of grassroots urban mobilization in Russia*. In: *Sotsiologicheskie issledovaniya [Sociological Studies]* 12, 29-37.
- Semenov, Andrei (2022): *Contentious cities: Urban conflicts in Russian millionniks*. In: *PONARS Eurasia Policy* 778. <https://www.ponarseurasia.org/contentious-cities-urban-conflicts-in-russian-millionniks/> (letzter Zugriff am 26.7.2023).
- Semenov, Andrei / Gileva, Alena (2022): *Russian instruments of urban planning from the sociological institutionalism perspective*. In: *Journal of Economic Sociology* 23/4, 73-95.
- Semenov, Andrei / Minaeva, Eleonora (2021): *The cities of forking paths: The development of urban conflicts in Russia in the 2010s*. In: *The Journal of Social Policy Studies* 19/2, 189-204.
- Svolik, Milan (2012): *The politics of authoritarian rule*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tkacheva, Tatiana / Turchenko, Mikhail (2022): *Electoral success of independents under authoritarianism: Evidence from Russia's local elections, 2014-2018*. In: *Problems of Post-Communism* 69/3, 270-281.
- Tykanova, Elena (Hg.) (2022): *The cities of forking paths. The trajectories of urban conflicts in Russia*. Saint-Petersburg: Sociological Institute of the Russian Academy of Sciences.
- Zhel'nina, Anna (2022): *Bring your own politics: Life strategies and mobilization in response to urban redevelopment*. In: *Sociology* 56/4, 783-799.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelbladt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): *Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus*. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 233-243.

Was heißt hier – und dort – Widerstand?

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Peter Bescherer, Leon Rosa Reichle

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 İnal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

1. Widerstand als analytische Perspektive?

Unsere Antwort auf die Frage des Debattenaufschlags (Zupan et al. 2023) – wer definiert, was Widerstand ist – lautet: Wir sind uns einig, dass wir es nicht tun, auch weil Widerstand schwer zu greifen, diffus und selten klar definiert ist. Deshalb arbeiten wir selbst nicht mit dem Begriff. Politisch-aktivistisch reagieren wir mit Zurückhaltung, changiert die Beschreibung der eigenen Praxis als widerständig doch zwischen Großmäuligkeit (Befinden wir uns tatsächlich „im Widerstand“?) und falscher Freundschaft („Widerstand gegen die Corona-Diktatur“). Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen nehmen wir die Einladung an, einen Beitrag zum Bild der Komplexität von Widerstand zu zeichnen. Unsere anekdotische Herangehensweise speist sich aus zwei völlig verschiedenen Projekten in zwei Städten, die zwar geographisch nicht weit auseinanderliegen, alltagsweltlich jedoch sehr: Gera und Leipzig. Wir können und wollen die beiden nicht miteinander vergleichen, doch aber an ihnen verschiedene Aspekte herausarbeiten, die uns in den im Debattenaufschlag vorgeschlagenen Skizzen von Widerstand im autoritären Urbanismus etwas zu kurz kommen: die Verquickung von Anpassung und Widerstand; seine affektive (statt intentionale) Komponente und seine parallele Organisierung und Desorganisierung.

Dabei fassen wir, als Ergebnis unserer Erfahrungen, autoritären Urbanismus als Zusammenhang zwischen städtischer Austerität und

zunehmender Vermarktlichung der Sphäre der sozialen Reproduktion (mit allen damit einhergehenden antidemokratischen Tendenzen) einerseits und autoritärer Subjektivierung andererseits. Letztere manifestiert sich darin, dass politökonomische Entwicklungen zwar in Teilen infrage gestellt werden, dabei jedoch auf gesellschaftliche Hierarchisierungen rekurriert wird und marginalisiertere Sündenböcke für eigene Entfremdungserfahrungen gesucht werden.

Unser Verständnis von Widerstand bleibt nah am Sprachbildlichen: den Strom der Dinge aufhalten, eine starke und riskante Verhaltensweise, selten mit ausformuliertem Programm. Gegen die rationalistische Verengung des Begriffs möchten wir herausstellen, dass Widerstand mit starken Affekten, mit Wut und Angst, aber auch mit Mut und Kraft einhergeht. In die Kategorien der Bewegungsforschung will das Widerständige nicht passen; es ist schwer greifbar und hat keinen klaren politischen Vektor. Wir beobachten ein Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand im Kontext von Organisierung und Desorganisierung. Die betrachteten Unschärfen und Ambivalenzen stellen nicht zuletzt eine praktisch-aktivistische Herausforderung dar.

2. Prekärer Alltag und urbaner Autoritarismus

Unsere Perspektive auf autoritären Urbanismus basiert auf wissenschaftlichen und aktivistischen Beobachtungen in zwei ostdeutschen Städten: dem nach einer Postwendedürre boomenden Leipzig und Gera, der deindustrialisierten, ehemaligen Bezirks- und Großstadt, die 2012 mit ihrer kommunalen Insolvenz und jüngst mit rechts geprägten Coronademos mediale Aufmerksamkeit erregte. Unsere daraus entstehenden Überlegungen bewegen sich an der Schnittstelle von urbanen Neoliberalisierungsprojekten und autoritärer Subjektivierung.

Das bedeutet konkret, dass wir uns mit historischer wie aktueller ostdeutscher städtischer Austerität auseinandersetzen: mit Schrumpfung, Deindustrialisierung, Kapitalabfluss, Transferabhängigkeit, Privatisierungen und der neoliberalen Wohnungsfrage. Im Leipziger Kontext beobachten wir die zunehmende Finanzialisierung von Mietwohnungen samt starker (wohnungs-)politischer Einflussnahmen seitens der Wohnungswirtschaft sowie Stadtbewohner:innen, die zunehmend die Kontrolle über die Entwicklung ihres Lebensumfeldes verlieren. Diesen Zusammenhang begreifen wir als Entfremdung beziehungsweise Wohnentfremdung. In Gera folgte im Kontrast zu Leipzig auf Austerität

und Schrumpfung kein Boom. So existiert hier keine einflussreiche Wohnungswirtschaft. Dennoch ist die Stadtpolitik enorm abhängig von ökonomischen Netzwerken, die von rechtsoffenen bis rechten Betrieben und Immobilieneigentümern durchzogen sind.

In Verbindung damit nimmt unsere Arbeit die alltägliche Dimension von urbanem Autoritarismus in den Blick, also die subjektive Auftreffstruktur autoritärer Machtausübung und deren Verarbeitung, die selbst in autoritäre Verhaltensweisen verstrickt sein kann (Bescherer et al. 2021). Die wissenschaftliche Analyse rassistischer Umgangsweisen mit Wohnentfremdung oder ideologisch-nostalgischer Aneignungsversuche in Leipzig begleitet unsere aktivistischen Fragen zu Organizing (Reichle/Bescherer 2021). Im Geraer Kontext beobachten wir eine Zivilgesellschaft, die auf rechte Hegemonie und grassierendem Alltagsrassismus größtenteils mit Schweigen und manchmal mit Widerspruch reagiert (Hallawe 2021). Hierzu liegen uns erste Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum lokalstaatlichen Umgang mit Rassismus vor (Reichle et al. i. E.).[1]

3. Geraer Braune Soße und Leipziger Allerlei

In der thüringischen Mittelstadt Gera zeigt sich eine autoritäre Normalität, in der bereits unscheinbare Handlungen zum widerständigen Kraftakt werden. Zugleich zeigen sich starke Beharrungskräfte, die diesen Widerstand desorganisieren. Beides ist geprägt von affektiven Elementen, die im Spannungsfeld von Anpassung und Auflehnung entstehen.

Die autoritäre Normalität zeigt sich beispielsweise an der unscheinbaren Wochenzeitung *Neues Gera*. Sie versammelt Berichte aus Sport, Kunst und Sozialarbeit, gesäumt von zahlreichen Anzeigen. Auffällig blau unterlegt findet sich darin ein langes Pamphlet eines Thüringer Landtagsabgeordneten der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sowie einige Seiten später Werbung für den nächsten AfD-Bürgerstammtisch. Etwas Recherche offenbart, dass der Verleger der Zeitung selbst AfD-Politiker ist, und zwar Vorsitzender der Geraer Stadtratsfraktion. Ob die Kleinunternehmer:innen, die sich in den Anzeigen tummeln, entschlossen hinter den rechtsdominierten Inhalten stehen, sei dahingestellt, – sie akzeptieren sie jedenfalls. Einige Geraer Betriebe sind für ihre rechte Ideologie sogar bekannt (Recherche in Gera und Umgebung 2021). Sie prägen nicht nur das städtische Bild oder die wütenden Coronademos, sondern ganz konkret den Alltag all jener, die nicht in ihr Weltbild passen.

Genannt sei etwa ein Sicherheitsunternehmen, an das die Stadt die Kontrolle von Fahrkarten im städtischen ÖPNV delegierte (Stichwort Privatisierung) und das Interviewpartner:innen zufolge dafür bekannt ist, Neonazis zu beschäftigen. Beratungsstellen und Betroffenen schildern wiederholt unrechtmäßige bis gewalttätige Kontrollen von migrantisch gelesenen Personen.

Die rechten Kontrolleure agieren dabei nicht im luftleeren Raum. Sie wurden von den städtischen Verkehrsbetrieben beauftragt. Die Strafanzeigen, die infolge der Kontrollen erhoben werden, landen bei Justizbehörden, die über Gera hinaus für ihre unverhältnismäßig harte Entscheidungen gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte bekannt sind. Das geht so weit, dass kritische Migrationsrechtsanwält:innen bundesweit abwinken, wenn sie angefragt werden, Klient:innen in Gera zu vertreten.

Ökonomisch ist die massiv von Schrumpfung betroffene Kommune von solchen Betrieben abhängig – von ihren Leistungen, aber auch von ihren Steuerzahlungen. Welche Farbe das wenige städtische Kapital hat, hat politische Auswirkungen – nicht nur bei der Finanzierung von Medien und Wahlkämpfen. Die Eigentumslandschaft hat auch einen Einfluss darauf, welche Projekte sich wo in der Stadt etablieren – so kokettiert etwa ein immobilienreicher Unternehmer mit dem Verkauf eines ehemals jüdischen Kaufhauses an die AfD, während er unter dem Vorwand des Neutralitätsgebots ein linkes Künstler:innenkollektiv aus einem Ladenlokal wirft. Im Endeffekt entscheiden die Eigentumsverhältnisse darüber, welche vermeintliche Neutralität in der Stadt vorherrscht.

Die Inhaber:innen und Angestellten dieser rechten Unternehmen sind selbst Teil der Geraer Zivilgesellschaft. Unabhängig von seiner Größe übt dieser Teil der Gesellschaft große Macht aus. Das begünstigt das Schweigen vom Rest der Zivilgesellschaft – mit wenigen, dafür aber prägnanten Ausnahmen. „Das Böse braucht das Schweigen der Mehrheit“, zitiert Soha Hallawe (2021: o. S.) in ihrer Bachelorarbeit zu Alltagsrassismus in Gera eingangs Kofi Annan.

Deshalb fängt an Orten wie Gera Widerstand bereits dort an, wo das Schweigen gebrochen wird. Das erfordert unglaublich viel Kraft, Mut und Frustrationstoleranz, wie Hallawes Arbeit zeigt. Basierend auf einer Befragung von 138 Personen – also ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität –, formuliert die Absolventin der Sozialen Arbeit einige diplomatische Handlungsempfehlungen für

die Sozialarbeit und die kommunalen Institutionen in Gera. Kritische Migrationsberatungsstellen sowie einige andere Akteur:innen in der Stadt sind froh über die erhobenen Daten und die sachlichen Empfehlungen zu dem, was ihnen längst bekannt ist. In ihren alltäglichen Versuchen, mit dem institutionalisiertem Rassismus in Gera zu brechen, kennen sie die Desorganisationsstrategien, die auch Hallawe konstatiert. Bei einer Abendveranstaltung bei der neuangesiedelten Zweigstelle der Bundeszentrale für Politische Bildung präsentiert sie ihre Arbeit und es erscheint ein Artikel in einer überregionalen Zeitung (Kehrer 2022). Daraufhin setzen sich höhere Vertreter:innen verschiedener Behörden in Bewegung: Sie kanzeln Hallawes Arbeit als nicht repräsentativ ab, unterbinden auf informellem Wege weitere Veranstaltungen zu der Arbeit und streichen so das Thema Rassismus von der öffentlichen Agenda.

Diese Widerstände gegen den Widerstand machen sich auch in Leon Reichles Versuchen bemerkbar, die sozialbehördliche Auseinandersetzung mit Rassismus zu erforschen. Sie äußern sich in Ausweichen, fehlenden Antworten, Verweisen, Verzögern, Verschieben, Vertagen und schließlich in einer wütenden Generalabsage der Verwaltung an das Projekt. Auf der Suche nach Erklärungen für dieses ausweichende Verhalten, das weit aufwendiger scheint als das angefragte kurze Interview, verweisen Kontaktpersonen immer wieder auf Hallawes Bachelorarbeit. Diese symbolisiert eine Störung der Normalität, die, den Einschätzungen von Beobachter:innen zufolge zu viel „Kopfschmerzen“ oder „Ärger“ bereite. Wer die Arbeit ernsthaft zur Kenntnis nimmt, agiert in einem Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand gegen die Desorganisation – und riskiert damit Unannehmlichkeiten oder gar einen Jobverlust.

Im Geraer Alltag bedeutet das: Die wenigen Handlungen, die sich der autoritären, rassistischen Normalität entgegenstellen, sind mit enormer Anstrengung, mit Risiko, Wut, Frust oder Angst verbunden. Nicht nur sich körperlich wöchentlichen rechtsgeprägten Demonstrationen entgegenzustellen, sondern auch einfach engagierte Migrationsberatungen, täglicher Widerspruch gegen diskriminierende Weltbilder oder der sogenannte Kampf gegen Windmühlen – also der Versuch, institutionalisierte Normalitäten aufzubrechen – kann als widerständiger Kraftakt angesehen werden.

Diesen Einblicken in widerständiges Handeln in Gera möchten wir aktivistisch informierte Überlegungen zum transformativen

Community-Organizing in Leipzig gegenüberstellen, in das Peter Bescherer involviert ist. Organizing hat verschiedene Ursprünge in der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, in gewerkschaftlichen Kämpfen sowie im sogenannten bürgerschaftlichen Engagement. Sie alle betonen die Bedeutung selbstorganisierter Interessenvertretungen in Betrieben, Nachbar:innenschaften oder anderen Alltagskontexten. Als (transformative) Strategie sozialer Bewegungen fokussiert Organizing auf die Ausweitung scheinbar isolierter Konflikte sowie auf die breit getragene Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Das kann nur gelingen, wenn die sowohl die Schwerfälligkeit etablierter Formen politischer Interessenvertretung als auch die Selbstbezüglichkeit linksalternativer Szenen überwunden werden.

Stadtteil- und Nachbar:innenschaftsinitiativen in einer Reihe deutscher Städte griffen den Ansatz in den letzten Jahren auf. Im Leipziger Nordosten bauten Akteur:innen aus verschiedenen sozialen Bewegungen zwei Initiativen auf, in denen sie sich gemeinsam mit Mieter:innen des Wohnungskonzerns Vonovia organisieren. Das Mietverhältnis steht dabei aus mehreren Gründen im Zentrum: Der Konzern besitzt mehrheitlich ganze Straßenzüge und Siedlungen, sodass Probleme mit dem Vermieter Vonovia eine kollektive Betroffenheit erzeugen. Durch die schiere Größe und Marktmacht des Unternehmens kann diese zudem zur Grundlage für exemplarische Auseinandersetzungen um die Wohnungsfrage werden. Die Thematisierung der Bereitstellung von Wohnungen und der Mietkosten erlaubt es darüber hinaus Grundfragen der Daseinsvorsorge zu stellen und besitzt somit ein transformatives Potenzial.

Transformatives Community-Organizing, wie wir es in Leipzig beobachten und betreiben, ist unseres Erachtens nicht unmittelbar als Widerstandspraxis zu bezeichnen. Organizing ist vielmehr eine aktivierende und vermittelnde Tätigkeit, die gewissermaßen darauf abzielt, den Widerstand anderer zu organisieren. Zwar können sich verschiedene Rollen überlagern und im besten Fall machen sich externe Organizer:innen selbst überflüssig, aber es ist nicht ungewöhnlich, dass der Anstoß zur Organisation von außen kommt. Im Sinne von Solidarität als Überbrückung von Differenzen ist das auch nicht weiter problematisch. Das bedeutet aber auch, dass aktivistische Organizer:innen in der Regel nur wenig riskieren, während es für die organisierten Mieter:innen tatsächlich um Elementares geht: ihr oftmals langjähriges Zuhause und ihr vertrautes Wohnumfeld. Trotzdem gegen

dessen Gefährdung einzutreten, kostet viel Überwindung. In diesem Sinne leisten die Mieter:innen sehr wohl Widerstand. Dabei kommen das Wechselverhältnis von Organisierung und Desorganisation, starke Affekte sowie das Ineinandergreifen von Widerstand und Anpassung zum Tragen:

1. Das Wechselverhältnis von Organisierung und Desorganisation: Bevor sie sich organisieren, müssen die Mieter:innen eine Vielzahl von Hindernissen überwinden. Diese Hürden legen es nahe, die eigene prekäre Wohnsituation zu dulden oder etwa Erfahrungen von Ungerechtigkeit zur Normalität oder zu Sachzwängen zu verklären. Demgegenüber setzt Protest voraus, dass Menschen eine Situation als veränderbar ansehen. Genau daran arbeiten Organizer:innen und Mieter:innen beispielsweise bei der detaillierten Analyse unstimmgiger Betriebskostenabrechnungen. Dabei wird immer wieder klar, dass es sich gerade nicht um vereinzelte Rechenfehler oder Versehen handelt. Immer wieder muss gegen die Individualisierung des Mietrechts oder die Befriedung Einzelner die Stärke kollektiven Handelns herausgearbeitet werden. Gegen die Vonovias Selbstdarstellung als Vorreiter klimaneutralen Wohnens oder Unterstützer sozialer Projekte muss immer wieder der Blick in den Maschinenraum des Unternehmens gelenkt werden –, wo sich die Kosten für die Mieter:innen permanent erhöhen, die Kosten des Unternehmens für Instandhaltung aber stagnieren.
2. Die starken Affekte: Sie werden bei den Nachbar:innenschaftsversammlungen bemerkbar, aber auch im *Schwarzbuch Vonovia* – einer Sammlung von Mieter:innenbeschwerden – ist viel von Wut und Angst, Ohnmacht und Überwindung zu lesen (Mietergemeinschaften 2023). Eine Mieterin berichtet etwa, wie sie mundtot gemacht werden soll: „Es ist also nicht möglich, sich beraten zu lassen und zu informieren. Denn sofort wird gedroht und dann denkt man sich: Ich will ja die Wohnung nicht verlieren!“ In einem anderen Beitrag wird erzählt, wie Vonovia versucht, insbesondere ältere Mieter einzuschüchtern, einfach nur damit diese dann klein begeben und bezahlen, um die Konfrontation im Gericht zu vermeiden.“ (ebd.: 18) Für Ärger sorgen auch regelmäßige Versuche des Vermieters, Verantwortung unsichtbar zu machen oder den Mieter:innen zuzuschieben. Dementsprechend heißt es in einem Erfahrungsbericht: „Die erzählen dir was vom Pferd, grundsätzlich ist die Devise: Die Mieter:innen sind schuld, niemals Fehler zugeben.“ (ebd.: 21) Im Schriftverkehr „gehen sie gar nicht auf

die vorgebrachten Argumente ein, sondern schreiben was ganz anderes“, berichtet eine weitere Mieterin (ebd.: 29).

3. Das Ineinandergreifen von Widerstand und Anpassung: Der Widerstand gegen autoritären Urbanismus kann selbst autoritäre Züge annehmen. Mieter:innen wenden sich gegen das Wohnungsunternehmen, das sie entmündigt, verdächtigt und in eine unterlegene Position drängt. Bei der subjektiven Verarbeitung der eigenen prekären Wohnsituation mobilisieren Menschen jedoch teilweise abwertende und ausgrenzende Deutungen. Kritik am Mietenwahnsinn kann sich etwa auch auf rechtspopulistische Ressentiments oder territoriale Kontrollansprüche stützen. Beispiele sind die Umdeutung der Wohnungskrise in Ressourcenkonflikte zwischen „uns Deutschen“ und „den Ausländern“ oder die Zurückweisung von Diversität als einer perfiden Strategie der Verdrängung Alteingesessener zum Zwecke der Profitsteigerung der Wohnungswirtschaft.

Organizing greift vorhandene Momente von Widerstand auf und versucht, sie einem transformativen Prozess zuzuführen. Dafür ist schlussendlich die subjektivierende Seite von Widerstand bedeutsam. Politische Subjektivität ist in ihrer ganzen Bedeutungsspanne zu berücksichtigen, denn eine politische Haltung ist für gewöhnlich nicht allein das Ergebnis rationaler Überlegungen. Nicht die bessere Herrschaftsanalyse, sondern Beziehungsweisen und Erfahrungen, in denen sich der wilde Mix aus Identitäten, Interessen und Kränkungen Prozessen der Bewährung und Veränderung aussetzt, sind Grundlage politischer Kämpfe.

4. Hier so, dort anders?

Unser Beitrag erhebt nicht den Anspruch, einen Vergleich der beiden Städte zu leisten. Er soll aber die Bedeutung des Lokalen für das Verständnis von Widerstand im oder gegen autoritären Urbanismus illustrieren: In Gera scheint jeglicher Protest gegen autoritäre Hegemonien Widerstand zu sein, während es im liberaleren Leipziger Kontext deutlich mehr Freiräume für differenzierte Bewegungsstrategien gibt. In dieser Differenzierung werden jedoch auch die Ambivalenzen von Widerstand sichtbar. Diese bewegen sich im Spannungsfeld von Anpassung und Dagegenhalten und werden an den autoritären Dimensionen des Widerstands gegen autoritären Neoliberalismus deutlich.

Beide Beispiele verbindet, dass uns das Handeln der Involvierten widerständig erscheint, das mit persönlichem Aufwand, Risiko, Frust oder Angst

Was heißt hier – und dort – Widerstand?

einhergeht. Dennoch bleibt es schwer zu entscheiden, wo Widerstand anfängt, weil Anpassung und Widerstand ineinandergreifen und sich gerade in den affektiven Dimensionen die Frage nach der Relevanz von Machtverhältnissen und lokalen Hegemonien stellt: Was ängstigt wen auf welche Art und Weise und mit welchen realen Machtpositionen korreliert das jeweils? Wie sind zum Beispiel die Angst vor einem Statusverlust oder die „Kopfschmerzen“ von stummen Profiteur:innen der autoritären Normalität ins Verhältnis zu setzen zu existenziellen Fragen nach rassistischer Gewalt oder einem Wohnungsverlust von tendenziell marginalisierten Menschen?

Angesichts der beiden Beispiele ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, Widerstandspraxen dichotom in kollektive, organisierte Praxis und alltägliche Mikropraktiken, in politisch oder unpolitisch, in progressiv oder autoritär aufzuteilen. Stattdessen muss – auch in Hinblick auf eine aktivistische Praxis – Sensibilität für die ständige, affektiv geprägte Spannung zwischen Anpassung und Auflehnung entwickelt werden, auch in Hinblick auf den jeweiligen sozialräumlichen und politischen Kontext.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Das Projekt ist Teil der vom Bundesinnenministerium geförderten Studie zu Institutionen und Rassismus vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Autor_innen

Peter Bescherer ist Soziologe und forscht zur Zeit dazu, wie in und durch Arbeits- und Mietkämpfe Solidarität entstehen kann.
peter.bescherer@uni-jena.de

Leon Rosa Reichle forscht zum behördlichen Umgang mit Rassismus an der Schnittstelle von Staat, Neoliberalisierung und politischer Subjektivierung zwischen Autoritarismus und Solidarität.
leon.reichle@idz-jena.de

Literatur

- Bescherer, Peter / Burkardt, Anne / Feustel, Robert / Mackenroth, Giesla / Sievi, Luzia (2021): Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hallawe, Soha (2021): Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen der Migranten und Zivilcourage. Eine Befragung von arabischen Migranten in Gera. [Bachelorarbeit] Gera: Duale Hochschule Gera-Eisenach.

- Kehrer, Andreas (2022): Wie arabische Migranten in Gera Rassismus erleben. In: mdr.de Nachrichten, 25.3.2022. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/arabische-migranten-rassismus-erfahrungen-studie-100.html> (letzter Zugriff am 3.5.2022).
- Recherche in Gera und Umgebung (2021): Unter UNS – Das Netzwerk des NSU in Gera. In: Recherche in Gera und Umgebung, 31.12.2021. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2021/12/31/unter-uns-das-netzwerk-des-nsu-in-gera/> (letzter Zugriff am 2.6.2022).
- Reichle, Leon Rosa / Bescherer, Peter (2021): Organizing with tenants and fighting rightist resentments. In: Radical Housing Journal 3/1, 11-31.
- Reichle, Leon Rosa / Dieckmann, Janine / Salheiser, Axel (i. E.): Zwischen trägen Organisationen und fehlender Verantwortungsübernahme. Innerbehördliche Auseinandersetzungen mit Rassismus. In: Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management.
- Mietergemeinschaften – Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe / Mietergemeinschaft Anger-Crottendorf/Reudnitz (Hg.) (2023): Schwarzbuch Wohnen bei Vonovia. Leipziger Erfahrungen mit dem größten Wohnungskonzern Europas, <https://mietergemeinschaft-schoenefeld.de/wp-content/uploads/2023/07/Schwarzbuch-Vonovia.pdf> (letzter Zugriff am 14.9.2023).
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelblatt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 11/3-4, 233-243.

Autoritärer Urbanismus enttarnt: Istanbul und Berlin im Dialog

Kommentar zu Daniela Zupan, Matthias Naumann, Gala Nettelblatt und Kristine Beurskens „Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus“

Urszula Ewa Woźniak, Tuba İnal-Çekiç

Debatte zu:
 Daniela Zupan,
 Matthias Naumann,
 Gala Nettelblatt,
 Kristine Beurskens:
 „Was heißt hier Wider-
 stand?“

Kommentare von:
 Kirsten Angermann,
 Sören Becker, Peter
 Bescherer, Tuba
 İnal-Çekiç, Alke Jenss,
 Felicitas Kübler,
 Leon Rosa Reichle,
 Lela Rekhviashvili,
 Andrei Semenov,
 Urszula Woźniak

Die Debatte um autoritären Urbanismus kann von einer vergleichenden Perspektive nur profitieren. Vergleiche zwischen Berlin und Istanbul werden gern der Häresie bezichtigt: hier die Megapolis eines Landes am autoritären Abgrund, da die Hauptstadt einer scheinbar felsenfest liberalen Demokratie. Doch das Zusammendenken dieser beiden Städte lohnt: Es ermöglicht, auch und gerade im Zusammenhang der Diskussion um Autoritarismus, einen differenzierten Blick auf das Phänomen zu werfen und dabei der sogenannten – oftmals zugleich orientalisierenden – *territorial trap* zu entkommen, die Autoritarismus in der Regel in nicht westlichen Geographien verortet (vgl. Koch 2022: 3 f., 9 ff.).

Die Verwendung antidemokratischer Methoden durch Regierungen und Städte sowie die zerstörerischen Folgen zentralisierter Macht und neoliberaler städtischer Umstrukturierung zu untersuchen, wie von Ayten Alkan (2015), Idalina Baptista (2013), David Harvey (2006) und Erik Swyngedouw (1996) gefordert, hebt die autoritären Aspekte städtischer Entwicklung hervor. Aufbauend auf einem solchen Verständnis ermöglicht eine vergleichende Perspektive, den Blick für räumliche Formen von Autoritarismus als *Praktik* mehr denn als räumlich abgrenzbarem Ort (Koch 2022: 14) zu schärfen, um sich so den Machtdynamiken und politischen Ideologien zu nähern, die städtische Landschaften kennzeichnen. Eine raumsensible Analyse von Autoritarismus kann Praktiken

der Repression respektive von Liberalismus innerhalb von anders gearteten Umgebungen ausmachen und zugleich die Dichotomisierung zwischen den Polen „autoritär“ versus „demokratisch“ aufweichen. Sichtbar werden so auch scheinbare Paradoxa, etwa die Gleichzeitigkeit und Verflechtung von autoritären und demokratischen Praktiken.

Autoritärer Urbanismus, wie wir ihn verstehen und nachstehend diskutieren möchten, bezieht sich auf eine Art der Stadtplanung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Entscheidungsfindungen intransparent stattfinden, zentralisiert werden, eine öffentliche Beteiligung daran nur in äußerst begrenztem Umfang eingeräumt und lediglich eine einzige Entwicklungsvision verfolgt wird – ohne Rücksicht auf die verschiedenen Perspektiven und Bedürfnisse der zumeist pluralen lokalen Bevölkerung. Häufig werden dabei soziale und ökologische Auswirkungen außer Acht gelassen, was wiederum städtische Räume hervorbringt, in denen politische oder wirtschaftliche Interessen Vorrang vor dem Wohlergehen der Bürger*innen haben.

In Form eines Dialoges zwischen Berlin und Istanbul möchten wir uns im Folgenden eben diesem Phänomen sowie den Formen des Widerstands dagegen nähern, indem wir unterschiedliche Ebenen von Partizipation in beiden Städten untersuchen, die Fiktion der städtischen Homogenität aufdecken und damit infrage stellen sowie auf gegenwärtige Kämpfe gegen Gentrifizierung und „Bulldozer“-Methoden (Loving/Türkmen 2011) der Stadtentwicklung eingehen. Wir widmen uns der Frage nach der Zentralisierung und Intransparenz von Macht sowie der Notwendigkeit von ergebnisoffenen Beteiligungsprozessen.

Tuba: Blicken wir zunächst einmal nach Berlin: Was haben die hiesigen Beispiele des Widerstands gegen stadtplanerische Großprojekte mit urbanem Autoritarismus zu tun?

Urszula: In den mitunter durchaus hitzigen Debatten um Berliner Stadtplanungspolitik ist von autoritären Praktiken zwar (noch) so gut wie keine Rede. Doch ich denke, dass wir auch den auf dem Papier inklusiven Formaten von Stadtpolitik kritisch begegnen müssen, um deren Ausgestaltung, Akzeptanz, aber auch Hürden zu erfassen – und womöglich auch, um ihnen innewohnende illiberale Tendenzen aufzudecken.

Ein jüngstes Beispiel eines umstrittenen städtebaulichen Planungsverfahrens in Berlin stellt das Warenkaufhaus Karstadt am

Hermannplatz im Bezirk Neukölln dar. Das von der Stadt organisierte Beteiligungsverfahren – ein einmaliges öffentliches Treffen zur „partizipativen Grundlagenermittlung“ im Winter 2021, das noch unter pandemischen Bedingungen stattgefunden hat – wurde von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vielfach als Augenwischerei kritisiert. Das momentane Angebot zur Teilhabe (Stand Frühjahr 2023) umfasst die Möglichkeit, schriftlich zu dem in der Senatsverwaltung ausgelegten, Dutzende Seiten umfassenden Bebauungsplan Stellung zu beziehen. Ein in derart hohem Maße technokratisches Verfahren zieht unwillkürlich die Frage nach sich, welchen Akteur*innen hier tatsächlich Teilhabe ermöglicht wird: Wen erreichen derartige, in vielfacher Hinsicht voraussetzungsreiche Aufrufe zur Partizipation? Diese Frage stellt sich umso mehr in einer städtischen, von Migration und pluralen Lebensstilen geprägten Gesellschaft: Bürokratische und sprachliche Barrieren werden in vielen Beteiligungsformaten nicht wirklich abgeschafft.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Popularität das Referendum in Berlin als partizipatives Werkzeug des *grassroots*-Aktivismus aktuell genießt, etwa wenn wir an die Initiative Deutsche Wohnen Enteignen oder das Referendum zum Tempelhofer Feld denken. Als Mittel der direkten Demokratie ist das Referendum ein Mechanismus, um die Öffentlichkeit an der Wahl zwischen zwei verfügbaren Optionen zu beteiligen. Es verlangt zwangsläufig die Reduktion komplexer politischer Themen auf zwei dichotome Argumentationen. Zudem sind auch kommunale Referenden an die Staatsbürgerschaft geknüpft. Würde über die Zukunft des Warenhauses am Hermannplatz per Referendum abgestimmt werden, hätte allerdings ein beträchtlicher Teil seiner Nutzer*innen und Anwohner*innen als Nicht-EU-Bürger*innen gar kein Stimmrecht. Wer bildet in diesem Fall das legitime politische Subjekt, das „Wir“ der Stadtgesellschaft (vgl. İnal-Çekiç, /Woźniak 2022)? (Wie) Werden die weniger organisierten, gefährdeten oder anderweitig marginalisierten Gruppen und Communitys in stadtplanerische Prozesse miteinbezogen?

Ein Blick auf die weltweit zahlreichen Beispiele von Referenden, die trotz demokratischer Verfahren illiberale Ergebnisse eingefahren haben und unter dem Anschein von Demokratie zum Teil unfreie Reformen umsetzen (vgl. Stacey/Albert 2022: 17), fordert die Gretchenfrage nach der Legitimität des plebiszitären Votums heraus. Natürlich kann ein im Kern verfassungsgebendes Referendum wie das in der Türkei von

2017, das das politische System mit der Stärkung des Präsidentenamts de facto bedeutsam in Richtung Autoritarismus geführt hat, nicht mit einem Referendum um die stadtplanerische Zukunft eines innerstädtischen ehemaligen Flughafengeländes verglichen werden. Dennoch: Kritiker*innen verweisen unter dem Stichwort der Postpolitik auf die zumeist konsensbildenden Ansätze, die Top-down-Planungsinstrumenten innewohnen, und sich damit jeglicher Antagonismen entledigen, auch und gerade, wenn mögliche Ergebnisse im Voraus eng definiert werden (Wilson/Swyngedouw 2014: 6). Das Fehlen eines ergebnisoffenen Ausgangs politischer Entscheidungsprozesse, das Fehlen einer in diesem Sinne (ergebnis-)offenen Zukunft kann daher das Fehlen von Freiheit als einem wesentlichen Grundanker von Demokratie bedeuten und bildet damit ein autoritäres Element von Urbanismus.

Urszula: Das Beispiel des Prestigeprojektes des Karstadt-Neubaus am Berliner Hermannplatz verblüfft auch durch die Tatsache, dass der Entwurf mit seiner weit über Traufhöhe der umliegenden Gebäude angelegten überdimensionalen historisierenden Fassade vor allem dem Ursprungsbau aus den 1920er-Jahren huldigt. Verweise auf (bestimmte Versionen von) Geschichte ist sind auch für viele Stadtumbauprojekte in der Türkei kennzeichnend, oder?

Tuba: Viele Stadterneuerungsprojekte in der Türkei haben eine auffallende Tendenz, historische (Bau-)Elemente zu zitieren, häufig inspiriert von der seldschukischen und osmanischen Architektur. Diese Projekte verkörpern eine Verschmelzung von Neoliberalismus und Islamismus und stehen für unterschiedliche politische Rationalitäten, deren Ziel es ist, verschiedene Facetten des sozialen Lebens umzugestalten. Diese Verflechtung von Ideologien spiegelt die sunnitisch-islamische Prägung des Landes und ist gleichzeitig der Nährboden für die von der regierenden AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) vertretene Version des autoritären Urbanismus: Historische Narrative werden revidiert, um die Macht des Regimes zu konsolidieren, seine Autorität zu legitimieren und seine Vision von gesellschaftlicher Transformation voranzutreiben.

Dieser Revisionismus verhindert nicht nur jegliche ergebnisoffene Diskussion über die Stadtplanung und -gesellschaft der Zukunft, vielmehr muss man sich vor Augen halten, dass dieser Ansatz von Rachemotiven angetrieben wird beziehungsweise es hier um die Errichtung einer

neuen Ordnung geht, die die Relikte des Vorgängerregimes auszuradiieren versucht. Das Jahr 2023 ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, denn es markiert den 100. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik. Dieser symbolische Meilenstein dient dem Regime als schlagkräftiges Instrument zur Rechtfertigung seiner Handlungen und unterstreicht sein Ziel, zu einer vermeintlich „goldenen Ära“ der Vergangenheit zurückzukehren und gleichzeitig Gegenwart und Zukunft nach seinen eigenen Vorstellungen umzugestalten.

Folglich ging es beim Taksim-Projekt insgesamt um den Versuch, einige der dort vorhandenen Symbole der Republik zu zerstören und neue Elemente einzufügen, die mit der AKP-Regierung und der osmanischen Ära verbunden sind. Die Umgestaltungsvorschläge zielten darauf ab, mehr religiöse Elemente in den Platz zu integrieren, einschließlich einer Moschee an zentraler Stelle. Das Taksim-Projekt beinhaltete auch den Wiederaufbau der Topçu-Kışlası-Taksim-Kaserne im Gezi-Park, die in den 1940er-Jahren abgerissen worden war, also zu der Zeit, als der Taksim-Platz und seine Umgebung minuziös geplant wurden, um die Ideale der modernen Urbanisierung und die Ambitionen der damals noch jungen Republik unter der Führung von Kemal Atatürk zu spiegeln. Diese bewussten Entscheidungen beschwören nicht nur das historische Erbe des Osmanischen Reiches im heutigen urbanen Kontext herauf, sondern sollen auch bleibende Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und sie entsprechend einer imaginären Vergangenheit und Zukunft formen. Werden bestimmte historische Elemente selektiv hervorgehoben, so besteht die Gefahr, dass die Vielfalt der kulturellen Narrative und Erfahrungen, die das kollektive Gedächtnis des Landes und der Stadt ausmachen, vernachlässigt wird.

Das Aufzwingen einer Einheitsvorstellung von Leben und Raum ist natürlich nicht das einzige Instrument oder die einzige Manifestation autoritärer Urbanisierung. Flankierend hinzu kommen häufig noch zentralisierte, nichtpartizipative und nichtinklusive Entscheidungsprozesse und das Unterdrücken von Widerstand (Baptista 2013; Swyngedouw 1996). Wenn das herrschende Regime die Kontrolle über Stadterneuerungsprojekte erlangt, festigt es seine Macht durch die Umsetzung von Rechtsvorschriften und durch Ausgrenzung. Dadurch werden Andersdenkende zum Schweigen gebracht, Einwände ignoriert und ein offener Dialog wird verhindert. All das begünstigt eine Kultur der Angst. Diese Zentralisierung der Macht wirkt als Katalysator für die

Verewigung autoritärer Praktiken in der Stadtentwicklung und ermöglicht es dem Regime, seine Kontrolle mithilfe neuer Gesetze und neu geschaffener Institutionen noch weiter zu festigen.

Tuba: Berlin und Istanbul zeichnen sich beide durch eine Pluralität von Lebensstilen aus. Wie geht der autoritäre Urbanismus damit um?

Urszula: Wenngleich es zwischen beiden Städten wichtige Unterschiede gibt, sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung der jeweiligen Stadtbevölkerung als auch im historisch-politischen Umgang mit Vielfalt, erleben wir hier wie dort immer wieder Momente offensiver Diffamierung und eher selten eine Negation oder Ignoranz dieser Pluralität. Impliziert ist damit die Frage danach, welche legitimen politischen Subjekte autoritäre Regierungen produzieren. Dies geschieht häufig im Spannungsfeld von Politik und Moral – einem Spannungsfeld, das sich quer durch die politischen Systeme und Regierungsstile analysieren lässt. In meiner Ethnographie zweier Istanbuler Nachbarschaften habe ich unter anderem untersucht, wie Moralität als Kernelement einer Lifestyle-Politik durch rhetorische Äußerungen von Mitgliedern der Regierungspartei AKP immanent produziert wird (Woźniak 2021: 24). Flankiert wird das Ganze durch einen legalen Moralismus, der auch mittels Gesetzen auf paternalistische Weise in Lebensstilentscheidungen einzugreifen sucht (Aytaç 2017: 499). Während Lifestyle-Politik keine Erfindung der AKP-Regierung ist, umfasst ihre aktuelle Politik dennoch Polarisierungen rund um Themen wie Alkoholverbot, Abtreibung, Frauen- und LGBTQI-Rechte, Glaubens- und Meinungsfreiheit.

Auch in Berlin können wir beobachten, wie rhetorische Polarisierungen um Lebensstile in eine Milieu-, Herkunfts- und Problemkiezdebatte münden können. Die Ereignisse der Silvesternacht von 2022, bei der Polizei und Rettungskräfte in Berlin-Neukölln, aber auch andernorts massiv mit Feuerwerkskörpern angegriffen wurden, veranschaulicht dies. Hier sind im Zusammenspiel von Medien und Lokalpolitik (die sich zu dem Zeitpunkt akut im Wahlkampfmodus befand) sogenannte *moral panics* produziert worden, bei der ein einzelnes Ereignis zur Bedrohung für Ordnung und Werte einer Gesellschaft hochstilisiert wird. Stanley Cohen, Vordenker des Konzepts, stellte fest, dass „erfolgreiche moralische Paniken ihre Anziehungskraft ihrer Fähigkeit verdanken, Anknüpfungspunkte zu allgemeineren Ängsten zu finden“ (Cohen 2002: xxx). Als *eine* wesentliche

systemimmanente Ursache dieser Hintergrundängste kann demokratietheoretisch der *mismatch* zwischen gesellschaftlicher Norm – einer im Fall Deutschlands auf Pluralismus ausgerichteten Demokratie – und der Realität ihrer faktischen Verwehrung gesehen werden. Naika Foroutan schreibt hierzu:

„Der eingeforderte Gleichheitsanspruch durch die migrantischen oder als solche markierten Subjekte erinnert die Gesellschaft schmerzlich an den Verrat oder die Unerreichbarkeit der eigenen Norm und führt bei einem Teil der Bevölkerung zu Aggressionen gegenüber den migrantisierten Anderen.“ (2020: 45)

Anstatt Ursachenforschung zu betreiben und eine notwendige Diskussion um ungleich verteilte Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen voranzutreiben (Blokland 2023), produzierte bei einigen Wahlkämpfer*innen die Angst um Stimmen- und damit Machtverlust altbekannte Antworten: Assimilationsdruck, Law-and-Order-Politik, Bringschuld der Migrant*innen. Wir sehen einmal mehr, wie das Gleichheitsversprechen der pluralistischen Demokratie und einer diversifizierten Stadtgesellschaft bereits an der immerwährend rhetorisch reproduzierten Fiktion von Homogenität scheitert.

Ich denke daher, dass die Anerkennung von sowie der Umgang mit städtischer Pluralität ein wichtiger Marker von antidemokratischem beziehungsweise autoritärem Urbanismus ist – und zwar nicht nur, wenn es, wie eingangs beschrieben, um die stadtplanerische Beteiligung verschiedener Communitys geht. Gentrifizierung ist als Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungen zugleich ein Prozess, der genuin mit der ethnischen Zusammensetzung von Vierteln zu tun hat, und als solcher ein rassifizierter Prozess des Klassenwandels (Rucks-Ahidiana 2022: 174). In diesem Sinne kann beispielsweise eine Form der Stadtplanung, welche – wie im Fall des Hermannplatzes – über kurz oder lang die Verdrängung des größtenteils migrantisch geführten Kleinhandels und einer ethnisch diversen Anwohnerschaft an diesem urbanen Ort nach sich zieht, als ebenso undemokratisch wie rassistisch diskutiert werden.

Urszula: Und was sagt uns der Fall von Gezi über den Widerstand gegen autoritären Urbanismus?

Tuba: Das Vorhaben zur Umgestaltung von Taksim-Platz und Gezi-Park wurde vor den Parlamentswahlen von 2011 vorgestellt. Es war Teil der Wahlversprechen von Recep T. Erdoğan, damals noch Ministerpräsident, und einer ganzen Reihe ambitionierter Pläne Erdoğan's und der AKP für Istanbul. Allerdings erfolgte diese Umwandlung der Visionen für Taksim-Platz und Gezi-Park in Wahlversprechen ohne Berücksichtigung der bestehenden, von der Istanbuler Stadtverwaltung bereits genehmigten Denkmalschutzpläne für den Bezirk Beyoğlu. Diese Vorgehensweise führte zu Verstimmungen zwischen Öffentlichkeit und Planungsbehörde, weil sie das Recht auf Bürger*innenbeteiligung und die Zuständigkeit der Lokalregierung bedrohte. Nach dem Wahlsieg der regierenden AKP änderte diese die Planung für den Taksim-Platz unter Umgehung der bereits bestehenden Denkmalschutzpläne. Die Planänderung wurde ohne jegliches Beteiligungsverfahren durchgezogen und die von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Anwohner*innen und örtlichen Gewerbetreibenden gleichermaßen vorgebrachten Bedenken und Einwände wurden schlicht ignoriert. Einen Raum für Informationsaustausch und Bürger*innenbeteiligung bot die unabhängige Initiative Taksim-Plattform, während die sogenannte Taksim-Solidarität, ein Zusammenschluss aus verschiedenen Organisationen und politischen Parteien, Protestveranstaltungen organisierte, um ihren Widerstand gegen das Projekt zum Ausdruck zu bringen (Taksim Dayanışması 2013). Trotz laufender Gerichtsverfahren und Einsprüche hielten die politischen Instanzen an ihrer autoritären Vorgehensweise fest, setzten die Beschlüsse des zuständigen Umweltausschusses außer Kraft und genehmigten das Projekt. Die Baumaßnahmen wurden allem Widerstand zum Trotz fortgesetzt und die Proteste, die zunächst eine lokale Reaktion auf Baumfällungen im Gezi-Park waren, entwickelten sich infolge der Polizeigewalt zu landesweitem zivilem Ungehorsam. Als die Weiterführung des Projekts später per Gerichtsbeschluss ausgesetzt wurde, war die Umgestaltung des Taksim-Platzes de facto bereits geschehen – mit Ausnahme des Wiederaufbaus der Taksim-Kaserne.

Eine Möglichkeit, über Widerstand gegen autoritäre Praktiken zu reflektieren, besteht darin, sich ihm über den Gedanken der Partizipation anzunähern, und zwar nicht nur im Sinne eines stadtplanerischen Instruments, sondern auch als Kernelement einer Kampfansage (Lefebvre 2002). Die Gezi-Proteste, die sich dieses Jahr zum zehnten Mal jähren, veranschaulichen diesen Wunsch nach Beteiligung an städtebaulichen

Entscheidungen und können als direkte Antwort auf den autoritären Urbanismus verstanden werden. Sie sind ein bemerkenswertes Beispiel des Widerstands gegen autoritäre Praktiken der Stadterneuerung und zeigen, wie das Aufzwingen einer Einheitsvorstellung von Raum und fehlende Bürger*innenbeteiligung einen öffentlichen Aufschrei und zivilen Ungehorsam auslösen können (Ökten/Kurtarır/İnal-Çekiç 2013). Zudem waren die Proteste ein machtvoller Ausdruck des Nicht-einverständnisses mit den zentralisierten städtebaulichen Entscheidungsprozessen in der Türkei. Indem sie auf die Straße gingen und öffentliche Plätze besetzten, stellten sich die Protestierenden gegen die Top-down-Politik des Regimes und forderten eine demokratischere und inklusivere Vision für die Zukunft ihrer Städte.

Auch nach zehn Jahren waren und sind die Gezi-Park-Proteste immer noch die größte Oppositionsbewegung, der sich die AKP-Regierung während ihrer bis dahin zehnjährigen Herrschaft stellen musste. Was zunächst als öffentlicher Aufschrei gegen die Zerstörung des Gezi-Parks im Rahmen eines von oben verfügt Stadterneuerungsvorhabens begonnen hatte, entwickelte sich schnell zu landesweiten Protesten. Die Reaktion des Regimes auf die Gezi-Park-Proteste führte aber auch deutlich den autoritären Charakter seiner Vorgehensweise vor Augen. Die Behörden griffen hart gegen die Protestierenden durch, der Widerstand sollte durch exzessive Polizeigewalt, Verhaftungen und die Unterdrückung der Medienberichterstattung gebrochen werden.

Insgesamt hat der Umgang der Regierung mit den Gezi-Park-Protesten gezeigt, wie weit autoritäre Regime zu gehen bereit sind, um die Kontrolle über urbane Räume zu behalten und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Im Kontext des autoritären Urbanismus wird das Unterdrücken von Widerstand zum zentralen Mittel, um diese Kontrolle aufrechtzuerhalten und um sicherzustellen, dass die Bürger*innen sich den Zielen des Regimes fügen. Widerspruch und Opposition werden systematisch abgewürgt, wodurch die Möglichkeiten der Bürger*innen, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Umwelt zu beteiligen, minimiert werden. Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, Informationszensur und Einschüchterungstaktiken sind die üblichen Mittel, um jede Form von Widerstand oder alternative Meinungen zu unterdrücken (Leitner et al. 2007; Eraydın/Taşan-Kök 2014; Alkan 2015).

Tuba: Die meisten Analysen zum gegenwärtigen weltweiten Aufflammen des Autoritarismus – wie auch immer dieser benannt wird – fokussieren sich auf das allmähliche, aber stetige Aushöhlen demokratischer Institutionen. Reicht eine Analyse systemimmanenter Aspekte, um autoritäres Regieren zu verstehen?

Urszula: Das Beispiel der Türkei zeigt uns zweifelsohne, dass das Aushöhlen demokratischer Institutionen und Verfahren eine zentrale Rolle für den Machterhalt eines zunehmend autoritären – auch städtischen – Regierens spielt. Doch es gibt auch andere Aspekte, die es in diesem Zusammenhang zu analysieren gilt, um das komplexe Gefüge von Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft zu verstehen, etwa die Rolle von Emotionen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Analyse des gegenwärtigen affektpolitischen Zustands der Türkei durch die Anthropologin Ulrike Flader (2021): Mit dem Begriff der Apathie bezeichnet sie zum einen die dominante affektive Bewältigungsstrategie der Opposition, während sie zum anderen diese Verhältnisse als aktiv durch Regierungspraktiken der AKP produzierte diagnostiziert. Im Kern ist die hier festgestellte Apathie einer der Hauptwidersacher von Widerstand, ob in der organisierten politischen Opposition, auf der Straße oder im Alltag. Flader attestiert dabei der aktuellen AKP-Regierung, mit ihrem orchestriert willkürlichen Politikstil einen Schwebestand zwischen Demokratie und Nichtdemokratie zu produzieren, der es ungleich schwerer macht, gegen – zum Teil mithilfe demokratischer Mittel hervorgebrachtes – Unrecht vorzugehen (ebd.). Dieser Schwebestand besteht beispielsweise darin, dass die Bürger*innen der Türkei in den vergangenen Jahren sehr häufig, nämlich im Schnitt einmal im Jahr, an die Wahlurnen gerufen wurden (zu Abstimmungen um Verfassungsänderungen, Parlamentswahlen, Lokalwahlen usw.). Dabei wurden auch immer wieder durch das sogenannte *gerrymandering*, also die Veränderung von Wahlkreisen entsprechend der errechneten Wahlchancen, Ergebnisse beeinflusst. Auf diese Weise kann auch ohne direkten Wahlbetrug und damit für Bürger*innen kaum wahrnehmbar beispielsweise die demokratische Architektur des Wahlsystems ausgehöhlt werden, wodurch etwa auch demokratische Wahlverfahren Gefühle der Ohnmacht und Apathie produzieren können.

Es ist aber nicht nur der Angriff auf demokratische Institutionen oder die fratzenhafte Verzerrung rechtsstaatlicher Verfahren wie im Fall

der Schauprozesse um die Gezi-Protteste, die Widerstand erschweren. Am Beispiel des Hermannplatzes können wir des Weiteren sehen, dass Widerstand dort behindert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wird, wo die Grenzen zwischen Staat auf der einen und Investor auf der anderen Seite nicht mehr klar zu erkennen sind. Wo die Public-private-Partnership als ein Organismus in Erscheinung tritt, kann ein Investor wie die Signa sich gar in Mimikry des Staates üben und damit Handeln im Namen des Allgemeinwohls suggerieren: In aufwendigen PR-Kampagnen konzertierte Signa öffentlichkeitswirksam Planungswerkstätten und ließ einen Fahrradweg im Hinterhof des Karstadt-Warenhauses anbringen. Der Konzern ging sogar so weit zu behaupten, für die Produktion von anderen, sogenannten Pop-up-Fahrradwegen im Bezirk verantwortlich zu sein (Tajeri 2023: 10). Damit ist das aktuelle Beispiel von Karstadt am Hermannplatz nicht nur ein Lehrstück zur Intransparenz von Macht im neoliberalen, von autoritären Elementen durchsetzten Urbanismus. Das Vorgehen von Staat wie Konzern verwässert unwillkürlich die Verantwortlichkeit von staatlichem Handeln.

Urszula: Bleibt noch die Frage danach, wie der „Erfolg“ widerständiger Praktiken gemessen werden kann.

Tuba: Der Erfolg urbaner Bewegungen wird oft an politischen Resultaten gemessen, aber es ist auch wichtig, dass wir ihr Potenzial erkennen, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen und in maßgeblichen Bereichen Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen. In dieser Hinsicht kann man der Gezi-Bewegung, auch wenn sie sich nicht zu einer politischen Partei entwickelt hat, einige bemerkenswerte Erfolge zugutehalten. Hier wäre vor allem die Erhaltung des Gezi-Parks als Grünfläche zu nennen, da der geplante Bau einer Artilleriekaserne effektiv verhindert werden konnte. Darüber hinaus förderte die Bewegung ein Wir-Gefühl zwischen den verschiedenen Communitys und Initiativen und bot ihnen eine gemeinsame Plattform zur Zusammenarbeit und zum Sammeln wertvoller Erfahrungen durch kollektiven Kampf.

Außerdem konnte die wichtigste Oppositionspartei durch Schlüsselfiguren der Gezi-Park-Bewegung Sitze in den Gemeinderäten erringen. So wirkte ihr Einfluss bis in Wahlprozesse hinein, in denen Dissident*innen den Diskurs rund um umstrittene städtebauliche Projekte aktiv mitgestalteten und ihren Anspruch auf das Recht auf die Stadt öffentlich

geltend machten. Politische Parteien stimmten ihre Positionen ab und schmiedeten Wahlbündnisse, indem sie strategisch gemeinsame Kandidat*innen für Bürgermeisterwahlen in den wichtigsten Städten aufstellten. Nach ihrer knappen Niederlage bei den Kommunalwahlen 2014 gewann die Opposition die Bürgermeisterwahlen im März 2019, weil die Bevölkerung türkischer Großstädte ihre Unzufriedenheit und Missbilligung dadurch zum Ausdruck brachten, dass sie mehrheitlich Oppositionskandidat*innen unterstützten. Der Wahlprozess und die im Wahlkampf gemachten Versprechen hatten einen entscheidenden Einfluss auf die neuen lokalen Regierungsstrukturen in der Istanbuler Stadtverwaltung. Transparenz wurde zu einem zentralen Thema, beispielsweise mit Initiativen wie dem freien Zugang zu öffentlichen Daten und der Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen, wodurch offenkundig wurde, mit welchen Hindernissen Gemeinderäte aufgrund der bisherigen Praktiken der AKP zu kämpfen hatten. Die neue Istanbuler Stadtregierung hat auch eine integrativere und weniger destruktive Stadtentwicklungspolitik auf den Weg gebracht, indem sie neue Führungskräfte ernannte, darunter auch Personen aus den urbanen Widerstandsbewegungen. Der neue Strategieplan der Stadtverwaltung sendet eine klare Botschaft der Umsetzung einer partizipatorischen und inklusiven Stadtpolitik. Infolgedessen wurde die Durchführung bestimmter urbaner Entwicklungsprojekte ausgesetzt oder diese stieß auf Widerstand seitens der neuen städtischen Regierung.

Allerdings muss auch erwähnt werden, dass der Kampf für urbane Rechte nicht ohne Konsequenzen geblieben ist. Im Mai 2022 wurden mehrere Sprecher*innen der Plattform Tasksim-Solidarität und verschiedener anderer Organisationen festgenommen, vor Gericht gestellt und wegen „versuchten Umsturzes der Regierung“ zu 18 Jahren Haft verurteilt. Außerdem wurde Can Atalay, Anwalt der Architekt*innenkammer und Mitglied der Taksim-Solidarität, bei den Wahlen im Mai 2023 ins Parlament gewählt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt noch im Gefängnis saß. Daran zeigt sich sowohl der anhaltende Einfluss urbaner Bewegungen auf die Ausgestaltung politischer Repräsentation als auch die bereits angesprochene paradoxe Gleichzeitigkeit und Verwobenheit von autokratischen und demokratischen Praktiken.

Die Gezi-Park-Protteste und die anschließenden Entwicklungen hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die lokale Regierungsführung und die Stadt(entwicklungs)politik und unterstrichen das Verlangen der

Autoritärer Urbanismus enttarnt: Istanbul und Berlin im Dialog

Bevölkerung nach Inklusivität, Transparenz und partizipativer Entscheidungsfindung. Trotz der Herausforderungen und Konsequenzen, mit denen die Aktivist*innen konfrontiert waren und sind, wird der Diskurs über Stadtentwicklung in der Türkei bis heute durch das Erbe der Bewegung geprägt.

Tuba & Urszula: Die Urbanismen von Berlin und Istanbul miteinander zu vergleichen, ist insofern eine Herausforderung, als dass die deutlichen Unterschiede zwischen den Regimen in beiden Kontexten nicht nivelliert werden dürfen. Was wir mit diesem Dialog jedoch unterstreichen wollen, ist, dass viele Faktoren bei der Entstehung eines anti-/demokratischen Urbanismus zusammenkommen: Staatliches Handeln auf der einen Seite und gewinnmaximierende Unternehmenslogiken im neoliberalen Kapitalismus auf der anderen Seite müssen vor dem Hintergrund des breiteren wie auch lokalen politischen Diskurses analysiert werden. So gibt es in Istanbul einerseits einen erkennbaren Kampf für eine demokratische Stadtplanung, sowohl seitens der Zivilgesellschaft als auch vereinzelter Kommunen. Andererseits zeigt sich in Berlin, wo die Schnittmengen zwischen Gentrifizierung und Rassismus liegen und wie eine Urbanisierung, die nach dem Prinzip *one size fits all* verfährt, das soziale Gefüge von Stadtvierteln bedroht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine demokratische Regierungsführung und demokratische Verfahren (zum Beispiel Wahlen) allein noch nicht die Abwesenheit autoritärer Praktiken des Urbanismus bedeuten: Autoritäre und demokratische Praktiken können nebeneinander bestehen und erfordern damit unsere volle analytische Aufmerksamkeit.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes für SocioTrans – Social Science Translation & Editing Services.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Urszula Ewa Woźniak ist Soziologin. Sie arbeitet an der Schnittstelle von politischer Anthropologie und Soziologie, Migrations- und Stadtforschung, mit einem besonderen Interesse an öffentlicher Moral.
u.wozniak@googlemail.com

Tuba İnal-Çekic ist Stadtplanerin. Ihre Forschungsinteressen sind autoritärer Urbanismus und urbane Bewegungen aus der Perspektive partizipativer Governance.
tuba.cekic@tac.web.tr

Literatur

- Alkan, Ayten (2015): Türkiye'nin Yeni Metropolitan Rejimi: Otoriteryen Kentleşmenin „Yerel Yönetimlerde Yeniden Yapılma“ Formu [Das neue Metropolenregime der Türkei: Die „Umstrukturierung der Kommunalverwaltung“ als Form der autoritären Urbanisierung]. In: *Ayrıntı Dergisi* 13, 35-55.
- Aytaç, Ahmet Murat (2017): Lifestyle and rights: A neo-secular conception of human dignity. In: *Philosophy & Social Criticism* 43/4-5, 495-502.
- Baptista, Idalina (2013): Practices of exception in urban governance: Reconfiguring power inside the state. In: *Urban Studies* 50/1, 39-54.
- Blokland, Talja (2023): Stadtsoziologin zur Silvesternacht: „Keine Überraschung, dass es jetzt knallt“ (Interview mit Niklas Liebetrau). In: *Berliner Zeitung*, 5.1.2023. <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/berlin-interview-krawalle-gewalt-expertin-stadtsoziologin-talja-blokland-humboldt-universitaet-zur-silvesternacht-keine-ueberraschung-dass-es-jetzt-knallt-li.303845> (letzter Zugriff am 30.6.2023).
- Cohen, Stanley (2002): Moral panics as cultural politics: Introduction to the third edition. In: Stanley Cohen, *Folk devils and moral panics. The creation of the mods and the rockers*. London/New York: Routledge, vii-xxxvii.
- Eraydın, Ayda / Taşan-Kok, Tuna (2014): State response to contemporary urban movements in Turkey. A critical overview of state entrepreneurialism and authoritarian interventions. In: *Antipode* 46/1, 110-129.
- Flader, Ulrike (2021): Zwischen Apathie und Hoffnung. <https://softauthoritarianisms.uni-bremen.de/blog/zwischen-apathe-und-hoffnung-2/> (letzter Zugriff am 15.5.2023).
- Foroutan, Naika (2021): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.
- Harvey, David (2006): *Spaces of global capitalism. Towards a theory of uneven geographical development*. New York: Verso.
- İnal-Çekiç, Tuba / Woźniak, Urszula E. (2022): We, the city. Plurality and resistance in Berlin and Istanbul. Berlin: Jovis.
- Koch, Natalie (2022): Introduction: Spatializing authoritarianism. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. Syracuse: Syracuse University Press, 1-21.
- Lefebvre, Henri (2002): The right to the city. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The Blackwell city reader*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Leitner, Helga / Sheppard, Eric S. / Sziarto, Kristin / Maringanti, Anant (2007): Contesting urban futures: Decentering neoliberalism. In: Helga Leitner / Jamie Peck / Eric S. Sheppard (Hg.), *Contesting neoliberalism: Urban frontiers*. New York/London: Guilford, 1-25.
- Lovering, John / Türkmen, Hade (2011): Bulldozer neo-liberalism in Istanbul. The state-led construction of property markets, and the displacement of the urban poor. In: *International Planning Studies* 16/1, 73-96.
- Ökten, Ayşe Nur / Kurtanır, Erhan / İnal-Çekiç, Tuba (2013): Katılımlın yokluğunda Gezi'de direniş [Der Widerstand zu Gezi in Abwesenheit von Partizipation]. In: *Planlama* 23/1, 45-51.
- Rucks-Ahidiyana, Zawadi (2022): Theorizing gentrification as a process of racial capitalism. In: *City & Community* 21/3, 173-192.
- Stacey, Richard / Albert, Richard (2022): Introduction: Democracy, liberalism and constitutional referendums: When does popular sovereignty legitimate constitutional change? In: Richard Albert / Richard Stacey (Hg.), *The limits and legitimacy of referendums (Online-Ausgabe)*. Oxford: Oxford Academic, 1-33.
- Swyngedouw, Erik (1996): Reconstructing citizenship, the re-scaling of the state and the new authoritarianism. Closing the Belgian mines. In: *Urban Studies* 33/8, 1499-1521.
- Taksim Dayanışması (2013): Basına ve kamuoyuna [Bekanntgaben an die Presse und Öffentlichkeit]. <http://taksimdayanisma.org/basina-ve-kamuoyuna-2> (letzter Zugriff am 25.5.2023).

Autoritärer Urbanismus enttarnt: Istanbul und Berlin im Dialog

- Tajeri, Niloufar (2023): PR und Lobbyismus am Hermannplatz. Wie der Signa-Konzern seine Karstadt-Pläne durchboxen will. In: MieterEcho. Zeitschrift der Berliner MieterGemeinschaft e. V. 434, 10-11.
- Wilson, Japhy / Swyngedouw, Erik (2014): Seeds of dystopia: Post-politics and the return of the political. In: Japhy Wilson / Erik Swyngedouw (Hg.), The post-political and its discontents. Spaces of depoliticisation, spectres of radical politics. Edinburgh: Edinburgh University Press, 1-22.
- Woźniak, Urszula E. (2021): The making of moral territories. Socio-political configurations of the Mahalle in post-Gezi Istanbul. Doktorarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Zupan, Daniela / Naumann, Matthias / Nettelbladt, Gala / Beurskens, Kristine (2023): Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 11/3-4, 233-243.

Festung L.A. (2006 [1990])

Mike Davis

Debatte zu:
 Mike Davis' „Festung
 L.A.“ (2006 [1990])

Kommentare von:
 Sina Brückner-Amin,
 Stefan Höhne,
 Roger Keil,
 Stephan Lanz,
 Boris Michel,
 Katja Schwaller,
 Rainer Wendling

Aus den sorgfältig manikürten Rasenflächen an der Westside von Los Angeles sprießen Wälder von unheilverkündenden kleinen Schildern, die eine „bewaffnete Vergeltung!“ androhen.[1] Sogar die reicheren Viertel in den Canyons und Hügeln isolieren sich hinter Mauern, die von schwerbewaffneten Privatpolizisten und den allerneuesten elektronischen Überwachungssystemen geschützt werden. In Downtown ist in einer öffentlich subventionierten „Renaissance der Stadt“ die größte Konzernfestung der USA entstanden – durch ein monumentales architektonisches Glacis von den umliegenden Armenvierteln getrennt. In Hollywood verherrlicht der für seinen „Humanismus“ gerühmte Stararchitekt Frank Gehry den Belagerungslook mit einer Bücherei, die einem Fort der Fremdenlegion nachempfunden ist. In Westlake und im San Fernando Valley errichtet die Polizei von Los Angeles im Rahmen ihres „Krieges gegen Drogen“ Straßensperren und riegelt Armenviertel ab. In Watts führt der Bauunternehmer Alexander Haagen seine Strategie zur Rekolonisierung des Einzelhandels in der Inner City vor: ein von Metallzäunen umgebenes panoptisches Einkaufszentrum mit einem zentralen Überwachungsturm, in dem eine Außenstelle des LAPD untergebracht ist. Und das nächste Jahrtausend lässt grüßen, wenn ein ehemaliger Polizeichef für ein „Riesenauge“ zur Kriminalitätsbekämpfung – einen geosynchronen Polizeisatelliten – wirbt, und andere Bullen halten unauffällig immer noch den „Garden Plot“ bereit, einen uralten, aber immer noch gültigen Plan aus den 60er-Jahren für ein letztes Gefecht zur endgültigen Herstellung von Law and Order.

Wir befinden uns im postliberalen Los Angeles, wo die Verteidigung eines luxuriösen Lebensstils sich in immer neue Repressionen in Raum und Bewegung übersetzt, unterfüttert von der allgegenwärtigen „bewaffneten Antwort“. Die Besessenheit, mit der physische Sicherheitssysteme errichtet und gleichzeitig durch die Architektur soziale Trennungslinien durchgesetzt werden, ist zum Zeitgeist in der Umstrukturierung der Stadt geworden – zum zentralen Diskurs in der gesamten entstehenden gebauten Umwelt der 90er-Jahre. Und doch fällt der zeitgenössischen Stadttheorie – ob sie den Einfluss der elektronischen Technologien auf die Schaffung des „postmodernen Raumes“ oder die Verstreuung von Stadtfunktionen über polyzentrische Metropolen-“Galaxien“ diskutiert – nichts zur Militarisierung des Lebens in der Stadt ein, die unten auf der Straße so fürchterlich sichtbar ist. Hollywoods Pop-Apokalypsen und billige Science-Fiction-Streifen zeigen immer noch realistischer und politisch scharfsichtiger, wie sich die Oberfläche der Stadt im Zuge der gesellschaftlichen Polarisierungen der Reagan-Ära planmäßig verhärtet. Bilder von Inner Cities als Gefängnissen (*Escape from New York*, *Running Man*), High-Tech-Todesschwadronen der Polizei (*Blade Runner*), fühlenden Gebäuden (*Die Hard*), Homelands in der Stadt (*They Live!*), Vietnam-artigen Straßenkriegen (*Colors*) usw. schreiben nur Trends fort, die tatsächlich bestehen.

In solchen dystopischen Visionen drückt sich aus, wie weitgehend die letzten Hoffnungen auf städtische Reformen und gesellschaftliche Integration heute im Wohn- wie im Geschäftsbereich einer geradezu pharaonischen Sicherheit gewichen sind. Die schrecklichen Prophezeiungen der von Nixon eingesetzten National Commission on the Causes and Prevention of Violence von 1969 haben sich auf tragische Weise erfüllt: Wir leben in „Festungsstädten“, die brutal gespalten sind in „befestigte Zellen“ der Wohlstandsgesellschaft und „Orte des Schreckens“, wo die Polizei die kriminalisierten Armen bekämpft (National Commission on the Causes and Prevention of Violence 1969).

Der in den langen, heißen Sommern der 60er-Jahre ausgebrochene „zweite amerikanische Bürgerkrieg“ hat sich so sehr institutionalisiert, dass er schon in die Struktur des städtischen Raums selbst eingegangen ist. Das alte liberale Paradigma der sozialen Kontrolle, das eine Balance zwischen Repression und Reform zu halten versucht, ist schon lange einer Rhetorik des sozialen Krieges gewichen, in der die Interessen der städtischen Armen und die der Mittelschichten als Nullsummenspiel

Festung L.A. (2006 [1990])

gegeneinander aufgerechnet werden. In Städten wie Los Angeles zeigt sich das hässliche Gesicht der Postmoderne und verschmelzen Stadtplanung, Architektur und Polizeiapparat wie noch nie zuvor tendenziell zu einer einzigen umfassenden Sicherheitsmobilisierung.

Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die gesellschaftlichen Verhältnisse der gebauten Umwelt. Erstens erzeugt das Angebot von „Sicherheit“ auf dem Markt seine eigene paranoide Nachfrage. „Sicherheit“ wird zu einem Statusobjekt, und ob man private „Schutzdienste“ in Anspruch nehmen und in irgendeiner Wohnenklave oder einem beschränkten Vorort leben kann, ist eine Frage des Einkommens. Als Prestigesymbol – an dem man manchmal erkennen kann, wem es bloß gut geht und wer „wirklich reich“ ist – hat „Sicherheit“ weniger mit der persönlichen Sicherheit zu tun als damit, inwieweit man beim Wohnen, bei der Arbeit, beim Konsum und beim Reisen persönlich von „abstoßenden“ Menschen und bestimmten Arten von Menschen – sogar von Menschenmengen ganz allgemein – abgeschirmt ist.



Abb. 1 Bunker Hill.

Zweitens „bestätigt Angst sich selbst“, wie William White am sozialen Umgang in New York beobachtet hat. Die gesellschaftlich empfundene Bedrohung hat mehr mit dem Ruf nach Sicherheit zu tun als mit der Kriminalstatistik. Wo die Gewalt auf den Straßen tatsächlich zunimmt, wie in SouthCentral Los Angeles oder in Downtown Washington D. C., macht das Gemetzel größtenteils an ethnischen oder Schichtgrenzen halt. Und doch wächst das Gefühl von Bedrohung in der Phantasie der weißen Mittelschicht, die persönlich keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen in der Inner City hat, wie beim Blick durch eine dämonologische Linse. Untersuchungen zeigen, dass Vorortbewohner in Milwaukee genauso viel Angst vor Gewaltverbrechen haben wie Inner-City-Bewohner in Washington, wo aber zwanzig Mal so viele Gewaltverbrechen stattfinden. Die Medien schweigen die tägliche ökonomische Gewalt der Stadt wie üblich tot, verzerren sie und erfinden ständig neue Schauergeschichten über kriminelle Unterschichten und herumlaufende psychotische Mörder. Sensationsberichte über mörderische Jugendbanden im Crack-Rausch und rassistisches Gekreisch über marodierende Willie Hortons schüren eine moralische Panik, die die Apartheid in der Stadt verstärkt und rechtfertigt.

Schließlich deutet die neomilitärische Syntax der Gegenwartsarchitektur unterschwellig Gewalt an und beschwört eingebildete Gefahren. In vielen Fällen ist die Semiotik des sogenannten „zu verteidigenden Raums“ ungefähr so subtil wie ein großspuriger weißer Polizist. Die schicken, pseudo-öffentlichen Räume von heute – Luxus-Einkaufspassagen, Bürozentren, Kulturakropolen usw. – sind voll unsichtbarer Zeichen, die den „Anderen“ aus der Unterschicht zum Gehen auffordern. Architekturkritikern entgeht zwar meist, wie die gebaute Umwelt zur Segregation beiträgt, aber die Parias – arme Latinofamilien, junge schwarze Männer oder obdachlose alte weiße Frauen – verstehen ihre Bedeutung sofort.

Die Abschaffung des öffentlichen Raums

Dieser Kreuzzug zur Sicherung der Stadt führt überall und zwangsläufig zur Abschaffung des zugänglichen öffentlichen Raumes. Dass Obdachlose heute mit dem Begriff *street person* beschimpft werden, zeigt in aller Härte, wie sehr öffentliche Räume abgewertet sind. Um den Kontakt mit den Unberührbaren zu minimieren, hat die Stadtsanierung ehemals belebte Fußgängerstraßen in eine Kanalisation für den Autoverkehr und öffentliche Parks in vorläufige Auffangbecken für die Obdachlosen und

Verelendeten verwandelt. Wie viele Kritiker festgestellt haben, wird der amerikanischen Stadt systematisch das Innere nach außen gekehrt – d. h. eigentlich das Äußere nach innen. Die aufgewerteten Räume der neuen Riesenbauten und Supereinkaufszentren konzentrieren sich im Innern, die Straßenfronten sind nackt, öffentliche Aktivitäten werden streng funktional aufgeteilt, und die Fußgänger werden unter den wachen Augen von Privatpolizisten durch die Gänge im Innern geleitet.[2]

Während die architektonische öffentliche Sphäre privatisiert wird, wird gleichzeitig auch der elektronische Raum umstrukturiert, und streng geregelte kostenpflichtige „Informationsordnungen“, Elite-Datenbanken und Pay-TV-Kabelprogramme nehmen Teile der unsichtbaren Agora in Besitz. Beide Prozesse spiegeln natürlich die Deregulierung der Wirtschaft und den Rückgang nicht über den Markt vermittelter Rechte wider. Mit dem Niedergang des städtischen Liberalismus stirbt auch die „Olmsted’sche Vision“ des öffentlichen Raums, wie man sie vielleicht nennen könnte. Frederick Law Olmsted war bekanntlich Nordamerikas Hausmann und der Vater des Central Park. Nach der Manhattaner „Kommune“ von 1863 – dem großen Aufstand gegen den Kriegsdienst – ersann er öffentliche Landschaften und Parks, die durch die *Mischung* von Klassen und Ethnizitäten in öffentlichen (bürgerlichen) Erholungs- und Vergnügungseinrichtungen als gesellschaftliche Sicherheitsventile dienen sollten. Wie Manfredo Tafuri in seiner bekannten Untersuchung über das Rockefeller Center zeigt, leitete dasselbe Prinzip die Schaffung der kanonischen städtischen Räume der La Guardia/Roosevelt-Ära (vgl. Blodgett 1976; Tafuri 1979).

Diese reformistische Vorstellung von öffentlichem Raum – der den Klassenkampf aufweichen, wenn nicht gar die amerikanische *polis* begründen soll – ist heute so überholt wie keynesianische Patentrezepte für Vollbeschäftigung. Was die „Mischung“ von Schichten angeht, hat das städtische Amerika von heute mehr Ähnlichkeit mit dem viktorianischen England als mit Walt Whitmans oder La Guardias New York. In Los Angeles – einst einem Paradies auf Erden mit freien Stränden, luxuriösen Parks und *cruising strips* – ist der demokratische Raum im eigentlichen Sinn so gut wie verschwunden. Das Wunderland von Vergnügungstempeln an der Westside – eine Aneinanderreihung von noblen Einkaufspassagen, Kunstzentren und Fressgassen – beruht darauf, dass gleichzeitig das Dienstleistungsproletariat aus der Dritten Welt in immer repressiveren Ghettos und Barrios sozial eingeknastet wird. In einer Stadt mit mehreren

Millionen sehnsüchtigen Immigranten gibt es kaum noch öffentliche Erholungsgebiete, verwahrlosen die Parks und hält an den Stränden die „Rassentrennung“ Einzug, werden die Büchereien und Spielplätze geschlossen, ganz gewöhnliche Ansammlungen von Jugendlichen verboten und die Straßen immer trostloser und gefährlicher.

Es überrascht nicht, dass sich die Kommunalpolitik wie in anderen amerikanischen Städten an der Sicherheitsoffensive und der Forderung der Mittelschicht nach verstärkter räumlicher und sozialer Abschirmung ausrichtet. Das faktische Desinvestment in den traditionellen öffentlichen Raum und in Freizeitmöglichkeiten erleichtert die Verschiebung des Steueraufkommens in vom Kapital definierte Stadterneuerungsprioritäten. Eine nachgiebige Stadtverwaltung – die in diesem Fall angeblich ein Rassenbündnis zwischen liberalen Weißen und Schwarzen vertritt – arbeitet der massiven Privatisierung des öffentlichen Raums und der Subventionierung von neuen (beschönigend „urbane Dörfer“ genannten) rassistischen Enklaven in die Hände. Aber obwohl Stadterneuerung heute vor allem *counter-urbanization* und *counterinsurgency* bedeutet, spielen diese Aspekte in den meisten abgehobenen Diskussionen der „postmodernen“ Szene in Los Angeles keine Rolle. Die Brutalisierung der Inner-City-Viertel und die zunehmende Südafrikalisierung der räumlichen Verhältnisse in ihnen wird mit triumphalem Hochglanz überzogen: „urbane Renaissance“, „Stadt der Zukunft“ usw. Während die Mauern in Osteuropa fallen, werden in Los Angeles überall welche gebaut.

Die nachfolgenden Beobachtungen sollen zeigen, dass dieser neue Klassenkrieg wirklich stattfindet (teilweise als Verlängerung des Rassenkriegs der 60er-Jahre). Die Darstellung ist zwar nicht umfassend – denn dazu müßten auch die wirtschaftlichen und politischen Dynamiken gründlich analysiert werden –, aber die Bilder und Beispiele sollen den Leser überzeugen, dass die Form der Stadt seit Reagan tatsächlich einer repressiven Funktion dient. Wie üblich sind die Zeichen der Zeit zuerst in Los Angeles zu besichtigen, und dies ist ein beunruhigender Katalog der zunehmenden Verschränkung zwischen Architektur und amerikanischem Polizeistaat.

Die verbotene Stadt

Der erste Militarist des Raumes in Los Angeles war General Otis von der *Times*. Er erklärte, er befinde sich im Krieg mit der Arbeiterbewegung, und übertrug sein kriegerisches Gehabe gnadenlos auf seine Umgebung:

„Sein Wohnhaus in Los Angeles nannte er das Biwak. Ein anderes Haus hieß der Außenposten. Die *Times* hieß die Festung. Die Zeitungsredaktion war die Front. Das *Times*-Gebäude glich wirklich eher einer Festung als einer Zeitungsfabrik; es gab Türme, Zinnen und Schilderhäuser. Drinnen bewahrte er fünfzig Gewehre auf.“

(Halberstam 1979: 102)

Ein großer, drohender Bronzeadler diente der *Times* als Krone; auf der Kühlerhaube von Otis' Tourenwagen wurde eine kleine funktionsfähige Kanone angebracht, um Betrachter einzuschüchtern. Es überrascht nicht, dass diese überzogene Zurschaustellung von Aggression eine ebenso aggressive Antwort bekam. Am 1. Oktober 1910 wurde die schwer befestigte *Times*-Zentrale – das Bollwerk des *Open Shop* an der Westküste – von einer fürchterlichen Explosion zerstört, die man Gewerkschaftssaboteuren anlastete.

Nach achtzig Jahren ist der Geist von General Otis zurückgekehrt und durchdringt subtil die neue „postmoderne“ Downtown von Los Angeles: das entstehende Finanzzentrum des *Pacific Rim*, dessen Reihen von Wolkenkratzern wie ein Wasserfall vom Bunker Hill nach Süden den Figueroa-Korridor hinunterfließen. Die mit öffentlichen Steuermitteln subventionierte und unter der Ägide der mächtigen und weitgehend unkontrollierbaren Community Redevelopment Agency durchgezogene Downtown-Sanierung ist eines der größten städtebaulichen Projekte in Nordamerika nach dem Krieg. Durch den Aufkauf von Baugrundstücken und den Abriss von Gebäuden im großen Stil, der kaum auf Widerstand stieß, haben die Immobilien wieder an Wert gewonnen, auf dem die großen Baukonzerne und das auswärtige (zunehmend japanische) Kapital eine Reihe von Milliarden Dollar teuren, einen ganzen Block großen Riesenbauten errichtet haben: das Croker Center, das Bonaventure Hotel mit dazugehörigem Einkaufszentrum, das World Trade Center, die Broadway Plaza, das Arco Center, die City Corp Plaza, die California Plaza usw. Da die historischen Landschaften ausgelöscht sind, der neue Finanzbezirk hauptsächlich aus Riesenbauten und Superblocks besteht und seine Verkehrskreisläufe immer dichter und geschlossener sind,

begreift man ihn am besten als einen einzigen besessenen, selbstreferentiellen Überbau, eine übergeschnappte Mies'sche Skyline.

Wie andere zerstückelten und verödeten Innenstädten aufgepfropfte größenwahnsinnige Komplexe (z. B. das Renaissance Center in Detroit, das Peachtree und das Omni Center in Atlanta usw.) haben Bunker Hill und der Figueroa-Korridor einen Sturm liberaler Einwände hervorgerufen, sie vergewaltigten Maßstab und Raumaufteilung, verunglimpften die Straßenlandschaft und rissen so viel von der notwendigen Lebensenergie des Zentrums an sich, um sie in unterirdische Passagen oder privatisierte Einkaufszentren umzulenken. Sam Hall Kaplan, der strenge Stadtkritiker der *Times*, prangert unermüdlich die Fußgängerfeindlichkeit des neuen kapitalistischen Bollwerks mit seiner faschistischen Austilgung der Straßenfronten an. Seiner Meinung nach führt die Aufpfropfung von „hermetisch versiegelten Festungen“ und mit dem Fallschirm abgeworfenen „Stückchen Vorort“ in Downtown dazu, dass „die Flüsse des Lebens eingedämmt“ werden.[3]

Und doch bleibt Kaplans energische Verteidigung der Fußgänger-Demokratie bei abgedroschenen liberalen Klagen über „nichtsagendes Design“ und „elitäre Planungsabläufe“ stehen. Wie die meisten Architekturkritiker wettet er gegen die Fehler der Stadtplanung, ohne zu erkennen, wie viel Methode, wie viel ausdrücklich repressive Absicht dahintersteht, die ihre Wurzeln in der Frühgeschichte des Klassen- und „Rassen“kriegs in Los Angeles hat. Betrachtet man nämlich die Wechselwirkung der neuen „Goldküste“ in Downtown als Ganzer mit anderen sozialen Gebieten und Landschaften im Zentrum der Stadt, wird der „Festungseffekt“ deutlich: nicht als fahrlässiger Planungsfehler, sondern als bewusste sozialräumliche Strategie.

Zusammenfassend kann man sagen, dass diese Strategie auf eine doppelte Repression abzielt: Alle Erinnerungen an die Vergangenheit Downtowns sollen ausgelöscht und jedes Aufscheinen der Nicht-Anglo-Urbanität ihrer Zukunft soll verhindert werden. Überall, wo saniert wird, nimmt diese Strategie die Form einer brutalen architektonischen Kante oder eines Glacis an, das die neue Downtown als Zitadelle gegenüber dem Rest der Innenstadt abgrenzt. Was die Stadterneuerung in Los Angeles von anderen großen Zentren unterscheidet, ist die weitgehende Bewahrung – wie nachlässig auch immer – der alten, etwa zwischen 1900 und 1930 im Beaux-Arts-Stil errichteten Innenstadt. Zu riesigen öffentlichen Kosten wurden die Konzernzentralen und der Finanzbezirk

vom alten Broadway-Spring-Korridor sechs Blocks nach Westen auf die leere Fläche verschoben, die durch den Abriss des Wohngebietes Bunker Hill entstanden war. Zur Betonung der „Sicherheit“ der neuen Downtown wurden fast alle traditionellen Fußgängerverbindungen zum alten Zentrum gekappt, auch die berühmte „Angels' Flight“-Seilbahn.

Hinter dieser ganzen Operation steht eine bezeichnende Logik. In anderen Städten hätten die *developers* vielleicht versucht, die neue Skyline mit der alten in Verbindung zu setzen und deren außergewöhnlichen Bestand an Theatern und historischen Gebäuden auszubeuten, um die Rekolonisierung der Innenstadt durch die Mittelschicht mit einer gentrifizierten Geschichte zu unterstützen – einem Gaslight District, Faneuil-Markt oder Ghirardelli Square. Aber nach Ansicht der Stadterneuerer von Los Angeles waren die Immobilienwerte in der alten Innenstadt am Broadway hoffnungslos dadurch belastet, dass hier der gesamte öffentliche Nahverkehr, den besonders die schwarzen und mexikanischen Armen benutzten, zusammenläuft. Nach dem Aufstand von Watts und dem Eindruck, entscheidende Knotenpunkte der weißen Macht seien durch die Schwarzen bedroht (wie es der Bericht der McCone Commission grausig detailliert ausmalte), rückte die Sicherheit des Raums durch Resegregation zur höchsten Priorität auf (Governor's Commission on the Los Angeles Riots 1965). Das LAPD heizte die Flucht der Unternehmer vom Broadway in die Festungsanlagen von Bunker Hill noch durch gezielte Panikmache an, indem es schwarze Jugendliche in Broschüren zu gefährlichen Gangmitgliedern abstempelte.[4] So reproduzierte die Stadterneuerung massiv die räumliche Apartheid. Der Burggraben des Harbor Freeway und die nochmals erhöhten Palisaden von Bunker Hill schnitten das neue Finanzzentrum von den armen Einwanderervierteln ab, die es zu allen Seiten umgeben. Am Fuß der California Plaza wurde Hill Street zu einer Art Berliner Mauer, die den öffentlich subventionierten Luxus von Bunker Hill vom bunten Leben auf dem Broadway trennt, den die Latinos jetzt wieder zu ihrer wichtigsten Einkaufs- und Vergnügungsstraße gemacht haben. Da politisch einflussreiche Spekulanten jetzt die Stadterneuerung der (zuweilen „Bunker Hill East“ genannten) Nordseite des Broadway-Korridors in Angriff nehmen, verspricht die CRA, in den 90er-Jahren die Fußgängerverbindungen zum Hill wiederherzustellen, auch die „Angels' Flight“-Seilbahn. Dadurch wird Downtown natürlich nur noch unzugänglicher – weil nämlich *jede* räumliche Interaktion von Altem und Neuem, Armen und Reichen, außer

im Rahmen von Gentrifizierung oder Rekolonisierung, verhindert wird.[5] Ein paar Angestellte trauen sich zwar in den Grand Central Market – einen beliebten Markt für tropisches Obst und frische Lebensmittel –, aber wenn die Latinos einkaufen oder samstags auf die Piste gehen, stoßen sie nie in die Gucci-Bezirke oberhalb der Hill Street vor. Wenn sich einmal ein mittelloser Straßennomade in die Broadway Plaza oder vor das Museum of Contemporary Art verirrt, löst er eine leise Panik aus: Die Videokameras rotieren auf ihren Sockeln, und die Wachschützer rücken ihre Gürtel gerade.

Auf Fotos der alten Downtown zu ihrer besten Zeit sieht man bunt gemischte Menschenmengen aus Anglos, Schwarzen und Latinos. Die gegenwärtige „Renaissance“ von Downtown soll so eine Heterogenität praktisch unmöglich machen. Sie bringt nicht nur den „Tod der Straße“, wie Kaplan fürchtet, sondern auch den „Tod der Menschenmenge“ und schafft jene demokratische Vermischung auf den Bürgersteigen und in den Parks ab, mit der Olmsted hoffte, in Amerika eine Polarisierung der Klassen wie in Europa zu verhindern. Der Downtown-Überbau ist – wie eine Art Post-Holocaust-Phantasie von Buckminster Fuller – so programmiert, dass die Mittelschicht nahtlos von der Arbeit zum Konsum und vom Konsum zur Freizeit übergehen kann, ohne je mit der ungewohnten Straßenumgebung der Arbeiterklasse in Downtown in Berührung zu kommen.[6] Tatsächlich lässt die totalitäre Semiotik von Wällen und Zinnen, Spiegelglas und Fußgängerüberführungen keine Affinität oder Sympathie zwischen verschiedenen architektonischen oder menschlichen Ordnungen zu. Wie Otis' festungsartiges *Times*-Gebäude ist dies die Archisemiotik des Klassenkrieges.

Wer das für übertrieben hält, lese, wie das Magazin *Urban Land* kürzlich die Formel beschrieben hat, nach der überall in den Vereinigten Staaten erfolgreich Neubautürme, soziale Homogenität und ein sicheres „Downtown-Image“ miteinander verbunden werden:

„Wie man die Angst vor Verbrechen in Innenstädten überwindet: *Schaffen Sie einen dichten, kompakten, multifunktionalen Kernbereich.* Man kann eine Innenstadt so planen und bauen, dass Besucher sie – oder einen großen Teil – für attraktiv und die Art von Ort halten, an denen sich ‚anständige Leute‘ wie sie selbst gern aufhalten. [...] Ein kompakter, dichtbebauter und multifunktionaler Innenstadt-Kernbereich bringt mehr Menschen auf engerem Raum zu mehr Aktivitäten zusammen. [...] Das Angebot von Aktivitäten

in diesem Kernbereich entscheidet darüber, welche ‚Sorte‘ von Menschen hier auf den Bürgersteigen schlendert; wenn Büros und Wohnungen für Gut- oder Spitzenverdiener im Kernbereich oder in der Nähe angesiedelt werden, wird es einen hohen Anteil ‚anständiger‘, gesetzestreuer Fußgänger geben. Ein derart attraktives erneuertes Kerngebiet müsste auch groß genug sein, um das Image der Innenstadt insgesamt zu beeinflussen.“

(Milder 1987: 18)

Sadistische Straßenumwelten

Diese bewusste „Verhärtung“ der Oberfläche der Stadt gegen die Armen nimmt mit der manichäischen Behandlung von Mikrokosmen in Downtown besonders dreiste Züge an. In seiner berühmten Untersuchung über das „gesellschaftliche Leben in kleinen städtischen Räumen“ schreibt William Whyte, die Qualität jeder städtischen Umwelt lasse sich in erster Linie daran messen, ob genügend bequeme Plätze zum Hinsetzen für Fußgänger verfügbar seien (Whyte 1985). Diese Maxime haben sich die Planer der Hochkapital-Bezirke von Bunker Hill und des entstehenden „urbanen Dorfes“ South Park wirklich zu Herzen genommen. Die Stadt subventioniert die Wohnkolonisierung Downtowns durch Angestellte, und zu dieser Politik gehört, dass sie zig Millionen Dollar Steuergelder für verlockende, „weiche“ Umwelten in diesen Bereichen ausgeben bzw. ausgeben wollen. Die Planer malen sich einen üppigen Komplex mit Plätzen, Brunnen, öffentlicher Kunst der Weltklasse, exotischem Gebüsch und avantgardistischen Straßenmöbeln an einem Fußgänger-Korridor in der Hope Street aus. In der Propaganda der offiziellen *boosters* lässt sich kein besserer Hinweis auf die „Wohnlichkeit“ Downtowns finden als das geplante Idyll von Angestellten und Nobeltouristen, die in den Terrassengärten der California Plaza, auf der „spanischen Treppe“ oder im Grand Hope Park herumsitzen oder ein Nickerchen machen.

In krassem Gegensatz dazu kämpft die Stadt ein paar Ecken weiter gnadenlos dafür, die öffentlichen Einrichtungen und Räume für die Obdachlosen und Armen so „unwohnlich“ wie möglich zu machen. Dass es immer noch Tausende von *street people* an den Rändern Bunker Hills und des Civic Center gibt, stört das Bild vom schicken Leben in Downtown und straft die mühsam errichtete Illusion einer Downtown-„Renaissance“ Lügen. Also rächt das Rathaus sich mit einer Art *low-intensity warfare*. [7]

Die herrschenden Politiker der Stadt entwerfen zwar regelmäßig Pläne, die indigenen Bewohner en masse zu vertreiben – sie in ein Armenhaus am Rande der Wüste zu deportieren, sie in Lagern in den Bergen einzusperren oder, besonders schön, sie auf einer abgewrackten Fähre im Hafen zu internieren –, aber solche „Lösungen“ scheitern immer an Ratsmitgliedern, die Angst davor haben, dass die Obdachlosen in ihre Wahlbezirke abgeschoben werden. Also spricht sich die Stadt in einer bewussten Übernahme der Sprache des Kalten Krieges für das *containment* (so die offizielle Bezeichnung) der Obdachlosen in Skid Row an der Fifth Street östlich des Broadway aus und verwandelt das Viertel dabei systematisch in ein Armenhaus unter freiem Himmel. Aber diese *containment*-Strategie führt in einen eigenen Teufelskreis von Widersprüchen. Die offizielle Politik, einen Großteil der Verzweifelten und Hilflosen auf diesem engen Raum zu konzentrieren und ihnen gleichzeitig angemessenen Wohnraum zu verweigern, hat Skid Row in die wahrscheinlich gefährlichsten zehn mal zehn Blocks der Welt verwandelt – wo nacheinander so grässliche Wesen wie *Slashers*, *Night Stalkers* und gewöhnlichere Räuber herrschen.[8] In Skid Row ist jede Nacht *Freitag der Dreizehnte*, und es überrascht nicht, dass viele Obdachlose nachts um jeden Preis versuchen, dem „Nickle“[9] zu entkommen und sich geschütztere Nischen in anderen Teilen Downtowns zu suchen. Die Stadt wiederum zieht die Schlinge mit verstärkten Polizeiübergriffen und durchdachten Abschreckungsmaßnahmen fester.

Eine sehr verbreitete, aber unglaubliche Abschreckungsmaßnahme ist die neue fassförmige Busbank des Rapid Transit District, die nur noch eine minimale Oberfläche zum unbequemen Sitzen und überhaupt keine Möglichkeit zum Schlafen mehr bietet. Diese „pennersicheren“ Bänke werden überall an den Rändern von Skid Row eingeführt. Eine weitere Erfindung, die ins Grand Guignol passen würde, ist der aggressive Einsatz von Rasensprengern. Vor mehreren Jahren eröffnete die Stadt einen „Skid Row Park“ an der unteren Fifth/Ecke Hill Street. Um zu verhindern, dass der Park zum Schlafen benutzt wurde – bzw. um sicherzustellen, dass er hauptsächlich zum Drogendealen und als Strich diente –, überzog die Stadt den Park mit einem komplizierten Sprinklersystem, um arglosen Schläfern nachts zu ständig wechselnden Zeiten eine Dusche zu verpassen. Das machten ein paar lokale Geschäftsinhaber sofort nach, um die Obdachlosen von den Bürgersteigen vor ihren Läden zu vertreiben. Gleichzeitig bauen Restaurants und Märkte prunkvolle Gitter zum Schutz

ihrer Abfälle vor den Obdachlosen. In Los Angeles hat zwar bisher noch niemand vorgeschlagen, den Abfall wie vor ein paar Jahren in Phoenix mit Zyanid zu versetzen, aber ein beliebtes Fischrestaurant hat sich für 12.000 Dollar den ultimativen Müllkäfig gegen obdachlose alte Frauen bauen lassen: aus zwei Zentimeter dickem Stahlgitter mit Schlössern aus Speziallegierung und tückischen Stacheln, die die unbezahlbaren vergammelnden Fischköpfe und abgestandenen Pommes Frites schützen sollen.

Die öffentlichen Toiletten aber sind die wahre Ostfront des Krieges gegen die Armen in Downtown. In Los Angeles gibt es mit politischer Absicht weniger öffentliche Klos als in irgendeiner anderen nordamerikanischen Großstadt. Auf Anraten des LAPD (das tatsächlich im Planungsausschuss mindestens eines großen Stadterneuerungsprojektes in Downtown sitzt),[10] hat die Community Redevelopment Agency die letzte öffentliche Toilette in Skid Row abreißen lassen. Dann quälten sich die Planer



Abb. 2 „Pennersichere“ Busbank. Hill Street, Downtown.

der Agency monatelang mit der Frage, ob es in ihren Planungen für South Park auch eine „freistehende öffentliche Toilette“ geben sollte. Wie der CRA-Vorsitzende Jim Wood später zugab, war die Entscheidung gegen die Toilette eine „politische Entscheidung, keine gestalterische Entscheidung“. Die CRA hält „quasi-öffentliche Toiletten“ – das heißt Toiletten in Restaurants, Kunstgalerien und Bürogebäuden – für die bessere Lösung in Downtown. Dort kann man Touristen und Angestellten den Zugang gestatten und ihn Stadstreichern und anderen unpassenden Personen verweigern.[11] Das toilettenlose Niemandsland in Downtown östlich der Hill Street ist auch eine Wüste, was Wasserquellen unter freiem Himmel zum Trinken oder Waschen angeht. Ein häufiges und erschreckendes Bild sind zurzeit obdachlose Männer – viele davon junge salvadorianische Flüchtlinge –, die sich in den Abwässern waschen, die durch den Betonkanal des Los Angeles River am östlichen Rand von Downtown fließen, oder sogar daraus trinken.

Wo es sich nicht vermeiden lässt, dass die Wege der Makler der Macht die Habitate der Obdachlosen oder der arbeitenden Armen kreuzen, wie im oben erwähnten Gentrifizierungsgebiet am nördlichen Broadway-Korridor, trifft die Planung außergewöhnliche Vorsichtsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die verschiedenen Menschheiten physisch getrennt bleiben. So zog die CRA zum Beispiel die Polizei von Los Angeles bei der Planung der beiden neuen Parkhäuser für die *Times* und das „Ronald Reagan State Office“-Gebäude hinzu. Im Gegensatz zu den bösen Straßen draußen enthalten die Parkhäuser landschaftsgärtnerisch schön gestaltete Rasenflächen oder „Mikroparks“ und das eine auch einen Innenhof mit Lebensmittelgeschäften und eine historische Ausstellung. Außerdem sind beide Parkhäuser als „vertrauensbildende“ Systeme mit geschlossenen Kreisläufen – Paradigmen der Privatisierung im Kleinen – gestaltet, in denen Angestellte vom Auto zum Büro oder vom Auto zum Shopping gehen können, ohne sich groß der öffentlichen Straße auszusetzen. Besonders das Broadway Spring Center, das das Ronald Reagan Building mit dem geplanten Grand Central Square an der Third Street Ecke Broadway verbindet, wird von Architekturkritikern sehr dafür gelobt, dass es das Parken um Grün und Kunst (ein banales Basrelief) bereichert. Es bereichert es auch um ein gehöriges Drohpotential – bewaffnete Wachschrützer, verriegelte Tore und Überwachungskameras – zur Abschreckung der Obdachlosen und Armen.

Der kalte Krieg auf den Straßen Downtowns eskaliert immer mehr. Auf Druck des Handels- und Immobilienkapitals in Downtown zerschlägt die Polizei jeden Versuch der Obdachlosen und ihrer Verbündeten, Zufluchtsstätten oder selbstorganisierte Papphüttenhöfe einzurichten. Das vom Obdachlosenaktivisten Ted Hayes gegründete „Justiceville“ wurde mit Gewalt aufgelöst; und als seine Bewohner Zuflucht in Venice Beach suchten, wurden sie auf Geheiß des dortigen Ratsherrn (eines bekannten Umweltschützers) festgenommen und wieder ins Inferno von Skid Row zurückgeschickt. Die Stadt selbst legalisierte kurzzeitig – und widerwillig, nachdem im kalten Winter 1987 eine Reihe von Obdachlosen erfroren war[12] – ein Hüttenhof, beendete das Experiment aber abrupt nach nur vier Monaten, um an derselben Stelle einen Reparaturhof für Busse einzurichten. Die gegenwärtige Politik spielt wohl nicht zuletzt pervers auf Zolas berühmten ironischen Ausspruch an, dass die Reichen und die Armen dasselbe Recht haben, im Freien zu schlafen. Der Chef der



Abb. 3 Du sollst nicht stehlen. Ecke Vermont/Olympic.

städtischen Planungskommission erläuterte ungläubigen Reportern die offizielle Linie so: Das Schlafen auf der Straße als solches verstoße nicht gegen das Gesetz, „nur der Bau jeder Art von Schutzbehäusungen“. Um diese Vorschrift gegen „Altpapier-Appartments“ durchzusetzen, durchkämmt das LAPD regelmäßig den „Nickle“, beschlagnahmt Behausungen und andere Habseligkeiten und nimmt Obdachlose, die sich wehren, fest. Diese zynische Repression hat die meisten Obdachlosen zu urbanen Beduinen gemacht. Man kann sie überall in Downtown sehen, wie sie ein paar jämmerliche Habseligkeiten in herrenlosen Einkaufswagen durch die Gegend schieben, immer auf der Flucht und in Bewegung, zerrieben zwischen der offiziellen *containment*-Politik und dem zunehmenden Sadismus der Straßen von Downtown.[13]

Frank Gehry als Dirty Harry

Die gegenwärtige Suche nach bürgerlicher Sicherheit lässt sich nicht nur am Design von Busbänken und Riesengebäuden ablesen, sondern ist auch auf der *auteur*-Ebene sichtbar. Kein Architekt der letzten Jahre hat die Sicherheitsfunktion der Stadt so gekonnt ausgearbeitet oder die daraus entstehende *frisson* so dreist aufgenommen wie der Pritzker-Preisträger von Los Angeles, Frank Gehry. Wie wir oben sahen, ist er (im Disneyschen Sinne) mittlerweile einer der wichtigsten „Phantasietechniker“ des *Neo-boosterism* der 90er-Jahre. Eine besonders gute Hand zeigt er bei Überschneidungen, nicht nur zwischen Architektur und moderner Kunst, sondern auch zwischen älteren, vage radikalen, und gegenwärtigen, im Grunde zynischen Stilen. So ist sein Werk eine prinzipielle Absage an die Postmoderne und gleichzeitig eine ihrer schlauesten Sublimierungen, eine nostalgische Beschwörung des revolutionären Konstruktivismus und ein söldnerhaftes Abfeiern des bürgerlich-dekadenten Minimalismus. Von diesen amphibischen Wechseln und paradoxen Nuancen in Gehrys Werk lebt eine schier unüberschaubare Gehry-Interpretation, die meist überschäumt vor übertriebener Bewunderung.

Aber wie schon weiter oben angedeutet, liegt Gehrys Stärke vielleicht einfach darin, dass er kaputte Stadtlandschaften so unumwunden ausbeutet und ihre schroffsten Kanten und Trümmer seinen Arbeiten krass als mächtige figurative Elemente einverleibt. Obwohl Kollegen ihn liebevoll als „alten Sozialisten“ und „Straßenkämpfer mit Herz“ beschreiben, sind die meisten seiner interessantesten Arbeiten ganz und gar unromantisch und antiidealistisch.[14] Anders als seine Volksfront-Mentoren

aus den 40er-Jahren erhebt Gehry kaum einen Anspruch auf architektonischen Reformismus oder „demokratisches Design“. Er hält sich zugehört, dass er stets „das Beste aus der Wirklichkeit der Dinge zu machen“ versuche. In zuweilen deprimierender Eindeutigkeit legt sein Werk die Repressions-, Überwachungs- und Ausschlussverhältnisse offen, auf denen die fragmentierte paranoide Räumlichkeit beruht, nach der Los Angeles zu streben scheint.

Ein sehr frühes Beispiel für seinen neuen urbanen Realismus lieferte Gehry 1964 mit seiner Lösung des Problems, wie sich hohe Grundstückswerte und prunkvolle Räume in verfallenden Vierteln unterbringen lassen. Sein Danziger Studio in Hollywood ist das allererste Beispiel für ein „*stealth*-Haus“. Mittlerweile gibt es in Los Angeles eine ganze Spezies von Häusern, die ihre Luxusqualitäten mit proletarischen oder Gangster-Fassaden tarnen. Die Straßenfront des Danziger zur Melrose – in den schlechten alten Zeiten vor ihrer jüngsten Renaissance als Fressmeile – war einfach eine massive graue Mauer mit rauhem Putz, in dem sich so viel Staub von Verkehr und Wetter festsetzte, dass sie so aussah wie die Pornostudios und Garagen in der Umgebung. Gehry suchte ausdrücklich nach einem „introvertierten und festungsartigen“ Entwurf mit der stillen Aura eines „stummen Kastens“.[15]

„Stumme Kästen“ und Tarnmauern bilden einen ganzen Zyklus in Gehrys Werk: von seiner American School of Dance von 1968 bis zu seinem Gemini G.E.I. von 1979, beide in Hollywood. Sein einflussreichster Entwurf aber war sein mauerumgebenes Stadtzentrum für Cochiti Lake, New Mexico von 1973: Hier schließen eisblaue Wälle von imponierender Strenge eine ganze Gemeinschaft ein (diesen Plan nimmt das 1976 gebaute Jung Institute in Los Angeles in kleinerem Maßstab wieder auf). In allen Fällen entsteht ein Melodrama durch die Antithese zwischen einem gegen ein „reizloses Viertel“ oder eine Wüste gewandten, befestigten Äußeren und einem üppigen, mit Lichtgaden und Lichtbrunnen zum Himmel geöffneten Inneren. Gehrys von Mauern umgebene Komplexe und Städte bieten sich mit anderen Worten als mächtige Metaphern für den Rückzug von der Straße und die Wendung des Raumes nach innen an, die die Stadtplanung nach den städtischen Aufständen in den 60er-Jahren vollzog.

Diese Problematik tauchte erneut 1984 in seinem Entwurf der Loyola Law School am westlichen Rand von Downtown im größten zentralamerikanischen Barrio der Vereinigten Staaten auf. Da der Loyola-Campus

in der Inner City liegt, musste Gehry ausdrücklich zwischen dem Risiko der Schaffung eines wirklich öffentlichen Raumes in den Stadtteil hinein und der Sicherheit einer zu verteidigenden Enklave wie bei seinen bisherigen Arbeiten wählen. Der radikale oder einfach idealistische Architekt hätte vielleicht auf die Öffnung des Campus zum angrenzenden Stadtteil hin gesetzt, indem er sich im Entwurf weitgehend auf diesen eingelassen hätte. Stattdessen wählte Gehry, wie ein bewundernder Kritiker erklärte, einen im wesentlichen neokonservativen Entwurf:

„Offen, aber nicht zu offen. Die South Instructional Hall und die Kapelle zeigen dem Olympic Boulevard ihre massiven Rückseiten und bilden zusammen mit den anonymen Straßenseiten des Burns Building ein Tor, das weder abschreckend noch übermäßig einladend ist. Es ist einfach da, wie alles andere im Viertel.“

(Friedman [Goldstein] 1986: 175)

Diese Beschreibung untertreibt erheblich die abschreckende Wirkung des gewaltigen Zauns aus Stahlstäben, des Betonblock-Zickurats und der kahlen Frontwände um den Campus. Aber wenn das Danziger Studio sich tarnt und die Entwürfe für Cochiti Lake und Loyola ihre Straßenfronten zu strengen Flächen auftürmen, so neckt Gehrys barock befestigte Frances Howard Goldwyn Regional Branch Library in Hollywood von 1984 wie Dirty Harry jeden potentiellen Hausfriedensbrecher: „*Make my day*“. Dies ist zweifellos die bedrohlichste Bücherei, die je gebaut wurde, (äußerlich) ein bizarrer Hybrid zwischen einem Schlachtschiff im Trockendock und einem Gunga-Din-Fort. Mit ihren viereinhalb Meter hohen Sicherheitsmauern aus verputztem Beton, ihren mit Keramikschalen gefliesten Graffiti-Wehren, ihrem von drei Meter hohem Stahl geschützten, versenkten Eingang und ihren gefährlich weit oben angebrachten stilisierten Schilderhäusern auf jeder Seite strahlt die (von Gehrys Hochsicherheitsentwurf für die US-Botschaft in Damaskus von 1980 beeinflusste) Goldwyn Library genau so ein Macho-Gehabe aus wie Dirty Harrys 44er Magnum.

Wie man sich denken kann, sind einige von Gehrys berauschten Bewunderern fast in Ohnmacht gefallen vor Begeisterung darüber, wie „großzügig“ und „einladend“ dieses beirutisierte Bauwerk sei, „eine richtige altmodische Bücherei“ usw. Es ist absurd, wie wenig sie begreifen (Viladas 1986: 76, 84). Die frühere Hollywood Regional Branch Library war einer Brandstiftung zum Opfer gefallen, und die Samuel Goldwyn

Foundation, die Stifterin dieser Sammlung von Memorabilien aus dem Land der Filme, war auf physische Sicherheit fixiert. Gehry nahm einen Auftrag zur Errichtung eines von Grund auf „vandalensicheren“ Baus an. Das Ungewöhnliche ist natürlich, dass er die unauffälligen High-Tech-Sicherheitssysteme ablehnte, die die meisten Architekten subtil in ihre Grundrisse integrieren. Stattdessen wählte er einen auffälligen Low-Tech-Ansatz, der die Sicherheitsfunktionen als Motive des Entwurfs weitestgehend in den Vordergrund stellt. Die Funktion wird nicht durch die Form getarnt; ganz im Gegenteil, Gehry tut sich keinen Zwang an. Wie spielerisch oder sarkastisch man die sich daraus ergebende Wirkung findet, hängt davon ab, wo man steht. Die Goldwyn Library bezieht sich unerbittlich auf einen teuflischen Anderen (Brandstifter, Sprüher, Eindringling), den sie auf die Straßen und auf die Menschen auf den Straßen in der Umgebung zurückspiegelt. Sie trinkt ihre unmittelbare Umwelt, die schäbig, aber nicht besonders feindselig ist, mit ihrer eigenen arroganten Paranoia.



Abb. 4 Dirty Harrys Bibliothek. Goldwyn Library, Hollywood.

Aber Paranoia ist vielleicht das falsche Wort, denn auf den anliegenden Straßen findet ein Krieg statt. Vor einigen Jahren erzählte die *Los Angeles Times* die schmutzige Geschichte, wie die Unterhaltungskonzerne und ein paar große Landbesitzer, denen in diesem Teil Hollywoods fast alle Grundstücke gehören, es geschafft hatten, den Stadterneuerungsprozess unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihr immer noch umkämpfter Plan besteht darin, mit Hilfe von Zwangsenteignungen und öffentlichen Subventionen die Armen (zunehmend Flüchtlinge aus Zentralamerika) von Hollywoods Straßen zu vertreiben und riesige Extraprofite durch die Aufwertung der Gegend zu einem protzigen Freizeitpark für den internationalen Tourismus einzufahren.[16] Im Rahmen dieser Strategie ist die Goldwyn Library – wie Gehrys frühere ummauerte Bauten – eine Art architektonische Feuerstellung, ein Brückenkopf der Gentrifizierung. Ihr von kriegerischen Barrikaden umgebenes schwebendes, lichterfülltes Inneres spricht Bände darüber, wie die öffentliche Architektur in Amerika für die „Sicherheit“ und den Profit buchstäblich umgekrempelt wird.

Das panoptische Einkaufszentrum

Andernorts wiederum werden mit Hilfe der „Festung“ die Armen als Konsumenten zurückgewonnen. Ist die Goldwyn Library ein „leuchtendes Beispiel für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und dem Privatsektor“, so sind die von dem *developer* Alexander Haagen in der Inner City errichteten Einkaufszentren in dieser Hinsicht wahre Sterne. Haagen begann seine Karriere mit dem Aufstellen von Musikautomaten in den Spelunken von Wilmington und machte sein erstes Vermögen damit, dass er Ölgesellschaften Eckgrundstücke verkaufte (die inzwischen als Mini-Einkaufszentren wiederverwertet werden). Heute ist er Herr des größten Unternehmens zum Bau von Einkaufszentren in Südkalifornien und verantwortlich für mehr als vierzig Einkaufszentren. Wie wir in Kapitel 2 sahen, ist Haagen ein gewiefter politischer Spender, der es sowohl mit den Demokraten als auch mit den Republikanern hält. Er ist auch ein Meister der Nutzung von öffentlichen Stadterneuerungsprojekten für seinen privaten Gewinn – oder, wenn einem das lieber ist, „der Vater der Wiedergeburt der Inner City“.

Er war der erste große Bauunternehmer in der Region, der begriff, welches Profitpotential im verwaisten Einzelhandelsmarkt der Inner City schlummerte. Nach dem Aufstand von Watts 1965 ergriffen die paar großen Einzelhändler in South Central Los Angeles die Flucht, und lebensfähigen kleinen Geschäften wurde durch diskriminierende

„redlining“-Praktiken der Banken die Luft abgeschnürt. Dadurch musste eine halbe Million Schwarze und Latinos in entfernte regionale Einkaufszentren oder in angrenzende weiße Gebiete pendeln, sogar für einfache Lebensmitteleinkäufe oder Apothekengänge. Haagen folgerte, dass jeder, der bereit wäre, wieder in den Einzelhandel in der Inner City zu investieren, sich ein Monopol auf sehr hohe Verkaufsumsätze sichern könnte. Da er wusste, wie wütend die schwarze Community inzwischen darüber war, dass die Stadterneuerungsbehörden sie seit Jahrzehnten zuvorkommend vernachlässigt hatte, rechnete er sich aus, dass er die Stadt dazu bringen könnte, seine kommerzielle Rekolonisation zu subventionieren. Während die Community Redevelopment Agency (CRA) alles getan hatte, um milliarden schweren *developers* Immobilien in Downtown zusammenzukaufen, war in Watts jahrelang praktisch überhaupt nichts geschehen, und die CRA hatte nicht einen Supermarkt als Hauptmieter oder „Anker“ für ein geplantes Stadtteileinkaufszentrum gewinnen können. Haagen erkannte, dass das Bradley-Regime, das so viel Ärger wie noch nie mit seinen Wählern in South Central hatte, jede Initiative aus dem Privatsektor, die den gordischen Knoten des „Ankermieter-Problems“ durchschlagen könnte, reich belohnen würde. Seine scharfsinnige Lösung, die ihn Ruhm bei Erbauern von Einkaufszentren in ganzen USA eintrug, war eine umfassende „sicherheitsorientierte Planungs- und Managementstrategie“.[17]

Als Erstes pachtete Haagen Development 1979 ein altes Sears-Grundstück an der Vermont Ecke Slauson im Herzen von South Central. 1983 übertrug die Stadterneuerungsbehörde Haagen die Fertigstellung ihres lange verzögerten Martin Luther King Jr. Center in Watts. Ein Jahr später sicherte er sich einen 120-Millionen-Dollar-Auftrag über die Sanierung und Erweiterung der Crenshaw Plaza in Baldwin Hills und schließlich einen Vertrag mit der County über die Errichtung eines Einkaufskomplexes in Willowbrook direkt südlich von Watts. In jedem Fall war die Garantie doppelt gesicherter physischer Sicherheit die *conditio sine qua non*, um Einzelhändler und Franchisenehmer (und ihre Versicherungen) zur Unterzeichnung von Mietverträgen zu bewegen. Alle vier Einkaufszentren sind nach demselben Muster entworfen, das dreist Jeremy Benthams berühmten Entwurf aus dem 19. Jahrhundert für das „panoptische Gefängnis“ mit seiner günstigen Zentralüberwachung plagiiert. Haagens Einkaufszentrum in Watts zum Beispiel soll so aussehen:

„Um das Gelände des King-Zentrums verläuft ein zweieinhalb Meter hoher schmiedeeiserner Zaun, vergleichbar mit Sicherheitszäunen, wie sie zum Schutz von Privatgrundstücken und exklusiven Wohnsiedlungen verwandt werden. An den Eingängen und im gesamten Einkaufszentrum sind mit Bewegungsmeldern ausgerüstete Videokameras angebracht. Das gesamte Zentrum einschließlich der Parkplätze lässt sich auf Knopfdruck in 40 Lux helles Licht tauchen.

Das Zentrum hat sechs Eingänge: drei Zufahrtspunkte für Kraftfahrzeuge, zwei Liefereingänge und einen Fußgängerweg. An den Fußgängereingängen und Kfz-Zufahrten befinden sich Tore, die um 6:30 Uhr geöffnet und um 22:30 geschlossen werden. Der auf der Rückseite des Grundstücks gelegene Lieferbereich ist von einer zwei Meter hohen Betonblockmauer umschlossen; beide Liefertore bleiben geschlossen; sie werden mit Videokameras überwacht, sind mit Sprechfunk ausgestattet und werden von einer gesicherten „Beobachtungszentrale“ aus per Fernsteuerung für Lieferanten geöffnet. Infrarot-Lichtschranken am Fuß der Lichtmasten erfassen etwaige Eindringlinge, die die Videoüberwachung zu umgehen versuchen, indem sie über die Mauer klettern.“

(Buckwalter 1987: 24)

Die „unaufdringliche“ panoptische Beobachtungszentrale ist Auge und Hirn dieses komplexen Sicherheitssystems. (Im Einkaufszentrum in Willowbrook ist es tatsächlich über einer Zweigstelle der öffentlichen Bücherei versteckt.) In ihm befinden sich die Zentrale des Direktors des Einkaufszentrums, eine Außenstelle des LAPD und eine Funkzentrale, wo ein Mann die Video- und Audiosysteme im Auge behält und Verbindung „zu anderen in das System eingebundenen sicheren Einkaufszentren und zu Polizei und Feuerwehr“ hält. Rund um die Uhr sind ständig mindestens vier Wachschützer im Dienst: einer in der Beobachtungszentrale und drei auf Fußstreife. Ausgebildet und unterstützt werden sie von den regulären LAPD-Beamten im Polizeiposten in der Beobachtungszentrale.

„Diese Sicherheitsmaßnahmen wirken zwar vielleicht extrem, aber Sicherheitsfragen in Einkaufszentren haben für das Management in den letzten Jahren zentrale Bedeutung gewonnen. Da die Versicherungsträger die Sicherheitsvorkehrungen von Einkaufszentren überprüfen, bevor sie neue Policen ausstellen oder

Festung L.A. (2006 [1990])

auch nur bestehende verlängern, und in einigen Fällen überhaupt nur eine Versicherung übernehmen, wenn die Sicherheitsvorkehrungen verbessert werden, begreifen auch Zentren außerhalb der Inner-City-Viertel Sicherheitsvorkehrungen inzwischen als integralen Teil ihrer Planungs- und Managementstrategie. Da ein starkes Sicherheitsprogramm die Besitzer und Betreiber von Einkaufszentren vor juristischen Ansprüchen schützt, kann es sich langfristig sogar als extrem profitabel herausstellen.“

(ebd.)

Wie erwartet sind diese Zentren Goldgruben und bringen im Durchschnitt über 3500 Dollar Jahresumsatz pro vermietbarem Quadratmeter – gegenüber etwa 2000 Dollar in den Vororteneinkaufszentren (Titus 1990: 2). Außerdem hat Haagen nebenbei auch noch Steuererleichterungen, Zuschüsse vom Bund und von der Stadt, massive Gratiswerbung,



Abb. 5 Das Auge des Panoptikums. Polizeistation über dem Haagen-Einkaufszentrum, Willowbrook.

subventionierte Mieter und über 60 bis 90 Jahre laufende Pachtverträge eingestrichen. Kein Wunder, dass er prahlen kann: „Wir haben bewiesen, dass im Geschäft nur eine Farbe zählt: grün. In diesen wirtschaftlichen Krisengebieten in den Inner Cities von Amerika warten riesige Möglichkeiten und riesige Gewinne nur darauf, dass man sie mitnimmt.“ (Buckwalter 1987: 25)[18]

Inzwischen erstreckt sich die Logik der „Haagenisierung“ nicht nur auf die Einkaufs-, sondern auch auf die Wohngebiete des Ghettos. Das Gegenstück zum Einkaufszentrum als panoptischem Gefängnis ist die Sozialwohnungssiedlung als strategisches Dorf. Das Imperial Courts Housing Project, nur eine Ecke vom Martin Luther King Jr. Center, ist seit Kurzem mit einem Zaun, Ausweispflicht und einer Außenstelle des LAPD befestigt. Besucher werden angehalten und gefilzt, und die Polizei beordert die Bewohner regelmäßig nachts in ihre Wohnungen zurück. Diesen Verlust von Freiheit müssen Sozialwohnungsmieter inzwischen als Preis der „Sicherheit“ ertragen.

Von Rentacop zu Robocop

Am populärsten drückt sich die Logik des Sicherheitsstrebens, die die Aufspaltung der Stadt in Enklaven vorantreibt, darin aus, dass die wohlhabenden Viertel von L. A. nichts unversucht lassen, um den Wert ihrer Häuser und ihren Lebensstil abzuschirmen. Wie wir im letzten Kapitel sahen, werden neue Luxusprojekte außerhalb der Stadtgrenze oft als völlig von Mauern umgebene Festungsstädte konzipiert, wo der Zugang an den wenigen Eingängen von privaten und öffentlichen Polizeidiensten kontrolliert wird und sogar die Straßen privatisiert sind. Normalsterblichen ist es schlicht unmöglich, ohne Einladung von einem Einwohner in die „Städte“ Hidden Hills, Bradbury, Rancho Mirage oder Rolling Hills einzudringen. Bradbury mit seinen 900 Einwohnern und 16 Kilometern abgesperrter Privatstraßen ist dermaßen sicherheitsfixiert, dass die drei Beamten der Stadt keine Anrufe der Presse annehmen, denn „jedes Mal, wenn ein Artikel erschienen ist ..., hat er Aufmerksamkeit auf die Stadt gezogen, und es gab mehr Einbrüche“. Hidden Hills wiederum, ein Norman-Rockwell-Bild hinter Hochsicherheitsmauern, ist völlig in sich zerstritten, ob die Gemeinde einem Urteil des Obersten Gerichts entsprechen und vor ihren Toren 48 Seniorenwohnungen bauen soll. Bei Treffen der allmächtigen *homeowners' association* der Stadt (die Frankie Avalon, Neil Diamond und Bob Eubanks zu ihren Mitgliedern zählt), kursieren Warnungen, das Altersheim „wird Gangs und Drogen anziehen“ (sic).[19]

Festung L.A. (2006 [1990])

Gleichzeitig wird es in den traditionellen Luxusreservaten wie Beverly Hills und San Marino immer schwerer, die öffentlichen Einrichtungen zu benutzen, da sie mit einer barocken Fülle von Verordnungen unsichtbare Mauern bauen. In San Marino, der vielleicht reichsten und angeblich republikanischsten (85 Prozent) Stadt im Land, werden die Parks jetzt am Wochenende geschlossen, damit die Latino- und asiatischen Familien aus den Nachbarorten sie nicht benutzen. Zurzeit wird ein Plan diskutiert, die Parks samstags wieder zu öffnen, allerdings nur für Anwohner, die sich ausweisen können. Andere vornehme Stadtteile in Los Angeles haben ein ähnliches Anwohnerprivileg erfunden, indem sie Verordnungen erlassen haben, die das Parken auf lokale Eigenheimbesitzer beschränken. Wie man sich denken kann, greifen solche Parkregelungen ausschließlich in Stadtteilen um sich, wo drei Autos Platz in der Garage haben.

Wohngebiete mit genügend Einfluss können so ihren öffentlichen Raum privatisieren, sich vom Rest der Metropole abtrennen und Nichtanwohnern sogar eine Art Stadtteil-„Passkontrolle“ auferlegen.



Abb. 6 Chuzpe verboten. Park La Brea.

Als Nächstes öffnen sie natürlich Reservate mit eigenem Gemeindestatus wie Rolling Hills oder Hidden Hills nach und bauen echte Mauern. Park La Brea ist seit seiner Entstehung Ende der 40er-Jahre ein aus Lower Manhattan an den Wilshire Boulevard verpflanztes Stück Chuzpe: ein 72 Hektar großes Labyrinth von Stadthäusern mit mittleren Mieten und Hochhaus-Wohnungen, in denen eine urbane Mischung aus Singles, Rentnern und Familien wohnt.

Als Teil der Strategie der Gentrifizierung hat sich Forest City Enterprises, der Besitzer von Park La Brea, jetzt entschlossen, einen Sicherheitszaun um den ganzen Ort zu ziehen und damit Fußgängern einen der wichtigsten öffentlichen Räume an der „Miracle Mile“ zu nehmen. Wie eine Sprecherin der Eigentümer beobachtete, „liegt die Einzäunung von Orten allgemein im Trend“.[20] In den einst offenen Siedlungsgebieten des San Fernando Valley, wo vor zehn Jahren praktisch noch kein Stadtteil eingemauert war, nimmt der „Trend“ mittlerweile Züge eines durchgedrehten Wettrüstens zwischen Wohngebieten an, weil gewöhnliche Vorortbewohner dieselbe soziale Abschirmung verlangen, die bisher nur die Reichen genossen.

Brian Weinstock, ein führender *developer* aus dem Valley, prahlt, dass er über 100 Viertel frisch eingezäunt habe und die Nachfrage nach mehr Sicherheit unstillbar sei. „Das erste, was sie [die Käufer] einen fragen, ist, ob der Stadtteil einen Zaun hat. Bei eingezäunten Stadtteilen haben wir eine drei Mal höhere Nachfrage als bei nicht eingezäunten.“[21]

Auch Vermieter in dichter besiedelten Gegenden mit niedrigeren Einkommen haben gemerkt, wie sehr Zäune die soziale Kontrolle erleichtern. Hausbesitzer im Sepulveda-Barrio im Valley demonstrieren dafür, dass die Polizei weiterhin Straßensperren zur Abschreckung von Drogenkäufern und anderen unerwünschten Personen einrichtet. Das LAPD will vom Stadtrat die Erlaubnis, das Viertel dauerhaft abzuriegeln und nur noch Einwohnern Zutritt zu gewähren. Dafür wollen die Hauseigentümer einen Kontrollpunkt „Checkpoint Charlie“ finanzieren. Während der Stadtrat überlegt, das Experiment in eine Dauerlösung zu überführen, sperrt das LAPD mit Unterstützung lokaler Eigenheimbesitzer weiter andere „Kriegsgebiete“ in der Stadt ab, darunter Teile des Pico-Union-Bezirks, eines Viertels am mittleren Wilshire Boulevard, und ein zweieinhalb Quadratkilometer großes Gebiet um die Jefferson High School an der Central und Vernon-Avenue in South Central. Als junge Anwohner sich beschwerten, die Stadtteilquarantänen seien eine Art

„Berliner Mauer“, versicherte Polizeichef Gates gegenüber Journalisten: „Wir wollen das Gelände ja nicht besetzen. Wir sind hier ja nicht in Panama. Wir sind hier in der Stadt Los Angeles, und wir werden hier nach Recht und Gesetz vorgehen.“[22]

Den Superreichen steht der Sinn unterdessen nach High-Tech-Burgen. Wo Zäune und Mauern allein nicht genügen, wie bei den Eigenheimbesitzern in Beverly Hills oder Bel-Air, wird das Haus selbst neu entworfen und ausgefeilte, zuweilen ausgefallene Sicherheitsfunktionen werden mit eingebaut. An der Westside von Los Angeles muss man zurzeit unbedingt ein „Herrenhaus“ haben – da werden Häuser für drei Millionen Dollar abgerissen und stattdessen Villen für 30 Millionen Dollar gebaut –, und hauptsächlich, aber unauffällig geht es dabei um die „absolute Sicherheit“. Für Wohnhäuser machen Architekten Anleihen bei den Geheimnissen von Botschaftsgebäuden und militärischen Stützpunkten. Einer der Renner ist der im Grundriss verborgene „terroristsichere Sicherheitsraum“ hinter beweglichen Tafelungen und Geheimtüren.



Abb. 7 Kriegerische Vorgärten. Hollywood Hills.

Merv Griffith und die übrigen Herrenhausbewohner befestigen ihre Paläste wie Raketensilos.

Aber das sichere Wohnen in Los Angeles – ob im befestigten Herrenhaus oder im durchschnittlichen Vorortbunker – beruht heute auf der unersättlichen Inanspruchnahme privater Sicherheitsdienste. Über die jeweilige *homeowners' association* beschäftigt so gut wie jeder wohlhabende Stadtteil von den Palisades bis Silverlake seine eigene Privatpolizei; daher die kleinen Warnschilder „bewaffnete Vergeltung“ in Tausenden von Vorgärten. Im Kleinanzeigenteil einer der letzten Sonntagsausgaben der *Los Angeles Times* standen knapp 100 Inserate für Wach- und Streifendienste, meist von auf den Schutz von Wohngebieten spezialisierten Firmen. In Los Angeles County hat die Wachschutzbranche ihren Umsatz in den letzten zehn Jahren verdreifacht – und die Zahl ihrer Beschäftigten ebenso (von 24.000 auf 75.000). „Es ist leichter, bewaffneter Wachschützer zu werden als Friseur oder reisender Zimmerergeselle“, und Kaliforniens lasche Zulassungsvorschriften sprechen selbst verurteilten Mördern nicht automatisch die Eignung ab. Die meisten Wachschützer sind zwar Männer aus Minderheiten und verdienen um den Mindestlohn herum (vier bis sieben Dollar pro Stunde, je nach Qualifikation und Lesekenntnissen), aber viele ihrer Arbeitgeber sind multinationale Konglomerate, die eine überwältigende Bandbreite an Sicherheitsprodukten und -dienstleistungen anbieten. Wie Michael Kaye, der Präsident der florierenden Firma Westec (einer Tochter der japanischen Secom Ltd.), erklärt: „Wir sind keine Wachschutzgesellschaft. Wir verkaufen ein Sicherheitskonzept.“^[23] (Kinofans werden sich bei diesen Sprüchen sofort an Dick Jones von Omni Consumer Products, den Bösewicht in Paul Verhoevens *Robocop*, erinnern: „Alles eine Frage der Sicherheitskonzepte ... Manchmal denke ich an irgendwas, und es macht mich total geil.“)

Die *homeowners' associations* mieten bei Westec – oder ihrem Hauptkonkurrenten Bel-Air Patrol (einer Sicherheitsgesellschaft aus dem Borg-Warner-Konzern, zu dem auch Burns und Pinkerton gehören) – ein vollständiges „System“-Paket mit Alarmanlagen, Überwachung, Wachstreifen, persönlichen Eskorten und natürlich, falls nötig, einer „bewaffneten Vergeltung“. Polizeiexperten sind sich zwar uneins, ob derartige Systeme wirklich viel gegen Berufsverbrecher ausrichten können, aber bei der Abschreckung von unschuldigen Außenseitern sind sie ein voller Erfolg. Wer einmal versucht hat, in der Abenddämmerung durch

einen fremden Stadtteil zu schlendern, wo bewaffnete Wachdienste Streife gehen und Schilder mit Todesdrohungen stehen, erkennt schnell, dass die alte Idee von der „Freiheit der Stadt“ nur ein Wort ist, vielleicht sogar eins von vorgestern.

Das LAPD als Raumpolizei

Diese umfassende städtische Sicherheitsmobilisierung beruht nicht nur darauf, dass die gebaute Umwelt Polizeifunktionen übernimmt, sondern auch darauf, dass eine gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen staatlichen und privaten Polizeidiensten entsteht, bei der die ersteren die letzteren unterstützen, wo notwendig. Wie die Zeitschrift *Police Chief* bemerkt, wirkten die „harten wirtschaftlichen Realitäten der 80er-Jahre“ – wie die Steuerrevolte, die Zunahme von Eigentumsdelikten und eine blühende Nachfrage nach Sicherheit seitens der Mittelschicht – als Katalysator einer „Neuordnung des Verhältnisses zwischen privaten Sicherheitsdiensten und staatlichen Ordnungskräften“ (Cunningham/Taylor 1983: 31). Der Privatsektor, der eine Armee von nicht gewerkschaftlich organisierten Niedriglohnbeschäftigten ausbeutet, zieht zunehmend die arbeitsintensiven Funktionen an sich (Wachdienst, Streifendienst in Wohngebieten, Festnahme von Ladendieben, Besetzung von gesicherten Passagen und Kontrollposten, Beobachtung von Überwachungskameras usw.), und die staatlichen Ordnungskräfte behalten nur noch die Sicherheits-Makrosysteme in der Hand (Verwaltung großer Straftäterdatenbestände, Luftüberwachung, Gefängnisssysteme, paramilitärische Bekämpfung von Terrorismus und Aufständen usw.). Wie unklar die Schnittstelle zwischen beiden Sektoren ist, lässt sich am deutlichsten daran ablesen, dass sich in vielen Stadtteilen die Streifenfunktionen überschneiden und Gefängnisse immer mehr an Subunternehmer vergeben werden (als nächster lohnender Markt tut sich die elektronische Überwachung von Privathäusern auf).

In vieler Hinsicht ist diese Arbeitsteilung in Los Angeles weiter entwickelt als irgendwo anders, und sei es nur, weil das LAPD radikal menschliche Arbeitskraft im Streifendienst durch technisches Kapital ersetzt. Teilweise ist das eine notwendige Anpassung an die zersiedelte Form der Stadt; aber darin drückt sich auch das Selbstverständnis im Verhältnis zur Bevölkerung aus. Vor allem in dem Mythos, den es selbst über sich kultiviert, hebt sich das LAPD fortschrittlich von der traditionellen Großstadtpolizei mit ihrem Heer von Fußstreifen ab, die sich von

ihren Stammkunden schmieren ließen. Anfang der 50er-Jahre wurde das LAPD vom legendären Polizeichef Parker (einem glühenden Bewunderer des elitären Geists der Marines) reformiert. Es sollte unkorruptierbar sein, weil es unzugänglich war: einige „*few good men*“, die den Kampf gegen eine von Grund auf schlechte Stadt aufnahmen. Sergeant Friday aus *Dragnet* verkörperte genau diese Berührungsscheu des parkerisierten LAPD gegenüber einer Bevölkerung, die aus Idioten, Entarteten und Psychopathen bestand.

Die Technik schirmte diesen paranoiden Korpsgeist noch mehr ab. Dabei setzte sie praktisch eine neue Polizei-Epistemologie durch, in der die technisierte Überwachung und Verbrechensbekämpfung das intime „Sich-Auskennen“ in bestimmten Stadtteilen ersetzte. So löste das LAPD in den 20er-Jahren zum Beispiel als erste Polizei den „Plattfuß“- oder Streifenbeamten durch Funkstreifenwagen ab – das war der Anfang der flächendeckenden, mechanisierten Polizei. Unter Parker, der ständig versuchte, sich die Militärtechnologie nutzbar zu machen, führte das LAPD die ersten Polizeihubschrauber zur systematischen Luftüberwachung ein. Nach dem Aufstand von Watts 1965 wurde diese Aufrüstung in der Luft zum Eckstein einer Polizeistrategie für die ganze Inner City.[24] Die Hubschrauber des LAPD überwachen als Teil seines „Astro“-Programms „Gebiete mit hoher Kriminalität“ 19 Stunden am Tag, sind taktisch mit Streifenwagen verbunden und überbieten sogar die Luftüberwachung von Belfast durch die britische Armee. Zur Erleichterung der Synchronisation zwischen Boden und Luft wurden Tausende von Wohnhausdächern mit Straßenummer-Kennzeichnungen versehen, sodass sich das Bild der Stadt aus der Luft in ein riesiges Polizeiraster verwandelt.

Die Luftwaffe des LAPD mit ihren 50 Piloten bekam kürzlich neue Hubschrauber von der französischen Aerospatiale, die mit futuristischer Überwachungstechnologie ausgerüstet sind. Ihre nach vorn sehenden Infrarotkameras sind außerordentliche Nachtaugen, die aus einer einzigen brennenden Zigarette mit Leichtigkeit Hitzebilder zeichnen können, und ihre Flutlicht-Scheinwerfer mit dem passenden Namen „Nightsun“ machen die Nacht buchstäblich zum Tag. Daneben verfügt das LAPD noch über eine Flotte von Bell Jet Rangers, mit denen man ganze SWAT-Einheiten überall in der Region einsetzen kann. Ihre Ausbildung, zu der manchmal Übungsangriffe auf Downtown-Hochhäuser gehören, nimmt einige der gruseligeren Hollywood-Bilder über Polizeiterrror aus der Luft (wie *Das fliegende Auge* und *Running Man*) vorweg. Vor ein paar Jahren

schoss ein ehemaliger SWAT-Einsatzleiter des LAPD (anscheinend einer der Haupttäter beim berüchtigten Massenmord an der SLA in South Central Los Angeles) aus Versehen seinen eigenen Hubschrauber vom Himmel, als er eine Übungssalve aus seinem Bord-MG abgab.

Aber am entscheidendsten für die Verwandlung des LAPD in eine Technopolizei war schon immer seine lange und erfolgreiche Verbindung mit der militärischen Luft- und Raumfahrtindustrie. Gerade rechtzeitig zu den Olympischen Spielen von 1984 nahm das Department das ECCCS (Emergency Command Control Communications Systems) in Betrieb, das leistungsfähigste und modernste Polizeikommunikationssystem der Welt. ECCCS war erstmals zwischen 1969 und 1971 von Hughes Aerospace entworfen und dann unter Verwendung von Weltraumtechnologie und Kontrollzentrums-Funktechnik vom Jet Propulsion Laboratory der NASA verfeinert und modernisiert worden. Nach Bewilligung von Sondermitteln in Höhe von 42 Millionen Dollar im Mai 1977 beauftragte der Stadtrat die System Development Corporation aus Santa Monica als Generalunternehmer für das System, dessen Bau über sieben Jahre dauerte.

Die zentrale Hardware des ECCCS ist mit Sicherheitsmaßnahmen wie bei einem SAC-Raketensilo in Montana umhüllt. Das im erdbebengesicherten und sicherheitsgehärteten vierten und fünften Kellergeschoss der City Hall East verbunkerte (und mit dem Polizeipentagon im Parker Center verbundene) Central Dispatch Center koordiniert alle komplizierten Routen und Einsätze des LAPD mit digitalisiertem Funk, der die Überlagerung von Stimmen ausschalten und die Geheimhaltung der Übertragung gewährleisten soll. Zusammen mit den gewaltigen Informationsverarbeitungsanlagen des LAPD und ihren ständig wachsenden Datensammlungen über verdächtige Bürger dient das ECCCS den großangelegten und breitgestreuten öffentlichen und privaten Sicherheitseinsätzen, die in Los Angeles stattfinden, als zentrales Nervensystem.

Aber der technische Apparat der Polizei wird kaum dabei stehen bleiben. Da die Ganghysterie und der Krieg gegen Crack die städtischen Mittel für die Finanzierungswünsche der Polizei weiter reichlich fließen lassen, wird das LAPD sehr wahrscheinlich weiter politische Unterstützung für ehrgeizige Investitionen in neue Technik finden. Schon jetzt haben das LAPD und andere entwickelte Polizeibehörden das Niveau des Vietnamkriegs und der frühen NASA erreicht, und so werden sie fast

unausweichlich auch versuchen, die Technologie des elektronischen Schlachtfelds und sogar Star Wars zu erwerben. Wir stehen unmittelbar vor der universellen elektronischen Markierung von Dingen und Menschen – kriminellen wie nichtkriminellen (zum Beispiel kleinen Kindern) –, die von dezentralen wie zentralen Überwachungsapparaten beobachtet werden. Was Letztere angeht, hat der ehemalige Polizeichef von Los Angeles und jetzige Staatssenator Ed Davis (Republikaner aus Valencia) vorgeschlagen, die pandemischen Autodiebstähle in der Region mit einem geosynchronen Weltraumsatelliten zu bekämpfen. Die in Neuengland schon getesteten elektronischen Alarmsysteme sollen die Polizei alarmieren, wenn ein korrekt markiertes Auto gestohlen wird; mit Hilfe der Satellitenüberwachung könnte man den riesigen Ballungsraum von Los Angeles beobachten. Wenn die Ordnungskräfte so einen Satelliten erst einmal in die Umlaufbahn gebracht haben, wird er im Laufe der Zeit natürlich auch andere Überwachungs- und Kontrollfunktionen übernehmen.

Letzten Endes geht es hier mehr um das Bild als darum, ob der Vorschlag praktikabel ist, denn es zeigt, wie das LAPD nach dem Krieg die Welt sieht und gegen welche Windmühlen es kämpft: Die guten Bürger sind nicht auf der Straße, sondern in Hochsicherheitssphären für den privaten Konsum eingeschlossen; die bösen Bürger sind auf der Straße (und gehen daher keiner legalen Beschäftigung nach) und dem allwissenden, unbarmherzigen Blick des Weltraumprogramms des LAPD ausgesetzt.

Die Gefängnisstadt

All diese Überwachung und Aufrasterung aus der Luft, endloses Datensammeln der Polizei und die Zentralisierung der Kommunikation bedeuten eine unsichtbare „Hausmannisierung“ von Los Angeles. Man braucht kein freies Schussfeld für Kanonen, wenn man den Himmel kontrolliert; erst recht nicht muss man in jedem Block Spitzel bezahlen, wenn jedes Gebäude Überwachungskameras zieren. Aber die Polizei reorganisiert den Raum auch direkter. Wir haben schon gesehen, dass die Stadtplanung in Downtown kaum noch auf ihr „Sicherheits“-Fachwissen verzichten kann. Aber sie setzt sich auch unablässig dafür ein, mehr Flächen für Law and Order zu nutzen: noch mehr Lagerraum für eine sich schnell vermehrende Insassenbevölkerung und Verwaltungs- und Ausbildungsräume für sich selbst. In Los Angeles nimmt das bereits die Form eines faktischen Stadterneuerungsprogramms von Seiten der

Polizeibehörden an, das einen ganzen Bereich von Downtown East Los Angeles in eine riesige Strafkolonie zu verwandeln droht.[25]

Knapp 25.000 Gefangene sitzen gegenwärtig in sechs stark überfüllten County- und Bundesgefängnissen – die Internierungszentren des Immigration and Naturalization Service (INS) nicht mitgerechnet – im Umkreis von fünf Kilometern um das Rathaus ein: die größte eingesperrte Bevölkerung in den USA. Die Behörden können kaum mit dem gegenwärtigen „Krieg gegen die Drogen“ Schritt halten (der die Gefangenenzahl innerhalb der nächsten zehn Jahre verdoppeln wird) und arbeiten sich mit dem Bau eines neuen Staatsgefängnisses in East Los Angeles und einem riesigen Anbau des County Jail in der Nähe von Chinatown vor. Gegen beide Projekte wehren sich Stadtteilbündnisse, die nicht wollen, dass noch mehr Gefängnisraum in der Inner City abgeladen wird. Aber gleichzeitig sind Behörden wie das Bureau of Prisons and County Jail neben unzähligen privaten Sicherheitsgesellschaften nach den Fabrikschließungen und der Deindustrialisierung in den 70er- und frühen 80er-Jahren inzwischen zu den größten Arbeitgebern geworden. Gefängnisse liegen inzwischen mit dem County/USC-Krankenhaus gleichauf als wichtigste wirtschaftliche Kraft an der Eastside.

Dass die Bevölkerung und die Ordnungskräfte bei der Flächennutzung gegensätzliche Interessen haben, zeigt der Konflikt um die Zukunft des Elysian Park, in dem sich das Dodger Stadium und die Police Academy befinden. Der Elysian Park besteht aus steilen Hängen und Schluchten unmittelbar nordwestlich des ursprünglichen El Pueblo de Los Angeles und war einmal eine erstrangige Touristenattraktion, einer der führenden „Schöne Stadt“-Parks im Land. Durch eine beispiellose Umgehung der Lokalverwaltung gelang es dem Police Department, seine Nutzung der olympischen Pistolenschießanlagen von 1932 (die auf Zeit an den Police Athletic and Gun Club vermietet sind) in eine Besetzung des gesamten Parks zu verwandeln. Anwälte der „Friends of Elysian Park“ konnten zwar beweisen, dass der Bau der Police Academy eine ungenehmigte, ja sogar illegale Aneignung öffentlichen Bodens darstellte, aber das LAPD schüchterte den Stadtrat derart ein, dass er den Status quo absegnete. 1989 wurden wegen der Gang- und Drogenkrise in großer Zahl Schuldverschreibungen zur Finanzierung der Polizei ausgegeben, und im Kleingedruckten stand, dass die Academy ihre Fläche im Park um das Dreifache erweitern durfte. Das ist fast so, als wollte die Polizei von

San Francisco den Golden Gate Park besetzen oder das New York Police Department den halben Central Park requirieren.

Gleichzeitig versucht der INS, privatisierte „Mikrogefängnisse“ in arglose Inner-City-Stadtteile zu quetschen. Da ihre normalen Räume überfüllter sind denn je, requiriert *La Migra* Motels und Wohnungen, die dann von privaten Vertragsunternehmen als Hilfsgefängnisse für internierte Ausländer (darunter viele Chinesen und Zentralamerikaner) betrieben werden. Als 1986 eines dieser Zentren in Hollywood bekannt wurde, gab es wütende Proteste unter der Bevölkerung, genau wie 1990 in MacArthur Park nach der kühnen Flucht acht weiblicher Gefangener unter Führung einer chinesischen Dissidentin. Nach Aussage der Frauen war das Internierungszentrum (ein anonymes, vergittertes Ladenlokal an der Haupteinkaufsstraße des Stadtteils) völlig verdreckt, und die männlichen Wärter verbrachten die Nacht in den Zellen der Frauen.[26]

Die Nachfrage nach Lebensraum* für die Ordnungskräfte im Stadtzentrum bringt die Polizeibehörden aber zwangsläufig auf



Abb. 8 Stadtteilgefängnis. INS-Haftzentrum, MacArthur Park.

Kollisionskurs nicht bloß mit Stadtteilgruppen. Schon jetzt sind Planer und *developers*, die um die Union Station herum einen riesigen Hotel- und Bürowolkenkratzerkomplex errichten wollen, außer sich über den Plan, das County Jail an der nahegelegenen Baucher Street um zwei Hochhaustürme mit 2400 zusätzlichen Betten zu erweitern.

Wenn die Gefängniserverweiterung durchkommt, können sich Touristen und Gefangene am Ende vielleicht von ihren gegenüberliegenden Hochhäusern aus beäugen. Vielleicht lässt sich der Konflikt zwischen Knast- und Kommerzbau lösen, indem man den Gefängnisraum architektonisch so gut tarnt, dass er sich in die Skyline einfügt. Während Büro- und Wohnhäuser von außen immer gefängnis- oder festungsartiger aussehen, werden die Gefängnisse ironischerweise als ästhetische Objekte naturalisiert. Außerdem muss sich seit der postliberalen Verlagerung der öffentlichen Ausgaben vom Sozialstaat auf die Repression die öffentliche Architektur zunehmend an Gefängnisbauten messen. Da eine Büroschwemme in den meisten Teilen des Landes die Aufträge für Konzernhochhäuser zurückgehen lässt, drängen sich die Stararchitekten darum, Gefängnisse und Polizeiwachen zu entwerfen.[27]

Ein hervorragendes Beispiel, das Flaggschiff eines entstehenden Genres, ist das neue Metropolitan Detention Center von Welton Becket Associates in Downtown Los Angeles, direkt neben dem Civic Center und dem Hollywood Freeway. Das zehnstöckige Gebäude des Federal Bureau of Prisons gehört zwar zu den sichtbarsten neuen Gebäuden in der Stadt, aber nur wenige der mehreren Hunderttausend Pendler, die jeden Tag daran vorbeikommen, ahnen, dass es als Haft- und Verschubungszentrum für die offiziell so genannten „Topmanager des Drogenterrorismus“ dient. 70 Prozent der hier einsitzenden Bundesgefangenen wurden im „Krieg gegen die Drogen“ gemacht. Diese postmoderne Bastille – das größte seit Generationen in einer US-Großstadt gebaute Gefängnis – sieht aus wie ein futuristisches Hotel oder Bürohochhaus mit künstlerischen Reizen (wie den High-Tech-Gittern an den Brückenbalkonen), die jedem Vergleich mit der gesamten neueren Architektur in Downtown standhalten. Aber ihr gehobenes Ambiente ist nicht bloß Fassade. Das Gefängnisinnere soll ein ausgeklügeltes Programm zur psychologischen Manipulation und Kontrolle umsetzen: gitterlose Fenster, ausgesuchte Pastellfarben, Gefängnisbeamte in jugendlich-schicken Blazern, gepflegtes Gebüsch im Innenhof, ein hotelähnlicher Rezeptionsbereich, neun Freizeitbereiche mit modernsten Trainingsgeräten usw.[28] Im Gegensatz

zur menschlichen Hölle des ein paar Blocks entfernten County Jail wirkt der Becket-Bau oberflächlich weniger wie ein Haft-, sondern eher wie ein Kongresszentrum für Schwerverbrecher des Bundes – eine „distinguierte“ Erweiterung des Sicherheits- und Designspektrums in Downtown. Aber so viel Aufmerksamkeit für die Schönheit des Gefängnisses ist psychisch umso hinterhältiger. Wie mir ein Insasse bei einer Besichtigungstour zuflüsterte: „Kannst du dir vorstellen, wie pervers das ist, in einem Holiday Inn eingesperrt zu sein?“[29]

Angst vor Menschenmengen

Letzten Endes decken sich die Interessen der Gegenwartsarchitektur und der Polizei am offensichtlichsten dort, wo es um die Kontrolle von Menschenmengen geht. Wie wir gesehen haben, greifen die Planer von Einkaufszentren und pseudo-öffentlichen Räumen die Menschenmenge an, indem sie sie homogenisieren. Sie errichten architektonische und semiotische Hürden, um „unerwünschte Personen“ herauszufiltern. Die übrige Masse zäunen sie ein und steuern ihre Bewegungen mit behavioristischer Brutalität. Sie locken sie mit allen möglichen visuellen Reizen, lullen sie ein mit Muzak und parfümieren sie zuweilen sogar mit unsichtbaren Düften. Wenn diese Skinnersche Partitur gut dirigiert wird, entsteht eine richtiggehende Einkaufssymphonie wimmelnder, konsumierender Monaden, die sich von einer Kasse zur nächsten bewegen.

Draußen auf den Straßen hat es die Polizei schwerer. Das im Klassenkrieg groß gewordene LAPD hat schon immer bestimmte Arten von öffentlichen Versammlungen gehasst. In seiner Frühzeit widmete es sich hauptsächlich dem Zusammenknüpfeln von Erste-Mai-Demonstranten, dem Festnehmen von streikenden Arbeitern und dem Deportieren von Mexikanern und Okies. 1921 nahm es Upton Sinclair fest, weil er öffentlich die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vorlas; in den 60er-Jahren zerschlug es wahllos Love-Ins und Familienpicknicks im Kampf um die Herrschaft über den Griffith und den Elysian Park. Unterbewusst hat es sich wahrscheinlich nie von der Demütigung im August 1965 erholt, als es die Straße zeitweilig einem rebellischen Ghetto überlassen musste.

Aus welchem Grunde auch immer: Das LAPD (und ebenso die County Sheriffs) schränken nach wie vor unerbittlich den Raum für öffentliche Zusammenkünfte und die Bewegungsfreiheit der Jugend ein. Im nächsten Kapitel werden wir uns genauer mit der Geschichte der „Operation

HAMMER“ und anderen an Vietnam erinnernden Polizeitaktiken in South Central L. A. beschäftigen.[30] Aber lange bevor das LAPD und die Sheriffs ihre berühmten Schleppnetze gegen die Gangs auswarfen, verhängten sie schon weiträumige Ausgangssperren gegen Jugendliche in Nicht-Anglo-Stadtteilen und sperrten beliebte Boulevards ab, um das „Cruising“ zu verhindern (was sich in Hollywood direkt in die laufende Gentrifizierungsstrategie einfügt). Und mittlerweile riegeln sie natürlich ganze Stadtteile und Sozialwohnungssiedlungen mit einer Art „Passgesetz“ ab. Sogar schicken weißen Jugendlichen beschränkt die Polizei immer mehr ihre persönliche Bewegungsfreiheit. In der ehemaligen Welthauptstadt der Teenager, mit der Millionen in anderen Ländern immer noch Gidget auf einer nächtlichen Surf-Party assoziieren, werden die Strände heute bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen, und die Polizei geht mit Kriegshubschraubern und Jeeps auf Streife.

Am Aufstieg und Fall der „Los Angeles Street Scene“ ließ sich sehen, wie selbstverständlich der doppelte Angriff auf den öffentlichen Raum durch Architektur und Polizei schon war. Das erstmals 1978 veranstaltete zweitägige Festival im Civic Center sollte Werbung für die Wiederbelebung Downtowns machen und war sozusagen Bürgermeister Bradleys Ersatz für ein traditionelles demokratisches Barbecue. Das LAPD war skeptisch. 1986 dann zerlegte das jugendliche Publikum die Bühne, nachdem ein Auftritt der Ramones abgesagt worden war. Das LAPD setzte sofort eine Phalanx von 150 behelmten Beamten und eine berittene Einheit ein. Bei dem folgenden zweistündigen Handgemenge bombardierten wütende Punks die Polizeikavallerie mit Steinen und Flaschen, und 15 Beamte und ihre Pferde wurden verletzt. Der Produzent der Street Scene, ein Bradley-Beamter, schlug ein „mehr auf den Durchschnittsgeschmack ausgerichtetes Programm“ vor, das vielleicht ein weniger ausgelassenes Publikum anziehen würde. Die angesehene *Downtown News* ging zum Gegenangriff über und behauptete, die „Street Scene bringt Downtown in ein schlechtes Licht. Sie macht alles kaputt, was hier in den letzten 30 Jahren getan wurde.“ Sie verlangte „Reparationen“ für den verletzten „Ruf Downtowns“. Das Büro des Bürgermeisters blies die Scene ab.[31]

Ihr Ende zeigt, dass es inzwischen einen offiziellen Konsens über Menschenmengen und die Nutzung von Raum in Los Angeles gibt. Nachdem die Umstrukturierung von Downtown die gesellschaftliche Mischung von Menschenmengen im normalen Fußgängerverkehr abgeschafft hatte, blieb die (ironischerweise so genannte) Street Scene eine

der wenigen karnevalsartigen Gelegenheiten oder Orte (neben den von der Stadterneuerung bedrohten Fußgängermeilen Hollywood Boulevard und Venice Boardwalk), wo reine Heteroglossie blühen konnte, das heißt wo sich Punks aus Chinatown, Skinheads aus Glendale, *lowriders* aus Boyle Heights, Mädchen aus dem Valley, gestylte Paare aus den Marinas, Rapper von der Slauson Avenue, Obdachlose von der Skid Row und Gaffer aus dem Mittleren Westen in relativem Einvernehmen mischen konnten.

Solange diese letzten echten öffentlichen Räume – mit ihren demokratischen Räuschen, Risiken und unparfümierten Gerüchen – nicht völlig ausgestorben sind, wird Los Angeles nicht vollständig befriedet sein. Und solange das so ist, werden die verschiedenen verunsicherten Eliten, wie die Yuppie-Außerirdischen in John Carpenters *They Live!*, nie wissen, wo oder in welcher seltsamen Verkleidung die nächste Revolte ausbricht. Am Halloweenabend 1988 – eine Woche, bevor Bushs Wahlkampf seinen Law-and-Order-Höhepunkt erreichte – versuchte das LAPD, 100.000 friedliche Zecher auf dem Hollywood Boulevard auseinanderzutreiben.



Abb. 9 Angst vor Menschenmengen. Downtown.

Polizeipferde ritten in die Menge hinein, und Mannschaftswagen fuhren im Zickzackkurs auf die Bürgersteige und nagelten erschrockene Zuschauer an den Schaufensterscheiben fest. Ein Teil der Menge ließ es „völlig an Respekt für den Geist des Feiertages fehlen“, wie die Polizei später meinte, und wehrte sich wütend, indem sie mit Flaschen warf und die Schaufenster des Brown Derby zertrümmerte. Um Mitternacht plünderten die meist kostümierten Randalierer schon die Auslagen. Am nächsten Morgen stand in der *Times* folgende an Nathanael West erinnernde Beschreibung:

„Bei einem Andenkenladen, dem Holly Vine Shoppe, warfen die Plünderer die Scheiben ein und holten sich Plüschtiere, Hollywood-Postkarten, Hollywood-Wimpel und Baseballmützen mit dem Schriftzug ‚LAPD‘.“[32]

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Dieser Text erschien ursprünglich als viertes Kapitel in Davis, Mike (2006 [1990]): *City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*. Berlin: Assoziation A, 257-304. Anlässlich der Debatte „Altes neu gelesen“ zu Mike Davis, dem Buch *City of Quartz*, und deren Einfluss auf die deutschsprachige Stadtforschung in sub|urban Bd. 11 Nr. 3/4 veröffentlichen wir ihn hier erneut – allein die Zitationsweise sowie einzelne Referenzen wurden angepasst. Wir danken dem Verlag Assoziation A sehr herzlich für die freundliche Genehmigung.
- [2] „Die Probleme der Inversion und Introversion in Baumustern und der Ambivalenz im Charakter des in ihnen geschaffenen öffentlichen Raumes finden sich nicht nur bei neu gebauten Einkaufszentren. Es ist ein Allgemeinplatz, dass die moderne Stadt als Ganze die Tendenz zeigt, in spezialisierte Bereiche für eine einzige Nutzung zu zerfallen – den Universitätscampus, das Industriegelände, den Freizeitkomplex, das Wohngebiet ... in denen jeweils interne, esoterische Bauregeln gelten, und die von spezialisierten Behörden errichtet werden, deren Richtlinien dafür sorgen, dass sie sich mit anderen, ähnlichen Projekten im ganzen Land auskennen, aber fast nichts von den unähnlichen Bereichen direkt neben ihren eigenen wissen.“ (Maitland 1985: 109).
- [3] *Los Angeles Times*, 4. November 1978, X, S. 13. Siehe auch Kaplan 1989.
- [4] Anfang der 70er-Jahre ließ die Polizei den Mitgliedern der Central City Association Rundschreiben über eine „bevorstehende Invasion durch Gangs“ zukommen. Sie drängte Geschäftsleute dazu, „der Polizei den Aufenthalt jeder Gruppe von jungen Schwarzen in der Gegend zu melden. Es handelt sich um junge Leute zwischen zwölf und achtzehn, sowohl Jungen als auch Mädchen. Eine Gang trägt Ohringe, und die nächste trägt Mützen. Wenn man sie in Gruppen von mehr als zweien antrifft, sind sie sehr gefährlich und bewaffnet.“ (*Los Angeles Times*, 24. Dezember 1972, I, S. 7.).

- [5] Gentrifizierung heißt in diesem Fall „Reaganisierung“. In einem komplizierten Deal, der aus dem nördlichen Ende des Broadway-Korridors eine schicke „Brücke“ zur Verbindung von Bunker Hill, Civic Center und Little Tokyo machen soll, hat die CRA über 20 Millionen Dollar investiert, damit der Staat das eine Straßenecke von der Third Street/Ecke Broadway entfernt gelegene Ronald Reagan Office Building kauft, und gleichzeitig die Union Rescue Mission mit sechs Millionen Dollar geschmiert, damit sie ihre Obdachlosenklientel aus dem Viertel entfernt. Die 3000 Beamten aus dem Reagan Building sollen als eine Art Pioniere die Gentrifizierung der strategischen Ecke Third Street/Broadway vorantreiben, wo die CRA dem Bauunternehmer Ira Yellin weitere Millionen an Subventionen zuschiebt, damit er drei ihm gehörende historische Bauten (das Bradbury Building, das Million Dollar Theater und den Grand Central Market) in einen „Grand Central Square“ verwandelt. Das im Text besprochene Broadway-Spring Center sorgt für Sicherheit im Fußgängerverkehr zwischen dem Reagan Building und dem Square.
- [6] Auch Oscar Newman, der anerkannte Theoretiker des „verteidigungsbereiten Raumes“, hat sich Gedanken über das Problem der zunehmenden gesellschaftlichen Distanz zwischen den weißen Mittelschichten und den schwarzen Armen gemacht und plädiert für eine vom Bund befohlene Zerstreuung der Armen in die Wohnlandschaft der Vororte. Er besteht allerdings darauf, dass der „Wiedereingliederung der Armen und der Schwarzen“ „streng kontrollierte Quoten zugrunde gelegt werden“, die die Mittelschichten nicht bedrohen und dafür sorgen, dass sie sozial weiterhin dominieren (Newman 1980: 19-25). Solche „streng kontrollierten Quoten“ stehen bei Stadterneuerungsbehörden wie der von Los Angeles als Strategie natürlich hoch im Kurs, da ihre geplanten „urbanen Dörfer“ einen kleinen Anteil an Sozialwohnungen enthalten müssen. Newman oder diese Behörden halten es wohl für ausgeschlossen, dass die städtische Arbeiterklasse ihre eigenen Stadtteile in Ordnung halten oder irgendwie bei der Definition des öffentlichen Interesses mitreden kann. Aus diesem Grund sind die arbeitenden Armen für die Stadterneuerung immer das „Problem“, der „Schädling“, während die Mittelschichten mit ihrem Geld immer für die „Wiederbelebung“ stehen.
- [7] Die folgenden Beschreibungen beruhen sehr stark auf außergewöhnlichen Fotos von Diego Cardoso, der seit Jahren die verschiedenen Straßenszenen und menschlichen Habitate von Downtown dokumentiert.
- [8] Seit Mitte der 80er-Jahre verdrängt Crack in Skid Row immer mehr den billigen Wein, und seitdem ist die Mordrate auf fast einen pro Woche hochgeschwollen. Die Los Angeles Times behauptete kürzlich in einer Geschichte auf der letzten Seite – „Well, That’s Skid Row“ (15. November 1989) –, die Obdachlosen hätten sich dermaßen „an die Gewalt auf der Straße gewöhnt“, dass „zwei am Abend zuvor nur zwei Straßenecken voneinander entfernt begangene Morde weit weniger Aufmerksamkeit weckten als Fernsehaufnahmen für die Serie ‚Beauty and the Beast‘“. Der Artikel erwähnte allerdings, dass die Obdachlosen inzwischen ein „Kumpelsystem“ benutzen: Einer schläft, und der andere agiert als „Ausguck“ und warnt vor potentiellen Angreifern. [„Slashers“ sind „Schlitzer“, „Night Stalkers“ „lautlose Jäger der Nacht“ – Anmerkung des Übersetzers.]
- [9] „Nickle“ wird die 5-Cent-Münze genannt; hier ist die Fifth Street gemeint.
- [10] Das LAPD sitzt z. B. im Design Advisory Board des „Miracle on Broadway“, dem öffentlich geförderten Ausschuss, der die Gentrifizierung eines Teils des historischen Kerns von Downtown zu initiieren versucht (Los Angeles Downtown News, 2. Januar 1989).

Festung L.A. (2006 [1990])

- [11] Interviews mit Bewohnern von Skid Row; siehe auch Tom Chorneau: „Quandary Over a Park Restroom“, *Los Angeles Downtown News*, 25. August 1986, S. 1, 4. In anderen Orten Südkaliforniens wird schon die bloße Hygiene der Armen kriminalisiert. Direkt gegen Obdachlose gerichtete neue Verordnungen verbieten es, sich in der Öffentlichkeit „oberhalb des Ellenbogens“ zu waschen.
- [12] Siehe „Cold Snap’s Toll at 5 as Its Iciest Night Arrives“, *Los Angeles Times*, 29. Dezember 1988.
- [13] Siehe Davis (1987). Man muss auch festhalten, dass es trotz der Crack-Epidemie in Skid Row (durch die viel jüngere obdachlose Männer angezogen wurden) keine Drogenambulanz und keine Therapiemöglichkeiten in der Gegend gibt. Tatsächlich werden überall in der Stadt die Mittel für Drogentherapie gestrichen, während der Polizei- und Gefängnishaushalt in die Höhe schnellte.
- [14] „Alter Sozialist“ sagte Michael Rotundi von Morphosis, ein Architekt und Gehry-Schüler; Gehry selbst meint großspurig: „Ich hole mir meine Inspiration auf der Straße. Ich bin eher ein Straßenkämpfer als ein römischer Gelehrter“ (zitiert in Freedman [Boles] 1986: 99).
- [15] Der beste Katalog von Gehrys Werk ist Arnell/Bickford 1985. Vgl. auch *Institute of Contemporary Art* (1982) und *University of Southern California* (1982).
- [16] Siehe David Ferrells Arikel in der *Times* vom 31. August und 16. Oktober 1987. In einem Brief an die *Times* (16. September 1987) bestätigte Calvin Hamilton, der ehemalige Planungsdirektor von Los Angeles, die Hollywood Chamber of Commerce habe „den Entscheidungsprozess dominiert und aggressiv für ihre eigenen Zwecke manipuliert. In den meisten Bereichen, mit denen es die Planung zu tun hat, waren sie meines Erachtens nur an ihrem eigenen Profit interessiert, nicht an der Erstellung eines umfassenden, ausgewogenen Plans zum Wohle und langfristigen Nutzen aller Menschen in Hollywood.“
- [17] Siehe Porträt in der *Los Angeles Times*, 7. Oktober 1987.
- [18] Wie einige langjährige Stadtteilaktivisten immer wieder feststellen, ist das alles ein ziemlicher Witz: Diejenigen, die den Einzelhandel von South Central Los Angeles zu einer Mondlandschaft gemacht haben (Banken, die keine Kredite vergeben, Politiker, die sich nicht um ihre Wähler kümmern, Versicherungen, die ihre Kunden diskriminieren usw.), feiern jetzt, dass Sicherheitskonzepts-Unternehmer wie Haagen wieder zurückkommen. Erst hat die Stadt die öffentlichen Räume und Einkaufsstraßen der Inner City so herunterkommen lassen, dass hinter den Ladenfassaden nur noch Kirchen und einige schwer befestigte Alkoholgeschäfte überleben, und dann teilt sie plötzlich mit vollen Händen Subventionen zur Errichtung von privaten Einkaufsfestungen aus, deren Gewinne aus dem Stadtteil hinausfließen.
- [19] Vgl. *Daily News*, 1. November 1987; und Fernsehinterview, *Fox News*, März 1990.
- [20] *Los Angeles Times*, 25. Juli 1989, II, S. 2.
- [21] Zitiert in Jim Carlton: „Walled In“, *Los Angeles Times*, 8. Oktober 1989, II, S. 1. Die Mauermanie hat jetzt auch die Hollywood Chamber of Commerce angesteckt. Sie will den Sockel des berühmten „Hollywood-Zeichens“ auf dem Mount Lee mit Mauern absperren und Bewegungsmelder und Überwachungskameras anbringen.
- [22] *Los Angeles Times*, 15. November 1989.
- [23] Zitiert in Linda Williams: „Safe and Sound“, *Los Angeles Times*, 29. August 1988. IV, S. 5.

- [24] Der folgende Abschnitt beruht auf Werbematerial des LAPD und Interviews mit Beschäftigten. (Siehe auch Don Rosen: „Blue Thunder“, *Los Angeles Herald Examiner*, 28. Mai 1989, S. 1, 12.) Im Februar 1989 führten Elite-Antiterror-Einheiten der Armee vom First Special Operations Command in Fort Bragg, North Carolina eine Reihe von simulierten Hubschrauberangriffen und -schlachten über den Wolkenkratzern von Bunker Hill durch. „Die Armee weigerte sich, Genaueres darüber mitzuteilen, welche Truppen und Ausrüstung bei den Übungen zum Einsatz kamen und welchem Zweck sie dienten.“ (*Los Angeles Times*, 18. Februar 1989, I, S. 23.).
- [25] Aurora Castillo, die Chefin von Las Madres (der Gruppe aus East Los Angeles, die gegen weitere Gefängnisbauten kämpft), sagte es genau so: „Anscheinend wollen sie aus unserer Gegend eine Strafkolonie machen.“ (*Los Angeles Times*, 3. August 1988, II, S. 1.).
- [26] *Los Angeles Times*, 23. Januar 1990.
- [27] Ein weiteres Beispiel für die lokale Spätgotik ist neben dem unten besprochenen Beispiel von Welton Becket das von Robert Stern, einem der konservativen Hohepriester der „Postmoderne“, entworfene neue Polizei- und Gefängnisgebäude von Pasadena.
- [28] Das „Infoblatt“ kommt so locker plaudernd daher, als sei es für Bundestouristen geschrieben: „Hinter der Einrichtung steckt modernes architektonisches Design, das äußerlich in nichts mehr an ein traditionelles Gefängnis erinnert ... Hier wird der Schwerpunkt auf intensive kurzfristige Bildungsprogramme und auf beaufsichtigte Freizeitaktivitäten für alle Insassen gelegt ... Unsere Mission ist die Versorgung des Untersuchungsgefangenen mit sicherer und humaner Pflege, Aufsicht und Kontrolle; die Schaffung einer positiven Umgebung für Häftlinge und Beschäftigte.“
- [29] Dank Lynden Croasmun, Executive Assistant to the Warden, konnte ich im Oktober 1989 das Metropolitan Detention Center besichtigen.
- [30] Der „HAMMER“ ist vielleicht nur ein milder Vorgeschmack auf die drakonischen Maßnahmen, die im Krieg gegen die Drogen noch kommen werden. Seit Jahren erinnert die Alternativpresse daran, dass die extremen Kriegsrechtsplanungen, die das Pentagon nach dem Aufstand von Detroit 1967 entwarf, nach wie vor existieren und das Militär genau wie die Nationalgarde und die lokalen Ordnungskräfte mit ihnen liebäugelt. Wie Tim Redmond vom *Bay Guardian* erklärt: „Kalifornien setzte die nationalen Planungen begeisterter um als die meisten anderen Staaten. Zwischen 1968 und 1973 führten in Kalifornien Polizei- und Militärbeamte aus dem ganzen Staat bei drei Großübungen unter den Code-Namen *Cable Splicer I, II und III* Seminare und Kriegsspiele in einem speziellen „Antiterror“-Ausbildungszentrum bei San Luis Obispo durch.“ (9. September 1987, S. 17.) Eine Variante dieser Pläne mit dem Titel *Garden Plot* wurde kürzlich als Teil der Notstandsplanung für die Unruhen in San Francisco nach der Heimholung des Schlachtschiffs *Missouri* bekannt. Die meisten Kenner des LAPD glauben, dass seit langem eine ähnlich umfassende Planung für den Umgang mit Unruhen im *ghetto* oder in den *barrrios* und jetzt möglicherweise auch für eine faktische militärische Besetzung von Gegenden mit vielen Gangs existiert.
- [31] Vgl. *Los Angeles Times*, 22. September 1986, II, S. 1, und 25. September 1986, II, S. 1; und Reprint des „besten Leitartikels“: „Trouble at Street Scene“, *Los Angeles Downtown News*, 2. März 1987, S. 12.
- [32] George Ramos: „Hollywood Halloween: Some Came as Vandals and Looters“, *Los Angeles Times*, 2. November 1988, II, S. 1, 8. Außerdem Interviews mit Augenzeugen.

Autor_innen

Mike Davis (geboren: 10. März 1946 in Fontana, Kalifornien; gestorben: 25. Oktober 2022 in San Diego, Kalifornien) war ein einflussreicher US-amerikanischer Stadtsoziologe und Historiker.

Literatur

- Arnell, Peter / Bickford, Ted (Hg.) (1985): Frank Gehry: Buildings and projects. New York: Rizzoli.
- Blodgett, Geoffrey (1976): Frederick Law Olmsted: Landscape architecture as conservative reform. In: *Journal of American History* 62/4, 869-889.
- Buckwalter, Jane (1987): Securing shopping centers for inner cities. In: *Urban Land*, April, 22-29.
- Cunningham, William / Taylor, Todd H. (1983): A summary of the Hallcrest report. In: *The Police Chief*, Juni 1983, 28-33.
- Davis, Mike (1987): „Chinatown“, part two? The „internationalization“ of downtown Los Angeles. In: *New Left Review* 1/164, Juli-August, 65-86.
- Freedman, Adele [Boles, Daralice D.] (1986): The next wave. In: *Progressive Architecture*, 67/10, 97-99.
- Friedman, Mildred [Goldstein, Barbara] (Hg.) (1986): The architecture of Frank Gehry. New York 1986.
- Governor's Commission on the Los Angeles Riots (1965): Violence in the city – end or beginning? Los Angeles: Governor's Commission on the Los Angeles Riots.
- Halberstam, David (1979): The powers that be. London: Chatto & Windus.
- Institute of Contemporary Art (1982): Frank O. Gehry. An exhibition of recent projects. [Katalog]. Boston: Institute of Contemporary Art.
- Kaplan, Sam Hall (1989): L. A. follies: A critical look at growth, politics and architecture. Santa Monica: Cityscape Press.
- Maitland, Barry (1985): Shopping malls: Planning and design. London: Construction Press.
- Milder, N. David (1987): Crime and downtown revitalization. In: *Urban Land* 46/9, 16-19.
- National Commission on the Causes and Prevention of Violence (1969): To establish justice, to ensure domestic tranquility. Final report of the National Committee on the Causes and Prevention of Violence. Washington D. C.: National Committee on the Causes and Prevention of Violence.
- Newman, Oscar (1980): Community of interest. Garden City: Anchor Press/Doubleday.
- Tafuri, Manfredo (1979): The disenchanted mountain: The skyscraper and the city. In: Giorgio Ciucci / Francesco Dal Co / Mario Manien-Elia / Manfredo Tafuri (Hg.), *The American city. From the Civil War to the New Deal*. Cambridge: MIT Press, 389-528.
- Whyte, William H. (1985): The social life of small spaces. New York: Project for Public Spaces.
- Titus, Richard (1990): Security works. Shopping enclaves bring hope, investment to blighted inner-city neighborhoods. In: *Urban Land*, 49/1, 2-5.
- University of Southern California (1982): Frank Gehry: Selected works. [Katalog]. Santa Monica: University of Southern California.
- Viladas, Pilar (1986): Illuminated manuscripts. In: *Progressive Architecture*, 67/10, 76-84.

Mike Davis: Erinnerungen an einen Giganten der Großzügigkeit

Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“
 (2006 [1990])

Roger Keil

Debatte zu:
 Mike Davis' „Festung
 L.A.“ (2006 [1990])

Kommentare von:
 Sina Brückner-Amin,
 Stefan Höhne,
 Roger Keil,
 Stephan Lanz,
 Boris Michel,
 Katja Schwaller,
 Rainer Wendling

Ich traf Mike Davis zum ersten Mal im November 1986 auf dem Rückweg von Los Angeles nach Frankfurt.[1] Ein Besuch bei meiner Schwester in England während eines Zwischenstopps in London gab mir die Gelegenheit, Mike persönlich zu treffen, nachdem ich zuvor mit ihm per Brief korrespondiert hatte. Das Arrangieren interkontinentaler Reisen, Korrespondenz, das Lesen von Entwürfen vor der Veröffentlichung – nichts davon geschah damals in der Geschwindigkeit, an die wir heute gewöhnt sind. Kein Internet, keine E-Mails, keine PDFs. Ein Freund in L. A. hatte mir die Fotokopie eines von Mike geschriebenen Entwurfspapiers mit dem Titel „Sunshine and the open shop: The urbanization of Los Angeles – 1880-1930“ gegeben. Eine Version davon wurde, wie Tom Reifer mich erinnerte, viel später veröffentlicht, als Kapitel in einem Buch, herausgegeben von Tom Sitton und Bill Deverell (Davis 2001). Auf dem Artikel stand die Adresse von Mike Davis: c/o NLR, 7 Carlisle St., London W1. Ich hatte Mike wegen dieses Aufsatzes an besagte Adresse geschrieben und wie durch ein Wunder eine freundliche Einladung erhalten, ihn bei meiner Durchreise in London zu besuchen.

Das besagte Papier war eine Offenbarung. „Sunshine and the open shop“ war genau das, was ich brauchte, um mein Denken zu strukturieren, als ich in Los Angeles mit der Recherche für meine politikwissenschaftliche Dissertation begann (veröffentlicht auf Deutsch als Keil 1993). Das Papier war wie nichts, was ich jemals zuvor gelesen hatte. Es verband mühelos konzeptionelle Innovation mit sowohl breiten Strichen als auch akribischen Details der Geschichte der Stadtregion Los Angeles.

Ich wollte den Mann treffen, der das geschrieben hatte. Viel später lernte ich das Muster dieses Papiers als Markenzeichen von Davis' unverwechselbarem Stil kennen. Er war in der akademischen Welt immer etwas marginalisiert – teils weil er es so wollte, teils aufgrund der Unfähigkeit der Akademie, ihn zu einem willkommenen Mitglied zu machen – war er einer der konsequentesten und zuverlässigsten theoretischen Innovatoren sowie der Weltmeister des Details und der empirischen Tiefe. Er verschlang Unmengen von Literatur zu jedem Thema und verarbeitete das Destillat in seinem erstaunlich produktiven Werk. Als ich einmal viel später in seinem Haus in Pasadena wohnte, kam jeden Tag ein Paket Bücher an, bis der Flur des Hauses nicht mehr begehbar war.

Wo andere an der Oberfläche kratzten und sich in Neologismen und Binsenweisheiten verloren, arbeitete Mike an den unterschwellig und widersprüchlichen Schichten der Welt. „Sunshine and the open shop“ war der Wegbereiter eines Gedankens, den viele später aufgriffen und auf dem sie Karrieren aufbauten: die Anwendung des – damals neuartigen – Konzepts des Akkumulationsregimes aus der französischen Regulationsschule auf die „Erklärung der Einheit der Klassenbildung und der Produktionsverhältnisse innerhalb bestimmter metropolitaner räumlicher Strukturen“ (Davis 1986a, eigene Übersetzung). Die Idee war revolutionär, da sie das Städtische zu einem prägenden Ort im Prozess der kapitalistischen Akkumulation machte und nicht nur zu einem Platz, an dem nationale politische Ökonomien ihren lokalen Ausdruck fanden. Davis befreite die „Stadt“ begrifflich als eine Form sozialräumlicher Organisation, indem er ihr die Fähigkeit attestierte, ihre eigenen historischen Geographien zu schaffen. Dieses Sehen aus der Perspektive des Städtischen (*seeing like a city*), war später nie wieder auf den vorherrschenden epistemischen Nationalismus reduzierbar – und es trieb meine eigene These von der lokalen Politik der Internationalisierung in Los Angeles voran.

An jenem Novembernachmittag im Jahr 1986 traf Mike meine Schwester und mich in einem einfachen Teehaus im Londoner Stadtteil Soho. Er nahm uns mit zu den Büros der *New Left Review* (NLR), über denen er eine Wohnung hatte. Er brachte uns für die Nacht unter, verpflegte uns vom Bankett einer Redaktionssitzung der NLR und „klautete“ eine Flasche teuren Bordeaux vom Buffet. An diesem Abend bekam ich einen ersten Vorgeschmack auf Mikes unvergleichliches Geschichtenerzählen. Er unterhielt uns mit Anekdoten und Analysen seiner Rolle in der Linken im

Los Angeles der 1960er Jahre – einer frühen Version dessen, was viel später sein Buch zu diesem Thema wurde, das zusammen mit Jon Wiener verfasste *Set the night on fire: L. A. in the sixties* (Davis/Wiener 2021). Die intellektuelle und gastfreundliche Großzügigkeit, die Mike an jenem Abend in London zeigte, war nur das erste Beispiel von vielen, die ich in den folgenden Jahren erlebte, als er sein Haus öffnete, Verbindungen knüpfte, seine Weisheit teilte und andere inspirierte. In Los Angeles, wo wir eine dauerhafte Freundschaft entwickelten, als wir beide 1987 dorthin zurückkehrten, veranstaltete er in seinem Haus eine Reihe informeller Salons. Bei diesen stellte er Personen aus sozialen Bereichen, die in dieser Stadt streng voneinander getrennt waren, einander vor, um gemeinsam Gutes und Radikales zu tun. Er passte sich nie an irgendwelche Standards oder Erwartungen an. In der Linken war er eine einigende Kraft in einem Meer des Sektierertums. In seiner Nähe traf man immer auf etwas Kollektives, eine Art organischen Kommunismus, eine Art bessere Welt in Bewegung. Seine Versuche zur Gemeinschaftsbildung in der Linken – zum Beispiel durch Organisationen wie „City Line“ in L. A. – waren unerbittlich und fruchtbar. Er schmiedete Allianzen über die Gräben hinweg, über die er in *City of quartz* (Davis 1990) und anderswo schrieb.

Ich habe noch etwas anderes von jener Herbstnacht in Soho mitgenommen. Der Mann, der später vielleicht zum meistgelesenen urbanen Theoretiker des späten 20. Jahrhunderts wurde, hielt in einem Terrarium in seiner Londoner Wohnung eine große Eidechse. Die Kreatur, angeblich ein Haustier seiner Tochter Roisin, war auch eine Erinnerung daran, dass die Stadt, über die Mike schrieb, immer größer war als Straßen und Strukturen der gebauten und sozialen Umwelt. Sie war ein Symbol für die wichtige Rolle, die die nicht menschliche Natur im Allgemeinen und die Wüste im Besonderen dabei spielen würden, wie Mike die Stadt der Menschen sähe. Schlangen in Toiletten (Keil 2019: 21) und Eidechsen in Gefangenschaft – ebenso wie Erdbeben, Epidemien, Überschwemmungen, Brände und Stürme – waren immer Teil des konzeptuellen Universums, das Mike aus der Stadt konstruierte. Der Slogan der 68er, dass da irgendwo unter dem Pflaster der Strand sei, war in seinem Werk nicht nur Ausdruck politischer Hoffnung und revolutionärer Begeisterung, sondern eine Bedingung des Städtischen selbst – Teil des Stoffwechselsubstrats unserer Lebensweise. Mike war einer der ursprünglichen TheoretikerInnen der Denkschule, die später als Urbane

Politische Ökologie bezeichnet wurde, und er blieb in diesem Kontext bis zum Ende einflussreich (Davis 2023).

Mit Mike war man immer in der Gegenwart der Geschichte. Er überwand die engen Grenzen der akademischen Welt und der lokalen Kontexte, in denen sich die meisten Menschen einen Namen gemacht haben. In jener Novembernacht in London hörte ich zum ersten Mal von seinen engen Beziehungen mit Menschen, die ich als historische Persönlichkeiten aus meinem Studium der amerikanischen Geschichte und Politik an der Goethe-Universität kannte. Mike war zum Beispiel mit Angela Davis befreundet, die in Form ihres ikonischen Posters aus den 1970er Jahren in vielen deutschen Studierendenwohnungen eine geisterhafte Präsenz hatte. Aber nun traf ich jemanden, der sie tatsächlich kannte. Viele weitere solcher Beziehungen offenbarten sich im Laufe der Zeit. Als ich in den 1990er Jahren nach Kanada zog, brachte mich Mike mit Leo Panitch in Kontakt, er gab mich sozusagen weiter an GenossInnen in Toronto und Ottawa, die mich unter ihre Fittiche nahmen, während ich als junger Wissenschaftler an der York University anfang.

Am schicksalhaften Abend des 29. April 1992, dem Beginn der Rebellion in Los Angeles, waren wir – eine Gruppe von BesucherInnen aus Kanada und der Schweiz – mit Mike zum Abendessen in Santa Monica verabredet. Als wir im Restaurant ankamen, war Mike nicht da, aber im Fernsehen des Etablissements waren die ersten Bilder von der Rebellion zu sehen und die Straßen brannten. Mike war mitten unter den Menschenmassen in South Central L. A. Er hätte das vielleicht wichtigste Ereignis in der Geschichte der Stadt nicht verpasst, ein Ereignis, das er in *City of quartz* (Davis 1990) in vielerlei Hinsicht vorhergesagt hatte. Wir gingen durch den Rauch und die Flammen nach Hause, während Mike mittendrin war und sich an vorderster Front Notizen machte.

Als die „L. A. School“ die Welt der Stadtforschung neu gestaltete – größtenteils aus der Sicht ihrer Büros an der University of South California oder der University of California Los Angeles oder mit Diagrammen der 60-Meilen-Stadt vom Dach des Rathauses aus –, schrieb Mike Davis über Los Angeles von der Straße aus. Seine Lehre war erfahrungsorientiert – lange bevor Universitätsverwaltungen diesen Begriff prägten, um ihn ängstlichen Eltern und Studierenden zu verkaufen, die an berufsrelevanten Fähigkeiten interessiert sind. Er nahm Studierende mit ins Herz der Stadt und in die verlassenen Tunnel der Red Line der U-Bahn unter Bunker Hill, traf uns gerne an seltsamen Orten und ungewöhnlichen

Restaurants im Osten und Süden der Stadt, die weitestgehend außerhalb des regulären studentischen Alltagslebens lagen. Mike sah sich selbst als *outsider-insider* von Los Angeles, als Arbeiterkind aus dem östlichen San Bernadino County, das sich in der Stadt durchgesetzt hatte, als Autodidakt und Lkw-Fahrer („Ich würde niemals zulassen, dass eine Stadtplanungskonferenz dem Fahren eines großen Lastwagens im Weg steht“, raunte er mir einmal zu, als ich ihn fragte, warum er seinen Auftritt auf einer Veranstaltung verpasst hatte), der am Ende in Los Angeles so viele zentrale organisatorische wie intellektuelle Strippen zog. Dass er zum Chronisten von L. A. schlechthin wurde, war eine ironische Wendung des Schicksals.

Davis selbst, von Haus aus Historiker, obwohl er nie einen Dokortitel erlangt hatte (es ist eine Schande, dass ihm für eines seiner brillanten Bücher diese Ehre nicht zuteilwurde, insbesondere für *City of quartz*), hatte schon früh in seiner Karriere transdisziplinäre Strahlkraft und internationales Ansehen. Ich hatte ihn Mitte der 1980er Jahre zum ersten Mal gelesen – wegen seiner Kommentare zu den Gefahren des Populismus (dieser Artikel wurde Teil von *Prisoners of the American dream*). Die deutsche Version, in der Übersetzung *Phoenix im Sturzflug* betitelt, war ein großer Erfolg (Davis 1986b). Es machte ihn zu einer Berühmtheit in der deutschen Linken. Er konnte jeden und jede erreichen, von sozial bewegten Menschen über KuratorInnen von Kunstmuseen (Nittve/Grenzien 1997) bis zu den MachthaberInnen. Er sonnte sich nicht immer in dem Licht, das die Leute auf ihn scheinen lassen wollten. Er nutzte sogar sein wohlverdientes McArthur-Stipendium, um seinen rebellischen Weg fortzusetzen.

Um noch einmal auf den Abend in London zurückzukommen, möchte ich einmal mehr Mikes Großzügigkeit betonen, die mir und so vielen bei unzähligen Gelegenheiten gezeigt wurde. In dieser Nacht, nachdem er mich als Student mit geringem Einkommen gesehen hatte, gab er mir einen befristeten Job bei Verso, wo ich deutsche Texte (grob) übersetzte, als potenzielle Objekte für den Verlag – eine Aufgabe, die ich einige Monate lang erfüllte, bevor ich nach Los Angeles zurückkehrte. Ich kann mich nicht erinnern, ob es jemals einer der Texte, zu denen er Rat suchte, in den Verso-Katalog schaffte. Aber es half mir auf jeden Fall über die Runden zu kommen. Solch ein selbstloser, bescheidener Mensch, obwohl er überall immer der Star war, nachdem *City of quartz* ein durchschlagender Erfolg geworden war. Er blieb sympathisch und echt, eine warme

und integrative Persönlichkeit. Er kümmerte sich um seine FreundInnen. Irgendwann wurde Mikes Berühmtheit jedoch zu einer Belastung. Zumal die guten BürgerInnen von Malibu begannen, ihn online zu verfolgen, nachdem er argumentiert hatte, dass ihre Stadt den Buschbränden geopfert werden sollte (Davis 1995). Die Art von Linkenhatz und versuchtem Rufmord, die darauf folgten, war sowohl ein Zeichen dafür, dass er den Mächtigen unter die Haut ging, als auch eine gefährliche Ablenkung, die ihn manchmal verletzte und entmutigte (Keil/Lehrer 1999).

Mike unterstützte viele junge AutorInnen, Studierende und Forschende, die in Los Angeles arbeiteten. Schon früh gab er mir die Gelegenheit, gemeinsam mit ihm einen Artikel über Intellektuelle in L. A. zu schreiben – für einen von Walter Prigge herausgegebenen deutschen Band über städtische Intellektuelle. Eine Version davon wurde als Kapitel in *City of quartz* aufgenommen (Davis/Keil 1992). Es war eine wichtige Lektion in Sachen MitautorInnenenschaft für mich und noch dazu eine große Ehre. Ich lernte zudem viel, als ich über Erinnerungen deutscher Expats schrieb, die vor den Nazis nach Los Angeles geflohen waren. Los Angeles blieb mein gemeinsamer thematischer Nenner mit Mike Davis in den 1990er Jahren. Doch unser Gespräch intensivierte sich später, Anfang dieses Jahrhunderts, wieder, als Mike sein prophetisches Werk über pandemische Bedrohungen veröffentlichte: *The monster at our door* (Davis 2005). Als ich ihn anschließend um eine Empfehlung für den Klappentext eines Bandes bat, den ich zusammen mit meinem Freund und Kollegen S. Harris Ali veröffentlichen wollte, kam er dem sofort nach, bat aber darum, den von uns gewählten Arbeitstitel vielleicht noch einmal zu überdenken: *networked death*. Er hatte natürlich recht, und wir haben das Buch schließlich *Networked disease* genannt, um es abzuschwächen. Vom Meister der hyperbolischen Buchtitel bei der Öffentlichkeitsarbeit geschult zu werden, war eine Lektion in Demut, die absolut sinnvoll war. Sein sehr einflussreicher Band *Planet of slums* (Davis 2006) aus derselben Zeit war eine Inspiration für unsere spätere Arbeit über globale Suburbanismen an der York University und darüber hinaus.

Mike Davis war einer der wichtigsten, vielleicht überhaupt *der* führenden Denker der transatlantischen Linken im ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhundert. Ich werde mich persönlich an Mike erinnern wegen seiner intellektuellen Kraft, die er in allem zeigte, was er tat, wegen der Art und Weise, wie er Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbrachte, und wegen seiner Großzügigkeit gegenüber allen, die

Mike Davis: Erinnerungen an einen Giganten der Großzügigkeit

seinen Weg kreuzten. Was verloren ist, ist verloren. Jemand wie Mike kann unmöglich ersetzt werden. Ein gigantischer Verlust für uns alle.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

[1] Dieser Beitrag ist die veränderte Version eines Artikels, der im Januar 2023 in der kanadischen Architekturzeitschrift *Azure* veröffentlicht wurde. Wir danken der Redaktion der Zeitschrift und speziell Stefan Novakovic für die Genehmigung zur teilweisen Wiederveröffentlichung. Das Original kann unter der folgenden Adresse eingesehen werden: <https://www.azuremagazine.com/article/mike-davis-remembering-a-giant-of-generosity-roger-keil/>

Autor_innen

Roger Keil ist Stadt- und Umweltwissenschaftler und forscht zu globaler Suburbanisierung, städtischer politischer Ökologie, Stadt und Infektionskrankheiten und regionaler Governance.
rkeil@yorku.ca

Literatur

- Davis, Mike (1986a): *Sunshine and the open shop: The urbanization of Los Angeles – 1880-1930* [Unveröffentlichtes Manuskript]. London.
- Davis, Mike (1986b): *Phoenix im Sturzflug*. Berlin: Rotbuch.
- Davis, Mike (1990): *City of quartz: Excavating the future in Los Angeles*. London: Verso.
- Davis, Mike (1995): *The case for letting Malibu burn*. In: *Environmental History Review* 19/2, 1-36. <https://doi.org/10.2307/3984830>
- Davis, Mike (2001): *Ford & Darwin in 1920s Los Angeles*, In: Tom Sitton / William Deverell (Hg.), *Metropolis in the making: Los Angeles in the 1920s*. Berkeley: University of California Press, 96-122.
- Davis, Mike (2005): *The monster at our door: The global threat of avian flu*. London: Verso.
- Davis, Mike (2006 [1990]): *Festung L. A.* In: Davis, Mike, *City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*. Berlin: Assoziation A, 257-304.
- Davis, Mike (2006): *Planet of slums*. London: Verso.
- Davis, Mike (2023): *Prologue: Losing California. The political ecology of the megafires*. In: Maria Kaika / Roger Keil / Tait Mandler / Yannis Tzaninis (Hg.), *Turning up the heat. Urban political ecology for a climate emergency*. Manchester: Manchester University Press, xix-xxxii.
- Davis, Mike / Keil, Roger (1992): *Sonnenschein und schwarze Dahlien. Die ideologische Konstruktion von Los Angeles*. In: Walter Prigge (Hg.), *Städtische Intellektuelle: Urbane Milieus im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Fischer, 267-297.
- Davis, Mike / Wiener, Jon (2021): *Set the night on Fire: L. A. in the sixties*. London: Verso.
- Keil, Roger (1993): *Weltstadt – Stadt der Welt: Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Keil, Roger (2019): *Introduction. Don Parson: From urban idealism to reaction – five essays*. In: Roger Keil / Judy Branfman (Hg.), *Public Los Angeles: A private city's activist futures*. Athens: University of Georgia Press, 21-23.

Roger Keil

- Keil, Roger / Ute Lehrer (1999): Introduction: Mike Davis' Los Angeles: Introduction to the ecology of character assassination. In: *Capitalism, Nature, Socialism* 10/3, 37-40.
- Nittve, Lars / Grenzien, Helle (Hg.) (1997): *Sunshine & noir: Art in L. A., 1960-1997* [Katalog]. Wolfsburg: Kunstmuseum Wolfsburg.

„Es wäre ein verlegerisches Verbrechen, Mikes Bücher nicht zu übersetzen und herauszugeben.“

Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“
 (2006 [1990])

Rainer Wendling, Stefan Höhne, Boris Michel

Dass Mike Davis schon seit den 1990er-Jahren auch hierzulande kein Unbekannter ist, verdankt sich nicht zuletzt engagierter Verlagsarbeit. Insbesondere der Verlag Assoziation A hat mit der Übersetzung und Veröffentlichung von *City of quartz* (1994) und weiteren Büchern entscheidend dazu beigetragen, dass Davis' Analysen auch in der deutschsprachigen Stadtforschung bis heute diskutiert werden.

Damals firmierte das Verlagshaus noch als Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Berlin/Rote Straße, Göttingen. 2001 bildete man gemeinsam mit dem Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg den Verlag Assoziation A mit Sitz in Berlin und Hamburg. Bis heute beweist der Verlag ein beeindruckendes Gespür für wichtige Themen und Autor*innen im Bereich antiautoritärer und kritischer politischer Literatur.

Wir sprechen mit Rainer Wendling über die Veröffentlichung von *City of quartz*, die Reaktionen darauf sowie den Einfluss von Mike Davis auf stadtpolitische Kämpfe und Analysen in Deutschland.

Wie wurdet ihr damals auf Mike Davis aufmerksam und wie kamt ihr dazu, City of quartz zu übersetzen und herauszugeben?

Der konkrete Anlass waren zweifellos die tagelangen *riots* in Los Angeles 1992, deren tiefer liegende Ursachen Mike Davis in seinem Buch so eindrucksvoll beschrieben hatte. Mike kannten wir bereits als Autor des 1986 bei Rotbuch erschienenen Buches *Phönix im Sturzflug*. Auf *City of quartz*

stießen wir durch unsere damaligen Göttinger Verlagskolleg*innen. Nachdem wir uns das Buch genauer angeschaut hatten, fiel die Entscheidung, es unbedingt auf Deutsch herausgeben zu wollen, nicht schwer. Um das deutschsprachige Copyright mussten wir dann aber doch noch etwas kämpfen, weil ein großer deutscher Verlag plötzlich auch sein Interesse bekundete.

Wie passte das Buch in die linken Diskussionen und das politische Klima der 1990er-Jahre?

Das Erscheinen von *City of quartz* fiel in den Kontext zahlreicher schmerzhafter Niederlagen im Kampf um Wohn- und Stadtraum, der ja immer auch ein Kampf um Freiräume zur Erprobung neuer Lebensformen jenseits kapitalistischer Verwertungsinteressen ist. Gerade für Berlin war es zugleich eine Zeit der sich bereits abzeichnenden tiefgreifenden stadträumlichen Veränderungen sowie der Hoffnung auf neue soziale Kämpfe in der Stadt. Der Fall der Mauer und die Entscheidung, Berlin wieder zur Hauptstadt dieses neuen Deutschlands zu machen, ließen bereits damals erahnen, wie tief sich die anstehenden Kapitalisierungsprozesse ins sozialräumliche Gewebe der Stadt fressen würden – auch, wenn eine Zeit lang mit der (temporären) Aneignung einer Vielzahl von Räumen im Ostteil der Stadt „alles“ möglich zu sein schien.

Nachdem der Höhepunkt der Häuserbewegung in Westberlin jedoch lange überschritten und auch das Ende der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen 1988 vollzogen war, kam im November 1990 mit der Räumung der Mainzer Straße nun auch die Hausbesetzer*innenbewegung in Ostberlin an ein Ende. All dies weckte das Bedürfnis, sich dem forcierten sozialräumlichen Angriff jenseits der konkret zu führenden Kämpfe um Stadt und Raum auch wieder mit einem erweiterten analytischen Handwerkszeug zu nähern.

Zwar gab es bereits seit Ende der 1960er-Jahre Stadtteilgruppen und Stadtteilläden, die versucht hatten, sich theoretisch und praktisch mit den verschiedenen Communities zu verbinden – insbesondere in den migrantisch geprägten Vierteln. Darüber hinausgehende analytische Debatten konnten dort jedoch nur selten geführt werden, auch wenn sie interessiert zur Kenntnis genommen wurden. In den frühen 1990er-Jahren bildeten sich in Berlin erste stadtpolitische Gruppen, die auch einen geschärften analytischen Blick auf die zu erwartenden Veränderungen

„Es wäre ein verlegerisches Verbrechen...“

des städtischen sozialen Raums werfen wollten. Das Buch war zumindest dazu geeignet, den Debatten neue Impulse zu verleihen.

Aus Großbritannien schwappte damals „Reclaim the Streets“ nach Deutschland: ein loser Zusammenhang von eher künstlerischen und eher politischen Aktivist*innen, die aus der Techno-, House- oder Punk- und Hardcoreszene kamen, aber eben auch aus der Hausbesetzer*innen-, autonomen und Street-Art-Szene. Man wollte über klassische Politaktionen hinaus auch mit Partys, Musik- und Kunstevents den immer mehr zur Privatisierung freigegebenen (öffentlichen) Raum verteidigen beziehungsweise zurückgewinnen.

Die „fordistische Stadt“ war nicht nur durch diverse Mieter*innen- und andere Initiativen (in Berlin ab den 1970ern bspw. durch die Bürgerinitiative Westtangente) von unten angegriffen worden, sie entsprach auch nicht mehr unbedingt den sich ändernden kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Diese verlangten nun ein höheres Maß an individueller (Schein-)Autonomie, um sich mit neuen arbeitsorganisatorischen Maßnahmen und Kontrolltechnologien einen tieferen Zugriff auf die Individuen zu verschaffen.

Wie ist City of quartz damals aufgenommen worden?

Dem Buch wurde von Anfang an große Anerkennung gezollt, und zwar sowohl in der linken als auch in der akademisch-bürgerlichen Debatte. Die Rezensionen auch von größeren Zeitungen fielen durchweg positiv bis begeistert aus. Es ist wohl nicht falsch zu behaupten, dass Mike vor der Veröffentlichung hier nur sehr wenigen Leuten bekannt war. Seit *City of quartz* genießt Mike in breiten Kreisen in Deutschland ein sehr hohes Ansehen.

Als linker Theoretiker und Aktivist hat er aber logischerweise immer auch eine gehörige Zahl an Gegner*innen, die ihm oft genug mangelnde „Wissenschaftlichkeit“ vorgeworfen haben. Mike war es immer wichtiger, auf der Seite – um es etwas pathetisch zu sagen – der Unterdrückten und Beleidigten zu stehen, als akademisch-wissenschaftlichen Vorgaben zu entsprechen. In diesem Zusammenhang sagte er einmal: „I’m not a writer’s writer at all, but I am a damn good storyteller.“

Was konnte und kann man von den stadtpolitischen Verwerfungen in Los Angeles, wie Davis sie beispielsweise im Kapitel „Festung L.A.“ eindrucksvoll schildert, für die Situation in Deutschland lernen?

Mike beschreibt in *City of quartz* ja unter anderem die soziale und räumliche Spaltung der Stadt, die sich, wenn auch nicht in so krasser Form wie in L.A., auch in deutschen Städten zeigte. Dies galt gerade für Berlin – man denke nur an Gropiusstadt, das Märkische Viertel, Hellersdorf oder Marzahn.

Ab Ende der 1990er-Jahre gingen auch in Deutschland die Städte bei allen erdenklichen öffentlichen Grundversorgungsleistungen vermehrt Public-private-Partnerships ein oder privatisierten sie gleich ganz, wie Berlin ab 2001 unter dem damaligen SPD/PDS-Senat. Nahezu das ganze sogenannte Tafelsilber in Form von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, städtischen Elektrizitäts- oder Wasserwerken wurde damals verkauft. Auch den Wohnungsmarkt gab man fast komplett für die Privatisierung frei, also auch für Hedgefonds und andere Beteiligungsgesellschaften.

Der soziale Angriff der Kapitaleseite wurde hierzulande jedoch nicht primär durch die Absonderung privater Wohnviertel beziehungsweise von Gated Communities mittels Zäunen, Zugangssperren oder Sicherheitsfirmen in die Innenstädte und Wohnviertel getragen, wie anfangs noch vermutet. Sie wirkte und wirkt eher durch die weniger sichtbaren Grenzen sozialer Differenzierung in Form von Gentrifizierung. Dabei befördert sie die Vertreibung der alteingesessenen Bewohner*innen, die sich die hohen Mieten nicht mehr leisten können, den vermehrten Aus- und Neubau zu Luxuswohnungen und so weiter. Das ist ja alles gut bekannt und hat tiefgreifende Folgen für die soziale Zusammensetzung der Kieze. Die in den 1990er-Jahren einsetzenden und durch den Umzug der Regierungseinrichtungen von Bonn nach Berlin sich extrem beschleunigenden Gentrifizierungsprozesse trieben und treiben die Entwicklung sozialräumlicher Trennungen noch einmal extrem voran. Insofern lassen sich Parallelen oder gar Analogien erkennen.

Gegen diese Entwicklungen richtet sich bis heute der Kampf zahlreicher Initiativen wie „Recht auf Stadt“ und „Reclaim Your City“ oder die Bündnisse gegen Zwangsräumungen. Die Versuche, mittels Wohnungs- und Hausbesetzungen wieder in die Offensive zu kommen, sind jedoch durch die in der Regel gewaltsamen polizeilichen Räumungen fast immer gescheitert. Allerdings konnten durch den ideenreichen Widerstand

„Es wäre ein verlegerisches Verbrechen...“

vieler beteiligter Gruppen mit Kampagnen wie „NOlympia Berlin“ in den 1990ern und „NOlympia Hamburg“ Mitte der 2010er oder „Google Campus verhindern!“ Ende der 2010er-Jahre wichtige Auseinandersetzungen in fast schon triumphaler Weise gewonnen werden, bei denen es nicht zuletzt auch um die Umgestaltung des städtischen Raums von oben ging. *Wie kam es zur Entscheidung, weitere Bücher von Davis zu übersetzen, wie den Sammelband Casino Zombies (1999) oder zuletzt Eine Geschichte der Autobombe und Planet der Slums (beide 2007)?*

Keine Entscheidung leichter als diese. Bücher wie *Die Geburt der Dritten Welt* oder *Planet der Slums* werfen neue und grundlegende Blicke auf Ursachen und Verlauf historischer kapitalistischer Entwicklungen. Und sie sind dermaßen fantastisch geschrieben, dass es geradezu ein verlegerisches Verbrechen wäre, Mikes Bücher nicht zu übersetzen und herauszugeben.

Im Nachhinein lässt sich sagen, dass wir mit *City of quartz* den Grundstein für ein nach wie vor sehr wichtiges Themenfeld des Verlags legten, das wir bis heute mit einer Vielzahl weiterer Bücher beackern. Dazu zählen zum Beispiel *Bitte Leb. Urbane Kunst und Subkultur in Berlin 2003–2021*, *Rebellisches Berlin. Expeditionen in die untergründige Stadt*, *Gefährliche Orte. Unterwegs in Kreuzberg*, *Technopolis. Urbane Kämpfe in*

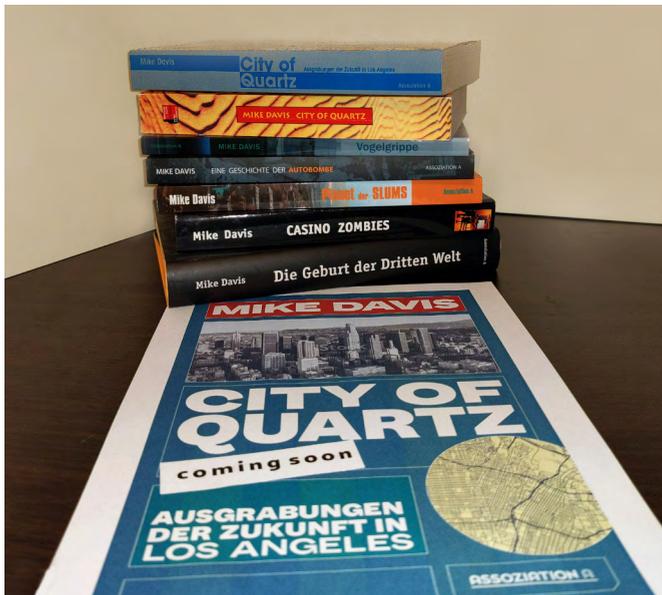


Abb. 1 Alle Bücher von Mike Davis aus dem Verlag Assoziation A seit 1994 – sowie das Cover der Neuauflage von *City of quartz*, die im Sommer 2023 erscheint (Foto: Rainer Wendling).

der San Francisco Bay Area, Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel, um nur einige zu nennen.

In eurem Nachruf schreibt ihr: „Mike Davis’ Loyalität galt den Ideen, denen er zeitlebens treu blieb.“ [1] Was für Ideen habt ihr da im Blick und welche davon sind heute noch besonders relevant?

Mike hat in allen seinen Schriften den Blick von unten gewahrt und ohne Wenn und Aber aus der Perspektive derjenigen geschrieben, die am meisten und härtesten unter der ungebändigten kapitalistischen Zerstörungswut zu leiden haben. In keiner Weise hat er einem akademisch-intellektuellen Gestus gehuldigt, der oft genug im Selbstreferenziellen verharret, oder nur den geringsten Wert auf unkritische universitäre Diskurse gelegt.

Er kämpfte sein Leben lang an der Seite der Unterdrückten und hat die Hoffnung auf eine grundlegende Veränderung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nie aufgegeben. Passend dazu seine kurz vor seinem Tod geäußerte, halb scherzhafte Sequenz: „Wenn ich irgendetwas bedauere, dann ist es, dass ich nicht im Kampf sterbe oder auf einer Barrikade, wie ich es mir immer romantisch erträumte.“

Das Gespräch führten Stefan Höhne und Boris Michel für die Redaktion von *sub\urban*. Mehr zur Geschichte und zum Verlagsprogramm von Assoziation A findet sich hier: <http://www.assoziatiion-a.de>

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

[1] Siehe <http://culturmag.de/crimemag/rest-in-power-mike-ein-nachruf-auf-mike-davis/145833>.

Autor_innen

Rainer Wendling ist Verleger und Publizist. Gemeinsam mit Theo Bruns leitet er den Verlag Assoziation A (Berlin/Hamburg).
berlin@assoziatiion-a.de

Stefan Höhne ist Kulturwissenschaftler, Historiker und Teil der Redaktion von *sub\urban*.
stefan.hoehne@metropolitanstudies.de

Boris Michel ist Geograph und Teil der Redaktion von *sub\urban*.
boris.michel@geo.uni-halle.de

Zwischen radikaler Stadt- analyse, Aktivismus und kultureller Intervention

Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“
(2006 [1990])

Stephan Lanz

Debatte zu:
 Mike Davis' „Festung
 L.A.“ (2006 [1990])

Kommentare von:
 Sina Brückner-Amin,
 Stefan Höhne,
 Roger Keil,
 Stephan Lanz,
 Boris Michel,
 Katja Schwaller,
 Rainer Wendling

Es waren nicht die stadtwissenschaftlichen Disziplinen, die Mike Davis' Buch *City of quartz – Excavating the future of Los Angeles* in die deutschsprachige Debatte einführten. Vielmehr kommt dieses Verdienst zwei Verlagen aus der linken Szene zu. Zunächst erschien 1994 in der noch neuen, von der Edition ID-Archiv herausgegebenen Zeitschrift *Die Beute – Politik und Verbrechen* der Aufsatz „Urban Control. Jenseits von Blade Runner“ (Davis 1994b). In Reaktion auf die durch rassistische Polizeigewalt ausgelösten Rodney-King-riots 1992 entwickelte Davis darin das Kapitel „Festung L. A.“ aus dem zwei Jahre zuvor publizierten *City of quartz* weiter. Die deutsche Übersetzung des Buches, das Edward Soja später als eine der fünf wichtigsten Monografien der Urban Studies bewertete (vgl. Eckardt 2017: 200), erschien ebenfalls 1994 im Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße aus Berlin und Göttingen (Wendling et al. 2023). Beide Verlage verstanden sich als Publikationsorgane der unorthodoxen Linken: Letzterer verortete sich in „der Tradition der Protestbewegungen, die ihren Ursprung in der antiautoritären Revolte des Jahres 1968 haben“ (Assoziation A o. J.). Das ID-Archiv war entstanden mit dem Ziel einer „differenzierte[n] Reflexion militanter Politik“ wie etwa den „Kämpfen um die besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße“ (nadir.org 1998).

1. Kritische Stadtforschung jenseits der akademischen Institutionen

Diese Platzierung und die spätere Rezeption von *City of quartz* erklären sich nicht zuletzt daraus, dass Mike Davis seine Distanz zum

Wissenschaftsbetrieb und zum akademischen Publizieren nie verhehlte. Sein Buch ist keine klassische akademische Publikation etwa im Sinne einer mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführten *case study* zu Los Angeles. Eher versammelt es die Beobachtungen und Erfahrungen eines Menschen, der zugleich marxistischer Historiker, sozialistischer Bürgerrechts- und Gewerkschaftsaktivist sowie engagierter Intellektueller ist, der etwa versuchte, zwischen Los Angeles' mörderisch verfeindeten Jugendgangs zu vermitteln.

Die Beute war mit dem Ziel angetreten, Beiträge von Aktivist:innen und Intellektuellen zusammenzubringen sowie die vorherrschende „Kommunikationslosigkeit zwischen politischer und künstlerischer Opposition“ aufzuheben, wie es ihr Redaktionskollektiv im ersten Klappentext dieser „Zeitschrift für radikale linke Kritik“ (*Die Beute*, Nr. 1: Umschlag) formulierte. Und Davis' unorthodoxes Zusammenschalten politökonomischer mit räumlich-materiellen Analysen, von Untersuchungen urbaner Diskurse mit jenen kultureller und sozialer Praktiken lieferte genug Stoff, um traditionelle Horizonte eines linken Aktivismus und Intellektualismus in Richtung künstlerischer Opposition zu erweitern. *City of quartz* wirkte so als Initialzündung für das Entstehen einer kollaborativen, die Kommunikationslosigkeit zwischen einer politischen, kulturellen und akademischen Linken überwindenden Praxis radikaler Kritik an den sich zuspitzenden sozialen und politischen Realitäten in hiesigen Großstädten (vgl. dazu Diedrichsen 1998). Hier offenbarten sich in den 1990er Jahren die destruktiven Effekte etwa des globalisierten Standortwettbewerbs, der Umrüstung der Zentren zu bürgerlichen Konsumzonen, der Gentrifizierung der oft migrantischen Arbeiter:innenviertel sowie der sich soziokulturell fragmentierenden Stadtgesellschaft. Die von Davis für Los Angeles beschriebenen Prozesse der Zersplitterung urbaner Räume nach Klassen und Herkunft, der Abschottung von Wohlhabenden, der Diskurse innerer Sicherheit und vor allem der Ausgrenzung und Kriminalisierung der dadurch Marginalisierten ließen sich auch in deutschen Städten beobachten.

In dem für die Wirkung des Buches zentralen Kapitel „Festung L. A.“ entfaltete Davis die Effekte derartiger Entwicklungen auf das Regieren, Polizieren und Administrieren der Stadt ebenso wie auf die materielle Ausgestaltung ihrer Räume. Auf den Punkt brachte er sie mit dem Satz „Wir leben in ‚Festungsstädten‘, die brutal gespalten sind in ‚befestigte Zellen‘ der Wohlstandsgesellschaft und ‚Orte des Schreckens‘, wo die

Polizei die kriminalisierten Armen bekämpft.“ (Davis 1994a: 260) Diese für Davis typische apokalyptische Zuspitzung der urbanen Realität verwob er eher assoziativ als analytisch mit weltbekannten *Made-in-Hollywood*-Dystopien à la *Escape from New York*, *Blade Runner* oder *Die Hard*. Auch die Masse an kaum vorstellbaren Details und begrifflichen Zuspitzungen – wie „sadistische Straßenumwelten“ eines „low intensity warfare“ (ebd.: 269) gegen Obdachlose – generierten einen zum Weiterlesen verführenden Sog, der so manches Mal eher überwältigte als durch systematische Analyse überzeugte. Das Kapitel dokumentiert Los Angeles' Transformation in eine Festungsstadt mit einer zur Konzernzitadelle mutierten Downtown. Der öffentliche Raum sei dort abgeschafft, so Davis. Die gebaute Umwelt bestehe aus bunkerartigen *Stealth*-Architekturen und panoptischen Malls. Beherrscht werde sie von einem Kontroll- und Repressionskomplex aus privaten Sicherheitsdiensten und einer militarisierten „Raumpolizei“, der sogar Motels als „Hilfsgefängnisse für internierte Ausländer“ (ebd.: 294) missbrauche.

Zwar ließen sich gerade die dramatischsten Teile des Kapitels kaum auf deutsche Städte übertragen, gleichwohl zeigte der Text eine mit hiesigen Mustern übereinstimmende Tendenz auf. Diese fasste Davis in dem Argument zusammen, wonach

„das alte liberale Paradigma der sozialen Kontrolle, das eine Balance zwischen Repression und Reform zu halten versuchte, [...] schon lange einer Rhetorik des sozialen Krieges gewichen [ist], in der die Interessen der städtischen Armen und die der Mittelschichten als Nullsummenspiel gegeneinander aufgerechnet werden“

(ebd.: 260)

Zur damit einhergehenden „umfassenden Sicherheitsmobilisierung“ (ebd.), so argumentierte Davis, „fällt der zeitgenössischen Stadttheorie [...] nichts ein“ (ebd.: 259). Für die damalige Stadtforschung in Deutschland traf dies ebenso zu.

Im Abgleich mit vergleichbaren Tendenzen in deutschen Städten wirkte die politische Rezeption von *City of quartz* und „Urban control“ gleichsam als Keimzelle für zunächst lose Zusammenkünfte aktivistischer, künstlerischer und stadterforschender Initiativen in Frankfurt am Main und Berlin. Aus ihnen ging schließlich die politische Kampagne „Innen!Stadt!Aktion! gegen Ausgrenzung, Privatisierung und

Sicherheitswahn“ hervor. Sie kulminierte 1997 und 1998 in zwei einwöchigen Aktionstagen in fast 20 deutschen, österreichischen und schweizerischen Städten. Zu ihrer Organisation hatte sich ein breites Bündnis aus Antifa- und Antirassismus-Gruppen, aus der feministischen und politischen Kunst- und Kulturszene, aus der kritischen Architekturszene, aus stadt- und sozialtheoretischen Zusammenhängen, von Wagenplätzen und aus Obdachloseninitiativen gebildet. Die Innen!Stadt!Aktion! umfasste temporäre Besetzungen öffentlicher Räume und widerrechtliche Aneignungen privatisierter urbaner Zonen (wie Bahnhöfe oder Plätze), Protestperformances gegen Sicherheitsdienste und „sadistische Straßenumwelten“ (Davis 1994a: 269) oder Demonstrationzüge, etwa unter dem Motto „Eure Armut kotzt uns an“. Produziert wurden auch Zeitungsbeilagen, welche die Kampagne theoretisch und politisch einrahmten, sowie sogenannte A-Clips, anderthalbminütige, in die Werbeblöcke von Kinos eingeschmuggelte Kurzfilme. Das Ziel der Kampagne war laut zwei ihrer Organisator:innen nicht zuletzt,

„einen Diskurs zu etablieren. Auch in der linken Szene sind die Zusammenhänge zwischen einem aggressiven Neoliberalismus, der Politik der Inneren Sicherheit bzw. Ausgrenzung und der Stadtentwicklung häufig unterbelichtet. Es werden immer nur Einzelpunkte angegriffen [...] Kaum gesehen wird hingegen, daß es sich um ein Politikmodell handelt, das die gesamte Gesellschaft umfaßt.“

(zitiert in: Landgraf/Kunze 1998. Vgl. zur kunsthistorischen Einordnung der Innen!Stadt!Aktion! Grothe 2005)

2. Amerikanische Verhältnisse oder Modell Deutschland?

Aus der Innen!Stadt!Aktion! entstanden weitere Zusammenschlüsse und Interventionen, die in den Kunstbetrieb und in die Stadtforschung hineinwirkten. So zeigte die Berliner „Neue Gesellschaft für bildende Kunst“ (NGbK) 1998 die Ausstellung *baustop.randstadt.*, die ihre Themen und Kritik am Beispiel von Berlin in künstlerische Positionen übersetzte (vgl. AG *baustop.randstadt.*- 1999). Das 1999 von Klaus Ronneberger, Walther Jahn und mir als Autorenkollektiv *spacelab* publizierte Buch *Die Stadt als Beute* stellte hingegen den Versuch dar, die in der deutschen Stadtforschung bis dahin ignorierten Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung und einer autoritären Politik der Inneren Sicherheit zu

analysieren. Bereits der Klappentext des Buches verwies auf die inhaltliche Nähe zu Davis' „Festung L. A.“:

„Die Städte wandeln sich von Produktionsstandorten zu Konsumlandschaften. Doch zwischen Freizeitparks und Shopping Malls entstehen auch Wohlstandsensklaven und Armutinseln. Gleichzeitig beschwören Medien und Politik den Verfall der städtischen Kultur durch Verwahrlosung und Kriminalität. Die neuen Schlagworte heißen ‚Null Toleranz‘ und ‚Kriminalprävention‘. Werden die sozialen Brüche der neuen Dienstleistungsstadt mit einer Politik der ‚Inneren Sicherheit‘ bearbeitet?“

(Ronneberger et al. 1999: Umschlag)

Ähnlich wie *City of quartz* entstand *Die Stadt als Beute* außerhalb der Universitäten und ohne Ressourcen und Methoden empirischer Forschung. Die wissenschaftliche Rezeption markierte das Buch teilweise eher abfällig als „an der Grenze zum Populärwissenschaftlichen angesiedelte“, mehr skandalisierende als erklärende Kombination aus Analyse und „politischer Stellungnahme“ (Belina 2000b: 76 f.). Dieser Stil war jedoch keiner Laxheit geschuldet, sondern der primären Absicht einer Intervention in den politischen Stadtdiskurs. Und er war sicherlich inspiriert vom faszinierenden Flow von Davis' Texten.

Inhaltlich spiegelten die Kapitel „Law and Order in den Städten“ und „Auf dem Weg zur neu feudalen Stadt“ die Themen von „Festung L. A.“ wider. Sie zeigten auch für Deutschland eine „revanchistische Politik“ (Smith 1996, zitiert nach Ronneberger et al. 1999: 200), mittels derer das urbane Bürgertum die verloren geglaubte Kontrolle und sozialkulturelle Hegemonie über die Innenstädte wiederzuerlangen suchte. Dabei erkannten wir neuartige Sicherheitsgemeinschaften und „Kontrollszenerarien“, um „die Hierarchisierung und Fragmentierung des sozialen Raums territorial zu fixieren und segregierte Zonen abzusichern, die sich jeweils durch eine spezifische soziale Homogenität auszeichnen sollten“ (ebd.: 198): Private Sicherheitsdienste und kommunale Gefahrenabwehrverordnungen schirmten abgeschlossene „Archipele wie Bürotürme oder Malls“ präventiv von der „feindlichen Außenwelt“ ab (ebd.: 201). In „umkämpften Territorien“ (ebd.) wie innerstädtischen Einkaufszonen oder Bahnhöfen etablierte sich eine repressive Praxis der Verdrängung unerwünschter Milieus. In segregierten Wohngebieten entstanden Präventionsräte, *community policing* oder

neighbourhood watches, um soziale Kontrolle und Abwehrbereitschaft zu signalisieren. Schließlich vermehrten sich Ausschließungsräume für die „Klasse der Entbehrlichen“ wie geschlossene Heime oder Unterkünfte für Asylsuchende (ebd.: 201 f.). Im Kapitel „This is not America: Modell Deutschland“ argumentierten wir zugleich, dass sich die von Davis beschriebenen amerikanischen Verhältnisse keineswegs 1:1 auf hiesige Städte übertragen ließen. Gegen den „sozialen Krieg“ und die „umfassende Sicherheitsmobilisierung“, die Davis (1994a: 260) in L. A. vorfand, richteten sich hierzulande ein trotz seiner neoliberalen Aushöhlung noch existierender Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Dazu gehörten etwa ein dichtes „Wohlfahrts- und Fürsorgesystem“, neue sozialdemokratische Strategien wie das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt oder eine politische Milieus übergreifende Verteidigung öffentlicher Räume (ebd.: 204 ff.).

3. Verzweigungen zwischen Theorie, Politik und Kultur

Schon Ende der 1990er Jahre konnten im Umfeld der Innen!Stadt!Aktion! entstandene Studien in sozialwissenschaftlichen Publikationsorganen platziert werden (u. a. Eick et al. 1998, Ronneberger/Lanz 1999, Eick 1998, Sambale/Veith 1998). Wenig später entstanden in der deutschen Stadtsoziologie und -geographie eine Reihe weiterer Arbeiten, die bis dahin ignorierte Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung und einer Politik der Inneren Sicherheit nun auch in der akademischen Welt bearbeiteten (u. a. Belina 1999, 2000a; Wehrheim 2002; Eick et al. 2007; Glasze/Pütz/Rolfes 2015).

Interessanterweise zeitigte die diskursive Intervention von *Die Stadt als Beute* ihre größten Effekte allerdings in der kritischen Jugend- und Sozialarbeit – wir tingelten mit dem Buch geradezu durch deren Zentren – sowie im Feld der Kunst- und Kulturproduktion. Zunächst inszenierte René Pollesch im Jahr 2002 *Stadt als Beute* als postdramatisches Diskurstheaterstück an der Berliner Volksbühne, wobei er Sprache und zentrale Thesen des Buches in fragmentartige Dialoge übersetzte:

„A: Ich geh da draussen nur durch Stadtmanagement spazieren, durch Null-Toleranz-Politik. B: Aber die Scheisse hier ist nicht Manhattan und ich bin kein Amerikaner [...] P: Aber Giulianis Null-Toleranz-Politik wird auf deinen Organismus angewendet. B: Mist! P: In dieser Beute. F: Mit bleihaltiger Machttechnologie. F: Und der sogenannte Krieg gegen die Drogen oder das Vorgehen

gegenüber Nichtsesshaften ist nur ein Krieg gegen den ärmeren Teil der Bevölkerung“

(Pollesch 2002a: 8)

Miriam Dehne, Esther Gronenborn und Irene von Alberti (2005) transformierten das Stück 2005 wiederum in einen Episodenfilm. Darin probt der sich selbst spielende René Pollesch *Stadt als Beute* mit Schauspieler:innen, die sich währenddessen etwa am Potsdamer Platz in der sozialen Realität des „neuen Berlin“ verlieren.

Die Kooperation mit der Volksbühne dehnte nicht nur die Echokammer des Diskurses um Stadt und Innere Sicherheit aus, sondern eröffnete auch eine Erweiterung der auf Davis zurückgehenden Problematisierungen in zwei Richtungen: Zum einen förderte sie eine kritische (Selbst-)Reflexion des Ansatzes, der *Stadt als Beute* zugrunde lag: „Gerade was die Frage der handelnden Subjekte anbetraf, trat sich bei uns ein großes ‚Loch‘ auf. Zum anderen empfanden wir den Blick auf den städtischen Raum als zu eingeschränkt. Bestimmte Bereiche des urbanen Lebens – wie etwa die Alltagspraktiken der ‚Normalklassen‘ – fanden in den Analysen zu wenig Berücksichtigung“ (spacelab 2000: 5). In ihrer auf *City of quartz* referierenden Rezension „Amerika ist doch anderswo“ verwies die zum Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Die Beute* gehörende Christiane Müller-Lobeck (2001: 14) darauf, dass die deutsche Lesart von Mike Davis zwei „folgeschwere Fehlinterpretationen“ beinhaltete: Zum einen die angesichts der Zähigkeit des hiesigen Sozialstaats oder der sehr anderen sozialräumlichen Segregationsstrukturen falsche Annahme, Davis' Befunde könnten schlicht auf deutsche Städte übertragen werden. Zum anderen argumentierte sie nicht zu Unrecht:

„Davis prognostizierte zwar einerseits eine düstere Zukunft, betonte aber andererseits immer die Bedeutung der handelnden Subjekte im städtischen Raum. Von dieser widersprüchlichen Darstellung war in ‚Die Stadt als Beute‘ nur mehr die apokalyptische Zukunftsvision von der staatlich total kontrollierten Stadt erhalten geblieben.“

(ebd.)

Diese Rezension erschien, als der infolge ähnlicher Kritiken für die Zeitschrift *Widersprüche* (Heft 78, 2000) gestaltete Themenschwerpunkt *Fragmente städtischen Alltags* bereits publiziert war. Darin suchte spacelab (2000) basierend auf Henri Lefebvres Kritik des Alltagslebens nach

Zusammenhängen zwischen Ökonomie und Lebenspraxis. Demnach ist Alltag „zwar wesentlich von den ökonomisch-technologischen Vorgaben geprägt, dennoch geht die soziale Praxis der Kollektive nicht völlig in der Systemlogik auf: Zurück bleibt immer ein nicht domestizierbarer Rest“ (ebd.: 6). Diesem nicht domestizierbaren Rest spürten wir nun mit qualitativen Forschungen nach, etwa zu Strategien der Alltagsbewältigung von prekarierten Milieus in Frankfurt am Main (Bareis/Böhnisch 2000) oder in suburbanen „Refugien der Sicherheit“ (Jahn et al. 2000), in die sich frühere Kreuzberger:innen aus der Alternativszene zurückgezogen hatten. Auch der Essay „Das Insourcing des Zuhause“ von Brigitta Kuster und Renate Lorenz (2000), der die mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse progressiven Momente von Boardinghäusern in Berlins sogenannter Neuer Mitte am Potsdamer Platz erkennt und zugleich ihre Funktion für die flexible Arbeitswelt einer neoliberalisierten Ökonomie untersucht, enthält der Band. René Pollesch adaptierte auch diesen Essay für ein Theaterstück desselben Namens (Pollesch 2002b).

Die Kooperation mit der Volksbühne eröffnete die Option, diesen Zusammenhängen nicht nur akademisch oder in Texten, sondern auch in einer Serie von Bühnenperformances nachzuspüren, die unter dem Titel „Die Falsches Leben“-Show aufgeführt wurden. Das dafür gegründete Produktionskollektiv „AnbauNeueMitte group“ (2002) bestand überwiegend aus Aktivist:innen der Innen!Stadt!Aktion. Hier ging es nun wesentlich um den Versuch eines Perspektivwechsels von einer Beobachter:innenperspektive Außenstehender hin zur Frage Beteiligter nach ihren eigenen Verstrickungen in die kritisierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse (vgl. Pollesch 2005). Die Shows zu Themen wie dem Aufwachsen in Suburbia, dem Malochen in einer kulturalisierten Ökonomie oder zu einer Freizeit zwischen Wellness und nachhaltigem Reisen sollten erkunden, „wie wir selbst als kritische KulturproduzentInnen diesen Neue-Mitte-Alltag und die neuen Arbeitsverhältnisse mitproduzieren, wie der Neue-Mitte-Diskurs bereits durch unsere Körper, durch unser Begehren hindurch geht und sie mit hervorbringt“ (AnbauNeueMitte group 2002: 107).

Mit Diedrich Diedrichsen lässt sich folgendes Fazit dieser wesentlich auf *City of quartz* zurückgehenden Verzweigungen und Überlappungen zwischen Theorie, Politik und Kultur ziehen:

„Die Rezeption kritischen Urbanismus der Mike-Davis-Richtung, gendertheoretischen Feminismus der Butler-Schule und schließlich

Theorien zur Ökonomie der Erlebnis- und Dienstleistungsgesellschaft, insbesondere französischer und italienischer Provenienz, haben in Deutschland während der 90er eine ziemlich dichte und vom Feuilleton wenig beachtete (Underground-)Theoriekultur hervorgebracht, die diese Ansätze vor allem auch aktivistisch denken will und an ein eigenes politisches Handeln anschließen.“

(Diedrichsen 2002: 15 f.)

4. Postkoloniale Erweiterungen

Die Erschließung eines letzten neuen Horizonts aus dieser Gemengelage ermöglichte ebenfalls eine Kollaboration mit der Volksbühne. Diesmal war es ein Bühnenbild, aus dem ein mehrjähriges, von der Kulturstiftung des Bundes finanziertes Stadterkundungsprojekt hervorging. „Neustadt“ nannte Bert Neumann seine Überbauung der Theaterbühne im Jahr 2002 mit einer Ansammlung favelaartiger Hütten, die er als „Raum, in dem Dinge stattfinden können“ verstand (zitiert in: Flor et al. 2003). Raum bot die Überbauung unter anderem für das von den zwei Teams – „tulip house“ (Hannah Hurzig und Anselm Franke) und „metroZones“ (Jochen Becker und Stephan Lanz) – kuratierte vierjährige Forschungs- und Kulturvorhaben „Ersatzstadt“, das nicht zuletzt die Buchreihe metroZones hervorbrachte. Im Grunde zielte metroZones mit der gleichnamigen Buchreihe und dem Projekt Ersatzstadt darauf, bisherige Erkundungen urbaner Herrschaftsverhältnisse auf Städte des Globalen Südens auszuweiten und damit den westzentrischen Blick der nordamerikanischen oder europäischen Stadtanalyse auf die postkoloniale Verfasstheit der urbanen Welt zu weiten. Zwischen abgeschotteten Wohlstandsenklaven und oft irregulär errichteten Selbstbausiedlungen, wo „die Polizei die kriminalisierten Armen bekämpft“ (Davis 1994a: 260), lag der Fokus zugleich auf postkolonialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie auf lokalen Kämpfen der Marginalisierten um das ihnen vorenthaltene Recht auf Stadt.

Dieser Move reagierte nicht zuletzt auf die in der deutschen Stadtanalyse zur Jahrtausendwende dominierenden Diskurse über eine vermeintliche globale Vorbildfunktion einer normativ konstruierten „Europäischen Stadt“. Diese, so das dabei vorherrschende Narrativ, habe nicht nur Wohlstand für alle geschaffen, sondern sei auch dem Ideal der Toleranz und des Kosmopolitismus verbunden. Als Kontrastbilder

einer derart idealisierten Europäischen Stadt galten nicht nur US-amerikanische Festungsstädte à la L. A., sondern auch die als Orte von Massenarmut, Gewaltkonflikten und Umweltverpestung markierten sogenannten Megastädte des Globalen Südens. Historische und gegenwärtige Verbindungen zwischen diesen Urbanisierungsmodellen wurden dabei konsequent ausgeblendet.

Ersatzstadt ging dagegen von der These aus, dass eklatante soziale Ungleichheiten oder Gewaltstrukturen, die viele Städte des globalen Südens prägen, in globale Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden sind. Diese resultieren zum einen aus den Langzeiteffekten der jahrhundertelangen Kolonialregime. Zum anderen reproduzieren und transformieren sie sich im Rahmen einer von politischen Institutionen forcierten Globalisierung sowohl der regulären Konzern- als auch der irregulären Schattenökonomien. Urbane Strukturen und Prozesse im Globalen Süden, so der Ausgangspunkt von Ersatzstadt, können daher nicht getrennt von jenen des Nordens analysiert werden (Lanz 2001).

Basierend auf dieser postkolonialen Positionierung untersuchte Ersatzstadt in Metropolen wie Rio de Janeiro, Buenos Aires, Istanbul, Kabul oder Teheran jene „friction zones“, in denen „staatliche, para-staatliche und zivile Organisationsmuster ineinander greifen“ (ebd.: 23). Politische oder religiöse Ideologien und soziale Klassen treffen dort konflikthaft aufeinander, strukturelle Gewaltformen des Weltmarkts prallen auf vielfältige und teils militante Behauptungskämpfe marginalisierter Gruppen. Mike Davis' Analyse von Los Angeles als einer sozial-räumlich zersplitterten Festungsstadt weist dabei große Ähnlichkeiten zu den aus Ersatzstadt resultierenden Beobachtungen der ersten metro-Zones-Bände (v.a. Becker/Lanz 2001) auf: Denn auch auf globaler Ebene, so deren zentrale Erkenntnis, transformiert die neoliberale urbane Gewaltordnung die Städte in Archipele aus voneinander abgeschotteten Inseln. Diese territorialen Zonen der Zitadellen, Gated Communities, Favelas oder Lager definieren je eigene Rechte, Pflichten, Regeln und Zugehörigkeitsmuster, die darüber bestimmen, wer sich wann sicher fühlen kann.

Als zentraler Fokus von Ersatzstadt und metroZones etablierte sich die in *Die Stadt als Beute* noch vernachlässigte Perspektive auf alltägliche Selbstermächtigungsstrategien der Marginalisierten, die Asef Bayat (2012: 67) als das „stille Vordringen des Alltäglichen“, Arjun Appadurai

(2001: 23) als „deep democracy“, Vinay Gidwani (2006: 19) als „subalternen Kosmopolitismus als Politik“ oder James Holston und Teresa Caldeira (2010: 20) als „aufständische Stadtbürgerschaftsbewegung“ bezeichnet haben. Dieser Fokus prägte auch meine ausgehend von Ersatzstadt zwischen 2003 und 2018 unternommenen Forschungen über *Das Regieren der Favela* in Rio de Janeiro (Lanz 2021).

War dieser Blick auf Alltagsstrategien in *City of quartz* bereits enthalten, fehlt er leider in Mike Davis' späterem Buch *Planet der Slums* (2007), in dem auch er seine Analyse auf die globale Welt der Stadt ausweitete, nahezu völlig. Vielmehr unternahm er diese Untersuchung einer sich als Effekt des Neoliberalismus verschärfenden Armut in den urbanen „Slums“ des Globalen Südens aus einer apokalyptischen Außenperspektive. Sichtweisen von lokalen Intellektuellen oder Bewohner:innen, die eher als „atomisierte, apolitische Massen“ (Angotti 2006: 962) gezeichnet wurden, kommen darin kaum vor. Damit fällt das Buch weit hinter die in *City of quartz* enthaltenen Überlegungen zu möglichen Beiträgen der Stadtforschung für eine „oppositionelle Kultur“ (Davis 1994a: 110) zurück.

„Wie Gramsci sicherlich gesagt hätte“, so schrieb Davis dort (ebd.), „kann eine radikale strukturelle Analyse der Stadt (wie sie die L. A. School vertritt) nur dann zur gesellschaftlichen Kraft werden, wenn ihre Sichtweise in einer alternativen Erfahrung verwurzelt ist – in diesem Fall in der riesigen Dritten Welt von Los Angeles.“ Und es seien die Kinder dieser „polyethnischen und vielsprachigen Gesellschaft“, aus denen das L. A. „des nächsten Jahrtausends“ (ebd.) bestehen werde.

5. Epilog

Dass in diesem längst angebrochenen Jahrtausend weder Mike Davis' Analysen der rassistisch strukturierten Festungsstadt der 1990er Jahre noch deren popkulturelle Protagonist:innen des Widerstands dagegen überholt sind, demonstriert ein kürzliches Ereignis auf dem Berliner Alexanderplatz. Diesen stuft die Polizei als kriminalitätsbelasteten Ort ein, wodurch sie seit 1992 im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz festgelegte Sonderbefugnisse wie die „verhaltensabhängige Durchsuchung einer Person“ (Polizei Berlin o. J.; vgl Ronneberger et al. 1999: 156 f.) hat. 2017 wurde zudem direkt auf dem Platz eine Polizeiwache eröffnet. Diese ließ nun die Staatsanwaltschaft im Juni 2022 wegen „des Verdachts der Körperverletzung im Amt, der Verfolgung Unschuldiger,

der Nötigung und der Freiheitsberaubung“ durchsuchen (sueddeutsche.de 2022). Im Januar 2023 gab es dort eine politische

„Aktion gegen rassistische Polizeigewalt: ‚Das war Mord‘-Plakat an Alexwache [...] In einem von den Aktivist*innen auf Twitter verbreiteten Video der Aktion läuft passend dazu der Song ‚Fuck the police‘ von den kalifornischen Gangsta-Rappern NWA. Ein paar Kids, die augenscheinlich zufällig am Alex rumhingen, während das Plakat aufgehängt wurde, freuten sich sichtlich darüber und posierten danach mit dem Poster, während Ice Cube im Video rappt: ‚They have the authority to kill a minority‘.“

(Joswig 2023)

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Stephan Lanz betreibt Stadtforschung bevorzugt an disziplinären und institutionellen Schnittstellen zwischen Wissenschaften, Kultur und Aktivismus.
lanz@europa-uni.de

Literatur

- AG baustop.randstadt.- (1999): # 1 aggressives, nicht-akkumulatives, städtisches Handeln. Herausgegeben von Neue Gesellschaft für Bildende Künste. Berlin: b_books
- Angotti, Tom (2006): Apocalyptic anti-urbanism: Mike Davis and his planet of slums. In: International Journal of Urban and Regional Research 30/4, 961-967.
- AnbauNeueMitte group (2002): Die Falsches Leben-Show. In: Bettina Masuch (Hg.), Wohnfront 2001-2002. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Berlin: Alexander, 105-130.
- Appadurai, Arjun (2001): Deep democracy. Urban governmentality and the horizon of politics. In: Environment & Urbanization 13/2, 23-44.
- Assoziation A (o. J.): Wir sind. In: buchkoop konterbande. <https://buchkoop.de/wir-sind/> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Bareis, Ellen / Böhnisch, Tomke (2000): Zwei Frankfurter Stadtviertel: Ressource oder Falle – Geschichten über soziale Ausschließungsprozesse und deren alltägliche Bewältigung. In: Widersprüche 20/78, 57-68.
- Bayat, Asef (2012): Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Berlin: Assoziation A.
- Becker, Jochen / Lanz, Stephan (Hg.) (2001): Space // Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben. metrozones 1. Berlin: b_books.
- Belina, Bernd (1999): „Kriminelle Räume“ – zur Produktion räumlicher Ideologien. In: Geographica Helvetica 54/1, 59-66.
- Belina, Bernd (2000a): „Kriminalität“ und „Raum“. Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raums. In: Kriminologisches Journal 32/2, 129-147.
- Belina, Bernd (2000b): Rezension zu „Die Stadt als Beute“. In: geographische revue 1/1, 76-79.

Zwischen radikaler Stadtanalyse, Aktivismus und kultureller Intervention

- Davis, Mike (1994a): City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles. Berlin/Göttingen: Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße.
- Davis, Mike (1994b): Urban Control. Jenseits von Blade Runner. In: Die Beute. Politik und Verbrechen 1/3, 6-25.
- Davis, Mike (2006 [1990]): Festung L. A. In: City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles. Berlin: Assoziation A, 257-304.
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums. Berlin: Assoziation A.
- Diedrichsen, Diedrich (1998): Der Boden der Freundlichkeit. Von der Unmöglichkeit, Politik zu machen, ohne Kultur zu betreiben. In: Jungle World, 13.05.1998. <https://jungle.world/artikel/1998/20/der-boden-der-freundlichkeit> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Diedrichsen, Diedrich (2002): Mein Diskurs ist besser als deiner. In: taz, die tageszeitung, 06.03.2002, 15-16.
- Eckardt, Frank (2017): Mike Davis: City of Quartz. In: Frank Eckardt (Hg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer, 189-202.
- Eick, Volker (1998): Neue Sicherheitsstrukturen im „neuen“ Berlin. Warehousing öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 28/110, 95-118.
- Eick, Volker / Sambale, Jens / Töpfer, Eric (Hg.) (2007): Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik. Bielefeld: transcript.
- Eick, Volker / Sambale, Jens / Veith, Dominik (1998): Marginalisierungsprozeß im öffentlichen Raum der Berliner Innenstadt und „Sicherheit“ als zentrales Dispositiv urbaner Restrukturierung. Vortrag auf dem 29. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Freiburg, 16.9.1998.
- Flor, Micz / Kröger, Merle / Scheffner, Philip (2003): ES EXPRESS: Touren durch die Ersatz-Stadt. Tour A: Aufbau ErsatzStadt. Dokumentarfilmreihe. Berlin: pong.
- Gidwani, Vinay (2006): Subaltern cosmopolitanism as politics. In: Antipode 38/1, 7-21.
- Glasze, Georg / Pütz, Robert / Rolfes, Manfred (Hg.) (2015): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld: transcript.
- Grothe, Nicole (2005): InnenStadtAktion – Kunst oder Politik? Künstlerische Praxis in der neo-liberalen Stadt. Bielefeld: transcript.
- Holston, James / Caldeira, Theresa (2010): Urban peripheries and the invention of citizenship. In: Harvard Design Magazine 28, 18-23.
- Jahn, Walter / Lanz, Stephan / Bareis, Ellen / Ronneberger, Klaus (2000): Refugien der Sicherheit. Einblicke in den suburbanen Alltag. In: Widersprüche 20/78, 27-38.
- Joswig, Gareth (2023): „Das war Mord“-Plakat an Alexwache. In: taz, die tageszeitung, 30.01.2023. <https://taz.de/Aktion-gegen-rassistische-Polizeigewalt/!5909191/> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Kuster, Brigitta / Lorenz, Renate (2000): Das Insourcing des Zuhause. In: Widersprüche 20/78, 13-26.
- Landgraf, Anton / Kunze, Carlos (1998): Die!Claims!abstecken! In: Jungle World, 09.06.1998. <https://jungle.world/artikel/1998/24/dieclaimsabstecken> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Lanz, Stephan (2001): „Wo Bosnien mitten in Brasilien beginnt...“ Urbane Ordnungen jenseits des Guten Regierens. In: Jochen Becker / Stephan Lanz (Hg.), Space // Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben. metrozones 1. Berlin: b_books, 7-34.
- Lanz, Stephan (2021): Das Regieren der Favela. Gewaltherrschaft, Populärkultur und soziale Kämpfe in den Peripherien von Rio de Janeiro. Bielefeld: transcript.
- Masuch, Bettina (Hg.) (2002): Wohnfront 2001-2002. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Berlin: Alexander.

Stephan Lanz

- Müller-Lobeck, Christiane (2001): Amerika ist doch anderswo. In: taz, die tageszeitung, 25.04.2001, 14.
- nadir.org (1998). [Zur Verlagsgeschichte]. In: nadir.org. <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/verlagsgeschichte.html> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Polizei Berlin (o. J.): Kriminalitätsbelastete Orte in Berlin. In: <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/fakten-hintergruende/artikel.1078268.php> (letzter Zugriff am 14.07.2023)
- Pollesch, René (nach spaceLab) (2002): Stadt als Beute. In: Bettina Masuch (Hg.), Wohnfront 2001-2002. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Berlin: Alexander, 5-41.
- Pollesch, René (nach Lorenz, Kuster, Boudry) (2002b): Insourcing des Zuhause. Menschen in Scheiss-Hotels. In: Bettina Masuch (Hg.), Wohnfront 2001-2002. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Berlin: Alexander, 43-80.
- Pollesch, René (2005): Was es bedeutet, kein Material zu sein. Ein Gespräch zwischen René Pollesch, Aenne Quiñones, Jochen Becker und Stephan Lanz. In: Aenne Quiñones (Hg.), Pratersaga. Berlin: Alexander, 21-38.
- Ronneberger, Klaus / Jahn, Walther / Lanz, Stephan (1999): Die Stadt als Beute. Bonn: Dietz Nachfolger.
- Ronneberger, Klaus / Lanz, Stephan (1999): Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt? In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie 13/2, 10-20
- Sambale, Jens / Veith, Dominik (1998): Berliner Wagenburgen: Transformation peripherer Räume, Stigmatisierung sozialer Gruppen und die Abwehr von Marginalisierung. In: PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 28/110, 67-93.
- Smith, Neil (1996): The new urban frontier. Gentrification and the revanchist city. London/ New York: Routledge.
- spacelab (2000): Auf der Suche nach dem Subjekt. In: Widersprüche 20/78, 5-12.
- sueddeutsche.de (2022): Ermittlungen gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt. In: sueddeutsche.de, 24.06.2022. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizei-berlin-ermittlungen-gegen-polizisten-wegen-koerpverletzung-im-amt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220624-99-790548> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich.
- Wendling, Rainer / Höhne, Stefan / Michel, Boris (2023): „Es wäre ein verlegerisches Verbrechen, Mikes Bücher nicht zu übersetzen und herauszugeben.“ Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“ (2006 [1990]). In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 11/3-4, 379-384.
- Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich: Fragmente städtischen Alltags, 20/78.

Historiografien der Extreme: Mike Davis, Reyner Banham und das Schreiben über Los Angeles

Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“
 (2006 [1990])

Sina Brückner-Amin

1. Welcome to L. A.: Was gibt es hier zu schreiben?

Wer im institutionellen Kontext der historischen Architekturwissenschaft berichtet, zu Los Angeles zu arbeiten, wird nicht selten mit irritierten Blicken konfrontiert. Es fallen die immer gleichen Bemerkungen, die den Forschungsgegenstand in seiner Grundlage zu diskreditieren versuchen: Inwiefern kann Los Angeles überhaupt als Stadt begriffen werden? Gibt es da angesichts des jungen Alters der Stadt überhaupt so etwas wie eine Architekturgeschichte? Ist Los Angeles nicht bloß ein symbolisches Zusammentreffen von all dem, was man an den USA ohnehin gerne kritisiert – fehlende Sozialstrukturen, Konsumkultur, Größenwahn? Die berühmtesten Unrühmlichkeiten der Metropole an der US-Westküste, ihre Selbstzentriertheit, der *urban sprawl* und die Obdachlosenkrise, helfen ebenfalls nicht. Jedoch lässt sich leicht feststellen, wie stark obige Bemerkungen von westlich-europäischen, gar *weißen* Ansprüchen und Vorurteilen gegenüber dem durchtränkt sind, was als Stadt oder Architektur als historisch wertvoll zu begreifen ist. Auch die Perspektive, mit der Forschung über Los Angeles eine methodisch diverse und postkoloniale Forschung in der historischen Architekturwissenschaft generell zu stärken, kann leicht infrage gestellt werden: Man arbeite ja schließlich immer noch zu den USA. Das stimmt: Wer zu Los Angeles forscht, forscht zu einer Stadt in den USA – aber auch zu der Stadt, die globalhistorisch als eine der diversesten und von Migrationskultur am deutlichsten

geformte gilt. Los Angeles ist ohne seine eigene palimpsestartige und weitverzweigte Kolonialgeschichte nicht zu begreifen (Akins/Bauer 2021; Deverell/Hise 2005). Kurzum: Wer zu Los Angeles forscht, sucht immer auch Rechtfertigungen – und Mitstreiter_innen.

Mit Blick in den Rückspiegel meiner eigenen Forschung stechen zwei Publikationen heraus, die die Faszination für und die Berechtigung von Los Angeles als Untersuchungsgegenstand zementiert haben: Mike Davis' *City of quartz: Excavating the future in Los Angeles* (1990) und Reyner Banhams *Los Angeles: The architecture of four ecologies* (1971, im Folgenden *Four ecologies*). Ich könnte sogar so weit gehen zu behaupten, dass es in beiden Werken primär im Los Angeles ging – als historischer Schauplatz, Mythos und Experimentierfeld – und nur sekundär um dessen Architektur. Sie verankerten Los Angeles auf meiner in Formation begriffenen, vom kunsthistorisch-universitären Kanon bis dahin in strenge Bahnen geleiteten mentalen Landkarte: Die Bücher von Davis und Banham hätten streitbarer und unterschiedlicher nicht sein können, waren jedoch vereint in dem Anspruch, dass es Los Angeles' Architekturgeschichte zu schreiben gibt und gilt. In einem Abstand von knapp 20 Jahren erschienen waren sie keineswegs alleine in der Forschungslandschaft, jedoch Teil einer Gruppe von nur wenigen. Erste historiografische Arbeiten waren beispielsweise die Studien der Publizistin, Architekturhistorikerin und Hochschullehrerin Esther McCoy über exilierte Modernisten wie Richard Neutra oder Rudolph Schindler (McCoy/Makinson 1975; McCoy/Morgan 2012). Über diese schrieb Banham einmal, dass ohne ihre Arbeit seine eigene sowie die seiner Kolleg_innen gar nicht möglich gewesen wäre (Banham 1984, 1971; siehe auch Davis 1990). Banhams *Four ecologies* erschien zu einem Zeitpunkt, an dem die architekturhistoriografischen Grundsteine für Los Angeles bereits gelegt waren. Dennoch hatte sein Buch keinen geringeren Anspruch als die nächste der „grand unified theories of Southern Californian urbanism“ (Hawthorne 2011) seit Carey McWilliams Land- und Kulturgeschichte *Southern California. An island on the land* (1946) zu werden. Nach einem Vakuum von 20 Jahren reihte sich Davis mit *City of quartz* in eine vergleichsmäßig kurze Bibliografie ein. Die Wucht, die dieses Buch auslöste, hatte ihren Grund vor allem darin, dass es sich um eine allseitige Verneinung von Banhams Perspektive handelte.

Vereint in den Anspruch, überhaupt Architekturgeschichte über Los Angeles zu schreiben, wurden Banham und Davis wiederholt zu Objekten

eines direkten Vergleichs (Bell 2015). Die Intensität, die beide mit sich brachten, lässt sich rasch skizzieren: Während Banham einen durchweg affirmativen, gar bewundernden Tonfall hatte, blickte Davis allein auf die Missstände, die Jahrzehnte des „mindless [...] boosterism“ den Bewohner_innen der Metropole hinterlassen hatten (Hawthorne 2011). Als Ort der Extreme machte die Stadt beide Persönlichkeiten zu Antagonisten ihrer urbanen Historiografie, wobei Banham, der 1988 starb, davon nicht mehr Zeuge wurde (Architect's Newspaper 2022). Ich möchte hier dieses Spannungsfeld aufgreifen und den Fokus meiner Relektüre von „Festung L. A.“ nicht auf die Details von Davis' Argumenten legen, sondern den Text in einer kontextuellen Breite mit Banhams *Four ecologies* querlesen. Dabei sollen Potenziale, Problematiken und Limitationen der historischen Architekturforschung über Los Angeles identifiziert werden.

2. Davis' „Festung L. A.“: Raumanalyse als Klassenkampf

Davis zeichnet in „Festung L. A.“ ein finsternes Bild seiner Gegenwart um 1990. Er folgt der grundlegenden These, dass „systematisch das Innere nach außen gekehrt wird – d. h. eigentlich das Äußere nach innen“ und der öffentliche, und damit demokratische Raum, „so gut wie verschwunden“ sei (Davis 1994: 263). Damit einher gehe eine polizeiliche Gesamtüberwachung, die mehr und mehr auf technische Hilfsmittel am Boden und dezentrale, flächenübergreifende Luftüberwachung setze (ebd.: 290 f.). Diese Umkehrung und ihre katastrophalen Folgen für die Bewohner_innen der Stadt, die strukturell Minoritätengruppen zugeordnet werden, schildert Davis anhand zahlreicher architektonischer und städtebaulicher Beispiele. So verbleibt seine These keineswegs auf einer distanzierten Metaebene, sondern wird konkret belegt. Er beweist die Umkehrung in ihren buchstäblichen Auswüchsen, in Formen und Bildern – von den konvexen, schlaffeindlichen Busbänken, die obdachlose Menschen geradezu abstoßen, zu den panoptischen Einkaufszentren und abgeschotteten Wohnvierteln, die sich radikal auf einen inneren Mikrokosmos fokussieren, und bestimmen, wer eintreten und was dort getan werden darf. Davis zeigt die heftigen Veränderungen in Form tatsächlicher räumlicher Umstülpungen. Die Krönung findet diese Entwicklung – folgt man seiner Argumentation – in der „zynischen“ Architektur Frank Gehrys, die „kaputte Stadtlandschaften so unumwunden ausbeutet und ihre schroffsten Kanten und Trümmer [...] als mächtige figurative Elemente einverleibt“ (ebd.: 275). Anhand der von

Gehry entworfenen Loyola Law School in Downtown Los Angeles und der Hollywood Regional Branch Library zeigt Davis diese sogar doppelte Einverleibung: einmal als gestalterische Entscheidung (nach visuellen Vorbildern aus den *streets* von L. A.) und einmal ihrer gebauten Konsequenz, also der Abschaffung des öffentlichen Raumes durch tatsächliche Mauern, Zäune und Kameraüberwachung (ebd.: 275 ff.). An genau solchen Präzisierungen zeigt sich Davis' argumentative Schlagfertigkeit, der es in solch einem Moment wenig entgegenzusetzen gibt.

Unmittelbar wird in seinem Schreiben deutlich, wie sehr sich Davis mit der Gruppe der „teuflischen Anderen“, die in solchen Architekturen angegriffen werden, identifizieren zu scheint. Seine Rhetorik über „arme Latinofamilien, junge schwarze Männer oder obdachlose alte weiße Frauen“ (ebd.: 262) als übergreifende Kategorien der Unterdrückten kann als Ausdruck seines „knee-jerk far-leftism“ (Hawthorne 2011) gelesen werden, dem der aktivistische Unterton wichtiger ist als die Frage, wer hier eigentlich für wen spricht (Davis 1994: 262). Man mag es Davis zugutehalten, dass er generell diese Personengruppen ins Blickfeld seiner Architektur- und Stadtgeschichtsschreibung setzt. Zweifellos gibt es aber auch genau an der Art, wie er vorgeht, etliches zu kritisieren. Davis spricht hier für Andere, er erwähnt sie aber immer nur am Rande und verschafft ihnen kein unmittelbares Gehör. Quellen- oder empirische Arbeit werden nicht sichtbar, vieles verweilt im Anekdotischen. Die Beschriebenen werden im ungünstigsten Fall zu Puppen in Davis' mächtigen Wortgefechten: „Das alte liberale Paradigma der sozialen Kontrolle, [...] ist schon lange einer Rhetorik des sozialen Krieges gewichen, in der die Interessen der städtischen Armen und die der Mittelschichten als Nullsummenspiel gegeneinander aufgerechnet werden“ (ebd.: 260). Wer moderiert hier diese Interessen der „Armen“? Es wirkt nunmehr so, als sei es Davis selbst, der in seinem Text diese Aufrechnung vornimmt. Genau solche Momente machen sein Schreiben und seine aktivistischen Ansprüche gleichermaßen unbequem (im produktiven Sinne) wie ungenau. Schlussendlich bleibt die Einsicht, dass Davis aus heutiger Sicht mit Sicherheit kein *woker* Autor ist, besonders in den Bereichen Methodologie und Ausdrucksweise. Inhaltlich gilt es jedoch, sein Auge für die brutalen Realitäten einer Stadt anzuerkennen, die einen andauernden „Klassen- und Rassenkrieg“ (ebd.: 266) durch Raumpolitik zu regulieren versucht. Die Stärken und Schwächen dieser Herangehensweise liegen nah beieinander – so verdichtet sich bei der heutigen Relektüre der Eindruck, dass

Davis immer wieder in diese Dilemmata schlittert, die seinen Anspruch nach Sichtbarkeit dieser Gruppen unfreiwillig infrage stellen.

3. Banham's *Four ecologies*: Oberflächlichkeit als Programmatik

Wo Davis gewissermaßen am Boden den Alltag marginalisierter Gruppen beobachtet, präferiert Banham einen deutlich komfortableren Zugang zur Stadt: das Auto. Das Durchfahren von Los Angeles ist paradigmatisch für seinen methodologischen Zugang in *Four ecologies*, „because the point about this giant city, which has grown almost simultaneously all over, is that all its parts are equal and equally accessible from all other parts at once“ (Banham 1971: 36).

Die Aufteilung seines Buches in vier Kapitel, respektive die vier *ecologies*, kann somit als eine Art Kompass verstanden werden, mit dem sich lesend durch diese „All over“-Stadt navigieren lässt. „Surfurbia“, „Foothills“, „The plains of id“ und „Autopia“ sind die Kapitel als Dimensionen von Los Angeles, die Banham auswählt und die vier für ihn paradigmatische Orte fokussieren: den Strand, die Vorgebirge, die flache Landschaft der Wohngebiete und das städtische Autobahnnetz.

Doch macht das Zitat auch deutlich, wie stark Banhams Sicht auf Los Angeles nicht nur vom Erlebnis des vielen Autofahrens, sondern vor allem von räumlicher Distanz geprägt ist. Um das „all over“ als Struktur des städtischen Wachstums überhaupt erkennen zu können, braucht es den Blick von oben, aus dem Flugzeug (vgl. Asendorf 1997; Dorrian 2007; Haffner 2013). Umgekehrt ermöglicht nur eine solch entkoppelte Sichtweise die luftige Behauptung, dass die Stadt von jedem Punkt aus gleichermaßen zugänglich sei. Es ist demnach egal, welche Richtung man ein- und welches Kapitel man aufschlägt: Es gibt nur einen kurzen Blick zu erhaschen, die Annäherung bleibt ein schwebendes Gleiten über Los Angeles. Die daraus resultierende Oberflächlichkeit ist für Banham kein Problem, sondern ein Qualitätsmerkmal der aus seiner Sicht modernen Herangehensweise, die sich radikal von anderen zeitgenössischen Publikationen abzugrenzen versucht: „Historical monograph? Can such an old-world, academic, and precedent-laden concept claim to embrace so unprecedented a human phenomenon as this city of Our Lady Queen of the Angels of Porciuncula?“ (Banham 1971: 21)

Banhams Interesse an Los Angeles ging seinem Buch voraus. Vorbereitend erschienen 1968 vier 1968 Radiovorträge: „Encounter with Sunset Boulevard“, „Roadscape with rusting nails“, „Beverly Hills, too,

is a ghetto“ und „The art of doing your thing“.[1] Die Sendungen werden von der British Broadcasting Corporation (BBC) produziert und markieren gemeinsam mit Banhams Antrittsvorlesung als Professor für Architekturgeschichte am University College London 1970 auch einen Punkt, an dem sein Denken zunehmend institutionalisiert wurde (Banham 1999: viii). Dem Buch folgend wird 1972 die Fernsehdokumentation „Reyner Banham loves Los Angeles“ (1972) erstausgestrahlt, mit Banham und einem Autoradio als Stars des Films. Sie wurde im Rahmen der BBC-Fernsehdokumentationsreihe *One pair of eyes* (1967-1984) gedreht, als zehnte Episode eines Programms, das „Individuen eine Plattform anbietet, Themen zu diskutieren, die ihnen am Herzen liegen“, wie der Sender schreibt (BBC 2023; Übers. d. A.). Es ist eine *carte blanche* für Banham und Regisseur Julian Cooper. Die Dokumentation funktioniert, wenig überraschend, als kurzer Tagesroadtrip mit dem Autor im Auto durch die Stadt – begleitet von einem Autoradio-Guide mit weiblicher Stimme. Banham operiert also in seiner Los-Angeles-Forschung multimedial auf öffentlichen Kanälen. Doch nicht nur das unterscheidet ihn grundlegend von Davis. Die methodische und inhaltliche Diskrepanz zwischen Banham und Davis kann beispielhaft an einem umkämpften Ort von Los Angeles gezeigt werden: dem Stadtteil Watts in South Central Los Angeles.

4. Von *discriminating* zu *discriminated*: Mit vier Augen nach Watts

Der Aufstand von Watts zieht sich durch „Festung L. A.“ als implizite Grundlage des „Klassen- und Rassenkriegs“, (Davis 1994: 266) und damit für Davis Raumanalysen. „Nach dem Aufstand von Watts und dem Eindruck, entscheidende Knotenpunkte der weißen Macht seien durch die Schwarzen bedroht“, so schreibt er, „rückte die Sicherheit des Raumes durch Resegregation zur höchsten Priorität auf“ (ebd.: 267). Davis setzt die Kenntnis über die Geschehnisse voraus: Die nur sechs Tage – vom 11. bis zum 16. August 1965 andauernden sogenannten *Watts Riots* entstanden aus einer eskalierenden Kontrolle eines *weißen* Polizisten von zwei afroamerikanischen Halbbrüdern, denen Alkohol am Steuer nachgewiesen wird. Im Wissen um die strukturell eingeübte Polizeigewalt gegen Afroamerikaner_innen mischen sich Angst, aufgestaute Aggression und ein mobilisiertes Publikum mit konkreter Polizeigewalt, die der leitende Polizeioffizier später als deeskalierende Behandlung mit „kid gloves“ verhöhnt (Queally 2015). In den darauffolgenden Tagen versammeln sich immer wieder friedliche und bewaffnete Gruppen zum Protest, Letztere

werden dabei das Bild der *riots* prägen. In den südöstlichen Stadtteilen Los Angeles' leben 1965, nach einem Anstieg der afroamerikanischen Bevölkerung von 75.000 auf 650.000 innerhalb von nur 15 Jahren, hauptsächlich *black communities*, die von funktionierender Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum und einem funktionierendem Bildungssystem abgeschnitten sind (Theoharis 2015).[2] Was sich in den Watts Riots indirekt entlädt, ist die Spannung zwischen der kalifornischen Regierung, der Stadtverwaltung und den Menschen, die die Effekte ihrer mangelnden Unterstützung sowie vorherrschende Diskriminierung aufgrund von *race* ertragen müssen. Banham nähert sich dem Stadtteil Watts in seinem Dokumentarfilm aufgrund der Empfehlung des Autoradio-Guides. Die Stimme kündigt ihm an:

„Right now, you're entering Watts, because we believe that the discriminating visitor would want to see what the city of the future is doing to cure the evils of the past. As you look around you could hardly believe it was the center of the worst race riots in the history of California. Since 1965 the local community and the City of Los Angeles have inaugurated a program to rebuilt Watts District and you will see the results as you drive along. If you turn right [...] you are entering the Watts redevelopment projects [...]. Watts was never all problems, there are some beautiful things, too. [...] at the end of this street you will surely know why we brought you this way. These are the famous Watts Towers, a do-it-yourself monument to man's craving for beauty, executed over a period of thirty-three years by Simon Rodia an untutored genius from Rome, Italy. Enjoy your visit now!“

(Reyner Banham loves Los Angeles 1972: 0:07:10-0:09:07)

Von *discriminating* zu *discriminated* braucht man in Los Angeles, so scheint es, nur einmal um den Block zu fahren. Das aufgeräumte Watts macht auf Banham einen durchweg positiven Eindruck. Er stimmt dem Guide zu, dass er jede_n Besucher_in im Zuge einer Tour durch die Stadt hier entlangführen würde. Diese Begeisterung für die Watts Towers, einer heute denkmalgeschützten künstlerisch-architektonischen Konstruktion aus Stahl, dekoriert mit Mosaiken aus Glas, Muscheln und Kacheln, ist auch schon in *Four ecologies* zu finden. Dort schreibt Banham, dieses „totally self-absorbed and perfected monument“ mit seinem Einfallsreichtum sei zu Recht weltbekannt, denn in ihm – da ist

sich Banham einig mit dem Autoradio – zeige sich ein „genuinely original creative spirit“ des Künstlers Simon Rodia (Banham 1971: 129).

Banham schreibt mit großer Begeisterung und altmodischer Idealisierung über ein idiosynkratisches Denkmal in einem hochpolitisierten Raum – mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der Davis die weitreichenden politischen Konsequenzen der *riots*, vorrangig im Los Angeles Police Department, zur Voraussetzung für Los Angeles' städtebauliche Politik macht (Davis 1994: 127 f.). Tatsächlich sind die Watts Towers nur zehn Gehminuten vom Einkaufszentrum Martin Luther King Jr. entfernt, in dem Davis ein Paradebeispiel diskriminierender Sicherheitsarchitektur erkennt, das erst als Folge der *riots* errichtet wurden, um aus dem vernachlässigten Stadtteil Profit zu schlagen (ebd.: 278 f.). Der vom *developer* Alexander Haagen errichtete Hochsicherheits-Einkaufskomplex mimt in Davis' Augen das von Jeremy Bentham im 19. Jahrhundert entworfene panoptische Gefängnis (ebd.: 281). Das umzäunte Einkaufszentrum wird mit Videokameras und Lichtschranken aus einer Beobachtungszentrale kontrolliert – die Einwohner_innen von Watts werden bei ihren alltäglichsten Erledigungen überwacht und implizit kriminalisiert.

Banhams Autoradio kommuniziert solche *redevelopments* im Stadtteil positiv, geradezu erleichtert, ganz nach dem Motto: Watts kann sich wieder sehen lassen. Zwar gab es das Einkaufszentrum 1972 noch nicht, aber Watts als Opfer der „worst race riots in the history of California“ (Reyner Banham loves Los Angeles 1972, 0:07:30–0:07:35) zu beschreiben, ohne den Kontext zu benennen, ist mehr als kurzsichtig. So beschwört Banham eine Erzählung von Los Angeles Stadt der vorbildlichen Zukunft, die nicht „all problems“ (ebd.: 0:08:00) sein will, sondern sich als Teil des von Davis durchweg kritisierten apolitisch erscheinenden Fortschrittsoptimismus wähnt. Das laute Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit für diskriminierte Teile der Bevölkerung wird hier überstimmt von Banhams Faszination der Do-it-yourself-Denkmalsetzung als Konzept der Selbstverwirklichung (Banham 1971: 132). Die Watts Towers geraten in seiner Schilderung zu einem architektonischen Monument persönlicher, künstlerischer Freiheit und verbergen die Sicht auf die Community, in die es eingebettet ist.

Unabhängig voneinander zeigen Davis und Banham bei ihren Ortsbegehungen von Watts, wie weit auseinander räumliche Analysen derselben Nachbarschaft liegen können. Dieser Kontrast mag einerseits an der Vertrautheit liegen, die der Ort für Davis barg. Dieser arbeitete

zeitlebens in der Region, abgesehen von einem kurzen Abstecher nach New York. Andererseits mag er an der Faszination liegen, die der Ort aus der Ferne für Banham ausstrahlte, der noch lange nach Erscheinen von *Four ecologies* an der Bartlett School for Architecture in London lehrte. Davis sah kritisch, oft sogar dystopisch und durch ein linkspolitisch und aktivistisch geschultes Auge auf die sich grenzenlos ausbreitende Stadt und ihre konservativ-liberalen Machteliten. Banham identifizierte aus theoretischem Interesse heraus vier radikal un-europäische *ecologies* der Stadt und war begeistert von der räumlichen wie auch politisch-regulatorischen Offenheit, mit der dort experimentelle Architektur realisiert werden konnte. Dabei ist Banhams Strategie zwar offen hochsubjektiv, wie auch der Titel seiner Dokumentation belegt, doch ist Davis als *local* ebenso emotional involviert – nur zeigt sich das mehr in seiner Wut über die stadtpolitischen Entwicklungen, die vor seinen Augen Wirkung entfalten.

5. Banham vs. Davis – Was bleibt?

Dieser Text hat anfangs vorgeschlagen, Potenziale, Problematiken und Limitationen der historischen Architekturforschung herauszuarbeiten, wie sie Davis und Banham betrieben. Eines lässt sich aus heutiger Sicht leicht feststellen: Wo es Davis an transparenter Quellenarbeit und einem reflektierten Umgang mit *allyship* mangelt, wirkt Banham immer wieder verblendet von seiner eigenen Begeisterung für das Andere, das Los Angeles für ihn als *weißen* britischen Akademiker darstellt. Er geht mit so viel spielerischem Elan an den Gegenstand, dass jegliche (selbst-)kritischen Analysen ausbleiben. In mancher Hinsicht ist das Schreiben der beiden so auf zwei Seiten einer Medaille anzusiedeln. Weder – und da liegt ihre gemeinsame Limitation, – lässt sich Los Angeles allein mit einem pessimistischen Rundumschlag begreifen, noch durch eine rosarote Brille. Wo Davis sich in *City of quartz* über Kapitel hinweg ausschließlich mit dem Herausarbeiten von Ensembles menschenfeindlicher Architektur beschäftigt, aber keine Lichtblicke zeigt – beispielsweise in Bezug auf die Aneignung solcher Räume – scheint Banham keine einzige Schattenseite zu sehen.

So bleibt zu fragen, was beide Autoren zur historischen Architekturforschung heute noch beitragen können und wo ihre Perspektiven fruchtbar gemacht werden können. Mitzunehmen ist zunächst Davis' Anspruch, die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen als Bedingung für die Architekturproduktion in Los Angeles ernst zu nehmen und ihre

Protagonist_innen gleichsam als Architekt_innen zu begreifen. Hinzu kommt die für Davis zentrale Frage der Nutzer_innen: Was passiert mit Architektur, wenn sie da ist? Wer baut für wen – und für wen *nicht*? Es geht niemals nur um Pläne, Vorhaben oder Ideen. Stattdessen gilt es, das Danach des gebauten Raumes zu betrachten. Diese Herangehensweisen sind auch Vorreiter für die heute im Vordergrund stehenden Fragen nach *race*, *class* und *gender*, nach Teilhabe und Unsichtbarkeiten bei Forschungsgegenständen, aber auch allgemeiner in unseren historiografischen Methoden. Banhams Leistung besteht wiederum darin, Los Angeles für viele Architekturforscher_innen im westlichen Kontext überhaupt sichtbar gemacht zu haben. Er reüssierte eben darin, mit Affirmation ein Forschungsfeld zu (re-)aktivieren – was manchmal notwendig ist, um darauf aufbauend Kritik üben zu können, wie Davis es tat. Dieser Rhythmus zweier Reflexe bleibt im Grunde zeitlos. So kann Banham uns heute daran erinnern, dass kein Thema zu weit weg, kein Interesse irrelevant ist: Nicht nur in der Kritik werden marginalisierte Themen und Personen sichtbar, sondern ebenfalls in von Begeisterung getragenen Schilderungen.

Zuletzt kann man für beide Autoren festhalten, dass es heute weniger darum geht, sich allein auf die polarisierenden Elemente zu konzentrieren, sondern die Prozesse um die Architekturproduktion und ihre Folgen in ihrer Gesamtheit zu betrachten – als etwas Dynamisches. Los Angeles ist und bleibt ständig stetig in Bewegung, das wusste schon Banhams Autoradio, als es gegen Ende der Dokumentation den von Smog gefüllten, bunten Sonnenuntergang kommentierte: „The best of it doesn't last long!“ (Reyner Banham loves Los Angeles 1972, 0:49:55-0:49:58)

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Die Vorträge wurden in der hauseigenen Zeitschrift der BBC, *The Listener*, publiziert. „Roadscape with rusting nails“ wurde in den gesammelten Essays Banhams (1999: 124-128) erneut abgedruckt.
- [2] Die fehlende Infrastruktur sei der einzige und der Ursprung aller anderen Nachteile, argumentiert Banham (1971: 173) mit einer fragwürdigen Metapher: „Whatever else has ailed Watts – and it is black on practically every map of disadvantages – its isolation from transportation contributes to every one of its misfortunes.“

Autor_innen

Sina Brückner-Amin ist Wissenschaftlerin und Kuratorin und arbeitet an den Schnittstellen von Architekturgeschichte und Medienwissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Stadt- und Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wissenschaftsgeschichte, Bürokratieforschung, Bildungsarchitektur und städtebaulichen sowie landschaftsarchitektonischen Masterplanungen.
brueckner-amin@em.uni-frankfurt.de

Literatur

- Akins, Damon B. / Bauer, William J. (2021): *We are the land: A history of native California*. Oakland: University of California Press.
- Architect's Newspaper (2022): „A radical politics of hope“: AN shares tributes to Mike Davis. In: *The Architect's Newspaper*, 15.11.2022. <https://www.archpaper.com/2022/11/a-radical-politics-of-hope-an-shares-tributes-mike-davis/> (letzter Zugriff am 13.02.2023).
- Asendorf, Christoph (1997): *Super Constellation – Flugzeug und Raumrevolution: Die Wirkung der Luftfahrt auf Kunst und Kultur der Moderne*. Wien/New York: Springer.
- Banham, Reyner (1971): *Los Angeles: The architecture of four ecologies*. London: Penguin Press.
- Banham, Reyner (1984): *The founding mother*. In: *California Magazine*, März, 104-120.
- Banham, Reyner (1999): *A critic writes: Selected essays by Reyner Banham*. Berkeley: University of California Press.
- BBC – British Broadcasting Corporation (2023): *One pair of eyes*. <https://www.bbc.co.uk/programmes/p00t92l9> (letzter Zugriff am 13.02.2023).
- Bell, Jonathan (2015): *Reyner Banham, Mike Davis, and the discourse on Los Angeles ecology*. In: *Los Angeles UrbDeZine*, 14.7.2015. <http://losangeles.urbdezine.com/2015/07/14/areyner-banham-mike-davis-and-the-discourse-on-los-angeles-ecology/> (letzter Zugriff am 13.02.2023).
- Davis, Mike (1990): *City of quartz: Excavating the future in Los Angeles*. London/New York: Verso.
- Davis, Mike (1994): *City of Quartz: Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Davis, Mike (2006 [1990]): *Festung L. A.* In: Davis, Mike, *City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*. Berlin: Assoziation A, 257-304.
- Deverell, William / Hise, Greg (2005): *Land of sunshine. An environmental history of metropolitan Los Angeles*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Dorrian, Mark (2007): *The aerial view: Notes for a cultural history*. In: *Strates* 13, 1-17.
- Haffner, Jeanne (2013): *The view from above: The science of social space*. Cambridge: MIT Press.
- Hawthorne, Christopher (2011): *Reading L. A.: Mike Davis, „City of quartz“ and Southern California's „spatial apartheid“*. In: *Los Angeles Times*, 30.06.2011. <https://www.latimes.com/archives/blogs/culture-monster-blog/story/2011-06-30/reading-l-a-mike-davis-city-of-quartz-and-southern-californias-spatial-apartheid> (letzter Zugriff am 30.05.2023).
- McCoy, Esther / Makinson, Randell L. (1975): *Five California architects*. Los Angeles: Hennessey & Ingalls.
- McCoy, Esther / Morgan, Susan (2012): *Piecing together Los Angeles: An Esther McCoy reader*. Valencia: East of Borneo Books.
- McWilliams, Carey (1946): *Southern California country. An Island on the land*. New York: Duell, Sloan & Pearce.
- Queally, James (2015): *Watts riots: Traffic stop was the spark that ignited days of destruction in L.A.* In: *Los Angeles Times*, 29.06.2015. <https://www.latimes.com/local/lanow/lame-ln-watts-riots-explainer-20150715-htmistory.html> (letzter Zugriff am 13.02.2023).
- Reyner Banham loves Los Angeles (1972): *British Broadcasting Corporation, One pair of eyes*, 11.3.1972, 52:00. Julian Cooper (Regie).

Sina Brückner-Amin

Theoharis, Jeanne (2015): 50 years later, we still haven't learned from Watts. In: The New York Times, 11.08.2015. <https://www.nytimes.com/2015/08/11/opinion/50-years-later-we-still-havent-learned-from-watts.html> (letzter Zugriff am 12.07.2023).

Verhärtungen unter der Oberfläche – Mike Davis im Plattform-Urbanismus

Kommentar zu Mike Davis' „Festung L.A.“
(2006 [1990])

Katja Schwaller

Tropische Pflanzen räkeln sich vor gleißenden Bürotürmen. Entlang der Spazierwege sprudeln Wasserfontänen. „You did great“, steht in farbigen Buchstaben an einem der Bürofenster.[1] Zwischen Outdoor-Kaffeetischen in Google-Farben bietet sich ein Kickerkasten zum Spiel an, genau wie im Techbüro. Sicherheitsbedienstete stehen gelangweilt neben Bambuswäldchen und checken ihr Smartphone. Wir befinden uns in San Franciscos Salesforce Park, wo alle willkommen sind, wie auf einem Schild versichert wird (vgl. Abb. 1 und 2). Und tatsächlich ist der bespielte Lustgarten auf dem Dach des neuen Transit Centers in Downtown, der auch mit einer Gondel erreichbar ist, in öffentlicher Hand. Salesforce, das Plattformunternehmen mit dem höchsten und ungemein phallischen Wolkenkratzer der Stadt, hat schlicht das Namensrecht gekauft, für lumpige 110 Millionen Dollar (King 2017). Der ähnlich animierte Market Square im nahe gelegenen Twitter-Welthauptsitz hingegen, genauso wie der Meta Park von Facebooks Mutterfirma, sind in Privatbesitz, nominell aber öffentlich zugänglich.

Mike Davis hatte ein ungemein scharfes Auge für solche Verschiebungen und Verwischungen zwischen öffentlichen und privaten Räumen. In seinen Stadtanalysen der frühen 1990er-Jahre, und insbesondere im Kapitel „Festung L.A.“ von *City of quartz*, beschreibt er eindringlich, wie die Schaffung und Bespielung von „schicken, pseudo-öffentlichen Räume[n]“ mit der Militarisierung des städtischen Lebens und also einer Verhärtung der Oberfläche der Stadt Hand in Hand gehen (Davis 2006 [1990]: 220, 218). Seine scharfsinnigen und fesselnden Studien über Los

Angeles haben meinen eigenen Blick auf den (sub)urbanen Raum geschult und geprägt.[2] Die repressive Funktion der Form der Stadt, die Davis in einer „Architektur sozialer Trennungslinien“ (ebd.: 218) und der Errichtung eigentlicher „Festungsstädte“ (ebd.: 219) festmacht, kritisiert er aber nicht einfach aus einer Designperspektive. Die Verhärtung der Oberfläche der Stadt, so Davis, ist eine bewusste sozialräumliche Strategie (ebd.: 224), eine „Archisemiotik des Klassenkrieges“ (ebd.: 225).

Der Blick auf den stark polarisierten Stadtraum San Franciscos zeigt, dass Davis' Analysen unser Verständnis der entsprechenden sozialräumlichen Prozesse auch drei Jahrzehnte später noch maßgeblich bereichern. Gleichzeitig verlaufen die Verwischungen zwischen öffentlichen und privaten Räumen heute oft subtiler als im von ihm beschriebenen *Bunker Hill* der 1990er-Jahre, wo der Name Konzept ist. Im Digitalkapitalismus, so meine These, finden die Verhärtungen hingegen vermehrt auch *unter* der Oberfläche statt, mittels einer im Hintergrund ablaufenden Dateninfrastruktur. Die Inszenierung und Bespielung halb-öffentlicher Räume ist derweil vom Innern privatisierter Gebäude nach außen gestülpt worden, auf die Straße. Fließende Grenzen und weiche, einladende Oberflächen werden favorisiert. Urbanität ist eine Ressource, ein Input für die wissensbasierten Produktionsprozesse von Big Tech. Die Stadt ist ein Labor, eine eigentliche Datenfabrik (Becker 2021), die angemessen stimuliert und „aktiviert“ werden muss, um urbane Praktiken anzuzapfen und in profitträchtige Bahnen zu kanalisieren. Die Kaperung der durch diese alltäglichen Aktivitäten erzeugten Daten findet jedoch im

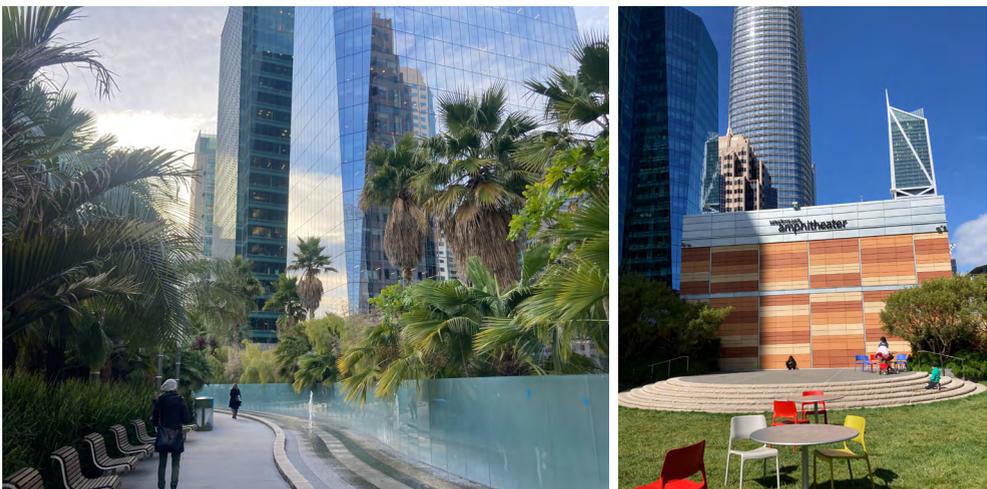


Abb. 1 und 2 Im Salesforce Park (Fotos: Katja Schwaller, 2023 und 2022)

Hintergrund statt, durch die privatisierte Infrastruktur firmeneigener Plattformen zum Beispiel. Elektronische Schranken bestimmen über den Zugang zu einem Gebäude oder einer Dienstleistung (vgl. Abb. 4). Der Festungsarchitektur wird von einer Vektorinfrastruktur der Rang abgelaufen. In Anlehnung an die Arbeiten von McKenzie Wark (2019) verweise ich mit diesem Begriff auf die zentrale Rolle der Infrastruktur oder eben Vektoren, mittels derer Daten übermittelt, kanalisiert, abgezapft und kommodifiziert werden. Im Digitalkapitalismus haben solche Prozesse, und damit die Besitzverhältnisse der Dateninfrastruktur, an strategischer Bedeutung gewonnen (vgl. Abb. 3).

Hübsch sieht das aus. Glasfassaden, die nicht verspiegelt sind. „What are you feeling today?“ fragt ein spielerisches Modul auf der Market Street die Passant*innen, die mit farbigen Bällen ihr emotionales



Abb. 3 „Data rules everything around me“ – Werbefläche in Downtown San Francisco (Foto: Katja Schwaller, 2018)

Befinden ausdrücken können (vgl. Abb. 4). Die Straße selbst wird zur „Innovationszone“, aktiviert mittels „Prototyping-Festivals“ und Mitmach-Firlefanz.[3] „Pop-up-Wälder“ und *streetlife nodes* laden in Analogie zu den gamifizierten Techbüros zum Verweilen und zur „Wissenszirkulation“ ein. „Echo-Röhren“ und ein „Feedback-Xylophon“ fordern Passant*innen im *Sound Commons* zur spielerischen Partizipation auf: drück dich aus und entfalte dein Selbst, genau wie in den sozialen Medien. Unmittelbar neben den gehäkelten Baumfiguren und einladenden Sitzmodulen prangt jedoch ein Schild, das alle Tätigkeiten auflistet, die im öffentlichen Raum verboten sind: schlafen, liegen, zelten, kochen, pinkeln, betteln und sogar auf dem Boden sitzen. Ein privater Wachmann patrouilliert zwischen den Food-Trucks, die einen anregenden Lunch-Spot für jene mit den richtigen Badges (oder angemessener Kaufkraft) kreieren.

Für die vielen Wohnungslosen, die in unmittelbarer Nähe der üppigen Techbüros auf der Straße überleben müssen, verhärtet sich die Oberfläche der Stadt stattdessen. Genau wie von Davis (2006 [1990]: 226) beschrieben, findet Repression unweit der bespielten weichen Oberflächen nach wie vor brachial im städtischen Raum statt, notabene mit der Kriminalisierung von Körpern, die notgedrungen im öffentlichen Raum existieren müssen, aber unerwünscht sind.[4] Die Verschmelzung



Abb. 4 Market Street Prototyping Festival – wer ist eingeladen, zu verweilen? (Foto: Katja Schwaller, 2017)

Verhärtungen unter der Oberfläche – Mike Davis im Plattform-Urbanismus

von Architektur und Polizeiapparat, die Davis beschreibt (ebd.: 222), wurde jedoch um ein drittes Element verfeinert: den Technologisch-Militärisch-Industriellen-Komplex. So spielen unter der Oberfläche ablaufende Logiken von algorithmisch-gesteuertem Policing oder app-basierter „Bürger*innenbeteiligung“ auch in der Kriminalisierung von Wohnungslosen eine zunehmend wichtige Rolle.[5] Ein Beispiel wäre die städtische 311-App, mittels derer „Beeinträchtigungen der Lebensqualität“ wie etwa Lärm, Sprayereien oder eben die Anwesenheit von Wohnungslosen bequem über ein paar Klicks gemeldet werden können. Die Befindlichkeiten von Neuzugezogenen und Besserverdienenden haben so direkten Einfluss auf die Polizeiarbeit, zum großen Nachteil jener, deren Wohlbefinden in der Logik der Downtown-Aufwertung nicht von Interesse ist.

Die „Aktivierung“ von Stadtbewohner*innen als Datenproduzent*innen und die Kaperung der öffentlichen Infrastruktur gehören entsprechend zu den zentralen Bestrebungen der Plattformwirtschaft, die sich in der Innenstadt San Franciscos angesiedelt hat. Durch die Integration von pseudo-öffentlichen Räumen in ihren Konzernstandorten und die Übernahme von Patenschaften (und Namensrechten) für öffentliche Krankenhäuser, Transitzentren und Parks preisen sich Plattformfirmen

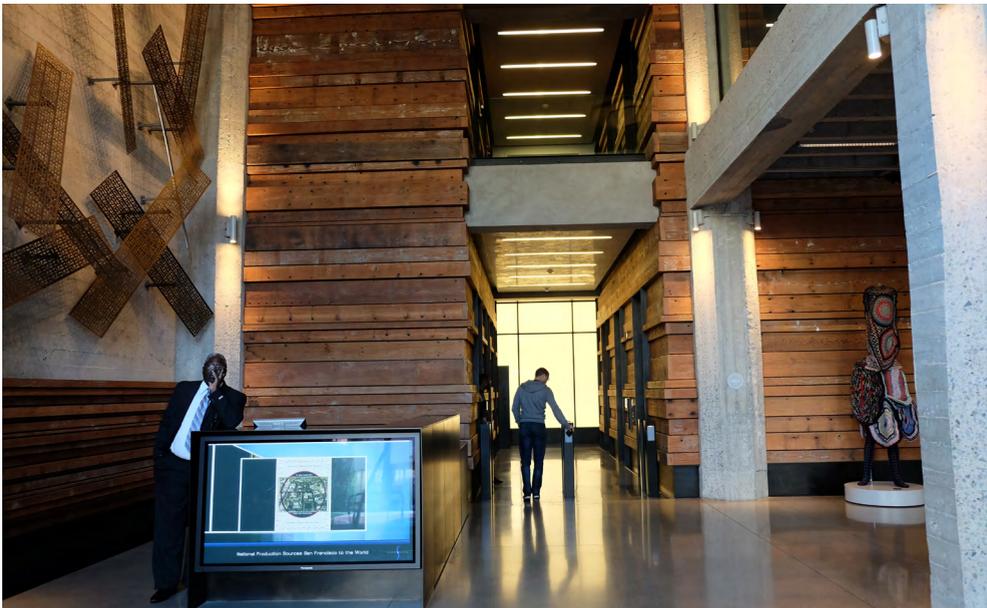


Abb. 5 „Nachhaltige“ Bausubstanz und elektronische Zugangsschranken beim Twitter-Campus (Foto: Katja Schwaller, 2017)



Abb. 6 Selbst das öffentliche Krankenhaus ist nach dem Facebook-Gründer benannt (Foto: Katja Schwaller, 2019)

wie Meta, Salesforce und Twitter als ideale Anbieter ehemals öffentlicher Ressourcen und Dienstleistungen an (vgl. Abb. 6). Gleichzeitig setzen sie mit ihren plattformbasierten Geschäftsmodellen auf die Zerschlagung städtischer und gewerkschaftlich organisierter Sektoren wie den öffentlichen Nahverkehr (Uber), die Hotelindustrie (Airbnb) oder die Newsbranche (Meta, Twitter). „Disruption“ heißt das im Techjargon.

Die Verschmelzung von digitalem und städtischem Raum ist für diese Prozesse von Bedeutung, wobei der Stadtraum zunehmend als Verlängerung von virtuellen Prozessen gedacht wird. Ein Spaziergang entlang der Market Street verdeutlicht diese Dynamiken – zum Beispiel auch durch die Präsenz von Akteuren, die nur auf den zweiten Blick mit der Plattformindustrie verbandelt sind. Eine Filiale der Biosupermarktkette Whole Foods etwa verweist auf die Expansionsgelüste des Onlineversand-Riesen Amazon, der sich die Kette einverleibt hat. Das Zusammenführen von beobachtetem Kund*innenverhalten im virtuellen und physischen Raum verbessert die algorithmische Vorhersage und steuert das Nutzer*innenverhalten noch umfassender und subtiler (Sadowski 2020).

Ein paar Blocks weiter verkündet eine Schaufensterwerbung einen neuen Meeting Hub: „Hej – we are creating your new meeting place, an extra space to be yourself!“ Was nach einem weiteren Techbüro oder



Abb. 7 „The disruptive power of data“ – Werbung an öffentlichem Bus in Mid-Market (Foto: Katja Schwaller, 2019)

Co-Working-Space klingt – wo Arbeit eine „Experience“ ist, die dein „ganzes Selbst“ ausbeutet, ganzheitlich und rund um die Uhr – ist in Tat und Wahrheit eine neue Filiale der IKEA-Kette, bekannt für ihre vorfabrizierten Massenmobel (vgl. Abb. 9). In zeitgemäßem Techjargon brandet sich der Mobelriese hier stattdessen als Livat, schwedisch für *lively gathering*. Gleichzeitig hat sich der Konzern jüngst die Plattformfirma TaskRabbit einverleibt. Das Zusammenbauen von IKEA-Möbeln gehört schon lange zu den gängigen Aufträgen vieler „Taskers“, die über eine App angeheuert werden, um einzelne Hilfsarbeiten zu verrichten, oft bei den Kund*innen zu Hause. Indem IKEA die prekären Gig-Arbeiter*innen gleich auch mitliefert und kontrolliert, kann das Unternehmen Konsum- und Arbeitsprozesse noch besser erfassen, steuern und verschmelzen.

Synergien dieser Art verbessern die sogenannte Verbraucher*innenfreundlichkeit (noch reibungsloser, personalisierter Konsum) und stärken die Monopolbildung und Datenoptimierung von Techkonzernen. Das klassische Beispiel ist Uber, die ihren Welthauptsitz ebenfalls an der Market Street angesiedelt haben: Mit investorengestutzten Dumping-Preisen und Zusatzangeboten wie UberEats, UberHealth und den notorischen Uber-Jump-Bikes versucht der Konzern, möglichst viele Verkehrsbereiche und Datenströme unter seine Kontrolle zu bringen

(vgl. Abb. 8). Dies wiederum begünstigt die Aushöhlung des öffentlichen Nahverkehrs, prekariisiert die Arbeitsbedingungen verschiedener Branchen (Taxiindustrie, Essensauslieferung usw.) und spitzt die sozialräumliche Polarisierung weiter zu.

Zynischerweise hat die Stadtregierung die Ansiedlung von genau solchen Akteuren mit öffentlichen Subventionen gefördert, indem 2011 im Umkreis des zukünftigen Twitter-Welthauptsitzes eine steuerbegünstigte Zone geschaffen wurde (Office of the Controller 2011). Nebst Twitter gehören auch Uber und Square zu den Profiteuren. In der Logik neoliberaler Trickle-down-Ansätze wurden diese Plattformunternehmen als „Katalysatoren“ für die „Revitalisierung“ eines problembeladenen innerstädtischen Stadtteils gepriesen, der damit einer „höheren Ausnutzung“ zugeführt werden könne. Sprich, die Nutzung durch Menschen mit analog „unzureichend ausgeschöpftem Potenzial“ solle – in der Logik genannter Marketingmaterialien – bitte schön einer kaufkräftigeren und besser optimierten Klientel weichen.[6]

Trotz kurzzeitigem Boom waren diese Versprechungen in der Realität natürlich immer auch von einer Intensivierung der sozialräumlichen Polarisierung, von Kriminalisierung, Verdrängung und einer Eskalation der Wohnungskrise begleitet (Schwaller 2019; Anti-Eviction Mapping Project 2021). Nach drei Jahren Covid-19-Pandemie mit weitverbreiteten Homeoffice-Mandaten großer Techkonzerne gleicht die

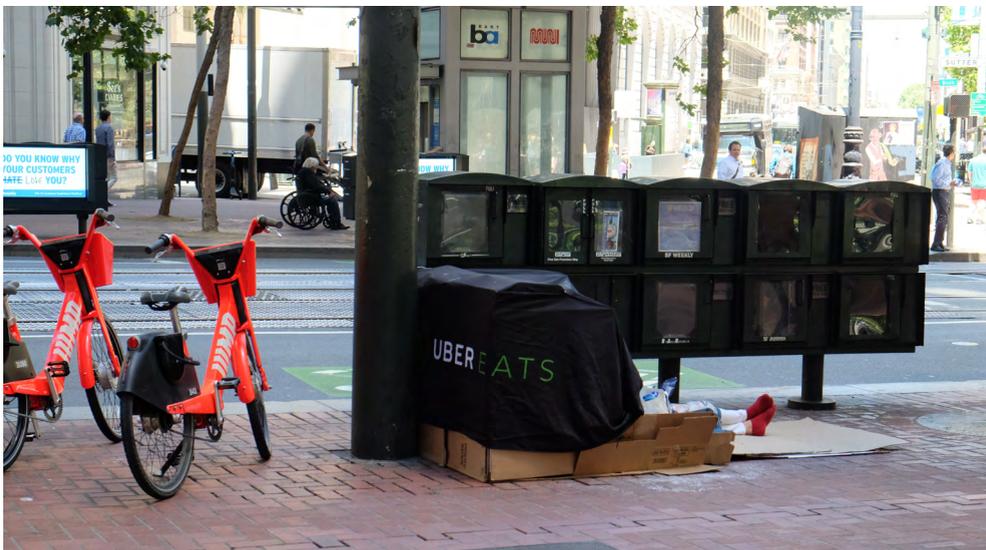


Abb. 8 Uber-Jump-Bikes und UberEats-Plane (zur improvisierten Notunterkunft umfunktioniert) an der Market Street (Foto: Katja Schwaller, 2019)

Verhärtungen unter der Oberfläche – Mike Davis im Plattform-Urbanismus

Twitter-Steuererleichterungszone hingegen tatsächlich einer (post-)apokalyptischen Landschaft, die direkt einem Mike-Davis-Buch entsprungen sein könnte. Neben den improvisierten Behausungen von Wohnungslosen, die inmitten von Pandemie, Fentanyl-Krise[7] und rassistischem Policing auf der Straße überleben müssen, reihen sich brandneue, aber weitgehend leer stehende Luxuswohntürme, die mit üppigen Dachterrassen, hauseigenem Swimmingpool und Concierge-Service werben (vgl. Abb. 10). Wer hier wohnt, muss sich erst gar nicht mehr auf die nach Urin stinkende Straße begeben, scheinen die opulenten Werbeposter zu versprechen.

Abb. 9 Zugenagelte Geschäfte an der Market Street und geplante IKEA-Neueröffnung (links) (Foto: Katja Schwaller, 2023)

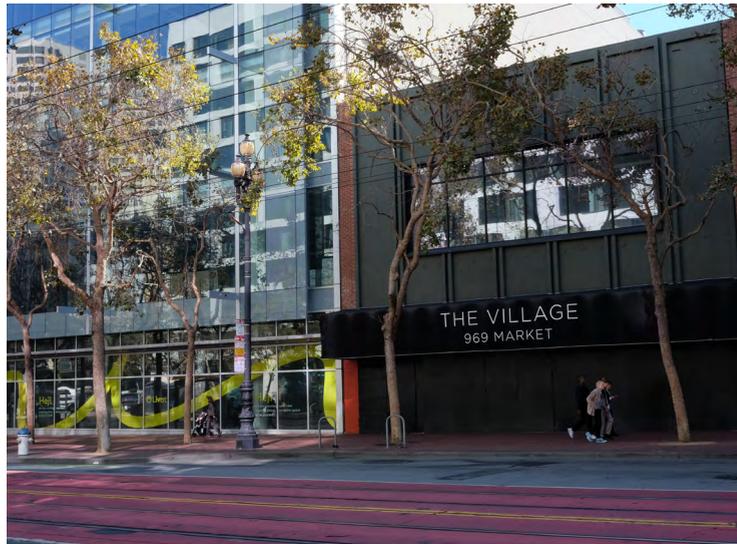
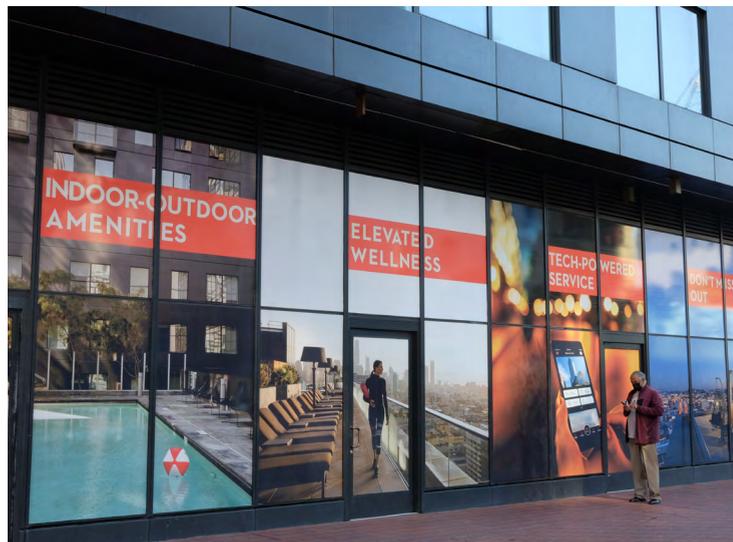


Abb. 10 Luxuswohntürme an der Market Street werben um Mieter*innen (Foto: Katja Schwaller, 2023)



Ein privater Sicherheitsbediensteter schnauzt eine Frau an, die im verspiegelten Fenster eines neuen Edelwohnkomplexes ihr dreckverkrustetes Gesicht begutachtet. Lange Schlangen vor Suppenküchen winden sich um hippe Co-Working-Büros mit kecken Leitsprüchen und stylish-spielerischer Inneneinrichtung. An den zugenagelten Geschäften und Coffeeshops, die während der Pandemie mangels Kundschaft eingegangen sind, feilschen Schilder vergebens um Interessent*innen für leer stehende Büroräume und Ladenflächen (vgl. Abb. 11).

Nur zehn Jahre nach der Ausschüttung großzügiger Steuererleichterungen für Techkonzerne zur Wiederbelebung der Downtown stehen aufgrund der gegenwärtigen Remote-Working-Trends und dem Downsizing der Immobilienportfolios vieler Plattformunternehmen über 30 Prozent der Büroflächen leer. Die von Grund- und Gewerbesteuern abhängigen Stadtfinanzen befinden sich in freiem Fall. Sogar die Finanzierung der U-Bahn, welche die Innenstadt mit anderen Stadtteilen und den benachbarten Großstädten Oakland und Berkeley verbindet, steht mangels pendelnder Techarbeitender und fehlender öffentlicher Subventionen auf der Kippe (Li/Arroyo 2023). Bereits fordern wirtschaftsliberale Stimmen (wie z. B. Bürgermeisterin London Breed) weitere Steueranreize, um Techkonzerne ausgerechnet in die weltbekannte Hochburg des



Abb. 11 Informeller Straßenhandel vor leer stehenden Bürogebäuden an der Market Street (Foto: Katja Schwaller, 2023)

Digitalkapitalismus zu locken. Boom und *bust* verlaufen zeitgleich: Während Techkonzerne ihren Einfluss während der Pandemie weiter ausbauen konnten und die Büro- und Wohnungspreise nach wie vor zu den weltweit höchsten gehören, liegt der öffentliche Sektor auf dem Sterbebett. Die zugenagelten Geschäfte an der Market Street sprechen Bände über die lokalräumlichen Auswirkungen von Konzernen, die sich gerne als körperlose, dem Raum und der Zeit entflohenen Zukunftswelten à la *Metaverse* präsentieren.

Anders als die von Mike Davis beschriebene Segregation ganzer Stadtteile, die in der Errichtung eigentlicher Festungsstädte wie *Bunker Hill* mündet, manifestiert sich die starke soziale Polarisierung im San Francisco der 2020er-Jahre hingegen in einer viel kleinräumlicheren Fragmentierung des städtischen Raumes, mit kleinen Sprengeln von Luxus- und Hightech-Enklaven inmitten der „sadistischen Straßenumwelten“ (Davis 2006 [1990]: 226). Zwar ist die Bespielung und Inszenierung von weichen Oberflächen mit dem (Post-)Pandemie-Backlash teilweise wieder einer offenen Verhärtung des Stadtraumes gewichen, wie obige Beispiele verdeutlichen. Insgesamt verlaufen die Grenzen jedoch fließender und funktioniert der Ausschluss oft über subtile, „unsichtbare“ Zeichen, die häufig nur von denen gelesen werden, die von ihnen zum Gehen aufgefordert werden (wie Davis schön beschreibt, vgl. ebd.: 220). Wer sich hingegen ungestört im künstlichen Grün in Twitters „Chicotel Commons“ sonnen kann, einer nominal öffentlich zugänglichen, aber faktisch privatisierten Plaza, kann diese Verdrängungsprozesse leicht ausblenden (vgl. Abb. 12). Die dezenten Kameras, der freundliche Wachmann, der makellose Kunstrasen, die Lagerfeuerästhetik wie aus dem Werbekatalog, die jungen Techangestellten mit ihren modischen Haarschnitten und teuren Smartphones – wer nicht ausgeschlossen ist, kann sich hier durchaus eingeschlossen fühlen.[8] In Tat und Wahrheit sind diese vermeintlich öffentlichen Räume stark gefiltert – wo sind die Alten, Kranken und Mittellosen, die widerspenstigen Teenager oder Menschen, die soziale Reproduktionsarbeit leisten? Dass Öffentlichkeit vielmehr simuliert wird, fällt mit der zunehmenden Normalisierung (sowohl im städtischen als auch virtuellen Raum) irgendwann kaum mehr auf. „Wenn diese Skinnersche Partitur gut dirigiert wird“, entsteht so in der Tat, wie Davis (2006 [1990]: 248) schreibt, „eine richtiggehende Einkaufssymphonie wimmelnder, konsumierender Nomaden“. Diese findet nun jedoch nicht mehr nur im städtischen, sondern auch im

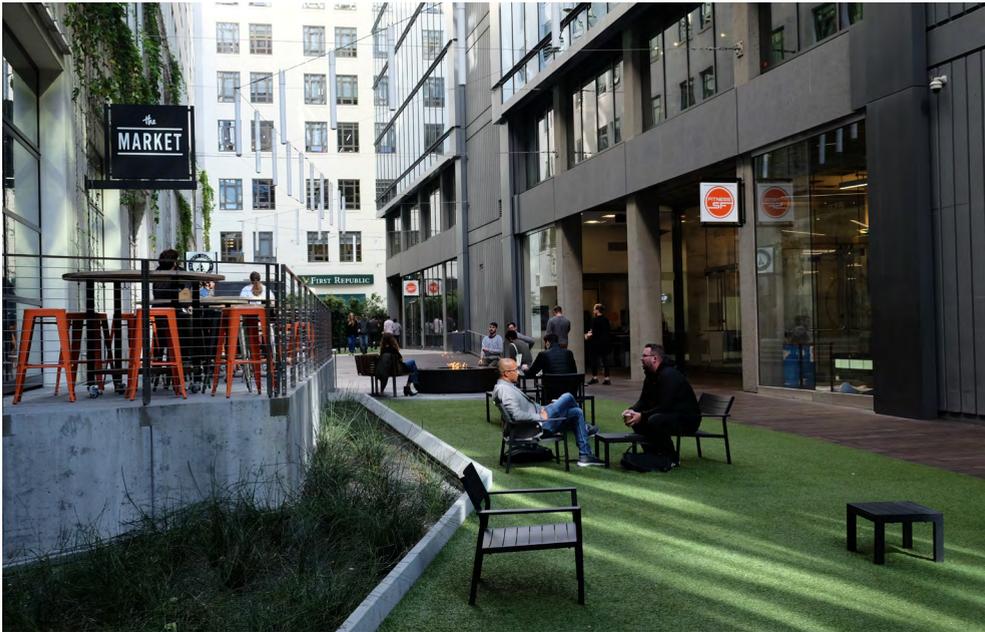


Abb. 12 Gefilterter pseudo-öffentlicher Raum beim Twitter-Campus (Foto: Katja Schwaller, 2017)

virtuellen Raum und insbesondere in einer Verschmelzung der beiden statt.[9]

Doch auch in diesen Fantasiewelten zeigen sich neuerlich Risse. Die von Elon Musk geforderte „Hardcore“-Arbeitskultur (Milmo 2022), die jüngsten Massenentlassungen im Techsektor (Jiang 2022) und der gesellschaftliche Backlash gegen die Machenschaften von Big Tech (insbesondere seit dem Aufstieg Donald Trumps 2016) sind auch an den Plattformunternehmen in San Francisco nicht spurlos vorbeigegangen. Immer öfter kommt es zu Zusammenschlüssen von kritischen Techarbeitenden, Stadtteilaktivist*innen, prekären Plattform-Arbeitenden, Migrationsaktivist*innen und anderen kritischen Stimmen, die sich gegen die sozialen, arbeitsrechtlichen und umweltpolitischen Auswirkungen von Big Tech sowie gegen deren Kaperung der öffentlichen Infrastruktur gemeinsam organisieren. Wie von Davis antizipiert, ist der städtische Raum weder vollständig befriedet noch restlos durch (Plattform-)Unternehmen gekapert. Die nächste Revolte braut sich potenziell jederzeit am Horizont zusammen, bleibt aber unberechenbar (Davis 2006 [1990]: 250). Proteste vor den Welthauptsitzen und Techbüros an der Market Street – von Uber über Twitter bis Amazon – sind in den letzten Jahren jedenfalls nicht ausgeblieben (vgl. Abb. 13 u.



Abb. 13 und 14 Proteste vor den Büros von Amazon und dem Uber-Hauptsitz an der Market Street (Fotos: Katja Schwaller, 2019 und 2020)

14). Ob Raumpfleger*innen und Hausmeister*innen von Twitter, prekäre Gig-Arbeiter*innen von Uber oder breite Koalitionen, die sich gegen die Zusammenarbeit von Amazon mit der Migrationspolizei ICE und die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Amazon-Logistikzentren wehren – die Zentralen der bekannterweise besonders gewerkschaftsfeindlichen Techkonzerne, in denen Arbeit gerne als Selbstverwirklichung inszeniert wird, sind neuerdings zu Orten sozialer Proteste geworden.

Besonders eindrücklich waren die Black-Lives-Matter-Proteste in der frühen Lockdownphase der Covid-19-Pandemie im Juni 2020, im Anschluss an die Ermordung George Floyds durch die Polizei in Minneapolis. In einer Innenstadt, die bis auf die improvisierten Zelte von Wohnungslosen leer gefegt und stillgelegt war, kamen plötzlich Tausende von Menschen zusammen, um gegen rassistische Polizeigewalt, aber auch die Zusammenhänge von Rassismus, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, die Verdrängungskrise und die Rolle von Big Tech zu protestieren. Hastig hochgezogene Bretterwände an den pandemiebedingt leer stehenden Hauptsitzen von Twitter & Co. zeigten anschaulich, wie ernst es diesen Firmen in ihrem viel beschworenen Engagement für den lokalen städtischen Raum tatsächlich ist (vgl. Abb. 15).[10] Und wie sehr sie sich dem Zorn städtischer Bevölkerungsgruppen bewusst sind, die gerne in diversitätsbetonten Marketingbroschüren in Hochglanz abgebildet werden. Die jedoch im Umkreis dieser Unternehmenswelthauptsitze ständig damit rechnen müssen, rassistischer Polizeigewalt zum Opfer zu fallen oder anderweitig von der extremen sozialen Polarisierung betroffen zu sein – „exotisches Gestrüpp oder avantgardistische Straßenmöbel“ zur Bespielung öffentlicher Plätze hin oder her (Davis 2006 [1990]: 226).



Abb. 15 Verbarrikiertem Twitter-Campus während Black-Lives-Matter-Protesten (Foto: Katja Schwaller, 2020)

Mike Davis' Analysen, so viel steht fest, werden noch lange nachklingen. Für gegenwärtige „Ausgrabungen der Zukunft“ lohnt es sich jedoch durchaus, auch in den (zukünftigen) Ruinen des Techbooms in der Innenstadt San Franciscos vorbeizuschauen. Hier zeigen sich neuartige Formen von Steuerung und Kommodifizierung über Dateninfrastrukturen im städtischen Raum. Entlang der entstehenden Risse stellen sich aber auch dringende Fragen nach der Organisation des städtischen Zusammenlebens, der Umstrukturierung von Arbeit, Leben und sozialer Reproduktion. Die halb leer stehenden Techbüros verweisen als gebaute Umwelt auf vergangene techno-utopische Heilsfantasien und Fehler der städtischen Raumplanung, die noch immer wirkmächtig sind. Gleichfalls verweisen sie auf Prozesse, Orte und Zulieferketten, die in den strahlenden Hightech-Simulationswelten gerne ausgeblendet werden: Ressourcenabbau, hochprekäre iPhone-Fabriken, Gig-Arbeit, Kriegsindustrie und Export von giftigem Elektromüll in den Global Süden zum Beispiel. Als Entwickler digitaler Applikationen und Hardware befördern sie die Mobilität von Kapital und Arbeit, was wiederum neuen Formen von Offshoring, Outsourcing und Remote-Work-Trends Auftrieb gibt und die sozialräumliche Umstrukturierung vorantreibt (vgl. Abb. 16).



Abb. 16 Pandemic Urbanism: unsichere Zukunft zwischen virtuellen Zoom-Räumen und aufgegebenen städtischen Räumen (Foto: Katja Schwaller, 2020)

Genannt sei hier etwa das ebenfalls in San Francisco ansässige Unternehmen Airbnb, das seine Plattform seit der Pandemie als Infrastruktur für das Leben und Arbeiten losgelöst von einem festen Ort vermarktet. „Digitale Nomad*innen“ könnten von exotischen „Destinationen“ aus arbeiten und dazu auch noch Drinks schlürfen, die auf Bali oder in Mexico City viel günstiger zu erwerben sind. Um von Airbnb als ideale „Remote-Work-Destination“ vermarktet zu werden, fordert das Unternehmen von Städten und Regionen ähnliche Anreize, wie sie in San Franciscos steuerbegünstigter Zone zum Einsatz kamen – nun einfach auf individuelle Techarbeitende umgemünzt: beschleunigte Visaprozesse, Steuererleichterungen, spezielle Kulturangebote und deregulierte Bedingungen für Plattformunternehmen wie Airbnb (Airbnb 2022). In Partnerstädten wie Mexico City lässt sich derweil beobachten, wie sich aus San Francisco exportierte Boomtown-Probleme wie innerstädtische Verdrängungsprozesse und extreme soziale Polarisierung durch Plattformunternehmen unter neokolonialen Bedingungen zuspitzen (Nguyen 2022).

In San Francisco wird indes diskutiert, wie leer stehender Büroraum in dringend benötigte Wohnungen verwandelt werden

könnte – ein komplizierter Umzonungsprozess, der ebenso gut weitere Luxuswohnungen statt bezahlbaren Wohnraum auf den Markt werfen könnte (Redmond 2023). Gleichzeitig vermarktet Airbnb auch hier bestehenden (und oft noch halbwegs bezahlbaren) Wohnraum als Arbeitsraum für Tech-Worker-Retreats und Co-Working-Sessions. Die zugenagelten Geschäfte und halb leeren Tech-Weltsitze an der Market Street, so viel steht fest, verweisen gleichfalls auf eine unsichere und umkämpfte Gegenwart und Zukunft. Die Ausblutung der US-Städte und das neoliberale Standortmarketing, das Davis diskutiert, zeigt hier seine toxischen Früchte, perfektioniert durch die Plattformen und Praktiken von Firmen, wie sie an San Franciscos Market Street ansässig sind. Finden sich in den entstehenden Rissen und Ruinen eines vergangenen Booms auch Ansätze für translokale Solidaritäten und Aneignungen jenseits von Big Tech? Mike Davis, der „*doom and gloom*“-Prophet, blieb zeit-
lebens Optimist – ein radikaler Optimismus, der die Handlungs- und Widerstandsfähigkeit der Bewohner*innen in den Vordergrund stellt. San Francisco ist vielleicht *doomed*, wie die lokale Punkband Crime bereits in den 1970er-Jahren konstatierte. Aber am Ende ist die Stadt an der Bay noch lange nicht.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Der Slogan zielt die Bürofenster der gegenüber gelegenen Techfirma Slack.
- [2] Die schöne deutsche Erstausgabe von *City of quartz*, verlegt von Schwarze Risse/Rote Straße (1994), ist im Zürich der frühen 2000er-Jahre durch so viele Hände gegangen, dass sie irgendwann auseinanderfiel und ich die Ausgabe von 2006 anschaffen musste.
- [3] Die Beispiele beziehen sich auf die vom früheren Bürgermeister Ed Lee 2013 ausgerufenen *Living Innovation Zone* an der Market Street, Beobachtungen von früheren „Prototyping-Festivals“ in diesem Rahmen und die Bemühungen und Versprechungen der städtischen *Better Market Street Initiative*. In den Worten von Lee: „This unique initiative brings innovation that is sometimes behind closed doors and brings it out into the light of day where we can all learn and be inspired by it. I'm excited to see our sidewalks come alive with new ideas, and I believe it is initiatives like these that underscore our commitment to innovation and helps secure our reputation as the Innovation Capital of the World.“ (City and County of San Francisco Mayor's Office 2013) Siehe auch *Market Street Prototyping Festival* (o. J.) und *Better Market Street Initiative* (o. J.).
- [4] Wie erwähnt verfügt San Francisco über Dutzende Gesetze, die das Schlafen, Kochen und sogar Sitzen im öffentlichen Raum unter Strafe stellen (siehe Herring/Yarbrough 2015).

Verhärtenungen unter der Oberfläche – Mike Davis im Plattform-Urbanismus

- [5] Siehe dazu Ruha Benjamin (2019), Chris Herring (2019) und Adam Hudson (2015).
- [6] Siehe Shorestein Properties (2017), City and County of San Francisco Mayor's Office (2013), Gehl Architects (2013) und Better Market Street Initiative (o. J.).
- [7] Siehe McCormick 2022.
- [8] Frei nach Hannah Arendt (2017).
- [9] Ich verweise hier auch auf die alltägliche Nutzung virtueller „öffentlicher“ Räume, wie sie von profitorientierten Plattformunternehmen wie Twitter angeboten werden, und die dadurch einsetzende Normalisierung von Filterungsmechanismen, personalisierter Werbung und Eigentumsrechten in der Hand von Big Tech. Zu den Zusammenhängen von B. F. Skinners Behaviorismus und dem Digitalkapitalismus siehe Zuboff 2019.
- [10] Wie es eine Sprecherin für Twitter 2014 ausdrückte, als das Unternehmen noch als urbaner „Hoffnungsträger“ gefeiert wurde: „We want to be part of the people.“ (Kelly Flannery, zit. in Anderson 2014)

Autor_innen

Katja Schwaller forscht aus interdisziplinärer Perspektive zu Schnittpunkten von Arbeit, Stadt und Digitalkapitalismus. Sie lebt in San Francisco. kschwaller@stanford.edu

Literatur

- Airbnb (Hg.) (2022): Live and work anywhere: Remote working program. <https://www.airbnb.com/d/liveandworkanywhere> (letzter Zugriff am 27.10.2022).
- Anderson, Lamar (2014): Urban game changer. In: *Architectural Record*, February, 40-44.
- Anti-Eviction Mapping Project (Hg.) (2021): *Counterpoints: A San Francisco Bay Area atlas of displacement & resistance*. Oakland: PM Press.
- Arendt, Hannah (2017): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft: Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München: Piper.
- Becker, Jochen (2021): The city as data factory. Notes on tech urbanism. In: Peter Moertenboeck / Helge Mooshammer (Hg.), *Platform urbanism and its discontents*. Rotterdam: nai010 publishers, 297-309.
- Benjamin, Ruha (2019): *Race after technology. Abolitionist tools for the new Jim Code*. Cambridge: Polity Press.
- Better Market Street Initiative (o. J.): <http://www.bettermarketstreetsf.org/> (letzter Zugriff am 10.2.2023).
- City and County of San Francisco Mayor's Office (2013): Mayor Lee launches nation's first living innovation zone. <http://sfmayor.org/article/mayor-lee-launches-nation%E2%80%99s-first-living-innovation-zone> (letzter Zugriff am 10.2.2023).
- Davis, Mike (2006 [1990]): *City of quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Davis, Mike (2023): Festung L.A (2006 [1990]). In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, i-xliii.
- Gehl Architects (2013): *A better Market Street*. <http://gehlpeople.com/cases/san-francisco-usa/> (letzter Zugriff im Juni 2018, nicht verfügbar Februar 2023).
- Herring, Chris (2019): Complaint-oriented policing. Regulating homelessness in public space. In: *American Sociological Review* 84/5, 769-800.
- Herring, Chris / Yarbrough, Dilara (2015): Punishing the poorest: How the criminalization of homelessness perpetuates poverty in San Francisco. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2620426>.

Katja Schwaller

- Hudson, Adam (2015): How punitive and racist policing enforces gentrification in San Francisco. <http://www.truthout.org/news/item/30392-how-punitive-and-racist-policing-enforces-gentrification-in-san-francisco> (letzter Zugriff am 10.2.2023).
- Jiang, Chuqin (2022): Recent tech layoffs. The great reset after a pandemic boom. In: *Mission Local*, 17.11.2022.
- King, John (2017): Salesforce buys naming rights to Transbay Transit Center. In: *San Francisco Chronicle*, 8.7.2017.
- Li, Roland / Arroyo, Noah (2023): Cities are struggling. San Francisco could be in for the biggest „doom loop“ of all. In: *San Francisco Chronicle*, 30.3.2023. <https://www.sfchronicle.com/sf/article/city-economy-doom-loop-17846412.php> (letzter Zugriff am 6.4.2023).
- Market Street Prototyping Festival (o. J.): Market Street Prototyping Festival – Shaping the future of Market Street. <https://marketstreetprototyping.org/> (letzter Zugriff 10.2.2023).
- McCormick, Erin (2022): The daily battle to keep people alive as fentanyl ravages San Francisco's Tenderloin. In: *The Guardian*, 23.4.2022. <https://www.theguardian.com/us-news/2022/apr/23/san-francisco-homelessness-street-team-fentanyl> (letzter Zugriff am 6.4.2023).
- Milmo, Dan (2022): Elon Musk gives Twitter staff deadline to commit to being „hardcore“. In: *The Guardian*, 16.11.2022.
- Nguyen, Terry (2022): Mexico City and the pitfalls of becoming a remote work destination. In: *Vox*, 30.3.2022. <https://www.vox.com/the-goods/22999722/mexico-city-pandemic-remote-work-gentrification> (letzter Zugriff am 6.4.2023).
- Office of the Controller (2011): Payroll expense tax exclusion in Central Market Street and Tenderloin Area. Economic impact report. San Francisco: City and County of San Francisco. <http://sfcontroller.org/sites/default/files/FileCenter/Documents/1865-PDF108.pdf> (letzter Zugriff am 6.4.2023).
- Redmond, Tim (2023): When the Chron didn't get the memo. In: *48 hills*, 3.4.2023. <https://48hills.org/2023/04/when-the-chron-didnt-get-the-memo/> (letzter Zugriff am 6.4.2023).
- Sadowski, Jathan (2020): *Too smart. How digital capitalism is extracting data, controlling our lives, and taking over the world.* Cambridge: The MIT Press.
- Schwaller, Katja (Hg.) (2019): *Technopolis. Urbane Kämpfe in der San Francisco Bay Area.* Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Shorenstein Properties (2017): *Market Square tour book.* http://marketsquaresf.com/pdf/MarketSquare_TourBook.pdf (letzter Zugriff im Mai 2017, online nicht verfügbar Februar 2023).
- Wark, McKenzie (2019): *Capital is dead: Is this something worse?* New York: Verso.
- Zuboff, Shoshana (2019): *The age of surveillance capitalism. The fight for a human future at the new frontier of power.* New York: Public Affairs.

Der Palast und die Souveränität des Premierministers in Äthiopien

Rony Emmenegger, Asebe Regassa

1. Der Kaiserpalast

Kurz nach seiner Ernennung zum äthiopischen Premierminister im April 2018 veranlasste Abiy Ahmed die Renovierung des Kaiserpalastes in der Hauptstadt Addis Abeba. Im Einklang mit der weitverbreiteten Euphorie über seinen Friedensnobelpreis im darauffolgenden Jahr wurde auch die Eröffnung des Palastes international als Zeichen für das Ende der autoritären Herrschaft in Äthiopien aufgenommen: So verkündete CNN in seinem Format „Inside Africa“ freudig: „Äthiopien öffnet zum ersten Mal seinen geheimnisvollen Kaiserpalast.“ (Jeffrey 2019; Übers. d. A.) In der Tat wurde der bis dahin geschlossene und von Soldaten bewachte Kaiserpalast einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Palast im Zentrum von Addis Abeba, nun in *Unity Park* umbenannt, wurde zum Magneten für nationale und internationale Besucher:innen – mit spezieller Anziehungskraft für eine wachsende urbane Mittelschicht. Im Inneren des Parks folgen Besucher:innen diversen Routen durch eine Grünanlage, einen botanischen Garten, einen Zoo, einen Käfig für die kaiserlichen schwarzen Löwen sowie weiteren Bereichen: mit Restaurants zum Verweilen, Pavillons, die den verschiedenen ethnischen Regionalstaaten Äthiopiens gewidmet sind, Verwaltungsgebäuden sowie festlichen Gebäuden, die den äthiopischen Kaisern Menelik II und Haile Selassie I gewidmet sind.

Der Ort von Abiy Ahmeds erstem Infrastrukturprojekt von nationaler Bedeutung ist mit dem Kaiserpalast strategisch gewählt. Der eigentliche Palast (siehe Abb. 1) wurde 1890 von Kaiser Menelik II im politischen Zentrum des entstehenden modernen äthiopischen Territorialstaats gebaut (Marcus 1975). In der Folge entwickelte er sich zu einem zentralen Knotenpunkt in Äthiopiens „politischer Topographie“ (Boone 2003). Von Bedeutung für Menelik II (1889-1913) war der Palast in der damaligen



Abb. 1 Ehemaliger Kaiserpalast von Menelik II (Quelle: Thomas Betschart, Juli 2021).[1]

Garnisonstadt sowohl wegen seiner militärstrategischen Lage auf einem Hügel, als auch wegen seiner geopolitischen Position im Zentrum seines entstehenden Reichs. Auch Haile Selassie I (1916-1974), Meneliks Nachfolger, nutzte nach seiner Machtübernahme den Palast als politisches Zentrum zur Konsolidierung des Reichs in der entstehenden Hauptstadt. Er ließ sich aber bald darauf einen eigenen Palast bauen, den heute die Universität Addis Abeba als Hauptcampus nutzt. Nach einem versuchten Staatsstreich 1960 zog Haile Selassie I wieder zurück in den Palast seines Vorgängers, zumindest bis zur Machtübernahme durch das sozialistische Regime der Derg (1974-1991). Im Zuge der Revolution von 1974 wurde der Palast Schauplatz des Konflikts. Seine Einnahme wurde zum Sinnbild für den Regimewechsel (Ottway/Ottway 1978).

Der moderne äthiopische Staat hat seinen Ursprung in der imperialen Expansion unter Kaiser Menelik II ab dem späten 19. Jahrhundert. Diese Expansion politischer Macht aus dem äthiopischen Hochland führte zur gewaltsamen Eingliederung der umliegenden Tiefländer und der dort beheimateten Bevölkerungsgruppen (James et al. 2002; Markakis 2011). Unter der Herrschaft von Haile Selassie I konsolidierte sich der äthiopische Staat, insbesondere durch die weitere Zentralisierung der politischen Macht sowie durch die Assimilation verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Tiefländern. Der äthiopische Nationalstaat war ethnisch von

Der Palast und die Souveränität des Premierministers in Äthiopien

Amhar:innen dominiert (Aalen 2011; Markakis 2011). Die Bildung des modernen äthiopischen Territorial- und Nationalstaats war dabei nicht nur ein gewaltsames Projekt von Eroberungen und Eingliederungen, sondern zugleich ein ideologisches Projekt (James et al. 2002). Insbesondere Denkmäler ermöglichten es verschiedenen politischen Regimen – dem imperialen Regime (1889–1974), dem sozialistischen Regime (1974–1991) und dem ethnisch-föderalistischen Regime (1991–2018) –, ihre staatliche Autorität, Legitimität und Souveränität auch ideologisch zu konsolidieren (Tola 2017). In der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba fand dies früh seinen Ausdruck, beispielsweise unter imperialer Herrschaft in der Benennung öffentlicher Infrastrukturen (der ersten Schule, der Universität oder des Spitals) nach Menelik II oder Haile Selassie I (Marcus 1975; Zewde 2002). Zwecks ideologischer Konsolidierung imperialer Macht im politischen Zentrum Äthiopiens wurde auch der Kaiserpalast zu einem Ort der Staats- und Nationenbildung, beziehungsweise der Bildung entsprechender „politischer Mythen“ (Bottici/Challand 2006; Emmenegger 2021: 4).

Angesichts der heftigen ethno-nationalistischen Konflikte in Äthiopien sowie der aktuellen Legitimitätskrise des amtierenden Regimes unter der Führung von Abiy Ahmed hat der Kaiserpalast aktuell erneut an Bedeutung gewonnen. In diesem Beitrag diskutieren wir die Renovierung des Kaiserpalastes sowie seine Reinszenierung als Unity Park als Teil von Abiy Ahmeds Projekt der Staats- und Nationenbildung. Wie wir zeigen, investierte Abiy Ahmed mit der Renovierung in die Revitalisierung einer Staatsgeschichte, einer Staatsmythologie und eines Staatsnationalismus, um an Äthiopiens *great tradition* und seine glorreiche Vergangenheit anzuknüpfen. Spezielle Bedeutung kommt dabei den beiden Statuen der von Menelik II und Haile Selassie I im Inneren des Festsaals beziehungsweise des Thronhauses zu. Die beiden Statuen stehen sinnbildlich für den Versuch, den äthiopischen Imperialstaat und den Mythos nationaler Einheit wieder aufleben zu lassen. Dies geschieht insbesondere, um das nationalistische Lager und städtische Eliten zu mobilisieren. Zugleich sind die beiden Figuren von strategischer Bedeutung für Abiy Ahmed, der damit seinen Herrschaftsanspruch in und über Äthiopien zu legitimieren sowie sich als souveräner äthiopischer Führer zu inszenieren versucht.

2. Autoritäre Herrschaft

Abiy Ahmeds Herrschaft in Äthiopien steht im Kontext interethnischer Spannungen und Konflikte, die trotz des Regimewechsels in den frühen 1990er Jahren andauerten. Die Schaffung eines ethnisch-föderalen Systems durch die „Ethiopian People’s Revolutionary Democratic Front“ (EPRDF) – eine Koalition verschiedener ethnischer Parteien – verhiess das Ende der autoritären Herrschaft in Äthiopien. Mit der ethnisch-föderalen Verfassung erkannte die EPRDF die bis dahin marginalisierten ethnischen Gruppen im Land als selbstbestimmte Nationen in entsprechend ethnisch definierten Regionalstaaten an (FDRE 1995). Trotz dieser Öffnung blieb die Politik in Äthiopien autoritär geprägt. Dies war insbesondere unter der von der „Tigray People’s Liberation Front“ (TPLF) dominierten EPRDF-Koalition der Fall (Emmenegger 2016; Kassa 2020; Lefort 2007). Zugleich rief die autoritäre Herrschaft im Vielvölkerstaat Äthiopien Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervor. Diese manifestierte sich in der Bildung neuer politischer Bewegungen und kulminierte zwischen 2014 und 2018 in ethnisch-nationalistischen Protesten der Oromo (Østebø/Tronvoll 2020). Im Gegensatz zu früherem Widerstand gegen herrschende Regime mobilisierten diese Proteste insbesondere die städtischen Eliten und verlagerten so den Kampf von der ländlichen Peripherie ins politische Zentrum Addis Abeba (Regassa/Soboka 2022).

Abiy Ahmeds Nominierung für das Amt des Premierministers durch die EPRDF hatte dementsprechend strategischen Charakter: Als Mitglied der „Oromo People’s Democratic Organization“ (OPDO), einer Koalitionspartnerin der EPRDF, gelang es ihm, die Oromo-Protestbewegung zu beruhigen und die Herrschaft EPRDF weiterhin sicherzustellen. Am 2. April 2018 wurde Abiy Ahmed als Äthiopiens Premierminister vereidigt. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt zeigte sich allerdings, dass Abiy Ahmed auch seine eigene Agenda hatte: In einer öffentlichen Rede offenbarte er, dass sich mit seiner Nominierung jene „Prophezeiung“ seiner Mutter realisiert habe, wonach er einst als „Äthiopiens siebter König“ in die Geschichte eingehen werde (TN Media 2018). In weniger als einem Jahr baute er die EPRDF zu einer Einheitspartei um: der „Prosperity Party“ (PP). Die entsprechenden parteipolitischen Rochaden konsolidierten seine Macht und provozierten neue Konflikte: Die TPLF, die bisher die EPRDF-Koalition dominiert hatte, weigerte sich, der PP beizutreten. Als Reaktion kehrten Abiy Ahmed und die PP der TPLF den Rücken. Sie stigmatisierten die TPLF und machten sie zum Sündenbock für das Andauern der

autoritären Herrschaft von 1991 bis 2018. Im November 2020 gipfelte der Konflikt zwischen PP und TPLF im Bürgerkrieg in der Region Tigray, der bis heute andauert; ebenso in anderen Regionen des Landes (Pellet 2021).

Angesichts dieser interethnischen Spannungen und Konflikte unternahm Abiy Ahmed verschiedene militärische und parteipolitische Schachzüge, um seine politische Macht zu konsolidieren. Vor allem aber baute er strategisch einen Kult um seine Person auf und stilisierte sich zum modernen, intellektuellen und charismatischen Führer (Balehegn 2021). Von besonderer strategischer Bedeutung war für Abiy Ahmed die Gestaltung des städtischen Raums: Einerseits versuchte er mit der Lancierung verschiedener Infrastrukturprojekte, das Prosperitätsversprechen der PP zu untermauern (siehe u. a. Terrefe 2020, Zhengli/Goodfellow 2022). Andererseits investierte er gezielt in die Revitalisierung von Staatsgeschichte, Staatsmythologie und Staatsnationalismus, gerade auch in monumentaler Form, wie wir am Beispiel des Kaiserpalastes zeigen werden. In Anbetracht der zunehmenden politischen Fragmentierung des Landes scheinen diese Infrastrukturprojekte zentral zu sein für die Erzeugung und Festigung einer kollektiven Vorstellung von nationaler Einheit und staatlicher Souveränität, und zwar in Referenz auf Vergangenheit und Zukunft. Diese Infrastrukturprojekte adressieren außerdem die Bedürfnisse der wachsenden städtischen Mittelschicht (Ejigu 2014). So besuchen heute vor allem Angehörige der städtischen Mittelschicht den Unity Park, aber auch die nachfolgend als Freizeit- und Erholungsräume gebauten Parks Sheger und Entoto.

3. Königliches Erbe

Im Oktober 2019 öffnete der neu renovierte Unity Park seine Tore. In seiner Rede zur Einweihung begründete Abiy Ahmed die Renovierung so: Sie solle „unser Engagement für den Erhalt der Einheit unseres Landes zeigen, die unsere Väter geschaffen und uns vererbt haben.“ (Abbay Media 2019; Übers. d. A.) In seiner Rede betonte er das Ende der Gewaltherrschaft früherer Regime und hob zugleich Äthiopiens ruhmreiche Geschichte als Ausgangspunkte für aktuelle und künftige Bemühungen um Wohlstand hervor. Sinngebend hierfür war insbesondere seine Referenz auf Äthiopiens *great tradition* beziehungsweise seine mehr als 2000-jährige Geschichte, die er als glorreiche Vergangenheit darstellte. Bereits Menelik II und Haile Selassie I hatten zur Legitimierung der Macht des

äthiopischen Imperialstaats Äthiopiens *great tradition* betont, insbesondere die salomonische Legende von der Heirat der abessinischen Königin von Saba mit König Salomon aus Israel im 1. Jahrhundert (De Lorenzi 2015; Marzagora 2017). Das Narrativ der *great tradition* ermöglichte seither die Verherrlichung des kaiserlichen Äthiopiens und seiner christlich geprägten Amhara-Tigray-Kerngesellschaft im abessinischen Hochland (Yates 2020).

Abiy Ahmeds Verweis auf die *great tradition* erscheint auf den ersten Blick paradox: Er als ethnischer Oromo kann im eigentlichen Sinne nicht das Erbe der imperialen Herrschaft über die äthiopische Nation beanspruchen, da diese historisch gesehen eine Antithese zum Oromo-Nationalismus darstellte (Gudina 2003; Regassa 2022).[2] Der äthiopische Nationalismus basiert seit jeher auf einem kulturellen Ethos, der es gerade für andere Ethnien als Amhar:innen schwierig macht, einen Machtanspruch geltend zu machen (Markakis 1994; Poluha 2004). So mussten sich in der Vergangenheit Herrscher, die sich nicht im dominanten Diskurs des äthiopischen Nationalismus verorten konnten (wie etwa Mengistu Hailemariam, der Vorsitzende des sozialistischen Regimes der Derg), alternativer Symboliken bedienen, um ihre Autorität aufzubauen und ihre Macht zu legitimieren (Marzagora 2017). Im Gegensatz zu seinen Vorgängern ist es Abiy Ahmed aber dennoch gelungen, seine Herrschaft in Anlehnung an Vorstellungen eines imperialen Äthiopiens und dessen *great tradition* zu artikulieren. Der Umbau des Kaiserpalasts ist gerade in dieser Hinsicht von Bedeutung, wie wir im Folgenden erläutern.

Auch die spektakuläre Inszenierung der Statuen der Kaiser Menelik II und Haile Selassie I ist im Zuge der Revitalisierung oder Neuinterpretation der äthiopischen Geschichte im Unity Park zu lesen (siehe Abb. 2). Im gängigen nationalistischen Diskurs wird Menelik II als Held, Erbauer des Reiches, als Einiger und Verteidiger der äthiopischen Souveränität gefeiert. Haile Selassie I wird als Modernisierer bejubelt, der das von seinem Vorgänger errichtete Reich weiter konsolidierte (Marcus 1975; Zewde 2002). Den Aufbruch in die Moderne signalisiert im Unity Park die Ausstellung des Autos, mit dem Haile Selassie I einst chauffiert wurde. Die Installation der beiden Kaiser in Form von Statuen ist untermauert Abiy Ahmeds Souveränitätsanspruch mythisch. Der Versuch, ihn in die königliche Erbfolge Äthiopiens zu integrieren, deutet sich im Unity Park insbesondere auf einer Wand im Außenbereich an, auf der sieben Herrscher des modernen Äthiopiens erscheinen. Die Erbfolge umfasst

Der Palast und die Souveränität des Premierministers in Äthiopien

einem am Eingang ausgelegten Faltblatt zufolge „sieben äthiopische Staatsoberhäupter *ohne* Premierminister Abiy Ahmed mitzuzählen“ (Unity Park 2021a; Hervorhebung hinzugefügt). Während Abiy Ahmed also auf der Wand explizit nicht abgebildet ist, wird er in der dazugehörigen Beschreibung dennoch als legitimer Nachfolger der vorherigen Herrscher beschrieben.

Die Spektakularisierung der beiden Kaiser als Statuen entlarvt den Unity Park als mythisches Projekt. Die Schilder im Thronhaus schreibt beiden Kaisern durch die Referenz auf salomonische Mythen eine göttliche Qualität zu. Die Ausstellung der Kronen beider Kaiser als Symbole ihrer Verbindung zu einer göttlichen Autorität verstärkt dies noch. In der politischen Kultur Äthiopiens wird Herrschaft seit jeher nicht nur durch die Erbfolge gerechtfertigt, sondern auch durch den Verweis auf



Abb. 2 Statue von Haile Selassie I im Thronhaus (Quelle: Thomas Betschart, Juli 2021).

göttliche Macht (Clapham 1969; De Lorenzi 2015). Haile Selassie I begründete seinen Machtanspruch gar durch die Kodifizierung seines heiligen Körpers in der Verfassung: In Artikel 4 der revidierten Verfassung von 1955 heißt es: „Kraft seines kaiserlichen Blutes und der Salbung, die er empfangen hat, ist die Person des Kaisers heilig, seine Würde ist unantastbar und seine Macht unbestreitbar. [...] Wer es wagt, den Kaiser zu verletzen, wird bestraft.“ (IGE 1955; Übers. d. A.) Ebenso wie in der mittelalterlichen politischen Theologie begründet sich die souveräne Macht des Kaisers hier durch die Koexistenz eines natürlichen und eines politischen Körpers (Kantorowicz 1957; Übers. d. A.). Die Vorstellung der zwei Körper des Königs, die als hegemoniales Projekt auch in Äthiopien vorangetrieben wurde, ist dort bis heute kulturell tief verankert (Kassa 2020; Østebø/Tronvoll 2020; siehe auch Hansen/Stepputat 2001: 28).

4. Historische Pluralität

In Äthiopien zogen bereits die imperialen Herrscher die *great tradition* heran, um ihren Herrschaftsanspruch im multiethnischen Staat zu legitimieren und Angehörige anderer ethnischer Gruppen zu marginalisieren (Marzagora 2017; Yates 2020). Problematisch sind die Narrative um die *great tradition* einerseits aufgrund ihrer selektiven Interpretation der äthiopischen Geschichte und andererseits aufgrund ihrer Instrumentalisierung in der Vergangenheit für die Eroberung der Peripherien und deren Integration in den äthiopischen Einheitsstaat (Clapham 2002). Der Rückbezug auf Äthiopiens *great tradition* unter Abiy Ahmed unterstreicht somit eine gewisse Kontinuität, signalisiert aber zugleich auch Wandel: Der Rückbezug erfolgt im Kontext der geltenden ethnisch-föderalen Verfassung, also ganz im Sinne der ethnischen Vielfalt im föderalen Äthiopien. Im Unity Park manifestiert sich dies in einer Reihe von Pavillons, die den unterschiedlichen ethnischen Regionalstaaten Äthiopiens gewidmet sind und die in stereotyper Weise die ethnischen Eigenheiten dieser Regionen zelebrieren (siehe Abb. 3).

Die Anerkennung der ethnischen Vielfalt Äthiopiens schlägt sich auch in der Geschichtsschreibung auf den entsprechenden Infowänden im Thronhaus nieder: Im Gegensatz zu früheren historischen Darstellungen finden hier nicht nur das politische Zentrum im äthiopischen Hochland, sondern auch verschiedene Königreiche in den Tiefländern Anerkennung. Auf einer Informationstafel ist zu lesen: „All diese Königreiche und Staaten haben zu Äthiopiens reichem politischen Erbe beigetragen.“



Abb. 3 Pavillon eines ethnischen Regionalstaats von Äthiopien: das Kamelhaus des äthiopischen Teilstaats Somali (Quelle: Thomas Betschart, Juli 2021).

(Unity Park 2021b; Übers. d. A.) Trotz der Erwähnung der Peripherien, die im imperialen Diskurs noch marginalisiert worden waren, offenbart die Geschichtsschreibung im Thronhaus eine gewisse Hierarchie. Letztlich wird die Geschichte dieser peripheren Königreiche in Äthiopiens *great tradition* eingeordnet, wie die Infotafel sinnbildlich erklärt: Äthiopiens Geschichte basiere auf „einer Legende“ aber auf „Tausend Geschichten“ (ebd.).

Während die Geschichtsschreibung im Zuge der modernen äthiopischen Staatsformierung ein zentrales Instrument zur Erzeugung einer nationalen Einheit war (Clapham 2002), öffnete gerade die ethnisch-föderale Verfassung des EPRDF-Regimes den Raum für eine Pluralität unterschiedlicher Geschichten (Fiseha 2007). Das Recht ethnischer Gruppen in den entsprechenden Regionalstaaten auf ihre eigene Geschichtsschreibung erwies sich dabei als entscheidend für einen kohäsiven Föderalismus: Die EPRDF grenzte sich nach ihrer Machtübernahme in den 1990er Jahren vorerst klar vom Narrativ der *great tradition* früherer Regime ab (Marzagora 2017) – und zwar zugunsten einer strategischen, ethno-nationalistischen Integration unterschiedlicher Regionen, in denen ethno-nationalistische Parteien ihre regionale Herrschaft jeweils durch ihre spezifisch ethnische Denkmäler zu legitimieren versuchten

(siehe u. a. Emmenegger 2021; Østebø/Tronvoll 2020). Anstelle einer einheitlichen Staatsgeschichte setzte die EPRDF als integratives Thema für den Aufbau des Nationalstaates auf einen Entwicklungsdiskurs. Dieser manifestierte sich in einer Reihe von Infrastrukturprojekten wie der Großen Äthiopischen Renaissance-Talsperre und groß angelegten Städtebauprojekten (Abbink 2011; Gebregziabher 2019). Erst angesichts ihres zunehmenden Machtverlusts versuchte die EPRDF verstärkt aus dem historischen Narrativ eines einheitlichen Staates Kapital zu schlagen (Marzagora 2017).

Tatsächlich ist *die* Geschichte im multiethnischen Äthiopien aufgrund der autoritären Vergangenheit und Gegenwart des Landes bis heute umstritten (Bulcha 2011; Gudina 2003; Mulugeta 2020). Die spektakuläre Inszenierung der Kaiserstatuen im Unity Park markiert ein Schlüsselmoment der Wiederauferstehung hegemonialer Vorstellungen von einem imperialen Äthiopien und dessen gewaltsamen Erbe (Bearak 2019). Als imperiale Symbole vermitteln die Statuen der beiden Kaiser sichtbar die heroischen Taten, für die beide Herrscher einst gefeiert wurden. Für die einst unterworfenen ethnischen Gruppen repräsentieren sie jedoch weniger eine Geschichte des Ruhmes als vielmehr des Leids (Gnamo 2014). Dieser Umstand motivierte viele Oromo-Aktivist:innen und -Nationalist:innen, der Einweihung des Unity Park fernzubleiben: So besuchte etwa der Aktivist und Politiker Jawar Mohammed am Tag der Zeremonie stattdessen das Aannole-Denkmal, das die Regionalregierung von Oromia 2014 zum Gedenken an die Opfer des Eroberungskrieges von Kaiser Menelik II im Jahr 1886 errichtet hatte (Mohammed A 2014). Jawar Mohammed erklärte dabei: „Dieser Ort steht für die Narbe und Wunde der Oromo im äthiopischen Reich. Im Zuge des Aufbaus des Reiches beging Menelik II Gräueltaten an den Oromo und anderen Nationen und Nationalitäten. Wir fordern hier keine Entschädigung [...] Vielmehr fordern wir die Anerkennung der Narben, Schmerzen und Qualen, mit denen unser Volk gelebt hat.“ (Borati Reality 2020; Übers. d. A.)

Zum Zeitpunkt von Abiy Ahmeds imperialer Neuschreibung der Geschichte im Zentrum der politischen Macht artikulierten Oromo-Nationalist:innen nun aus der Peripherie als Kritik an den eben eingeweihten imperialen Denkmälern im Unity Park eine „Gegen-Geschichte“ (Regassa 2022: 62). Dieser Konflikt um die Interpretation der Vergangenheit steht sinnbildlich für das Spannungsfeld zwischen ethnischer und nationaler Identität in Äthiopien, aber auch für deren

historische Verankerung im multiethnisch-föderalen Staat. Das Beispiel zeigt auch, dass Abiy Ahmed mit der Renovierung des Kaiserpalastes sowohl imperiale Vorstellungen als auch Konflikte über die Interpretation der Vergangenheit heraufbeschwor.

6. Autoritärer Urbanismus als ambivalentes Projekt

Angesichts der anhaltenden ethno-nationalistischen Kämpfe im multiethnisch-föderalen Äthiopien bleibt die Interpretation der Vergangenheit in dem Land weiterhin umstritten. In diesem Beitrag haben wir gezeigt, wie der Wiederaufbau des Kaiserpalastes als Unity Park es Abiy Ahmed ermöglichte, seinen Anspruch auf souveräne Herrschaft in einer nationalistischen Staatsgeschichte zu verankern und in den städtischen Raum einzuschreiben. Angesichts ethnischer Spannungen und der Legitimationskrise des herrschenden Regimes war dieser Aufbau einer „Erinnerungslandschaft“ (Emmenegger 2021: 4) in Addis Abeba bedeutsam für die politische Mobilisierung nationalistischer Amhar:innen und städtischer Eliten. Der Bau von Statuen und deren spektakuläre Inszenierung feiern gezielt frühere politische Führer, wobei Abiy Ahmed als legitimer Nachfolger präsentiert wird. Es erlaubt seine Inszenierung als souveräner äthiopischer Führer, als König, dessen weltliche und göttliche Macht sich aus der Beziehung zu seinen Vorgängern ergibt. Nicht zuletzt liefert der Beitrag Einblicke in die ideologische Dimension autoritärer Herrschaft und deren Konsolidierung im städtischen Raum. Der autoritäre Urbanismus ist, wie dieser Beitrag ebenfalls zeigt, nicht nur ein hegemoniales, sondern auch ein ambivalentes Projekt: Einerseits ermöglichte er es Abiy Ahmed, eine mythische Grundlage für seinen Herrschaftsanspruch zu schaffen. Andererseits intensivierte er auch die laufenden ethno-nationalistischen Kämpfe um die Deutung der Vergangenheit.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Die Bildrechte wurden vom Urheber eingeholt.
- [2] Abiy Ahmed könnte grundsätzlich über die matrilineare Linie eine persönliche Verbindung zur salomonischen Geschichte geltend machen, da seine Mutter der ethnischen Gruppe der Amhar:innen angehörte. Die Suche nach genealogischen Verbindungen, die Abys Ahmeds politische Herrschaft rechtfertigen oder legitimieren

könnten, ist jedoch irreführend, zumal die Berufung auf solche Verbindungen stets ein mythisches Projekt ist.

Autor_innen

Rony Emmenegger ist ein politischer Geograph mit Interesse an der Politik der Infrastruktur in Bezug auf die Staats- und Nationenbildung in Äthiopien und darüber hinaus.

ronye@gmx.ch

Asebe Regassa forscht zu Themen der städtischen und stadtnahen Landenteignung in Äthiopien. Außerdem beschäftigt er sich mit Debatten über die staatliche Konsolidierung von Macht durch diskursive, räumliche und materielle Repräsentationen souveräner Autorität.

asebe.debelo@geo.uzh.ch

Literatur

- Aalen, Lovise (2011): *The politics of ethnicity in Ethiopia: Actors, power and mobilisation under ethnic federalism*. Leiden: Brill.
- Abbay Media (2019): Ethiopia – Dr. Abiy's full speech at emperor Minilik Palace's Unity Park opening ceremony, 10.10.2019. https://www.youtube.com/watch?v=ALYV1dlWe_o (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Ademo, Mohammed (2014): Aanolee: „A tragedy on which Ethiopian sources are silent“. In: OPride, 8.4.2014. <https://www.opride.com/2014/04/08/aanolee-mutilation-a-tragedy-on-which-ethiopian-sources-are-silent/> (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Balehegn, Mulubrhan (2021): The politics and problems of prosperity party gospel. In: *Ethiopian Insight*, 4.4.2021. <https://www.ethiopia-insight.com/2021/04/04/the-politics-and-problems-of-prosperity-party-gospel/> (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Bearak, Max (2019): A place of ghosts: Ethiopia opens controversial palace to a divided public. In: *The Washington Post*, 11.10.2019.
- Bellentani, Federico / Panico, Mario (2016): The meanings of monuments and memorials: Toward a semiotic approach. In: *Punctum* 2/1, 28-46.
- Boone, Catherine (2003): *Political topographies of the African state: Territorial authority and institutional choice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Borati Reality (2020): Jawar Mohammed and Lencho Lata at Aannole memorial, 11.10.2019. <https://www.youtube.com/watch?v=TkdluGh2wT8> (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Bottici, Chiara / Challand, Benoit (2006): Rethinking political myth: The clash of civilizations as a self-fulfilling prophecy. In: *European Journal of Social Theory* 9/3, 315-336.
- Bulcha, Mekuria (2011): *Contours of the emergent & ancient Oromo nation: Dilemmas in the Ethiopian politics of state and nation-building*. Johannesburg: Center for Advanced Studies of African Societies.
- Clapham, Christopher (1969): Imperial leadership in Ethiopia. In: *African Affairs* 68/271, 110-120.
- Clapham, Christopher (2002): Rewriting Ethiopian history. In: *Annales d'Ethiopie*, 18/1, 37-54.
- De Lorenzi, James (2015): *Guardians of the tradition: Historians and historical writing in Ethiopia and Eritrea*. New York: Boydell & Brewer.
- Ejigu, Alazar (2014): History, modernity, and the making of an African spatiality: Addis Ababa in perspective. In: *Urban Forum* 25/3, 267-293.
- Fiseha, Assefa (2007): *Federalism and the accommodation of diversity in Ethiopia. A comparative study*. Nijmegen: Wolf Legal Publishers.
- Emmenegger, Rony (2016): Decentralization and the local developmental state: Peasant mobilization in Oromiya, Ethiopia. In: *Africa* 86/2, 263-287.

Der Palast und die Souveränität des Premierministers in Äthiopien

- Emmenegger, Rony (2021): Unsettling sovereignty: Violence, myths and the politics of history in the Ethiopian Somali metropolis. In: *Political Geography* 90/102476, 1-19.
- Enslin, Penny (2020): Monuments after empire? The educational value of imperial statues. In: *Journal of Philosophy of Education* 54/5, 1332-1345.
- FDRE – Federal Democratic Republic of Ethiopia (1995): Constitution of the Federal Democratic Republic of Ethiopia. In: *Federal Negarit Gazita* 1/1.
- Gebregziabher, Tefera Negash (2019): Ideology and power in TPLF's Ethiopia: A historic reversal in the making? In: *African Affairs* 118/472, 463-484.
- Gnomo, Abbas (2014): *Conquest and resistance in the Ethiopian empire, 1880-1974: The case of the Arsi Oromo*. Leiden: Brill.
- Gudina, Merera (2003): *Ethiopia: Competing ethnic nationalisms and the quest for democracy, 1960-2000*. Addis Abeba: Chamber Printing House.
- Huang, Zhengli / Goodfellow, Tom (2022): Centralizing infrastructure in a fragmenting polity: China and Ethiopia's „infrastructure state“. In: Seth Schindler / Jessica DiCarlo (Hg.): *The rise of the infrastructure state: How US-China rivalry shapes politics and place worldwide*. Bristol: Bristol University Press, 122-136.
- IGE – Imperial Government of Ethiopia (1955): Revised constitution of Ethiopia. In: *Negarit Gazetta* 4/2.
- James, Wendy / Kurimote, Eisei / Donham, Donald / Triulzi, Alessandro (2002): *Remapping Ethiopia: Socialism and after*. Oxford: James Currey.
- Jeffrey, James (2019): Ethiopia opens its secretive Imperial Palace for first time. In: *Inside Africa*, 18.10.2019. <https://edition.cnn.com/travel/article/imperial-palace-ethiopia/index.html> (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Kantorowicz, Ernst (1957): *King's two bodies: A study in medieval political theology*. Princeton: Princeton University Press.
- Kassa, Derese (2020): Beyond the limits of theory: Qualifying electoral authoritarianism in Ethiopia (2005-2015): In: *South African Review of Sociology* 51/1, 70-82.
- Lefort, René (2007): Powers – mengist – and peasants in rural Ethiopia: The may 2005 elections. In: *Journal of Modern African Studies* 45/2, 253-273.
- Marcus, Harold (1975): *The life and times of Menelik II: Ethiopia, 1844-1933*. New York/London: Oxford University Press.
- Markakis, John (1994): Ethnic conflict and the state in the Horn of Africa. In: Katsuyoshi Fukui / John Markakis (Hg.), *Ethnicity and conflict in the Horn of Africa*. London/Athens: James Currey/Ohio University Press, 217-238.
- Markakis, John (2011): *Ethiopia: The last two frontiers*. London: James Currey.
- Marzagora, Sara (2017): History in twentieth-century Ethiopia: The „great tradition“ and the counter-histories of national failure. In: *The Journal of African History* 58/3, 425-444.
- Mulugeta, Daniel (2020): *Contested conceptualizations of Ethiopian statehood. The everyday state in Africa*. London: Routledge.
- Østebø, Terje / Tronvoll, Kjetil (2020): Interpreting contemporary Oromo politics in Ethiopia: An ethnographic approach. In: *Journal of Eastern African Studies* 14/4, 613-632.
- Ottway, Marina / Ottway, David (1978): *Ethiopia: Empire in revolution*. New York: Africana.
- Pellet, Philippe (2021): Understanding the 2020-2021 Tigray conflict in Ethiopia. Background, root causes, and consequences. In: *KKI Policy Brief* 39, 1-20. https://kki.hu/wp-content/uploads/2021/09/KE_2021_39_ET_Tigray_Conflict_in_Ethiopia_Pellet_0810.pdf (letzter Zugriff am 6.9.2023).
- Poluha, Eva (2004): *The power of continuity: Ethiopia through the eyes of its children*. Uppsala: Nordic Africa Institute.
- Regassa, Asebe (2022): Self-determination, multinational federalism and an emerging threat in Ethiopia: A decolonial approach. In: *Northeast African Studies* 21/2, 57-82.

Rony Emmenegger \ Asebe Regassa

- Regassa, Asebe / Soboka, Teshome (2022): Urban development and the making of frontiers in/ from Addis Ababa/Finfinne, Ethiopia. In: *Journal of Asian and African Studies* 58/5, 708-724.
- TN Media (2018): Mom told me I'll be Ethiopia's 7th king: Pastor Abiy Ahmed, 17.6.2018. <https://www.youtube.com/watch?v=LhDoLdIYfyg> (letzter Zugriff am 16.4.2023).
- Unity Park (2021a): Unity Park, Ethiopia: A new horizon of hope. [Informationsbroschüre, zugänglich im Unity Park]. Addis Abeba: Unity Park.
- Unity Park (2021b): One legend, a thousand stories. [Infowand im Thronhaus des Unity Parks]. Addis Abeba: Unity Park.
- Yates, Brian (2020): *The other Abyssinians: The northern Oromo and the creation of modern Ethiopia, 1855-1913*. New York: University of Rochester Press.
- Zewde, Bahru (2002): *The history of modern Ethiopia*. Addis Abeba: Addis Ababa University Press.

Staat statt Stadt

Die rechtliche Grundlage zur Untergrabung der kommunalen Planungshoheit in Ungarn am Beispiel des Budapester Südens

Lilla Kammermann, Sebastian Martini, Enikő Charlotte Zöller

1. Einleitung

Seit 2010 wird die kommunale Planungshoheit in Ungarn durch die Orbán-Regierungen eingeschränkt. Die Hauptstadt Budapest steht dabei besonders im Fokus, nachdem 2019 ein oppositionelles Mitte-links-Bündnis die Kommunalwahlen gewann und seither den Oberbürgermeister stellt. Der Beitrag geht der Frage nach, welche rechtlichen Instrumente von der national-autoritären Regierung seit 2010 angewandt werden, um in die kommunale Planungshoheit einzugreifen. Insbesondere das Rechtsinstrument der „Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“ (IVHVB) ist hierbei von Interesse. Seine Arbeits- und Wirkweisen sollen beispielhaft anhand der Planungen des sogenannten Budapart-Projekts erläutert werden. Methodisch stützt sich der Text auf Interviews und Recherchearbeiten, welche im Rahmen eines Forschungsprojekts im Winter 2021 durchgeführt worden sind.[1] Zunächst wird der politische Hintergrund und die grundsätzliche stadt- und raumplanerische Verfasstheit Ungarns skizziert. Dann wird auf die Geschichte und die Wirkungsweise des Rechtsinstrumentes der IVHVB eingegangen, um anschließend den konkreten Planungsprozess des Budapart-Projekts zu erläutern. Abschließend werden sowohl planungstheoretische Fragen hinsichtlich des Rechtsinstrumentes selbst als auch die Folgen seiner extensiven Anwendung im gegenwärtigen autoritären ungarischen Staatswesen diskutiert.

2. Politisches Ringen um die Hauptstadt

Ungarn hat sich von einer Demokratie zu einem hybriden System der Wahlautokratie entwickelt, in dem demokratische Normen und

Standards nicht eingehalten werden (Europäisches Parlament 2022).[2] Die seit 2010 amtierenden Regierungen unter Ministerpräsident Viktor Orbán betreiben einen tiefgreifenden Umbau der Demokratie in Ungarn. Ziel ist die Zentralisierung der politischen Macht bei der Exekutive und eine gleichzeitige Schwächung der institutionellen Gegengewichte (Bos 2021: 34 f.). Zu den Auswirkungen gehören unter anderem ein umfassender Personalaustausch in staatlichen Institutionen, die Schwächung des Verfassungsgerichts und die De-facto-Eindämmung einer kritischen, unabhängigen Berichterstattung. Dieser Umbau wird von Regierungsvertreter_innen wahlweise als *illiberale Demokratie*[3], *System der nationalen Zusammenarbeit*[4] oder *christliche Demokratie*[5] bezeichnet. Die Regierung kann für dieses Vorgehen auf eine komfortable Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung zurückgreifen, bestehend aus der Parteilianz des Bundes Junger Demokraten (Fiatal Demokraták Szövetsége, Fidesz) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt, KDNP), mit der auch die Verfassung geändert werden kann. In der Folge ist Ungarn in verschiedenen internationalen Rechtsstaatlichkeitsindizes eklatant abgestürzt, was insbesondere auf eine problematische Rechtskultur und institutionelle Korruption zurückzuführen ist (Bodnár/Jakab 2021: 69 f.).

Bedeutsam für die politische Landschaft Ungarns war die Wahl des oppositionellen Kandidaten Gergely Karácsony zum Oberbürgermeister von Budapest im Jahr 2019. In dieser Wahl wurde der zuvor regierungsnahe Bürgermeister abgewählt. Seither gibt es die bemerkenswerte Konstellation, dass der national-autoritären Regierung ein mitte-links-geführtes Rathaus gegenübersteht. Budapest, als Hauptstadt des zentralistisch organisierten Ungarns, besitzt eine hohe politische Bedeutung, die sich unter anderem daraus ergibt, dass 1,7 der insgesamt 9,7 Millionen Einwohner_innen Ungarns hier ansässig sind. Die Frage, welche Aufgaben der Nationalstaat und die Stadtverwaltung in Budapest jeweils wahrnehmen sollten, hat einen erheblichen Konflikt zwischen den beiden staatlichen Hierarchie-Ebenen zutage treten lassen. Seit 2019 wurde der finanzielle Handlungsspielraum der Stadtverwaltung durch die ungarische Regierung maßgeblich beschnitten und politische Gestaltungskompetenzen seither von der kommunalen auf die nationalstaatliche Ebene verlagert. Davon betroffen ist nicht zuletzt die kommunale Planungshoheit der Stadt Budapest, deren behördlicher und fachplanerischer Einfluss schrittweise beschränkt worden ist.

3. Der Wunsch nach Beschleunigung der dezentralisierten Budapester Stadtplanung

Grundsätzlich ist das ungarische Planungssystem mit dem deutschen vergleichbar, allerdings mit der Besonderheit, dass in Budapest die gesamtstädtische Stadtverwaltung und die 23 weitgehend unabhängigen Bezirke der Hauptstadt zusammenarbeiten müssen. Die administrative Gliederung in Bezirke lässt Parallelen zu Berlin erkennen, allerdings mit dem Unterschied, dass die Bezirke in Budapest über eine noch größere Autonomie gegenüber der Gesamtstadt verfügen. Verankert ist diese Konstellation in der ungarischen Kommunalverfassung von 1990, welche nach der politischen Wende einen Gegenentwurf zum vorherigen zentralistischen System schuf (Brenner 1993: 12). Die Dezentralisierung hat jedoch seither eine hemmende Wirkung auf eine integrierte gesamtstädtische Stadtentwicklung. Während die Stadt Budapest einen gesamtstädtischen Flächennutzungsplan aufstellt, obliegt es den Bezirken, Bebauungspläne und Bausatzungen festzusetzen. Daraus resultieren für die Bauleitplanung und Stadtentwicklung äußerst komplizierte und zeitaufwendige Abstimmungsprozesse, welche seit 1990 regelmäßig Anlass für Kritik boten. Diese komplexe Gemengelage bildet gemeinsam mit der aktuellen politischen Situation das argumentative Gerüst für die Einführung und Anwendung durchsetzungsstarker Planungsinstrumente durch die ungarische Regierung. Dazu gehört das im nächsten Kapitel näher beschriebene Rechtsinstrument der „Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“ (IVHVB). Dieses Rechtsinstrument dient sowohl der Planungsbeschleunigung, indem formale Anforderungen an Planungsprozesse gesenkt werden, als auch als Mittel, um die kommunale Planungshoheit zu beschränken. Der Einsatz dieses Rechtsinstruments wird in diesem Artikel als eine Variante des autoritären Urbanismus herausgearbeitet.

Um die Koordination der zahlreichen Vorhaben sicherzustellen, die den IVHVB-Status erhielten, schuf die ungarische Regierung neue institutionelle Strukturen mit dem Ziel, die eigentlich städtischen Aufgaben in Budapest an Regierungsinstitutionen auf nationaler Ebene zu übertragen. Die nationalstaatlich getragene *Budapester Entwicklungsagentur* (Budapest Fejlesztési Központ, BFK) entstand kurz nach dem oppositionellen Sieg bei der Kommunalwahl im Jahr 2019, welche in dieser Form bis 2022 existierte. Diese Entwicklungsagentur war dem Staatssekretär für die Entwicklung von Budapest und Agglomeration untergeordnet und

somit direkt an das Büro des Ministerpräsidenten angebunden. Circa 300 Mitarbeiter_innen arbeiteten bei der BFK. Die Agentur umfasste verschiedene Abteilungen, die den Strukturen der städtischen Verwaltung erstaunlich nahekamen. Neben dieser institutionellen Konkurrenz kürzte die nationale Regierung die Finanzierung der städtischen Verwaltung erheblich, womit es der Stadt Budapest seither erschwert wird, ihren kommunalen Aufgaben nachzukommen. Zusätzliche, über diese Basisversorgung hinausgehende Ziele und Projekte sind damit nahezu unmöglich geworden, das betrifft auch kommunale Vorhaben der Stadtentwicklung. Die ungarische Regierung führte diese finanzielle Repression nach der Kommunalwahl 2019 ein, indem sie Steuern und Abgaben senkte, welche zuvor direkt den ungarischen Kommunen zugutekamen. Betroffen sind unter anderem die Gewerbesteuer, Parkgebühren oder Abgaben auf Fahrzeuge. Im Gegenzug stiegen die direkten staatlichen Investitionen, von denen hauptsächlich regierungsnahe Städte und Gemeinden profitieren.

4. Das Rechtsinstrument „Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“

Das für die ungarische Regierung wichtigste Instrument, um die kommunale Planungshoheit zu umgehen, ist, bestimmten Projekten den Status einer *Investition von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung* (IVHVB) zu verleihen. Die Ausgestaltung eines solchen Vorhabens wird zwischen der Regierung und den Vorhabenträger_innen ausgehandelt, und zwar gegebenenfalls unter Nichteinhaltung und legaler Aussetzung geltender kommunaler Bauvorschriften.[6] Zuständig für die Durchführung der Vorhaben ist ein_e Regierungsbeauftragte_r sowie eine durch die Regierung per Dekret bestimmte Behörde. Die Verleihung eines solchen Status geschieht per Regierungsdekret. Die Dekrete werden ohne vorherige Einbeziehung der städtischen Verwaltung erlassen. So erfährt beispielsweise die Budapester Stadtplanung erst mit der finalen Veröffentlichung im ungarischen Amtsblatt (Magyar Közlöny) von den Vorhaben der Regierung und den damit einhergehenden Eingriffen in die Bauleitplanung.

Mit dem im Jahr 2006 verabschiedeten Paragraphen 11/B des „Gesetzes Nr. LIII/2006 über die Beschleunigung und Vereinfachung der Realisierung von Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“[7] schuf die damals regierende sozialistisch-liberale Koalition aus der

Ungarischen Sozialistischen Partei (Magyar Szocialista Párt, MSZP) und dem Bund Freier Demokraten (Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ) eine Grundlage, um für bestimmte planerische Sonderfälle verfahrenstechnische Ausnahmen zu erwirken. Ursprünglich beabsichtigte diese rechtliche Bestimmung, EU-mitfinanzierte Großprojekte durch eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren schneller umzusetzen, und konnte bei öffentlichen Investitionen in Höhe von mindestens 5 Milliarden ungarischer Forint (HUF), damals etwa 18,8 Millionen Euro, und bei der Schaffung von mindestens 1.000 Arbeitsplätzen angewendet werden.[8]

Nachdem Viktor Orbán mit seiner Parteikoalition die Wahlen 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit gewann, wurden die Anwendungskriterien gelockert: Die Schwellenwerte für Projekte, die ganz oder teilweise aus dem EU- oder dem nationalen Haushalt finanziert waren, wurden abgeschafft und unterliegen seither einer flexiblen Interpretation. So wurden beispielsweise auf der gesetzlichen Grundlage der IVHVB, um „nationales Kulturerbe [...] zu erhalten, renovieren und entwickeln“[9], die kompletten Rekonstruktionen historischer Bebauung ermöglicht: Repräsentative Gebäude, die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden, konnten mit Regierungsaufträgen seit dem Jahr 2014 auch ohne Zustimmung der Stadtverwaltung wieder im ursprünglichen Aussehen des 19. Jahrhunderts errichtet werden.[10]

Die Praxis der ungarischen Regierung, von der ursprünglich nur für Sonderfälle gedachten Rechtsgrundlage des Paragraphen 11/B des Gesetzes Nr. LIII/2006 intensiv Gebrauch zu machen, untergräbt inzwischen einen Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung (Brenner 2021: 713). Die Umgehung der formalen Planungsgesetze hat einen ökonomischen Hintergrund. Für Teile der eng mit der Regierung verbundenen Elite Ungarns sind Bauaufträge ein wichtiger finanzieller Faktor. Dabei besteht eine hohe Abhängigkeit von der Regierung, die sowohl direkte Investitionen tätigt als auch die Rahmenbedingungen schafft, um die Bauwirtschaft zu unterstützen (Pogátsa 2021: 164).

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat die ungarische Regierung die Möglichkeit, über Dekrete an der Nationalversammlung vorbeizuregieren. Die Nationalversammlung hatte dies auf Grundlage der pandemischen Ausnahmesituation mit den Stimmen der Regierungskoalition beschlossen. Von dieser Option macht die Regierung rege Gebrauch, auch um Bauvorhaben den Status einer IVHVB zu verleihen. Diese sehr weitreichende Handlungsmacht nutzt die Regierung, um Bauvorschriften

auf unterschiedlichen Maßstabsebenen zu verändern, welche bis hinunter auf einen flurstückbezogenen Detaillierungsgrad reichen. Weder erfolgt dabei eine Abstimmung mit der Stadt, den Bezirken oder der dort lebenden Bevölkerung, noch findet eine parlamentarische Kontrolle zu den Eingriffen in die kommunale Planungshoheit statt.[11] Die Invasion Russlands im Nachbarland Ukraine bot den notwendigen Anlass, um auch nach Beendigung der pandemischen Ausnahmesituation weiterhin über Dekrete regieren zu können.

Seit 2010 wurde das Gesetz Nr. LIII/2006 über 40-mal novelliert und erweitert, insbesondere um die reibungslose Durchführung der wachsenden Zahl unterschiedlichster Projekte zu gewährleisten. Investor_innen und staatliche Projektträger_innen können die Genehmigungen im Schnellverfahren erhalten. Die verfahrensrechtlichen Vereinfachungen umfassen beispielsweise Kürzungen von Bearbeitungsfristen: Die Anträge der Projekte, die den Status der IVHVB erhalten, müssen innerhalb von 42 Tagen von den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden bearbeitet werden, was in komplexeren Fällen bedeutet, dass die für diese Aufgabe zuständigen Behörden die Auswirkungen der Vorhaben nicht vollständig abschätzen können. Darüber hinaus ist es der Regierung möglich, diese Frist noch weiter zu verkürzen, indem sie einzelne projektspezifische Vorschriften erlässt. Anders als bei allgemeinen Verfahren müssen Nichtregierungsorganisationen oder Anwohner_innen nicht per Brief von der Entscheidung der Behörde in Kenntnis gesetzt werden – es reicht aus, sie fünf Tage lang am schwarzen Brett im Rathaus auszuhängen. Das Gesetz enthält außerdem viele weitere Regelungen, um Verfahren zu beschleunigen, diese betreffen formale Änderungen von Bebauungsplänen, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sowie die Beschleunigungen von Gerichtsverfahren. Damit verhindern die Ausnahmeregelungen eine angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit, machen eine tiefergehende inhaltliche Bearbeitung der Anträge durch die Genehmigungs- und Fachbehörden oft unmöglich und verschaffen regierungsnahen Investor_innen und Anleger_innen einen Vorteil. Die projektspezifischen Konditionen der einzelnen IVHVB werden in Regierungsdekreten festgehalten. Diese Dekrete sind dann die Grundlage, um die kommunale Planungshoheit zu umgehen.[12] Nicht nur in Budapest, sondern auch in ganz Ungarn greift die Regierung vielfach auf das Instrument zurück, was aufgrund des beschleunigenden Aspektes durchaus im Interesse mancher Kommunen sein kann. Allerdings kommt das Instrument der

IVHVB auch dann zur Anwendung, wenn die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.

Die Deklaration eines Projektes als eine Investition von herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung wirkt heute wie ein Stempel für fast alles, mit dem die Regierung die kommunale Planungseigenständigkeit beschneidet und eine Belangabwägung hinsichtlich der begründeten und berechtigten Interessen von lokalen Gemeinschaften verhindert. So wird dieser Status mittlerweile bei einer Vielzahl von Projekten angewandt: Allein in den letzten vier Jahren, unter der vierten Orbán-Regierung (2018-2022), wurden landesweit mehr als 1.000 Projekte als IVHVB ausgewiesen (Civil Kollégium, K-Monitor 2022). Nach der Lockerung der Anwendungskriterien, die eine IVHVB erfüllen muss, stellt die Art und Größe der mit diesem Status versehenen Projekte kein Kriterium mehr dar. So kann dieses rechtliche Instrument beispielsweise für die historischen Rekonstruktionen im Budapester Burgviertel angewandt werden, genauso wie für die Entwicklungen von Flughäfen, Bergwerksgeländen, innerstädtischen Fußballstadien, aber auch im ländlichen Raum für die Sanierung von Turnhallen.[13]

5. Stadtentwicklung durch die Anwendung der IVHVB im Budapester Süden

Der Einfluss der Regierung auf die Budapester Stadtentwicklung wird am Fall der Bauprojekte südlich der Budapester Innenstadt, beidseits der Donau, anschaulich. Die als „goldene Reserve der Stadt“ bezeichneten Flächen sind von ehemaligen Industriegebieten, ruderalen Grünflächen und teilweise von Naturschutzgebieten geprägt.[14] In den vergangenen Jahrzehnten wurden verschiedene Anläufe von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite unternommen, die zentrumsnahen Flächen nutzbar zu machen. Selten verlief dies erfolgreich, wahlweise scheiterten die Planungen an ihrer Finanzierung oder an administrativen Umdisponierungen. So sollten die Flächen als Ausstellungsgelände für die Expo 1995 dienen, welche allerdings nie stattfand, oder anschließend im Zuge von Privatisierungen Bauland für Projektentwickler_innen werden, ehe die Finanzkrise 2008 den Vorhaben ein Ende bereitete.[15] Durch politische Interventionen und die konsequente Anwendung der IVHVB gelang es den Orbán-Regierungen und ihr nahestehender Investor_innen, konkrete Entwicklungsvorhaben umzusetzen. Gerahmt waren diese Bauvorhaben von der Idee, in Budapest die Olympischen Spiele 2024

auszutragen, die der erklärtermaßen sportbegeisterte Ministerpräsident Orbán ins Land holen wollte. Ein Bürgerbegehren 2017 stoppte die Bewerbung, was die Bautätigkeiten allerdings nicht aufhielt, auch wenn dadurch das verbindende Moment zwischen den einzelnen Vorhaben entfiel. Durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundstücks- und Immobilienverkäufe in dem entsprechenden Areal wurde insbesondere der von Privatinvestor_innen getragene Wohnungsbau angekurbelt (Csernátóy 2022). Gleichzeitig war durch die nationalstaatlich getragene Budapester Entwicklungsagentur (BFK) ein umfangreicher Ausbau der Infrastruktur geplant, welcher unter anderem verschiedene Trambahnlinien und eine neue Donaubrücke umfassen sollte. Davon ist bislang nur das Athletikstadion realisiert, welches ein Herzstück der Masterplanungen für die Olympischen Spiele gewesen war und im Sommer 2023 Austragungsort der Leichtathletik-Weltmeisterschaften wurde.

In diesem Kontext wird gegenwärtig das sogenannte Budapart-Projekt realisiert, welches für diesen Beitrag näher betrachtet werden soll. Dieses befindet sich im XI. Bezirk und umfasst eine Fläche von 217.000 Quadratmeter. Aus stadtplanerischer Perspektive ist das Grundstück durch seine prominente Lage direkt an der Donau und durch seine unmittelbare Nähe zur historischen Innenstadt Budapests bedeutsam.[16] In der Masterplanung für die Olympischen Spiele war das Grundstück als Medienzentrum der Spiele vorgesehen. Aber auch ohne olympische Rückendeckung wurde die Quartiersentwicklung des Budapart-Projekts vorangetrieben: 2015 erwarb der neu gegründete Immobilienentwickler Property Market GmbH, eine Tochterfirma der regierungsnahen Baufirma Market Bau GmbH, das brachliegende Grundstück. Hinter der Market Bau GmbH (Market Építő Zrt.) steht ein enger Freund des Ministerpräsidenten als Mehrheitseigentümer sowie die katarische Constellation Holdings Ltd., welche gemeinsam 65 Milliarden Forint staatlicher Kredite für den Grundstückserwerb von der ungarischen Exim Bank erhielten, um das Budapart-Projekt zu verwirklichen (Herczeg 2016). Damit sollen 3.000 Wohnungen in 15 Wohngebäuden, 250.000 Quadratmeter Bürofläche in 12 Bürogebäuden und 15.000 Quadratmeter Gewerbefläche entstehen und somit in naher Zukunft 25.000-30.000 Menschen Raum zum Wohnen und Arbeiten bieten (Csernátóy 2022).

Als größte privat getragene Quartiersentwicklung Ungarns wird das Vorhaben nicht nur durch staatliche Kredite gestützt. Ein Regierungsdekret verlieh dem Budapart-Projekt 2016 den Status einer IVHVB. Den

darauffolgenden beschränkten städtebaulichen Wettbewerb gewann das dänische Architekturbüro Adept, welches mit der Erstellung eines Masterplans beauftragt wurde. In diesem Rahmen fand eine Umverteilung der im Bebauungsplan festgelegten Baumassen statt. Ergebnis war eine städtebauliche Akzentuierung in Form eines 120 Meter hohen Bürogebäudes am Nordrand des Areals (Adept 2016). Die Bauleitplanung hätte zu diesem Zeitpunkt eine maximale Höhe von 65 Metern zugelassen, nichtsdestotrotz wurde die Veränderung des bestehenden Siedlungsgestaltungsplans[17] und des Siedlungsentwicklungsplans[18] veranlasst (Budapest Főváros Önkormányzata 2016). In einem beschleunigten Verfahren wurde dem Investor die Überschreitung der maximal zulässigen Bebauungshöhe gewährt. Die Entscheidung fiel unter Ausschluss von lokalen Konsultations- oder Notifizierungsverfahren (Újbuda 2022).[19] Neben der Überschreitung lokaler Bauvorschriften und der Umgehung von Beteiligungsverfahren gefährdet die nun zulässige Bauhöhe von 120 Metern den Status der Budapester Innenstadt als UNESCO-Weltkulturerbe.[20] Bislang hat die UNESCO wegen der Beeinträchtigung durch den Büroturm keine Entscheidung hinsichtlich des Status getroffen, festzuhalten ist jedoch, dass Stellungnahmen seitens der UNESCO im Planungsprozess keine Berücksichtigung fanden. Auch ein Gutachten der hauptstädtischen Budapester Stadtplanung GmbH (Budapest Főváros Városépítési Tervező Kft.) sprach sich gegen die Planungen aus. Die GmbH befindet sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Budapest und ist unter anderem für die fachliche Ausarbeitung der Budapester Bauleitplanung zuständig. Trotz der fachlichen Einwände gegen das Bauprojekt votierte 2016 der damalige, noch der Orbán Regierung zugeneigte Stadtrat zugunsten des Turmbaus. Das Ende 2022 eröffnete Hochhaus dient inzwischen als die neue Zentrale von MOL (Magyar Olaj Vállalat), dem führenden Mineralölkonzern Ungarns und größten Unternehmen des Landes. Der von Foster and Partners entworfene Turm ist statt der diskutierten 120 Meter nochmals höher geworden – nämlich 143,65 Meter, was sich aus den hohen Glasscheiben der Aussichtsplattform und zwei auf dem Turm befindlichen Maschinenhäusern ergibt. Damit konkurriert das Gebäude mit dem stadtbildprägenden Gellértberg, welcher 139 Meter hoch ist.

6. Folgen der Anwendung der IVHVB auf den Budapester Süden

Olympische Spiele werden in Budapest bis auf Weiteres nicht stattfinden. Dies ist maßgeblich auf die oppositionelle Partei der

Momentum-Bewegung (Momentum Mozgalom) zurückzuführen, der es im Jahr 2017 gelang, genügend Unterschriften für ein städtisches Bürgerbegehren gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2024 zu sammeln. Die Regierung zog daraufhin die Bewerbung zurück und begründete dies mit einem Mangel an „nationaler Einheit“ (Bita/Kovács/Tóth 2017). Nicht nur das Budapest-Projekt, sondern auch weitere Vorhaben, welche im Kontext der Vorplanungen zu Olympia entstanden, wurden trotzdem weiterentwickelt. Das Instrument der IVHVB war damals vorrangig zur Planungsbeschleunigung gedacht und nicht unbedingt, um den Einfluss der Stadtpolitik zu umgehen. Allerdings war die erfolgreiche Unterschriftensammlung Vorbote für den Sieg eines oppositionellen Parteienbündnisses bei den kommunalen Wahlen 2019 in Budapest, welcher die Ablösung des der Orbán-Regierung nahestehenden Oberbürgermeisters und der Fidesz-regierten Bezirksverwaltungen in den von den olympischen Plänen betroffenen Bezirken zur Folge hatte. Seit der Kommunalwahl 2019 ist die Stadt Budapest in ihrem stadtplanerischen Handlungsspielraum eingeschränkt und hat geringe Gestaltungsmöglichkeiten auf die Stadtentwicklung. Durch die zunehmende Zahl der Projekte im Status einer IVHVB wurden städtische Amtsträger_innen von Entscheidungen ausgeschlossen. So setzte die nationale Regierung beispielsweise trotz Absage der Olympischen Bewerbung sowie bestehender Gegenwehr auf Grundlage des Rechtinstruments der IVHVB die Planungen und den Bau des Leichtathletikstadions fort.[21] Die Baumaßnahmen des Stadions und seiner Außenanlagen waren von Eingriffen in den als NATURA-2000 geschützten Bereich der Donau und ihres Seitenarms an der Insel Csepel begleitet. In der zugehörigen Umweltverträglichkeitsprüfung des Stadionbaus wurde festgehalten, dass „mit der geplanten vollständigen Umgestaltung der Donauuferzone und anderen Eingriffen [...] die Chancen für die Erhaltung der Lebensräume und Arten, auf denen die Ausweisung beruht, sehr gering“ seien (Sarkadi 2020). Der oppositionelle Budapester Oberbürgermeister und die unabhängige Bezirksbürgermeisterin des IX. Bezirks gaben 2019 dem Projekt ihre verzögerte Zustimmung, nachdem sie in Verhandlungen mit der Regierung den Bau von 4.000 Wohnheimplätzen für Studierende im Umfeld des Stadions und eine Aufstockung der Fördermittel für das Budapester Gesundheitswesen aushandelten (Fehér 2019). Trotz dieser Vereinbarung kündigte die Regierung an, anstatt des Studierendenstadt-Projekts auf den dafür vorgesehenen Flächen möglicherweise einen

Campus der chinesischen Fudan-Universität in Budapest anzusiedeln (Keller-Alant/Standish 2022). Im Jahr 2022 wurde der komplette NATURA-2000-Flussraum des Ráckeve-Donauarms, welcher auf Höhe des Athletikstadions in die Donau mündet, als IVHVB deklariert.[22]

Die umfangreichen Wohnungsbauprojekte im Status von IVHVB im Süden Budapests haben große Auswirkungen auf die entsprechenden Bezirke der Stadt. Für die Profitmaximierung regierungsnaher Investor_innen werden lokale Bauregelungen teils drastisch verändert. In der Folge muss den Projekten unter Denkmalschutz stehende historische Bausubstanz weichen, und naturschutzfachlich bedeutsame Flächen werden entwidmet.[23] Mit Projekten wie dem MOL-Turm wird in die unter UNESCO-Weltkulturerbe stehende Budapester Innenstadt eingegriffen und das Erscheinungsbild der Stadt überprägt. Aber noch gravierender ist laut Sándor Bardóczi, dem Budapester Hauptlandschaftsarchitekten, dass „ein Stadtteil mit 20.000 Einwohnern entsteht, in dem es keine Daseinsvorsorge gibt. Das wird das gute Straßenverkehrsnetz, das es in Újbuda [im XI. Bezirk] noch gibt, ruinieren.“ (Bankó 2022) Die Überbebauung und Autoverkehrsüberlastung der betroffenen Bezirke verursachte bereits grundlegende stadtklimatische Herausforderungen durch den Mangel an Windkorridoren und Grünräumen sowie durch eine enorme Luft- und Lärmverschmutzung. Die Kosten der Planung und des Ausbaus der grünen und sozialen Infrastruktur sowie der benötigten Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sollen hauptsächlich die seit 2019 regierenden oppositionellen kommunalen Verwaltungen in den betroffenen Bezirken übernehmen – und dies trotz erheblicher Ressourcenknappheit.

Im Nachgang der Parlamentswahlen im Frühjahr 2022 und des erneuten Sieges der Regierungskoalition mit einer Zweidrittelmehrheit hat die Regierung von Viktor Orbán den formellen Fokus auf die Förderung des ländlichen Raumes gesetzt. Für den neuen Minister für Bau und Investitionen steht seitdem der ländliche Raum „an erster Stelle“ (Magyar Hang 2022). Die Entscheidung scheint vor dem Hintergrund des wiederholt schlechten Wahlergebnisses für die Fidesz Partei in Budapest gefällt worden zu sein und kann als Zeichen gedeutet werden, dass es in Zukunft geringere staatliche Zuwendungen in Budapest geben könnte. Im Nachgang dieser Entscheidung folgte die teilweise Eingliederung der BFK in das Nationale Verkehrszentrum (Nemzeti Közlekedési Központ, NKK), welches seinerseits nur wenige Monate später aufgelöst wurde. Eine Vielzahl der ursprünglich durch die BFK betreuten Projekte übernimmt

mittlerweile das Bau- und Verkehrsministerium (Építési és Közlekedési Minisztérium, ÉKM) (Nemzeti Közlekedési Központ 2022).[24] Diese Wandelbarkeit der Zuständigkeiten für die vom Staat übernommene kommunale Planung und für Aufgaben innerhalb des Staatsapparates zeigt auch auf, wie stark kommunale Belange zentralisiert werden.

7. Fazit und Ausblick

Seit 2010 wird in Ungarn durch das rechtliche Instrument der IVHB die kommunale Planungshoheit extensiv untergraben. Ausgehebelt werden damit geordnete Verfahren der Bauleitplanung, die dem Ausgleich gesellschaftlicher Interessen dienen und eine Gleichbehandlung von Vorhabensträger_innen ermöglichen sollen. Dies folgt unter anderem daraus, dass städtische Verwaltungen und Genehmigungsbehörden ihrer Möglichkeit beraubt sind, sorgfältige Abwägungen vorzunehmen. Das bestehende Gesetz lässt einen enormen Spielraum für willkürliche Entscheidungen und ist in seiner Anwendung als aktiv antidemokratisch einzustufen. Nicht nur entfällt in der Herausarbeitung der einzelnen projektspezifischen Konditionen die Pflicht zur Einbindung der Öffentlichkeit, auch ergibt sich daraus eine kurzsichtige Stadtentwicklung, die nur wenige Profiteur_innen kennt.

Für dieses Vorgehen legte das im Jahr 2006 verabschiedete „Gesetz über die Beschleunigung und Vereinfachung der Realisierung von Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung“ die Basis, in dem die damalige sozialistisch-liberale Regierung eine rechtliche Grundlage schuf, um für planerische Sonderfälle verfahrenstechnische Ausnahmen für EU-mitfinanzierte Projekte zu erwirken. Die Schaffung von Sonderregelungen und gesetzlichen Ausnahmen zur Umgehung des eigentlichen Planungssystems ist dabei weder ein neues noch ein auf Ungarn beschränktes Phänomen bei Großprojekten (siehe z. B. Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002). Diese Form des Regierens ist durch weniger demokratische und stärkere elitenorientierte Prioritäten, Klientelismus und Wettbewerb gekennzeichnet (ebd.). Die Schaffung dieser gesetzlichen Grundlage gliedert sich somit in einen von Erik Swyngedouw, Frank Moulaert und Arantxa Rodriguez (2002) als *neo-liberal urbanization* und *new urban policy* bezeichneten Prozess ein. Entsprechend ist aus planungstheoretischer Sicht festzuhalten, dass bereits die Schaffung eines solchen Gesetzes von der Vorgängerregierung

zur Umgehung der regulären Planung eine Gefahr für ein demokratisch verfasstes Planungssystem darstellt.

Seit 2010 haben die von Viktor Orbán geführten Regierungen dieses Gesetz schrittweise erweitert und zu einem wesentlichen Instrument ihrer Wirtschaftspolitik ausgebaut.

Die Gesetzesgrundlage der IVHVB wird fortschreitend erweitert und extensiv angewendet, was von diversen Akteur_innen[25] hinterfragt wird. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Instrument, um gegen den Willen der Kommunen planen zu können. Denn die Nutzung dieses Instruments ist bei einer Vielzahl von Projekten aus planerischer Sicht einem gewissen Pragmatismus geschuldet: Projekte, bei denen die IVHVB angewandt werden, können wesentlich zügiger umgesetzt werden, verglichen mit den eher als langwierig geltenden Verfahrensschritten der Bauleitplanung. Das begründet auch den Einsatz der IVHVB in Fidesz- oder regierungsnah regierten Kommunen, dessen planungsbeschleunigende und zentralisierende Wirkung auch stark mit Korruption von regierungsnahen Investor_innen im Zusammenhang steht. Auch diesbezüglich handelt es sich um kein spezifisch ungarisches Phänomen, denn der Wunsch nach einer zeitlichen Beschleunigung von Planung sowie eine Gefährdung der Demokratie durch autoritäre beziehungsweise neoliberale Entwicklungen und Korruption lassen sich auch in Belgrad (Čamprag/Grubbauer 2019), in Istanbul (Akçalı/Korkut 2015) oder Moskau (Büdenbender/Zupan 2017) beobachten. Die autoritär handelnde Orbán-Regierung demonstriert mit der Anwendung der IVHVB auf Kosten von demokratisch legitimierten Verfahren Entscheidungsstärke. Dies ist somit Ausdruck einer Form des autoritären Urbanismus und ein Beleg dafür, wie weit der von EU-Institutionen angeprangerte Rückgang der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vorangeschritten ist.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Endnoten

- [1] Das Forschungsprojekt „X-Quadratmeter illiberale Stadt“ am Lehrstuhl für Raumplanung der Bauhaus-Universität Weimar hat sich mit Handlungsmöglichkeiten oppositioneller Akteur_innen im Budapester Süden befasst. Dieses Projekt haben unter anderem die Verfasser_innen des Artikels initiiert mithilfe von Valentin von der Haar, bei dem wir uns auch für seine Unterstützung und das Korrekturlesen des Artikels bedanken.

- [2] Dies hat im September 2022 das Europäische Parlament in einem Bericht festgehalten, der von einer großen Mehrheit der Abgeordneten angenommen wurde. Die Bedenken umfassen unter anderem die Funktionsweise des Verfassungs- und des Wahlsystems, die Unabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen, Korruption und Interessenkonflikte, die akademische Freiheit und die Rechte von Personen, die einer Minderheit angehören.
- [3] Siehe zum Beispiel: Kormány.hu (2014).
- [4] Siehe zum Beispiel: Kormány.hu (2010).
- [5] Siehe zum Beispiel: Miniszterelnök.hu (2018).
- [6] Projektträger_innen können über ein einfaches Formular die personalisierten Rechtsvorschriften anfordern. Sie müssen dabei auch die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Bedeutung der Investition nachweisen, sind diese Gründe nicht im Erlass über den Status der IVHVB enthalten (vgl. Antrag zur Personalisierung der Rechtsvorschriften: Nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánítási kérelem).
- [7] 2006. évi LIII. törvény a nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű beruházások megvalósításának gyorsításáról és egyszerűsítéséről.
- [8] „Pécs – Kulturhauptstadt Europas 2010“ 74/2008. (IV. 3.) Kormányrendelet.
- [9] Die genaue Passage ist die folgende: „[I]n engem Zusammenhang mit der Erhaltung, Präsentation und Entwicklung nationaler Denkmäler und Stätten oder in engem Zusammenhang mit der Erhaltung, Renovierung und Entwicklung von Denkmälern und Stätten, die als nationales Kulturerbe eingestuft sind, sowie von Denkmälern und Stätten in Welterbestätten“ kann dieser Status angewendet werden (siehe 2006. évi LIII. törvény a nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű beruházások megvalósításának gyorsításáról és egyszerűsítéséről).
- [10] Der Regierungsauftrag wurde 2014 im Rahmen des Nationalen Hauszmann-Programmes vorbereitet und 2018 als eine IVHVB erklärt; vgl. 313/2018. (XII. 27.) Kormányrendelet; 1377/2014. (VII. 10.).
- [11] Des Weiteren ist die Initiierung eines Referendums ausgeschlossen – womit auch die basisdemokratische Seite der Demokratie eingeschränkt wird und nicht nur die verfahrenstechnische, konstitutionelle und institutionelle Seite, welche von der EU kritisiert wird.
- [12] Diese Regierungserlasse umfassen oft mehrere Projekte, bis zu ca. 650 Vorhaben; vgl. 345/2012. (XII. 6.) Kormányrendelet.
- [13] Rechtliche Verweise, in der Reihenfolge der Nennung: 225/2018. (XI. 29.) Kormányrendelet; 493/2020. (XI. 11.) Kormányrendelet; 400/2021. (VII. 7.) Kormányrendelet; 227/2021. (V. 4.) Kormányrendelet; 223/2018. (XI. 29.) Kormányrendelet.
- [14] 275/2004. (X. 8.) Kormányrendelet über die Erhaltung der Natur in Gebieten von europäischer gemeinschaftlicher Bedeutung, unter anderem die NATURA-2000-Schutzzonen: die Donau und ihr Überschwemmungsgebiet HUDI20034 sowie der Donauarm von Ráckeve HUDI20042 (Natura 2000 o.J.a, o.J.b).
- [15] Siehe Galambos (2007).
- [16] Das Donauufer und das Burgviertel wurden 1987 in die Liste der Welterbestätten aufgenommen, die Andrassy-Allee und ihre Umgebung 15 Jahre später (MIT 2021).

Staat statt Stadt

- [17] 50/2015. (I. 28.) Föv. Kgy. határozattal elfogadott Fővárosi településszerkezeti terv (TSZT).
- [18] 5/2015. (II. 16.) Föv. Kgy. Budapest főváros rendezési szabályzatáról szóló rendelet (FRSZ).
- [19] 105/2016. (V. 13.) Kormányrendelet, dessen Gesetzentwurf auf der Regierungswebsite nur für wenige Stunden an einem Montagmorgen zu begutachten war (Stubnya 2016).
- [20] Grundsätzlich sollen Mitgliedsstaaten das Welterbekomitee informieren, wenn diese in unter Schutz stehenden Gebieten umfassende größere Restaurierungsarbeiten oder neue Bauwerke genehmigen möchten und diese Vorhaben sich auf den außergewöhnlichen universellen Wert des Gutes auswirken könnten. Diese Mitteilung sollte so bald wie möglich erfolgen (beispielsweise vor der Ausarbeitung von Grundlagendokumenten für bestimmte Projekte) und bevor Entscheidungen getroffen werden, die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können, damit vonseiten der UNESCO bei der Suche nach geeigneten Lösungen geholfen werden kann. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der außergewöhnliche universelle Wert des Kulturguts vollständig erhalten bleibt (UNESCO 2016).
- [21] 42/2018. (III. 13.) Kormányrendelet.
- [22] 201/2022. (VI. 7.) Kormányrendelet.
- [23] 141/2018. (VII. 27.) Kormányrendelet.
- [24] 426/2022. (X. 28.) Kormányrendelet.
- [25] Diese Akteur_innen sind Bewohner_innen, Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen, die Budapester Stadtverwaltung, Stadtplanungpraktiker_innen, Bezirksbürgermeister_innen, oppositionelle politische Akteur_innen und Wissenschaftler_innen.

Autor_innen

Lilla Kammermann studiert Urbanistik und interessiert sich vor allem für künstlerische Forschung und Formate wie kritische Kartographie.
lilla.kammermann@gmail.com

Sebastian Martini studiert Urbanistik, befasst sich mit planungstheoretischen Fragestellungen und arbeitet als Werkstudent an Quartiersentwicklungen.
s_martini@web.de

Enikő Charlotte Zöller ist Urbanistik-Studentin, mit einem besonderen Interesse an den Kontinuitäten und Veränderungen im Konzept des Kulturerbes – aktuell im Kontext des Alltäglichen.
eniko.zoller@gmail.com

Literatur

- Adept (2016): Budapart. <https://adept.dk/project/budapart> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Akçali, Emel / Korkut, Umut (2015): Urban transformation in Istanbul and Budapest: Neoliberal governmentality in the EU's semi-periphery and its limits. In: Political Geography 46, 76-88.
- Bankó, Gábor (2022): Megáldották és használatba vették Budapest első felhőkarcolóját, a történelmi panorámát megbolygató MOL-székházat [Der erste Wolkenkratzer von Budapest, der MOL Turm der das historische Panorama verschanzelt, wurde gesegnet und in Betrieb genommen]. <https://444.hu/kepek/2022/12/08/>

- megaldottak-es-hasznalatba-vettek-budapest-első-felhokarcolajat-a-tortenelmi-panoramát-megbolygató-mol-szekházat (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Bitá, Dániel / Kovács, Márta / Tóth, Richi (2017): Visszalép Magyarország a budapesti olimpiai pályázattól [Ungarn zieht sich aus der Budapester Olympiabewerbung zurück]. <https://24.hu/belfold/2017/02/22/visszalep-magyarorszag-a-budapesti-olimpiai-palyazattol/> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Bodnár, Eszter / Jakab, András (2021): Agonie eines jungen Verfassungsstaates. Die ungarische Verfassung 1989 bis 2019. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU. Wiesbaden: Springer VS, 57-74.
- Bos, Ellen (2021): Politisches System und Demokratieentwicklung in Ungarn: Funktionsdefizite und Instrumentalisierung demokratischer Verfahren durch die Regierungsparteien. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU. Wiesbaden: Springer VS, 25-56.
- Brenner, János (1993): Baurecht in Ungarn. In: Planerin 4/93, 9-12.
- Brenner, János (2021): Die aktuelle Reform des Planungsrechts in Ungarn: innovative Ansätze, aber sehr viele Details. In: Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht 44/7, 707-713.
- Budapest Főváros Önkormányzata (2016): Városépítési Főosztály. Tájékoztató a Budapest XI. kerület, Lágymányosi-öböl melletti Budapest fejlesztéshez kapcsolódó TSZT 2015 és FRSZ módosítására vonatkozó partnerségi egyeztetéséről [Abteilung für Stadtentwicklung. Informationen über die partnerschaftliche Konsultation zu den Stadtentwicklungsplänen 2015 und der Änderung des städtischen Flächennutzungsplans im Zusammenhang mit der Budapest-Siedlung in der Nähe von der Lágymányosi-Bucht, im XI Bezirk Budapest]. <https://budapest.hu/Lapok/2016/tajekoztato-a-budapest-xi-kerulet-lagymanyosi-obol-melletti-budapest-fejleszteszhez-kapcsolodo-tsz-2015-es-frsz-modosi.aspx> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Büdenbender, Mirjam / Zupan, Daniela (2017): The evolution of neoliberal urbanism in Moscow, 1992-2015. In: Antipode 49/2, 294-313.
- Čamprag, Nebojša / Grubbauer, Monika (2019): Urban megaprojects, nation-state politics and regulatory capitalism in Central and Eastern Europe: The Belgrade waterfront project. In: Urban Studies 56/4, 649-671.
- Csemátóny, Csaba (2022): A BudaPart lakópark rozsdáövezeti besorolást kapott [Der Wohnkomplex BudaPart ist als Rostgürtel eingestuft worden]. <https://www.napi.hu/ingatlan/a-buda-part-lakopark-rozsdaovezeti-besorolast-kapott.752031.html> (letzter Zugriff am 18.6.2023).
- Europäisches Parlament (2022): Ungarn: „Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte“. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220909IPR40137/ungarn-zerfall-der-demokratie-der-rechtsstaatlichkeit-und-der-grundrechte> (letzter Zugriff am 10.6.2023).
- Fehér, János (2019): Ferencváros polgármestere feltételekhez köti az atlétikai vb támogatását [Bürgermeister von Ferencváros setzt seiner Unterstützung für die Leichtathletik-Weltmeisterschaften Bedingungen voraus]. https://index.hu/sport/atlletika/2019/11/22/baranyi_krisztina_ferencvaros_atletikai_stadion_feltetelek/ (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Galambos, Péter (2007): Nagyot álmodnak a portugálok a Kopaszi-gát környékére [Die Portugiesen hegen große Träume für das Gebiet um den Kopaszi-Damm]. <https://www.origo.hu/gazdasag/20071211-kopaszigat-es-kornyek-e-irodak-lakasok-ettermek-sportletesitemenyek-szalloda.html> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Herczeg, Márk (2016): A BudaPart gigaprojekttel Garancsi és a katariai a fővárosba varázsolják Dubajt, sőt Budajt! [Mit dem Gigaprojekt BudaPart zaubern Garancsi und die Kataris Dubai und sogar Buda(i) in die Hauptstadt!]. <https://444.hu/2016/05/24/a-budapart-gigaprojekttel-garancsi-es-a-katariai-a-fovarosba-varazsoljak-dubajt-sot-budajt> (letzter Zugriff am 30.5.2023).

- Keller-Alant, Akos / Standish, Reed (2022): What's next for China's Fudan University Campus in Hungary? <https://www.rferl.org/a/hungary-orban-china-fudan-budapest/31888800.html> (letzter Zugriff am 10.1.2023).
- Kormány.hu (2010): Orbán Viktor beszéde a Kossuth téren (2010. május 29.) [Rede von Viktor Orbán auf dem Kossuth-Platz (29. Mai 2010)]. <https://2010-2014.kormany.hu/hu/miniszterelnokseg/miniszterelnok/beszedekek-publikaciok-interjuk/orban-viktor-beszede-a-kossuth-teren-2010-majus-29> (letzter Zugriff am 10.9.2023).
- Kormány.hu (2014): Prime Minister Viktor Orbán's speech at the 25th Bálványos summer free university and student camp. <https://2015-2019.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> (letzter Zugriff am 10.9.2023).
- Magyar Hang (2022): Lázár János: Vidékpárti vagyok, nem Budapest-ellenes [Ich bin für den ländlichen Raum, kein Budapest-Gegner]. <https://hang.hu/belfold/lazar-janos-budapest-141555> (letzter Zugriff am 12.10.2023).
- Miniszterelnök.hu (2018): Orbán Viktor beszéde a XXIX. Bálványosi Nyári Szabadegyetem és Diáktáborban [Rede von Viktor Orbán auf dem XXIX. Bálványos Summer Free University and Student Camp]. <https://2015-2022.miniszterelnok.hu/orban-viktor-beszede-a-xxix-balvanyosi-nyari-szabadegyetem-es-diaktaborban/> (letzter Zugriff 10.09.2023).
- MIT (2021): Budapest not on UNESCO list of endangered heritage sites. <https://hungarytoday.hu/budapest-unesco-list-endangered-world-heritage-sites-castle-andrassy/> (letzter Zugriff am 10.1.2023).
- Natura 2000 (o. J.a): Duna és ártere [Die Donau und ihr Überschwemmungsgebiet]. <https://natura.2000.hu/hu/teruletek/hudi20034> (letzter Zugriff am 1.5.2023).
- Natura 2000 (o. J.b): Ráckevei Duna-ág [Der Donauarm Ráckeve]. <https://natura.2000.hu/hu/teruletek/hudi20042> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Nemzeti Közlekedési Központ (2022): Website des Nationalen Verkehrszentrums. <https://nkk.hu/a-szervezetrol/> (letzter Zugriff am 10.1.2023).
- Pogátsa, Zoltán (2021): The political economy of Hungary. Managing structural dependency on the West. In: Ellen Bos / Astrid Lorenz (Hg.), Das politische System Ungarns. Nationale Demokratieentwicklung, Orbán und die EU. Wiesbaden: Springer VS, 153-172.
- Sarkadi, Péter (2020): Természetvédelmi szempontok az atlétikai stadion megépüléséhez [Naturschutzaspekte beim Bau des Leichtathletikstadions]. <https://greenfo.hu/hir/termeszetvedelmi-szempontok-az-atletikai-stadion-megepuleséhez/> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Stubnya, Bence (2016): Kiemelt beruházás lesz Garancsi biznisze [Das Geschäft von Garancsi wird zur hervorgehobenen Investition]. https://index.hu/gazdasag/2016/04/25/kiemelt_beruhazas_lesz_garancsi_biznisze/ (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Swyngedouw, Erik / Moulaert, Frank / Rodriguez, Arantxa (2002): Neoliberal urbanization in Europe: Large-scale urban development projects and the new urban policy. In: Antipode 34/3, 542-577.
- UNESCO (2016): The operational guidelines for the implementation of the world heritage convention. <https://whc.unesco.org/en/guidelines/> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Újbuda (2022): A varázsige: Kiemelt beruházás [Der Leitsatz: Herausgehobene Investitionen]. <https://www.ujbuda.hu/ujbuda/a-varazsige-kiemelt-beruhazas> (letzter Zugriff am 30.5.2023).

Rechtliche Verweise

Gesetze

2006. évi LIII. törvény a nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű beruházások megvalósításának gyorsításáról és egyszerűsítéséről [Gesetz Nr. LIII/2006 über die

Beschleunigung und Vereinfachung der Realisierung von Investitionen von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung].

Regierungsverordnungen

- 275/2004. (X. 8.) Korm. rendelet az európai közösségi jelentőségű természetvédelmi rendeltetésű területekről [Regierungsverordnung über Naturschutzgebiete von Bedeutung für die europäische Gemeinschaft].
- 74/2008. (IV. 3.) Korm. rendelet a „Pécs 2010 – Európa Kulturális Fővárosa“ program fejlesztési kulcsprojektheihez kapcsolódó beruházások megvalósításával összefüggő közigazgatási hatósági ügyek kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról [Regierungsverordnung über die Ausweisung von Verwaltungssachen im Zusammenhang mit der Durchführung von Investitionen von herausgehobener Bedeutung, die mit den wichtigsten Entwicklungsprojekten des Programms „Pécs 2010 – Kulturhauptstadt Europas“ in Verbindung stehen].
- 345/2012. (XII. 6.) Korm. rendelet egyes közlekedésfejlesztési projektekkel összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról és az eljáró hatóságok kijelöléséről [Regierungsverordnung über die Erklärung von Verwaltungssachen im Zusammenhang mit bestimmten Verkehrsentwicklungsprojekten zu Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung und die Benennung der zuständigen Behörden].
- 1377/2014. (VII. 10.) Korm. határozat a Nemzeti Hauszmann Terv (2014-2024) előkészítéséhez szükséges intézkedésekről [Regierungsverordnung über die notwendigen Maßnahmen für die Erstellung des Nationalen Hauszmann-Plans (2014-2024)].
- 5/2015. (II. 16.) Főv. Kgy. Budapest főváros rendezési szabályzatáról szóló rendelet (FRSZ). Budapest Főváros Önkormányzata Közgyűlésének 5/2015. (II. 16.) önkormányzati rendelete Budapest főváros rendezési szabályzatáról [Verordnung über die Flächennutzungsvorschriften der Hauptstadt Budapest (FRSZ) der Budapester Stadtverordnetenversammlung, Verordnung 5/2015. (II. 16.)].
- 50/2015. (I. 28.) Főv. Kgy. határozattal elfogadott Fővárosi települészerkezeti terv (TSZT). Budapest Főváros Önkormányzata Közgyűlésének 5/2015. (I. 28.) önkormányzati rendelete Budapest főváros rendezési szabályzatáról [Hauptstädtischer Siedlungsstrukturplan (TSZT), angenommen durch den Beschluss 5/2015 (I. 28.) der Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt Budapest].
- 42/2018. (III. 13.) Korm. rendelet a Kemény Ferenc Sportlétesítmény-fejlesztési Programmal, valamint egyéb dél-pesti és észak-csepeli beruházásokkal összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról és az eljáró hatóságok kijelöléséről, valamint az egyes közérdeken alapuló kényszerítő indok alapján eljáró szakhatóságok kijelöléséről szóló 531/2017. (XII. 29.) Korm. rendelet módosításáról [Regierungsverordnung zur Änderung der Regierungsverordnung Nr. 531/2017 (XII. 29.) über die Erklärung von Verwaltungssachen im Zusammenhang mit dem Ferenc-Kemény-Sportstätten-Entwicklungsprogramm und anderen Investitionen in Südpest und Nordcsepel als Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung und die Benennung der zuständigen Behörden sowie die Benennung der Fachbehörden, die aus verbindlichen Gründen des öffentlichen Interesses handeln].
- 141/2018 (VII. 27.) Korm. rendelet egyes gazdaságfejlesztési célú és munkahelyteremtő beruházásokkal összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról, valamint egyes nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításról szóló kormányrendeletek módosításáról [Regierungsverordnung über die Erklärung bestimmter Fälle von Verwaltungsbehörden im Zusammenhang mit herausgehobenen Investitionen mit volkswirtschaftlicher Bedeutung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu Angelegenheiten von nationaler wirtschaftlicher Priorität und zur Änderung von Regierungsverordnungen über die Erklärung bestimmter Angelegenheiten von nationaler wirtschaftlicher Priorität].

- 223/2018. (XI. 29.) Korm. rendelet sportcélú beruházások megvalósításával összefüggő kormányrendeletek módosításáról [Regierungsverordnung zur Änderung von Regierungsverordnungen über die Durchführung von Investitionen für Sportzwecke].
- 225/2018. (XI. 29.) Korm. rendelet a Pénzügyminisztérium budai Várnegyedben történő elhelyezésével kapcsolatos beruházás megvalósításával összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról és a beruházás kiemelten közérdekűvé nyilvánításáról [Regierungsverordnung über die Erklärung der Verwaltungssachen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Investition zur Unterbringung des Finanzministeriums im Budaer Burgviertel stehen, zu einer Angelegenheit von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung und über die Erklärung der Investition zu einer Angelegenheit von herausgehobenem öffentlichem Interesse].
- 313/2018. (XII. 27.) Korm. rendelet a Budai Palotanegyed területén megvalósuló kiemelten közérdekű beruházások megnevezéséről, valamint az ingatlanok vagyonekezelési feladatainak ellátásáról [Regierungsverordnung über die Bestimmung von Investitionen von herausgehobenem öffentlichem Interesse auf dem Gebiet des Budaer Schlossbezirks und über die Ausübung von Vermögensverwaltungsaufgaben].
- 493/2020. (XI. 11.) Korm. rendelet az egyes gazdaságfejlesztési célú és munkahelyteremtő beruházásokkal összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról, valamint egyes nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról szóló kormányrendeletek módosításáról szóló 141/2018. (VII. 27.) Korm. rendelet módosításáról [Regierungsverordnung zur Änderung der Regierungsverordnung 141/2018. (VII. 27.) über die Erklärung bestimmter Verwaltungssachen im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung und arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung].
- 227/2021. (V. 4.) Korm. rendelet a sportinfrastruktúra-fejlesztések megvalósításával összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról szóló 65/2019. (III. 27.) Korm. rendelet módosításáról [Regierungsverordnung zur Änderung der Regierungsverordnung Nr. 65/2019. (III. 27.) über die Erklärung von Verwaltungssachen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Sportinfrastrukturentwicklungen zu Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung].
- 400/2021. (VII. 7.) Korm. rendelet az egyes gazdaságfejlesztési célú és munkahelyteremtő beruházásokkal összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról, valamint egyes nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról szóló kormányrendeletek módosításáról szóló 141/2018. (VII. 27.) Korm. rendelet módosításáról [Regierungsverordnung über die Erklärung bestimmter Verwaltungssachen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung und zur Veränderung des Regierungsdekrets Nr. 141/2018 (VII. 27.) über die Erklärung bestimmter Angelegenheiten von herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung].
- 201/2022. (VI. 7.) Korm. rendelet a Ráckevei-Soroksári Duna-ág revitalizációja projekt megvalósításával összefüggő közigazgatási hatósági ügyek nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű üggyé nyilvánításáról és az eljáró hatóságok kijelöléséről [Regierungsverordnung über die Erklärung der Verwaltungssachen im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts zur Revitalisierung des Donauarms Ráckeve-Soroksár zu Angelegenheiten von herausgehobenem volkswirtschaftlichem Interesse und die Benennung der zuständigen Behörden].
- 426/2022. (X. 28.) Korm. rendelet az NKK Nemzeti Közlekedési Központ Nonprofit Zártkörűen Működő Részvénytársaság feladatainak átadásáról [Regierungsdekret 426/2022. (X. 28.) Regierungsverordnung über die Übertragung der Aufgaben des Nationalen Verkehrszentrums NKK, einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung].

Antragsformulare

Antrag zur Personalisierung der Rechtsvorschriften: Nemzetgazdasági szempontból kiemelt jelentőségű ügyé nyilvánítási kérelem. <https://kormany.hu/dokumentumtar/nemzetgazdasagi-szemponthol-kiemelt-jelentosegu-uggye-nyilvanitasi-kerelem> (letzter Zugriff am 10.1.2023).

Datenbanken

Civil Kollégium, K-Monitor (2022): Kiemelt gazdasági beruházások. Adatbázis [Investitionen mit herausgehobener volkswirtschaftlicher Bedeutung. Datenbank]. <https://docs.google.com/spreadsheets/u/1/d/e/2PACX-1vSOP3NNEo68-fhLpulEdWhEDL6bjZxbSNVVkVgVlbXQMSSX47Pa5EYV4mlU2c01IP0grXWYS3FUph5/pubhtml?gid=221044952&single=true> (letzter Zugriff am 10.5.2023).

Das Wohnungsbauprogramm GUS 1990-1996

43 Siedlungen in Russland, Belarus und der
Ukraine – Überblick und Einordnung

Jakob Holzer

Bevor Russland am 24. Februar 2022 Russland seinen Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine ausweitete, hatte es Kriegsmaterial an seinen Militärstützpunkten in der Nähe der Ukraine zusammengezogen (Gutschker 2022). Einige dieser Standorte waren Teil eines Wohnungsbauprogramms, für das mehrere Bezeichnungen existieren. Ich verwende in diesem Artikel die Bezeichnung „Wohnungsbauprogramm GUS“ (Deutscher Bundestag 1992: 48). Obwohl die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) mehrere Staaten der früheren Sowjetunion umfasste, sah das Programm nur Wohnungen in Russland, Belarus und der Ukraine vor. Die Ukraine trat zudem 2018 aus der GUS aus. Im Tausch für den Abzug der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der ehemaligen DDR hatte die BRD in der Sowjetunion dieses Wohnungsbauprogramm für zurückkehrende Soldaten finanziert. Dieses war Bestandteil des 1990 beschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrags sowie des Überleitungsabkommens zwischen der BRD und der Sowjetunion (BMJ 1990a, 1990b). Es handelt sich um die größte Einzelinvestition der staatlichen deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit ihrer Gründung 1948.

Dieser Beitrag untersucht das Wohnungsbauprogramm GUS, dessen Standorte heute in Russland, Belarus und der Ukraine liegen. Nach einem grundlegenden Überblick über das Programm und seine Siedlungen fokussiert der Artikel die Frage, welche städtebaulichen Leitbilder den Bau der insgesamt 43 Siedlungen in Russland, Belarus und der Ukraine beeinflussten. Von welchen gesellschaftlichen Vorstellungen war der Bau der Siedlungen in der Umbruchphase beeinflusst? Vor allem ist zu fragen: Sind die Siedlungen noch Teil der sozialistischen Stadt?

Nachfolgend beschreibe ich zunächst die Vorgehensweise und Methodik meiner Forschung. Im darauffolgenden Abschnitt beschreibe ich das Leitbild der sozialistischen Stadt. Anschließend zeichne ich den Aufbau des Wohnungsbauprogramms GUS nach und daran anknüpfend stelle ich die Charakteristika der Siedlungen des Programms heraus. Abschließend diskutiere ich die Einordnung der Siedlungen in das Leitbild der sozialistischen Stadt.

Die empirische Forschung im Rahmen meiner Diplomarbeit an der Technischen Universität Wien stand dabei vor großen Herausforderungen: Die Coronapandemie verhinderte Besuche vor Ort und Sperrfristen sowie Materialvernichtung schränkten den Zugang zu Primärquellen ein. Zudem war das Wohnungsbauprogramm GUS bis dato nicht auf das Interesse der historischen und postsozialistischen Stadtforschung gestoßen. Dennoch konnte ich Material aus drei Archiven in Deutschland und der Ukraine auswerten. Aus diesem identifizierte ich 105 Akteur:innen des Programms. Daraus ergaben sich fünf leitfadengestützte Expert:inneninterviews mit am Bau beteiligten Personen sowie vier Telefonate. Während ich die Expert:inneninterviews transkribiert und nach Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet habe, waren die Telefonate kurze ergänzende Gespräche, von denen ich lediglich Gedächtnisaufzeichnungen angefertigt habe. Zusammen ermöglichten mir Interviews und Gespräche einen umfangreichen Einblick in das Wohnungsbauprogramm.

Als Forschungsrahmen wählte ich einen infrastrukturzentrierten Ansatz nach Tauri Tuvikene et al. (2020). Mit diesem lassen sich anhand von Infrastrukturen eingeschriebene gesellschaftliche Werte erkennen, die bis heute wirken sowie veränderte Governance-Strukturen und selektive Modernisierungen nachzeichnen (ebd.: 576). Drei Aspekte dieses Forschungsansatzes waren für meinen Blick auf postsozialistische Transformationen von besonderem Interesse: 1. Die Stabilität von Infrastrukturen über Systembrüche hinweg, 2. Verbindungs- und Trennungsfunktionen und 3. gesellschaftliche und politische Vorstellungen, die die Form und Funktion von Infrastrukturen beeinflussen (ebd.). Infrastrukturen sind materiell und spielen eine zentrale Rolle für das ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Wohlergehen einer Stadt. Dazu zählen vor allem Transportinfrastrukturen, grüne Infrastrukturen und Wohninfrastrukturen (Sgibnev et al. 2019: 5).

Für die Forschung in den Siedlungen war der Verweis von Wladimir Sgibnev et al. (ebd.: 7) wichtig, dass das sozialistische Erbe nicht nur materiell in Gebautem, sondern auch nicht-materiell in Praktiken und Institutionen sichtbar ist. Ich verstehe daher vier Elemente der Siedlungen als Infrastrukturen: 1. Besitzverhältnisse und Wohnraumdistribution, 2. öffentlicher Raum und Verkehr, 3. soziale Einrichtungen, 4. Städtebau und Architektur. Diese vier Untersuchungsdimensionen waren einerseits gute Anknüpfungspunkte an das Leitbild der sozialistischen Stadt, andererseits ermöglichten sie mir eine aussagekräftige Unterscheidung zwischen den Siedlungen. Dies vor dem Hintergrund, dass die technische Ausgestaltung der 43 Siedlungen weitestgehend gleich ist. Meine Untersuchung konzentrierte sich auf zwei Beispielsiedlungen, die exemplarisch für alle anderen Siedlungen des Programms stehen: Ross-2 in Ross in Belarus und Makulan in Krywyj Rih in der Ukraine.

1. Die sozialistische Stadt

Die Ähnlichkeit der Siedlungen des Wohnungsbauprogramms GUS mit den Charakteristika der sozialistischen Stadt führt zu der These, dass beim Bau der Siedlungen dieses Leitbild zur Umsetzung kam. Die sozialistische Stadt ist vor allem das Leitbild einer „marxistisch geprägten Stadt- und Lebensgestaltung“, wie Philipp Meuser (2015: 63 f.) die Ideen von Nikolaj Miljutin, einem der ersten Theoretiker sozialistischer Städte in den 1930er Jahren, beschreibt. Ihr äußeres Erscheinungsbild hat die sozialistische Stadt im Laufe der Jahre verändert – vom stalinistischen Bauen über die Moderne hin zur sozialistischen Postmoderne. Die hinter dem Leitbild stehenden Strategien und Politiken sind jedoch in der Sowjetunion sowie in allen unter sowjetischem Einfluss stehenden Ländern Mittel- und Osteuropas weitestgehend gleich geblieben (Koch 2010: 114 ff.; Underhill 1990: 263).

Nach einem baupolitischen Kurswechsel unter Chruschtschow war ab den 1960er Jahren der zentrale Ausgangspunkt der sozialistischen Stadt der *mikrorajon*, eine eigene städtebauliche Einheit außerhalb der Kernstadt mit zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner:innen. Mehrere *mikrorajone* formten zusammen einen Wohnbezirk und mehrere Wohnbezirke einen Stadtbezirk innerhalb einer vorhandenen Stadt. Die Größe der städtebaulichen Einheiten, aber auch ihre Ausstattung und Verkehrsanbindung sowie weitere Vorgaben waren in den sowjetischen

Baunormen und Bauvorschriften (*stroitelnye normy i pravila*, SNiP) festgelegt. (Meuser 2015: 391; Underhill 1990: 276 ff.)

Der Wohnbezirk als übergeordnete Ebene des *mikrorajons* beinhaltete Gesellschaftsbauten mit einem größeren Einzugsgebiet ebenso wie Einrichtungen von stadtweiter Bedeutung. Dazu zählten Polikliniken, weiterführende Schulen und Sportzentren. Von anderen Stadtteilen waren Wohnbezirke durch natürliche Grenzen oder große Hauptstraßen getrennt. Die *mikrorajone* gruppierten sich um fußläufig erreichbare Einrichtungen des täglichen Bedarfs wie Schulen, Kindergärten und Apotheken, aber mit zunehmendem Fokus auf Konsumgüterproduktion und Erhöhung der Lebensqualität auch um Einkaufsmöglichkeiten und Cafés (SNiP 1992: 4 ff.).

Ideologisch war die Architektur damit nicht mehr durch die Form, sondern durch den Inhalt definiert, woraufhin sich der Fokus „von ästhetischen Fragen des Bauens auf das Wohnungsbauprogramm verlegte“ (Hoscislawski 1991: 299). Die Bebauungsstruktur der *mikrorajone* folgte der „Logik der Montagekräne“ (Meuser 2015: 387): eine Verwendung von Typenbauten, meist in Zeilen angeordnet, später auch in etwas freieren Formen, akzentuiert durch Punkthochhäuser. Der öffentliche Raum in der sozialistischen Stadt war ideologisch aufgeladen und betonte das Kollektiv. Der Autoverkehr spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle. Priorisiert wurde der öffentliche Verkehr – vor allem für das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort: „The Soviet Union was probably the best thing that could ever happen to public transport“, so Tuvikene et al. (2020: 579). Dennoch folgten die Siedlungen den modernistischen Idealen der Funktionstrennung und der autogerechten Stadt (Meuser 2015: 62).

Die Versorgung der Menschen mit Wohnraum erfolgte in der Sowjetunion – sofern privater Hausbau nicht infrage kam – über Wartelisten, also unabhängig von ökonomischen Kriterien. Dies sorgte zwar für eine soziale Durchmischung der Wohngebiete, machte die Zuteilung allerdings sehr anfällig für Korruption: Einige Betriebe – wie auch das Militär – versorgten ihre Angehörigen über eigene Wohnungen und Wartelisten mit Wohnraum (Petrova 2020: 50 ff.).

2. Das Wohnungsbauprogramm GUS

Zwischen 1990 und 1996 errichtete eine Vielzahl (überwiegend westlicher) Bauunternehmen nach einer internationalen Ausschreibung mehr als 45.000 Wohnungen an insgesamt 43 Standorten in Russland, Belarus

und der Ukraine (siehe Abb. 1). Insgesamt investierte die Bundesrepublik 8,35 Milliarden D-Mark in das Wohnungsbauprogramm für rückkehrende Soldaten der sowjetischen Streitkräfte (BMJ 1990b: 1282; Harries 1998: 184). Direkt nach Vertragsabschluss des Überleitungsabkommens 1990 begannen die Planungen. Nach anfänglichen Zwistigkeiten über die Vorgehensweise sowie Vorstößen der Sowjetunion und der deutschen Bauwirtschaft wurde schließlich eine gemeinsame sowjetisch-deutsche Organisation zur Steuerung und Abwicklung des Programms vereinbart. Ein neues Konfliktfeld eröffnete sich mit der Desintegration der Sowjetunion, die umfangreiche Umplanungen des Programms mit sich brachte. Russland führte als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion die vorhandenen Strukturen fort. Mit Belarus und der Ukraine schloss es jeweils bilaterale Verträge zur Fortführung des Programms (Harries 1998: 186; Interview Klym: 5; Interview Pfister: 6).

Federführend waren auf deutscher Seite das Bundeswirtschaftsministerium und auf sowjetischer (und später russischer) Seite das Verteidigungsministerium. Ein gemeinsamer Lenkungsausschuss fällte strategische Beschlüsse und überwachte das Programm (BMJ 1990b: 1657). Mit der Umsetzung dieser politischen Beschlüsse wurden fachspezifische Institutionen beauftragt: Die deutsche KfW war für die finanzielle Abwicklung des Programms verantwortlich. Als Bauherr trat die wohnungswirtschaftliche Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums auf. Sie war zuständig für die Planung und die Leitung der Planungsinstitutionen. Herzstück des Programms war das „Consulting Konsortium Wohnungsbau UdSSR“ (CWU), das im Auftrag des sowjetischen Verteidigungsministeriums das Vorhaben plante, durchführte und überwachte sowie die Ausschreibungen managte. Dabei mussten diverse sowjetische Normen wie die SNIp berücksichtigt werden (Harries 1998: 184 f.; Konang 1994: 24 f.).

Jede einzelne der 43 Siedlungen wurde funktional ausgeschrieben. Nachdem der Bauherr sich für einen Standort entschieden hatte, legte er „nicht nur Zahl und Größe der Wohnungen, sondern auch die künftige soziale Infrastruktur“ fest (Konang 1994: 30). Bei der Wahl der Bauweise, der Architektur und des Städtebaus hatten die jeweiligen Bauunternehmen jedoch freie Hand (Interview Klym: 4). Gewann ein Bauunternehmen eine Ausschreibung, so war es verpflichtet, 20 Prozent seines des Auftragsvolumens an ostdeutsche Unternehmen zu vergeben (Deutscher Bundestag 1991: 9). Es gab zahlreiche verschiedene

Bauunternehmen. Neben deutschen wie Hochtief oder Züblin waren auch welche aus Österreich (Hofman & Maculan), Finnland (Haka), Südkorea (Samsung) oder der Türkei (Baytur, Enka) am Bau von Siedlungen beteiligt (Konang 1994: 53).

3. Die Siedlungen

Räumlich sind die 43 Siedlungen weit verteilt. Vier davon befinden sich in der Ukraine, sieben in Belarus und die restlichen 32 in Russland. Aufgrund militärischer Überlegungen ist dabei eine gewisse Konzentration der Siedlungen in den jeweiligen westlichen Landesteilen zu beobachten (siehe Abb. 1). Anfangs, also noch zu Zeiten der Sowjetunion, sollte ein Großteil der Siedlungen in Belarus und in der Ukraine errichtet werden. Nach Auflösung der Sowjetunion Ende 1992 wurde umgeplant. Dabei wurde die Anzahl der Siedlungen in der Ukraine reduziert sowie der Schwerpunkt der Siedlungen in Russland in Richtung Kaukasus verlegt. In Belarus gab es hingegen keine nennenswerten Änderungen; hier waren die Siedlungen 1992 bereits fertiggestellt oder im Bau (Interview Pfister: 7; Litowkin 2004). Die einzelnen Siedlungen befinden sich sowohl in Großstädten wie Krywyj Rih (Ukraine), in Mittelstädten, aber auch in Kleinstädten und Dörfern wie Ross (Belarus). Dabei liegen sie fast ausschließlich an den Siedlungsrändern und in der Nähe von Militärstandorten. Ihre Größe reicht von 600 Wohneinheiten (ca. 1.500 Einwohner:innen) bis 2.000 Wohneinheiten (ca. 5.300 Einwohner:innen, siehe Abb. 1). Die Siedlungen sind damit deutlich kleiner als typische *mikrorajone*. Andererseits ist die Ausstattung mit Gesellschaftsbauten deutlich besser. Neben den obligatorischen Schulen und Kindergärten finden sich dort auch Schwimmbäder, Polikliniken und Dienstleistungszentren mit übergeordneter Funktion. Ein Haus der Offiziere (*dom ofizierow*) genanntes Kulturhaus bildet meist den kulturellen Mittelpunkt. Die alleinstehenden Siedlungen sind autark und nicht in das System aus *mikrorajon*, Wohnbezirk und Stadtbezirk eingegliedert.

Die beiden exemplarisch untersuchten Siedlungen unterscheiden sich merklich voneinander: Die Siedlung Makulan im ukrainischen Krywyj Rih mit 1.500 Wohneinheiten erinnert an eine klassische Plattenbausiedlung. Die durchgrünteren Innenbereiche werden heute zum Abstellen von Autos genutzt. Die abseits der neunstöckigen Wohnbauten liegenden Gesellschaftsbauten erzeugen kein urbanes Flair; sie stehen teilweise leer. Städtebaulich war die Siedlung bereits zum Zeitpunkt ihrer

Das Wohnungsbauprogramm GUS 1990-1996

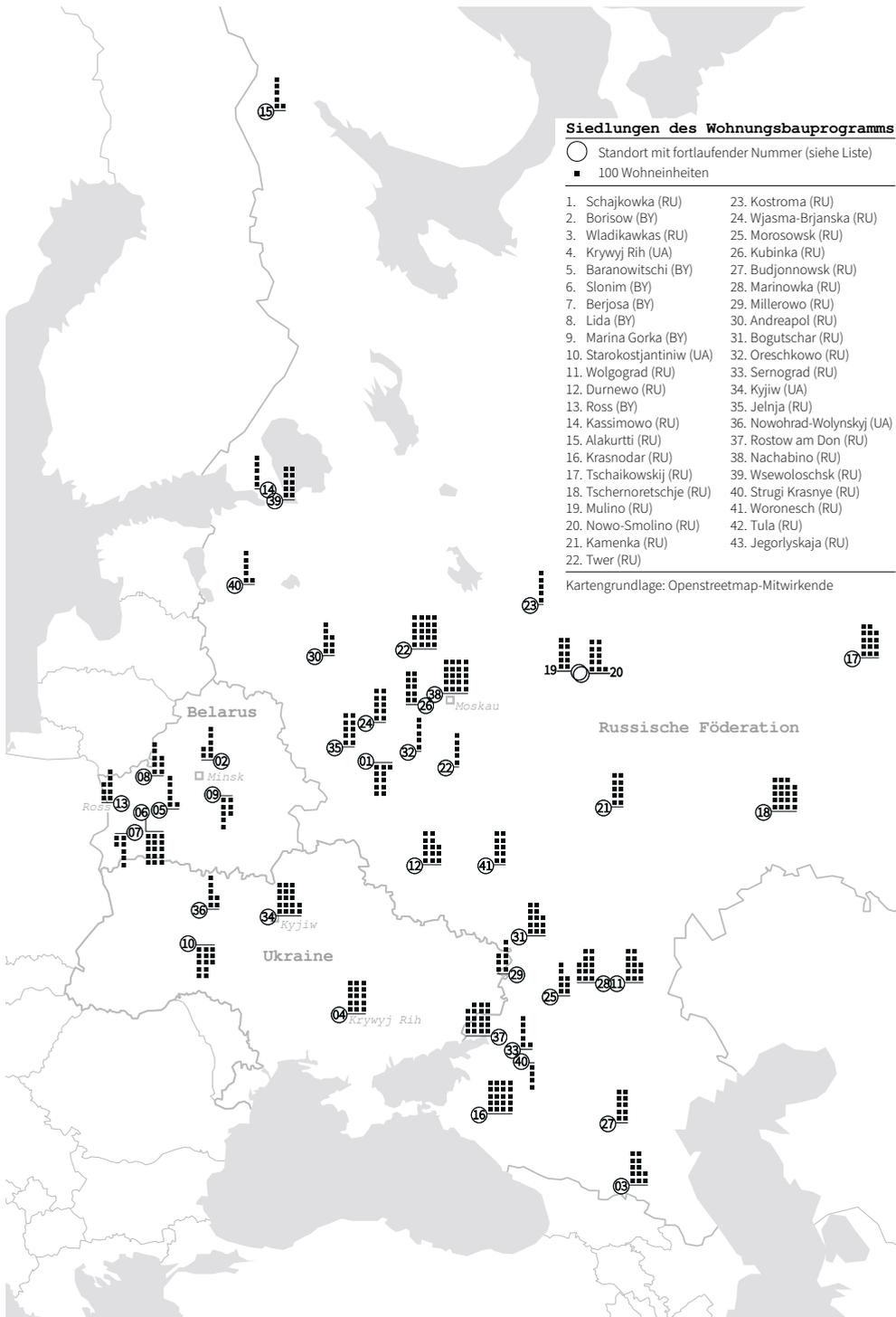


Abb. 1 Siedlungen des Wohnungsbauprogramms GUS (Quelle: Jakob Holzer, Kartengrundlage: Openstreetmap-Mitwirkende).

Fertigstellung 1992 veraltet. Die Siedlung Ross-2 in Ross in Belarus mit 826 Wohneinheiten liegt in einer Kleinstadt. Sie macht einen eher beschaulichen Eindruck. Für Autos gibt es – für sowjetische Verhältnisse äußerst ungewöhnlich – eine kleinteilige Parkplatzordnung. Zentral durch die Siedlung verläuft eine autofreie Esplanade, die in einen amphitheaterähnlichen Platz mündet. Die Gesellschaftsbauten rund um den Platz vermitteln eine urbane Atmosphäre. Die Gestaltung der Gebäude mit vor- und rückspringenden Fassaden, aber auch mit Giebeln und Türmchen erfolgte im Stil der sozialistischen Postmoderne.

Anders als die *mikrorajone* sind die meisten der 43 Siedlungen nur mit *marschrutkas* (Minibussen) ans öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Eine Anbindung an das Straßenbahn- oder Trolleybusnetz wurde nirgendwo verwirklicht. Der öffentliche Verkehr in Ross-2 ist rudimentär, nach Makulan fährt seit 2019 – zusätzlich zu den vorhandenen *marschrutkas* – auch ein Stadtbus. Auch die Bauweisen der beiden Siedlungen unterscheiden sich: In Krywyj Rih kam unter Federführung österreichischer und tschechoslowakischer Unternehmen die Tunnelschalbauweise zum Einsatz. In Ross findet sich eine eigene Version der belarussischen Plattenbauserie 90 – entwickelt vom ostdeutschen Auftragnehmer und einem lokalen Plattenbaukombinat (Interview Schnelle: 6; Nitschkasow 2003; Skydanow 1992). Die Zuteilung der Wohnungen erfolgte – wie schon in der Sowjetunion – über Listen, hauptsächlich an Offiziere. Verantwortlich dafür war die jeweilige Wohnungsverwaltung der Streitkräfte (Interview Klym: 8; Litowkin 2004).

4. Militärische Logik

Sind die Siedlungen nun sozialistische Städte? Tuvikene et al. (2020) argumentieren, dass der Fokus auf Infrastrukturen – gerade aufgrund ihrer Starrheit – wichtige Verbindungen zur Vergangenheit aufzeigt: „The past is not merely something that was there, nor something that persists to the present through path dependence. Instead, the past constitutes a sphere of possibilities, which are not locked to their position, but can revived or revitalised.“ (ebd.: 576) Für die Siedlungen kann festgestellt werden, dass sich durch neue Akteur:innenstrukturen beim Bau zwar die stadtpolitischen Rahmenbedingungen wandelten (Koch 2010: 198). Stadtstrukturelle Veränderungen gegenüber der sozialistischen Stadt können bei den Siedlungen des Wohnungsbauprogramms GUS hingegen nicht ausgemacht werden. Die Siedlungen sind in ihrer Konzeption als

Großwohnsiedlungen mit dazugehörigen Gesellschaftsbauten klar als *mikrorajone* erkennbar. Städtebaulich-architektonisch fügen sie sich nahtlos in die sowjetische Baukultur mit ihrem Fokus auf die Moderne ein. Die Anwendung der sowjetischen städtebaulichen Normen (SNIp) beim Bau ist deutlich sichtbar. Für die Zugehörigkeit zur sozialistischen Stadt spricht auch die Zuteilung der Wohnungen über Listen jenseits ökonomischer Kriterien.

Formal entsprechen die Siedlungen des Wohnungsbauprogramms also durchaus den Vorstellungen der sozialistischen Stadt. Thomas Hoscislawski (1991: 299) weist auch darauf hin, dass die sozialistische Stadt seit den 1960er Jahren nicht mehr formal, sondern inhaltlich definiert war. Wladimir Sgibnev und Tonio Weicker (2019: 196) betonen, dass Infrastrukturen nicht allein deshalb als sozialistisch zu charakterisieren sind, nur weil sie im Sozialismus entstanden und bis heute existieren. Angesichts der Forderung, das Zurückliegende als produktive Vergangenheit zu begreifen, der eine Fülle an Möglichkeiten zur Verfügung stand, rückt die politische Intention hinter dem Programm in den Vordergrund.

Allerdings wurde das Leitbild der sozialistischen Stadt in keinem der Interviews oder Gespräche erwähnt, die ich führte. Vielmehr wurde darin deutlich, dass die schnelle Schaffung von Wohnraum vor allem anderen stand (Interview Pfister: 4). Zum Zeitpunkt des Baus der meisten Siedlungen war der Sozialismus politisch betrachtet vorbei – die Sowjetunion befand sich bereits mitten im Prozess ihrer Auflösung. Der Sozialismus als ideologische Leitfigur spielte bei der Planung der Siedlungen daher keine Rolle. Vielmehr standen ökonomische, zeitliche und technische Aspekte im Vordergrund. Spannend ist hier der Blick auf die Entscheidungsstrukturen innerhalb des Programms: Während sich die deutsche Seite um Finanzierung, Abwicklung und Organisation kümmerte, bestimmte die sowjetische (und später die russische) Seite *hard facts* wie die Auswahl und Ausstattung der Standorte. Diese erfolgten allein nach militärischen Gesichtspunkten. Das zeigt etwa die Nähe der Siedlungen zur militärischen Infrastruktur, aber auch die veränderte Standortwahl in Zusammenhang mit der neuen militärisch-geopolitischen Ausgangslage nach der Auflösung der Sowjetunion. Da es rund um die Siedlungen an anderweitiger wirtschaftlicher Infrastruktur fehlt, ist das Militär die alleinige Daseinsberechtigung für die Siedlungen. Das schlägt sich in der Identität der Siedlungen nieder. Im öffentlichen Raum

ist ausrangiertes Militärgerät zu sehen. Auch Straßennamen, öffentliche Gebäude oder die Namen der Siedlungen selbst verweisen auf ansässige Truppenteile oder allgemein auf Militärisches. Die Bundesrepublik finanzierte freilich nur zivile Infrastruktur. Klar ist aber auch, dass Militärstandorte durch die Siedlungen und ihre gute Ausstattung gestärkt wurden und für die drei Länder jeweils diverse Möglichkeiten zur militärischen Entwicklung schufen. Diese Möglichkeiten verblieben nach Tuvikene et al. (2020) nicht in der Vergangenheit, sondern können noch heute aktiviert und erneuert werden.

Der völkerrechtswidrige Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine macht dies deutlich. Während die Siedlung im ukrainischen Krywyj Rih am 24. Februar 2022 aufgrund des Beschusses mit russischen Raketen evakuiert werden musste, sind die in Russland liegenden Militärstandorte mit Siedlungen des Wohnungsbauprogramms Teil der Infrastruktur für den Krieg. Seit 2015 nutzt Russland Standorte wie Bogutschar, Woronesch oder Jelnja zum Aufbau neuer Divisionen und aktuell für seine Kriegslogistik (Gutschker 2022; Richter 2021: 2).

5. Fazit

Aus einer infrastrukturzentrierten Sicht wird klar, dass die Siedlungen des Wohnungsbauprogramms GUS formal dem Leitbild der sozialistischen Stadt entsprechen und innerhalb dessen formalen Rahmens blieben. Inhaltlich fehlt jedoch jegliche Bezugnahme auf die Ideen des Sozialismus. Trotz ihrer zivilen Funktion sind die Siedlungen – bereits von Anfang an – eng mit den jeweils naheliegenden Militärstützpunkten sowie mit dem militärischen Leben und Arbeiten verknüpft und müssen daher als deren Teil angesehen werden.

Was sind die Siedlungen nun? Sie sind ideologisch leere sozialistische Städte vermindert um die Ideen des Sozialismus. Doch was ist das? Ein leeres Gebilde, eine Anordnung von Baukörpern nach Normen, Richtlinien und Gesetzen. Was Identität stiftet und Halt gibt, ist nicht mehr der Sozialismus, der eine frohe Zukunft verheißt, sondern der Bezug zum Militär.

Insgesamt weist diese letzte Phase des sowjetischen Städtebaus einige Leerstellen auf. Das Wohnungsbauprogramm GUS mit seinen 43 Siedlungen oder 45.000 Wohnungen in drei Ländern bedarf weiterer Forschung. Mit Hinblick auf den anstehenden Wiederaufbau in der Ukraine können hieraus wichtige Erkenntnisse erwachsen.

Das Wohnungsbauprogramm GUS 1990-1996

Letztlich bleibt anzumerken, dass das Programm eines gezeigt hat: Auch in krisenhaften Situationen und unter großem politischen und zeitlichen Druck ist qualitativvoller Städtebau möglich. Mit Blick auf die Zukunft bleibt zu hoffen, dass die Mittel künftig in Projekte investiert werden, die den Menschen vor Ort und rundherum auch noch 30 Jahre später ein schönes und sicheres Leben in Frieden bieten.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Jakob Holzer ist Stadt- und Raumplaner. Er arbeitet als Stipendiat im Bereich Kulturmanagement in einer Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška. Daneben forscht er zu post-sozialistischer Transformation und Partisan:innendenkmälern sowie Denkmalpflege und Wohnungspolitik.
jakobholzer@systemli.org

Interviews

Interview mit Heinz Klym, ehemaliger Geschäftsführer der Dorsch Consult und Projektdirektor des Consulting Konsortiums Wohnungsbau UdSSR (CWU), vom 21.5.2021.

Interview mit Eberhard Pfister, ehemaliger Leiter des Sprachendienstes des CWU, vom 4.10.2021.

Interview mit Dirk Schnelle, ehemaliger Bauleiter von Industriebau Magdeburg in Krywyj Rih, vom 21.5.2021.

Literatur

BMJ – Bundesministerium der Justiz (1990a): Gesetz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland. In: Bundesgesetzblatt 1990/II, Nr. 38, 1317-1329.

BMJ – Bundesministerium der Justiz (1990b): Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen. In: Bundesgesetzblatt 1990/II, Nr. 48, 1654-1659.

Deutscher Bundestag (1991): Drucksache 12/1064 (1991): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der SPD (Drucksache 12/595). Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode. <https://dip.bundestag.de/drucksache/abzug-der-westgruppe-der-sowjetischen-streitkr%C3%A4fte-aus-den-neuen-bundesl%C3%A4ndern-erf%C3%BClung/126513> (letzter Zugriff am 12.07.2023).

Deutscher Bundestag (1992): Drucksache 12/3100 (1992): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Der Finanzplan des Bundes 1992 bis 1996. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode. <https://dip.bundestag.de/vorgang/finanzplan-des-bundes-1992-bis-1996-gsig-12001023/139448> (letzter Zugriff 14.09.2012).

Gutschker, Thomas (2022): Russische Truppen gehen in Position. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.2022. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-russische-truppen-gehen-an-grenze-in-position-17802380.html> (letzter Zugriff am 12.07.2023).

Harries, Heinrich (1998): Die KfW – eine Bank mit öffentlichem Auftrag. Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag.

Hoscislawski, Thomas (1991): Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR. Berlin: Verlag für Bauwesen.

- Koch, Florian (2010): Die europäische Stadt in Transformation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konang, Peter (1994): Das Wohnungsbauprogramm in der Russischen Föderation, der Republik Weißrußland und der Ukraine. Frankfurt am Main: Kreditanstalt für Wiederaufbau/ Consulting Konsortium Wohnungsbau UdSSR/Arbeitsgemeinschaft zur Projektvorbereitung des Wohnungsbauprogramms.
- Litowkin, Viktor (2004): Rückzug auf die grüne Wiese. In: Neues Deutschland, 31.8.2004. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/58872.rueckzug-auf-die-gruene-wiese.html> (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Meuser, Philipp (2015): Die Ästhetik der Platte. Wohnungsbau in der Sowjetunion zwischen Stalin und Glasnost. Berlin: Dom publishers.
- Nitschkasow, Anatolij (2003): Schiloi gorodok Ross [Die Wohnsiedlung Ross]. In: Architektura, Stroitelstwo, Disajn [Architektur, Konstruktion, Gestaltung], 31 (3), 26-29.
- Petrova, Mariya (2020): Nah am Boden: Privater Hausbau zwischen Wohnungsnot und Landkonflikt im Samarkand der 50er- und 60er-Jahre. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Richter, Wolfgang (2021): Moskau zieht zusätzliche Truppen nahe der Ukraine und auf der Krim wieder ab. In: SWP-Aktuell 2021/A 39, 1-4. doi:10.18449/2021A39.
- Sgibnev, Wladimir / Tuvikene, Tauri / Neugebauer, Carola S. (2019): Introduction. Linking post-socialist and urban infrastructures. In: Tauri Tuvikene / Wladimir Sgibnev / Carola S. Neugebauer (Hg.), Post-socialist urban infrastructures. London/New York: Routledge, 1-20.
- Sgibnev, Wladimir / Weicker, Tonio (2019): Infrastructures as fluidities: How marshrutkas help us to overcome static conceptions of road-based mobility service provision. In: Tauri Tuvikene / Wladimir Sgibnev / Carola S. Neugebauer (Hg.), Post-socialist urban infrastructures. London/New York: Routledge, 195-212.
- Skydanow, W. (1992): Snajomyj nesnajomez [Ein vertrauter Fremder]. In: Tscherwonyj hironyk [Der rote Bergarbeiter] 143, 2.
- SNiP – Stroitelnye Normy i Prawila [Bau Normen und Bauvorschriften] (1992): Planirowka i sastrojka gorodskich i selskich poselenij. Stroitelnye Normy i Prawila № 2.07.01-89 [Planung und Entwicklung von städtischen und ländlichen Siedlungen]. Moskau: Gosudarstwenyj stroitelnyj komitet SSSR [Staatskomitee für Bauwesen der UdSSR].
- Tuvikene, Tauri / Sgibnev, Wladimir / Zupan, Daniela / Jovanović, Deana / Neugebauer, Carola S. (2020): Post-socialist infrastructuring. In: Area 2020/52, 575-582.
- Underhill, Jack A. (1990): Soviet new towns, planning and national urban policy. In: The Town Planning Review, 61/3, 263-285.

Landschaften der Regression

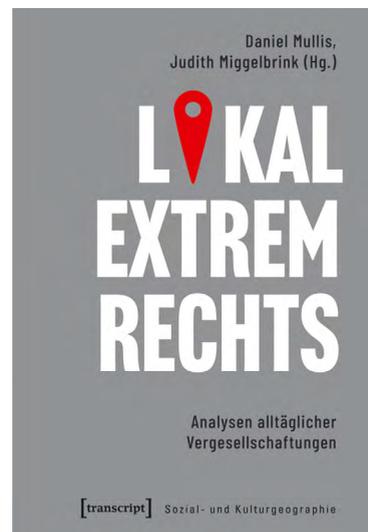
Rezension zu Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.) (2022): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript.

Leonie Stoll

Bereits 2016 wies die jährlich veröffentlichte Mitte-Studie auf eine Radikalisierung rechtspopulistischer Gruppierungen hin. Demnach erhielt die bis dahin bloß sagbare Ideologie einer angeblichen Ungleichwertigkeit von Menschen zuletzt verstärkt (gewaltvollen) Handlungsnachdruck (vgl. Melzer 2016: 9 f.). Den Nährboden hierfür bilden antidemokratische Einstellungen. Diese durchziehen die Gesellschaft (Decker et al. 2022a: 21, 2022b: 70 ff.) ebenso wie ihre Geographien in alle Richtungen (vgl. für die Wahlgeographien der „Alternative für Deutschland“ (AfD) Bernet et al. (2019: 13) sowie für extrem rechten Terror Nobrega et al. (2021: 9).

Wie die neuere Stadtforschung kritisch hervorhebt, wird die „Radikalisierung antidemokratischer Milieus“ (Mullis/Miggelbrink 2022a: 7) allerdings häufig immer noch so verortet, dass kleinräumliche Betrachtungen rechtsextremer Strukturen ausgeklammert bleiben. Dies Sorge für analytische Fehlschlüsse (ebd.). Den Unterscheidungen Stadt/Land oder Ost/West würden aufgrund eines unzureichenden Raumordnungsverständnisses häufig falsche Inhalte zugeschrieben (vgl. ebd.: 9; Bescherer/Mackenroth 2021: 11). Beispielsweise erlaube es eine Wahlkreisanalyse allein nicht, Rückschlüsse von der Konzentration der AfD-Stimmanteile vom gesamten Gebiet auf

Abb. 1 Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. (Quelle: transcript)



einzelne Teile zu ziehen. Etwa könnten Hochburgen der Partei innerhalb des Wahlkreises - auf die Gesamtgröße übertragen - schnell übersehen werden (vgl. ebd.).

Der hier rezensierte Sammelband *Lokal, extrem Rechts* macht diese Forschungslücke deutlich und füllt sie facettenreich mit Ergebnissen aktueller Stadt- und Raumrecherchen.

Die Humangeograph*innen Daniel Mullis und Judith Miggelbrink (2022b) haben es sich zum Ziel gemacht, „die Konflikte in und um Gesellschaft von rechts außen konkret nachzuvollziehen“ (ebd.: 9). Dem liegt die These zugrunde, dass das Lokale für die Entstehung extrem rechter Strukturen, aber auch für deren Analyse als Raumdimension, hoch relevant sei.

In einem weiteren Beitrag stellen die Herausgebenden (Mullis/ Miggelbrink 2022b) das theoretische Fundament und die Heuristik des Sammelbandes vor. Das Lokale sei multiskalar zu betrachten, als Austragungsort von Kämpfen um Hegemonie und als Teil gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Subjekt und Gesellschaft bedingen sich und formten einander wechselseitig. Das Autor*innenteam arbeitet heraus, wie *Subjektivierung* als räumlich verortbare Praxis wirkt. Diese ermögliche es nicht nur, sich die Welt zu erschließen, sondern auch, sich gegen sie aufzulehnen. Auf der ausgeführten konzeptionell-theoretischen Basis ergründen die beiden schließlich lebensweltliche Realitäten des Lokalen als Möglichkeitsraum extrem Rechter sowie deren Bekämpfung. Einleitend untersuchen sie den Einfluss sozioökonomischer und räumlicher Faktoren auf den lebensweltlichen Alltag von Subjekten sowie auf deren Identitätsformierung. Analysiert wird die Entstehung rechter Einstellungen vor dem Hintergrund räumlicher Entwicklungen und Disparitäten. Sodann ordnen sie Raumeignungen in Prozesse *alltäglicher Vergesellschaftungen* ein.

Die weiteren Teile des Sammelbandes bieten Einblicke in die qualitative empirische Sozialforschung zur extremen Rechten. Bernd Belina (2022) beschreibt anhand von Adornos Begriff der *Provinzialität* die Wahlgeographien hessischer Stadt- und Landbewohner*innen. Provinzialität wird hierbei als Geisteshaltung beschrieben, die über Prozesse räumlicher Differenzierung und Vergesellschaftung vermittelt werde und eine Fremdgruppe gegenüber einer Eigengruppe abwerte. Gründe hierfür seien unter anderem mangelnde Bildung und unreflektierte Alltagspraktiken. Als Geisteshaltung sei Provinzialität potenziell

überall anzutreffen, nicht nur – wie häufig angenommen – an einem bestimmten Ort, etwa dem Dorf. Auch Peter Bescherer (2022) sowie Manuela Freiheit, Peter Sitzer und Wilhelm Heitmeyer (2022) entkräften den vermeintlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Letzteren zufolge nehmen Rechte durch „Raumgewinne“ (ebd.: 67) in Groß- und Kleinstädten zunehmend Einfluss auf das Lokale und werden so heute zu einer „Raumordnungsbewegung“ (ebd.): Sie eignen sich gezielt Räume an, um einerseits einflussreicher zu werden, aber auch, um als selbstverständlicher Teil urbaner Gesellschaften zu gelten.

Entgegen simplifizierenden Narrativen arbeiten Larissa Deppisch (2022) sowie Kai Dietrich und Nils Schuhmacher (2022) die Einstellungsmerkmale der ländlichen Bevölkerung in Abgrenzung zur städtischen heraus. Mit Belina gesprochen sei Provinzialität als Geisteshaltung zwar omnipräsent, jedoch stärker auf dem Land als in der Stadt vorzufinden. Geschuldet sei dies dem „Abbau von Versorgungsstrukturen“ (Deppisch 2022: 109) sowie „formalistische[n] Vorstellungen gesellschaftlicher und sozialer Ordnungsbildung“ (Dietrich/Schuhmacher 2022: 197).

Die Autor*innen tragen mit differenziertem Blick auf das Lokale als Stätte rechter Einstellungen zum Schließen der eingangs erwähnten Forschungslücke kleinräumlicher Analysen bei. Abdelrahman Helal (2022) knüpft daran an und betont, dass rechte Raumeignung nicht vor Landesgrenzen haltmache. Helal kartographiert und analysiert die Besetzung des Raums durch rechte Politik, Gewaltakte sowie die Nutzung oder den Erwerb von Immobilien. Er identifiziert Cluster rechter Raumeignung, aber auch „Inseln“, die praktisch aus der übrigen politischen Landschaft herausragten: „[L]ändliche Kreise sowie Regionen mit unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen“ (ebd.: 233) wiesen demnach einen größeren Stimmenanteil extrem rechter Parteien auf.

Felicitas Kübler, Felix Schilk und Anke Schwarz (2022) vergleichen ausgewählte Bauprojekte in der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje mit ähnlichen Plänen für Dresden. Beide Städte erhielten rekonstruierte Bauwerke, die Identität stiften sollten. Die Autor*innen heben die sich ergebende starke Überschneidung von Rekonstruktionsästhetik und rechtsextemem Narrativ hervor. Sie resümieren, dass Rekonstruktionspolitiken ein revisionistisches Geschichtsbild tradierten, das ökonomisch wie ideell besonders anschlussfähig für Rechte sei.

Paul Zschocke (2022) sowie Axel Salheiser und Matthias Quent (2022) beschreiben, wie bestimmte Räumlichkeiten als Kristallisationspunkte

neonazistischer Mobilmachung dienen können. Diese würden so- dann für ihre Umgebung zu einem Angstraum, wobei extrem Rechte nur noch marginalen Widerstand erführen. Am Beispiel des *Leipziger Jugendklubs Kirschberghaus* (Zschocke 2022) sowie des bis heute be- stehenden *Eisenacher Fliederhauses* (Sahlheiser/Quent 2022) werde ersichtlich, wie jahrelange Normalisierungsgewinne innerhalb der Stadtgesellschaft bis in die Gegenwart fortwirken und Generationen militanter Rechtsextremer heranwachsen (siehe hierzu auch Adorno 2019: 25). Eine „falsche Toleranz von Behörden“ und *rechte Raumnahmen*, so Zschocke (2022: 158 f.), wirkten sich auf das Lokale ebenso aus wie „die Behinderung einer *reflexiven Stadtgesellschaft*“ (ebd., Hervorhebung im Original).

Valentin Domann und Henning Nuissl (2022) untersuchen erstma- lig, in welcher Weise Kommunalpolitik eine Gelegenheitsstruktur für Rechte bilden kann. Hierzu führen sie das Modell der sogenannten *Konkordanzdemokratie* ein, die einen breiten gesellschaftlichen Konsens aushandelt und möglichst viele Interessensgruppen vertritt.

Schließlich bringen die Beiträge den Leser*innen qualitative Forschungszugänge zur extremen Rechten näher. Hierzu gehören Praktiken der Raumnahme und Reaktionen der Anwohner*innen in Hamburg (Altmeyer 2022) sowie am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg (Zimmer 2022). Positiv fällt insbesondere in Nils Zimmers Analyse die multiperspektivische Annäherung an den Forschungsgegenstand durch extrem Rechte, die Exekutive und Betroffene auf.

Die Texte des Sammelbandes sind theoretisch anspruchsvoll und zu- gleich verständlich geschrieben. Dabei folgen sämtliche Autor*innen der Kernthese, dass das Lokale grundsätzlich in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet ist. Sie betrachten das Lokale nicht als einen isolierten Container, sondern multiskalar, also in seinem Zusammenhang mit den räumlichen Ebenen des *Globalen* und *Regionalen*. Dieser humangeographische Ansatz ermöglicht es den Verfasser*innen, einen umfassenden Beitrag zur geographischen Dimension extrem rech- ter Praktiken, zu deren Ideologien, Machtansprüchen und den damit verbundenen Gefahrenpotenzialen zu leisten.

Der rote Faden des Bandes ist leicht auffindbar, was längst nicht für alle Sammelbände gilt. Auch bleibt die Lektüre aufgrund der Vermeidung von Wiederholungen und einer gelungenen Gliederung von der ersten bis zur letzten Seite spannend. Positiv fallen zudem die saubere methodische

Arbeit und die kritische Selbstreflexion der Verfasser*innen auf. Sie bereiten forschungspraktische Vorschläge zur qualitativen Untersuchung und vor allem zur Verortung rechtsextremer Subjektivierung mit äußerster Genauigkeit auf. Mit epistemischem und methodischem Geschick regen sie dazu an, auch zukünftig qualitativ zu extrem Rechten zu forschen, ohne mit ihnen reden zu müssen.

Ergänzen ließe sich das Werk um Einblicke in die politische Praxis von *Migrant*innenselbstorganisationen (MSO)*. In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche dieser MSO gegründet. In dem Bestreben, gegen extrem rechte Strukturen vorzugehen, operieren sie als Teil zivilgesellschaftlicher Bewegungen direkt gegen die (strukturell) rassistischen Auswüchse der Stadtgesellschaft (vgl. Bouguerra/Peters 2021: 171). Der Hinweis im Band, dass es Aufgabe des Staates sei, konsequent gegen extrem rechte Strukturen vorzugehen, hätte deutlicher ausfallen können. Auch dass die extreme Rechte mitunter ein Problem in Sicherheitsbehörden selbst darstellt (vgl. Thompson 2021: 109 ff.; Jawabreh 2021: 113), wäre neben dem vielfach erwähnten antirassistischen Potenzial der Zivilgesellschaft noch stärker hervorzuheben.

Insgesamt leistet der Sammelband einen herausragenden Beitrag zur räumlichen Analyse bundesdeutscher gesellschaftlicher Regression, entsprechender Widerstände und ihrer Beforschung von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart. Er ist all jenen zu empfehlen, welche die extreme Rechte in sozioökonomischen und räumlichen Erscheinungsformen verstehen, erforschen und problematisieren möchten – unter Wahrung eines hohen wissenschaftlichen Anspruchs, theoretisch wie empirisch.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Leonie Stoll ist Soziologin und Humangeographin. Ihr Dissertationsprojekt thematisiert Antidiskriminierungsarbeit von Muslim*innen im deutschsprachigen Raum.
lestoll@uni-osnabrueck.de

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. Berlin: Suhrkamp.
- Altmeyer, Lilly (2022): Stickern als Raumanneignungsstrategie: Die Identitäre Bewegung und (antifaschistische) Gegenstrategien in Hamburg. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 245-260.

- Belina, Bernd (2022): Zur Provinzialität der AfD. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 43-60.
- Bernet, Tobias / Bescherer, Peter / Beurskens, Kristine / Feustel, Robert / Michel, Boris (2019): Stadt von rechts? Eine Einleitung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7/1-2, 7-22.
- Bescherer, Peter / Mackenroth, Gisela (2021): Einleitung: Vom Recht auf Stadt zur Stadt von rechts und zurück. Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. In: Peter Bescherer / Anne Burkhardt / Robert Feustel / Gisela Mackenroth / Luzia Sievi (Hg.), Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 10-35.
- Bescherer, Peter (2022): Umkämpftes Ortsverständnis. Eine Fallstudie zu Rechtspopulismus in Leipzig. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 85-102.
- Bouguerra, Hamidou Maurice / Peters, Kaya (2021): Geschichte und Gegenwart (post-)migrantischer Selbstorganisation gegen Rassismus. In: Frank Eckardt / Hamidou Maurice Bouguerra (Hg.), Stadt und Rassismus. Analysen und Perspektiven für eine antirassistische Urbanität. Münster: Unrast, 171-187.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Brähler, Elmar (2022a): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial, 11-28.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Schuler, Julia / Brähler, Elmar (2022b): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial, 31-90.
- Deppisch, Larissa (2022): Die AfD und das „Dornröschenschloss“. Über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 103-121.
- Dietrich, Kai / Schuhmacher, Nils (2022): „Eigensinn“ zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 183-200.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning (2022): Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 201-217.
- Freiheit, Manuela / Sitzer, Peter / Heitmeyer, Wilhelm (2022): Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 61-83.
- Helal, Abdelrahman (2022): Rechte Räume? Kartierungen von radikal rechten Raumanweisungen. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 221-244.
- Jawabreh, Simin (2021): Race regieren – (post-)koloniale Regierungsweisen: Polizeiliche Grenzziehungen im städtischen Raum. In: Frank Eckardt / Hamidou Maurice Bouguerra (Hg.), Stadt und Rassismus. Analysen und Perspektiven für eine antirassistische Urbanität. Münster: Unrast, 113-129.
- Kübler, Felicitas / Schilk, Felix / Schwarz, Anke (2022): Rechte Räume reconstructed. Identitätsfassaden in Skopje und Dresden. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 125-144.
- Melzer, Ralf (2016): Vorwort des Herausgebers. In: Ralf Melzer (Hg.), Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz, 9-11.

Landschaften der Regression

- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022a): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen – eine Einleitung. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 7-17.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022b): Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 19-39.
- Nobrega, Onur Suzan / Quent, Matthias / Zipf, Jonas (Hg.) (2021): Von München über den NSU bis Hanau. In: Onur Suzan Nobrega / Matthias Quent / Jonas Zipf (Hg.), Rassismus. Macht.Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript, 9-23.
- Salheiser, Axel / Quent, Matthias (2022): Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 165-182.
- Thompson, Vanessa E. (2021): Schwarz-feministische Kritik der Polizei. In: Onur Suzan Nobrega / Matthias Quent / Jonas Zipf (Hg.), Rassismus.Macht.Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors. Bielefeld: transcript, 109-123.
- Zimmer, Nils (2022): Prozesse temporärer Raumeignung durch extrem rechte Gruppen am Beispiel des Mehringplatzes in Berlin-Kreuzberg und ihre Auswirkungen auf das (Er-)Leben jugendlicher Anwohner:innen. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 261-277.
- Zschocke, Paul (2022): Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 145-164.

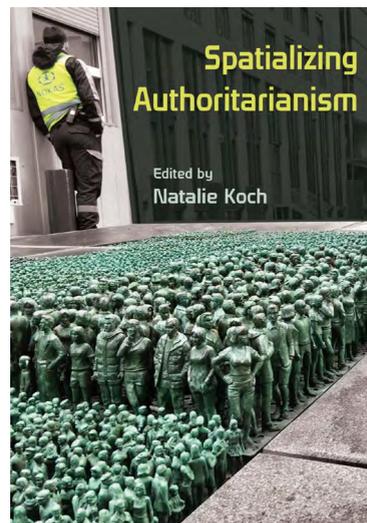
Wie verräumlicht sich Unterdrückung?

Rezension zu Natalie Koch (Hg.) (2022): *Spatializing authoritarianism*. New York: Syracuse University Press.

Victoria Grau

Eine neue Publikation über undemokratische Machtverhältnisse in der Gegenwart muss ihre Relevanz nicht erklären. Als gemeinsamer Forschungsgegenstand beschäftigen diese vor allem die gesellschaftswissenschaftlichen und geographischen Disziplinen. Die meisten Untersuchungen bleiben jedoch raumlos, oft fixiert auf das führende Personal – zuletzt par excellence vorgeführt durch Gideon Rachman (2022). Natalie Koch, Professorin am Department of Geography and Environment an der Syracuse University in New York, hat sich vorgenommen, diese Debatte grundlegend zu erweitern. *Spatializing authoritarianism* ist nicht nur der Titel ihres Sammelbands, sondern steht auch für ihren Forschungsansatz: Autoritarismus, so Koch, kann nur begriffen werden, wenn die Zusammenhänge zwischen der politischen und räumlichen Entwicklung angemessen in Analysen einbezogen werden (2022: 3). Der maßgebliche Begriff der Publikation ist dabei nicht *authoritarianism*, sondern *spatializing*. Koch verzichtet auf eine präzise Definition von Autoritarismus, sie lehnt eine solche sogar konsequent ab. Nur einer der Autor_innen, Josh Hagen, setzt kurz an, den Begriff zu bestimmen – aber dies bleibt ein Hilfsmittel, seinen Beitrag zu strukturieren. Anstelle einer einheitlichen Definition will Koch durch die Beiträge des Sammelbands darstellen, wie verschieden Autoritarismus

Abb. 1 *Spatializing authoritarianism*
 (Quelle: Syracuse University Press)



„is imagined, narrated, mapped, and acted on across the world“ (ebd.) und welche analytische Aussagekraft ein räumliches Forschungsobjektiv dabei haben kann. Der Sammelband ist ein eloquenter Aufruf an die interdisziplinäre raumorientierte Forschungsgemeinschaft und nicht zuletzt an Kochs eigene Disziplin, der Politischen Geographie, die Bedeutung und Rolle des Raums für politische Strukturen – autokratische wie demokratische – endlich angemessen anzuerkennen und kritisch zu reflektieren.

Die Einleitung ist ein ausführlicher Rundumblick auf die Defizite der Autoritarismusforschung. Gestützt auf John Agnews „Territorial Trap“ (1994) und Edward Saids Kritik des *Orientalism* (1978) kritisiert Koch die seit Jahrzehnten problematisierte Relation von Wissensproduktion und Machtkonstellationen. Wissenschaftlich drückt sich diese in der reproduzierten Verzerrung der realen Globalpolitik durch das weiterhin gängige Narrativ eines liberal-illiberalen Dualismus aus, wie sie in der Einleitung exemplarisch an der Freedom Map der US-Organisation Freedom House (2018) vorführt. Solitärartig stehen hier – kategorisiert als *free*, *partly free* oder *not free* – autokratische Staaten neben Demokratien. *Spatializing authoritarianism* ist ein Plädoyer, sich von diesem Pauschaldenken zu distanzieren: „All states have some mix of liberal and illiberal practices unfolding across their territory.“ (Koch 2022: 4) Die fehlende Erfassung von Mischtypen und Subtypen von Autokratien wird seit Jahrzehnten in der Forschung bemängelt (vgl. Zakaria 1997; Gibson 2005; Sydiq 2022). In den Politikwissenschaften bildete sich ein eigener Forschungsstrang heraus, der die innerstaatliche Hybridität von Autoritarismus und Demokratie als *subnational authoritarianism* empirisch untersucht, sich aber zumeist auf autokratische Enklaven beschränkt (vgl. Snyder 2001; Giraudy 2015; Guriev/Treisman 2022). Koch fügt an, dass solche quantitativen Analysen immer noch zu stark am Nationalstaat als uniforme Analyseeinheit orientiert sind, während die eigentlichen „networked realities“ als Verbindung verschiedener Maßstabsebenen unerforscht bleiben (2022: 13 f.). Um die Komplexität autokratischer Praktiken untersuchen zu können, plädiert Koch für einen qualitativen, fallstudienbasierten Forschungsansatz, abgeleitet von der Geographie und Kulturwissenschaft. Mit diesem an Michel Foucault (2009 [1983]) angelehnten *practice-based approach* rückt nicht nur das Forschungsgebiet, sondern auch der_ die Forscher_in in den Vordergrund. Davon ausgehend, dass die eigene Forschungsperspektive stark von Vorannahmen geprägt sei (vgl. Rhoden 2015) – nordamerikanische

Wie verräumlicht sich Unterdrückung?

und europäische Akademiker_innen sogar von einem gewissen westlichen Paternalismus –, ruft Koch auf, mit diesem „methodological nationalism“ (2022: 8) zu brechen. Diesen ernst zu nehmenden kritischen Ansatz führt Koch auf ihre Beschäftigung mit Kasachstan zurück, die sie laut eigener Aussage für ihre eigene nationale Prägung als US-amerikanische Wissenschaftlerin sensibilisiert hat (vgl. Koch 2014; Koch/Gordon 2022). Im Sammelband widmet Koch ihren Beitrag den Zusammenhängen zwischen dem aufsteigenden Nationalismus in den USA und dem Trump-Kult.

Insgesamt hat Koch 21 Forscher_innen aus verschiedenen Ländern und Disziplinen – darunter Architektur, Geographie, Soziologie und Stadtforschung – zusammengebracht. Eine Qualität des Bandes liegt in der Vielfalt der ausgewählten Länderbeispiele, die in 17 Beiträgen entfaltet werden. Bekannte Beispiele autokratischer Staaten wie Singapur, die Türkei, Russland und China werden durch Bosnien und Herzegowina, Nordirland, den Iran, NS-Deutschland und die Bundesrepublik, Thailand, Nordmazedonien, Marokko, die USA, Brasilien, Israel und Mexiko ergänzt. Es ist Kochs Versuch, die Darstellung des Westens als „bastion of liberal democracies“ (2022: 12) zu korrigieren. Die Ländervielfalt ist so auch eine forschungspolitische Aussage. Die Internationalität des Bandes wird einzig von der Tatsache getrübt, dass elf der Autor_innen mindestens ihren PhD in den USA gemacht haben. Ebenfalls auffällig ist, dass ein deutlicher Großteil der verwendeten Quellen englischsprachig ist. Das kann entweder sinnbildlich für die hohe Internationalisierung der Debatte oder als bedauerliches Zeugnis der jeweiligen nationalen Debatten gelesen werden. Einzige Ausreißer sind die Beiträge zu Brasilien und Russland, die größtenteils mit Quellen in der Landessprache arbeiten. Obgleich eine Vielzahl der Autor_innen über ihr (erstes) Heimatland schreiben und ihren persönlichen Forschungshintergrund explizit oder implizit in den Beiträgen thematisieren, wird die Frage einer unterschwelligen oder maßgeblichen Diskurshoheit der Anglosphäre (vgl. Pojani 2023) nicht behandelt.

Koch verzichtete beim Aufbau des Sammelbands bewusst auf Kapitel. Thematische Bezüge lassen sich dennoch herstellen. Eine Vielzahl der Beiträge etwa widmet sich Megaprojekten in urbanen Zentren, mit jedoch sehr vielfältigen Schwerpunkten. Koenraad Bogaert etwa untersucht, wie die Liberalisierung Marokkos seit 1990 einen zunehmenden Ad-hoc-Planungsansatz („planning by exemption“; Koch 2022: 186)

beförderte und neue Akteur_innen der Raumentwicklung aktivierte. Napong Tao Rugkhapan beschreibt die Auswirkungen der gezielten Touristifizierung und „Heritagization“ von Kulturstätten im historischen Distrikt Bangkoks. Anhand dieser Stadtentwicklungsstrategie zeigt er, wie die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Räumen verschoben und durch etwaige Maßnahmen der sozialen Kontrolle verfestigt werden. Am Beispiel des Stadterweiterungsprojekts New Moscow und dem Stadtumbau der Moskauer Altstadt beleuchtet Robert Argenbright die strategischen Interessen der Bauwirtschaft mit besonderem Fokus auf die Interessen der Dienstleistungsklasse.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt des Bandes thematisiert verschiedene Formen räumlicher Restriktion. Anhand der Stadtentwicklung Belo Horizontes, eines der wichtigsten Wirtschaftszentren Brasiliens, zeigen Marina Paolinelli, Thiago Canettieri und Rita Velloso exemplarisch, wie autokratische Muster und Strukturen – beginnend mit dem Kolonialismus 1500 bis heute – im ganzen Land politisch und sozial schrittweise naturalisiert wurden und wohnungspolitisch weiter reproduziert werden, vom Grundriss bis zur Siedlungsstruktur. Peter Bescherers und Leon Reichles Beitrag behandelt den oft simplifizierten Zusammenhang zwischen Populismus und Ausländerfeindlichkeit anhand zweier Stadtteilen Leipzigs. Ergänzt durch zahlreiche Interviewaussagen von Bewohner_innen, dekonstruieren sie die vielfältigen Gründe für rassistisch motiviertes „Othering“ als Kompensationsmechanismus einer durch soziale und demographische Veränderungen bedingten *residential alienation* (vgl. Madden/Marcuse 2016). Xiaobo Sus Beitrag zur chinesischen Grenzstadt Ruili erweitert den Blick auf Migration und Inklusion: Die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen und diversen Formen sozialer Diskriminierung, die Migrant_innen aus Myanmar nach ihrer Ankunft in Ruili erfahren, bezeichnet sie als gezielten Ausdruck einer „limited inclusion“, die als alternative Strategie einer „border militarization“ und „mobility control“ gewertet werden muss (vgl. dazu Mbembe 2019). Etwas irritierend ist, dass sich Su für die Beschreibung des Ist-Zustands auf Zitate von teilweise 40 Jahre alten Quellen stützt (Koch 2022: 225; vgl. auch Walzer 1983: 59). Räumlich kleinteiliger orientiert ist Sanan Moradis Artikel zur kulturellen Revolution im Iran, die er als staatliches Projekt eines *academic authoritarianism* interpretiert. Moradi untersucht die gezielte Islamisierung der Universitäten und der Wissensproduktion,

Wie verräumlicht sich Unterdrückung?

die sich in veränderten Curricula, Entlassungen und Exmatrikulationen, Screening und anderen Einschüchterungsversuchen ausdrückt.

Der dritte Schwerpunkt untersucht Raum als Austragungsort und Schaubühne von Konflikten am Beispiel Israels, der Türkei und Nordirlands. Sara McDowells Beitrag zu Derry/Londonderry untersucht die Rolle von Graffitis als Mittel der politischen Aneignung von Räumen und Einschüchterung, verzichtet aber bedauerlicherweise auf den Einsatz von unterstützendem Bildmaterial. Bildlich umso anschaulicher ist Yael Allweils Beitrag, der sich den Protesten gegen die Coronapolitik Benjamin Netanjahus 2020 in Israel widmet. Allweil zeigt, wie der öffentliche Raum durch diverse Protestformen reaktiviert und politisiert wurde und welche Wirkungskraft räumliche Protestformen entfalten können. Auch Aysegul Can greift das Thema Protest anhand von drei Großprojekten in Istanbul auf und legt dar, wie und warum die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Stadtentwicklungspolitik der AKP kontinuierlich stieg und schließlich in den Gezi-Park-Protesten kulminierte.

Das nur vier Seiten lange Abschlusskapitel von Koch enttäuscht nach der sehr umfangreichen Einleitung und vermag nicht, den Erkenntnisgrad der Beiträge zu verdichten. Nach der Lektüre bleibt die Frage offen, welchen analytischen Vorteil die Begriffsbezogenheit auf Autoritarismus in dieser Form bietet. Es bleibt dem_der Leser_in überlassen – vielleicht entscheidet auch die individuelle fachliche Sozialisation –, ob die definitorische Offenheit als zielführende Weiterentwicklung oder als ziellose Aufweichung zu bewerten ist. Dennoch birgt die Lektüre von *Spatializing authoritarianism* vielschichtige Erkenntnisse und ist für Einsteiger_innen wie auch fortgeschrittene Fachleute eine gewinnbringende Lektüre.

Der Sammelband ermutigt dazu, disziplinäre Grenzen zu öffnen. Zwar wird das Zusammenwirken von politischer Herrschaft und Raum in den raumwissenschaftlichen Disziplinen immer häufiger untersucht (vgl. Eraydın/Frey 2019; Levine 2020), zu selten scheinen die verschiedenen Disziplinen jedoch die Debatten außerhalb ihres Faches tatsächlich zu verfolgen. Der Humangeograph Jason Luger (2023) veröffentlichte vor Kurzem die gesammelten Ergebnisse seiner langjährigen Forschung zur Verbindung von Illiberalismus und der räumlichen Entwicklung, die er an die Debatte der *planetary urbanisation* anschloss. Wie Koch problematisiert er das Narrativ des Dualismus von Autokratie und Demokratie, versucht ebenso die Maßstabsebenen aufzubrechen. Die Architektinnen Nikolina Bobic und Farzaneh Haghighi (2023) liefern in ihrer jüngsten

Publikation zahlreiche komplementäre Beispiele für Architektur und räumliche Planung als „political forces in and of themselves“ (ebd.: 4). Keine dieser Autor_innen nehmen in den jeweiligen Veröffentlichungen aber Bezug aufeinander. Der konzeptionelle Ansatz des Sammelbands belegt, wie produktiv die interdisziplinäre Zusammenarbeit sein kann. Innerhalb der Verhältnisse der politischen Geographie ist *Spatializing authoritarianism* als Fortschritt zu bewerten, der als Plädoyer für eine Diversifizierung der Maßstabebenen und Kontextualisierung der räumlichen Entwicklung autokratischer Regime in seiner Entfaltung auch von benachbarten Disziplinen nur zu unterstützen ist.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Victoria Grau arbeitet zu den Zusammenhängen zwischen Politik und Planung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa und promoviert zum Städtebau der NS-Diktatur.

victoria.elisabeth.grau@uni-weimar.de

Literatur

- Agnew, John (1994): The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy 1/1, 53-80.
- Bobic, Nikolina / Haghghi, Farzaneh (2023): The Routledge handbook of architecture, urban space and politics, volume I. New York: Routledge.
- Eraydın, Ayda / Frey, Klaus (Hg.) (2019): Politics and conflict in governance and planning: Theory and practice. New York: Routledge, Taylor & Francis.
- Foucault, Michel (2009 [1983]): Le gouvernement de soi et des autres. Cours au Collège de France. 1982-1983. Paris: Seuil.
- Freedom House (2018): Freedom in the world 2018. Democracy in crisis. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/democracy-crisis> (letzter Zugriff am 14.8.2023).
- Gibson, Edward L. (2005): Boundary control: Subnational authoritarianism in federal democracies. In: World Politics 58/1, 101-132.
- Giraudy, Agustina (2015): Democrats and autocrats: Pathways of subnational undemocratic regime continuity within democratic countries. Oxford: Oxford University Press.
- Guriey, Sergei / Treisman, Daniel (2022): Spin dictators: The changing face of tyranny in the 21st century. Princeton: Princeton University Press.
- Koch, Natalie (2014): The shifting geopolitics of higher education: Inter/nationalizing elite universities in Kazakhstan, Saudi Arabia, and beyond. In: Geoforum 56, 46-54.
- Koch, Natalie (Hg.) (2022): Spatializing authoritarianism. New York: Syracuse University Press.
- Koch, Natalie / Gordon, Geoffrey (2022): Natalie Koch. Spatializing authoritarianism. In: Podcast New Books in World Affairs vom 14.11.2022. <https://newbooksnetwork.com/spatializing-authoritarianism> (letzter Zugriff am 6.7.2023).
- Levine, Myron A. (2020): Urban politics: Cities and suburbs in a golden age. New York: Routledge, Taylor & Francis.

Wie verräumlicht sich Unterdrückung?

- Luger, Jason (Hg.) (2023): Questioning planetary illiberal geographies. Territory, space and power. New York: Routledge.
- Madden, David / Marcuse, Peter (2016): In defense of housing. London: Verso.
- Mbembe, Achille (2019): Bodies as borders. In: From the European South 4, 5-18.
- Pojani, Dorina (Hg.) (2023): Alternative planning history and theory. New York: Routledge.
- Rachman, Gideon (2022): The age of the strongman. How the cult of the leader threatens democracy around the world. New York: Other Press.
- Rhoden, Thomas (2015): The liberal in the liberal democracy. In: Democratization 22/3, 560-578.
- Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Pantheon.
- Snyder, Richard (2001): Scaling down: The subnational comparative method. In: Studies in Comparative International Development 36/1, 93-110.
- Sydiq, Tareq (2022): Autoritäre Interessenaushandlung. Wie Iraner*innen Politik innerhalb autoritärer Rahmenbedingungen gestalten. Wiesbaden: Springer VS.
- Walzer, Michael (1983): Spheres of justice: A defense of pluralism and equality. New York: Basic Books.
- Zakaria, Fareed (1997): The rise of illiberal democracy. In: Foreign Affairs 76/6, 22-41.

Hegemoniekrise und autoritäre Wende

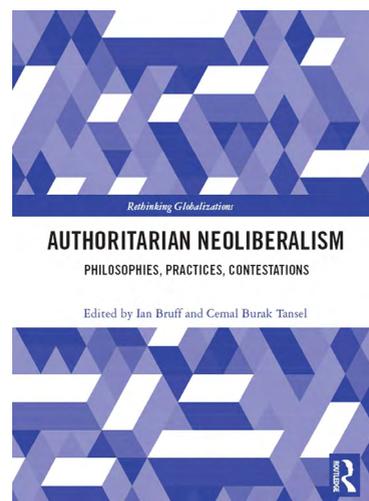
Rezension zu Ian Bruff / Cemal B. Tansel (Hg.) (2020):
 Authoritarian neoliberalism. Philosophies, practices,
 contestations. Abingdon/New York: Routledge.

Börries Nehe, Gustavo Robles

Es besteht ein gewisser wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Krise von 2007/2008 zu einer neuen historischen Phase in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geführt hat. Diese ist gekennzeichnet durch vielfältige, überlappende Krisen und den Niedergang des hegemonialen Moments des Neoliberalismus. Angesichts dessen erstarken nichtdemokratische Regierungsformen und politische Kräfte mit explizit antiegalitären, autoritären Agenden. Um die Spezifität dieser Phase zu verstehen, haben einige Autor*innen das Konzept des „autoritären Neoliberalismus“ formuliert. Diesen trägt auch der von uns rezensierte Sammelband im Titel: *Authoritarian neoliberalism. Philosophies, practices, contestations*, 2020 herausgegeben von Ian Bruff und Cemal B. Tansel. Das Buch ist ein Reprint eines Special Issue der Zeitschrift *Globalizations* (2019, Bd. 16, Heft 3).

Das Konzept des „autoritären Neoliberalismus“ (im Folgenden AN) dient also der Beschreibung einer bestimmten Phase des Neoliberalismus, welche durch seine ideologische Krise und gleichzeitig seine Resilienz als Form kapitalistischer Governance gekennzeichnet ist. Doch der Begriff ist mehr als nur eine Zeitdiagnose – schnell diente er als Grundlage einer echten Forschungsagenda, wie man unter anderem

Abb. 1 Authoritarian neoliberalism. Philosophies, practices, contestations. (Quelle: Routledge)



in dem 2017 von Cemal B. Tansel herausgegebenen Sammelband *States of discipline. Authoritarian neoliberalism and the contested reproduction of capitalist order* und natürlich dem hier rezensierten Buch nachlesen kann. In den Worten der Herausgeber zielt diese Forschungsagenda darauf ab aufzuzeigen, „how contemporary capitalism is governed in a way which tends to reinforce and rely upon practices that seek to marginalize, discipline and control dissenting social groups and oppositional politics rather than strive for their explicit consent or co-option“ (Bruff/ Tansel 2020: 2).

Im einleitenden Kapitel des Buches diskutieren die Herausgeber Bruff und Tansel grundsätzliche Überlegungen, stellen ihre Forschungsagenda vor und reagieren auf kritische Einlassungen. Sie argumentieren dabei, dass die Forschung zum AN diesen aus zwei Blickwinkeln betrachtet: Der eine konzentriert sich auf die Wechselbeziehung zwischen autoritärem Etatismus und neoliberalen Reformen, der andere auf die Veränderungen in zentralen gesellschaftlichen Enklaven des Kapitalismus wie den Staat, die Haushalte, die Stadt oder den Arbeitsplatz. Für die Autoren sind diese Analyselinien nicht unabhängig voneinander, priorisieren aber unterschiedliche Fokusse und politische Strategien.

Die allgemeinen Hypothesen, von denen der Forschungsansatz ausgeht, können wir wie folgt zusammenfassen. Erstens konstatieren die Autoren, dass wir tatsächlich Zeug*innen eines paradoxen Moments sind, in dem der Neoliberalismus zwar seine ideologische Strahlkraft eingebüßt hat, nicht aber seine global dominante Position als Form der Governance. Daraus ergibt sich zweitens, dass diese Vorherrschaft zunehmend durch Zwangs-, Repressions- und Disziplinierungsmechanismen und weniger durch konsensuale, ideologische oder demokratische Mechanismen ausgeübt wird. Diese autoritäre Form der Reproduktion des Neoliberalismus birgt, drittens, etliche Widersprüche, die wiederum zu neuen Krisen führen können und daher auch Raum für Proteste und Widerstand bieten. Diese Widerstände und Proteste, so die vierte Hypothese, nehmen nicht notwendig emanzipatorische Formen an, wie die erfolgreiche Kanalisierung der sozialen Unzufriedenheit durch rechtsextreme Kräfte in der ganzen Welt zeigt.

Unter diesen Prämissen geht das Konzept des autoritären Neoliberalismus über bestimmte Elemente hinaus, die die Debatten und Studien zum Neoliberalismus über Jahre hinweg geprägt haben. Erstens soll die ideengeschichtliche Lesart des Neoliberalismus als

„marktradikale Theorie“ verworfen werden. Stattdessen wird angenommen, dass dieser immer schon weniger eine Ideologie des freien Marktes denn ein politisches Projekt zur Reform von Staat und Gesellschaft auf antidemokratische Weise war. Zweitens richtet der Ansatz des AN den Fokus viel stärker auf den Globalen Süden, um die regionalen Formen des Neoliberalismus in ihrer Spezifität zu verstehen, anstatt diese lediglich als „strukturelle Anpassungen“ eines in den kapitalistischen Zentren konzipierten Projekts zu betrachten. Und drittens soll der Begriff die Neuartigkeit der Transformationen und entstehenden Mechanismen der aktuellen Phase des Neoliberalismus aufweisen, anstatt diese lediglich durch in anderen Epochen entwickelte Kategorien zu erklären. Trotz dieser vielfältigen Abgrenzungen lehnen die Autoren es ab, den autoritären Neoliberalismus positiv und kategorisch zu definieren, da sie ihn eher als ein offenes Forschungsprogramm denn als ein zu operationalisierendes Konzept betrachten. Den Autoren geht es nicht um die Ausarbeitung von Modellen oder Typologien, sondern um die Erfassung von Trends, „Praktiken, Repertoires und Spektren“ (Bruff/Tansel 2020: 6), die sich zeitlich und räumlich verändern. So plädieren sie für eine gewisse Toleranz gegenüber der *messiness* und den imperfekten Konzepten, um die Vielfältigkeit und Kontingenz der Formen von Herrschaft und Widerstand zu verstehen.

Dieser Band bereichert die Forschung zum autoritären Neoliberalismus um acht Studien aus und zu verschiedenen Teilen der Welt, in denen Autor*innen den Ansatz und die zentralen Hypothesen empirisch diskutieren und weiterentwickeln. Die Bandbreite ist dabei durchaus groß: Der „literaturtheoretische Ansatz“ von Ian Bruff und Kathryn Starnes zu einigen Klassikern des Neoliberalismus konzentriert sich stärker auf theoretische und methodologische Fragen, ebenso wie auch Graham Harrisons Diskussion der Umsetzung des Neoliberalismus und der autoritären Entwicklungspolitik in Afrika. Andere Studien fokussieren die ideologische Bedeutung bestimmter sozialer Sphären für das Funktionieren des Neoliberalismus, wie das Kapitel über den Einfluss des Bertelsmann-Gruppe in Deutschland von Mareike Beck und Julian Germann oder das Kapitel von Nadine Kreitmeyr über die Bedeutung von Netzwerken des sozialen Unternehmertums im Libanon und in Jordanien.

Zwei Artikel konzentrieren sich explizit auf den städtischen Raum: Alke Jenss zeigt auf, wie neoliberale Austeritätspolitik und Disziplinierungsstrategien Hand in Hand Einzug in den städtischen

Raum in Oaxaca, Mexiko erhalten, Cemal B. Tansel analysiert die Zentralisierung von Entscheidungsmacht über stadtpolitische Themen im Nationalstaat und insbesondere der Exekutive in der Türkei. Die beiden abschließenden Texte widmen sich vornehmlich der Transformation staatlicher und rechtlicher Mechanismen in Europa in Antwort auf die Krise. Adriano Cozzolino beleuchtet die systematische Schwächung der Legislative in Italien, Angela Wigger die autoritären Dimensionen der Industriepolitik der Europäischen Union.

Die Artikel in diesem Sammelband geben zusammengenommen einen wichtigen Ein- und Überblick in beziehungsweise über die Arten und Weisen, wie der Neoliberalismus trotz seines weitreichenden Legitimitätsverlusts als globales Governance- und Akkumulationsregime aufrechterhalten wird. Dass das Konzept des AN gewinnbringend in eine transnationale, postkoloniale Forschungsagenda umgesetzt werden kann, die dennoch den Unterschieden der lokalen Entwicklungen gerecht wird, kann als eine große Stärke der Offenheit des Ansatzes gewertet werden. Auch die Dramaturgie des Bandes überzeugt: Die von Bruff und Tansel in der Einleitung aufgegriffenen Überlegungen zeichnen ein begriffliches Koordinatensystem, welches das Buch weitestgehend kohärent durchzieht. Die zentralen Hypothesen der Literatur zum AN können empirisch fundiert teilweise verifiziert und oft auch weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig zeigt eine heutige Lektüre des Sammelbandes – dessen Texte ja vor mittlerweile knapp fünf Jahren verfasst wurden – aber auch ein paar Defizite und blinde Flecken auf. Als zentraler Kritikpunkt erscheint uns dabei der starke Fokus der Forschung zum AN auf institutionelle Mechanismen und staatliche (antidemokratische, repressive) Praxis bei gleichzeitiger weitgehender Ausblendung der gesellschaftlichen, politischen und insbesondere ideologischen Transformationen der letzten 15 Jahre. Damit werden spielentscheidende Zäsuren innerhalb der historischen Phase nach 2007/2008 außer Acht gelassen, insbesondere jener – spätestens mit dem Brexit, den Wahlerfolgen von Narendra Modi, Rodrigo Duterte, Donald Trump, Jair Bolsonaro et cetera und Erdoğan's offen autoritärer Wende nicht mehr zu leugnende – Bruch zwischen einer liberalen und einer illiberalen, einer antipopularen und einer populistischen Antwort auf die Krisen.

Diese Entwicklung läuft den Annahmen des Buches nicht grundsätzlich zuwider, sie erfordert unserer Meinung nach aber eine Subperiodisierung

des AN. Denn der Neoliberalismus in seiner technokratischen, liberalen autoritären Ausprägung, wie das Konzept des AN ihn treffend beschreibt, konkurriert heutzutage mit einem (oder mehreren) identitären, nationalistischen, rassistischen und antifeministischen Projekt(-en). Diese sind mindestens ebenso antidemokratisch und autoritär, setzen aber auf eine aktive ideologische Mobilisierung der Beherrschten, wobei klassische reaktionäre Topoi mit neoliberalen vermischt werden.

Somit existieren und konkurrieren derzeit zumindest zwei Gestalten des Autoritarismus: einerseits ein autoritärer Neoliberalismus, der auf repressiven, entdemokratisierenden Mechanismen innerhalb eines liberalen Formats beruht und dessen Profil durch die in diesem Buch vorgeschlagene Forschungsagenda sehr gut beschrieben wird; und andererseits ein autoritärer Populismus, der in gewisser Weise eine Reaktion auf den erstgenannten darstellt, aber autoritäre und entdemokratisierende Logiken mit anderen ideologischen Inhalten produziert. Beide Projekte sind autoritär und neoliberal, sie jedoch unter einem Konzept zu assimilieren, versperrt den Blick auf die politischen und sozialen Dynamiken viel mehr, als zu ihrer Erklärung beizutragen.

Die Forschungsagenda der AN widmet diesen Entwicklungen bisher noch zu wenig Aufmerksamkeit und läuft beizeiten Gefahr, sie als Teil einer einzigen Logik zu verstehen, die 2007 begann und bis heute andauert. Dabei erfordert das Phänomen des (neoliberalen) autoritären Populismus unserer Meinung nach, die zentrale Hypothese des AN – nämlich dass der heutige Kapitalismus zunehmend auf Repression und Disziplinierung statt auf Konsens oder Kooptation setzt – neu zu durchdenken. Nicht weil wir meinen, dass sie nicht mehr gilt, sondern weil sich die Mechanismen, Praktiken und Diskurse radikal verschoben haben – und die Gegenüberstellung von „Zwang“ und „Konsens“ angesichts des autoritären Populismus und seines Kulturkampfes vielleicht grundsätzlicher überdacht werden muss.

Uns erscheint auch, dass die Konzeptualisierung der Antagonismen und Widerstände grundsätzlich eine eher randständige Existenz in der Diskussion um den AN fristet. Die fehlende Problematisierung und Theoretisierung dieser wird dann insbesondere hinsichtlich der reaktionären (Gegen-)Bewegungen problematisch. So gehen Bruff und Tansel in ihrem einleitenden Text zwar kurz auf den „neuen radikalen Rechtspopulismus“ ein, sehen in diesem aber bloß ein Zeichen dafür, dass „Widerstand vielgestaltig und nicht immer emanzipatorisch ist“

(2020: 2), an anderer Stelle wird der Aufstieg autoritär-populistischer Kräfte als direkte Reaktion auf den in den anderen Parteien vorherrschenden neoliberalen Konsens erklärt (ebd.: 115).

Nun ist die Charakterisierung des Populismus als „*resistance*“ vielleicht nicht unbedingt unzutreffend, aber sicherlich sehr begrenzt. Denn dieser sollte eben nicht als rein negative Reaktion auf eine Notlage, einen Mangel an Alternativen oder als „Widerstand“ betrachtet werden. Wir meinen vielmehr, dass der autoritäre Populismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ein politisches Projekt darstellt, welches eine eigene Agenda artikuliert und sich sowohl auf ideologischer als auch auf wahlpolitischer Ebene zunehmend erfolgreich durchsetzt. Dieses von bestimmten Kapitalfraktionen und politischen Blöcken getragene Projekt greift zwar die Ängste und soziale Malaise auf, artikuliert dies aber eben nicht als Widerstand, sondern vornehmlich als Ressentiment und Gewalt gegen Schwächere. Das Spannungsverhältnis zwischen autoritärem Neoliberalismus und autoritärem Populismus hat sehr viel mit Konflikten innerhalb der herrschenden Klassen zu tun, von denen ein Teil sich angesichts der kapitalistischen Krisen und Auseinandersetzungen um deren Bewältigung mit Teilen der Mittel- und Arbeiterklassen zu verbünden versucht – zumeist ohne dabei die zentralen neoliberalen Prämissen infrage zu stellen (siehe Demirovic 2018).

So liefert die Forschung zu AN uns wichtige Werkzeuge und Begriffe, um den neoliberalen Angriff auf Demokratie und soziale Errungenschaften zu analysieren, ohne welchen der autoritäre Populismus sicherlich nicht verständlich wäre – zur Analyse dieses Letzten aber bedarf es einer Erweiterung des konzeptuellen und methodologischen Apparats. Dafür wäre sicherlich auch eine, in dem Sammelband erst zögerlich begonnene, Expansion der Forschungsagenda über die Politikwissenschaften hinaus von Bedeutung. Denn um die von uns angesprochenen Mutationen und Spannungen zu analysieren, reicht es nicht aus, die institutionellen, staatlichen oder gesellschaftspolitischen Transformationen zu beleuchten. Vielmehr wäre es notwendig, die ideologische und affektive Dimension, die Mediation zwischen Diskursen und sozialen Erfahrungen oder eben die Frage der Kanalisierung von Unbehagen und Emotionen zu erforschen. Auf diesem Feld erscheint die autoritär-populistische Krisenbewältigungsstrategie derzeit erfolgreicher als die autoritär-neoliberale. Um diese Artikulation besser zu verstehen, bedarf es eines Ansatzes, der sich stärker auch mit Ideologien, Bedeutungen und

Erfahrungen von sozialen Subjekten befasst. Leider fehlt deren Stimme bislang in der Arbeit zum AN, wie in mehreren Kapiteln des Buches deutlich wird, die institutionelle Transformationen, Formen sozialer Kontrolle und Diskurse problematisieren, ohne allerdings nachzuvollziehen, wie diese Elemente von den Subjekten assimiliert und in die Praxis umgesetzt werden.

So möchten wir abschließend noch kurz auf den theoretischen Ansatz der AN-Forschung eingehen. Wir sind der Ansicht, dass die – absolut gerechtfertigte – Verteidigung der „Offenheit“ und „messiness“ der zentralen Konzepte gewinnbringend mit einer systematischen Konzeptualisierung der Mediationen zwischen den Praktiken der sozialen Macht, der Staatsform und den Mechanismen der Ausbeutung vereinbar ist. Als Beispiel dafür könnten Konzepte wie Antonio Gramscis „historischer Block“ oder Nico Poulantzas „institutionelle Materialität des Staates“ dienen, um Autoren zu nennen, in deren direkter Tradition sich die AN-Forschung sieht. Eine solche Systematisierung würde es auch ermöglichen, dem Einwand zu begegnen, der (neoliberale) Kapitalismus und sein Staat seien immer schon autoritär gewesen, die aktuelle Phase stelle also keine ernsthafte Neuerung dar. Dies würde auch eine differenziertere Periodisierung ermöglichen, welche die Neuerungen aufzeigt, ohne Kontinuitäten zu leugnen.

Der Ansatz der Forschung zu AN wird in dem vorliegenden Band überzeugend dargestellt und erweist sich in empirisch fundierten Studien in verschiedenen Geographien, Sphären und Scales als äußerst fruchtbar und erkenntnisreich. Gleichzeitig eröffnet er verschiedene vielversprechende Möglichkeiten und Wege, das Forschungsprogramm interdisziplinär zu erweitern und theoretisch und begrifflich weiter zu systematisieren. Das erscheint insbesondere angesichts der hier umrissenen Entwicklungen der vergangenen Jahre geboten. Der vorliegende Sammelband liefert auch dazu zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Börries Nehe ist Soziologe mit einem Fokus auf Lateinamerika und arbeitet insbesondere zu Gewalt und Autoritarismus.
boerries@protonmail.com

Gustavo Robles ist Philosoph mit Schwerpunkt Kritische Theorie. Er arbeitet zu den subjektiven Dimensionen der autoritären Phase des Neoliberalismus.
gustavomrobles@gmail.com

Literatur

Bruff, Ian / Tansel, Cemal B. (Hg.) (2020): Authoritarian neoliberalism. Philosophies, practices, contestations. Abingdon/New York: Routledge.

Demirovic, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48/190. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>.

Tansel, Cemal B. (Hg.) (2017): States of discipline. Authoritarian neoliberalism and the contested reproduction of capitalist order. London: Rowman & Littlefield International.

Keine Angst vor der Vergangenheit?

Rezension zu Birgit Knauer (2022): *Gesunde Stadt. Die Assanierung der Stadt Wien (1934-1938)*. Basel: Birkhäuser; Harald Bodenschatz (Hg.) (2022): *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien*. Berlin: DOM Publishers.

Jannik Noeske

Die Auseinandersetzung um den Umgang mit der bestehenden Stadt führt immer wieder zur Betrachtung ihrer städtebaulichen Genese. Von besonderem historischem Interesse ist dabei die Rolle des Städtebaus in diktatorischen Regimen. Erfreulich ist, dass in den vergangenen Jahren immer häufiger Arbeiten mit dezidiert grenzübergreifendem Blick erschienen sind, die über eine reine Darstellung von Bauten und Projekten hinausgehen. Methodische Grundlagenarbeit hatte das 2011 erstmals erschienene und jetzt neu aufgelegte, von Harald Bodenschatz herausgegebene Werk zum Städtebau in Mussolinis Italien geleistet (Bodenschatz et al. 2022).[1] Bodenschatz plädiert als Herausgeber und Autor zusammen mit seiner Ko-Autorin Daniela Spiegel und weiteren Beiträgen von Uwe Altrock, Lorenz Kirchner sowie Ursula von Petz für die Verknüpfung von architektur- und politikgeschichtlichen Kontextbedingungen, für die Darstellung der internationalen Verflechtungen und für die historisch informierte Kritik der europäischen Erinnerungskultur und damit eine

Abb. 1 Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien. (Quelle: DOM Publishers)



gemeinsame Betrachtung von Produkten und Produktionsverhältnissen von Städtebau in Diktaturen. Dadurch hat das Buch viele darauf aufbauende Studien angeregt. Ein solches Projekt ist die von der Wiener Denkmalpflegerin Birgit Knauer von der Technischen Universität Wien als Promotionsschrift angenommene und im Jahr 2022 veröffentlichte Studie zur „Assanierung“, so der für bundesdeutsche Ohren etwas ungewohnte Begriff für „Stadtssanierung“ in Österreich, der Stadt Wien (Knauer 2022).

In ihrer Studie – die erfreulicherweise parallel als Druck- und als digitale Open-Access-Version bei Birkhäuser erschienen ist – beleuchtet Knauer die Stadtssanierung in der Zeit des sogenannten Ständestaates von 1934 bis 1938. Sie fragt insbesondere nach der städtebaulichen Dimension der Altstadterneuerung sowie nach der Rolle der amtlichen Denkmalpflege, also dem administrativen Verständnis von Stadtbildpflege und Ensembleschutz. Dabei nimmt sie eine explizit europäische Perspektive ein und stützt sich dabei in inhaltlicher wie methodischer Hinsicht auf die Erstausgabe von *Städtebau für Mussolini* von 2011.

1. Altstadterneuerung in Wien

In Deutschland verbindet man mit der Baupolitik Österreichs in der Zwischenkriegszeit vor allem das durchweg positiv rezipierte sogenannte „Rote Wien“ mit seinen bis heute eindrucksvollen Wohnhöfen.

Abb. 2 Gesunde Stadt. Die Assanierung der Stadt Wien (1934–1938).
(Quelle: Birkhäuser)



Wenig Beachtung findet hingegen das „schwarze Wien“ (Suttner 2017). Bis heute, stellt Knauer fest, sei der durch den austrofaschistischen Ständestaat geprägten österreichischen Hauptstadt in den Jahren 1934 bis 1938 zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden (Knauer 2022: 12). Die Autorin erläutert in *Gesunde Stadt* nun auf Grundlage umfassender Aktenbestände und einer fundierten Analyse zeitgenössischer Publikationen sowie anhand zahlreicher, sorgsam ausgewählter Abbildungen, wie die Altstadterneuerung in Wien als geschichtspolitisches, aber auch modernisierendes Projekt des Regimes durchgesetzt wurde. „Assanierung“ beschreibt dabei die mit

Keine Angst vor der Vergangenheit?

kommunalen Mitteln geförderte Erneuerung der bestehenden Stadt durch Sanierungen oder Ersatzneubauten durch Privateigentümer:innen. Dabei ging es nicht nur um eine Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern auch um eine angestrebte Befreiung des Stadtbildes von vermeintlich „unharmonischen Zügen“ (Knauer 2022: 10), wozu besonders die Entfernung niedriggeschossiger, aus der Straßenflucht hervorspringender Altbauten zählte. Zudem galten diese als ausgemachte Verkehrshindernisse. Zwei 1934 auferlegte Sanierungsprogramme, der Hausreparatur- und der Assanierungsfonds, dienten als Arbeitsbeschaffungsprogramm sowie dazu, die darniederliegende Bauwirtschaft anzukurbeln. In sechs inhaltlichen Kapiteln schildert Knauer zunächst die Vorgeschichte sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen Kontexte der Programme, bevor sie planungspolitische und bauliche Maßnahmen beschreibt. In Kapitel vier und fünf werden Zuständigkeitsdebatten, denkmalpflegerische Bewertungsvorgänge und andere Fachdiskussionen verhandelt. Im sechsten Kapitel wagt Knauer einen Vergleich mit der Altstadterneuerung im faschistischen Italien sowie mit der vermeintlichen „Gesundung“ und sogenannten „Entschandlung“ in NS-Deutschland.

Mit Blick auf die amtliche Denkmalpflege hat sie herausgefunden, dass diese in Personal und Methoden durch eine hohe Kontinuität über politische Brüche geprägt war. Besonders aufschlussreich ist auch aus einer heutigen Perspektive, wie die Denkmalschützer – damals eine ausschließlich männliche Gruppe – zu denkmalpflegerischen Werturteilen gelangten. So stand zu jener Zeit schon das Œuvre des Denkmaltheoretikers Alois Riegl zur Verfügung, der mit seiner Denkmalwerttheorie ein bis heute rezipiertes methodisches System zur Einschätzung von sogenannten Gegenwarts- und Erinnerungswerten von Denkmalen entwickelt hatte. Gleichwohl legt Knauer dar, dass zur Zeit der Generalregulierungsplanung des 19. Jahrhunderts noch kein Wert auf Barockarchitektur gelegt wurde, während in der Zwischenkriegszeit diese Epoche zwar geschätzt wurde, wiederum viele Biedermeierwohnhäuser aber weichen mussten. Nur teilweise wurden hier Denkmalwerte zugeschrieben. Nach Knauer wird so „die Wertverschiebung und die immer wieder aufs Neue notwendige Aneignung und Neubewertung des (Denkmal-)Bestands“ (2022: 222) erkennbar – ein Prozess, der im Grunde bis heute nicht abgeschlossen ist.

2. Erinnerungspolitische Auseinandersetzungen

Geschichtspolitische Motivationen veranlassten nun auch Bodenschatz und Spiegel, den Band *Städtebau für Mussolini* erneut aufzulegen und behutsam zu erweitern. Nicht nur war das Buch seit Jahren vergriffen, auch haben neuere Studien den Forschungsstand von 2011 teilweise ergänzt, wie zum Gegenstand des suburbanen Schlichtwohnungsbaus in Bezug auf eine 2012 erschienene Studie konstatiert wird. Der Fall der Neustadt Tresigallo (Emilia-Romagna), der 2011 nicht berücksichtigt wurde, war ein weiteres Motiv der erweiterten Betrachtung (Bodenschatz 2022: 8 f.). Der wichtigste Grund für eine Neuauflage war aber wohl der Anlass des Jahrestags der Machtübernahme Mussolinis am 30. Oktober 1922, der sich 2022 zum einhundertsten Mal jährte.

Die Auseinandersetzung mit der italienischen Erinnerungspolitik stellt zwar einen quantitativ kleinen, in methodischer Hinsicht aber gewinnbringenden Teil der Studie dar. Ein neu verfasstes Kapitel vermittelt den Leser:innen „Erinnerungskultur auf Italienisch“ unter anderem anhand der Universitätsstadt in Rom. Dort wurde vor wenigen Jahren in einem geschichtspolitischen Akt ein Wandgemälde enthüllt, das der futuristische Maler Mario Sironi 1935 gefertigt hatte und das in der unmittelbaren Nachkriegszeit in einem Akt des politischen Neuanfangs übermalt wurde. Diese historische Korrektur war der italienischen Kultur-, Politik- und Wissenschaftselite offenbar ein Dorn im Auge: Man ließ es 2017 restauratorisch in den Zustand von 1935 zurückversetzen. Die Argumentation, konstatieren Spiegel und Bodenschatz, ergibt sich aus einem grundsätzlichen Unterschied in den geschichtspolitischen Wertungen: Während es in Deutschland Tendenzen der bewussten Vergegenwärtigung der Geschichte gibt, beruht die erinnerungspolitische Meinungsbildung in Italien nach der Einschätzung der Autor:innen auf einem betont historisierenden Vorgang. Die Italiener:innen, so zitieren sie den Vorsitzenden der Universitätsstiftung Antonello Biagini, hätten keine Angst vor ihrer Vergangenheit: „Die Vergangenheit ist, wie sie ist, im Guten wie im Schlechten. Vor allem aber ist sie vergangen. Wir sollten sie erinnern, studieren, sie aber nicht für unsere Zwecke verdrehen, geschweige denn sie beseitigen.“ (zitiert nach Bodenschatz 2022: 37) Dass mit Giorgia Meloni ab Oktober 2022 eine faschistische Regierungschefin in Rom regieren würde, konnten die Herausgebenden allenfalls ahnen – es unterstreicht aber die Wichtigkeit dieser historischen Aufklärung.

Die inhaltliche Reverenz von *Städtebau für Mussolini* muss an dieser Stelle kürzer ausfallen, so gelten die vor etwa zehn Jahren ausgesprochenen Würdigungen im Grunde bis heute (siehe z. B. Bernhard 2012; von Oppen 2012; Welch Guerra 2012). In einem einleitenden Kapitel erläutern die Autor:innen, wie sich Mussolinis Regierung des Städtebaus zur Durchsetzung des faschistischen Projektes bemächtigte. Es stellt einen ersten Überblick dar. Das anschließende erste Schwerpunktkapitel ist mit seinen über 100 Seiten den städtebaulichen Projekten der Hauptstadt Rom sowie den Umbauten rund um den erst seit 1929 in seiner heutigen Form bestehenden Vatikanstaat gewidmet. Im darauffolgenden Abschnitt werden die Neustadtgründungen in den pontinischen Sümpfen behandelt. Die überblicksartige Zusammenstellung zum Städtebau in anderen italienischen Städten sowie im „italienischen Ausland“ ist mit 130 Seiten das umfangreichste Kapitel. Nach wie vor gewinnbringend ist der ehemalige Schluss, der in drei Abschnitten zusammenfassende und interpretierende Überlegungen zur Städtebaugeschichte genau wie zur Städtebauhistoriographie beinhaltet. Zunächst ging es darum, Historiographie und Rezeptionsgeschichte aus internationaler Perspektive zu verorten. So werde beispielsweise deutlich, dass die architektonische „Moderne“ nicht per se für qualitätvolles und progressives Bauen stehen könne. Daneben offenbare der Blick auf die Produktionsverhältnisse des Städtebaus die gesellschaftspolitische Dimension des Städtebaus. Kultur- und sozialpolitische Zielsetzungen hätten vor allem zur Herstellung von Konsens in den aufstrebenden Mittelschichten geführt, während die im Faschismus unerwünschten Bevölkerungsgruppen an die Stadtränder verdrängt wurden. Gesetzgebung, (fach-)öffentliche Meinungsbildung oder Ausbildung dienten dazu, ein hierarchisch gegliedertes sozialräumliches Modell zu formulieren und durchzusetzen. Die Darstellung dieser Produktionsverhältnisse geht über die reine Betrachtung von Bauten und Projekten hinaus.

Ein neues Abschlusskapitel ist dem diktatorischen Dreieck gewidmet, das durch die Sowjetunion, das faschistische Italien sowie NS-Deutschland ausgebildet wurde. Schon der Historiker Patrick Bernhard (2012) hatte in seiner Rezension von *Städtebau für Mussolini* moniert, dass der europäische Blick nur „unbefriedigend“ eingenommen werde. In der Zwischenzeit ist dahingehend einiges geschehen. In Zusammenarbeit mit anderen Forscher:innen ist in der Folge eine Reihe von hochkarätigen Publikationen erschienen, die weiteres Licht ins Dunkel der

verflochtenen europäischen Städtebaugeschichte bringen.[2] Weitere Überblickswerke zur Methode und zu den Quellen einer europäischen, ja globalen städtebauhistorischen Perspektive haben die Debatte in den vergangenen Jahren befruchtet.[3]

3. Grenzübergreifende Netzwerke

Die internationale Perspektive wird auch in *Gesunde Stadt* eingenommen. Wie anschlussfähig Österreich in den 1930er-Jahren für internationale Debatten war, hat schon Andreas Suttner (2017: 52 f., 193 f.) angedeutet, aber nicht ausbuchstabiert. Knauer wird hier präziser. In *Gesunde Stadt* schildert sie zum Beispiel die Beteiligung Österreichs an den Kongressen der International Federation for Housing and Town Planning, einer bis heute existierenden Fachorganisation, die 1913 aus der Gartenstadt-Bewegung entstanden war. Österreichische Fachleute waren 1929 auch beim Kongress der Federation in Rom, wo italienische Architekten die Möglichkeit hatten, die städtebaulichen Ergebnisse des faschistischen Regimes zur Schau zu stellen (Knauer 2022: 159). Im europäischen Vergleich wird laut Knauer deutlich, dass in Wien der Weg über die privatwirtschaftliche Initiative mittels öffentlicher Fördermittel eingeschlagen wurde, während die öffentliche Hand in anderen Ländern verstärkt selbst als Bauherrin aufgetreten ist. Ansonsten seien die Diskussionen eher spät in Österreich angekommen (ebd.: 224).

Dass das austrofaschistische Regime in Österreich wiederum keine ganz unbedeutende Rolle im Zusammenspiel der europäischen Mächte spielte, zeigt sich daran, dass das neue Schlusskapitel in *Städtebau für Mussolini* gleich zwei Mal die ambivalente Rolle des Ständestaates für das Ausbilden der deutsch-italienischen Achse benennt. Die Autor:innen gehen zusätzlich auf den von Josef Hoffmann und Robert Kramreiter geplanten Biennale-Pavillon in Venedig ein, der 1934 – im Jahr seiner Fertigstellung – wohl auch von Adolf Hitler bei seinem ersten, inoffiziellen Besuch in Italien besichtigt wurde (Bodenschatz 2022: 481 f.).

Bodenschatz und seine Mitautor:innen (ebd.: 10 f.) betonen zu Recht, wie wichtig eine nach städtebaulichen Produkten differenzierte Betrachtung ist: So seien es nicht nur die monumentalen Großprojekte eines „triumphierenden“ Städtebaus, die das bauliche Schaffen eines Regimes ausmachen, sondern vor allem ein Spektrum auch an weniger spektakulären Bauvorhaben. Das gilt nicht nur für das faschistische Italien. Die Altstadterneuerung in Wien ist mehr als nur ein illustrierendes

Beispiel, sondern Ausdruck der Vielschichtigkeit des Gegenstandes sowie der Herausforderungen der Historiographie. Die bei Bodenschatz neu verfasste knappe Darstellung des Alpenwalls – gewissermaßen der Schlussakkord der zweiten Auflage von *Städtebau für Mussolini* – kann hier weitere Ansätze für diese Vielschichtigkeit liefern: So ließ das italienische Regime vier Monate nach dem Überfall auf Polen „in aller Stille“ (Bodenschatz 2022: 489) militärische Befestigungsanlagen an der neuen deutsch-italienischen Grenze errichten. In Zukunft wird die europäische Dimension des diktatorischen Städtebaus weitergehend auf der Ebene jenseits der repräsentativen Großprojekte und der spektakulären Planungen zu beschreiben sein. In den vergangenen zehn Jahren ist dahingehend schon einiges geschehen, aber zum Beispiel das Lagersystem als Raumkonfiguration, der kriegsbedingte, militärische Städtebau, „Topographien des Widerstands“ (Gethmann/Indrist 2022) oder nicht zuletzt die europaweite Bedeutung der Zwangsarbeit für den Städtebau sowie des Städtebaus für die Zwangsarbeit verlangen in Zukunft nach einer näheren Betrachtung.

4. Politische Funktionen des Städtebaus

Beide Bücher zeigen, wie wertvoll der städtebauliche Blick bei der Beschreibung vergangener Gesellschaftssysteme sein kann. Die Verräumlichung von Gesellschaftspolitik (vgl. Bernhardt 2017) über die Darstellung der Bauten und Projekte im Lichte der herrschenden Produktionsverhältnisse verhilft entsprechend zu besonderen Einblicken in die Raumproduktion, die wie kaum ein anderer Gegenstand in die Gegenwart hineinragt. Das Werk von Bodenschatz und Autor:innen wird weiter breit rezipiert werden.

Das Buch von Knauer ist das Ergebnis einer wertvollen Studie zur Rolle der Denkmalpflege in Wien und damit in diesem Fall kommunaler Akteure für die Städtebaugeschichte. Es beleuchtet mit der Altstadterneuerung einen aufschlussreichen Aspekt der – zumindest in Deutschland wenig bekannten – städtebaulichen Entwicklung Österreichs bis 1938. Wie schon nach Suttners Buch zum „schwarzen Wien“ fällt aber das historische Urteil zum Austrofaschismus schwer. Bei aller produktiven Beschreibung der Rolle der Denkmalpflege bei der Assanierung wird bei Knauer nur in Umrissen deutlich, welche politische Funktion der Städtebau für das Regime erfüllte. Zur Beschreibung beispielsweise des regimestabilisierenden Charakters der Altstadterneuerung sowie zur

Bedeutung der Mittelschichten und ihres Wohn- und Arbeitsmilieus für die austrofaschistische „Österreich“-Ideologie“ (Staudinger 2005) wäre im Abschlusskapitel Platz gewesen. Dieses fällt mit drei Seiten jedoch zu knapp aus. Auch die Einbindung der Zentralstelle für Denkmalpflege in das autoritäre Regime als kommunale Einrichtung wäre an dieser Stelle von Interesse gewesen. Knauer erläutert lediglich die Dezimierung der Ressourcen und des Personals ab 1934. Die Auflösung des Bundesdenkmalamts und die Überführung der neu gegründeten Zentralstelle für Denkmalpflege in das Ministerium für Unterricht könnten aber als Schritt zur Durchsetzung des neuen Regimes lohnende Anknüpfungspunkte für analytische Betrachtungen beinhalten.

Beide Werke sind fundierte Auseinandersetzungen mit der Genese der städtischen Landschaft in Europa und stellen eine einzigartige gesellschaftspolitische Analyse in der Rückschau dar, die uns heute noch lehrt, wie sich Krisenerfahrungen und Identifikationsvakua mit Sozialgesetzgebungen und einer mehr oder weniger steuernden Wirtschaftspolitik zu einem diktatorischen System ausweiten können. Beide Bücher beleuchten zudem nachvollziehbar, welche Rolle das Verhältnis zum Beispiel von Sprache und Tat innehat, insbesondere im Zusammenspiel von Vergangenheitsverklärung, Krisendiagnosen und Zukunftsnarrativen (vgl. Graf 2020). Die Regime sind schließlich auf städtebauliche Projekte sowohl als Propaganda als auch als Infrastruktur angewiesen. Dass dabei wirtschaftsliberale, ordnungspolitische und autoritär-korporatistische Maßnahmen teilweise parallel existieren können, ist kein Widerspruch, sondern eine der grundlegenden Bedingungen für Städtebau in Diktaturen. In ihrer europäischen Perspektive zeigen sie, wie wichtig das Aufzeigen von Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Verflechtungen ist. Es entsteht ein vielfältiges und differenziertes Bild, das sich am Gegenstand der Altstadterneuerung anschaulich erzählen lässt – und vor Ort bis heute fortbesteht. Publikationen wie die hier besprochenen helfen dabei, diese Geschichte zu erkennen und als Erbe zu vergegenwärtigen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Keine Angst vor der Vergangenheit?

Endnoten

- [1] Dem Werk vorausgegangen war eine nicht weniger wegweisende, aber stellenweise selektivere Arbeit zum sowjetischen Städtebau in der Ära Stalins (Bodenschatz/Post 2003).
- [2] Siehe Bodenschatz/Sassi/Welch Guerra 2015; Bodenschatz/Welch Guerra 2019, 2021a, 2021b; Welch Guerra/Abarkan/Castrillo Romón 2023.
- [3] Siehe beispielsweise Wagner 2016; Fischer/Altrock 2018; Hein 2019.

Autor_innen

Jannik Noeske ist Urbanist und forscht zur europäischen Stadtplanungsgeschichte im 20. Jahrhundert sowie zur Erinnerungspolitik im städtischen Raum.
janniknoeske@gmx.de

Literatur

- Bernhard, Patrick (2012): Rezension von: Harald Bodenschatz (Hg.): Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien, Berlin: DOM Publishers 2011. In: Sehepunkte 12/9. <https://www.sehepunkte.de/2012/09/21544.html> (letzter Zugriff am 30.5.2023).
- Bernhardt, Christoph (2017): Governance, statehood, and space in 20th century political struggles. An introduction. In: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 42/2, 199-217.
- Bodenschatz, Harald (Hg.) (2011): Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien. Berlin: DOM Publishers.
- Bodenschatz, Harald (Hg.) (2013): Städtebau für Mussolini. Auf dem Weg zu einem neuen Rom. Berlin: DOM Publishers.
- Bodenschatz, Harald (Hg.) (2022): Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien. Berlin: DOM Publishers.
- Bodenschatz, Harald / Post, Christiane (Hg.) (2003): Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935. Berlin: Braun.
- Bodenschatz, Harald / Sassi, Piero / Welch Guerra, Max (Hg.) (2015): Urbanism and dictatorship: A European perspective. Basel: Birkhäuser.
- Bodenschatz, Harald / Welch Guerra, Max (Hg.) (2019): Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926-1960. Berlin: DOM Publishers.
- Bodenschatz, Harald / Welch Guerra, Max (Hg.) (2021a): Altstadterneuerung in Diktaturen: ein städtebauliches Erbe Europas. Berlin: DOM Publishers.
- Bodenschatz, Harald / Welch Guerra, Max (Hg.) (2021b): Städtebau als Kreuzzug Francos: Wiederaufbau und Erneuerung unter der Diktatur in Spanien 1938-1959. Berlin: DOM Publishers.
- Fischer, Karl Friedhelm / Altrock, Uwe (Hg.) (2018): Windows upon planning history. London/New York: Routledge.
- Gethmann, Daniel / Indrist, Waltraud (Hg.) (2022): Topographie des Widerstands in der Steiermark 1938-1945. Eine Ausstellung. Berlin: Jovis.
- Graf, Rüdiger (2020): Zwischen Handlungsmotivation und Ohnmachtserfahrung. Der Wandel des Krisenbegriffs im 20. Jahrhundert. In: Frank Bösch / Nicole Deitelhoff / Stefan Kroll (Hg.), Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden: Springer, 17-38.
- Hein, Carola (2019): The Routledge handbook of planning history. London/New York: Routledge.
- Knauer, Birgit (2022): Gesunde Stadt. Die Assanierung der Stadt Wien (1934-1938). Basel: Birkhäuser.

- Oppen, Christian von (2012): Rezension zu: Harald Bodenschatz (Hg.), Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien. In: Forum Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung 39/2, 216-217.
- Staudinger, Anton (2005): Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Emmerich Tálos / Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933-1938. Wien: LIT, 28-52.
- Suttner, Andreas (2017): Das schwarze Wien: Bautätigkeit im Ständestaat 1934-1938. Wien: Böhlau.
- Wagner, Phillip (2016): Stadtplanung für die Welt? Internationales Expertenwissen 1900-1960. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Welch Guerra, Max (2012): Städtebau für Mussolini. Städtebau und politischer Konsens. In: Bauwelt 12, 70.
- Welch Guerra, Max / Abarkan, Abdellah / Castrillo Romón, María A. (Hg.) (2023): European planning history in the 20th century. A continent of urban planning. London/New York: Routledge.

Buenos Aires in Zeiten der Cholera und des Gelbfiebers

Rezension zu Antonio Carbone (2022): *Park, tenement, slaughterhouse. Elite imaginaries of Buenos Aires, 1852-1880*. Frankfurt am Main: Campus.

Teresa Huhle

Manchmal ist zu Beginn der Arbeit an einem mehrjährigen Buchprojekt nicht zu erahnen, welche Aktualität das Thema zum Erscheinungszeitpunkt erlangen wird. Die hier besprochene Monografie von Antonio Carbone erschien im Jahr 2022 und damit noch mitten in der von der Coronapandemie geprägten Gegenwart. Zu diesem Zeitpunkt diskutierten Historiker_innen auch außerhalb fachwissenschaftlicher Kreise schon seit zwei Jahren, ob historische Parallelen oder gar Lehren aus der Geschichte für den Umgang mit der pandemischen Krise angebracht und hilfreich seien (siehe nur beispielhaft aus der lateinamerikanischen Geschichte Birn 2020 und Paz Trueba et al. 2021). Angesichts dieser Konjunktur überrascht es schon fast, dass Antonio Carbone und der Campus Verlag der Versuchung widerstehen konnten, die Cholera- und Gelbfieberepidemien, die Buenos Aires in den 1860er- und 1870er-Jahren erschütterten und durchaus einen prominenten Platz in der hier besprochenen Monografie einnehmen, in ihrem Titel zu platzieren. Auch in der Einleitung lädt der Autor seine Leser_innenschaft zu keinen Analogien ein. Stattdessen hat Carbone bewundernswerterweise fast zeitgleich mit

Abb. 1 *Park, tenement, slaughterhouse. Elite imaginaries of Buenos Aires, 1852-1880*. (Quelle: Campus)

Antonio Carbone
Park,
Tenement,
Slaughterhouse
 Elite Imaginaries
 of Buenos Aires,
 1852-1880



campus

dieser überarbeiteten Fassung seiner 2019 an der TU Berlin eingereichten Dissertation bei Cambridge University Press eine zweite Monografie zu *Epidemic cities* vorgelegt, die einen räumlich und zeitlich deutlich breiteren Zuschnitt hat und die Frage nach dem historischen Beitrag zu aktuellen Herausforderungen explizit aufgreift (Carbone 2022a).

In seiner hier besprochenen Dissertation sind die Cholera- und Gelbfieberepidemien, die Buenos Aires in den späten 1860er- und frühen 1870er-Jahren heimsuchten, Kristallisationspunkte, an denen sich Debatten um urbane Veränderungen zuspitzten, verdichteten und an Wirkmächtigkeit gewannen. Carbone skizziert zwar den verheerenden Verlauf der Epidemien, denen zwischen 1867 und 1871 insgesamt an die 20.000 Menschen der noch keine 200.000 Einwohner_innen zählenden Stadt zum Opfer fielen. Sein primäres Interesse liegt jedoch auf anderen Fragen. So stehen im Zentrum der raumhistorischen Studie die liberalen Eliten der wachsenden Metropole, ihre urbanen Imaginarien und deren (begrenzte) Wirkmächtigkeit. Diese Eliten und ihre Vorstellungen darüber, wie Menschen in der Stadt arbeiten, leben und sich erholen sollten, untersucht die facettenreiche Monografie anhand von drei Mikrostudien zu den realen und imaginierten Räumen Schlachthöfe, Mietshäuser und Park. Diese drei „Hotspots“ des urbanen Wandels werden in jeweils einem Großkapitel analysiert. Alle Kapitel beeindrucken mit inhaltlicher Vielschichtigkeit und einer reichen und heterogenen Quellenauswahl. Antonio Carbones Arbeit ist dabei gleichzeitig außergewöhnlich klar strukturiert und leser_innenfreundlich aufgebaut und formuliert.

Der breitere Untersuchungszeitraum folgt prominenten politischen Zäsuren der argentinischen Geschichte. So gelten die Jahre von 1852 bis 1880 als „liberale“ Jahrzehnte, das heißt als Dekaden, in denen Gruppen an der Macht waren, die einem Liberalismus folgten, der eine Hinwendung zum atlantischen Markt und zu Werten wie Republikanismus, Freihandel, Modernität und individueller Freiheit bedeutete (Carbone 2022b: 15). Urbanität war für diese Liberalen, die sich als Gegenspieler der im ruralen Argentinien verankerten Caudillos und Gauchos verstanden, ein Wert an sich. Doch urbane Modernität, das zeigt Carbone deutlich, konnte auch innerhalb dieser Gruppe viele Gestalten annehmen. Er formuliert es als ein zentrales Anliegen seiner Studie, Widersprüche und Ambiguitäten innerhalb der liberalen Eliten herauszuarbeiten. Nicht zuletzt möchte Carbone damit den historiographischen Konsens infrage stellen, wonach die Reformen dieser vermeintlich kohärent agierenden und

omnipotenten Gruppe Argentinien bis in die Gegenwart prägen (ebd.: 24). Zwei der Kapitel unterstreichen die fehlende Kohärenz deutlich. So waren die in den Kapiteln zu den Mietshäusern und Schlachthöfen analysierten Versuche, Industrie und Arbeiter_innenschaft aus dem zentralen Stadtbild zu vertreiben, wenig erfolgreich. Carbone zeigt anschaulich, dass bestimmte ästhetische und soziale Visionen im Widerspruch zu dem ebenfalls elitengetriebenen Wunsch standen, Buenos Aires über urbane Industrien an den atlantischen Markt anzuschließen. Seine Analyse der Diskussionen rund um die *saladeros*, also die Schlachthöfe beziehungsweise fleischverarbeitenden Fabriken, endet zwar mit deren erfolgreicher Verdrängung aus dem urbanen Raum 1871. Doch Carbone verweist darauf, dass nur zwanzig Jahre später neue Fleischindustrien an demselben innerstädtischen Ort entstanden. Und im Fall der *conventillos*, also der Mietshäuser, die den im deutschsprachigen Raum bekannteren US-amerikanischen *tenements* ähnelten, schwebte Teilen der Elite zwar eine Verdrängung vor – diese Pläne konnten sie jedoch nicht durchsetzen. Der im „Park“-Kapitel analysierte Parque 3 de Febrero (der umgangssprachlich als Parque de Palermo bekannt ist), kann hingegen als städtebauliches Erbe der Reformen der liberalen Eliten gelten, ist er doch bis heute eine sehr beliebte und das Stadtbild von Buenos Aires prägende Grünfläche.

Neben den Imaginationen der konkreten Räume und der damit verbundenen Stadtplanung liegt ein zweiter Fokus von Antonio Carbones Studie darauf, wie die Oberschicht von Buenos Aires die Begegnung mit anderen urbanen Gruppen, namentlich der wachsenden migrantischen Arbeiter_innenschicht, imaginierte und problematisierte. Nicht zufällig koinzidiert der Untersuchungszeitraum mit dem Anfang der europäischen Masseneinwanderung, in deren Folge ab den 1870er-Jahren zahlreiche Europäer_innen (vor allem aus Südeuropa) Argentinien erreichten und die Demographie des Landes stark veränderten.

Für die Jahrhundertwende und das frühe 20. Jahrhundert ist der reformerische und voyeuristische Blick auf die Lebens- und Wohnverhältnisse der Arbeiter_innen in Buenos Aires erst vor wenigen Jahren untersucht worden (Höse 2018). Carbone macht in seiner Studie den Beginn dieses Interesses an der Gelbfieberepidemie von 1871 fest. Experten der Hygiene waren sich hinsichtlich der Übertragungswege des Erregers nicht einig, aber alle sahen die Enge in den *conventillos* als eine Ursache für die Verbreitung der Krankheit, der an ihrem Höhepunkt im April 1871 bis

zu 600 Menschen am Tag zum Opfer fielen und die Buenos Aires für einige Monate in eine Geisterstadt verwandelte. Wer konnte, verließ die Stadt. Und wer aus moralischer Überzeugung doch blieb und einem erwachenden philanthropischen Imperativ folgte, bezahlte oft mit dem Leben – so wie die beiden als Märtyrer der Philanthropie gefeierten Männer, die der uruguayische Maler Juan Manuel Blanes in seinem berühmten wandgroßen Gemälde „Episodio de la fiebre amarilla en Buenos Aires“ 1871 festhielt. Auf den meines Erachtens beeindruckendsten Seiten des *tenement*-Kapitels beleuchtet Antonio Carbone verschiedene Elemente der Geschichte dieses Bildes – wie die öffentliche Resonanz auf seine Ausstellung im Teatro Colón oder einen Roman, dessen Protagonist das Bild dort sieht. Er zeigt davon ausgehend, wie sich Vorstellungen von dem richtigen Verhältnis zwischen einer fürsorglichen, hygienisch geschulten Oberschicht und einer reformbedürftigen Unterschicht wandelten.

Im Kapitel über die *saladeros*, in denen Rinder aus der argentinischen Pampa geschlachtet und zu den Exportprodukten Trockenfleisch und Tierhaut weiterverarbeitet wurden, sind die imaginierten *Anderen* Gauchos aus dem vermeintlich „barbarischen Hinterland“. Zwar verhandelten die Eliten rund um die Frage der Luft- und Wasserverschmutzung durch die Fleischindustrie vordergründig wiederum vor allem die Ursachen der Verbreitung von Cholera und Gelbfieber. Im Zuge dessen standen jedoch viel umfassendere Fragen nach dem Verhältnis der Hauptstadt zum ruralen Argentinien und zum atlantischen Markt auf der Agenda. Das Kapitel beleuchtet diese Zusammenhänge und skizziert und erklärt den Aufstieg von Mediziner*innen als öffentlich anerkannte Experten und von Hygiene als *der* Wissenschaft für das Urbane. Vor allem zeigt es eindrücklich, wie unterschiedlich die liberalen Konsensbegriffe von „Moderne“ und „Zivilisation“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gefüllt werden konnten. Waren die *saladeros* für einige Wortführer Sinnbild der „barbarischen“ Präsenz des ruralen Argentinien im urbanen Raum, symbolisierten sie für andere die urban verankerte industrielle Moderne – zu der eben auch Gestank konstitutiv dazugehörte. Beide Seiten nutzten Referenzen auf vermeintlich fortschrittliche Großstädte des atlantischen Raums, um ihren Vorstellungen Legitimität zu verleihen. Durchsetzen konnte sich zunächst die erstgenannte Perspektive: Schließlich wurden die *saladeros* nach der Gelbfieberepidemie von 1871 für zwei Jahrzehnte aus dem Stadtgebiet von Buenos Aires verbannt.

Auch das „Park“-Kapitel zeigt, dass der Verweis auf städtebauliche und zivilisatorische Vorbilder aus anderen Ländern dies- und jenseits des Atlantiks die Imaginationen der liberalen Eliten prägte. Insbesondere der Central Park in New York beflügelte die Visionen der Planer aus Buenos Aires. Der Verweis auf dieses Vorbild schrieb Buenos Aires in die imaginierte Gemeinschaft der wichtigsten atlantischen Metropolen ein. Um dieser Gemeinschaft anzugehören, so die Argumentation der Befürworter, genügte es im Nachklang der Epidemien nicht, die Schlachthäuser zu verbannen und in das migrantische Leben der *conventillos* zu intervenieren. Für präventive Gesundheit und eine Verbesserung der „Moral“ der Arbeiter_innenschaft – denn Hygiene umfasste immer auch die Lebensführung – wurde die Freizeitgestaltung in einer „grünen Lunge“ bedeutsam in der elitären Imagination. Diese gesundheitsfördernde Umgebung unterschied sich vom Rest des urbanen Raums, aber unbedeutend auch vom ländlichen Argentinien. Bei der Ortswahl sparte der argentinische Präsident Domingo Faustino Sarmiento nicht an Symbolik: So wurde der Parque 3 de Febrero auf einem Gelände angelegt, das dem ehemaligen Präsidenten Juan Manuel Rosas gehört hatte – und damit der „Personifizierung der barbarischen Tyrannei der Pampas über die Städte“ (Carbone 2022b: 168). Detailliert analysiert Antonio Carbone in diesem Kapitel die Planung und Einweihung des Parks (1875), die symbolischen Bedeutungen der imaginierten Landschaft und ihrer reduzierten Umsetzung, aber auch die kontroversen parlamentarischen Debatten, die dieser vorausgingen. Denn Kritiker des Projekts sahen in der Parkanlage unnötige Dekadenz.

Antonio Carbone ist nicht der Erste, der Epidemien zum Gegenstand macht, um die Geschichte von Buenos Aires und dem urbanen Aufeinandertreffen und Zusammenleben verschiedener Klassen im Zeitalter der Masseneinwanderung und Industrialisierung zu schreiben. Die auf diesem Gebiet wahrscheinlich am breitesten rezipierte Studie ist die Monografie von Diego Armus (2011), der mit seiner Geschichte der Tuberkulose gleich 100 Jahre der Stadtgeschichte von Buenos Aires untersucht hat. Carbone hat in seiner Arbeit einen zeitlich deutlich engeren Fokus gewählt. Dabei überrascht und überzeugt er mit dem Themenreichtum, den sein Analyseschwerpunkt auf der Zeitspanne von 1867 bis 1871 zutage bringt. *Park, tenement, slaughterhouse* ist eine Geschichte dieser drei räumlichen Konstrukte und Imaginarien, aber es ist auch eine Geschichte der liberalen Elite, Reformen und aufkommenden

Experten, eine Geschichte der Medizin und Hygiene und nicht zuletzt dann doch auch eine Geschichte der Cholera- und Gelbfieberepidemien dieser Jahre.

Dem Anspruch, den „impliziten Mythos der Omnipotenz“ dieser Eliten infrage zu stellen, indem er deren Imaginarien nicht als „kohärentes System“, sondern als „fragile Kompromisse“ darstellt (Carbone 2022b: 24), wird Carbone gerecht. Obgleich sie die handelnden Akteure seiner Erzählung sind, gelingt es ihm, an der Vorstellung von deren ungebrochener Handlungsmacht zu rütteln. Doch auch die *agency* anderer sozialer Gruppen, namentlich der Arbeiter_innen, wird teilweise sichtbar – immer dann, wenn sich die Eliten über ihr „unpassendes“ Verhalten beschweren, wie beispielsweise im neu angelegten Parque de Palermo. Episoden wie diese laden dazu ein, Carbones Befunde mit der existierenden Forschung zur politischen Partizipation breiterer Bevölkerungsschichten im Argentinien der 1860er- und 1870er-Jahre in Bezug zu setzen (Sabato 2002).

Antonio Carbones spannendem und einladend geschriebenem Buch sind viele an der Geschichte urbaner Transformationen des 19. Jahrhunderts interessierte Rezipient_innen zu wünschen. Diejenigen, die speziell an einem der drei untersuchten Räume interessiert sind, werden sich über Kapitel freuen, die auch einzeln gut gelesen werden können. Darüber hinaus kann die vielschichtige Studie als Nachschlagewerk für so unterschiedliche Themen wie den Konsum von Stadtpanoramen als Vergnügen der Oberschicht, die „Erfindung“ des *conventillo*, den wissenschaftlichen Aufstieg der Hygiene, Reiseberichte über Buenos Aires, rassistische Hierarchien innerhalb der italienischen Einwander_innenschaft oder den Aufbau des zoologischen Gartens im Parque de Palermo herangezogen werden.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Teresa Huhle ist Historikerin und forscht aktuell zu Sozialpolitik und damit verknüpften Imaginationen in Buenos Aires' Schwestermetropole Montevideo auf der anderen Seite des Río de la Plata.
teresa.huhle@uni-koeln.de

Buenos Aires in Zeiten der Cholera und des Gelbfiebers

Literatur

- Armus, Diego (2011): *The ailing city. Health, tuberculosis, and culture in Buenos Aires, 1870-1950*. Durham/London: Duke University Press.
- Birn, Anne-Emanuelle (2020): *Perspectivizing pandemics: (How) do epidemic histories criss-cross contexts?* In: *Journal of Global History* 15/3, 336-349.
- Carbone, Antonio (2022a): *Epidemic cities*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carbone, Antonio (2022b): *Park, tenement, slaughterhouse. Elite imaginaries of Buenos Aires, 1852-1880*. Frankfurt am Main: Campus.
- Höse, Vanessa (2018): *Wie die Anderen Leben. Die Soziale Frage in der argentinischen Magazinpresse (1900-1920)*. Bielefeld: transcript.
- Paz Trueba, Yolanda de / Echeverría, Olga / Gómez, Silvana A. / Lionetti, Lucía (Hg.) (2021): *Volver al después del contagio. Las post-epidemias argentinas de la colonia a nuestros días*. Buenos Aires: CLACSO.
- Sabato, Hilda (2002): *The many and the few. Political participation in republican Buenos Aires*. Stanford: Stanford University Press.

IMPRESSUM

sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung
2023, Band 11, Heft 3/4
ISSN 2197-2567



Erscheinungsort Berlin

Herausgabe Redaktionskollektiv sub\urban

Redaktionskollektiv sub\urban Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Nihad El-Kayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Redaktionssekretariat Michael Keizers

Heftkoordination Nina Gribat, Nina Schuster

Koordination des Themenschwerpunkts Kristine Beurskens, Gala Nettelblatt, Daniela Zupan

Autor_innen dieser Ausgabe Kirsten Angermann, Sören Becker, Peter Bescherer, Kristine Beurskens, Sina Brückner-Amin, Nebojša Čamprag, Filipe Corrêa, Mike Davis, Rony Emmenegger, Günter Gassner, Victoria Grau, Marcell Hajdu, Stefan Höhne, Jakob Holzer, Teresa Huhle, Tuba İnal-Çekiç, Alke Jenss, Lilla Kammermann, Roger Keil, Felicitas Kübler, Stephan Lanz, Sebastian Martini, Boris Michel, Matthias Naumann, Börris Nehe, Gala Nettelblatt, Jannik Noeske, Esteban Piñeiro, Asebe Regassa, Lela Rekhviashvili, Gustavo Robles, Juciano Rodrigues, Leon Rosa Reichle, Orlando Santos Junior, Katja Schwaller, Michael Schwind, Andrei Semenov, Leonie Stoll, Rainer Wendling, Urszula Woźniak, Enikő Charlotte Zöller, Daniela Zupan

Lektorat, Gestaltung, Satz Lars Breuer, info@larslektor.de (Lektorat), Katrin Viviane Kurten, kurten@geo-lektorat.de (Lektorat), Christian Bauer, info@bauerchristian.com (Webseiten- und Printlayout), Cibebe Kojima de Paula (Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild Fotografie von Daniela Zupan

Förderung sub\urban wird im Rahmen des gemeinschaftlichen Finanzierungsprojekts KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) als Teil des Förderbündels „Sozialwissenschaften“ durch ein Konsortium von fast 70 wissenschaftlichen Einrichtungen gefördert.

sub\urban e.V.: Fördermitgliedschaften und Spenden Die Zeitschrift wird durch den Verein sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de

Druck Druckhaus köthen GmbH & Co. KG

Kontakt www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

sub\urban

zeitschrift für kritische stadtforschung
2023, band 11, heft 3/4
ISSN 2197-2567
zeitschrift-suburban.de
Open Access

